

Jeder sechste Unternehmer hat ausländische Wurzeln; Unter Migranten gibt es laut einer Studie einen "Gründungsboom". Fast die Hälfte aller Unternehmensgründungen geht demnach auf sie zurück. 2003 waren es noch 13 Prozent.

ZEIT-online

Donnerstag 1. Dezember 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Migration; Ausg. 49

Length: 336 words

Body

Die Anzahl der Unternehmer mit **Migrationshintergrund** ist in Deutschland in den Jahren 2005 bis 2015 um 30 Prozent gestiegen.

© helloquence/unsplash.com

Die Anzahl der Unternehmer mit Migrationshintergrund ist in Deutschland in den Jahren 2005 bis 2015 um 30 Prozent gestiegen. Das geht aus einer Studie im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums hervor, aus der das Redaktionsnetzwerk Deutschland vorab zitiert. Demnach sind nun 737.000 Unternehmer mit Migrationshintergrund in Deutschland tätig, 2005 waren es 171.000.

Weil gleichzeitig die Zahl der Selbstständigen deutscher Abstammung zurückgegangen sei, sei mittlerweile jede fünfte bis sechste unternehmerisch engagierte Person ausländischer Herkunft. In diesem Jahr sollen etwa 90.000 oder drei Prozent weniger deutsche Unternehmer tätig sein als im Vorjahr.

Die Studienautoren schreiben von einem "Gründungsboom" unter Migranten. So habe es 2003 noch 56.000 Gewerbegründungen von Menschen mit Migrationshintergrund und 369.000 Gründungen von Deutschen gegeben. Im vergangenen Jahr hätten hingegen 100.000 Gründer ausländische und nur 127.000 deutsche Wurzeln gehabt. Der Anteil der von Migranten gegründeten Unternehmen stieg demnach von 13 auf 44 Prozent.

Migranten gründeten der Studie zufolge vor allem Firmen im Baugewerbe und im Bereich wissens- und technologieintensiver Dienstleistungen. "Diese Entwicklung ist ein Zeugnis für eine erhebliche Modernisierung des Leistungsspektrums migrantischer Gründungen", zitieren die Zeitungen aus der Studie. Die wenigsten Migranten handelten dabei aus wirtschaftlicher Not heraus. Nur acht Prozent von ihnen seien zuvor als Arbeitslose registriert gewesen.

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) begrüßte die Studienergebnisse. Deutschland sei auf Unternehmensgründungen angewiesen, sagte der SPD-Chef dem Redaktionsnetzwerk. "Umso mehr freut es mich, dass Gründerinnen und Gründer mit ausländischen Wurzeln weiter am Ball bleiben und einen immer wichtigeren Platz in unserer Gründungslandschaft einnehmen."

Jeder sechste Unternehmer hat ausländische Wurzeln Unter Migranten gibt es laut einer Studie einen "Gründungsboom". Fast die Hälfte aller Unternehmensgründungen....

Load-Date: December 1, 2016

End of Document

Raus aus der Illegalität; Deutschland braucht nicht nur ausländische Ärzte und Ingenieure, sondern auch Altenpfleger und Hilfsarbeiter. Die Hürden für die Arbeitsmigration müssen flacher werden.

ZEIT-online

Mittwoch 21. Januar 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Einwanderungsgesetz; Ausg. 3

Length: 759 words

Byline: Ludwig Greven

Body

Eine sudanesische Ärztin im Städtischen Klinikum Braunschweig

© Dominique Leppin dpa

Deutschland ist ein Einwanderungsland und es braucht noch mehr Einwanderer. Darüber besteht unter Experten und den maßgeblichen Parteien inzwischen Konsens, zum Glück. Auch die Mehrheit der Bevölkerung teilt mittlerweile diese Ansicht. Bis zu sechs Millionen Fachkräfte werden bis 2025 fehlen, weil die geburtenstarken Jahrgänge allmählich in den Ruhestand gehen und die erwerbsfähige Bevölkerung schrumpft. Werden sie nicht durch Zuwanderer ersetzt, könne das Land seinen Wohlstand kaum halten, sagen Wirtschaftsfachleute voraus.

Der CDU-Generalsekretär Peter Tauber hat vor diesem Hintergrund erneut eine Debatte über ein Einwanderungsgesetz angestoßen, mit geteiltem Echo. Dabei wirken die aktuellen Zahlen auf den ersten Blick beruhigend: 430.000 Zuwanderer sind laut dem **Migrationsbericht** der Bundesregierung 2013 nach Abzug der Auswanderer nach Deutschland gekommen, so viele wie seit 20 Jahren nicht mehr. Die Zahl dürfte nach Schätzungen des Statistischen Bundesamts im vergangenen Jahr sogar noch zugenommen haben.

Allerdings zeigen die Zahlen auch, dass sich die Zuwanderung schwer steuern lässt. Es kommen nicht nur jene, die sich vor allem die Wirtschaft wünscht, aber bei Weitem auch nicht so viele "Armutsflüchtlinge", wie manche verschreckte Einheimische annehmen.

Fast zwei Drittel der Neubürger stammen aus der EU, davon ein erheblicher Teil aus den jungen Mitgliedstaaten, insbesondere aus dem Nachbarland Polen, seit Jahren das Hauptzuzugsland. Auf diese Wanderungsbewegung hat die Bundesregierung praktisch keinen Einfluss. EU-Bürger können frei entscheiden, ob sie nach Deutschland ziehen. Die allermeisten von ihnen finden auch eine Beschäftigung oder haben schon eine, wenn sie einreisen. Das gilt übrigens auch für Rumänen, die erst seit 2014 offiziell hierzulande arbeiten dürfen und die zweitgrößte Gruppe der Einwanderer aus der EU stellen.

Raus aus der Illegalität Deutschland braucht nicht nur ausländische Ärzte und Ingenieure, sondern auch Altenpfleger und Hilfsarbeiter. Die Hürden für die Arbeit....

Ernüchternd ist vor allem, dass nicht mehr hochqualifizierte Kräfte aus Nicht-EU-Ländern nach Deutschland kommen. 24.000 waren es 2013, eine Stagnation gegenüber dem Vorjahr. Nur 4.651 Ingenieure und IT-Spezialisten kamen mit der Blue Card. Das war zwar eine Verdoppelung gegenüber den Vorjahren, ist gemessen an den Gesamtzuwanderungszahlen jedoch nur ein Bruchteil. Hier vor allem zeigt sich, dass Deutschland im Wettbewerb mit anderen Einwanderungsländern offensichtlich längst noch nicht attraktiv genug ist für ausländische Fachkräfte, trotz hochgelobter Blue Card.

Das größte Problem ist, dass für alle anderen, die in Deutschland arbeiten möchten, aber die strengen Kriterien des Zuwanderungsgesetzes von 2004 nicht erfüllen, nur der Weg des Familiennachzugs oder des Asylrechts bleibt. Neben den Bürgerkriegsflüchtlingen aus Syrien oder dem Irak und Verfolgten aus anderen Staaten, stellen deshalb immer mehr einen Asylantrag, auch wenn sie eigentlich nur einen Job und ein Auskommen suchen.

Die Diskussion über ein neues Einwanderungsgesetz böte die Chance, darüber nachzudenken, ob man auch für diese Menschen ein offizielles Tor öffnet, mithilfe von Quoten oder eines Punktesystems wie zum Beispiel in Kanada, um sie vom Stigma des Asylmissbrauchs und der Illegalität zu befreien. Denn Deutschland braucht nicht nur Ärzte und Ingenieure, sondern auch Krankenschwestern, Altenpfleger und Arbeitskräfte für einfache Tätigkeiten, etwa auf dem Bau.

Jeder fünfte Asylbewerber hat nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit einen Hochschulabschluss, ein Drittel eine Ausbildung absolviert. Die Mehrheit von ihnen ist also durchaus qualifiziert. Die Änderung des Asylrechts erlaubt ihnen mittlerweile immerhin, bereits nach drei Monaten eine Tätigkeit aufzunehmen. Das ist eine Erleichterung, dennoch bleibt der Status derjenigen, die schnell einen Job finden, rechtlich fragil.

Ein Einwanderungsgesetz sollte deshalb die zum Teil sehr komplizierten Bestimmungen im Aufenthalts- und Arbeitsrecht zusammenfassen, vereinfachen und die Hürden für die Arbeitsmigration senken. Das würde Druck von dem Asylsystem nehmen.

Daneben hätte ein solches Gesetz zwei große Aufgaben: Es muss weit mehr für die Integration getan und ausgegeben werden, nicht nur der Neuankömmlinge, sondern auch der hier schon lebenden Migranten. Das könnte auch viele Ängste in der Bevölkerung nehmen.

Und schon die jetzt wichtige Debatte über ein solches Gesetz könnte ein klares Signal aussenden, dass Deutschland Einwanderer nicht nur akzeptiert, sondern sie willkommen heißt. Aus welchen Gründen auch immer sie kommen.

Load-Date: January 21, 2015

Schwesig rechnet mit Nachzug von sehr vielen Frauen und Kindern; Eine große Zahl an Angehörigen wird laut der Familienministerin den bereits eingetroffenen Flüchtlingen folgen. Die CSU will den Nachzug bremsen.

ZEIT-online

Dienstag 6. Oktober 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 40

Length: 212 words

Body

Familienministerin Manuela Schwesig unterhält sich mit einer **Flüchtlingsfamilie** aus Syrien.

© Wolfgang Kumm/dpa

Familienministerin Manuela Schwesig erwartet den Nachzug von einer großen Zahl an Familienangehörigen der bisher in Deutschland eingetroffenen **Flüchtlinge**. "Wir rechnen damit, dass sehr viele Frauen und Kinder nachkommen", sagte die SPD-Politikerin der Funke Mediengruppe.

Sie rief dazu auf, Frauen und Kinder bevorzugt zu behandeln. "Bei allen Maßnahmen zum Schutz, zur Versorgung und zur Integration müssen Frauen und Kinder Vorrang haben." Es sei "unabdingbar, dass das Thema der Gleichberechtigung von Frauen und Männern ein Schwerpunkt ist in den Integrationskursen". Das sei wichtig für die Frauen, "aber auch besonders für die Männer".

Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer hatte zuvor eine Begrenzung des Anspruchs der Flüchtlinge auf Familiennachzug gefordert. In der Süddeutschen Zeitung verwies der CSU-Politiker darauf, dass bisher 200.000 Syrer in Deutschland Zuflucht gefunden hätten. Nach Angaben des früheren Präsidenten des Bundesamts für Migration, Manfred Schmidt, würden im Durchschnitt je Flüchtling drei Familienangehörige einen Anspruch auf Nachzug geltend machen. Allein daraus ergebe sich ein "Nachzugspotenzial" von 600.000 Menschen.

Load-Date: October 6, 2015

Über den Zebrastreifen zum Erfolg; In Wiener Arbeitervierteln, zwischen Handyshops und Halbwahrheiten, kümmert sich die FPÖ um die Probleme der Leute. Von hier aus will sie es bis in die Hofburg schaffen.

ZEIT-online

Mittwoch 30. November 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Österreich-Wahl; Ausg. 49

Length: 1116 words

Byline: Ferdinand Otto

Body

Anhänger der FPÖ in Wien

© Christian Bruna/EPA/dpa

Wer den Aufstieg der Rechtspopulisten in Österreich verstehen will, kommt an Paul Stadler nicht vorbei. Stadler ist seit einem Jahr Bezirksvorsteher des Viertels Wien-Simmering. Er ist nicht nur der erste FPÖ-Kommunalpolitiker, der ein solches Amt erobert hat - Simmering, der Arbeiterstadtteil im Südosten Wiens, war über 70 Jahre das Stammland der Sozialdemokraten, die hier mit satten Mehrheiten regierten. Als der Bezirk an die Freiheitlichen fiel, war das ein kleines Erdbeben.

Stadlers Büro gehörte bis vor 14 Monaten den Sozialdemokraten. An der Wand hängt ein Satellitenbild seines Stadtviertels. Stadler kann darauf das Haus zeigen, in dem er geboren wurde, die Industriegebiete, die Müllverbrennungsanlage, die Autobahn, das Klärwerk, das Krematorium und den Zentralfriedhof. Postkartenmotive hat er keine zu verwalten in seinem Bezirk. Angesprochen auf seinen Erfolg, wie er den Roten den Stadtteil abluchsen konnte, gibt sich Stadler bescheiden: "Wir sind halt nicht so abgehoben wie die Sozis. Hier geht es nicht um Migration oder Millionensubventionen", sagt er. "Es geht um Zebrastreifen, Kindergärten und Nahverkehr. Wir wollten den Leuten einfach wieder zuhören."

Wenn Stadler über Kindergärten und Zebrastreifen spricht, klingt er wie die Sorte engagierter Lokalpolitiker, die es überall gibt. In Deutschland könnte er auch in der CSU sein oder ein SPD-Parteibuch haben. Als Anwohner sich darüber beschwerten, dass die Müllabfuhr morgens um 2 Uhr immer geräuschvoll einen Mülleimer leerte und auf offiziellem Weg daran nichts zu ändern war, da schnappte Stadler sich einen Schraubenzieher und hängte den Eimer eigenhändig vom Vorplatz eines U-Bahnhofs in den Bahnhof selbst. Lärm gebannt, Problem gelöst. Durchaus überzeugend gibt er sich volksnah und undogmatisch: "Die SPÖ hat ja nicht alles schlecht gemacht. Ich arbeite auch gut mit Sozialdemokraten zusammen", betont er. Mehr durch Zufall sei er damals bei der FPÖ gelandet. Und Jörg Haider, na ja, der habe sich seine Aussetzer ja nur geleistet, um in den Medien zitiert zu werden.

Über den Zebrastrifen zum Erfolg In Wiener Arbeitervierteln, zwischen Handyshops und Halbwahrheiten, kümmert sich die FPÖ um die Probleme der Leute. Von hier a....

Also doch: die Ausländer

Ein paar Stunden später, es ist schon kalt geworden, steht Stadler vor einem gesichtslosen Einkaufsklotz auf einer Hauptstraße. Seit gut zehn Monaten ist Österreich im Wahlkampfmodus, trotzdem schwirren unverdrossen zehn Männer und Frauen in blauen Jacken zwischen den Passanten umher und verteilen Kugelschreiber und Feuerzeuge. Zwischen ihnen plaudert Stadler mit Bürgern und posiert für Selfies. Er ist ein gefragter Mann und, das merkt man, auf der Straße in seinem Element.

Frauen mit Kopftüchern schieben Kinderwagen vorbei, Jugendliche mit Baseballmützen mampfen aus den Tüten eines Schnellimbisses. Pendler in Anzug und Blaumann drängen aus den Türen der Straßenbahnen. Stadler nimmt sich Zeit, nickt und hört zu. Auch als ihm eine alte Frau von ihren Alltagssorgen berichtet, dem Müll auf der Straße. Sie wird am Sonntag für die FPÖ stimmen. "Wir haben doch schon alle anderen Parteien probiert. Nichts geht voran", meint sie. "Die FPÖ hört wenigstens zu." Marek, ein junger Mann mit breitem Kreuz, Bürstenschnitt und Trainingshose, blättert in der Parteizeitung. Seine Eltern kamen während der Balkankriege nach Wien. Er will FPÖ wählen, "weil sich sonst keiner traut, die Probleme des Landes anzusprechen". Welche Probleme? "Steuern, Wohnungsbau, Gesundheit, Ausländer ..."

Die Ausländer. Am Wahlkampfstand dauert es fast eine Stunde, bis die Sprache auf das Thema kommt. Dann sprudelt es aber hervor. "Eine große Frage ist die Wohnungsnot. Es wird viel gebaut, die Frage ist nur, für wen", sagt Cornelia Bauernhofer. Was sie damit genau meint, will die FPÖ-Bezirksrätin nicht verraten. Ihre Mutter Sonja, ebenfalls FPÖ-Fan, wird da direkter: "Überall werden alten Damen die Handtaschen geklaut. Unsere Kinder werden in Schwimmbädern vergewaltigt. Die Obergrenze wird schöngerechnet und hilft nichts." Wo und wann das mit den Handtaschen genau gewesen sein soll? "Zum Glück nicht hier in Simmering. Aber nebenan im 15. Bezirk ..."

Die Migranten im Stadtteil bekommen Angst

Auch Stadlers FPÖ-Stellvertreterin im Bezirk, Katharina Krammer, hat jetzt ihre Sprechtemperatur erreicht. "Wir haben die ganzen Probleme mit den Ausländern vorhergesagt, als uns noch alle Parteien für Spinner hielten", sagt sie. "Jetzt übernehmen sie alle unsere Forderungen." Statt von Asylbewerbern wird am Stand nur von Asylanten gesprochen. Weist man die Gruppe darauf hin, dass die mit Abstand größte Migrantengruppe in Österreich die Deutschen sind, bekommt man ein kategorischen "Nein" zu hören. "Es gibt viel mehr Türken und Araber." "Die Chinesen sind die größte Gruppe", glaubt ein anderer Wahlkampfhelfer zu wissen.

Das stimmt zwar beides nicht. Entspricht aber zumindest der Lebenswirklichkeit auf der Simmeringer Hauptstraße. Im Viertel leben etwa 18 Prozent Migranten und prägen das Straßenbild. Hinter großen Fensterfronten verkaufen Türken Döner und Falafel, eine türkische Bank wirbt um Kredite, daneben liegen gebrauchte Handys in den Auslagen. In seinem Supermarkt steht Ömer hinter der Theke und reicht einer Frau einen Plastikbeutel mit Gemüse. In seinem Laden riecht es nach Tee und Gewürzen "Es macht mir schon Angst, wenn ich solche Parolen im Wahlkampf höre", sagt er. "Aber viele von denen sind ganz okay."

Warum der FPÖ schwer beizukommen ist

In einem Café mit großen Fernsehern an den Wänden sitzt Melih Gördesli. Seine Eltern kamen aus der Türkei, er ist in Deutschland geboren, hat aber seit dem Kindergarten das österreichische Bildungssystem durchlaufen, über die Matura bis zum Bundesheer und Bachelorabschluss. Gördesli schreibt Bücher über Integration - und wie er als Migrantenkind oft Ablehnung erfahren hat. "Deine Mutter wird immer Putzfrau bleiben", solche Sachen bekam er von Kindesbeinen an ständig zu hören. In Simmering ist er zu Hause. Dass sich sein Stadtteil zum Labor der FPÖ entwickelt hat, will er nicht akzeptieren. "Wir müssen viel, viel Aufklärungsarbeit leisten", sagt er. "Die Abstiegsängste, die bis weit in die Mittelschicht hineinreichen, die politische Stagnation, all das sorgt dafür, dass viele Menschen die Ausländer für ihre Probleme verantwortlich machen", glaubt er. Alle FPÖ-Wähler als Rassisten abzustempeln, sei ihm zu billig.

Denn es ist nicht falsch zu sagen, dass die FPÖ die Menschen in ihrem Viertel ernst nimmt, ihnen auf Augenhöhe begegnet und eine angenehme Ansprache pflegt. Im Grunde genau so, wie es die Sozialdemokraten lange getan

Über den Zebrastrifen zum Erfolg In Wiener Arbeitervierteln, zwischen Handyshops und Halbwahrheiten, kümmert sich die FPÖ um die Probleme der Leute. Von hier a....

haben. Erst im zweiten oder dritten Atemzug gesellen sich Ressentiments, Halbwahrheiten und Rassismus dazu. Genau deshalb ist dieser Melange so schwer beizukommen.

Load-Date: November 30, 2016

End of Document

Wir sind erpressbar und müssen es bleiben; Manche Staatschefs nutzen die Flüchtlingskrise für eigene Ziele aus. Europa ist verwundbar durch solche Zyniker. Doch mehr als kleine Siege werden sie nicht erringen.

ZEIT-online

Donnerstag 29. Oktober 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 43

Length: 809 words

Byline: Ulrich Ladurner

Body

Menschenmassen sind ein Rohstoff wie und Öl und Gas. Wer Zugriff darauf hat, kann mit Profiten rechnen. Es gibt eine ganze Reihe von Diktatoren und Autokraten, die das so sehen.

Der libysche Diktator Muammar al-Gaddafi drohte Anfang des Jahrtausends mehrmals damit, "die Schleusen für **Migranten**" zu öffnen. Aus dem Nachbarland Italien und aus der EU floss daraufhin viel Geld nach Tripolis. Gaddafi bekam außerdem politische Anerkennung.

Nicht nur Europa ist erpressbar. Als der amerikanische Präsident Jimmy Carter 1979 in Peking Deng Xiao Ping, dem starken Mann der Kommunistischen Partei sagte, die USA könnten nicht mit einem Regime freien Handel betreiben, das die Menschenrechte mit Füßen trete, antwortete Deng Xiao Ping angeblich: "Okay, Mr. President. Wie viele Chinesen möchten Sie haben? Eine Million? Zehn Millionen? Dreißig Millionen?" Die Diskussion war beendet.

Es geht noch direkter. Als die Tschechische Republik dem belarussischen Diktator Alexander Lukaschenko 2002 die Einreise verweigerte, polterte er los: "Wir werden Europa mit illegalen Migranten fluten ... die Europäer werden auf Knien zu uns rutschen und uns um Hilfe bitten!"

Es sind auch nicht nur Autokraten, die dieses zynische Spiel spielen. Im März 2013 drohte der damalige griechische Verteidigungsminister, der Rechtspopulist Panos Kammenos, Deutschland mit folgenden Worten: "Wenn Sie Griechenland einen Schlag versetzen, dann sollen Sie wissen, dass [...] die Migranten Papiere bekommen und nach Berlin gehen"

Damit sind wir in der Gegenwart angekommen, bei dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan.

Nein, hier wird nicht behauptet, dass Erdogan die "Schleusen" geöffnet hat. Die Ursachen für die gegenwärtige Massenwanderung sind vielfältig: In Syrien gibt es auch im fünften Jahr des Krieges keine Aussicht auf Frieden, das Leben in den Lagern ist auch aufgrund der unverantwortlichen Kürzungen der Hilfsgelder unerträglich geworden,

Wir sind erpressbar und müssen es bleiben Manche Staatschefs nutzen die Flüchtlingskrise für eigene Ziele aus. Europa ist verwundbar durch solche Zyniker. Doch

die Schleusernetze haben sich professionalisiert, die Grenzen sind insgesamt durchlässiger geworden - es kommt eben sehr vieles zusammen. Vieles ist das Produkt politischer Versäumnisse Europas.

Es gibt keinen Schalter, den Erdogan hätte umlegen müssen, um die gegenwärtige Massenwanderung auszulösen. Doch die Augen zudrücken, das kann er durchaus. Durchwinken, das reicht schon.

Ohne jeden Zweifel hat Erdogan von der Flüchtlingskrise politisch profitiert. Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel eilte nach Ankara, um mit ihm zu verhandeln, und leistete dabei, weil in der Türkei demnächst wieder gewählt wird, de facto Wahlhilfe. Erdogan, der in den vergangenen Jahren von Europa geschmäht wurde, genoss die Aufmerksamkeit sichtlich. Er wird seine neue Rolle für Europa zu nutzen wissen, um seine Macht weiter auszubauen.

Und es geht ja nicht nur um Erdogan. Es steht zu befürchten, dass zum Beispiel die politischen Eliten entlang der sogenannten Balkanroute die Flüchtlingskrise aus ganz und gar eigensüchtigen Motiven ausbeuten - zum Beispiel könnte die sehr umstrittene mazedonische Regierung diese Krise nutzen, um sich gegen weitere Kritik aus der EU zu immunisieren.

Fünf vor 8:00 Abonnieren Sie die Morgenkolumne von ZEIT ONLINE - von Montag bis Freitag per E-Mail. Jetzt anmelden

Leider ist es so, dass diese große Wanderung von vielen ausschließlich als große Chance zur Mehrung der eigenen Macht gesehen wird.

Wer Menschenmassen als Rohstoffe betrachtet, tut dies in dem Glauben, dass Europa erpressbar ist. Das ist ja auch richtig, wie wir in diesen Tagen und Wochen erleben. Europa ist erpressbar. Aber es gibt dazu keine Alternative.

Denn Europa ist auf dem Fundament der Menschenrechte gebaut. Es ist eine offene Gesellschaft. Europa kann Flüchtlinge nicht als Masse behandeln. Menschen sind kein Rohstoff, sie sind keine Ware.

Das macht Europa verwundbar gegenüber Zynikern, gewiss. Doch mehr als den einen oder anderen Sieg werden sie nicht davontragen, wenn sich die Europäer nicht beirren lassen. Im Grunde wissen alle, warum Europa so stark und attraktiv ist: weil sich die Menschen hier frei entfalten können, weil sie als Individuen respektiert werden, weil sie eben keine Rohstoffe sind.

Ist das eine Durchhalteparole? Ja, bestimmt. Aber es ist eine mit einer gewissen Aussicht auf Erfolg.

Denn wollen wir wirklich das Gegenteil? Wollen wir, dass unsere Politiker so reden wie Gaddafi oder Lukaschenko? Wenn sie so reden, dann werden sie uns auch so regieren wie Gaddafi und Lukaschenko.

Nebenbei bemerkt, nicht alle Erpressungsversuche verlaufen erfolgreich: Als die Nato 1999 Jugoslawien wegen der Lage im Kosovo bombardierte, ließ der Autokrat Slobodan Milosevic Hunderttausende Kosovo-Albaner in das kleine Nachbarland Mazedonien treiben. Er hoffte, auf diese Weise die Region zu destabilisieren und die Nato zu spalten. Es ist ihm bekanntlich nicht gelungen. Milosevic verlor den Krieg und später die Macht.

Load-Date: October 29, 2015

Menschenopfer mit Tiger, vorne rechts!; Warum können Flüchtlinge nicht mit dem Flugzeug einreisen? Das Zentrum für politische Schönheit will mit einer tödlichen Kunstaktion den Bundestag erpressen.

ZEIT-online

Mittwoch 22. Juni 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Zentrum für Politische Schönheit; Ausg. 26

Length: 1719 words

Byline: Christiane Kühl

Body

Das Tigergehege vor dem Gorki-Theater in Berlin

© Maurizio Gambarini/dpa

Wer sich dieser Tage vom Berliner Alexanderplatz in Richtung Brandenburger Tor bewegt, trifft etwa in Höhe des künftigen Humboldt-Forums auf ein provisorisches Schild, das rechts "echte Tiger" verspricht. In das Humboldt-Forum wird 2019 das Ethnologische Museum Dahlem ziehen. Nach dem Willen der Kulturstatsministerin und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz sollen die wertvollen Artefakte außereuropäischer Kulturen nicht länger an der Peripherie, sondern explizit im Zentrum der weltoffenen Hauptstadt präsentiert werden.

Das muss man nicht wissen, um die Einladung zu den Tigern verführerisch zu finden. Es genügt die Aussicht auf lebendige Exotik, die Touristen wie Berliner gleichermaßen rechts abbiegen lässt - wo sie sich kurz darauf vor einem großen Glaskäfig finden und einigermaßen irritiert auf vier geschmeidige Tiger sowie eine blinkende LED-Anzeige blicken. "**Flüchtlinge** fressen" steht da in roten Lettern.

Christiane Kühl, geboren 1966, lebt als freie Journalistin und Theatermacherin in Berlin. 2015 kuratierte sie für den steirischen herbst das Theorieprogramm "Future Perfect. Dystopia, disruption and alternatives". Für die Frankfurter Positionen 2017 entwickelt sie mit dem Videokünstler Chris Kondek eine Performance zum Thema digitale/bürokratische Doppel. Sie ist Gastautorin von "10 nach 8".

© Chris Kondek

"Flüchtlinge fressen" ist die jüngste Aktion des Zentrum für Politische Schönheit (ZPS). Die Gruppe um Philipp Ruch hat in den vergangenen Jahren immer wieder mit extrem provokativen und öffentlichkeitswirksamen Aktionen auf sich, vor allem aber auf die Diskrepanz zwischen unseren Werten und politischem Handeln aufmerksam gemacht. Nach der *Kindertransporthilfe des Bundes*, *Die Toten kommen* und dem *Ersten Europäischen Mauerfall* geht es erneut um tatkräftige Hilfe für Flüchtende beziehungsweise die Schaffung einer Unsicherheitszone zwischen Fake und Wahrheit, Zynismus und Realpolitik.

Menschenopfer mit Tiger, vorne rechts! Warum können Flüchtlinge nicht mit dem Flugzeug einreisen? Das Zentrum für politische Schönheit will mit einer tödlichen

Die Arena vor dem Maxim Gorki Theater ist dabei nur die spektakuläre Kulisse des Projekts, das mit einem Image-Film im Netz beginnt, durch Online-Abstimmung dramaturgische Steigerung erfährt und seinen Höhepunkt in die Bundestagssitzung am 24. Juni verlegt. Ob es danach zur Katastrophe kommt (Stichwort Tiger) oder zur Katharsis (Stichwort *Joachim 1*, dazu gleich mehr) entscheidet sich dort. Kunst kann Horizonte öffnen, aber Asylpolitik bleibt ein Staatsstück. "Wir proben beides, Utopie und Dystopie", sagte André Leipold vom ZPS auf einer im Theater einberufenen "Bundeserpressungskonferenz".

Konkret geht es dem ZPS um die Abschaffung von Paragraph 63, Absatz 3 des Aufenthaltsgesetzes. Der Paragraph besagt, dass Transportunternehmen, die Reisende ohne gültigen Aufenthaltstitel an Bord nehmen, hohe Strafen zahlen und die Personen auf eigene Kosten rückführen müssen. Entsprechend können Flüchtlinge nicht einfach eine Fähre oder ein Flugzeug nach Europa nehmen, sondern müssen ihr Leben auf Schlauchboten im Mittelmeer riskieren. Selbst dann, wenn sie wie etwa syrische Bürgerkriegsflüchtlinge mit hoher Wahrscheinlichkeit Anrecht auf Asyl in Deutschland haben und ein Visum im Heimatland gar nicht mehr beantragen können, da die deutsche Botschaft in Damaskus längst geschlossen ist. Statt 300 Euro für ein Flugticket, zahlen sie so 3.000 Euro an Schlepper und verundertfachen die Wahrscheinlichkeit, unterwegs zu ertrinken. Yasser Allmamoun, Architekt und "Außenminister" des ZPS, sagt, er habe bereits 2015 den Vorschlag gemacht, dass migrationswillige Syrer 10.000 Euro auf ein Konto der Deutschen Bank zahlen könnten, um nach einer ordentlichen Überfahrt mit diesem Geld das erste Jahr in der Fremde zu finanzieren. Dieselbe Summe musste der Syrer einst für sein Studentenvisum vorstrecken. Er bekam keine Antwort.

Neun Todeswillige haben sich gemeldet

Deshalb nimmt das ZPS nun gewissermaßen die Alternative selbst in die Hand. Über Crowdfunding wollen sie eine Boeing chartern, getauft auf den schönen Namen *Joachim 1*. Mehr als die Hälfte der erforderlichen Summe wurde bereits gespendet. Am 28. Juni soll die *Joachim 1* als "Flugbereitschaft der deutschen Zivilgesellschaft" von Izmir nach Berlin fliegen - mit 100 Syrern an Board. 100 Syrer, die kein Visum, aber Familie in Deutschland haben. Gnade vor Recht ist die Losung, aber das Ziel ein anderes: Gnade in Recht zu verwandeln, indem auf der Bundestagssitzung am 24. Juni Bundespräsident Joachim Gauck als "letzte und schönste Amtshandlung" den Paragraphen kippt und die Menschen legal abheben dürfen.

Bis dahin darf das Publikum online abstimmen, welche der in Kurzvideos vorgestellten Flüchtlingsfamilien einen Platz in der Maschine bekommen. Für den Fall, dass niemand reisen darf, weil der Bundestag sich abschlägig (oder, wahrscheinlicher, gar nicht) verhält, sucht das Zentrum für Politische Schönheit Flüchtlinge, die sich aus purer Verzweiflung am kommenden Dienstag öffentlich den Tigern zum Fraß vorwerfen. Bis Redaktionsschluss haben sich nach Angabe des ZPS bereits neun Todeswillige gemeldet. Auch eine Art, die Peripherie ins Zentrum zu holen. Not und Spiele. Irgendjemand muss sich eben für die europäischen Ideale opfern.

Das Bundesinnenministerium (BMI) twitterte umgehend "Die Aktion ist zynisch & wird auf dem Rücken der Schutzbedürftigen ausgetragen." Der Zynismus ist nicht von der Hand zu weisen. Allein, wie so ziemlich alle auf der Homepage des BMI nachzulesenden Reaktionen auf den Tweet belegen: Die EU-Politik wird als zynischer wahrgenommen. Und da man in letzter Zeit das Gefühl hat, Regierungen, auch der deutschen, etwas Nachhilfe in puncto Kunstpraxis geben zu müssen, sei auch hier betont: Kunst ist ein Referenzsystem. Künstler sagen nicht unbedingt 1:1, was sie meinen, sondern überspitzen gelegentlich, um auf aktuelle Verhältnisse zu verweisen.

So spricht das ZPS von einem "hyperrealen Rom", das sie vor dem Gorki Theater "im Zentrum des europäischen Reiches" errichtet hätten. Die "libyschen Tiger" seien ihnen vom "türkischen Großdiktator" geschenkt worden. Wem es an der Exekutive nicht auffällt, realisiert es vielleicht an der Fauna: Es gibt keine libyschen Tiger. Anders als etwa der spanische Künstler Santiago Sierra, der Kubanern Dollars zahlte, damit sie sich in seinem Namen eine Linie auf den Rücken tätowierten, möchte das ZPS nicht, dass sich wirklich jemand in die Arena wirft. Nichtsdestotrotz hat das Straßen- und Grünflächenamt der Stadt Berlin heute den Abbau der Arena angeordnet. "Flüchtlinge fressen", so die Begründung, sei "eine politische Meinungskundgebung" und das Amt für politische Versammlungen nicht zuständig. Das Gorki Theater will gegen die Anordnung Widerspruch einlegen, da es sich um ein angemeldetes Kunstprojekt handle und auch provokative Kunst durch das Grundgesetz geschützt sei.

Menschenopfer mit Tiger, vorne rechts! Warum können Flüchtlinge nicht mit dem Flugzeug einreisen? Das Zentrum für politische Schönheit will mit einer tödlichen

Aus kunstkritischer Perspektive wiederum ist dem ZPS anzukreiden, dass es sich sehr dicht an einer Aktion von Christoph Schlingensiefel bewegt. Der hatte unter dem Titel *Ausländer raus* im Juni 2000 vor dem Wiener Opernhaus Container aufgestellt, in denen vermeintliche Flüchtlinge lebten und in Big-Brother-Manier über Kameras rund um die Uhr zu beobachten waren. Die Österreicher konnten damals abstimmen, wer abgeschoben wird - ein Projekt, das in Politik, Medien und bei Wiener Bürgern Aufruhr und extreme Abwehrreaktionen herausgefordert hatte. Aber vielleicht ist *Flüchtlinge fressen*, mithin Notleidende in den sicheren Tod statt ins Ungewisse abzuschieben, auf der symbolischen Ebene auch die logische, den aktuellen Verhältnissen entsprechende Weiterentwicklung von *Ausländer raus*. Schlingensiefels Wunschtitel, *Erste Europäische Konzentrationswoche*, war ihm übrigens ebenfalls untersagt worden - er entschied sich stattdessen für *Bitte liebt Österreich!* als Untertitel. *Bitte liebt Europa!* könnte das Grünflächenamt bestimmt ebenfalls beruhigen. Und deckte sich hundertprozentig mit den Wünschen des ZPS.

Was tut eigentlich die Tech-Branche?

Kann Kunst weniger zynisch auf die Paradoxien der westlichen Werte und Gesetze reagieren? Selbstverständlich. Es gibt eine Reihe von Projekten, die nicht über, sondern mit Migranten auf der Bühne arbeiten. Nicht immer ist die Grenze zwischen Kunst, Theaterpädagogik und Sozialarbeit dabei klar erkennbar. Geht es trotz Zynismus weniger marktschreierisch? Auch das. Auf der Berlin Biennale läuft gerade eine subtile Videoarbeit des 1979 geborenen Christopher Kulendran Thomas, *New Eelam*. Im ersten Teil beschreibt die Arbeit das Scheitern der Befreiungsbewegung Sri Lankas, der Heimat der Vorfahren des Künstlers, und die Verwandlung Colombos in einen internationalen Kunst-Hotspot. Im letzten Teil geriert sie sich als Werbefilm einer App, die "Liquid Citizenship" verspricht. Stell Dir vor, man könnte mithilfe von Smartphones ein "Zuhause streamen" und jenseits aller nationalstaatlichen Grenzen überall auf der Welt jederzeit ein cooles Apartment mit Designermöbeln downloaden. *"We are making it as simple as a flatrate monthly subscription. Because we want to enable a more fluid form of citizenship beyond borders"*, verspricht eine Frauenstimme: *"So that the whole world can be our home."*

Großartig wäre das, wenn das Silicon Valley sich der echten Probleme des 21. Jahrhunderts annehmen würde. Tut es aber bislang nicht. Und auch auf der Bundestagssitzung kommenden Freitag wird nicht über *Streaming homes* diskutiert werden. Über den Paragraphen 63 schon, wie Katrin Göring-Eckardt, Fraktionsvorsitzende der Grünen, auf einer der abendlichen, kostenlosen Begleitveranstaltungen im Garten des Gorki Theaters versprach. Damit hat das Zentrum für Politische Schönheit eine Menge erreicht in einer Zeit, in der man hinter das Schild zu den Raubtieren eigentlich nicht "rechts", sondern ehrlicherweise "toutes directions" schreiben müsste.

Load-Date: June 22, 2016

Die besten Krimis des Jahres 2015; Zum Ende des Jahres stellt die Jury der KrimiZEIT-Bestenliste die zehn literarisch und thematisch interessantesten Romane vor.

ZEIT-online

Donnerstag 17. Dezember 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Krimi-Bestenliste; Ausg. 51

Length: 679 words

Byline: Tobias Gohlis

Body

© himberry / photocase.com

1 Merle Kröger: Havarie Ariadne bei Argument, 256 S., 15,00 (EURO)Mittelmeer, das Mare Nostrum. Eine Beinahe-Kollision: Unten ohne Sprit das Schlauchboot der algerischen Flüchtlinge, oben auf der "Spirit of Europe" das Spektakel knipsende Kreuzfahrtgäste. "Festung Europa" als Schurke, Wimmelbild der Migration, Roman der Stunde.

2 Friedrich Ani: Der namenlose Tag Suhrkamp, 302 S., 19,95 (EURO)München. Friedrich Anis neuer Ermittler: Jakob Franck, pensionierter Kommissar. Vor 20 Jahren hielt er stundenlang eine Mutter im Arm, deren Tochter sich erhängt hatte. Jetzt soll er denjenigen suchen, der sie in den Tod getrieben hat. Und findet Menschen, die nicht "leben gehen" konnten. Kriminalroman ergründet Suizide. Außerordentlich.

3 Fred Vargas: Das barmherzige Fallbeil Aus dem Französischen von Waltraud Schwarze. Limes, 512 S., 19,99 (EURO)Paris, Island. Bei den Leichen vorgeblicher Selbstmörder entdeckt Kommissar Adamsbergs Brigade die Zeichnung einer Guillotine, Hinweis auf einen Geheimbund von Robespierre- und Revolutionsdarstellern. Doch Adamsberg zieht es zum Polarkreis. "Die Revolution frisst ihre Kinder" in der arktischen Version, made by Fred Vargas.

4 James Lee Burke: Glut und Asche Aus dem Englischen von Daniel Müller. Heyne, 696 S., 17,99 (EURO)Westtexas. Sheriff Hackberry Holland zum zweiten: Grandiose Steigerung der Regengötter. Der Kampf zwischen dem alten Sheriff und dem Soziopathen Preacher gewinnt metaphysische Dimension im glühenden, dorrenden Grenzland. Epos um Aufrichtigkeit, Wahrhaftigkeit, Leiden und Gewalt. Kein Gramm sentimental.

5 William McIlvanney: Fremde Treue Aus dem Englischen von Conny Löscher. Kunstmann, 352 S., 19,95 (EURO)Glasgow, Ayrshire. Laidlaws Bruder ist betrunken vors Auto gerannt. Der DI nimmt eine Auszeit, um zu trauern und zu forschen, was mit ihm, der Familie und Schottland los ist. Selbsttäuschung, Heuchelei, unlösbare Verpflichtungen. McIlvanneys Laidlaw-Trilogie: Landmarke europäischer Kriminalliteratur.

Die besten Krimis des Jahres 2015 Zum Ende des Jahres stellt die Jury der KrimiZEIT-Bestenliste die zehn literarisch und thematisch interessantesten Romane vor.

6 Antonio Ortuño: Die Verbrannten Aus dem Spanischen von Nora Haller. Kunstmann, 256 S., 19,95 (EURO)"Santa Rita" im Süden Mexikos. Vierzig Migranten aus Zentralamerika wurden vergewaltigt, verbrannt, erschossen. In einer Flüchtlingsunterkunft. Negra von der Migrationsbehörde soll betreuen, versorgen, rückführen. Zum Kotzen realistisch: Rassismus + Verleugnung = Korruption, mental, moralisch, materiell. Nicht nur dort.

7 Carol O'Connell: Kreidemädchen Aus dem Englischen von Judith Schwaab. btb, 541 S., 9,99 (EURO)Manhattan. Aus dem finstersten Winkel des Central-Parks taucht ein Elfenkind auf. Blut ist von den Bäumen getropft. Ein Fall für Kathy Mallory, die soziopathische Superpolizistin. Nur irreguläre Außenseiter haben eine Chance gegen die herrschende Blase. O'Connell: eine der besten Kriminalschriftstellerinnen der Welt.

8 Richard Price: Die Unantastbaren Aus dem Englischen von Miriam Mandelkow. S. Fischer, 432 S., 24,99 (EURO)New York. Detective Billy Graves, Nachtschicht Manhattan, navigiert zwischen konkurrierenden Fixpunkten: Liebe, Rache, Solidarität, Schuld, the law. Gejagt von einem Stalker, voller Zweifel an und Liebe zu seinen Ex-Kollegen. Fünf Cops und ihre Dämonen: Sittenbild in Nahaufnahme.

9 Jeong Yu-jeong: Sieben Jahre Nacht Aus dem Koreanischen von Kyong-Hae Flügel. Unionsverlag, 524 S., 19,95 (EURO)Auf dem Land in Südkorea. Seit sieben Jahren wird Sowon aus Schulen, Arbeitsplätzen, Wohnungen vertrieben. Er ist der Sohn des "Stausee-Monsters", das eine Staumauer öffnete und hunderte Menschen umbrachte. Wie es so weit kommen konnte, erzählt Jeong meisterhaft und voll Einsicht in seelische Verwirrungen.

10 James Ellroy: Perfidia Aus dem Englischen von Stephen Tree. Ullstein, 956 S., 25,00 (EURO)Los Angeles 1941. Am Tag vor Pearl Harbour wird die Farmerfamilie Watanabe rituell aufgeschlitzt. Zwei weiße Cops, ein US-japanischer Forensiker und ihrer aller It-Girl Kay Lake krabbeln spermienhaft durch Kriegs- und Rassenwahn, Immobilienschwindel und Mord. Ziel: Erlösung/Lust. Ellroy back to his roots.

Load-Date: December 17, 2015

Notstandsgesetze gegen den Mob; Nach Clausnitz äußern Politiker wohlfeile Beileidsbekundungen. Die überfälligen politischen Maßnahmen gegen die Rechtskonservativen möchte aber lieber niemand ergreifen.

ZEIT-online

Mittwoch 24. Februar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Clausnitz; Ausg. 9

Length: 1617 words

Byline: Mely Kiyak

Body

Wen beeindrucken eigentlich die Reaktionen nach Clausnitz? Das ritualisierte, taktvolle Gestammel in 140 Zeichen, hinausgesendet mit einer Raute und einem Stichwort? Wer lässt sich erschüttern von dem, was SPD-Mitglied Stegner, Justizminister Maas, Grünen-Chefin Peter oder wer auch immer findet, wie die rechtsextremen Ereignisse in Clausnitz und anderswo - Ähnliches geschieht täglich bis zu fünfzig Mal in Deutschland - eingeordnet werden? Welche Rolle spielt es noch, ob Innenminister de Maizière dieses oder jenes zu sagen hat? Welche Rolle spielt es, was Regierungssprecher Seibert im Namen der Kanzlerin verkündet?

Was soll man groß kommentieren, wenn deutsche Polizisten einen **Flüchtlingsbus** stürmen, weil es draußen eine unzivilisierte Horde entfesselter Bürger so fordert? Was soll man sagen, wenn deutsche Polizeipräsidenten seit dem Aufdecken des NSU keine andere Bewegung als die der moralischen Abwehr kennen? Es ist alles so altbekannt und runtergenudelt, wie es runtergenudelter nicht mehr sein kann. Das ist der zur Genüge bekannte Blues der Bundesrepublik. So soll es heute also um Reaktionen gehen, die angesichts rechter Straftaten im Wesentlichen so lauten: #SchandeEntsetzenSchamRufnachAufklärungErmittlunginalleRichtungen

An wen sind solche Ausrufe eigentlich gerichtet? An die Opfer? Dann müssten die Solidaritätsbekundungen auf Arabisch oder Kurdisch oder irgendeiner anderen Sprache der Flüchtlinge gesendet werden. Das wäre doch einmal etwas Sensationelles. Dass sich Steffen Seibert auf Arabisch an die Bürger von morgen wendet und seine Scham angesichts der Ereignisse formuliert. Oder wenn Familienministerin Manuela Schwesig sofort in die Asylbewerbereinrichtungen fahren würde, um sich um die traumatisierten Kinder zu kümmern. So aber bleibt alles herz- und lieblos zwischen zwei Fraktionssitzungen hinausgetwittert in die deutschsprachige Welt, kurz vor den Wahlen. Nachrichten, die keine Wahlkampfstrategien zerstören.

Ein Vorgeschmack auf die härtere Gangart

Wie gern würde man angesichts brennender Asylunterkünfte mal einen O-Ton von Thilo Sarrazin hören, der doch dem Salonrassismus in Deutschland den Boden bereitet hat. Oder von Bernd Lucke und Hans-Olaf Henkel. Oder Hans-Werner Sinn. Oder Botho Strauß, Safranski, Sloterdijk, alles Herrschaften, denen das finanziell, politisch,

Notstandsgesetze gegen den Mob Nach Clausnitz äußern Politiker wohlfeile Beileidsbekundungen. Die überfälligen politischen Maßnahmen gegen die Rechtskonservativ....

kulturell, demographisch alles zu viel wird mit den Flüchtlingen. Wieso geht keiner raus und klingelt bei Heinz Buschkowsky, und fragt, was er angesichts der brennenden Heime empfindet? Wieso klingelt keiner bei Marcus Pretzell, dem NRW-Chef der AfD, der die Idee der Schüsse auf Flüchtlinge an Grenzen erfunden hat? Warum fragt niemand, was er fühlt angesichts von Würgegriffen an minderjährigen Kriegskindern? Das wären Reaktionen, die man gern erführe.

Kiyaks Deutschstunde Abonnieren Sie die wöchentliche Kolumne von Mely Kiyak als Mail. Jetzt anmelden

Nun, da wir gesehen haben, wie bewaffnete Sicherheitskräfte auf unbewaffnete Zivilisten stoßen, haben wir einen kleinen Vorgeschmack auf das, womit 29 Prozent der deutschen Bevölkerung einverstanden wären. Nämlich eine härtere Gangart gegenüber den Ärmsten der Armen einzulegen. Diejenigen, die sich uns anvertrauen in der Stunde ihrer größten Not, sollen auf bewaffnetes und robust auftretendes Personal treffen. Und dann kommt eben so etwas dabei heraus wie in Clausnitz: ängstliche, weinende Menschen, denen man ohne jede Not Schaden zufügte - und das in einer Demokratie in Friedenszeiten!

Kundgebungen vor Flüchtlingsunterkünften verbieten

In einem solchen Stadium reicht es längst nicht mehr, als politisches Maximum Aufklärung zu versprechen. Was will man denn noch aufklären? Wir haben jeden Tag so viel rechtsradikale Kriminalität und untergetauchte bewaffnete Nazis, wir haben es mit Feuerwehrmännern zu tun, die Brände legen, mit Diskussionsrunden, in denen wie selbstverständlich immer Rechtsextreme zu Wort kommen, wenn es um Flüchtlingspolitik geht - ehrlich, es hat die Grenze des Lächerlichen schon längst überschritten. Man kann gegen Rechte, die seit Jahren Terror ausüben, nicht labern, schreiben und argumentieren, man muss Politik und Gesellschaft gestalten! Wenn es sein muss, mit Notstandsgesetzen gegenüber einem enthemmten und entfesselten Mob. Man muss Kundgebungen vor Asyleinrichtungen und Asylbewerbern verbieten. Telefone von Pegida-Demonstranten und anderen rechtsradikalen Vereinigungen müssen abgehört werden. Vor jede Asylunterkunft gehören Polizisten, die zum Schutz der Flüchtlinge potenzielle Straftäter abschrecken.

Wir brauchen sofort Gesetze, die es jedem Flüchtling in Deutschland ermöglichen, sich frei zu bewegen. Sie sollen mit einem Kontingent an Fahrkarten, Taxigutscheinen, SIM-Karten und Internetguthaben ausgestattet werden. Sie sollen nicht das Gefühl haben, dass sie gefangen sind, und sie sollen nicht das Gefühl bekommen, dass man sie unbestraft jagen kann. Das alles kostet nicht viel Geld und wäre eine Geste tausendmal praktischer und lebensnaher als jeder zügig formulierte Tweet aus einem bequemen, überheizten Büro.

Es würde auch Teilen der Bevölkerung guttun, zu sehen, dass es Politiker gibt, die es riskieren, angesichts anstehender Landtagswahlen felsenfest an der Seite der Flüchtlinge zu stehen. Es reicht nicht, um Anstand zu betteln. Man muss ihn glaubhaft vorleben. Wer gestern noch mit besorgten Bürgern Schnittchen aß und sich ihren aggressiven Fremdenhass zur berechtigten Abstiegsangst zurechtbog, dem glaubt doch heute kein normal gebildeter Bürger, dass es ihn auch nur im Ansatz stört, dass das gesellschaftliche Klima täglich von Dutzenden Anschlägen destabilisiert wird.

Warum können wir in Deutschland nicht ein einziges Mal Ausländer beherbergen und uns wie Menschen benehmen? Warum wird dieser ganze politische Dreck jedes Mal wieder aufs Neue veranstaltet? Wie sehr sehnt man sich nach einem Roland Koch und seiner Unterschriftenaktion zur Staatsbürgerschaftsreform zurück. Man dachte damals wirklich, damit sei der Zenith der Geschmacklosigkeit erreicht. Wie naiv man doch ist.

Wer glaubt denn einem sächsischen Innenminister oder einem Bundesinnenminister, der noch vor kurzer Zeit gegen Flüchtlinge Stimmung machte und Rassisten in Schutz nahm, dass er sich jetzt schämt? Wer sich wirklich schämt, der hätte nie im Leben zugelassen, dass sämtliche Eliten unseres Staates nach dem Aufdecken des NSU ausnahmslos Karriere machten. Und jetzt sind diese rechten Netzwerke, die in Legislative, Judikative und Exekutive des Landes sitzen und Dutzende Untersuchungsausschüsse seit Jahren beschäftigen, dieselben Personen, die sich gestört fühlen sollen vom Rassismus, von gewalttätigen Nazis, von zündelnden Bürgern? Lächerlich!

Notstandsgesetze gegen den Mob Nach Clausnitz äußern Politiker wohlfeile Beileidsbekundungen. Die überfälligen politischen Maßnahmen gegen die Rechtskonservativ....

Was, wenn die integrierten Muslime aufgekehren?

Wie sollen Minderheiten in diesem Land jemals Solidarität mit diesem Staat entwickeln, wenn sie seit Jahrzehnten sehen, dass Rassismus, dieser riesige, blinde, schamvolle Fleck irrsinnige Gräben quer durch die Bevölkerung reißt? Wie sollen die Kinder der Einwanderer jemals Respekt vor der Polizei haben, wenn sie Bilder wie die aus Clausnitz sehen? Wie soll das gehen?

Wie soll das gehen, dass die Demokratie für Pegida und AfD hochgehalten wird, dass man deren Versammlungsfreiheit und Meinungsfreiheit bis aufs letzte Streichholz verteidigt, aber diejenigen, die sich den Opfern nahe fühlen, die Muslime, die ehemaligen türkischen Gastarbeiter und andere Minderheiten auch nach Jahrzehnten kein Wahlrecht haben, um an den Urnen in Baden-Württemberg und anderswo gegen das rechtspopulistische Geschwätz von Julia Klöckner oder Boris Palmer zu opponieren? Man stelle sich vor, dass Millionen türkischer Gastarbeiter mit Mistgabeln aufgekehren würden und mit Gewalt, unter Anzünden von Parteibüros und anderer krimineller Delikte das Wahlrecht fordern. Dass sie mit geroltem R "Wir sind das Volk" schreien. Welcher Politiker würde mit ihnen Schnittchen essen und ihre Sorgen ernst nehmen? Wer würde an ihrer Seite für Demokratie und Gleichberechtigung kämpfen? Es sind diese deutschen Doppelstandards, die einem gehörig auf die Nerven gehen.

Deutschland leert sich aus

Jeder Tweet, den ein Politiker mit Mandat absetzt, jede weitere Beileidsbekundung und jedes zur Floskel verkommene Entsetzen, das angesichts steigender Opferzahlen von rechtsmotivierten Straftaten zur Schau gestellt wird, ist eine Provokation. Immer häufiger hört man in den Communitys, dass sich die Leute Jobs im Ausland suchen. Deutschland leert sich schleichend aus. Es gab Jahre, da haben mehr Menschen mit Migrationshintergrund das Land verlassen, als eingereist sind. Da hat nie jemand gefragt: "Warum geht ihr?" Sie sind auch gegangen, weil sie Angst vor rechten Tendenzen hatten.

Ja, es gibt noch eine weitere Gruppe besorgter Bürger in diesem Land. Aber sie haben keine Bürgerrechte, sie haben keine Parteien, die um ihre Stimmen kämpfen. Und ihre Kinder, oftmals aufsteigende Mittelschicht, entfernen sich innerlich aus diesem System. Es wird sehr gefährlich, wenn die gut situierte Einwandererschicht nicht mehr mitmachen will. Sie ist derzeit der Kitt der Gesellschaft. Und sie hält erstaunlich still angesichts einer immensen rechten Bedrohung und täglichen demütigenden Berichterstattung über ihre Kultur und Lebensweisen. Man sollte dieses Milieu nicht aus den Augen verlieren. Politiker sollten in ihre Ansprachen auch diese Schicht einbeziehen und aufhören mit der armseligen Twittererei.

Load-Date: February 24, 2016

Merkels "Wir schaffen das" überzeugt nicht mehr; Umverteilung der Flüchtlinge auf alle 28 EU-Staaten, Schutz der EU-Außengrenzen, Bekämpfung der Fluchtursachen - die Kanzlerin setzt auf Europa. Wie lange noch?

ZEIT-online

Dienstag 26. Januar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlingspolitik; Ausg. 4

Length: 1090 words

Byline: Theo Sommer

Body

Es wird einsam um die Bundeskanzlerin, auch wenn sie dies nicht wahrhaben will. Die Heimatfront wankt - nicht nur in der CSU, sondern von Tag zu Tag stärker in ihrer eigenen CDU und zugleich beim Koalitionspartner SPD. Die Öffentlichkeit steht nur noch zu einem Drittel hinter ihr. Der Gefühlsüberschwang der sommerlichen Willkommenskultur weicht der Verunsicherung, der Furcht vor Staatsversagen und der Angst vor gesellschaftlicher Überforderung. Angela Merkels "Wir schaffen das" überzeugt nicht mehr angesichts der Schwierigkeiten, den Anspruch in die Wirklichkeit umzusetzen. Schon gar nicht, wenn der Ansturm der **Flüchtlinge** im neuen Jahr unvermindert anhalten sollte.

Auch innerhalb der Europäischen Union brechen Merkel die Partner weg. Die Dänen haben ihr Land dicht gemacht; die Schweden sahen sich gezwungen, ihre Grenzen für Flüchtlinge zu schließen; zuletzt hat Österreich eine Obergrenze für die Aufnahme von Asylsuchenden festgelegt: 37.500 sollen es im Jahr nur sein. (Auf die Bundesrepublik hochgerechnet wären das 400.000 - doppelt so viele, wie dem bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer vorschweben.) Die Osteuropäer sperren sich sowieso; die Briten wollen bis 2020 ganze 20.000 Flüchtlinge aufnehmen; den Amerikanern, deren unglückselige Irak-Politik den Orient ins Chaos gestürzt hat, sind schon die von Obama anvisierten 10.000 im laufenden Haushaltsjahr ein Stein des Anstoßes. Rom aber bemüht sich, das Dublin-Abkommen auszuhebeln, demzufolge Flüchtlinge ihre Asylgesuche in dem EU-Land einzureichen haben, das sie als erstes betreten und wohin sie aus anderen Ländern auch zurückgeschickt werden können - eine für Italien wie Griechenland unerträgliche Last. Deutschland allein zu Haus? In der Tat.

Noch setzt die Kanzlerin auf Europa, um ihre drei Ziele zu erreichen: eine Umverteilung der Flüchtlinge auf alle 28 EU-Staaten, einen besseren Schutz der EU-Außengrenzen und die Bekämpfung der Fluchtursachen. Aber allmählich müsste ihr wohl dämmern, dass verlassen ist, wer sich auf Europa verlässt.

Alle sperren sich gegen eine faire Verteilung der Ankömmlinge - und das, obwohl es nur um 160.000 Flüchtlinge geht, nicht um die bereits angekommene Million. Um den Schutz der Außengrenzen ist es nicht besser bestellt. Ihn soll vor allen Dingen die Türkei leisten. Von ihr wird erwartet, dass sie die Küsten bewacht, die Schleuser stoppt

Merkels "Wir schaffen das" überzeugt nicht mehr Umverteilung der Flüchtlinge auf alle 28 EU-Staaten, Schutz der EU-Außengrenzen, Bekämpfung der Fluchtursachen -....

und Flüchtlinge zurücknimmt. Doch von den drei Milliarden Euro, die ihr dafür versprochen wurden, sind gerade erst 81 Millionen im EU-Klingelbeutel; um den Rest wird gestritten. Auch die viel gepriesenen Hotspots, die geplanten Registrierungszentren in Griechenland, die den Flüchtlingszuzug stoppen sollen, nehmen nur langsam Gestalt an. Die Bekämpfung der Fluchtursachen aber, die Befriedung Syriens und des Iraks, lässt weiter auf sich warten. Die angestrebten Friedensverhandlungen sind durch die Zuspitzung des saudisch-iranischen Konflikts wie durch die gegensätzlichen Vorstellungen der Russen und Amerikaner von vornherein belastet; eine Übereinkunft wird nicht rasch zu erreichen sein - und erst recht nicht deren Umsetzung im verminten Gelände des Mittleren Ostens. Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) ist denn auch nicht der Einzige, der nicht länger an eine europäische Lösung glaubt.

Angela Merkel hat inzwischen eingesehen, dass ihr nicht mehr viel Zeit bleibt, um daraus Folgerungen zu ziehen. Noch wehrt sie sich gegen Obergrenzen, Kontingente, Orientierungsrahmen oder Richtwerte. Immerhin hat sie sich zu der Einsicht durchgerungen, dass der Zuzug der Flüchtlinge reduziert werden müsse. "Das wird Zeit, Kraft und Geld kosten", sagte sie schon in ihrer Neujahrsansprache.

Fünf vor 8:00 Abonnieren Sie die Morgenkolumne von ZEIT ONLINE - von Montag bis Freitag per E-Mail. Jetzt anmelden

Es ist dies noch kein Kurswechsel; an ihrem "Grundansatz" will die Bundeskanzlerin festhalten. Aber es ist ein erster Schritt zu der Erkenntnis, dass wir nicht jedem ein freundliches Gesicht zeigen können; dass die moralisch so hehre grenzenlose Humanität den gesellschaftlichen Frieden gefährdet und die Demokratie untergräbt; und dass ein sturer deutscher Alleingang die Europäische Union sprengen könnte.

In seiner viel zu wenig beachteten Rede beim Davoser Weltwirtschaftsforum hat Bundespräsident Joachim Gauck der Regierungschefin einige bittere Wahrheiten ins Stammbuch geschrieben. Kernsätze:

"Die Politik hat das Interesse der Bürger am Fortbestand eines funktionierenden Gemeinwesens nun zu verbinden mit dem humanen Ansatz, Schutzbedürftigen zu helfen. Das kann gegebenenfalls bedeuten, dass Politik Begrenzungsstrategien entwickeln und durchsetzen muss." "Eine Begrenzungsstrategie kann moralisch und politisch sogar geboten sein, um die Handlungsfähigkeit des Staates zu erhalten. Sie kann auch geboten sein, um die Unterstützung der Mehrheitsgesellschaft für eine menschenfreundliche Aufnahme der Flüchtlinge zu sichern. So gesehen ist Begrenzung nicht per se unethisch: Begrenzung hilft, Akzeptanz zu erhalten." "Gerade weil wir möglichst vielen Schutz bieten wollen, werden wir - so problematisch und tragisch das gelegentlich sein mag - nicht alle aufnehmen können. Und dann noch eines: Wenn nicht Demokraten über Begrenzungen reden wollen, wird Populisten und Fremdenfeinden das Feld überlassen."

Wie aber kann und soll eine spürbare Begrenzung des Zuzugs erreicht werden? In Berlin rauchen die Köpfe, um nach dem Scheitern von Merkels Plan A einen Plan A2 oder Plan B zu ertüfeln. Eine große Lösung durch einen europäischen Migrationsfonds? Ein Mini-Schengen, wenn die Sicherung der Außengrenzen nicht funktioniert? Grenzschießung? Erklärung der Maghreb-Staaten zu sicheren Herkunftsländern? Oder aber, was einigen kühnen Vorausdenkern durch den Kopf geht: Deutschland zahlt alles, geht allein voran, wenn kein europäischer Finanzierungsschlüssel gefunden wird? Es zahlt für die Türkei, für die Flüchtlingslager im Libanon und in Jordanien. Außerdem nimmt es viel Geld in die Hand, um die Flüchtlinge rasch zu integrieren - ihnen Deutsch beizubringen, sie zu akkulturieren und in Lohn und Brot zu bringen.

Nach dem EU-Gipfel Mitte Februar - vier Wochen vor drei Landtagswahlen - will Angela Merkel eine "Zwischenbilanz" ziehen. Doch eine Zwischenbilanz wird nicht reichen - die Kanzlerin muss Entscheidungen treffen über eine neue Flüchtlingspolitik. Viel Zeit hat sie nicht mehr.

Die Flüchtlingsfrage wird für die Bundeskanzlerin zur Nagelprobe. Sie steht vor der schwierigsten Wahl, vor die ein Politiker gestellt werden kann: umfallen oder fallen.

Merkels "Wir schaffen das" überzeugt nicht mehr Umverteilung der Flüchtlinge auf alle 28 EU-Staaten, Schutz der EU-Außengrenzen, Bekämpfung der Fluchtursachen -....

End of Document

Wenn sie es an die Küste schaffen; Nur vorübergehend dürfen die Bootsflüchtlinge in Malaysia und Indonesien bleiben, viel Hilfe bekommen sie nicht. Und die Rohingya aus Myanmar will niemand haben.

ZEIT-online

Freitag 22. Mai 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge in Südostasien; Ausg. 21

Length: 876 words

Byline: Angela Köckritz

Body

Flüchtlinge der Rohingya-Minderheit und aus Bangladesh warten darauf, dass ihr Boot in Indonesien an Land gebracht wird.

© Syifa/Antara Foto/Reuters

Das Schlimmste ist erst mal abgewendet. Wochenlang hatten viele der 7.000 völlig entkräfteten Bootsflüchtlinge im südostasiatischen Meer ausgeharrt. Doch keiner wollte sie aufnehmen. Nun haben Malaysia und Indonesien erklärt, sie würden die **Flüchtlinge** hereinlassen - Malaysia erklärte sich auch bereit, aktiv nach **Flüchtlingsbooten** zu suchen.

Sowohl Malaysia als auch Indonesien sind muslimische Länder und damit bevorzugtes Ziel der ebenfalls muslimischen **Flüchtlinge**, die aus Bangladesch und Myanmar stammen. Auf Dauer bleiben sollen die **Migranten** nicht, ihnen wird lediglich ein vorübergehendes Aufenthaltsrecht von einem Jahr gewährt, danach möchten sie die beiden Aufnahmeländer zurückschicken. Wenn das denn so einfach wäre.

"Handelt es sich um Bangladeschis, ist die Sache nicht schwer", sagt Charles Santiago, malaysischer Abgeordneter und Mitglied der nationenübergreifenden Gruppe Parlamentarier für Menschenrechte der südostasiatischen Staatengemeinschaft Asean. "Das sind dann entweder Wirtschaftsflüchtlinge oder aber Menschen, die gekidnappt wurden, um auf Plantagen zu arbeiten. Die werden zurück in ihr Land geschickt werden." Etwa 60 Prozent der 7.000 Flüchtlinge sollen aus Bangladesch stammen.

Eine Minderheit gegen die andere

"Sehr viel komplizierter ist die Lage, wenn sie Rohingyas sind", sagt Santiago. Denn die Rohingyas möchte niemand haben - und das ist genau der Grund, aus dem sie in Scharen aus ihrer Heimat fliehen, der Provinz Arakan im Westen Myanmars.

Arakan ist eine der ärmsten Provinzen in einem armen Land, schwindelerregende 78 Prozent der Myanmarer leben unter der Armutsgrenze. Die Mehrheit der Einwohner Arakans, also etwa 60 Prozent, stellt die buddhistische

Wenn sie es an die Küste schaffen Nur vorübergehend dürfen die Bootsflüchtlinge in Malaysia und Indonesien bleiben, viel Hilfe bekommen sie nicht. Und die Rohin....

Volksgruppe der Rakhine, die als eine der anerkannten Minderheiten des Landes gelten. Und als solche lange unter der Vorherrschaft der Birmanen, der zahlenmäßig und politisch stärksten Volksgruppe im Vielvölkerstaat Myanmar, litten.

Wie so oft lebt sich eine unterdrückte Minderheit auf Kosten einer anderen unterdrückten Minderheit aus: in diesem Fall der muslimischen Rohingya, die 30 Prozent der Bevölkerung Arakans stellen. Diese gehören ethnisch zur Gruppe der Bengalen, die auch in Bangladesch siedeln, leben jedoch teilweise schon seit vielen Generationen in Arakan, einem einst unabhängigen Reich, das schon immer auf der Grenze zwischen dem buddhistischen und dem muslimischen Asien lag und in seiner wechselvollen Geschichte viele Migrationsbewegungen erlebte.

"Hätten wir jetzt nicht reagiert ... "

Die Rohingya wurden schon früher diskriminiert, nur wenige von ihnen genießen volle Bürgerrechte. Jetzt aber fürchten die buddhistischen Rakhine, dass die Muslime aufgrund ihrer höheren Geburtenrate bald die Mehrheit in der Provinz stellen werden und gehen mit großer Härte gegen die Rohingya vor. Im Jahr 2012 kam es zu blutigen Ausschreitungen, seither wurden die ohnehin schwachen Rechte der Rohingya immer weiter beschnitten, sie fürchten bald alle politischen Rechte zu verlieren und völlig ins Abseits zu geraten. Die Rakhine nennen die Rohingya "Bengalis" und möchten sie am liebsten nach Bangladesch abschieben, doch auch Bangladesch will sie nicht haben. Deshalb machen sich so viele auf die gefährliche Reise übers Meer.

Im Prinzip könnten die Rohingya unter den Flüchtlingen auch in Malaysia bleiben, sagt der Abgeordnete Santiago: "Wir haben sechs Millionen Gastarbeiter, davon sind drei bis vier Millionen nicht registriert. Auf 5.000 bis 6.000 mehr käme es also nicht an." Doch fürchte seine Regierung, dass noch viel mehr Flüchtlinge kommen werden, sobald sie erst mal die Schleusen öffnet.

Erst der internationale Druck habe die malaysische und indonesische Regierung zum Einlenken bewegt, sagt Santiago. Vor allem aber habe der Ruf der südostasiatischen Staatengemeinschaft Asean auf dem Spiel gestanden: "Hätten wir jetzt nicht reagiert, hätte man uns ewig vorgeworfen, dass wir immer nur reden und nichts tun." Nun komme es darauf an, das Problem gemeinsam mit Myanmar zu lösen.

Erstmals hat die Regierung von Myanmar diese Woche verlauten lassen, sie sei bereit, humanitäre Hilfe für jeden zu leisten, der auf hoher See Not leide. Doch kann sie es schaffen, den Konflikt zu lösen? Jede Regierung, die den Rohingyas helfen würde, müsste mit heftigen Stimmenverlusten bei den Buddhisten rechnen, die die Mehrheit im Land stellen. Und es dürfte außerordentlich schwierig werden, die unterschiedlichen Interessen zu vereinen. Am 29. Mai wird es ein regionales Gipfeltreffen anlässlich der Krise geben, Myanmar ist eingeladen, hat jedoch noch nicht zugesagt.

"Immerhin", sagt Chris Lewa von Arakan State, einer Nichtregierungsorganisation, die sich um die Belange der Rohingya kümmert, "ist diese Krise jetzt eine Chance, das Problem der Rohingya wirklich anzugehen." Sie begrüße die Bereitschaft, Indonesiens und Malaysias Flüchtlinge aufzunehmen, doch stelle sich die Frage, was dann mit den Flüchtlingen geschehe. "Es könnte sein, dass sie erstmals in Migrationshaft landen und das ist ein sehr hartes Los."

Das gute Leben haben die Bootsflüchtlinge also noch lange nicht erreicht.

Load-Date: May 22, 2015

Illusionslos glücklich; Vor einem Jahr wärmte sich Deutschland an den Bildern vom Münchner Hauptbahnhof. Zwar zerplatzten in Köln und Würzburg Hoffnungen. Aber die Willkommenskultur lebt weiter.

ZEIT-online

Montag 5. September 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Willkommenskultur; Ausg. 36

Length: 1200 words

Byline: Ferdinand Otto

Body

Anfang September 2015: **Flüchtlinge** kommen am Hauptbahnhof in München an.

© Nicolas Armer/dpa

Polizisten halten Kleinkinder auf dem Arm, Passanten applaudieren erschöpften **Flüchtlingen**, die zu Tausenden aus den Zügen strömen, Helfer verteilen Wasserflaschen, München sammelt binnen Stunden einen Jahresvorrat Windeln, Deorollern und Bananen. Die Bilder aus dem Spätsommer 2015 gingen um die Welt. Und Deutschland gefiel sich in seiner Rolle als letzte Bastion der Menschlichkeit in einem Europa voller Orbáns.

Seitdem hat sich vieles geändert. Horst Seehofer erklärte die Willkommenskultur offiziell für beendet. Die AfD schien damals klinisch tot, ist heute im Höhenflug. Burkas und Burkinis, Erdogan und die doppelte Staatsangehörigkeit, Terrorismus und "Sex-Mob": Die Mehrheitsgesellschaft blickt längst kälter, zögerlicher und misstrauischer auf **Migranten**. Und das vielleicht nicht trotz sondern gerade wegen der Bilder vom Münchner Hauptbahnhof.

Nach Köln, Würzburg und Ansbach hört und liest man auch in linken und liberalen Kreisen immer wieder Kommentare, die in etwa so klingen: Deutschland schenkt Teddybären und statt dankbar zu sein, missbrauchen Flüchtlinge Frauen und metzeln Passanten im Namen des IS nieder. Und statt wie allenthalben versprochen den Fachkräftemangel zu beheben, lassen die Migranten erst mal die Arbeitslosenzahlen steigen. Unerwiderte Liebe, das Gefühl missbrauchter Gastfreundschaft, enttäuschte Hoffnungen, zerplatzte Illusionen - das Selbstbild der freundlichen Migrationsgesellschaft scheint zu wackeln. Oder?

Was ist geblieben vom Willkommenssommer?

"Das Netz von damals gibt es noch und es hält immer noch", sagt die Münchnerin Vaniessa Rashid. Am Nachmittag des 31. August 2015 erreichte sie über einen Verteiler eine E-Mail, dass Tausende in Zügen aus Budapest nach München sitzen und dort in wenigen Stunden ankommen werden. Die Kurdin Rashid war elektrisiert. Sie war selbst vor 19 Jahren über die Balkanroute nach Deutschland geflohen. Die nächsten 48

Illusionslos glücklich Vor einem Jahr wärmte sich Deutschland an den Bildern vom Münchner Hauptbahnhof. Zwar zerplatzten in Köln und Würzburg Hoffnungen. Aber d....

Stunden zogen wie im Rausch an ihr vorbei. Sie verpasste ihre letzte U-Bahn nach Hause. Und später auch die erste. Mit ihren Mitstreitern klapperte sie Bäckereien rund um den Hauptbahnhof ab, bat um Brote, organisierte einen Lkw mit Lebensmitteln von einer großen Supermarktkette, suchte ein Lagerplatz für die Spenden, die Hunderte Münchner abluden. Nach einer schlaflosen Nacht am Hauptbahnhof telefonierte sie mit allen Münchner Radiostationen und startete einen Aufruf, der überall über den Äther ging. Dass "München leuchtete", wie es die *Süddeutsche Zeitung* kommentierte, war nicht zuletzt Rashids Verdienst. Und heute?

"Die Helfer sind nicht mehr so sichtbar, aber sie sind noch da. Die Kontakte, die Facebook-Gruppen, all das gibt es noch", sagt Rashid. Dezentral haben sich in jeder Flüchtlingsunterkunft Helferkreise gegründet, die teils schon Arbeitsgruppen und Schichtpläne eingeteilt hatten, lange bevor die ersten Flüchtlinge eingezogen waren. Als Rashid beispielsweise feststellte, dass es in der BAMF-Außenstelle in Augsburg keine Kinderspielecke gab, obwohl dort Familien oft stundenlang auf ihre Termine warten, hat sie dieses Netzwerk kurzerhand angezapft: "Innerhalb von wenigen Stunden hatten wir beinahe die Ausstattung eines Kindergartens beisammen."

Die Silvesternacht in Köln nennt sie einen Anschlag auf die Psyche der Deutschen. Kulturelle Unterschiede dürfe man nicht unterschätzen: "Wenn ich zu Besuch in Kurdistan bin, überlege ich mir auch, welches Kleid ich anziehen kann", sagt sie. "Aber deshalb müssen wir unter den Flüchtlingen umso überzeugender für unsere Werte werben", sagt sie. Mehr Engagement, nicht weniger, ist ihre Antwort auf die letzten Monate.

Wer sich nur von den Emotionen und den schönen Bildern aus München mitreißen ließ, muss enttäuscht sein am Ende des Jahres mit einer Million Flüchtlingen in Deutschland. Wer hingegen aus reflektierter Überzeugung mit realistischen Erwartungen half, einfach weil es richtig ist, den Schwachen zu helfen, wird damit so schnell nicht aufhören.

Eine Stelle, um Helfer und Stadt zu vernetzen

Der beste Beweis dafür, dass Münchens ehrenamtliches Engagement für Flüchtlinge kein Strohfeuer sondern nachhaltig war, ist Martina Kreis. Ihr hat die Stadt nach den Erfahrungen vom vergangenen Sommer die Fachstelle für Volunteering und Ehrenamt übertragen - eine Stelle, die es so bislang nicht gab. Sie hat den Überblick und vernetzt Initiativen und Helferkreise mit der Stadt und den Wohlfahrtsverbänden: "Weder die Silvesternacht noch die Anschläge von Würzburg und Ansbach haben das Engagement der Menschen schrumpfen lassen", sagt Kreis. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch die Bertelsmann Stiftung, die das ehrenamtliche Engagement in Deutschland empirisch untersucht hat: Viele spontane Initiativen institutionalisieren sich, sie sind unersetzlich für die Integration und ihr Einsatzwille ist ungebrochen.

"Ich konzentriere mich auf die Erfolge"

Beinahe alle Ehrenamtlichen, mit denen man spricht, sehen das so, auch Tobias Krebs. Als selbstständiger IT-Unternehmer hat er in Beratungsfirmen gearbeitet. Jetzt gibt er im Münchner Stadtteil Freiham mehrmals die Woche Deutschunterricht und spielt mit Flüchtlingen auf der Gitarre: "Wenn ich mich im Job bei jedem Rückschlag entmutigen ließe, wäre ich arbeitslos geblieben", sagt er. Manche Flüchtlinge erscheinen nicht zur Deutschstunde, doch die Enttäuschung darüber lässt er nicht an sich heran: "Klar, manche haben kein Interesse daran, schnell Deutsch zu lernen. Ich konzentriere mich auf die Erfolge. Es nicht zu versuchen und den Kopf in den Sand zu stecken, ist keine Alternative." Was ihm weit größere Sorgen bereitet, sind die rechten Parolen, die plötzlich wieder gesellschaftsfähig zu sein scheinen, "auch bei Leuten, die man eigentlich immer für gebildet gehalten hat."

"Man sollte keine falschen Illusionen haben", sagt Ursula Baer. Wer so lange wie sie mit Flüchtlingen arbeitet, bekommt einen realistischen Blick, ganz ohne jede Romantik. Baer ist Vorsitzende des Vereins Flüchtlingshilfe München, der sich seit den Balkankriegen, ausschließlich von Spenden finanziert, um Flüchtlinge kümmert. Und die Sozialpädagogin Baer sprüht immer noch vor Energie: Sie bringt in der Erstaufnahmeeinrichtung Bayernkaserne Erwachsenen Deutsch bei, oft genug lernen ihre Schützlinge zum ersten Mal Lesen und Schreiben. Im Selbstverlag hat der Verein 200.000 Lehrbücher, unter anderem in Arabisch, Farsi, Dari und Tigrinisch gedruckt und verteilt. Baer war immer klar, dass die Flüchtlinge ihre eigene Kultur mitbringen und dass dadurch Reibungen entstehen

Illusionslos glücklich Vor einem Jahr wärmte sich Deutschland an den Bildern vom Münchner Hauptbahnhof.
Zwar zerplatzten in Köln und Würzburg Hoffnungen. Aber d....

können. Anders als mancher Helfer am Hauptbahnhof wollte sie nicht vor Mitleid zerschmelzen oder "betroffen daneben stehen" sondern anpacken. "Jeder Mensch, der nachdenkt, konnte skeptisch werden, ob uns das über den Kopf wächst", sagt Baer. Aber: "Man kann sagen, es wird nichts, dann wird es auch nichts. Oder man fragt sich: Was kann ich tun, damit es besser wird."

Load-Date: September 5, 2016

End of Document

"Es erschlägt einen, was im Bericht steht"; Selbst Mitarbeiter der Menschenrechtsorganisation Amnesty International klingen verzweifelt: Folter, Kriege, unfaire Gerichtsverfahren - die Bilanz für 2015 ist düster.

ZEIT-online

Mittwoch 24. Februar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Amnesty International; Ausg. 9

Length: 1340 words

Byline: Sybille Klormann

Body

Ein **Flüchtlingskind** an der griechisch-mazedonischen Grenze

© Georgi Licovski/EPA/dpa

Das Bild des dreijährigen Alan Kurdi - es steht aus Sicht von Amnesty International symbolisch für vieles, was im Jahr 2015 in Europa schiefgelaufen ist. Das syrische Kind kurdischer Abstammung ertrank im September vergangenen Jahres als **Flüchtling** im Mittelmeer, sein Leichnam wurde unweit des südwesttürkischen Badeortes Bodrum an die Küste gespült. Das Bild Kurdis ging um die Welt - anders als die vielen anderen Momente, die Fotografen Tag für Tag beispielsweise in Syrien, der Türkei, Nigeria oder in der Ukraine festhalten. Alan Kurdis Bild war anders. Es war zumutbar für den Betrachter und damit umso wirkungsvoller. Es ist bis heute im Gedächtnis.

Anders ist es bei einer Vielzahl anderer Krisen und Menschenrechtsverstöße, die Amnesty im vergangenen Jahr registriert und im Jahresbericht aufgelistet hat. "Es erschlägt einen, was im Bericht steht", sagte Selmin Çaliskan, Generalsekretärin von Amnesty Deutschland, bei der Vorstellung des Jahresberichts: 60 Millionen Menschen sind nach Angaben der Vereinten Nationen weltweit auf der Flucht. Allein das ist ein trauriger Rekord. Bedingt und verschärft wird er durch die Tatsache, dass die Gesamtzahl ungelöster Krisen und Kriege gestiegen ist. Das liegt laut Amnesty daran, dass neue Konflikte hinzukamen, während ältere - etwa im Kongo - aufgelöst sind.

Der neue Amnesty-Jahresbericht liest sich noch düsterer als Berichte der vergangenen Jahre. 160 Länder wurden untersucht. In 122 wurden Menschen gefoltert oder anderweitig misshandelt, sagte Çaliskan. In zwei Drittel der untersuchten Staaten gibt es laut Amnesty keine vollständige Presse- und Meinungsfreiheit, in jedem zweiten Land wurden unfaire Gerichtsverfahren registriert.

Zu Kriegsverbrechen oder anderen Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht sei es in 18 Staaten gekommen - und auf dieser Liste sind keineswegs nur Länder, die seit Jahren für ihren Umgang mit der eigenen Bevölkerung in der Kritik stehen - also etwa China, Russland und Saudi-Arabien. Amnesty hat vielmehr auch in einer Vielzahl europäischer Länder Verstöße gegen das Völkerrecht festgestellt.

"Es erschlägt einen, was im Bericht steht" Selbst Mitarbeiter der Menschenrechtsorganisation Amnesty International klingen verzweifelt: Folter, Kriege, unfaire

Amnesty kritisiert neue Regierung in Polen

Kritik übt die Menschenrechtsorganisation beispielsweise an der "flüchtlingsfeindlichen Politik" der ungarischen Regierung unter Viktor Orbán. Die neue Regierung in Polen wiederum beschränke die Meinungsfreiheit massiv. Es sei zwar erfreulich, dass die EU das beanstande, es müsse aber konsequenter verfolgt werden, verlangte Çaliskan. Ebenso verletze die türkische Regierung "eklatant und regelmäßig" die Menschenrechte. Das halte die Bundesregierung und die EU aber nicht von einer Kooperation mit der Türkei ab, beklagte die Amnesty-Generalsekretärin.

Die Staats- und Regierungschefs der EU hätten in der Flüchtlingskrise ohnehin ein ums andere Mal unglücklich agiert. Amnesty erinnert in seinem Bericht beispielsweise daran, dass es Anfang des Jahres keine wirkliche Alternative zu Mare Nostrum - der Operation der italienischen Marine und Küstenwache zur Seenotrettung von Flüchtlingen - gab. "Erst der Tod von 1.000 Flüchtlingen und Migranten vor der libyschen Küste an einem Wochenende im April brachte endlich ein Umdenken", heißt es in dem Bericht. Eilig sei damals ein Gipfeltreffen einberufen worden, viele weitere seien in der zweiten Jahreshälfte gefolgt - meist hätten sie jedoch keine erfolgreichen Ergebnisse hervorgebracht, kritisieren die Menschenrechtler.

#EU and #Turkey MUST offer asylum to those fleeing #Syrian conflict and NOT close doors.
<https://t.co/dxYKnCnFCF> pic.twitter.com/2hdzjD6IVh

- AmnestyInternational (@amnesty) 21. Februar 2016

Kritik an Abschottungspolitik Deutschlands

Auch die Bundesregierung kommt mit ihrer derzeitigen Flüchtlingspolitik nicht gut weg: Die große Koalition habe die Menschenrechte aus dem Blick verloren bei ihrem "krampfhaften Versuch, die Flüchtlingszahlen zu senken", sagte Çaliskan. Die anfängliche Offenheit der Bundesregierung sei mittlerweile geschwunden. Stattdessen werde "nur auf Härte und Abschottung gesetzt", sagte Çaliskan.

Die Amnesty-Generalsekretärin kritisierte vor allem die Verschärfung des Asylrechts. Das seit März 2015 geltende Asylbewerberleistungsgesetz entspräche besonders bei der Gesundheitsversorgung nicht den internationalen Menschenrechtsstandards. Auch wäre es ein gravierender Fehler, Länder wie Marokko, Tunesien und Algerien zu sogenannten sicheren Herkunftsländern zu erklären, warnt Çaliskan. In Marokko seien zahlreiche Fälle von Folter durch Polizisten bekannt, in Tunesien würden Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung vor Gericht gestellt. "Wenn die Bundesregierung diese drei Länder tatsächlich zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt, verstößt sie gegen die eigenen verfassungsrechtlichen Kriterien zur Bestimmung sicherer Herkunftsstaaten."

Amnesty wirft der Bundesregierung auch vor, rassistische Gewalt zu verharmlosen. "Der Kampf gegen Rassismus muss endlich konsequent von den Behörden angegangen werden", forderte Çaliskan. Clausnitz und Bautzen seien die aktuellsten Beispiele, doch dürfe man "jetzt nicht nur auf Sachsen schauen, selbst wenn das Versagen der dortigen Behörden und insbesondere der sächsischen Polizei beim Schutz von Geflüchteten massiv ist", sagte Çaliskan. Im gesamten Bundesgebiet fänden fast täglich Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte statt, und dies dürfe nicht mehr verharmlost werden.

Dass Millionen Menschen weltweit auf der Flucht sind, liegt laut Amnesty daran, dass die internationale Gemeinschaft nicht in der Lage ist, große Krisen zu lösen. Den Bürgerkrieg in Syrien und die Folgen nannte Çaliskan "eine der größten Tragödien dieses Jahrhunderts". Die internationale Gemeinschaft zeige "weder den politischen Willen noch die Kompetenz, angemessen mit der Fluchtbewegung gemeinsam umzugehen".

Kritik an Notstandsgesetzen in Frankreich

Zu viele Regierungen schränken im Kampf gegen bewaffnete Gruppen wie Boko Haram oder den "Islamischen Staat" (IS) ihrerseits die Freiheitsrechte ihrer Bürger ein, kritisierte auch Amnesty-Generalsekretär Salil Shetty. "Die

"Es erschlägt einen, was im Bericht steht" Selbst Mitarbeiter der Menschenrechtsorganisation Amnesty International klingen verzweifelt: Folter, Kriege, unfaire

Taten dieser Gruppen dürfen keiner Regierung als Rechtfertigung dienen, selbst gegen internationale Menschenrechte zu verstoßen, um kurzfristig etwas zu erreichen." Als Beispiel nannte er dabei auch Frankreich: Die neuen Regelungen für den Ausnahmezustand, die nach den Terrorangriffen von Paris von der Regierung festgelegt wurden, seien "zunehmend fraglich", sagte Shetty am Sitz von Amnesty in London.

Seit Ausrufung des Notstands seien mehr als 3.000 Häuser in Frankreich durchsucht worden. Viele seien ohne ausreichende Erklärung und oft unter Einsatz unverhältnismäßiger Gewalt durchgeführt worden, mahnt auch Çaliskan. "Die französischen Behörden haben die Rechte Hunderter Männer, Frauen und Kinder verletzt." Von den französischen Behörden fordert Amnesty, die Verhältnismäßigkeit zu wahren und eine diskriminierende Anwendung der Notstandsmaßnahmen zu verhindern.

Kleines Lob für Merkel, ein großes für die Bevölkerung

Insgesamt gibt es in dem Bericht nur wenige Lichtblicke. Einen jedoch haben die Autoren in Deutschland entdeckt: Die Willkommenskultur gegenüber Flüchtlingen, die in weiten Teilen der Bevölkerung weiter existiere. Auch für Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte Shetty am Ende der Präsentation ein paar positive Worte: "Wir loben normalerweise keine Regierungen und ihre Chefs", sagte Shetty. Aber Merkel habe eine prinzipielle Sichtweise auf die Situation eingenommen und damit gegen Widerstand im Land die richtige Entscheidung getroffen.

Und auch Amnesty selbst hat einen Erfolg zu melden: Nach mehr als 40 Jahren in Einzelhaft hat der US-Bundesstaat Louisiana Albert Woodfox freigelassen. Amnesty hatte sich in den vergangenen fünf Jahren für die Freilassung des heute 69-Jährigen eingesetzt, der in einem unfairen Verfahren verurteilt worden war. Es ist ein kleiner Erfolg gemessen an den großen globalen Krisen. Aber es ist einer.

Load-Date: February 24, 2016

Zukunft ohne Arbeitsplätze; Flüchtlinge brauchen Jobs, die deutsche Wirtschaft braucht Arbeitskräfte - aber wie lange noch? Roboter werden zur mächtigen Konkurrenz.

ZEIT-online

Dienstag 10. November 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Arbeitsmarkt; Ausg. 45

Length: 857 words

Byline: Theo Sommer

Body

Hunderttausende von Zuzüglern - **Asylbewerber** und **Flüchtlinge** - in Arbeit zu bringen, ist ein zentraler Aspekt der Integrationspolitik, auf die sich die Spitzen der Großen Koalition verständigt haben. Dem liegt die Überzeugung zugrunde, dass unsere Wirtschaft sie dringend braucht und der Arbeitsmarkt mit seinen derzeit 600.000 unbesetzten Stellen sie auch in Zukunft leicht absorbieren kann.

Es könnte sich dies jedoch als eine fatale Fehlkalkulation herausstellen. Das legen jedenfalls immer mehr Studien nahe, die sich mit der Entwicklung der Arbeit in den nächsten zwanzig Jahren beschäftigen. Roboter und Computer werden danach schon bis 2035 den Arbeitsmarkt von Grund auf verändern. Sie werden genau jene Stellen übernehmen, auf die wir die Neubürger setzen wollten.

In einem 300-seitigen Bericht, den der *Guardian* ausgewertet hat, prophezeien die Analysten der Bank of America Merrill Lynch eine neue industrielle Revolution - die vierte nach der Dampfmaschine, der Massenproduktion und der Elektronik: die Robotik. Sie zitieren einen Bericht der Oxford University, wonach diese vierte Revolution binnen zwanzig Jahren 35 Prozent der britischen und 47 Prozent der amerikanischen Arbeiter um ihren Job bringen wird. Besonders gefährdet seien Niedriglohn-Jobs: Die technische Entwicklung werde sie überflüssig werden lassen.

Alles deutet darauf hin, dass dieser historische Paradigmenwechsel auch Deutschland nicht aussparen wird. Was die Frage aufwirft, ob unser Arbeitsmarkt im Jahre 2035, wenn wir Millionen Migranten qualifiziert und integriert haben, überhaupt noch aufnahmefähig ist für Massen von zusätzlichen Arbeitern und Angestellten.

Industriefabriken ganz ohne Arbeitskräfte

Noch steht das Roboter-Zeitalter ganz am Anfang. Das taiwanesisches Unternehmen Foxconn, weltweit der größte Zulieferer im High-Tech-Bereich, will einen wachsenden Anteil seiner 1,2 Millionen Beschäftigten durch Fertigungsroboter ersetzen - 10.000 fürs erste, eine Million nach einem Xinhua-Bericht binnen drei Jahren. Die nächsten Generationen von iPad und iPhone werden wohl nicht mehr von Menschen montiert.

Zukunft ohne Arbeitsplätze Flüchtlinge brauchen Jobs, die deutsche Wirtschaft braucht Arbeitskräfte - aber wie lange noch? Roboter werden zur mächtigen Konkurrenz....

Auch anderswo zeichnet sich der neue Trend immer schärfer ab. Vivek Wadhwa, ein streitbarer und umstrittener Ökonom aus Stanford, gelangt zum gleichen Ergebnis wie die Experten in Oxford. Gegenwärtig kommen im Weltdurchschnitt 66 Roboter auf 10.000 Arbeiter, doch in der japanischen Automobilindustrie sind es heute schon 1525. In der chinesischen Provinz Guangdong wird gegenwärtig die erste Fertigungsstätte errichtet, die ganz ohne Arbeitskräfte auskommt. Tausend Roboter sollen dort die Arbeit von 2000 Menschen tun.

Und es werden überall mehr werden. Der Grund: wo das Offshoring - die Auslagerung der Produktion in Billiglohnländer - eine Kostenersparnis von 65 Prozent ermöglicht, kann das Ersetzen der menschlichen Arbeitskraft durch Roboter die Kosten um 90 Prozent verringern. Dieselbe Wirkung wird erzielt, wenn Computer immer mehr wissensintensive Aufgaben übernehmen.

Fünf vor 8:00 Abonnieren Sie die Morgenkolumne von ZEIT ONLINE - von Montag bis Freitag per E-Mail. Jetzt anmelden

Übrigens auch, wenn 3-D-Drucker uns erst einmal erlauben, Spielzeuge und Haushaltsgegenstände zuhause zu drucken, dazu mechanische Geräte, Implantate, Schmuck und sogar Kleidung. Noch funktionieren die 3-D-Drucker nur langsam, schwerfällig und unsauber, doch wird sich das ebenso rasch ändern, wie dies bei den ersten Tintenstrahldruckern der Fall war. (Wobei Vivek Wadhwa ironisch anmerkt, man dürfe sich nicht wundern, wenn 2030 die Industrieroboter gegen die 3D-Drucker streikend auf die Straße gehen: "Die nehmen uns die Arbeit weg!")

Welche Art von Wirtschaft?

Das Thema "Zukunft ohne Arbeitsplätze" ist mir neu; ich bin durch Zufall darüber gestolpert. Und ich bin zu wenig Ökonom, um mich zwischen Optimismus und Pessimismus zu entscheiden. Werden sich die Beschäftigungslosen gegen die Industrialisierung 4.0 erheben wie einst Gerhart Hauptmanns schlesische Weber gegen die Industrialisierung 1.0? Droht uns ein Konflikt zwischen immer mehr Arbeitslosen - darunter auch die Migranten von heute und deren Nachkommen - und immer weniger Beschäftigten?

Oder haben die Optimisten recht, die im Aufkommen der Roboter eine Chance sehen, aus der Vision des großen englischen Nationalökonom John Maynard Keynes Wirklichkeit werden zu lassen? Keynes hatte 1930 vorhergesagt, dass die Entwicklung der Technik die Menschheit bis 2030 in die Lage versetzt werde, nur noch 15 Stunden wöchentlich zu arbeiten und den Rest der Zeit Mensch zu sein, sich der kreativen Muße hinzugeben.

Keynes warnte freilich auch: Wenn das Verhältnis von Arbeit und Gesellschaft nicht fundamental neu gedacht werde, könnte sich eine zusehends größere Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern auftun. "Wir sind in Gefahr", räsionierte er, "eine große Anzahl von Menschen zu schaffen, die nicht mehr gebraucht werden. Wir müssen uns fragen, welche Art von Wirtschaft wir wollen, um die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen."

Die Fragen des Cambridge-Gelehrten Keynes sind 85 Jahre alt. Wird es uns gelingen, bis zu seinem Zieltermin 2030 die richtigen Antworten zu finden?

Load-Date: November 10, 2015

"Der Bundestag hat da nichts mitzureden"; CSU-Chef Seehofer fordert eine Bundestagsabstimmung über den EU-Türkei-Deal. Dabei hat das Parlament rechtlich nichts zu entscheiden, betont Europarechtler Thym.

ZEIT-online

Dienstag 22. März 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: EU; Ausg. 13

Length: 842 words

Byline: Katharina Schuler

Body

Freiwillige und Rettungsschwimmer helfen **Flüchtlingen** vor Lesbos.

© Alexander Koerner/Getty Images

*Daniel Thym, Jahrgang 1973, ist Professor für Öffentliches Recht, Europa- und Völkerrecht an der Universität Konstanz sowie Co-Direktor des Forschungszentrums Ausländer- & **Asylrecht**.*

ZEIT ONLINE: Herr Thym, CSU-Chef Horst Seehofer fordert eine Abstimmung im Bundestag über das EU-Türkei-Abkommen. Was halten Sie davon?

Daniel Thym: Der Name sagt es schon, es handelt sich um ein Abkommen der EU mit der Türkei und deswegen tragen die europäischen Organe die Verantwortung dafür. Im Bundestag kann und sollte natürlich trotzdem darüber diskutiert werden. Im Zusammenhang mit der Regierungserklärung der Kanzlerin ist das in der vergangenen Woche ja auch passiert und wird bestimmt noch häufiger der Fall sein. Seehofers Vorwurf, die Flüchtlingsfrage werde nur noch in Talkshows abgehandelt, ist deswegen nicht zutreffend.

ZEIT ONLINE: Rechtlich notwendig ist eine Zustimmung des Bundestags aber nicht?

Thym: Nein, der Bundestag hat da nichts mitzureden. Was am Wochenende vereinbart wurde, ist kein Abkommen im Rechtssinne. Vielmehr gibt es bereits bestehende Abkommen zwischen Griechenland und der Türkei sowie der EU mit der Türkei über die Rücknahme von Flüchtlingen. Jetzt hat man sich politisch verständigt, diese auch anzuwenden. Dafür hat man der Türkei gewisse Dinge in Aussicht gestellt.

Rechtlich verbindlich sind diese Versprechen allerdings nicht. Die Türkei hätte keine Möglichkeit, die EU vor einem internationalen Gericht zu verklagen, wenn es zum Beispiel doch nicht zu Visa-Erleichterungen käme oder die versprochenen sechs Milliarden nicht gezahlt würden. Nur würde Ankara sich dann wohl auch nicht mehr verpflichtet sehen, sich seinerseits an die Vereinbarung zu halten.

"Der Bundestag hat da nichts mitzureden" CSU-Chef Seehofer fordert eine Bundestagsabstimmung über den EU-Türkei-Deal. Dabei hat das Parlament rechtlich nichts z....

ZEIT ONLINE: Die Visa-Freiheit für türkische Staatsbürger, die nun möglicherweise ab Juli gelten wird, bereitet vielen Konservativen besondere Bauchschmerzen. Kann der Bundestag darauf auch keinen Einfluss nehmen?

Thym: Nein. Entschieden wird das vom EU-Rat und zwar mit qualifizierter Mehrheit. Selbst wenn Deutschland ablehnen sollte, könnte es also rein theoretisch überstimmt werden. Erforderlich ist aber die Zustimmung des Europäischen Parlaments, während der Bundestag der Regierung höchstens eine Empfehlung geben kann, wie sie im EU-Ministerrat abstimmen soll.

ZEIT ONLINE: Dem Abkommen selbst muss aber auch das Europaparlament nicht zustimmen?

Thym: Genau, weil am Freitag kein Vertrag im Rechtssinne unterzeichnet wurde. Allerdings kommen jetzt die ganzen rechtlichen Instrumente zur Anwendung, an denen das Europäische Parlament seit Jahren mitwirkt, wie zum Beispiel das Rücknahmeabkommen mit der Türkei oder die Regeln, wann ein Land als sicherer Drittstaat gilt. Und sollte das zusätzliche Geld für die Türkei aus dem EU-Budget genommen werden, müsste das Parlament auch zustimmen.

ZEIT ONLINE: Bei der Griechenland-Rettung war die Zustimmung des Bundestags notwendig. Warum ist das bei der Flüchtlingspolitik nicht der Fall?

Thym: Nationale Parlamente sind gefragt, wenn es um nationale Kompetenzen geht oder die Verfassungsidentität durch europäische Beschlüsse infrage gestellt wird. Die einzige nationale Konsequenz ist in diesem Fall, dass die Deutschen Flüchtlinge aus der Türkei aufnehmen müssen. Das ist aber mit der Türkei nicht rechtlich vereinbart worden, sondern die Mitgliedstaaten setzen das freiwillig auf Grundlage ihrer nationalen Gesetze um. In Deutschland reicht dafür ein Beschluss des Bundesinnenministers. Er entscheidet auch über die Bereitstellung von Bundespolizisten oder Mitarbeitern des Bundesamtes für Migration zur Unterstützung von Griechenland.

ZEIT ONLINE: Auch vor dem EU-Türkei-Deal hat die CSU immer wieder kritisiert, dass über die Flüchtlingspolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Bundestag nicht abgestimmt worden sei. Gibt es aus Ihrer Sicht da ein Versäumnis?

Thym: Nein, aus rechtlicher Sicht gab es keine Abstimmung, die erforderlich gewesen wäre, aber nicht durchgeführt wurde. Die Regierung hat keine Gesetze systematisch verletzt. Sie hätte in der Flüchtlingspolitik strenger sein können, aber sie musste es nicht sein. Wenn es nur darum geht, die Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit einer bestimmten Politik zu dokumentieren, steht es den Abgeordneten aber frei, nach Maßgabe der Geschäftsordnung des Bundestags eine Debatte oder auch einen Entschließungsantrag zu beantragen. Das hätten auch die CSU-Abgeordneten jederzeit tun können.

ZEIT ONLINE: Inwiefern hätte die Regierung strenger sein können?

Thym: Es wäre eventuell möglich gewesen, Flüchtlinge unter bestimmten Voraussetzungen und in begrenztem Umfang an der Grenze zurückzuweisen. Man hätte dann mit einer Überforderung argumentieren und sich auf Ausnahmeklauseln in den EU-Verträgen berufen können. Das wäre allerdings nur in den Zeiten möglich gewesen, in denen sehr viele Menschen kamen. Im Moment ginge das nicht, weil ja nur noch wenige Flüchtlinge an der deutschen Grenze ankommen.

Load-Date: March 22, 2016

Libanon führt Visumspflicht für Syrer ein; Im vergangenen Jahr strömten Millionen Syrer in das kleine Land. Ab dem 5. Januar sollen Einreisebeschränkungen die Migration regeln.

ZEIT-online

Samstag 3. Januar 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Syrische Flüchtlinge; Ausg. 1

Length: 328 words

Body

Syrische **Flüchtlinge** im Libanon

© Joseph Eid/AFP/Getty Images

Einem Bericht der *New York Times* zufolge hat der Nationale Sicherheitsrat des Libanon angekündigt, für Syrer eine Visumspflicht einzuführen. Ab dem 5. Januar solle die neue Einreisebeschränkung in Kraft treten, um den Zustrom der zahlreichen **Flüchtlinge** aus dem Nachbarland zu regulieren. Syrer könnten sechs verschiedene Aufenthaltsgenehmigungen beantragen.

Kein anderer Staat hat im vergangenen Jahr mehr Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen als der Libanon. In dem Land mit nur rund vier Millionen Einwohnern leben UN-Schätzungen zufolge neben den 1,1 Millionen registrierten syrischen Flüchtlingen noch bis zu 500.000 nicht registrierte Syrer, die illegal die Grenze passiert haben. "Eine Million Flüchtlinge aufzunehmen wäre für jedes Land eine enorme Aufgabe. Der Libanon, ein kleines Land mit internen Schwierigkeiten, wird dadurch erschüttert", sagte UN-Flüchtlingskommissar António Guterres. "Der Libanon hat die höchste Flüchtlingsdichte in der jüngsten Geschichte".

Touristen, Studenten und Geschäftsreisende müssen den neuen Regelungen entsprechend bei der Einreise Dokumente und Vermögensnachweise vorlegen, die ihre Absichten belegen. Alle anderen bekommen vorerst nur eine zweitägige Aufenthaltserlaubnis für Häfen, Flughäfen oder Botschaften genehmigt. Die neue Verordnung könne der *New York Times* zufolge dazu führen, dass die nicht registrierten Flüchtlinge nach Syrien zurückgeschickt würden.

Der syrische Botschafter Ali Abdel-Karim forderte nach Bekanntgabe der Einreisebeschränkungen eine stärkere Koordination der libanesischen und der syrischen Regierungen, zeigte aber auch Verständnis. "Ich denke, diese Schritte sind besser als vorherige Maßnahmen. Sie sind das Ergebnis von großem Druck auf die Regierung", sagte er dem Nachrichtenportal *The Daily Star*. An der syrisch-libanesischen Grenze war Syrern in den letzten Monaten vermehrt die Einreise verweigert worden.

Load-Date: January 3, 2015

Libanon führt Visumpflicht für Syrer ein Im vergangenen Jahr strömten Millionen Syrer in das kleine Land. Ab dem 5. Januar sollen Einreisebeschränkungen die Mi....

End of Document

Schlechtere Tage in Moria; Lesbos vor Tag X: Helfer dürfen nicht mehr helfen. Ein Flüchtlingslager wird zum Gefängnis. Und die Insassen wollen nicht glauben, dass sie zurück in die Türkei sollen.

ZEIT-online

Sonntag 3. April 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Lesbos; Ausg. 15

Length: 1215 words

Byline: Lenz Jacobsen

Body

Niemand darf mehr hinaus.

© Lenz Jacobsen für ZEIT ONLINE

Auf dem Hügel liegen zwei Lager. Das eine ein Gefängnis, eingezäunt und stacheldrahtbewehrt. "Moria", gedacht für 2.000 Personen, beherbergt momentan 2.500 Menschen, schätzt das **Flüchtlingshilfswerk** UNHCR. Manche sprechen von 3.000 oder gar 3.500, so genau weiß man es nicht. Das andere Lager begrüßt seine Gäste mit einem großen, bunten Schild, quer über dem immer offenen Eingang: "Welcome", willkommen, in einem Dutzend Sprachen. "Better days for Moria" heißt dieses Camp, bessere Tage für Moria. Für ein paar Monate war es die freundlichere, von Freiwilligen organisierte Alternative zum großen Lager nebenan. Nun liegen noch ein paar bunte Bälle zwischen den Zelten und über Wäscheleinen hängen zwei einsame Schwimmwesten, längst getrocknet. Seit dem 20. März steht das Lager leer. Morias bessere Tage sind vorbei.

An der Ostküste der griechischen Insel Lesbos wird an diesem Wochenende die Kehrtwende der europäischen **Asylpolitik** offensichtlich. Am morgigen Montag soll das beginnen, was die EU "Rückführung illegaler **Migranten**" in die Türkei nennt, 750 zuerst in drei Tagen. Deshalb ist Moria zum Gefängnis geworden. Von hier sollen **Flüchtlinge** in Busse und dann auf Fähren verladen werden, ohne Umweg direkt zurück im Eilverfahren. Ein Signal soll ausgehen von Europa an die Schlepper und die **Flüchtlinge**: So kommt ihr hier nicht rein.

Was in den Konferenzsälen in Brüssel wie eine vernünftige politische Lösung erscheinen mag, wirkt hier, aus der Nähe, absurd.

Helfer wollen keine Gefängniswärter sein

Die Helfer von Better days for Moria möchten noch immer helfen. Aber sie dürfen nicht. Die Pakistani und die anderen, die hier lebten, hat die griechische Polizei am 20. März abgeholt und in das große Lager nebenan gebracht. Ebenso alle, die bis heute auf der Insel ankommen. Hinter ihnen verschließen die Polizisten Tore, niemand darf mehr hinaus. So steht es im EU-Türkei-Abkommen, das hier alle nur den "Deal" nennen.

Schlechtere Tage in Moria Lesbos vor Tag X: Helfer dürfen nicht mehr helfen. Ein Flüchtlingslager wird zum Gefängnis. Und die Insassen wollen nicht glauben, das....

Als das Lager zum Gefängnis wurde, sind die meisten Helfer abgezogen. Sie wollten keine Gefängniswärter sein. Und nebenan im leeren Alternativcamp sitzen die Helfer zwischen dem Kinderzelt und dem Küchenzelt und sind wütend vor Hilflosigkeit. Abbauen wollen sie noch nicht, auf keinen Fall. Wer weiß, was hier noch passiert, wer weiß, wie sich der ständige Ausnahmezustand auf dieser Insel noch entwickelt. Doch ihre 24-Stunden-Hilfe im eigenen Ärztezelt zum Beispiel haben sie einstellen müssen. Die Leute aus Moria dürfen ja nicht mehr raus zu ihnen. Und sie dürfen mit ihrer improvisierten Notfallpraxis nicht rein. Hat die Polizei verboten.

Das Lager der Helfer ist leer.

© Lenz Jacobsen für ZEIT ONLINE

Vorne am Haupteingang von Moria steht jetzt Michele Telaro in der Nachmittagssonne. Er trägt Dreitagebart und das ernste, düstere Gesicht eines Menschen, der aufgezehrt wird von seiner Aufgabe. Telaro ist Projektleiter der Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen auf Lesbos. Gerade war er, wie jeden Tag, kurz im Lager und hat versucht, sich einen Überblick zu verschaffen. "Es ist Chaos da drin", sagt er und schüttelt resigniert den Kopf. Seine Kollegen haben Moria schon vor über zwei Wochen verlassen, und wenn man ihn nach dem Grund fragt, schaut er kurz ungläubig und deutet dann hinüber, auf den dicken Nato-Stacheldraht auf den Zäunen. Auf die patrouillierenden Polizisten dahinter, auf das hohe, verschlossene Eisentor. "Deshalb", sagt Telaro nur.

Noch steht das Camp "Better days for Moria"

© Lenz Jacobsen für ZEIT ONLINE

Nun waren die Helfer in Moria, wie überall auf Lesbos, nicht nur eine nette Beigabe. Sie waren, das sagen alle hier, das Rückgrat. Das UNHCR hat das Gelände geplant, andere haben die psychologische Betreuung übernommen, die Registrierung, das Kochen, die Nachtschichten. Freiwillige Helfer haben das gesamte Lager geputzt, über Monate. Das machten nun Angestellte der Stadt, erzählt Telaro, "aber die Toiletten schaffen sie nicht". Deshalb haben die Helfer den Insassen Putzmittel da gelassen. Damit sie die Toiletten in ihrem Gefängnis selbst sauber machen können.

Wenn man nach dem Gespräch mit Telaro um das Lager herum geht, an den Mauern entlang, auf die Aktivisten das universelle und unvermeidliche "*No Border, No Nation*" geschrieben haben, gelangt man zum Häftling Bilal. Ganz oben am Hügel, wo die Zäune im rechten Winkel aufeinander zu laufen, das Lager endet und die griechischen Polizisten selten patrouillieren, steht er, und erzählt seine Geschichte.

Zur Begrüßung streckt Bilal zwei Finger durch den Zaun, mehr passen nicht zwischen die engen Drahtmaschen. Am Handgelenk trägt er ein knallorangenes Band, "*Translator*" steht darauf, Übersetzer. Sein Vater habe in Afghanistan für die US-Armee gearbeitet und später für die afghanische, erzählt Bilal in flüssigem Englisch. Die Taliban hätten versucht, den Vater zu zwingen, das Trinkwasserreservoir der Armee zu vergiften, für das dieser zuständig war. Da seien sie geflohen. Der Rest der Familie warte schon in Schweden auf ihn, den Sohn.

Als Bilal sich in der Nacht vom 21. auf den 22. März mit 30 anderen Menschen in ein Schmugglerboot an der türkischen Küste setzte, 2.000 Euro habe jeder dafür bezahlt, galt das Abkommen zwischen der EU und der Türkei schon. Bilal ist einer derer, die der EU-Türkei-"Deal", wie ihn auch hier auf der Insel alle nennen, abschrecken sollte. Doch es hat nicht funktioniert.

Bilal wusste, dass er zurückgeschickt werden könnte. Trotzdem wollte er endlich raus aus der Türkei, die er "die Hölle" nennt. "Alle nehmen einen da aus, alle lassen einen als Flüchtling das Doppelte oder Dreifache bezahlen", sagt Bilal. Sein Schmuggler habe die türkische Küstenwache bestochen, damit die sie passieren ließ in ihrem kleinen Boot. Hier auf Lesbos sei er dann nach einem Tag im Camp Moria gelandet. Stundenlang habe er in der Schlange gestanden, um Asyl zu beantragen, und als Antwort nur einen kleinen, abgerissenen Zettel mit einer vierstelligen, handgeschriebenen Nummer bekommen. Er streckt zum Beweis das Zettelchen durch den Zaun, die Augen vor Empörung aufgerissen. Es ist seine Wartenummer für Europa. Er wartet jetzt seit über zwei Wochen.

Schlechtere Tage in Moria Lesbos vor Tag X: Helfer dürfen nicht mehr helfen. Ein Flüchtlingslager wird zum Gefängnis. Und die Insassen wollen nicht glauben, das....

Bilal erzählt sein Schicksal als Blaupause all der Vorwürfe, die Kritiker der neuen europäischen Flüchtlingspolitik schon seit Wochen vorbringen: Die korrupte Küstenwache, der unerträgliche Alltag in der Türkei, die Familie schon in Schweden, die schlimmen Zustände im Gefängniscamp. Aber soll man ihm deshalb nicht glauben? Vielleicht hat sich dieser junge und wortgewandte Mann, der nach eigener Auskunft 23 Jahre alt ist, sich aus Angst vor den türkischen Behörden nicht fotografieren lassen will und eigentlich auch nicht Bilal heißt, das alles nur ausgedacht, um die eigenen Chancen zu verbessern. Vielleicht ist so viel Misstrauen aber auch unbegründet. Vielleicht wird eine Geschichte nicht dadurch unglaubwürdig, dass sie bestätigt, was man geahnt hat. Hier jedenfalls, in der neuen europäischen Flüchtlingsrealität am Zaun von Moria, lässt sich die Wahrheit nicht herausfinden.

Wenn man Bilal schließlich fragt, was er macht, sollte die Polizei am Montag versuchen, ihn in die Türkei zu schicken, sagt er: "Ich habe keine Ahnung, wirklich. Das wäre doch nicht legal. Ich habe doch Asyl beantragt hier."

Load-Date: April 3, 2016

End of Document

Orbán's schlechtes Vorbild; Auch Slowenien baut jetzt einen Grenzzaun. Das könnte den Flüchtlingstreck auf dem Balkan zum Erliegen bringen - Hilfsorganisationen befürchten eine Katastrophe.

ZEIT-online

Mittwoch 11. November 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 45

Length: 1075 words

Byline: Thomas Roser

Body

Grenzzaun in Rigonce, Slowenien

©AP

Vor Kurzem noch war Ungarn wegen der Abriegelung seiner Grenzen zu Serbien und Kroatien von den anderen Balkan-Staaten verfermt worden. Doch nun setzt auch Slowenien gegen den **Flüchtlingsandrang** auf den ungarischen Weg der Abzäunung. Wenige Tage nach einem Arbeitssessen von Premier Miro Cerar mit seinem Budapesters Amtskollegen Viktor Orbán rammten am Mittwoch Soldaten an der Böschung des Grenzflusses Sotla erste Zaunpfähle in den feuchten Grund. 120 Kilometer seiner 670 Kilometer langen Grenze zum EU-Nachbarn Kroatien plant Slowenien, mit den als "technischen Barrieren" bezeichneten Zäunen, gegen die unkontrollierte Einreise von **Flüchtlingen** zu sichern.

Slowenien schließe seine Grenze "symbolisch" - mit Zustimmung Deutschlands und Österreichs, konstatiert die Zeitung *Delo*. Europas Offenheit sei am Ende: "Die baldige Verschärfung der Grenzpolitik der nördlichen Schengen-Nachbarn ist absehbar."

Mit dem neuen Zaun werde die Grenze keineswegs geschlossen, die Flüchtlinge würden nur auf "Eintrittspunkte" gelenkt, hatte dagegen am Vortag noch Regierungschef Cerar versichert. Der Grenzwall sei eine "absolut richtige Entscheidung", ließ im benachbarten Österreich zufriedenen Innenministerin Johanna Mikl-Leitner erklären, in deren Land fast alle Flüchtlinge auf der Balkanroute über Slowenien kommen, seit die ungarischen Grenzen dicht sind. Skeptischer fielen die Reaktionen bei den nach Ungarn nun auch bald von Slowenien abgezünten kroatischen EU-Nachbarn aus. "Die Mittel für den Stacheldraht sollte Ljubljana in neue Auffanglager investieren", erklärte bitter Kroatiens Innenminister Ranko Ostojic: "Kein Stacheldraht kann die Flüchtlinge von ihrem Weg abhalten. Es ist besser, diesen zu organisieren."

Mehr Ordnung ins Chaos?

Orbán's schlechtes Vorbild Auch Slowenien baut jetzt einen Grenzzaun. Das könnte den Flüchtlingstreck auf dem Balkan zum Erliegen bringen - Hilfsorganisationen b....

Mehr Ordnung in das Flüchtlingschaos auf der Balkanroute zu bringen fordern Deutschland, Österreich und die EU unisono: Die "Politik des Durchwinkens" müsse ein Ende finden. Deutschland versucht sich in der eher symbolischen Wiederbelebung des faktisch längst toten Dublin-Abkommens zur Abschiebung von Flüchtlingen in das Land der EU-Einreise. "Dies ist das Signal, auf das wir die letzten Wochen gewartet haben", freut sich die konservative Mikl-Leitner über den vermeintlichen "Wendepunkt der bisherigen Willkommenskultur": Wie Slowenien erwägt nun auch Österreich die Errichtung von als "Leitsystem" bezeichneten Grenzbarrieren.

Doch nicht nur weil mit Griechenland, Slowenien und Österreich gleich drei Schengen-Mitglieder zu den bisher eifrigsten Durchwinkern auf der Balkanroute zählen, finden die Forderungen nach verschärften Grenzkontrollen bei den anderen Anrainerstaaten nur widerwilliges bis skeptisches Gehör. Schon der Transit der Flüchtlinge über ihr Staatsgebiet ist von strukturschwachen Ländern wie Serbien oder Mazedonien kaum zu bewältigen. Sollte die Weiterreise der Migranten ins Stocken geraten oder gar zum Erliegen kommen, fürchten Hilfsorganisationen angesichts des unvermindert starken Andrangs eine humanitäre Katastrophe. Denn für die Unterbringung und Versorgung von Zehntausenden gestrandeten Flüchtlingen sehen sie die armen Transitstaaten kaum in der Lage.

Europa auf ungarischem Weg

Europa gehe den "ungarischen und leider falschen Weg der Abzäunung", klagt in Belgrad Rados Djurovic, der Direktor des Zentrums zum Schutz für Asylsuchende. Es sei klar, dass Deutschland nicht unbegrenzt die Flüchtlinge aufnehmen könne. Doch statt endlich einen Konsens über die Verteilung der Flüchtlingslast auf alle EU-Mitgliedsländer einschließlich Großbritannien und Osteuropa zu finden und durchzusetzen, werde versucht, das Flüchtlingsproblem auf die Anrainer der Balkanroute abzuwälzen: "Ich fürchte, dass mit Serbien und Mazedonien ausgerechnet die ärmsten Staaten zur Flüchtlingsdeponie Europas umfunktioniert werden sollen. Doch das halten weder die Region noch die Flüchtlinge aus: Die Leute werden dann wieder vermehrt auf eigene Faust über die grünen Grenzen ziehen."

Tatsächlich ist der Ende Oktober auf dem Brüsseler Mini-Balkan-Gipfel beschlossene Aktionsplan für den Bau neuer Aufnahmezentren mit 50.000 Plätzen in der Region bisher nicht mehr wert als das unterzeichnete Papier. Nur Kroatien hat seitdem zwar in Slavonksi Brod ein neues winterfestes Durchgangslager mit rund 5.000 Plätzen geschaffen. Wegen der geplanten gleichzeitigen Auflösung des grenznahen Zeltlagers in Opatovac werden damit allerdings die Kapazitäten nicht erhöht. Von der von Belgrad gelobten Schaffung von 6.000 zusätzlichen Lagerplätzen sei noch nichts zu sehen, berichtet Djurovic. Bislang gebe es in Serbien nur 1.400 Plätze und in Mazedonien maximal 500: "Selbst für den Transit der Flüchtlinge ist das viel zu wenig."

Sollte Slowenien mithilfe des neuen Grenzzauns den Flüchtlingsandrang drastisch minimieren, wird Kroatien den Druck an die Nachbarn weitergeben. Umgekehrt vermag Serbien seine Südgrenze zu Mazedonien kaum wirksam abriegeln. Im Dreiländereck könnten die gut vernetzten Schlepperbanden etwaige Grenzzäune problemlos über den Kosovo umgehen: Einen Grenzzaun zu der von Belgrad noch immer beanspruchten Ex-Provinz würde Serbiens Verfassung gar nicht zulassen.

Von Mazedonien, das wegen der Dauerblockade Athens in absehbarer Zeit keine realistischen Beitrittschancen hat, können die EU-Partner ohnehin kaum Kooperationsbereitschaft erwarten. Man könne die griechische Schengen-Grenze schlecht von außen schützen, so die Argumentation der Regierung in Skopje, warum sie die Flüchtlinge in einer dreistündigen Zugpassage das Land so schnell wie möglich passieren lässt. Von einem "unfairen Druck" der EU auf die Staaten des Westbalkans spricht Jasmin Redzepi von der Flüchtlingshilfsorganisation Legis in Skopje: "Keiner der Flüchtlinge will in einem Nicht-EU-Land verbleiben, er könnte dort nur mit Gewalt gehalten werden."

Mehr Hindernisse auf der Balkanroute werden nach Ansicht der Hilfsorganisationen nur zu deren Änderung führen. Schon jetzt würden mittlerweile täglich 300 bis 500 oft völlig erschöpfte Flüchtlinge vom EU-Nachbarn Bulgarien nach Serbien gelangen, sagt Djurovic: "Viele erzählen, von der bulgarischen Polizei geschlagen worden zu sein." Kroatische Medien wiederum berichten von vermehrten Fällen illegaler Grenzgänger an der ebenso langen wie unübersichtlichen Grenze zu Bosnien-Herzegowina. "Ihr könnt uns abschieben, aber es werden mehr kommen", zitierte die Zeitung *Jutarnji List* einen der aufgegriffenen Flüchtlinge.

Orbán's schlechtes Vorbild Auch Slowenien baut jetzt einen Grenzzaun. Das könnte den Flüchtlingstreck auf dem Balkan zum Erliegen bringen - Hilfsorganisationen b....

Load-Date: November 11, 2015

End of Document

Malaysia und Indonesien wollen Flüchtlingen Zuflucht gewähren; Tausende Menschen treiben auf Booten in Südostasien im Meer. Jetzt haben sich Malaysia und Indonesien bereit erklärt, die Flüchtlinge zumindest zeitweise aufzunehmen.

ZEIT-online

Mittwoch 20. Mai 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Südostasien; Ausg. 20

Length: 333 words

Body

Fischer aus Thailand im rechten Boot versorgen ein **Flüchtlingsboot** mit dem Nötigsten.

© Stringer/Reuters

Indonesien und Malaysia wollen etwa 7.000 in Südostasien auf See ausharrenden **Flüchtlingen** vorübergehend Zuflucht gewähren. Das teilte der malaysische Außenminister Anifah Aman in Kuala Lumpur mit, wo er sich mit seinen Kollegen aus Indonesien und Thailand zur **Flüchtlingskrise** beraten hatte.

Tausende Flüchtlinge harren in Booten aus, weil sich die Zielländer bisher weigerten, sie aufzunehmen. Ein Großteil der Flüchtlinge sind Angehörige der muslimischen Minderheit der Rohingya, die in Myanmar politisch diskriminiert und verfolgt wird. Hinzu kommen Migranten aus Bangladesch, die versuchen, der Armut in ihrem überfüllten Heimatland zu entkommen.

Erst auf internationalen Druck hin hat sich auch Myanmar bereit erklärt, erstmals humanitäre Hilfe für die in Not geratenen Menschen zu leisten. Das ging aus einer von Staatsmedien verbreiteten Erklärung des Außenministeriums hervor.

San Suu Kyi verweigert Rohingya Hilfe

In dem Streit um die Flüchtlinge aus Myanmar steht die Freiheitskämpferin und Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi auf der Seite der Regierung. "Es sind Menschen, ihnen stehen zwar Menschenrechte zu", sagte ein Sprecher von Suu Kyis Partei NLD. Bürgerrechte könne aber nur bekommen, wer die Auflagen eines Gesetzes von 1982 erfülle. Menschenrechtler kritisieren, das sei für Rohingya praktisch unmöglich.

Suu Kyi will zu dem Thema nichts sagen. "Es ist Sache der Regierung, sich um das Thema zu kümmern. Sie sollten besser die Regierung fragen", sagte sie Lokalreportern in der Hauptstadt Naypyidaw.

Malaysia und Indonesien wollen Flüchtlingen Zuflucht gewähren Tausende Menschen treiben auf Booten in Südostasien im Meer. Jetzt haben sich Malaysia und Indones....

Die NLD betrachtet die Rohingya wie die Regierung: als "Bengalen", illegale Einwanderer aus dem Nachbarland Bangladesch. Das entspricht der Mehrheitsmeinung in der überwiegend buddhistischen Bevölkerung. In Myanmar wird in diesem Jahr gewählt. Wer sich für die Rohingya einsetzt, muss mit Stimmeinbußen rechnen.

Load-Date: May 20, 2015

End of Document

Österreich degradiert sich selbst; In der Flüchtlingspolitik setzt Österreich jetzt auf Abschottung. Ist das ein Wettlauf der Rücksichtslosigkeit oder glaubt die Regierung noch an eine europäische Lösung?

ZEIT-online

Freitag 26. Februar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingspolitik; Ausg. 10

Length: 780 words

Byline: Florian Gasser

Body

In Slowenien, an der Grenze zu Österreich

© Leonhard Foeger/Reuters

Es sind Nachrichten, die vor einem halben Jahr noch niemand geglaubt hätte: Österreich prescht in der **Flüchtlingsfrage** unkoordiniert vor, beschließt Obergrenzen, die keiner versteht, brüskiert den großen Bruder Deutschland und schließt Griechenland von seiner **Flüchtlingspolitik** mit den Balkanstaaten aus. Griechenland holt derweil seine Botschafterin aus Wien zurück und lehnt einen Besuch der österreichischen Innenministerin ab. Der diplomatische Umgangston zwischen den beiden Ländern wird rauer.

Unberechenbar ist die österreichische Politik allerdings nicht, im Gegenteil: Bereits im Januar sagte Außenminister Sebastian Kurz von der konservativen ÖVP, man müsse die "**Flüchtlinge** stoppen", und wenn das an der EU-Außengrenze nicht funktioniere, dann eben an den nationalen Grenzen. Der "Leidensdruck" werde so groß, dass ein gesamteuropäisches Vorgehen notwendig werde. Es werde auch nicht ohne "hässliche Bilder" gehen, sagte er an anderer Stelle.

Vielleicht wollte sich einfach niemand so recht vorstellen, dass Österreich diese Ankündigung tatsächlich durchzieht; gegen Deutschland, gegen die EU-Kommission und gegen die Willkommenskultur.

Den eigenen Schrebergarten sauber halten

An eine europäische Lösung glaubt in Wien derzeit niemand, sagt Oliver Gruber, Politologe an der Universität Wien: "Man versucht, den eigenen Schrebergarten sauber zu halten und das Problem nach Griechenland zu verschieben." Österreich reihe sich ein in die restriktive Politik der Visegrad-Staaten - auch wenn die Rhetorik vor wenigen Monaten noch völlig anders war.

Mit scharfen Worten kritisierte man im vergangenen Jahr die Grenzpolitik Ungarns. Wie viel die Schelte wert war, zeigt sich jetzt: Ein Zaun galt damals als Übel, nun hat man selbst einen an der Südgrenze aufgestellt und ihn zu Beginn allen Ernstes "Tür mit Seitenteilen" genannt.

Österreich degradiert sich selbst In der Flüchtlingspolitik setzt Österreich jetzt auf Abschottung. Ist das ein Wettlauf der Rücksichtslosigkeit oder glaubt die....

Dass Griechenland seine Botschafterin nach Athen zurückgerufen hat, wurde kühl kommentiert: "Österreich kann die Anspannung in Griechenland nachvollziehen, nachdem der Druck auf Griechenland steigt, an einer Eindämmung des Flüchtlingsstroms mitzuwirken", hieß es am Donnerstag in einer Stellungnahme des Außenministeriums. Dass gar kein griechischer Vertreter zur sogenannten Westbalkan-Konferenz am Mittwoch eingeladen war, wird nicht erwähnt.

Der Boulevard donnert seit Monaten

Österreichs Vorgehen scheint irrational und verstört europäische Partner. Doch wer ist der Adressat der Wiener Politik?

Der eigenen Bevölkerung soll nach den chaotischen Bildern an den Grenzübergängen wieder Handlungsstärke demonstriert werden. Die rechtspopulistische FPÖ liegt in Umfragen vor den Regierungsparteien, und der mächtige Boulevard donnert seit Monaten. Die Stimmung gegenüber Migranten ist seit je nicht die beste und hat sich im vergangenen Jahr zugespitzt: 64 Prozent hatten Ende 2015 laut Eurobarometer eine negative Einstellung zur Einwanderung von Nicht-EU-Ausländern. In Schweden, das pro Kopf mehr Asylwerber aufgenommen hat als Österreich, sind es lediglich 27 Prozent.

Flüchtlingsen soll signalisiert werden: Österreich ist unattraktiv. Die Grenzen werden kontrolliert und Sozialleistungen gekürzt. Die Abschreckung soll dazu führen, dass sich viele gar nicht erst auf den Weg machen.

Und dann werden aus Wien auch Botschaften nach Europa, nach Berlin und in den Südosten gesandt: "Deutschland signalisiert man, dass man die Willkommenskultur nicht mehr mitträgt und den Visegrad- und Balkanstaaten bietet man eine Führungsrolle in der neuen, harten Flüchtlingspolitik an", sagt Oliver Gruber.

Wenn man Partnern in den Rücken fällt ...

Wie geht es nun weiter? Vedran Dzihic vom Österreichischen Institut für Internationale Politik kann sich zwei Szenarien vorstellen: "Vielleicht ist Österreich erfolgreich, Deutschland zieht nach und beim Gipfel nächste Woche wird durch die Dringlichkeit eine europäische Lösung angestoßen." Doch die Gefahr sei groß, dass dafür die Gräben bereits zu tief, das Vorgehen der Wiener Regierung zu erratisch und die Eskalation zu weit fortgeschritten sei.

Das andere Szenario stellt Wien ins Abseits: Österreich habe sich an die Spitze eines europäischen Wettlaufs der Rücksichtslosigkeit gestellt, sagt Dzihic. "Das könnte auch in anderen europäischen Politikbereichen großen Schaden anrichten. Denn für jede Verhandlung, ob für Landwirtschaft, Sicherheit oder Soziales, braucht es Handschlagqualität, Kompromissbereitschaft und Geradlinigkeit. Wenn man Partnern aber in den Rücken fällt, wird das nicht ohne Konsequenzen bleiben."

Österreich läuft Gefahr, sich selbst vom verlässlichen EU-Mitgliedstaat zum wankelmütigen Opportunisten zu degradieren.

Load-Date: February 26, 2016

Jeden Morgen neue Schuhe vor dem Zelt; Ein französisches Bergdorf hilft Flüchtlingen, die über die italienische Grenze kommen. Es widersetzt sich damit der Politik, die von den Migranten nichts wissen will.

ZEIT-online

Mittwoch 28. Dezember 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Flüchtlinge in Frankreich; Ausg. 52

Length: 2696 words

Byline: Annika Joeres

Body

Flüchtling auf einem der Höfe in Breil-sur-Roya

© Marco Bertorello/AFP/Getty Images

Es wird in Europa nur wenige Orte geben, an denen man mehr Gastfreundlichkeit spürt als hier. Im Roya-Tal, nur wenige Kilometer nördlich von der französisch-italienischen Grenze, beherbergen etwa 30 Familien **Flüchtlinge**, viele weitere kochen für sie. Es sind Lehrerinnen und Gemeinderäte, Gemüsebauern und Klempner, die vor ihren Häusern oder auf dem Marktplatz die Schutzbedürftigen auflesen. Der Kleinbauer Cédric Herrou hat in den vergangenen 18 Monaten Hunderte meist junge **Flüchtlinge** bei sich aufgenommen.

Herrou ist 37 Jahre alt, schütteres Haar, Hornbrille. Er nennt sich selbst einen Einzelgänger. Eigentlich. Aber es sind gerade keine normale Zeiten. Die vielen hilflosen **Flüchtlinge** in seinem Tal lassen ihm keine Wahl, sagt er. "Ich muss ihnen beistehen."

Jeden Morgen lässt Herrou seine 250 Hühner ins Freie und schaut nach, wie viele Menschen heute mit ihm frühstücken werden. Herrou zählt die Schuhpaare vor seinen drei Zelten, seinen beiden Wohnwagen und dem Matratzenlager in der Holzhütte. An diesem Wintermorgen sind es 15. Fünf mehr als gestern. Sie müssen in der Dunkelheit zu ihm gefunden haben, die Bahngleise entlang von der italienischen Grenze nach Frankreich hinein, in seinen kleinen Ort. Und jetzt wohnen sie hier.

"Wir müssen für diese Menschen sorgen"

"Coffee?", fragt Herrou. 15 Eritreer und Sudanesen sitzen Minuten später um seinen hölzernen Tisch und tunken Kekse und Brioche in ihren Kaffee. Herrous Bauernhof ist für sie der erste friedliche Ort nach einer monatelangen Flucht.

Ausgerechnet hier, wo Tausende Migranten über die Mittelmeerroute und Italien ankommen, haben die Menschen keine Angst vor der Einwanderung. Ausgerechnet hier, in der konservativsten Region Frankreichs, öffnen sie ihnen die Türen - vor den Augen der Gendarme und der Grenzpolizisten. Nicht bei allen kommt die spontane

Jeden Morgen neue Schuhe vor dem Zelt Ein französisches Bergdorf hilft Flüchtlingen, die über die italienische Grenze kommen. Es widersetzt sich damit der Polit....

Hilfsbereitschaft gut. Aber für Cédric Herrou ist die Sache klar: "Der Staat versagt, deshalb müssen wir Bürger für diese Menschen sorgen."

Herrou ist Bauer, er verkauft Hühnereier und das Öl seiner 800 knorrigen Olivenbäumen, die sich den steilen Südhang hinaufziehen. Sein Hof liegt 20 Kilometer nördlich von Ventimiglia, einer italienischen Stadt am Mittelmeer, die direkt an Frankreich grenzt. Ventimiglia ist das Nadelöhr für Tausende Flüchtlinge, die meist über Libyen, das Mittelmeer und Süditalien nordwärts reisen. Die Unterkünfte sind überfüllt und einige berichten, wie die Polizei sie brutal behandelt.

In der Stadt selbst sind die Grenzen für Flüchtlinge nach Frankreich seit 17 Monaten geschlossen. Einzig die Straße und die Bahnschienen neben dem Roya-Fluss bieten noch eine Alternative. Sie führen nach 20 Kilometern in Herrous Dorf Breil-sur-Roya. Dort liegen zwei Eisenbahntunnel direkt nebeneinander. Manche Flüchtlinge kommen über die italienischen Gleise durch einen Tunnel an und nehmen den nur zehn Meter weiter oben liegenden Tunnel um auf diesen Schienen nach Frankreich zu wandern, in Richtung Nizza. Oder sie bleiben bei Herrous Bauernhof hängen.

Gerade im Roya-Tal hat es das Regionalparlament versäumt, Unterkünfte für Flüchtlinge einzurichten. Es sieht so aus, als wollten die Behörden die vielen Neuankömmlinge nicht wahrhaben. Wenn französische Grenzpolizisten sie festnehmen, werden sie meist wieder nach Italien gebracht. Es ist ein Katz- und Mausspiel zwischen zwei Staaten, die möglichst wenig Migranten aufnehmen wollen. Französische Politiker rühmen sich damit, seit Januar 25.000 Flüchtlinge ins Nachbarland zurückgeschickt zu haben.

Cédric Herrou vor dem Gerichtsgebäude in Nizza

©Eric Gaillard/Reuters

Viele Menschen im Roya-Tal finden diese Politik nicht gut, sie widersetzen sich. Auf Herrous Hof kochen sie nun das gemeinsame Mittagessen. Es gibt scharf gewürztes Kürbisgemüse mit Kartoffeln und Salat, hübsch angemacht auf Keramikgeschirr. Zwei Helfer aus dem Tal sind gekommen, Freunde von Herrou. Sie schaufeln 20 Teller voll. Nach dem Essen machen die Gäste den Abwasch, leeren den Komposteimer, rücken Stühle wieder gerade. Manche helfen auch ein bisschen auf dem Hof, füllen etwa die Hühnernäpfe mit frischem Wasser. Aber so richtig anpacken können sie nicht. Das wäre illegale Schwarzarbeit und Herrou würde sich strafbar machen.

Augenblicklich ist Herrou sehr darauf bedacht, kein Gesetz zu brechen. Er ist inzwischen angeklagt wegen "Beihilfe zum Eintritt und Aufenthalt von Flüchtlingen mit illegalem Aufenthaltsstatus". Ihm drohen fünf Jahre Haft und eine Geldstrafe von 30.000 Euro. Es ist das Strafmaß für professionelle Schleuser, die Geld dafür nehmen, Flüchtlinge zu transportieren. Am vierten Januar soll das Urteil fallen.

Seitdem erst eine Lokalzeitung und dann auch nationale Medien über ihn berichtet haben, ist Cédric Herrou berühmt geworden. Bei einer Anhörung Ende November versammelten sich einige Hundert Menschen vor dem Gerichtsgebäude in Nizza, um ihn zu unterstützen. Herrou fragte die Richterin, was er machen solle, wenn am Abend wieder Flüchtlinge vor seiner Tür stehen. "Rufen Sie die Polizei", riet sie ihm. Herrou winkte ab. Damit sei den Flüchtlingen nicht geholfen. Die Richterin hat erstaunt geguckt über Herrous einfache Logik, die nicht zu ihren Paragrafen passt, berichtet seine Anwältin Francoise Cotta. Sie ist optimistisch. "Er zieht keinen Vorteil aus seinen Aktionen und kann für die Hilfe von Schutzbedürftigen nicht verurteilt werden. Im Grunde übernimmt er die Aufgaben des Staates. Der Staat sollte ihm danken."

Das Engagement steckt an

Herrou hat all das nicht geplant. Am Tag nach der Grenzschießung von Ventimiglia am 15. Juni 2015 nahm er wie üblich zwei Anhalter mit. Es waren aber keine Touristen wie sonst, sondern Flüchtlinge. In seinem weißen Lieferwagen sagten sie, dass sie keine Unterkunft für die Nacht hätten. Er nahm sie mit, baute ihnen ein Zelt auf und war selbst ein wenig überrascht, wie einfach alles war.

Jeden Morgen neue Schuhe vor dem Zelt Ein französisches Bergdorf hilft Flüchtlingen, die über die italienische Grenze kommen. Es widersetzt sich damit der Polit....

Am nächsten Morgen nahm er wieder zwei Personen mit, die nächsten kamen von alleine. Damals ahnte er noch nicht, dass er monatelang Gäste haben würde, jede Nacht, manchmal ein paar Dutzend auf einmal. Inzwischen geben sich Flüchtlinge untereinander seine Adresse weiter.

Und das Engagement steckt an. In der Roya werden Menschen aktiv, die sich vorher nie aufgelehnt haben. Henry und Cécile Paicheler zum Beispiel. Sie sind treue Kunden von Herrou auf dem Wochenmarkt. Erst spendeten sie nur Kleider und Essen für seine Gäste. Eines Morgens aber, als die pensionierte Grundschullehrerin ihre Frühstückscroissants beim Bäcker kaufte, sah sie, wie acht junge Menschen mit zerrissenen Sandalen auf dem Platz auftauchten. "Ich habe sie mit zu uns in die Wohnung genommen, das schien mir das Richtige zu sein", sagt sie. Fünf Eritreer, zwei Sudanesen und eine Äthiopierin fielen nach einem langen Marsch über die Gleise auf die eilig zusammengeschobenen Matratzen im Wohnzimmer und schliefen sofort ein.

Erst am Nachmittag wachten sie wieder auf, Cécile Paicheler kochte ihnen einen großen Topf Couscous, die Gäste bekreuzigten und bedankten sich vor jedem Bissen. Sie blieben zwölf Tage. Cécile Paicheler und ihr Mann konnten sich kaum mit ihnen unterhalten, weil sie nur ein paar Brocken Englisch sprachen. Also hörten sie zusammen Musik aus ihrer Heimat, die Jugendlichen tanzten dazu. Dann brachten die beiden ihre Gäste mit dem Auto nach Nizza und bezahlten ihnen Zugtickets nach Marseille. Drei Tage später meldete sich die Gruppe aus Paris. Auf ihrem Nachttisch hatten sie eine Nachricht hinterlassen, geschrieben mit wasserfestem Filzstift: " *We love you, Mama* ".

Mit der pragmatischen Hilfe der Menschen im Roya-Tal können die etablierten Flüchtlingsorganisationen nicht viel anfangen. Offenbar sind sie, die mit den französischen Behörden zusammen arbeiten, überfordert mit dem, was passiert. Denn hier gibt es keine festen Statuten und Regeln. "Was machst du, wenn plötzlich ein Flüchtling bei dir im Zelt erfriert?", fragt ein Aktivist der Französischen Menschenrechtsliga an diesem Wintertag auf Herrous Terrasse, als die Kälte bei Sonnenuntergang unter die Haut kriecht. Herrou dürfe die Flüchtlinge nicht einfach über die Grenze transportieren. Und wo seien überhaupt die Sanitäreinrichtungen?

Der junge Mann empfiehlt, mit den etablierten Organisationen zusammenzuarbeiten. Herrou aber hat keine Zeit für Bürokratie und auch keine Lust darauf. Er macht einfach sein Tor auf.

Wer zu Herrous altem Steinhaus möchte, muss erst einige steinige Serpentine zu Fuß hinaufklettern. Herrou hat vor sechs Jahren bewusst einen schwer zugänglichen Bauernhof gekauft, er suchte die Abgeschiedenheit, die Ruhe auf dem Land. Nun hat er jeden Tag "Besucher", wie er sie nennt. Und er scheint glücklich darüber zu sein. Vielleicht hat ihn sein einfaches Leben in den Bergen, in einem Haus mit alten und selbstgezimmerter Möbeln und einer Eingangstreppe aus morschem Bauholz die Bedürfnisse der Flüchtlinge klarer sehen lassen. "Sie haben Hunger, also koche ich für sie. Sie sind erschöpft, also gebe ich ihnen ein Bett. Sie sind nach einer nächtlichen Wanderung durchgefroren, also gebe ich ihnen was zum Anziehen."

Hin und wieder möchte er mal wieder alleine sein, sagt Cédric Herrou. Aber er habe sich noch nie in seinem Leben so wertvoll gefühlt.

Die Bewohner des Tals mit den schroffen Felshängen haben schon immer mit Flüchtlingen gelebt - und vielleicht deshalb keine Angst vor ihnen. In der Vergangenheit waren sie selbst oft plötzlich außerhalb ihres eigenen Landes. Denn die Städte vom Mittelmeer an flussaufwärts wechselten im Laufe der Jahrhunderte mehrfach ihre staatliche Zugehörigkeit. Grenzen und Pässe, Staaten und Zugehörigkeiten wurden für die Leute hier unwichtiger als anderswo.

Politisch sind die Roya-Bewohner ohnehin eine Besonderheit in der Region, in der viele rechtsextreme Bürgermeister regieren und in der ein Bürgermeister von Nizza schon einmal bei Fußballspielen ausländische Fahnen verbot. Linke Kandidaten sind so unpopulär, dass sie meistens formal als Parteilose antreten. Im Roya-Tal aber bekam schon der erste sozialistische Präsident François Mitterrand in den 1980er Jahren mehr als 80 Prozent der Stimmen - ein landesweiter Rekord. "Wir sind eigenständig", sagt Michel Maseglia, der Vize-Bürgermeister von Breil-sur-Roya, er gehört der Mitte-links-Mehrheit an. Im Rathaus spricht er voller Wohlwollen von den Flüchtlingen. Auf die Frage, ob er selbst schon welche aufgenommen habe, lacht er nur. Selbst die Polizei sei in

Jeden Morgen neue Schuhe vor dem Zelt Ein französisches Bergdorf hilft Flüchtlingen, die über die italienische Grenze kommen. Es widersetzt sich damit der Polit....

seinem Tal humanistisch. "Sie begrüßen es, wenn sich die Bewohner so gut kümmern." Probleme? Gebe es nicht, sagt er.

Tatsächlich haben die neuen Herbergsväter und -mütter die Menschen im Tal auf ihrer Seite. Heute spendet der kleine Supermarkt seine unverkauften Waren, der Bäcker seine Baguettes und viele Bürgerinnen und Bürger geben Jacken, Unterhosen, Zahnbürsten und Kinderspielzeug. Der Pastor predigt am Sonntag, den Flüchtlingen zu helfen und zu einem Heimatfest rund um eine alte Kapelle wurden kürzlich die Eritreer zur Messe eingeladen. Krankenschwestern kommen kostenlos zu den inoffiziellen Matratzenlagern, um Wunden zu verbinden. Studierende, die ihre Eltern am Wochenende besuchen, geben den jungen Flüchtlingen Französischkurse. Nur das regionale Parlament, der *conseil régional*, der sich eigentlich um die Menschen kümmern müsste, ist nicht präsent.

Dabei sind es meist minderjährige Menschen, die nach Breil laufen. Vor Kurzem übernachtete ein 16-jähriges Mädchen bei Herrou, das im siebten Monat schwanger war. Oder eine Mutter mit zwei kleinen Kindern. An diesem Tag sind acht minderjährige Eritreer bei Herrou. Auf einer Landkarte auf ihrem Handybildschirm zeigen sie das kleine ostafrikanische Land, aus dem die meisten Flüchtlinge im Roya-Tal kommen.

"Je reicher, desto schneller"

Es ist das Land auf der Erde mit der geringsten Pressefreiheit, die UN bezichtigen den Einparteiensstaat, Bürger zu foltern, willkürlich zu töten und verhaften zu lassen. Daniel und Jueghe sagen beide, sie seien sechzehn Jahre alt, ihre Nachnamen wollen sie nicht nennen. Sie haben sich auf ihrer Flucht kennengelernt. Zuerst sind sie über den Sudan nach Libyen gereist, zu Fuß oder in Bussen. Manchmal hätten sie in Rote-Kreuz-Lagern übernachten können, manchmal in Höhlen oder bei Schleusern. "Je reicher du bist, desto schneller kommst du hier an", sagt Jueghe. Er trägt einen Pulli mit der Werbung vom letzten Nizza-Marathon, den hat er hier geschenkt bekommen. Daniel will nach Paris und hat noch keine weiteren Pläne, Jueghe möchte zu einem Cousin nach Frankfurt und dort studieren, am liebsten was mit Finanzen.

Seine Familie sei "etwas wohlhabend" gewesen, wie er es ausdrückt, deshalb habe er schon nach acht Monaten in einem Schlauchboot Italien und damit Europa erreicht. "Ihr habt es gut hier", sagt er, und versichert, dass er gerne besser Englisch sprechen würde, damit ihn *the white people* besser verstehen können. Immer wieder zeigt er mit dem Finger auf Libyen. "Es war schrecklich dort", sagt er, keine Polizei, kein Gesetz, nichts, nur Banditen. Auf Herrous Bauernhof habe er zum ersten Mal seit langer Zeit verschlafen können. "Es ist so friedlich hier."

Vielleicht liegt es an den gackernden Hühnern oder der warmen Mittelmeersonne, aber tatsächlich herrscht auf dem Hof mit den vielen Gestrandeten eine erstaunliche Unbekümmertheit. Sie spielen Karten, hacken ein wenig Holz für das kleine Lagerfeuer und spielen mit dem Hund. Sie haben es nicht eilig.

Am Morgen noch hatte Herrou den Minderjährigen angekündigt, sie am Nachmittag an Sozialarbeiterinnen zu übergeben, die sie in ein Flüchtlingsheim in Nizza bringen sollten. Am Mittag erhält er einen Anruf aus dem Regionalrat. Nicht die Sozialarbeiterinnen, sondern die Grenzpolizei will die Flüchtlinge empfangen. Herrou lehnt ab. "Die Polizisten bringen sie zurück nach Italien und zwei Tage später sind sie wieder bei mir", sagt er. Sein Gegenüber scheint das zu verstehen.

Die Verantwortlichen wissen, was auf Herrous Bauernhof und in den anderen Häusern im Roya-Tal passiert. Herrou bekam von Polizisten sogar schon Taschenlampen geschenkt. Erst als er in der Presse freimütig zugab, Flüchtlinge nach Frankreich zu transportieren, wurde ein Strafverfahren gegen ihn eröffnet. "Konsumwaren ziehen über die ganze Welt, ohne dass Menschenrechte beachtet werden", sagt Herrou. "Aber wenn physisch und psychisch zerstörte Flüchtlinge bei uns auftauchen, ziehen wir die Grenzen hoch." Zum ersten Mal wird er politisch. Sonst sagt er oft: Ich bin doch nur ein Bauer.

Über die ihm drohende Gefängnisstrafe spricht Herrou wenig. Besonders zu belasten scheint ihn der Prozess nicht. Er findet es gut, dass er vor Gericht über das "Drama in meinem Tal" sprechen kann.

Jeden Morgen neue Schuhe vor dem Zelt Ein französisches Bergdorf hilft Flüchtlingen, die über die italienische Grenze kommen. Es widersetzt sich damit der Polit....

Von manchem Lokalpolitiker bekommt er Hilfe. "Der Staat muss eine geordnete Flüchtlingsunterkunft aufbauen - sonst werden die Bewohner immer wieder privat aushelfen müssen", sagt der Vizebürgermeister Maseglia. Er findet die Hilfe human und richtig. Der Chef des Regionalparlaments aber, Eric Ciotti, kritisiert die aufständigen Bewohner. Der konservative Republikaner hat ein Buch mit dem Titel *Autorität* geschrieben und war Sprecher von Nicolas Sarkozys populistischer Kampagne. "Ich verurteile diese schlimmen Initiativen, mit denen im Herzen unserer Städte Camps mit illegalen Zuwanderern entstehen sollen", sagt Ciotti. Die "Aktivisten" würden Flüchtlingen helfen, obwohl doch bekannt sei, dass mit ihnen auch Dschihadisten ins Land kämen.

Die Menschen im Roya-Tal haben auf die harschen Worte reagiert. Unterstützt von Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International haben sie inzwischen Klage eingereicht wegen "Vernachlässigung von Minderjährigen". Denn offiziell ist der französische Staat - wie jeder andere auch - dazu verpflichtet, Migranten unter 18 Jahren zu versorgen. Aber Frankreich, so der Vorwurf, setzt sie einfach in den Zug nach Italien.

Viele von denen, die es hinausschafften aus dem Roya-Tal, melden sich bei Cédric Herrou, per Facebook etwa. Andere rufen an, wenn sie in Paris angekommen sind oder in Deutschland. Viele erzählen ihm, dass sie Asyl bekommen haben und bedanken sich vielfach. Von manchen hört er nichts mehr.

Load-Date: December 28, 2016

End of Document

Die kalte Rechnung des Innenministers; Thomas de Maizière will, dass weniger Flüchtlinge aus Afghanistan nach Deutschland kommen. Interne Dokumente zeigen: Dafür setzt er auch das zuständige Bamf unter Druck.

ZEIT-online

Donnerstag 17. November 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Afghanistan; Ausg. 47

Length: 3169 words

Byline: Kai Biermann; Julian Jestadt; Nico Schmolke

Body

Afghan security forces and Nato troops arrive at the site of explosion near the German consulate office in Mazar-i-Sharif, Afghanistan November 11, 2016.

© Anil Usyan/Reuters

Ginge es nach dem Grundgesetz und nach den internen Sicherheitseinschätzungen des Bundesamtes für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf), müssten die meisten Menschen, die aus Afghanistan nach Deutschland fliehen, hier bleiben dürfen. Doch es geht bei den **Asylentscheidungen** nicht nach den Buchstaben des Gesetzes. "Eigentlich geben uns das Grundgesetz und das **Asylrecht** vor, wer bleiben darf und wer nicht. Dass jetzt so viele Afghanen abgelehnt werden, ist politisch so gewollt." Das sagt ein langjähriger Mitarbeiter des Bamf, der in der Behörde an verschiedenen Stellen eingesetzt war und um seine Zukunft fürchtet, wenn bekannt wird, wie er heißt. Sein Vorwurf: Wider besseres Wissen werden Menschen in ein lebensgefährliches Land zurückgeschickt, weil die Bundesregierung es so fordert.

Ein Indiz hierfür liefert der jährliche Geschäftsbericht der **Asylbehörde**. Der weist für jedes Herkunftsland eine sogenannte Gesamtschutzquote aus. Nimmt man nur die offizielle Zahl, gibt es kaum einen Unterschied. Nach dieser bekamen im vergangenen Jahr 47,8 Prozent aller afghanischen **Flüchtlinge** einen **Asylstatus** und im ersten Halbjahr 2016 immerhin noch 44,6 Prozent.

Doch sind in diesen Zahlen auch all die Fälle enthalten, die das Bamf gar nicht inhaltlich prüft, sondern sofort weiterleitet. Denn wer die EU in einem anderen Land als Deutschland zuerst betrat, gilt als sogenannter Dublin-Fall. Deren Anträge werden vom Bamf nicht bearbeitet, sondern an das entsprechende Land geschickt. Rechnet man diese sogenannten formellen Entscheidungen aus der Schutzquote heraus, ergibt sich ein völlig anderes Bild: Während 2015 noch 78 Prozent der Asylbewerber einen positiven Bescheid aus dem Bamf bekamen, waren es 2016 nur noch 52 Prozent. Seit Anfang 2016 bekommt also nur noch höchstens jeder zweite afghanische Asylbewerber, dessen Antrag inhaltlich bearbeitet wurde, Schutz in Deutschland.

Die kalte Rechnung des Innenministers Thomas de Maizière will, dass weniger Flüchtlinge aus Afghanistan nach Deutschland kommen. Interne Dokumente zeigen: Dafür....

Das bedeutet unter anderem, dass ungefähr 12.000 Menschen, die bereits in Deutschland sind, wieder nach Afghanistan abgeschoben werden sollen.

Offiziell wird das damit begründet, dass die Sicherheitslage in Afghanistan sich verbessert habe. Doch interne Dokumente und Aussagen von Mitarbeitern, die ZEIT ONLINE vorliegen, belegen, dass das nicht stimmt. Vielmehr sinkt die Quote deshalb, weil die Politik gezielt Druck auf das Amt ausübt, Asylanträge von Afghanen abschlägig zu bescheiden.

Afghanistan ist in den vergangenen zwei Jahren nicht sicherer geworden, im Gegenteil. Die UN-Mission für Afghanistan verzeichnete im ersten Halbjahr 2016 den höchsten Stand ziviler Opfer des bewaffneten Konflikts seit 2009: Infolge des Bürgerkrieges starben demnach 1.601 Menschen, 3.565 wurden verletzt. Bereits im Jahr 2015 hatte sich laut Amnesty International die Sicherheitslage "massiv verschlechtert".

Zahl der zivilen Opfer steigt

Im Bamf ist das kein Geheimnis. Die internen Herkunftsländerleitsätze (HKL), in denen die Behörde die Lage in den Ländern der Flüchtlinge beurteilt, zeichnen ein düsteres Bild für Afghanistan. Darin heißt es: "In allen Teilen Afghanistans herrscht ein innerstaatlicher bewaffneter Konflikt in Form von Bürgerkriegsauseinandersetzungen und Guerillakämpfen zwischen afghanischen Sicherheitskräften und den Taliban sowie anderen oppositionellen Kräften." Menschenrechtsverletzungen seien weit verbreitet und würden kaum verfolgt. Die Versorgung mit Lebensmitteln sei schwierig. Grundsätzlich hätten zwar die meisten Menschen Zugang zu Nahrung. Doch immerhin die Hälfte aller Kinder in Afghanistan seien "durch Mangelernährung langfristig geschädigt".

Attentate, Bombenanschläge und Gewalt sind im ganzen Land an der Tagesordnung. Das weiß auch das Bamf. "Seit der zweiten Jahreshälfte 2012 steigt die Zahl der zivilen Opfer an", ein Ende des Anstiegs sei nicht in Sicht, heißt es in den internen Leitlinien. Besonders gefährdet sind demnach Frauen. Zwangsheirat, häusliche Gewalt, Vergewaltigungen, Ehrenmorde - die Liste der Gefahren, die der weiblichen Hälfte der Bevölkerung neben dem Krieg droht, ist lang. Aussicht auf Schutz haben die Opfer kaum. Es gebe nur wenige Frauenhäuser und praktisch keine Hilfe von der Regierung oder von der Gesellschaft.

Die Bamf-Analyse zeigt eine rudimentäre Gesellschaft, die nach Jahrzehnten des Krieges kaum noch Bindungen und Schutz bieten kann. Kinder, Homosexuelle, Kritiker von regionalen Machthabern - niemand von ihnen kann auf Hilfe hoffen. Auch medizinische Versorgung gibt es kaum, da alles fehle, was es dazu braucht.

Einen sachlichen Grund kann es deshalb kaum geben, warum seit 2016 weniger Menschen aus Afghanistan in Deutschland Schutz gewährt wird, obwohl gleichzeitig die Zahl der afghanischen Asylbewerber steigt. Aber es gibt einen politischen Grund.

Anstieg der Flüchtlingszahl soll "Einhalt" geboten werden

Thomas de Maizière hat ihn formuliert, aus Angst vor der Flüchtlingsdebatte hierzulande. Im Oktober 2015, zum Höhepunkt der Flüchtlingskrise in Deutschland, sagte er: Afghanistan stehe inzwischen bei der Zahl der Flüchtlinge auf Platz zwei der Liste der Herkunftsländer. Das sei inakzeptabel. "Wir sind uns einig mit der afghanischen Regierung, das wollen wir nicht."

Beim Innenministertreffen der EU am 9. November wiederholte der Innenminister seine Aussage: "Unsere (...) Sorge ist im Moment in Europa die große Zahl der Flüchtlinge aus Afghanistan. Wir wollen, dass in Afghanistan das Signal ankommt: 'Bleibt dort! Wir führen euch aus Europa (...) direkt nach Afghanistan zurück!'" Sein Ziel sei es, dem Anstieg der Flüchtlingszahl aus Afghanistan "Einhalt" zu gebieten, wie es das Innenministerium auf seiner Website formuliert.

Umsetzen müssen diesen Wunsch die Mitarbeiter des Bamf. Auf den Entscheidern laste erheblicher Druck, so viele afghanische Asylgesuche wie möglich abzulehnen, sagt der Mitarbeiter, der aus Angst anonym bleiben will: "Jeder

Die kalte Rechnung des Innenministers Thomas de Maizière will, dass weniger Flüchtlinge aus Afghanistan nach Deutschland kommen. Interne Dokumente zeigen: Dafür....

Asylentscheid, der von den Vorgaben der Leitsätze abweicht, muss dem Vorgesetzten vorgelegt werden. Wenn man einem männlichen, alleinstehenden Afghanen subsidiären Schutz gewähren will, muss man schon mutig sein."

Kurz nach de Maizières Ankündigung wurden außerdem eben diese Leitsätze des Bamf für Afghanistan geändert. Sie enthalten vertrauliche Informationen der Bundesregierung über die afghanische Sicherheitslage und dienen als Entscheidungsgrundlage für die Prüfung der Asylanträge. Sie definieren, wer in Deutschland bleiben darf - und wer wieder gehen muss. Auf diesen Leitsätzen bauen wiederum die Textbausteine auf, mit deren Hilfe die Entscheider die Ablehnungsbescheide für Asylbewerber begründen.

Gleich auf den ersten Seiten der als Verschlussache gestempelten Leitsätze hebt sich ein fett gedruckter Satz vom Rest des Textes ab: "Die grundsätzlichen Regelungen zu internen Schutzmöglichkeiten bei jungen, alleinstehenden und arbeitsfähigen Männern sind zu beachten." An vielen Stellen der Leitsätze wird auf diese "interne Schutzmöglichkeiten" verwiesen - also auf die Möglichkeit, im Land selbst Schutz vor Verfolgung zu finden. Beispielsweise in der Hauptstadt Kabul, in der die afghanische Regierung die Lage weitgehend im Griff hat.

"Konstant ausreichend sicher"

Deutlich häufiger als bei vergleichbar gefährlichen Ländern verweisen die HKL zu Afghanistan auf diesen internen Schutz. Er kommt laut den Leitsätzen nicht nur für diejenigen in Betracht, die vor dem bewaffneten Konflikt fliehen, sondern sogar für politisch Verfolgte: Explizit werden ethnische Minderheiten, ehemalige Kommunisten und Gegner von lokalen Machthabern genannt. Wenn es ihnen in ihrer Region zu gefährlich ist, so die Logik, dann sollten sie eben in eine andere umziehen.

Auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion bestätigte die Bundesregierung den geänderten Fokus der Leitsätze: Es werde "stärker als bisher den Aspekten der innerstaatlichen Fluchtalternative im Herkunftsland unter Beachtung der Erreichbarkeit des Gebietes und der Existenzmöglichkeiten am Ausweichort Rechnung getragen."

Obwohl es in allen afghanischen Provinzen Kämpfe gibt, wie auch das Bamf an mehreren Stellen der Dokumente schreibt, werden in den Leitsätzen einige Gebiete sogar als "konstant ausreichend sicher" eingestuft, "z.B. Kabul, Balkh, Herat, Bamiyan, Takhar, Samangan und Panjshir". Das sind viel mehr angeblich sichere Regionen, als bislang bekannt war. Männliche Rückkehrer könnten sich in diesen Gebieten ohne großes Risiko ein Existenzminimum erarbeiten, behauptet das Bamf. Kabul und Herat, die größten Städte Afghanistans, werden in den Textbausteinen eigens ausführlich als interne Schutzmöglichkeiten aufgeführt.

Als Begründung dafür, dass die Bundesregierung diese Gebiete als sicher betrachtet, wird in den Bamf-Unterlagen auf zwei Jahre alte Berichte über die Sicherheitslage verwiesen: Sowohl der Fortschrittsbericht Afghanistan der Bundesregierung von November 2014 als auch der Herkunftsland Report Afghanistan des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO) von Januar 2015 werden genannt. Dabei räumt das Flüchtlingsamt selbst für die als noch am sichersten geltende Hauptstadt Kabul ein, dass dort, "wie im gesamten Land - vom Vorliegen eines innerstaatlichen bewaffneten Konflikts auszugehen" sei. Die Bundesregierung nennt die Lage in Kabul in ihrem Fortschrittsbericht hingegen "überwiegend kontrollierbar".

Innenministerium: "Sicherheitslage bleibt volatil"

Das Bundesinnenministerium antwortet auf die Frage, ob sich die Sicherheitslage in Afghanistan verbessert oder verschlechtert habe, nur verschlungen: "Die Sicherheitslage bleibt auch über 2015 hinaus volatil und weist regionale Unterschiede auf. Eine Verschlechterung der Sicherheitslage im gesamten Land kann daher nicht bestätigt werden." Die Bedrohung sei für Regierungsangehörige und für westliche Besucher am höchsten. "Für die zivile Bevölkerung in den Gebieten unter militäntem Einfluss ist die Bedrohung dagegen geringer." Begründung: Die Taliban hätten "wiederholt glaubhaft" versichert, "zivile Opfer zu vermeiden und zivile Infrastruktur zu schonen".

Mehr möchte das Ministerium dazu nicht sagen. Fragen nach den angeblich sicheren Regionen werden nicht beantwortet, denn die Leitsätze des Bamf seien nicht öffentlich und würden daher nicht kommentiert.

Die kalte Rechnung des Innenministers Thomas de Maizière will, dass weniger Flüchtlinge aus Afghanistan nach Deutschland kommen. Interne Dokumente zeigen: Dafür....

Die Bundesregierung erklärt aber nicht nur ganze Landstriche für sicher, sie nutzt noch eine zweite Strategie, um Asylbewerber abzulehnen. Sie errechnet eine theoretische "Gefahrendichte" und erklärt diese für harmlos. So wird für die Stadt Herat in einem Textbaustein des Bamf die Wahrscheinlichkeit errechnet, Opfer des bewaffneten Konflikts zu werden. Berücksichtigt man die Einwohnerzahl von Herat und die Zahl der Opfer dort im Jahr 2014, dann betrage die Wahrscheinlichkeit, durch Kämpfe zu sterben, nur 0,029 Prozent. Sie "blieb somit weit von der Schwelle der beachtlichen Wahrscheinlichkeit entfernt".

Was ist eine "beachtliche Wahrscheinlichkeit" zu sterben?

Diese zynische Rechnung ist keine Erfindung der Bundesregierung. Deutsche Gerichte haben sie in Urteilen entwickelt, in denen sie über Asylverfahren entscheiden sollten. EU-Richtlinien zum Asylrecht fordern, dass niemand zurückgeschickt werden dürfe, wenn ihm ein *"real risk"* drohe, eine tatsächliche Gefahr. Um zu bestimmen, was das genau bedeutet, haben deutsche Richter das Konzept der "beachtlichen Wahrscheinlichkeit" entwickelt. Bundesverfassungsgericht und Bundesverwaltungsgericht haben den Begriff, der immer noch schwammig ist, in älteren Urteilen als "überwiegende Wahrscheinlichkeit" übersetzt und damit eine statistische Wahrscheinlichkeit von mehr als 50 Prozent gemeint.

Das wird in neueren Urteilen nicht mehr als absolute Grenze verstanden. Aber ähnliche Berechnungen wie die vom Bamf angestellte sehen Gerichte weiterhin als ausreichend an, um Asyl abzulehnen. So fand das Bundesverwaltungsgericht 2011, ein Verhältnis zwischen Opfern und Bewohnern von 1 zu 800, beziehungsweise eine Sterbewahrscheinlichkeit von 0,125 Prozent sei kein Problem. Der Kläger sei "keiner erheblichen individuellen Gefahr für Leib oder Leben ausgesetzt", urteilte das höchste Verwaltungsgericht.

Das Innenministerium antwortet nicht auf die Frage, wie hoch die "beachtliche Wahrscheinlichkeit" ist, wo also die Gefahrengrenze gezogen wird, die Menschen zugemutet werden kann. Zitat einer Sprecherin: "Eine konkrete Zahl kann nicht genannt werden, denn dies muss für jede Region einzeln festgestellt werden."

Wer behauptet, dass nur jenen Menschen eine reale Gefahr drohe, die mit mehr als 50 Prozent Wahrscheinlichkeit davon ausgehen müssen, getötet zu werden, für den sind 0,029 Prozent gar nichts. Eben auf dieser Behauptung basieren die Ablehnungen für afghanische Asylbewerber.

Sogar für ganz Afghanistan wird im Textbaustein mit dem Titel "Keine Bedrohung im Rahmen eines bewaffneten Konfliktes in Afghanistan" eine solche Rechnung erstellt. Für das Jahr 2015 kommt das Bamf bei 27 Millionen Einwohnern und einer geschätzten Opferzahl von 20.000 Menschen auf eine Sterbewahrscheinlichkeit von 0,074 Prozent. Auch das sei weit von einer beachtlichen Wahrscheinlichkeit entfernt, heißt es in dem Papier. Daher gebe es keinen Grund, als Bürgerkriegsflüchtling das Land verlassen zu müssen.

Um einen Vergleich zu haben, lässt sich nach diesem Muster beispielsweise die Gefahrenwahrscheinlichkeit für den Zweiten Weltkrieg berechnen. In den sechs Jahren von 1939 bis 1945 starben in Deutschland schätzungsweise 1,17 Millionen Zivilisten oder 195.000 pro Jahr. Bei einer Bevölkerung von damals 65,3 Millionen ergibt sich eine jährliche Sterbewahrscheinlichkeit für jeden Zivilisten von 0,3 Prozent. Der verheerende Zweite Weltkrieg war hierzulande also nur viermal tödlicher als der Bürgerkrieg in Afghanistan, den das Bamf für harmlos hält.

Der ehemalige Richter und Honorarprofessor Paul Tiedemann kritisiert denn auch diese Argumentationsweise in der Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik: "Die These von der Bedeutungslosigkeit einer Gefahrendichte von weit unter 50 Prozent oder gar im Promillebereich erscheint nur auf den ersten unreflektierten Blick hin einleuchtend zu sein." Tiedemann schreibt, dass die Gefahrendichte bei den Bombardierungen Coventrys oder Frankfurts im Zweiten Weltkrieg unter einem Prozent gelegen habe, selbst das Bombardement von Dresden, das weite Teile der Stadt zerstörte, sei mit 10,6 Prozent weit von der beachtlichen Wahrscheinlichkeit entfernt, von der das Bamf spricht.

Medizinische Versorgung? Welche medizinische Versorgung?

Die kalte Rechnung des Innenministers Thomas de Maizière will, dass weniger Flüchtlinge aus Afghanistan nach Deutschland kommen. Interne Dokumente zeigen: Dafür....

Das Innenministerium verweist darauf, dass neben der Berechnung auch immer andere Faktoren einbezogen würden. "Zu dieser wertenden Betrachtung gehört auch die Würdigung der medizinischen Versorgungslage in dem jeweiligen Gebiet, von deren Qualität und Erreichbarkeit die Schwere eingetretener körperlicher Verletzungen mit Blick auf die den Opfern dauerhaft verbleibenden Verletzungsfolgen abhängen."

Allerdings müsste das dann eher ein Faktor sein, der die Quote der anerkannten Asylanträge erhöht. Denn zur medizinischen Versorgung in Afghanistan heißt es in den internen Bamf-Unterlagen: "Die medizinische Versorgung ist in Afghanistan aufgrund fehlender Medikamente, Geräte und Ärzte sowie mangels ausgebildeten Hilfspersonals - trotz mancher Verbesserungen - immer noch unzureichend." Die Behandlung von Krankheiten sei daher "derzeit nur sehr eingeschränkt möglich".

Warum die als sicher bezeichneten Gebiete jenseits von Kabul und Herat als sicher bewertet werden, wird in den Leitsätzen gleich gar nicht ausgeführt. Unverständlich bleibt auch, dass von zurückgeschickten, alleinstehenden Männern erwartet wird, dass diese sich in den Großstädten niederlassen, wenn es in ihrer Heimatprovinz zu unsicher ist. Dabei ist sogar in den internen Bamf-Leitsätzen die Rede davon, dass man außerhalb des Familienverbandes in Afghanistan kaum eine Existenz aufbauen könne. Wie Zehntausende Rückkehrer aus Europa und Flüchtlinge aus Pakistan in den Großstädten als Neuankömmlinge überleben sollen, ist unklar.

Selbst der rheinland-pfälzische AfD-Fraktionschef Uwe Junge findet, dass nach Afghanistan nicht abgeschoben werden sollte. Der Zeitschrift *FAZ Woche* sagte er: "Ich bin für konsequentes Abschieben in sichere Herkunftsländer, aber nicht nach Afghanistan. Ich wüsste nicht, wo es dort aktuell sicher sein sollte."

Trotz alledem begründet das Bamf mehr und mehr Asyablehnungen mit diesen abstrakten Zahlen. "Man beschäftigt sich weniger mit der individuellen Verfolgungsgeschichte", sagt Bernd Mesovic, der stellvertretende Geschäftsführer der Menschenrechtsorganisation Pro Asyl. "Stattdessen werden Ablehnungen - gerade bei Afghanen - mit dem Verweis auf interne Schutzmöglichkeiten begründet. Auch behauptet das Bamf, dass die im Fall einer Abschiebung drohenden Risiken nicht hoch genug für einen Abschiebungsschutz seien."

Der Kölner Asylrechtsanwalt Gunter Christ hat ähnliche Beobachtungen gemacht: "In einigen meiner Fälle wurden Ablehnungsbescheide in der letzten Zeit mit der angeblichen 'internen Schutzalternative' begründet. Entsprechend gibt es auch mehr Ablehnungen mit dieser Begründung." Je nach Bamf-Entscheider werde schon noch eine individuelle Prüfung der Verfolgung durchgeführt, "nach dem Eindruck von uns Rechtsanwälten allerdings immer oberflächlicher."

"Wer untypische Entscheidungen trifft, muss zum Teamleiter"

Der Grund für die neue Strategie ist kalte Berechnung. Wenn die Rate der anerkannten Asylbewerber niedrig ist, besitzt die Bundesregierung eine Rechtfertigung für das Abkommen, das die Europäische Union mit der afghanischen Regierung geschlossen hat. Afghanistan hat sich darin verpflichtet, abgelehnte Asylbewerber wieder aufzunehmen. Im Gegenzug bekommen diese von der EU finanzielle Unterstützung, wenn sie freiwillig ausreisen. "Viele Afghanen, die nach Deutschland kommen, haben (...) keinen Anspruch auf internationalen Schutz und sind deshalb grundsätzlich ausreisepflichtig", heißt es denn auch in einer Mitteilung des Bundesinnenministeriums über das Abkommen. Je mehr Asylbewerber abgelehnt und abgeschoben werden, desto mehr muss Afghanistan zurücknehmen.

Um das zu erreichen, schreckt das Bundesinnenministerium auch vor Druck auf seine eigenen Beamten nicht zurück. Das gleiche Muster zeigt sich bei den sogenannten Maghreb-Staaten. Auch nach Tunesien, Algerien und Marokko soll das Bamf Menschen zurückschicken, obwohl die Lage dort alles andere als sicher ist. Andere Entscheider im Bamf, die ebenfalls anonym bleiben wollen, bestätigen das. Einer sagt: "Man bekommt schon mit, wie sich die Leitung die aktuelle Entscheidungspraxis vorstellt. Wer häufiger untypische Empfehlungen ausspricht oder Entscheidungen trifft, muss bei seinem Teamleiter vorsprechen."

Die kalte Rechnung des Innenministers Thomas de Maizière will, dass weniger Flüchtlinge aus Afghanistan nach Deutschland kommen. Interne Dokumente zeigen: Dafür....

Das Innenministerium dementiert das. Es gebe keine Anweisungen des Ministeriums an das Bamf, mehr afghanische Asylanträge abzulehnen, schreibt eine Sprecherin. "Das Bamf entscheidet nach Recht und Gesetz über jeden einzelnen Asylantrag."

Load-Date: November 17, 2016

End of Document

Leben in Zeiten der Einwanderung; Rassisten erstarken, doch die Gesellschaft hat die Chance, sich auf eine gemeinsame Zukunft zu einigen. Dafür müsste sie lieb gewonnene Klischees von Migranten aufgeben.

ZEIT-online

Mittwoch 19. Oktober 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Integration; Ausg. 42

Length: 2021 words

Byline: Farhad Dilmaghani

Body

Eine Syrerin lernt Deutsch an der Universität Potsdam.

© Klaus-Dietmar Gabbert / dpa

Das Leben in einer Einwanderungsgesellschaft ist anstrengend. In einer Zeit, in der die Stimmen der Nationalisten nicht nur an den Rändern immer lauter werden, steigert sich die Belastung für die Einwanderer und wird zu Angst und physischer Bedrohung. In Europa greifen modernisierte Blut- und Bodenmythen um sich. In Deutschland redet eine CDU-Bundestagsabgeordnete schon von "Umvolkung", die Identitären verwenden Strategien der alten außerparlamentarischen Opposition, um im coolen Gewand rassistische Ideologie neu auftreten zu lassen. Leitmedien sprechen vom "Kontrollverlust" Deutschlands angesichts der Menschen, die über die Grenzlinien der Landkarten hinweg oft genug schlicht nach einer Überlebensmöglichkeit suchen.

Gegen solch tiefgreifende Verschiebungen in der gesellschaftlichen Realität helfen Einzelmaßnahmen kaum - egal, wie gut gemeint und durchgeführt sie auch sein mögen. Wir brauchen eine Verständigung darauf, wo und wie wir leben wollen: ein Bild der Zukunft. Wir müssen sehen und denken lernen, wie das Zusammenleben in Deutschland besser gelingen kann.

Das gerade verabschiedete Integrationsgesetz ist das beste Beispiel für eine halbherzige und -reaktionäre Lösung. Die darin enthaltene Wohnsitzauflage raubt Tausenden Geflüchteten die Chance, durch eigene Anstrengungen ein gelingendes Leben aufzubauen. Wer in Bautzen landet, wo eine vergleichsweise hohe Arbeitslosigkeit herrscht und Rassismus aggressiv ausgelebt wird, muss dort bleiben. Solche Hindernisse werden im Teufelskreis scheiternder Integrationsbemühungen neuen Frust auf allen Seiten erzeugen. Am Ende profitieren die neuen Rechten von dieser politischen *self-fulfilling prophecy*.

Farhad Dilmaghani ist Vorsitzender und Gründer von "DeutschPlus - Initiative für eine plurale Republik e.V.", einem Netzwerk von Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte aus den Bereichen Wissenschaft, Medien, Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, die sich für ein vielfältiges Deutschland einsetzen. Dilmaghani arbeitet seit 20 Jahren an der Schnittstelle von Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft.

Leben in Zeiten der Einwanderung Rassisten erstarken, doch die Gesellschaft hat die Chance, sich auf eine gemeinsame Zukunft zu einigen. Dafür müsste sie lieb g....

© privat

Was also ist zu tun?

Zuerst müssen wir alle anerkennen, dass der wirtschaftliche Erfolg der Bundesrepublik ohne Zuwanderung nicht möglich gewesen wäre. Es waren die sogenannten Gastarbeiter, die wesentlich zum erfolgreichen Wirtschaftsmodell Deutschlands in den Jahrzehnten nach dem Wiederaufbau beitrugen, bevor ihre Arbeitsplätze wegrationalisiert wurden. Klassenunterschiede und soziale Spannungen wurden mit dem Aufstieg des deutschen Facharbeiters abgemildert - zulasten vor allem zweier Gruppen: Frauen, die keine Anerkennung oder Honorierung für ihre Hausarbeit erhielten und Migranten, die oftmals unter prekären Verhältnissen und bei niedrigeren Löhnen die niedere Arbeit machten.

Ausgeblieben ist jedoch die nachträgliche Anerkennung dafür, dass Einwanderung schon vor mehr als 50 Jahren maßgeblich zum Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft beitrug, und später auch für den Transfer vieler Milliarden Euro in den Aufbau der neuen Bundesländer unverzichtbar war. Die Regierung Kohl nutzte einen auch von Migranten gut gefüllten Geldtopf, als sie den Vereinigungsprozess vorantrieb. Zu einer wirklich weit- und klarsichtigen Politik hätte gehört, dass der Status und die Verfassung Deutschlands als Einwanderungsland zentrales Thema einer solchen gesellschaftlichen Verständigung in Ost wie West hätte sein müssen. Die Opfer von Hoyerswerda, Solingen, Rostock-Lichtenhagen und Mölln mahnen uns noch heute. Die Bundesregierung sollte eine Historikerkommission einsetzen, die die Geschichte der rund 17 Millionen sogenannten Gastarbeiter und ihren Beitrag zum "Wirtschaftswunder" aufarbeitet.

Es ist heute unstrittig, dass gezielt niedrig qualifizierte Einwanderer angeworben und bewusst nicht integriert wurden. Das hat maßgeblich zu einer Sozialstruktur in der ersten Einwanderergeneration geführt, deren Auswirkungen wir heute politisch und sozial spüren. Diese Sozialstruktur wird zum Argument, wenn die Unvereinbarkeit des Islam mit modernen Gesellschaften belegt werden soll: dass es pauschal keinen Integrationswillen seitens der Migranten gäbe und Ähnliches. Das sind nur die harmloseren Formen dieser rassistischen Denkweisen, die heute oft genug auch in seriösen Medien als ernst zu nehmender Debattenbeitrag gelten. Die Menschen, die Objekt einer bestimmten Steuerung der Einwanderung durch die deutsche Politik waren, werden nachträglich zu den Subjekten dieser Entwicklung erklärt, die - zusammen mit ihren Nachkommen - allein für ökonomische, soziale und kulturelle Probleme verantwortlich sein sollen, die mit Migration verbunden werden.

Statt Kritik an der Politik zu üben, schafft man einen Sündenbock, der stellvertretend für die Verfehlungen einer ganzen Gesellschaft geopfert werden soll. Das kann natürlich vorübergehend funktionieren: Wenn das Ziel wäre, die Rechten, die neuen Völkischen und die Identitären zu stärken. Es kann nicht funktionieren, wenn das Ziel eine zukunftsfähige liberale Demokratie und offene Gesellschaft bleiben soll.

Wenn Bundeskanzlerin Merkel sagen kann, dass sie von Deutschland erwartet, Flüchtlingen zu helfen, sonst sei das nicht mehr ihr Land, muss man diesen Satz viel grundsätzlicher verstehen, als ihr letztlich moralischer Appell dies tut. Nämlich bezogen auf die Verfassung, die politischen Grundwerte der Bundesrepublik, die negiert werden, wenn Migration unter moralischen und nicht politischen Gesichtspunkten bewertet wird. Migranten sind keine Almosenempfänger, sondern reale und potenzielle Erweiterungen des Staatsvolkes.

Zum Zweiten ist Integration eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, deren Erfolg vom Zusammenwirken aller abhängt. Wenn wir uns in Deutschland als Einwanderungsgesellschaft ehrlich machen wollen, müssen wir unser Bild von Einwanderern gründlich überarbeiten. Wir produzieren laufend diskriminierende Statistiken, indem wir Äpfel mit Birnen vergleichen. Genau das spielt der neuen völkischen Rechten und denen, die ihrem Jargon nacheifern, in die Hände.

Ein Beispiel: Eine aktuelle Forschungsarbeit des Sachverständigenrates für Migration und Integration deutscher Stiftungen zum Bildungserfolg von Kindern mit Migrationshintergrund zeigt, dass bei gleicher sozialer Herkunft und Kompetenz die Bildungserfolge der Kinder mit Migrationshintergrund mindestens genauso gut wie die von Kindern ohne sind. In den offiziellen Statistiken entsteht dennoch der Eindruck, dass Kinder mit Migrationshintergrund viel schlechter in der Schule wären. Das liegt nun mal daran, dass sie überproportional aus sozial schwächeren

Leben in Zeiten der Einwanderung Rassisten erstarken, doch die Gesellschaft hat die Chance, sich auf eine gemeinsame Zukunft zu einigen. Dafür müsste sie lieb g....

Haushalten kommen. Aus einem hauptsächlich sozialen Problem wird ein kulturelles Problem konstruiert - Sarrazin lässt grüßen. Deswegen müssen wir die Erhebungsmethoden, die Erfolg und Misserfolg in der Einwanderungsgesellschaft statistisch beschreiben sollen, ändern und die soziale Herkunft ins Zentrum stellen, wenn wir Bevölkerungsgruppen vergleichen. Das wird den Diskurs über Einwanderung auf eine neue, konstruktivere und sachlichere, Grundlage stellen.

Drittens sollten wir Vielfalt als tatsächliche Ressource betrachten. Das geht nur, wenn wir es schaffen, diejenigen, aus denen diese Ressource letztlich besteht, die Migranten und ihre Familien, als politisch und sozial gleich zu betrachten. Ansonsten bleibt es bei dem Versuch, Vielfalt abzubilden, ansonsten die Macht- und Verteilungsstrukturen in der Gesellschaft aber unangetastet zu lassen. So lange die "alten weißen Männer" überwiegend unter sich bleiben und in der Regel nur diejenigen nachhaltig unterstützen, die soziokulturelle Ähnlichkeiten mit ihnen aufweisen, wird die soziale Durchlässigkeit nur scheinbar gegeben sein.

Wer lautstark Leistungsgerechtigkeit einfordert, muss sie auch glaubwürdig vorleben. Notwendig ist daher eine Förderpolitik, eine wirksame Antidiskriminierungspolitik und eine aktive Zivilgesellschaft, die es ermöglicht, dass Menschen mit Migrationshintergrund aufholen und gleichziehen können. Das gelingt, wenn sich Vielfalt gerecht in den Entscheidungszentren unserer Gesellschaft - das heißt Staat (Politik, Verwaltung und Justiz), Wirtschaft, Kultur und Medien - widerspiegelt. Hier werden die Weichen gestellt. Und wir brauchen ein neues Staatsziel im Grundgesetz: Die Bundesrepublik Deutschland ist ein vielfältiges Einwanderungsland. Sie fördert daher die gleichberechtigte Teilhabe und Integration.

Nur fünf Prozent Abgeordnete mit Migrationshintergrund

Gerade in den Parteien, die laut Grundgesetz Mittler zwischen Bürgern und Staatsorganen sind, gibt es viel Nachholbedarf. Im Bundestag haben nur rund fünf Prozent der Abgeordneten einen Migrationshintergrund. In den Parteivorständen sieht es überwiegend ähnlich oder noch schlechter aus. Eine geschlechterneutrale Quote ist überfällig. Die Parteien sind verpflichtet, mit gutem Beispiel voranzugehen. Wenn soziale Herkunft über Aufstiegsmöglichkeiten entscheidet, muss genau dies ins Zentrum politischen Handelns. Tatsächlich sprechen Soziologen wie Oliver Nachtwey bereits von der deutschen Abstiegsgesellschaft, in der immer mehr Menschen wie auf einer Rollentreppe nach unten gegen ihren Abstieg anrennen.

Und die, die es nach oben geschafft haben, schauen sich entspannt auf der ersten Etage um, um für sich und ihre Kinder die Rolltreppe in die zweite Etage nehmen. Wenn der Befund richtig ist, muss es darum gehen, eine gerechte Verteilungspolitik zu forcieren und vor allem in alle Mitglieder der Gesellschaft zu investieren. Hier öffnet sich ein Feld für eine Politik der Solidarität, das es zu bestellen gilt. Die Abstiegsgesellschaft ist eine Frage der sozialen Schichtung - der Klasse - und eine moderne Politik muss dafür eine Sprache und ein Programm entwickeln. Aber nicht auf Kosten der Migranten, sondern durch die Erfahrung von Solidarität unter den zwar unterschiedlich, aber eben vom Gleichen Betroffenen: von den radikalen sozialen Spaltungseffekten marktliberaler Politik.

Es ist daher an der Zeit, neben dem Wirtschaftswachstum andere Indikatoren für den Erfolg eines Landes zu entwickeln. Wie wäre es, wenn wir mit der gleichen Ernsthaftigkeit und Dringlichkeit, mit der wir Konjunkturzahlen und Wachstumsquoten diskutieren, künftig politisches und gesellschaftliches Gelingen in den Blick nehmen?

Glück statt Wachstum

Zum Beispiel einen Bruttonationalglücksindikator. Ein solcher könnte ähnlich wie beim hoch gepriesenen Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 ein neues "magisches Viereck" bilden: eine sozial gerechte Gesellschafts- und Wirtschaftsentwicklung, die Bewahrung und Förderung kultureller Werte, den Schutz der Umwelt und gute Regierungs- und Verwaltungsstrukturen könnten die Maßstäbe sein, an denen diese Entwicklung abgelesen wird. Tatsächlich gibt es so etwas bereits. Beim letzten *World-Happiness* -Ranking im Auftrag der Vereinten Nationen, ein Bruttonationalglücksindikator, der den gesellschaftlichen Fortschritt eines Landes misst, landete Deutschland abgeschlagen auf Platz 26. Vorneweg: die Schweiz, Dänemark, Island, Norwegen und Kanada.

Leben in Zeiten der Einwanderung Rassisten erstarken, doch die Gesellschaft hat die Chance, sich auf eine gemeinsame Zukunft zu einigen. Dafür müsste sie lieb g....

Ein solcher Bruttonationalglücksindikator könnte auch der Politik neue Ziele vermitteln und helfen, erfolgreiche Politik transparenter und besser zu beurteilen und zu verpflichten. Wir brauchen mehr Wirkungsorientierung im politischen Handeln und weniger parteipolitische Aussagen. Dafür braucht es eine Wahrnehmung dafür, wo sich Wirkung tatsächlich in gesellschaftlich relevanter Weise entfaltet. Reduktive Argumente fördern die Politikverdrossenheit und verbreitern das Spielfeld für populistische Heilsversprechen.

Politik ist für die große Mehrheit mittlerweile eine Blackbox. Für die Einwanderungsgesellschaft wäre ein Glücksindikator eine angemessene Form, den Erfolg einer Teilhabepolitik für alle abzubilden. An ihm könnten sich unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen solidarisch orientieren, an ihm könnte auch jeder und jede seine eigene Situation messen und gegebenenfalls politische Forderungen formulieren. Unbesehen der Frage, wie er oder sie als Individuum lebt, glaubt oder liebt.

Load-Date: October 19, 2016

End of Document

**Ein gut bewachtes Massengrab; Im Mittelmeer sinkt ein Flüchtlingsboot.
Etwa 400 Menschen ertrinken. Wieder heißt es: Es ist unmöglich, alle
Flüchtlinge zu retten. Doch das stimmt nicht.**

ZEIT-online

Freitag 17. April 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Mittelmeer; Ausg. 16

Length: 1712 words

Byline: Philip Faigle;Karsten Polke-Majewski;Paul Blickle;Julian Stahnke;Sascha Venohr

Body

August 2014: Die italienische Hilfsmission Mare Nostrum greift ein **Flüchtlingsboot** vor der Küste auf.

© ROPI/dpa

Glaubt man Martin Xuereb, dann lebt Europa mit einer Lüge. Die Lüge ist bequem, sie wird von Politikern vorgetragen, sie hilft, das Gewissen zu beruhigen. Sie lautet: Niemand kann verhindern, dass **Flüchtlinge** im Mittelmeer ertrinken. Das Gewässer: zu unübersichtlich. Die Zahl der **Flüchtlinge**: zu groß. Die potenziellen Kosten: unüberschaubar. "Das ist alles nicht wahr", sagt Xuereb. "Natürlich könnten wir die Zahl der Ertrinkenden deutlich senken."

Xuereb, ein hochgewachsener Mann Ende 40, weiß, wovon er redet. Er war mehrere Jahre Armeechef auf Malta, dem Inselstaat, der selbst schon **Flüchtlingsunglücke** erlebt hat. Xuereb hat einige Rettungsaktionen vor Maltas Küsten geleitet, er saß in europäischen Gremien, in denen es auch um die **Flüchtlingsfrage** ging. Schon lange appelliert er an Europas Staatsschefs, die Politik auf dem Mittelmeer zu überdenken. "Das Retten und Auffinden von **Flüchtlingen** muss nach oben auf die Agenda", sagt er. "Und zwar schnell."

Es ist vor allem eine Zahl, die Fachleute wie Xuereb beunruhigt: 900. So viele Menschen starben nach Angaben der Vereinten Nationen allein von Januar bis heute bei dem Versuch, Europa über das Mittelmeer zu erreichen. 900 Tote in knapp vier Monaten - das sind mehr als zehnmal so viele wie noch im vergleichbaren Zeitraum des vergangenen Jahres. Und das, obwohl die Zahl der Reisenden zumindest auf der Hauptroute nach Italien etwa gleich geblieben ist. Das Mittelmeer ist in den vergangenen Monaten kein sicherer Ort geworden, sondern ein noch gefährlicherer.

Was noch beunruhigender ist: Europa wird von dem Sterben an seinen Grenzen nicht mehr aufgeschreckt. Als im Oktober 2013 vor Lampedusa rund 366 Menschen ertranken, sprach der damalige italienische Ministerpräsident Enrico Letta von einem "europäischen Drama" und EU-Kommissionspräsident Manuel Barroso reiste persönlich an den Unglücksort. Als am vergangenen Sonntag ein Boot mit mehr als 500 Flüchtlingen aus Gambia und anderen Ländern des südlichen Afrikas kenterte und vermutlich 400 Menschen mit in den Tod riss, war das den meisten

Ein gut bewachtes Massengrab Im Mittelmeer sinkt ein Flüchtlingsboot. Etwa 400 Menschen ertrinken. Wieder heißt es: Es ist unmöglich, alle Flüchtlinge zu retten....

Nachrichtenseiten nur noch eine Meldung wert. Das Sterben im Mittelmeer wird zum Alltag, so wie einst die Toten nach Anschlägen im Irak oder in Afghanistan. Dabei sterben die Menschen nicht im fernen Orient, sondern direkt vor den Grenzen Europas.

Das Sterben zu stoppen wäre leichter, als viele Deutsche denken.

Warschau, ein gläserner Bürobau am Rande der Innenstadt, das Lagezentrum der Grenzschutzagentur Frontex. Hier, im elften Stock, flimmern Karten und Satellitenbilder von Europa über Flachbildschirme. Zwei Mal täglich zeigen die Bildschirme ein aktuelles Satellitenbild des Mittelmeers. Mitarbeiter zoomen wie bei Google Maps hinein und beobachten verdächtige Schiffe in den Häfen und an den Küsten. Wenn sie vermuten, dass es sich um ein Schlepperboot handelt, alarmieren sie die Behörden. So geschehen etwa im September 2014, als ein Satellit auf der Route von Marokko und Spanien ein Schlauchboot erfasste. Die spanische Küstenwache wurde gewarnt und konnte anschließend 38 Flüchtlinge aus der Seenot retten.

Das System, das die Überwachung des Meeres möglich macht, heißt Eurosur. Angeschafft wurde es Ende 2013. Mit Drohnen, Satelliten, Küstenradarstationen und Aufklärungsflugzeugen überwacht Europa seither seine Grenzen. Jedes Schiff, das mehr als 300 Tonnen wiegt, erscheint auf den Monitoren in Warschau. Hinzu kommen Daten, die die einzelnen Nationalstaaten einspeisen. Das Mittelmeer ist auf diese Weise längst ein gut bewachter Ort geworden. "Wir haben schon lange kein Problem mehr die Schiffe zu entdecken, auch Boote in Seenot", sagt Stephan Keßler vom Jesuiten-Flüchtlingsdienst, der auch dem Menschenrechtsrat von Frontex vorsitzt. "Die Behörden in Europa wissen oft sehr genau, wo sich die Schiffe befinden."

Auch Frontex verhehlt nicht, wie viel man über das Geschehen auf dem Mittelmeer weiß. Doch die Aufgabe der Agentur ist es, die Außengrenzen der EU abzusichern, nicht aber Flüchtlinge aus Seenot zu retten. Dafür sind die Nationalstaaten verantwortlich. Zwar tauschen die Länder Informationen aus, die bei Frontex in Warschau zusammenlaufen. Wenn aber ein Schiff auf den Monitoren der Grenzschützer erscheint, wird oft gestritten, welches Land zuständig ist. "Manchmal ist schlicht nicht klar, in welcher Seenotrettungszone ein dahin driftendes Boot unterwegs ist", sagt Keßler. Zuletzt kam es zwischen Malta und Italien immer wieder zu Abstimmungsproblemen. Wertvolle Zeit für die Rettung ging verloren.

Größenvergleich: Die 357.168 km² große Fläche Deutschlands entspricht ungefähr dem Seegebiet zwischen der libyschen Küste und Italien. Dort geraten die meisten Bootsflüchtlinge in Seenot.

Hinzu kommt: Europas Mitgliedstaaten haben sich aus der Flüchtlingsrettung zuletzt sogar zurückgezogen. Noch im Oktober 2013 hatte die italienische Regierung auf das Unglück von Lampedusa mit einer groß angelegten Rettungsaktion reagiert: der Operation Mare Nostrum. Die italienische Marine schickte ein Landungsschiff auf See, zwei Fregatten mit Hubschraubern und zwei Korvetten. Aufklärungsdrohnen und Flugzeuge gingen in die Luft. Das Kommando rettete 150.810 Flüchtlinge - in nur einem Jahr. Rund 9,3 Millionen Euro setzten die Italiener jeden Monat für die Mission ein.

Menschenrechtsorganisationen lobten Mare Nostrum, obwohl auch während der Laufzeit der Operation 3.500 Menschen starben. Doch nur ein Jahr später, im Herbst 2014, wurde Mare Nostrum wieder eingestellt. Die Last der Operation war für die italienische Marine alleine zu schwer geworden. Seither gibt es zwar die Frontex-Mission Triton. Doch die ist keine Rettungsaktion, sondern sie dient der Grenzsicherung. Außerdem muss Frontex auf Schiffe der nationalen Küstenwachen zurückgreifen und verfügt über deutlich weniger Geld. "Triton kann kein Ersatz sein", sagt Keßler. "Es bräuchte eine koordinierte europäische Rettungsorganisation."

Keßler ist mit sein Meinung nicht allein. Selbst altgediente Militärexperten glauben, dass Europa eine solche Mission starten sollte - und könnte.

Einer von ihnen ist Lutz Feldt. Feldt, 69 Jahre alt, war bis zu seinem Ruhestand im Jahr 2006 Vizeadmiral und Inspekteur der deutschen Marine. Vierzig Jahre lang hat er so ziemlich alles kommandiert, vom Minensuchboot bis zur Zerstörerflottille. Er war dabei, als die deutsche Marine Piraten und Terroristen am Horn von Afrika jagte und während des zweiten Golfkrieges Minen im Persischen Golf suchte. Mittlerweile berät er mit anderen Admirälen aus

Ein gut bewachtes Massengrab Im Mittelmeer sinkt ein Flüchtlingsboot. Etwa 400 Menschen ertrinken. Wieder heißt es: Es ist unmöglich, alle Flüchtlinge zu retten....

Frankreich, Spanien und Italien die Europäische Union in maritimen Sicherheitsfragen. Er sagt: "Die Europäische Union muss im Mittelmeer eine zivilmilitärische Operation zur Rettung der Flüchtlinge etablieren."

Feldt hält eine solche Mission nicht für unrealistisch. Im Gegenteil: Er hat konkrete Vorstellungen, wie sie gelingen könnte. "Der Aufwand wäre groß", sagt er. "Aber er wäre auch nicht größer als bei der Anti-Piraten-Mission Atalanta am Horn von Afrika." Mit der Mission Atalanta bekämpft die EU seit 2008 Piraten im Indischen Ozean vor der afrikanischen Küste. Noch immer sind fünf Militärschiffe und zwei Flugzeuge dort im Einsatz. Die Mission gilt als Erfolg, die Piraterie als weitgehend besiegt. Die EU habe damals schon Erfahrung gesammelt, wenn es darum ging, ein Problem auf See gemeinsam zu lösen. Warum also, fragt Feldt, rettet die EU die Flüchtlinge nicht mit den Methoden, mit denen sie auch die Schlepper bekämpft?

Ein Einsatz im Mittelmeer wäre sogar leichter zu organisieren als die Anti-Piraten-Mission, sagt Feldt. Die Wege im Mittelmeer sind kurz, die Entfernungen zu Versorgungshäfen gering. Mit Spanien, Frankreich, Italien, Malta, Griechenland und Zypern gibt es sechs Anrainerstaaten, die Logistik stellen könnten. Die EU könnte auf Kommandostrukturen der Nato zurückgreifen. Das Militärbündnis überwacht den Mittelmeerraum ohnehin seit 2001 im Rahmen der Anti-Terror-Operation Active Endeavour.

Hinzu kommen die Daten von Eurosur. Wie bei Atalanta könnten die Mitgliedsstaaten im Rotationsverfahren Schiffe, Aufklärungsstrukturen, Hubschrauber und Drohnen stellen, um dem Problem Herr zu werden. Wie bei der Anti-Piraten-Mission würde es dauern, bis der Einsatz Wirkung zeigt, sagt Feldt. Irgendwann aber werde die Zahl der Toten sinken.

Ein solcher Plan fände viele Fürsprecher. Egal ob das Rote Kreuz, Save the Children, die UN oder die Internationale Organisation für Migration (IOM): Sie alle fordern jetzt einen europäischen Masterplan, der noch vor dem Sommer kommt. "Wir brauchen so schnell wie möglich eine europäische Initiative", sagt Flavio di Giacomo, der in Rom für IOM spricht. Karl Kopp, Europareferent von ProAsyl sagt: "Es machen sich gerade Hunderttausende auf den Weg in die Boote. Wenn nichts passiert, wird das das schlimmste Jahr im Mittelmeer." Bisher aber gibt es keine Anzeichen, dass die EU ihre Politik überdenken will.

Der Maltese Martin Xuereb hat daraus seine eigenen Schlüsse gezogen. Seit zwei Jahren ist er Direktor der Migrant Offshore Aid Station (MOAS), einer Organisation, die Flüchtlinge auf eigene Faust aus dem Mittelmeer retten will. Ab Mai schickt die Gruppierung, die von einem italienisch-amerikanischen Ehepaar vor zwei Jahren gegründet und mit Geld ausgestattet wurde, wieder einen Frachter auf See: die Phoenix, ein Schiff mit 20 Besatzungsmitgliedern, an deren Bord auch Mediziner und Sicherheitsexperten sind. Im vergangenen Jahr konnte die Crew rund 3.000 Menschen aus Seenot retten. In diesem Jahr will die Phoenix vor allem vor Afrikas Küsten kreuzen. Um zu retten, was zu retten ist.

Die Opfer der Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer

Die tatsächlichen Opferzahlen dürften noch höher liegen, da nicht alle Unfälle auf dem Meer bekannt werden.

Westliches Mittelmeer Zentrales Mittelmeer Östliches Mittelmeer Apulien und Calabrien

© 2015 ZEIT ONLINE

Quelle: Missing Migrants Project, International Organization for Migration (IOM). Grafik: Julian Stahnke, Sascha Venohr

window.zonERVis = {}; window.zonERVis.imagePath="<http://live0.zeit.de/infografik/fluechtlingsopfer-mittelmeer/images>";

Load-Date: April 17, 2015

Ein gut bewachtes Massengrab Im Mittelmeer sinkt ein Flüchtlingsboot. Etwa 400 Menschen ertrinken. Wieder heißt es: Es ist unmöglich, alle Flüchtlinge zu retten....

End of Document

Phantom Kinderbraut; Steigt die Zahl der Kinderehen in Deutschland wegen der vielen Flüchtlinge? Manche Politiker fürchten das und fordern Verbote. Gut belegt ist der Verdacht nicht.

ZEIT-online

Donnerstag 18. August 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Kinderehe; Ausg. 34

Length: 1322 words

Byline: Vanessa Vu

Body

Eine 17-jährige Zwangsverheiratete aus Afghanistan

© Paula Bronstein/Getty Images

Hadeel* war 14 Jahre alt, als sie in Deutschland ankam. Wie viele Mädchen floh sie aus Syrien, allerdings nicht mit ihren Eltern, sondern mit ihrem 21-jährigen Cousin und Ehemann. Für das Jugendamt unmöglich: Es trennte das Paar und erlaubte nur noch zwei Stunden begleiteten Kontakt pro Woche - bis der Mann sie im Mai vor dem Bamberger Oberlandesgericht zurück klagte. Mittlerweile lebt das Paar wieder zusammen, allerdings nicht in Ruhe, denn der Fall sorgte bundesweit für Aufsehen. Medien, Politiker und sogar der Bundesgerichtshof beschäftigen sich seitdem mit der Frage, wie viele Kinderehen es in Deutschland gibt und was sich dagegen tun lässt.

Die Kinderehe habe Deutschland erreicht, titelte zum Beispiel die *Bild*. Die *Welt am Sonntag* wusste sogar von "mehr als 1.000 Kinderehen". Die Paare kämen aus dem Ausland, manche Ehe werde aber auch hierzulande abgeschlossen, "unter dem Radar der Behörden".

Fakt ist: In Deutschland kann man erst ab 18 Jahren legal heiraten oder verheiratet sein. Wer jünger und verheiratet ist, fällt unter eine von zwei möglichen Ausnahmen: Entweder die Hochzeit fand auf deutschem Boden statt, dann gelten besondere Hürden. Unter anderem muss der Minderjährige mindestens 16 Jahre alt und der Partner volljährig sein. Außerdem muss ein Familiengericht der Ehe zustimmen.

Oder die Eheschließung wurde rechtswirksam im Ausland vollzogen, dann gilt das minderjährige Paar auch in Deutschland als verheiratet, weil grundsätzlich alle im Ausland geschlossenen Ehen auch in Deutschland erst mal wirksam sind. Ein verpflichtendes Verfahren zur Anerkennung gibt es nicht. Die Ehen können jedoch angefochten und aufgehoben werden, etwa wenn das Kindeswohl gefährdet ist oder es sich um Verstöße gegen grundlegende Wertevorstellungen handelt, die im Rechtswesen als *ordre public* abgekürzt werden. Das gilt zum Beispiel für Zwangs- und Mehrfachehen. Ein niedriges Alter allein stellt nach geltender Rechtsprechung noch keine Verletzung der *ordre public* dar.

Phantom Kinderbraut Steigt die Zahl der Kinderehen in Deutschland wegen der vielen Flüchtlinge? Manche Politiker fürchten das und fordern Verbote. Gut belegt ist....

Im Fall der mittlerweile 15-jährigen Hadeel prüfte das Bamberger Oberlandesgericht nicht, ob ein Verstoß gegen die ordre public vorlag. Vielmehr gingen die Richter davon aus, dass das Mädchen sowohl nach syrischem als auch deutschem Recht zum Zeitpunkt des Urteils verheiratet gewesen sei. Bis zum Urteil war deren Ehe nämlich nicht angefochten worden, ebenso habe es "keine greifbaren Anhaltspunkte" dafür gegeben, dass Hadeel zwangsverheiratet worden oder ihr Kindeswohl gefährdet gewesen sei. Also erlaubte das Gericht dem Mädchen, frei zu entscheiden, wo sie leben und mit wem sie Umgang haben will. Dieses Recht haben laut Gesetz grundsätzlich alle minderjährigen Verheirateten, solange die Ehe selbst als legal gilt.

Heiratsalter auf 18 erhöhen?

Kritiker warnen dennoch, dass durch diese Entscheidung die Kinderehe bestätigt worden sei. Monika Michell von der Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes fordert, dass die Ehemündigkeit generell auf 18 Jahre festgelegt und im Ausland geschlossene Ehen mit Minderjährigen nicht anerkannt werden sollen. Das entspräche auch der UN Kinderrechtskonvention. "Selbst für einen wirksamen Kaufvertrag muss man 18 Jahre alt sein. Eine Ehe ist ein Vertrag auf Lebenszeit, das sind ganz andere Dimensionen", sagt Michell. Sie fürchtet, dass viele junge Mädchen diese Konsequenzen nicht einschätzen können und früh in Abhängigkeit geraten.

Hinzu komme, dass frühe Ehen oder gar Zwangsehen überproportional viele junge Flüchtlinge, Migrantinnen oder Mädchen mit Migrationshintergrund treffen. Das sei problematisch, weil sie häufig aus Familien kämen, in denen Jungfräulichkeit auf der einen und männliche Dominanz auf der anderen Seite zur Not mit Gewalt sichergestellt werden. Das erhöhe das Missbrauchsrisiko. Dabei gehe es Michell nicht darum, junge Paare auseinanderzureißen. "Auch ohne eine Ehe sollte es möglich sein, sich gegenseitig zu sehen, wenn es der Wunsch von beiden ist", sagt sie. "Und wenn die Mädchen mit 18 immer noch zu ihrer Entscheidung stehen, dann können sie ja nochmal heiraten."

Schwierige Faktenlage

Wie viele dieser Fälle es bundesweit gibt, bleibt jedoch unklar. Ein Blick auf offizielle Statistiken lässt vermuten, dass es eher Einzelfälle sind. Die meisten Bundesländer erfassen erst gar keine Zahlen zu minderjährigen Verheirateten, andere Bundesländer kommen nach Umfragen bei Standes- und Jugendämtern maximal auf zweistellige Zahlen. Dabei handelt es sich fast ausschließlich um Mädchen, die über 16 Jahre alt sind. Nur in sehr wenigen Fällen waren die Betroffenen jünger. Verheiratete unter 14, die auch nach rechtlicher Definition Kinder wären, sind bundesweit nur sehr wenige bekannt. In Niedersachsen waren den Jugendämtern beispielsweise zwei verheiratete Mädchen unter 14 bekannt, die Landesaufnahmebehörde kannte einen Fall. Eine Doppelmeldung sei "sehr wahrscheinlich", heißt es in der Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage der FDP.

Die einzigen Bundesländer, die zahlenmäßig herausstechen, sind Nordrhein-Westfalen und Bayern. Sie sind zugleich die bevölkerungsreichsten Bundesländer. In Nordrhein-Westfalen etwa wurden nach einer einmaligen Datenbankauswertung 188 verheiratete Flüchtlingsmädchen festgestellt. Davon waren zum Zeitpunkt der Einreise etwa 21 zwischen 14 und 15 Jahre alt, der Rest war über 16. Noch jüngere Verheiratete, also die viel beschworenen Kinderbräute, gab es keine.

Dagegen wurden in Bayern 711 Fälle von verheirateten minderjährigen Asylbewerberinnen festgestellt, 161 davon waren unter 16 Jahre alt. Ob es darunter auch Kinder gab, wurde nicht erhoben. Auch so sind die Zahlen laut Ulrike Roider, Pressesprecherin des Bayerischen Justizministeriums, nur eingeschränkt belastbar. "Sie beruhen oft nur auf Angaben der Betroffenen und sind nicht durch entsprechende Dokumente belegt", so Roider. Hinzu komme, dass Angaben zum Familienstand nicht verpflichtend seien und bei fehlenden Erkenntnissen keine Eintragung erfolge.

In Baden-Württemberg soll es laut der *Welt* 177 minderjährige Flüchtlingsehefrauen geben, allerdings konnten weder das Justiz, noch das Innen- oder Sozialministerium in Baden-Württemberg diese Zahl bestätigen.

Bedenkliche Momentaufnahme

Phantom Kinderbraut Steigt die Zahl der Kinderehen in Deutschland wegen der vielen Flüchtlinge? Manche Politiker fürchten das und fordern Verbote. Gut belegt ist....

Trotz der relativ geringen offiziellen Fallzahlen nehmen sich Bund und Länder bald des Phänomens an. Nur weil Kinderehen nicht statistisch vollständig erfasst sind, muss das nicht bedeuten, dass es keine gibt. Denkbar wäre eine hohe Dunkelziffer. Ab dem 5. September wird es eine Arbeitsgruppe geben, die das Ausmaß feststellen soll. Die Initiative kam unter anderem aus Nordrhein-Westfalen. "Die Momentaufnahme gab zu denken", sagt der stellvertretende Pressesprecher des Justizministeriums Marcus Strunk.

Nach Angaben des UN-Kinderhilfswerks UNICEF steigt die Zahl von Kindesheiraten in Flüchtlingslagern in der Türkei, Syrien und Jordanien, also in Ländern, aus denen zuletzt viele Flüchtlinge nach Deutschland kamen. Eltern stimmten dort einer frühen Zwangsheirat aus Finanz- oder Sicherheitsgründen zu. Diese verletze jedoch fundamentale Frauen- und Kinderrechte, denn die älteren Männer würden häufig die Not der Familien ausnutzen, so UNICEF. Auch die Hilfsorganisation SOS Kinderdörfer berichtet von mehr Kinder- und Zwangsehen in Krisengebieten. Vor dem Krieg in Syrien seien bei 13 Prozent aller Hochzeiten einer oder beide Ehepartner minderjährig gewesen. Nun seien es über 51 Prozent.

Strunk fordert, dass Deutschland als Rechtsstaat den Betroffenen Hilfe anbieten müsse und keine Ehen anerkennen dürfe, "die für die junge Mädchen und Frauen nichts anderes als ein Albtraum" gewesen seien. Stattdessen bräuchten Gerichte klare Regeln, wann eine im Ausland geschlossene Ehe mit hiesigen Werten in Einklang stehe und anzuerkennen sei. "Das Heiratsalter ist dafür ein wichtiges Indiz", so Strunk.

**Name von der Redaktion geändert*

Load-Date: August 18, 2016

De Maizière ist kein einsamer Mann; Im Streit um den Familiennachzug von Syrern stellt sich die Unionsspitze hinter den Innenminister. Hat die Kanzlerin einen Machtkampf verloren?

ZEIT-online

Montag 9. November 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Koalitionsstreit; Ausg. 45

Length: 1255 words

Byline: Lisa Caspari

Body

Bisher ein gutes Team: Fraktionschef Volker Kauder, Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesinnenminister Thomas de Maizière

© Wolfgang Kumm/dpa

Erleben wir in der **Flüchtlingskrise** gerade die "Demontage der Kanzlerin"? Zumindest der SPD-Bundestagsabgeordnete Christian Flisek sieht das so. Und auch andere SPD-Politiker beschreiben die Lage drastisch: Es gebe in der Union einen "schwelenden Machtkampf" gegen Angela Merkel, der nun auf "offener Bühne ausgetragen werde", analysieren Generalsekretärin Yasmin Fahimi und SPD-Vize Torsten Schäfer-Gümbel mit wortgleichen Formulierungen.

Die Sozialdemokraten verfolgen die "Chaos-Tage" - auch das so ein von ihnen viel verwendeter Begriff - beim Koalitionspartner allerdings nicht nur mit Schadenfreude, sondern auch mit Unbehagen. Schließlich birgt die Uneinigkeit zwischen Bundesinnenminister Thomas de Maizière und Merkel in zentralen Fragen der **Flüchtlingspolitik** auch für die große Koalition ein erhebliches Krisenpotenzial - zumal sich diesmal offenbar der Innenminister durchgesetzt hat.

Der Regierungssprecher wägt mehr denn je seine Worte

Nach der Sitzung von CDU-Parteipräsidium und Vorstand am Montag verkündete jedenfalls ein sichtlich ermüdeter Generalsekretär, dass seine Partei geschlossen hinter de Maizière stehe. Es habe "breite Übereinstimmung" gegeben, dass man noch einmal über den Schutzstatus für syrische Flüchtlinge und den damit verbundenen Familiennachzug diskutieren müsse, sagte Peter Tauber. Auch Merkels Sprecher Steffen Seibert wägte zu Wochenbeginn mehr denn je seine Worte. Auf die Frage, welche Meinung Merkel persönlich zu einer möglichen Einschränkung der Zusammenführung von Flüchtlingsfamilien habe, antwortete er ausweichend: Der Bundeskanzlerin sei wichtig, dass es in der Flüchtlingsfrage vorangehe. Man wolle einen gemeinsamen Weg finden. "Selbstverständlich" habe der Innenminister weiterhin das Vertrauen Merkels.

De Maizièrè ist kein einsamer Mann Im Streit um den Familiennachzug von Syrern stellt sich die Unionsspitze hinter den Innenminister. Hat die Kanzlerin einen Ma....

Verschiedene Positionen über die Frage um den Familiennachzug fasst dieses Video zusammen:

So selbstverständlich ist das nach diesem denkwürdigen Wochenende aber keinesfalls. Erst am vergangenen Donnerstag hatten die Parteivorsitzenden ihren Streit um den weiteren Umgang mit der Flüchtlingskrise beigelegt - so schien es. Merkel, Seehofer und Sigmar Gabriel einigten sich darauf, dass das Recht auf Familiennachzug für Flüchtlinge mit einem geringeren Schutztitel, dem so genannten subsidiären Schutz, für zwei Jahre ausgesetzt werden soll. Betroffen ist davon bisher nur eine recht kleine Gruppe von Menschen, denn alle Syrer die nach Deutschland kommen erhalten aktuell Schutz nach der Genfer Konvention.

Genau das aber stellte ausgerechnet der Innenminister nur einen Tag später infrage. Er wolle sich dafür einsetzen, dass Syrer künftig nur noch subsidiären Schutz bekommen, sagte er - also erstmal nur ein Jahr in Deutschland bleiben können, mit Option auf Verlängerung. Der Flüchtlingskoordinator im Kanzleramt, Peter Altmaier, sprach von einem Alleingang, über den er nicht informiert worden sei.

"Wir wollen den Familiennachzug begrenzen"

Schon dieser offen ausgetragene Konflikt zwischen Kanzleramt und Innenminister ist für sich bemerkenswert. Noch bemerkenswerter aber ist, dass sich um de Maizièrè, der im ersten Moment noch einsam wirkte, im Laufe des Wochenendes und am Montagmorgen immer mehr prominente Unions-Unterstützer scharten. Nicht nur CSU-Chef Horst Seehofer, auch Wolfgang Schäuble, sowie die Merkel-Stellvertreter Thomas Strobl und Julia Klöckner befürworteten plötzlich, dass noch einmal neu über den Familiennachzug beraten werden müsse.

Schuld daran ist die Aufregung um eine grobe Schätzung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Demnach sollen auf jeden Syrer, der in Deutschland ein Aufenthaltsrecht erhält, im Schnitt vier Familienmitglieder kommen, die ihm dann nachfolgen dürften. Nach dieser Rechnung müsste Deutschland also ziemlich bald hunderttausende Menschen zusätzlich unterbringen. Ob der "Faktor Vier" aber tatsächlich seriös ist, ist unklar. Der Sprecher des Innenministeriums wollte entsprechende Angaben jedenfalls nicht bestätigen.

CDU-Vize Klöckner will dennoch "in einigen Wochen, spätestens Monaten eine Regelung im Sinne einer Begrenzung". "Wir wollen den Familiennachzug begrenzen", das diktierte auch ein zufriedener Strobl nach der Vorstandssitzung den Journalisten in die Blöcke. Sowohl Klöckner als auch Strobl haben im März für die CDU schwierige Landtagswahlkämpfe zu bestreiten.

Und die Kanzlerin? Sie steckt in einer verzwickten Situation. Sollte sie wirklich nicht über de Maizièrès Vorstoß am Freitag informiert worden sein, wäre dies ein Vertrauensbruch, den sie eigentlich nur mit dem Rauswurf ahnden könnte. Doch sie tut nichts dergleichen, weil sie die Union in der Flüchtlingskrise zunehmend gegen sich weiß. Bisher hat kein prominenter CDU-Vertreter Stellung gegen die harte Linie de Maizièrès bezogen. Die, die eher auf Merkels Seite stehen, beklagen leise, die Partei gebe "kein gutes Bild" ab oder sie mahnen, man müsse aber bei allem auch die SPD mitnehmen. Kampfesmut klingt anders.

Im Dezember muss Merkel sich einem Parteitag stellen, ihr Flüchtlingskrisen-Mantra "Wir schaffen das" hat viele in der Union verärgert. Auch deshalb findet Regierungssprecher Seibert am Montag versöhnliche Worte. Schon heute, sagt er, könne der Familiennachzug de facto nicht so durchgeführt werden, wie er solle. Schließlich hätten die meisten Syrer, die in Deutschland angekommen seien, noch nicht einmal eine Entscheidung über ihren eigenen Asylantrag erhalten. Es würde noch lange dauern, bis sie ihre Familie nachholen könnten. So groß ist die Zahl derer, die da kommen, erstmal also gar nicht, soll das wohl heißen.

Christliche Partei und Schutz der Familie?

Als Weg aus der aktuellen Misere haben alle Seiten nun die Innenministerkonferenz entdeckt: De Maizièrè soll gemeinsam mit den zuständigen Ministern aus Unions- und SPD-geführten Bundesländern eine Lösung für den Familiennachzug erarbeiten. Gut möglich also, dass dann die Rechte der Syrer eingeschränkt werden. Denn auch die Innenminister der Sozialdemokraten sind eher bekannt dafür, eine restriktivere Flüchtlingspolitik zu verfolgen als manche linken Genossen.

De Maizière ist kein einsamer Mann Im Streit um den Familiennachzug von Syrern stellt sich die Unionsspitze hinter den Innenminister. Hat die Kanzlerin einen Ma....

Schon heißt es aus dem Innenministerium beschwichtigend, man wolle keinesfalls, wie von de Maizière ursprünglich angekündigt, für alle Syrer einen schlechteren Schutzstatus, sondern nur zurück zu einer Einzelfallprüfung, die es noch bis Ende 2014 gegeben habe. Die Flucht- und damit die Bleibegründe eines jeden Syrers sollten künftig wieder genauer analysiert werden. Aus organisatorischen Gründen bekommen Syrer seit einigen Monaten dagegen pauschal einen Schutztitel nach der Genfer Konvention und damit das volle Recht, ihre Familie nachzuholen. Sinn dieses Vorgehens war es, den Verwaltungsaufwand zu reduzieren. Dieser könnte nun wieder steigen, wenn de Maizière sich durchsetzt. Auch das ist eine der Skurrilitäten in der Debatte.

Auf die Frage, wie eine christliche Partei es verantworten könne, Familien auseinanderzureißen, sagt ein prominenter CDU-Politiker: Es gehe darum, das Leben derjenigen zu retten, die gerade einen Asylantrag in Deutschland stellen. Oftmals seien die Familien der Flüchtlinge doch halbwegs in Sicherheit, sonst wären sie ja mitgekommen.

Und die Sozialdemokraten? Sie zetern, der Innenminister sei eine Gefahr für die deutsche Flüchtlingspolitik. Doch auch SPD-Innenpolitiker Burkhard Lischka findet, ein "ungebremster Familiennachzug" sei nicht machbar. Nein, de Maizière ist kein einsamer Mann in diesen Tagen.

Load-Date: November 9, 2015

End of Document

Und wieder wird Europa nicht vorbereitet sein; Die nächste große Migrationsbewegung wird aus Afrika kommen. Doch Europa ist so ahnungslos wie vor einem Jahr, als Hunderttausende Syrer die Flüchtlingskrise auslösten.

ZEIT-online

Donnerstag 15. September 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlinge; Ausg. 36

Length: 579 words

Byline: Jochen Bittner

Body

Die **Flüchtlingskrise** vom vergangenen Jahr ist vorhersehbar gewesen, wie mittlerweile jeder weiß. Aber weder Medien noch Politik haben die Massenabwanderung insbesondere aus Syrien früh genug ernst genommen, was dazu führte, dass sie Europa unvorbereitet traf.

Und heute? Da übersieht Europa schon wieder eine offenkundige Entwicklung. Oder es sieht sie und findet die Herausforderung zu groß, zu übermächtig, um darauf zu reagieren.

Alle Bevölkerungs- und Wirtschaftsdaten aus Afrika rufen regelrecht, dass auch von dort starke Migrationsbewegungen ausgehen werden, wesentlich größere noch als gegenwärtig. Das Grundproblem lautet, dass dort dramatisch mehr Menschen geboren werden als Jobs entstehen. Laut der UN-Bevölkerungsprognose von 2015 wird sich die Einwohnerzahl Afrikas von heute, fast 1,2 Milliarden Menschen, auf rund 2,5 Milliarden Menschen im Jahr 2050 mehr als verdoppeln. Besonders rasant ist das Wachstum im Kongo, in Äthiopien, Niger, Tansania und Uganda. Nach Statistiken der Weltbank bekam jede Frau in Niger im Jahr 2012 durchschnittlich 7,5 Kinder, im Kongo, in Nigeria und Uganda 6.

Gleichzeitig ist Subsahara-Afrika schon heute eine der Regionen mit der höchsten Arbeitslosigkeit der Welt. Laut der International Labour Organization (ILO) finden dort nur die Hälfte aller jungen Leute einen Job. Über 60 Prozent verfügten nicht über eine Ausbildung, die sie zu einer produktiven Arbeit befähige, so die ILO. In Nordafrika liege die Jugendarbeitslosigkeit stabil um die 30 Prozent.

Ein Drittel aller Erwachsenen in Subsahara-Afrika würde gern emigrieren, fand das Meinungsforschungsinstitut Gallup in einer großangelegten Studie heraus.

Nichts davon ist verwunderlich. Verwunderlich ist allerdings sehr, dass Europa trotz dieser alarmierenden Daten keine neuen Ideen produziert, wie es helfen könnte, die Lage zu entschärfen. Die sogenannte Entwicklungshilfe jedenfalls scheint in den vergangenen 60 Jahren so gut wie nichts bewirkt zu haben. Warum? Weil es nichts nutzt,

Und wieder wird Europa nicht vorbereitet sein Die nächste große Migrationsbewegung wird aus Afrika kommen. Doch Europa ist so ahnungslos wie vor einem Jahr, als....

Geld in Länder zu pumpen, die ungefähr so aufnahmefähig sind wie löchrige Eimer. Die großzügigsten Aufbauprogramme ändern nichts an der Fundamentalmisere unterentwickelter Staatlichkeit, die gebraut ist aus: fehlender Rechtssicherheit, mangelndem Eigentumsschutz, Korruption und unfähigen Politikern.

Im Sudan verhungern Menschen nicht, weil die EU ihnen mit Zöllen den Marktzugang verwehrt. Sie verhungern, weil es nichts zu exportieren gibt. Und es gibt nichts zu exportieren, weil den vielen Kleinbauern das Land, das sie bewirtschaften, nicht gehört. Sie können es also nicht beleihen, also keine Kredite aufnehmen, also keine Traktoren und Bewässerungsanlagen finanzieren, die eine effektive Landwirtschaft erst ermöglichen würden. Ohne funktionierende Verwaltung und Banken, sprich: ohne vertrauenswürdige Institutionen, wird "Hilfe zur Selbsthilfe" ein ewig schöner Slogan bleiben.

Eine bessere langfristige Hilfe für Afrika wäre es, hoffnungsvolle junge Leute von dort für einige Jahre an Akademien in Europa zu holen, um ihnen die Grundzüge eines modernen Staatswesens zu vermitteln, von der Gesetzmäßigkeit von Regierungshandeln bis zu den Möglichkeiten der Geburtenkontrolle. Es nützt nichts, solche Veränderungen von außen überzuhelfen. Der Wille zur Veränderung muss aus innerer Überzeugung kommen. An diesem wichtigen Gut mangelt es Afrika.

Auch wenn dies alles erst in Jahrzehnten Wirkung zeigen könnte - es soll niemand sagen, wir wüssten nicht schon heute, was zu tun wäre.

Load-Date: September 15, 2016

SMS bewahrt 15 Menschen vor dem Erstickten; Eine Gruppe von Flüchtlingen ist in einem Lkw eingesperrt. Der Sauerstoff wird knapp. Ein kleiner Junge aus Afghanistan greift zum Handy und rettet 15 Leben.

ZEIT-online

Samstag 9. April 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Großbritannien; Ausg. 16

Length: 477 words

Body

Afghanen laden ihre Mobiltelefone im **Flüchtlingscamp** in Calais. Der Strom kommt von einem Generator.

© Peter Nicholls/Reuters

Die SMS eines kleinen Jungen hat eine dramatische Suchaktion in London ausgelöst und 15 **Flüchtlingen** das Leben gerettet. Sie waren in einem fahrenden Lastwagen eingeschlossen und drohten zu ersticken. Der Absender der Nachricht war Ahmed, sieben Jahre alt, aus Afghanistan. Er selbst befand sich in dem Lastwagen, in dem der Sauerstoff knapp wurde.

Die Botschaft erreichte Liz Clegg, die als Freiwillige für die Hilfsorganisation *Help Refugees* in Nordfrankreich arbeitet. Clegg war gerade auf einer Konferenz in New York, als ihr Telefon aufleuchtete. Die SMS war in gebrochenem Englisch geschrieben: " *I ned halp darivar no stap car no oksijan in the car no signal iam in the cantenar. lam no jogan valla* ". Clegg verstand sofort: "Ich brauche Hilfe. Der Fahrer hält nicht an. Kein Sauerstoff im Wagen. Kein Signal. Ich bin in einem Container. Ich mache keine Witze. Ich schwöre bei Gott."

Clegg kennt Ahmed, sie wusste, dass dies kein Scherz war. Im März hatten sie und andere Freiwillige im Flüchtlingslager im französischen Calais Hunderte einfache Mobiltelefone an Kinder verteilt, die in dem armseligen Camp lebten, das "der Dschungel" genannt wird. Für Notfälle hatten sie eine Nummer eingespeichert. Diese, so wurde Ahmed und anderen Kindern gesagt, sollten sie anrufen, wenn sie in Gefahr geraten.

Den Hilferuf gab Clegg umgehend an ihre Kollegin Tanya Freedman in Großbritannien weiter, die die Polizei in Kent im Südosten Englands einschaltete. Die Polizei habe schnell reagiert, sagte Freedman später. Nachdem sie den Beamten berichtet hatte, dass mehrere Menschen in Lebensgefahr schwebten, habe die Polizei sofort einen Übersetzer angefordert, der Paschtu spricht. Der rief Ahmed auf dem Handy an und bestätigte die Lage. Währenddessen wurde das Handy des Jungen geortet. Demnach waren Ahmed und die anderen in Leicestershire, etwa 180 Kilometer nordwestlich von London.

Die Polizei in Kent schaltete nach dem Anruf von Freedman am Donnerstagnachmittag die Kollegen in Leicestershire ein, die den Lastwagen geparkt an einer Tankstelle neben einem Highway fanden. Als sie den Wagen aufbrachen, schnappten die Migranten nach Sauerstoff. Tanya Freedman hatte dem Moment der

SMS bewahrt 15 Menschen vor dem Ersticken Eine Gruppe von Flüchtlingen ist in einem Lkw eingesperrt. Der Sauerstoff wird knapp. Ein kleiner Junge aus Afghanistan....

Rettung entgegengefeibert: "Es war absolut nervenaufreibend, darauf zu warten, ob die Polizei diesen Jungen rechtzeitig finden kann, um sein Leben zu retten", sagte sie der Nachrichtenagentur AP.

Die Zukunft der Geretteten ist indes unklar. Die Polizei von Leicestershire teilte mit, 14 Migranten seien unter dem Verdacht der illegalen Einreise nach Großbritannien festgenommen worden. Ahmed sei in eine Fürsorgeeinrichtung gebracht worden.

Load-Date: April 9, 2016

End of Document

Europa braucht neue Ideen; Der Migrationsdruck aus Afrika wird weiter steigen. Europa muss in den kommenden Jahrzehnten endlich eine sozialverträgliche Flüchtlingspolitik schaffen.

ZEIT-online

Dienstag 4. August 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Flüchtlinge; Ausg. 31

Length: 1172 words

Byline: Theo Sommer

Body

Theo Sommer, 85, war von 1972 bis 1992 Chefredakteur der ZEIT, danach ihr Herausgeber bis zum Jahr 2000.

© Jakob Börner

Eine Woche, drei Meldungen über Afrika, seit Jahrzehnten ein Kontinent zwischen Hoffnung und Horror. Die erste Meldung: Am vorigen Dienstag, zum Abschluss seiner Afrika-Reise, sprach der amerikanische Präsident Barack Obama im Hauptquartier der Afrikanischen Union in Addis Abeba. Er las den afrikanischen Diktatoren - wie denen in Äquatorial-Guinea, Zimbabwe, Kamerun oder Uganda - eindringlich die Leviten: Afrika brauche nicht Gewalt- und Langzeitherrscher, sondern "frisches Blut und neue Ideen". Es müsse mehr Wachstum anstreben, der Jugend viele Millionen mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze schaffen, die Frauen fördern ("Let girls learn"), den "Krebs der Korruption" überwinden und es nicht beim rein formellen Abhalten von Wahlen bewenden lassen: "Zur Demokratie gehören freie und faire Wahlen, aber auch Meinungsfreiheit, Presse- und Versammlungsfreiheit."

Als höflicher Gast rühmte Obama zwar die Fortschritte, die Afrika letzthin gemacht hat - wie die Eindämmung von Aids und Malaria, die Reduzierung der Müttersterblichkeit im Kindbett, die verbesserte Schulbildung oder den Aufstieg vieler Afrikaner aus extremer Armut. Aber der US-Präsident mahnte auch: "Viele dieser Fortschritte basieren auf einem brüchigen Fundament."

Die zweite Meldung stammt vom vergangenen Mittwoch. Nach dem jüngsten Weltbevölkerungsbericht der Vereinten Nationen wird sich die Menschheit von heute 7,3 Milliarden auf 8,5 Milliarden 2030, auf 9,7 Milliarden 2050 und auf 11,2 Milliarden 2100 erhöhen. Die Hälfte des Zuwachses wird auf Afrika entfallen. Das heißt: Die Bevölkerungszahl wird sich bis dahin beinahe vervierfachen - auf über vier Milliarden, 25 Prozent der Weltbevölkerung zur Jahrhundertmitte, 39 Prozent zur Jahrhundertende. In Angola, Burundi, der Republik Kongo, Malawi, Mali, Niger, Somalia, Uganda, Sambia und Tansania verfünffacht sich die Einwohnerschaft. Nigeria wird nach Indien und China mit 398,5 Millionen Menschen das drittbevölkerungsreichste Land der Erde sein, vor den USA mit 388,5 Millionen.

Europa braucht neue Ideen Der Migrationsdruck aus Afrika wird weiter steigen. Europa muss in den kommenden Jahrzehnten endlich eine sozialverträgliche Flüchtlingspolitik...

Kein Zweifel: Alle Probleme Afrikas werden durch diese demografische Explosion gewaltig verschärft werden. Da nicht zu erwarten ist, dass sich die Regierungsführung in den 54 Staaten des Schwarzen Kontinents im nötigen Tempo verbessern wird, lässt die Voraussage des früheren französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy keinen Zweifel zu: Der Auswanderungsdruck wird unhaltbar wachsen. Wir Europäer müssen uns auf einiges gefasst machen.

Spürhunde und Stacheldraht gegen Flüchtlinge

Das dritte Ereignis, das sich in den Meldungen aus den Dünen bei Calais widerspiegelt - ist die dramatische Zuspitzung der Lage am Eingang des Eurotunnels. Tausende Migranten, zumeist Afrikaner, setzen dort Tag für Tag und Nacht für Nacht alles daran, um auf irgendeinem Lastwagen, in irgendeinem Container unter dem Ärmelkanal nach England zu kommen. Manchmal bezahlen sie mit ihrem Leben. Viele sind hochgebildete Menschen; Ärzte, Ingenieure. Alle wollen sie der Armut, der Gewalt, der Perspektivlosigkeit entkommen, die in ihren Heimatländern herrschen.

Fünf vor 8:00 Abonnieren Sie die Morgenkolumne von ZEIT ONLINE - von Montag bis Freitag per E-Mail. Jetzt anmelden `jQuery.noConflict(); jQuery(".newsletter-teaser-input").css({ 'margin' : '0.625em 1em 0 0', 'width' : '17em', 'padding' : '0.375em 0.875em 0.225em 0.625em', 'font-size' : '0.8em', 'height' : '1.625em' }); jQuery(".newsletter-teaser-image img").css("border", "1px solid #efefef"); jQuery("#newsletter-teaser-form").attr("action", "http://community.zeit.de/newsletter-signup?mode=2click&nl=5vor8"); jQuery("#newsletter-teaser-form").attr("method", "POST"); jQuery(".newsletter-teaser-button").click(function(event){event.preventDefault(); document.getElementById("newsletter-teaser-form").submit();});`

Britische Schnüffelhunde und 10 Millionen Euro für die Einrichtung eines Hochsicherheitszauns hat der britische Premier Cameron jetzt den Franzosen zugesagt, um das Chaos zu beenden; Schlagstöcke und Tränengas reichen gegen den Massenansturm offenbar nicht mehr aus. Nicht nur der Ferienverkehr leidet, auch Export und Import werden behindert. Das eigentliche Problem wird jedoch durch Spürhunde und Stacheldraht nicht zu beheben sein.

Vielmehr muss sich Europa endlich zu einer einheitlichen, wirksamen, menschlichen und sozialverträglichen Flüchtlingspolitik aufrufen. Und es muss sich schleunigst und intensiv Gedanken darüber machen, was es dem in den nächsten Jahrzehnten unaufhaltsam steigenden Migrationsdruck aus Afrika entgegensetzen kann - Gedanken, die über Lampedusa und Calais hinausreichen.

Die bittere Wahrheit ist: Wir können nicht alle abweisen, aber wir können eben auch nicht alle aufnehmen. Ein Stück weit müssen wir unsere Tore öffnen für Menschen, die Krieg und Bürgerkrieg entkommen wollen, Elend und Umweltzerstörung, dem Terror ethnischer oder religiöser Konflikte und der Unbill leerer Mägen. Dafür brauchen wir ein Einwanderungsgesetz.

Lichtere Färbung für Afrikas Szenario

Indessen können wir nicht Milliarden aufnehmen - die Europäer nicht und auch die Deutschen nicht. Nicht allen Verzweiften können wir Arbeit, Sicherheit, Zukunft bieten - genauer, ehrlicher: nur wenigen. Die Menschenfreundlichkeit hört da auf, muss da aufhören, wo die eigene Existenz, auch die eigene demokratische Ordnung gefährdet wird: Wenn nämlich immer mehr Einheimische von dem Gefühl übermannt werden, dass sie den Rückhalt im Eigenen verlieren. Davon sind wir weit entfernt. Gleichwohl ist es Zeit, darüber nachzudenken, vor welche Herausforderungen uns die Bevölkerungsentwicklung in Afrika stellen könnte. Der Politik fällt dabei die Aufgabe zu, die Grenzen zwischen dem Möglichen und dem Unmöglichen zu ziehen. Diese Aufgabe darf sie nicht den Sarrazins und den Pegidas überlassen.

Fürs erste jedoch sollte sich die Politik, sollte auch die politische Öffentlichkeit in Deutschland und Europa über Mittel und Möglichkeiten nachdenken, dem düsteren Afrika-Szenario eine lichtere Färbung zu geben. Notwendig wäre eine Afrika-Politik, die Entwicklungspolitik weit gezielter einsetzt, als bisher; die Schwarzafrika nicht mit verschränkten Armen den Chinesen überlässt; und die nicht nur - wie in Mali - afrikanische Soldaten ausbildet,

Europa braucht neue Ideen Der Migrationsdruck aus Afrika wird weiter steigen. Europa muss in den kommenden Jahrzehnten endlich eine sozialverträgliche Flüchtlin....

sondern auch Flüchtlingsströme beobachtet, die Sicherheit der Grenzen verbessert und gegen Terror und Kriminalität die wirtschaftliche Entwicklung fördert.

Die *Financial Times* regt sogar den Einsatz französischer und englischer Truppen an, um in den Krisengebieten Afrikas einen "Anschein von Ordnung" herzustellen. "Frisches Blut und neue Ideen", Barack Obamas Rezept für die Afrikaner, sollten sich auch die Europäer zu eigen machen.

Load-Date: August 4, 2015

End of Document

Seehofers Lose-lose-Situation; Nach Angela Merkels Antwortschreiben muss der CSU-Chef nun entscheiden, ob er gegen ihre Flüchtlingspolitik klagt oder weiterhin nur droht. Beides kann Seehofer schaden.

ZEIT-online

Dienstag 26. April 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: CSU; Ausg. 17

Length: 863 words

Byline: Katharina Schuler

Body

Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Chef Horst Seehofer

© Peter Kneffel/dpa

Fast auf den Tag genau drei Monate hat Angela Merkel sich Zeit gelassen. Am 26. Januar hatte die bayerische Staatsregierung die Bundesregierung schriftlich aufgefordert, "unverzüglich" dringend notwendige "Maßnahmen zur Reduzierung des **Flüchtlingszustroms**" zu ergreifen. Doch erst an diesem Montag ging das ersehnte Antwortschreiben in der bayerischen Staatskanzlei ein. Schon dessen äußere Form ist ein kleiner Affront gegen CSU-Chef Horst Seehofer: Hatte dessen Verwaltung noch sechs Seiten gebraucht, um ihre Bedenken darzulegen, fiel die Antwort der Kanzlerin gerade mal halb so lang aus.

Dass Merkels Schreiben Seehofer auch inhaltlich nicht genügt, hat dieser bereits angedeutet. Verwunderlich ist das - nach dem, was man aus dem Papier bisher weiß - nicht. Denn was Merkel dort vorträgt, ist nichts anderes, als das, was sie seit vergangenem Herbst bei unzähligen Anlässen - auch auf dem CSU-Parteitag oder dem Treffen mit den CSU-Parlamentariern in Wildbad Kreuth - fast schon gebetsmühlenartig immer wieder dargelegt hat: Sie will und wollte eine europäische Lösung der **Flüchtlingskrise**, nur diese könne das Problem nachhaltig lösen.

Bereits im vergangenen Herbst hatte Seehofer Merkel gedroht, eine Änderung ihrer Flüchtlingspolitik notfalls mit einer Klage vor dem Verfassungsgericht in Karlsruhe erzwingen zu wollen. Das Schreiben vom Januar, so musste man Seehofer verstehen, war quasi sein letzter Appell, doch noch zu einer gütlichen Einigung zu kommen. Bevor man über eine Verfassungsklage entscheide, werde man eine Antwort der Kanzlerin abwarten, hat der bayerische Ministerpräsident in den vergangenen Wochen immer wieder betont. Das gehöre sich so.

Jetzt ist die Antwort da und Seehofer und sein Kabinett werden sich überlegen müssen, ob sie ernst machen wollen oder weiterhin nur mit einer Klage drohen, für den Fall, dass sich eine ähnliche Situation wie im vergangene Herbst wiederholt, wie dies Staatskanzleichef Marcel Huber (CSU) am Dienstag andeutete.

Gute Gründe gegen eine Klage

Seehofers Lose-lose-Situation Nach Angela Merkels Antwortschreiben muss der CSU-Chef nun entscheiden, ob er gegen ihre Flüchtlingspolitik klagt oder weiterhin n....

Für den bayerischen Ministerpräsidenten gibt es viele gute Gründe, zumindest vorerst auf eine Klage zu verzichten. Der wichtigste ist, dass sich die Situation seit Januar deutlich entspannt hat. Kamen damals noch zwischen 1100 und 3400 Menschen täglich über die Grenze, sind es heute weniger als hundert. Ein unmittelbarer Handlungsdruck besteht also derzeit nicht.

Zudem haben Merkel und Seehofer sich in den vergangenen Wochen bemüht, ihren Streit um die Flüchtlingspolitik zu entschärfen, indem sie sich wieder stärker auf andere Themen konzentrieren. Einen Kurswechsel fordert die CSU von der Kanzlerin zwar immer noch, doch dabei geht es plötzlich eher um Renten als um Flüchtlingspolitik.

Eine bayerische Klage würde den Streit, der derzeit politisch eigentlich schon ausgestanden ist, neu befeuern und wohl auch die Zusammenarbeit in der Großen Koalition belasten, selbst wenn deren Bruch - anders als die SPD das zwischenzeitlich suggeriert hatte - sicher ausgeschlossen werden kann.

Darüber hinaus darf als zweifelhaft gelten, dass das Bundesverfassungsgericht die Position der CSU, wonach Merkels Flüchtlingspolitik ein Bruch mit dem geltenden Recht gewesen sei, bestätigen würde. Zwar stützt sich Seehofer auf ein Gutachten von Ex-Bundesverfassungsrichter Udo di Fabio, doch viele andere Juristen haben in der Vergangenheit die Rechtsauffassung der Bundesregierung geteilt.

Die Jura-Professorin und Vorsitzende des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR), Christine Langenfeld, zum Beispiel betont, dass das Agieren der Bundesregierung in der Flüchtlingskrise in Übereinstimmung mit deutschem und europäischem Recht stehe. Auch der Asyl- und Europarechtsexperte Daniel Thym, ist der Auffassung, dass sich die Bundesregierung in der Hochphase der Flüchtlingskrise zwar restriktiver hätte verhalten können, rechtlich aber korrekt gehandelt habe.

Bei einer Klage besteht für Seehofer also das Risiko, dass er sich vor dem Verfassungsgericht eine weitere Abfuhr einholt, nachdem die Karlsruher Richter bereits das von der CSU erzwungene Betreuungsgeld wieder einkassiert haben und der Europäische Gerichtshof demnächst die Pkw-Maut beerdigen könnte.

Nur gebrüllt

Doch auch der - wenn auch nur vorläufige - Verzicht auf eine Klage wäre für Seehofer politisch schwierig zu verkaufen. Zwar könnte er sich immer darauf berufen, dass sich die Flüchtlingssituation nur entspannt habe, weil andere Staaten, wenn auch nicht Deutschland, genau das getan haben, was er immer empfohlen hat: nämlich die Grenzen zu schließen. Sein Ansatz in der Flüchtlingspolitik wäre also nicht widerlegt.

Vor allem bei allen Merkel-Kritikern inner- und außerhalb der Union dürfte aber dennoch der Eindruck entstehen, dass der bayerische Löwe zwar mal wieder laut gebrüllt hat, am Ende aber doch an Beißhemmungen leidet. Dass man auch weiter mit einer Klage droht, wird dann niemand mehr sonderlich ernst nehmen. Schwach zu wirken ist jedoch etwas, was Seehofer sich gerade angesichts der wachsenden AfD-Anhängerschaft derzeit eigentlich nicht leisten kann.

Load-Date: April 26, 2016

Schäubles Rendezvous mit der Globalisierung; Zehn Milliarden Euro will der Finanzminister im Haushalt 2017 für Flüchtlinge ausgeben. Bleiben damit andere Investitionen auf der Strecke? Keinesfalls, sagt Schäuble.

ZEIT-online

Mittwoch 23. März 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Bundeshaushalt; Ausg. 13

Length: 810 words

Byline: Zacharias Zacharakis

Body

Finanzminister Wolfgang Schäuble während der Vorstellung des Bundeshaushalts für 2017

© dpa/Markus Schreiber

In so einem Haushalt kommt eigentlich alles zusammen. In Listen und Spalten voller Zahlen bildet sich ab, was Deutschland und die ganze Welt gerade bewegt. Auch der oberste Hüter des Rechenwerkes, das die Ausgaben des Bundes im kommenden Jahr erfasst, scheint durchdrungen zu sein von dieser Universalität. "Wir müssen uns mehr und mehr daran gewöhnen", sagt Wolfgang Schäuble, "was in der Welt geschieht, hat direkte Auswirkungen auf uns selbst."

Es klingt nicht wie eine Rechtfertigung, die der Bundesfinanzminister vor der versammelten Hauptstadtresse an diesem Mittwoch in Berlin vorträgt. Es ist seine in Zahlen gefasste Antwort auf die Veränderungen und Herausforderungen, denen sich Deutschland im Jahr 2017 und der näheren Zukunft stellen muss. Zwar sollen die zehn Milliarden Euro, um die **Flüchtlingskrise** im kommenden Jahr zu bewältigen, nur ein Bestandteil dieses Konzepts sein. Dennoch betont Schäuble: "Wir werden alles daran setzen, dass **Flüchtlinge** in Deutschland so gut wie möglich integriert werden."

Dazu gehören nicht nur die unmittelbaren Kosten für die Unterbringung und Verpflegung, für mehr Arbeitslosengeld II, das Flüchtlingen nach Anerkennung ihres Asylersuchens in Deutschland zusteht. Dazu zählen auch Sprachkurse und Integrationsprogramme und höhere Personalmittel für die Bundespolizei und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf). Zu diesen zehn Milliarden Euro kommen aber noch weitere Ausgaben, die eine Zuwanderung in den kommenden Jahren wenn nicht gänzlich verhindern, so doch verringern sollen.

Um die Fluchtursachen zu bekämpfen, will die Bundesregierung dem Auswärtigen Amt und dem Entwicklungsministerium ebenfalls mehr Geld geben: etwa weitere 2,8 Milliarden Euro. Zu diesem "Rendezvous mit der Globalisierung", wie es Schäuble nennt, gehörten aber auch "die schrecklichen Eindrücke der jüngsten Anschläge in Brüssel", die einen Tag nach den Angriffen noch viele Menschen belasten würden.

Schäubles Rendezvous mit der Globalisierung Zehn Milliarden Euro will der Finanzminister im Haushalt 2017 für Flüchtlinge ausgeben. Bleiben damit andere Investi....

Mit seinem Zahlenwerk will der CDU-Politiker auch darauf reagieren: mehr Geld für die innere und äußere Sicherheit. Bis 2020 will er mit 2,1 Milliarden Euro unter anderem die deutschen Sicherheitsbehörden und die Bundespolizei besser ausstatten. Auch die Bundeswehr soll vor allem für ihre Auslandseinsätze ein höheres Budget erhalten. 2017 soll es um 1,7 Milliarden Euro steigen und in den kommenden Jahren kontinuierlich weiter anwachsen.

Was bleibt für Gabriels Forderung?

Nun gibt es nicht nur prominente Politiker, die wie der Vizekanzler und SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel eine Frage stellen: Und was hat die deutsche Bevölkerung davon? Schäubles Antwort darauf ist simpel. Es sei genug Geld für alle da, keiner müsse "unter den zusätzlichen Maßnahmen leiden". Die Einnahmen durch Steuern und allerlei Sondereffekte haben tatsächlich alle Erwartungen übertroffen. Mehr als 12 Milliarden Euro an Rücklagen hat der Bund 2015 erzielen können. Insgesamt steigen deshalb die geplanten Ausgaben des Bundes im nächsten Jahr um 2,7 Prozent auf nun 325,5 Milliarden Euro.

Und trotz dieser höheren Ausgaben hält Schäuble an seiner schwarzen Null fest. Es werde auch 2017 keine neuen Schulden geben. Das geschehe nicht zum Selbstzweck, sagt Schäuble. Nur die solide Haushaltsführung der vergangenen Jahre ermögliche es Deutschland jetzt, flexibel auf die großen Herausforderungen zu reagieren und gleichzeitig auf Gebieten zu investieren, die das Wachstum und die Wirtschaft weiter förderten. Da ist sie wieder, die Forderung Gabriels nach mehr Geld für Kitas, Schulen, Straßen und Wohnungen.

Etwas mehr als 2,3 Milliarden Euro aus der Summe für die Flüchtlingshilfe sollen auch für den Wohnungsbau, den Arbeitsmarkt, die Rente und familienpolitische Maßnahmen aufgewendet werden. Es habe "intensive Gespräche" innerhalb der Regierung zu diesen Fragen gegeben, sagt Schäuble, und man habe ein einvernehmliches Ergebnis gefunden. Doch nach richtig viel klingt das nicht.

Auch wenn weiteres Geld für den sozialen Wohnungsbau an die Länder gehen soll, sucht man in Schäubles Zahlenwerk nach den großen Beträgen, die auch langfristig vor allem in den Ausbau der Infrastruktur gehen könnten. Auch der Bundesverkehrswegeplan, den Schäubles Ministerkollege Alexander Dobrindt kürzlich vorgestellt hat, sei bisher nicht "haushaltspolitisch voll unterlegt" und eher eine "langfristige Planung". Es scheint insgesamt also doch nur wenig Spielraum zu geben. Auch wenn der Substanzverfall von Straßen und anderen öffentlichen Gebäuden allenthalben beklagt wird. Die gesellschaftlichen Herausforderungen der Globalisierung haben für Schäuble aber offenkundig Vorrang.

Load-Date: March 23, 2016

Kanada erhört Appell 23-jähriger Jesidin; Nadia Murads Einsatz wurde belohnt: Erst bezeichnete Kanada die Verfolgung der Jesiden durch den IS als Völkermord. Nun soll eine Luftbrücke sie aus dem Norderak holen.

ZEIT-online

Donnerstag 27. Oktober 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 42

Length: 825 words

Byline: Benjamin Breitegger

Body

Die 23-jährige Jesidin Nadia Murad im kanadischen Unterhaus am Dienstag.

© Chris Wattie/Reuters

Vielleicht trennt sich der Freund oder eine Prüfung geht schief, aber selten bricht das Leben einer 21-Jährigen wirklich komplett zusammen. Für die damals 21-jährige irakische Jesidin Nadia Murad veränderte ein Tag im August 2014 alles. Sie wurde von Terroristen des "Islamischen Staats" (IS) nach Mossul entführt, wiederholt vergewaltigt, wie eine Ware verkauft. Ihre Mutter und sechs ihrer Brüder wurden erschossen.

Nach drei Monaten in Gefangenschaft schaffte Murad es, in ein **Flüchtlingslager** zu entkommen. Im vergangenen Jahr war sie eine von 1.000 besonders schutzbedürftigen jesidischen Frauen und Kindern, die Baden-Württemberg aufnahm. Das Land hatte sie aus dem Norderak ausgeflogen. Ein ähnliches Programm plant nun auch Kanada. Das hat auch mit Nadia Murad zu tun: Sie ist heute 23 und kämpft als Aktivistin und UN-Sonderbotschafterin für die "Würde der Opfer von Menschenhandel". Heute verlieh das Europaparlament ihr und der Jesidin Lamiya Aji Bashar, die ebenfalls vom IS entführt worden war und als Aktivistin für Menschenrechte eintritt, den Sacharow-Menschenrechtspreis.

Im Juli erzählte Nadia Murad unter Tränen ihre Geschichte vor dem kanadischen Parlament und appellierte, dass das Land Jesiden aufnehmen möge. Die meist Kurdisch sprechende, ethnische und religiöse Minderheit wird vom IS verfolgt. Mehr als eine halbe Million Menschen - 90 Prozent der jesidischen Bevölkerung - lebt in Flüchtlingslagern im Irak.

Am Dienstag, Nadia Murad war wieder nach Ottawa gereist, entschieden die Parlamentarier einstimmig, das Vorgehen des IS gegen die Jesiden als Völkermord zu bezeichnen. Der Minister für Einwanderung und Flüchtlinge, John McCallum, kündigte an, Kanada werde innerhalb der nächsten vier Monate traumatisierte Frauen und Mädchen aufnehmen. Auf eine Zahl wolle er sich nicht festlegen, die Hilfe sei "komplex". Anfang Oktober entsandte die kanadische Regierung Experten in die Region, in der derzeit eine Anti-IS-Allianz die vom IS besetzte Stadt Mossul stürmt.

Kanada erhört Appell 23-jähriger Jesidin Nadia Murads Einsatz wurde belohnt: Erst bezeichnete Kanada die Verfolgung der Jesiden durch den IS als Völkermord. Nun....

"Jesiden müssen höchste Priorität haben"

Die konservative Oppositionspolitikerin Michelle Rempel hatte den Antrag ins Parlament eingebracht. Sie kritisiert, dass die Regierung bisher schleppend reagiere. "Jesiden müssen höchste Priorität haben", sagt sie ZEIT ONLINE. Kanada müsse in den nächsten Monaten "mehrere Tausend" jesidische Vertriebene aus dem Nordirak sowie Flüchtlinge aus Lagern ins Land holen. Wie viele Jesiden Kanada bisher aufnahm, ist nicht bekannt; die ethnische Herkunft und Religion werden nicht erfasst, berichtete der Sender CBC. Rempel sprach vergangene Woche im Unterhaus von bisher nur neun Jesiden, die nach Kanada ausgeflogen wurden. Das hätten ihr Migrationsbeamte berichtet.

Anders als in Deutschland legt Kanada jährlich Flüchtlingsquoten fest. Bis heute brachte der Staat knapp 33.000 syrische Flüchtlinge ins Land. Kanadische Migrationsbeamte interviewen Flüchtlinge im Libanon, nach einer Sicherheitsüberprüfung erhalten sie eine Aufenthaltsgenehmigung und werden ausgeflogen. *Resettlement* nennt es das UN-Flüchtlingshilfswerk. Einzigartig ist, dass neben diesem staatlichen Programm auch private Vereine sowie Gruppen aus fünf Freiwilligen beantragen können, bestimmte Flüchtlinge ins Land zu holen. Sie verpflichten sich, Flüchtlinge ein Jahr finanziell zu unterstützen. Außerdem ist es möglich, dass sich Staat und Bürger in sogenannten gemischten Programmen die Kosten teilen. Die Regierung übernimmt die ersten sechs Monate der Lebenshaltungskosten eines Flüchtlings, eine private Fördergruppe die zweiten sechs.

Der Völkermord geht weiter

Auf das brutale Vorgehen des IS gegen die Jesiden wurde die Weltöffentlichkeit vor zwei Jahren aufmerksam. IS-Kämpfer nahmen die irakische Stadt Sindschar nahe der syrischen Grenze ein. Der IS, der Jesiden als Teufelsanbeter sieht, verschleppte und massakrierte Tausende Männer, Frauen und Kinder: 24 Massengräber wurden in der Region bislang gefunden. "Die Nacht des 3. August 2014 hat alles verändert", sagte Nadia Murad.

Nach wie vor will der IS die Jesiden auslöschen. "Der Völkermord geht weiter", steht in einem im Juni veröffentlichten UN-Bericht, der auf Interviews mit Überlebenden und Experten basiert. Mehr als 3.200 Frauen und Kinder befanden sich zu diesem Zeitpunkt in Gefangenschaft. Frauen werden als Sexsklaven gehalten, Kinder indoktriniert, damit sie später als IS-Terroristen kämpfen. Die Menschen sind verzweifelt. "Wenn ihr uns nicht retten könnt, bombardiert uns", sagte eine versklavte Jesidin kürzlich zu lokalen Aktivisten am Telefon.

Nadia Murad sprach in den vergangenen Monaten in mehr als einem Dutzend Ländern. Im Dezember berichtete sie dem UN-Sicherheitsrat über die sexuelle Gewalt, die ihr zugefügt wurde. Sie will auf das Leid der Jesiden aufmerksam machen - damit mehr Regierungen den Beispielen Baden-Württemberg und Kanada folgen.

Load-Date: October 27, 2016

Wer Obergrenze sagt, der muss auch Tränengas sagen; Den Flüchtlingszuzug zu begrenzen meint nichts anderes als eine Militarisierung der Grenzen. Doch wer in Pufferlagern ausharrt, wird sich davon kaum abhalten lassen.

ZEIT-online

Mittwoch 20. Januar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Österreich; Ausg. 3

Length: 1057 words

Byline: Joachim Riedl; Florian Gasser

Body

Flüchtlinge versuchen, über die slowenisch-österreichische Grenze zu gelangen.

© Manu Brabo/dpa

In Österreich heißt ein Grenzzaun nicht Zaun, sondern "bauliche Maßnahme". Und eine Obergrenze zur Aufnahme von **Flüchtlingen** muss nicht Obergrenze heißen, man kann auch wie Bundeskanzler Werner Faymann "Richtwert" sagen und hoffen, dadurch das Gesicht zu wahren. An diesem Mittwoch jedenfalls beschloss die österreichische Regierung, in den kommenden vier Jahren nur mehr 127.500 **Flüchtlinge** ins Land zu lassen, in diesem Jahr dürfen es noch 37.500 Menschen sein, 2019 gerade mal 25.000 **Asylsuchende**. Dann ist Schluss. Grenze dicht, und wenn doch noch jemand kommt - nun dazu will sich die Wiener Regierung lieber nicht äußern. Würde auch gar nicht nach der "Richtwert"-Kosmetik klingen.

Trotzig spricht Vizekanzler Reinhold Mitterlehner von der ÖVP ohnehin weiter von der "Obergrenze", für den Regierungspartner mit dem menschlichen Antlitz, die Sozialdemokraten, heißt's eben "Richtwert" und meint halt nur Obergrenze. Was sich liest wie ein Vierjahresplan zur Budgetsanierung sei die letzte politische Chance gewesen, meinte der Landeshauptmann des an Bayern grenzenden Salzburg, das Gemeinsame über das Trennende zu stellen, "damit wir nicht ab Frühsommer untergehen."

Dank einer sprachlichen Verrenkung haben sich nun die Konservativen in der österreichischen Regierung durchgesetzt, obwohl SPÖ-Kanzler Faymann bislang auf die Position von Bundeskanzlerin Angela Merkel beharrt hatte: keine Obergrenze. Doch immer vehementer hatten die Repräsentanten der ÖVP die Forderung vorgetragen, am lautesten der junge Außenminister Sebastian Kurz, der sogar im ZDF die deutschen Nachbarn über den Segen dieser Idee belehrte. Als flankierende Maßnahme wurden dazu auch Umfragen publiziert, die zeigen, dass eine steigende Zahl der Österreicher eine Obergrenze wünsche.

Wie eine Beschwörungsformel wurde das Wort viele Wochen lang bei jeder Gelegenheit wiederholt. Der politische Fetisch war aus Bayern nach Österreich eingewandert - ein Migrationsbegriff. Er behauptet, man könne die Zahl

Wer Obergrenze sagt, der muss auch Tränengas sagen Den Flüchtlingszuzug zu begrenzen meint nichts anderes als eine Militarisierung der Grenzen. Doch wer in Puff....

der zuströmenden Flüchtlinge begrenzen. Einfach so, auf Knopfdruck. Er soll der Bevölkerung das Gefühl vermitteln, die Regierung könne ohne Weiteres die Kontrolle zurückerlangen. Als könne man eine Obergrenze einführen wie eine Tempo-30-Zone im Ortsgebiet - auch wenn sie europäischem Recht widerspricht.

Umgesetzt aber wird der Beschluss wohl kaum. Weil er nicht funktionieren kann. Eine Obergrenze ist keine Option, kein realer Plan B. Es wagt natürlich niemand, ehrlich auszusprechen, was eine dichte, eine undurchlässige Grenze bedeuten würden. "Es wird nicht ohne hässliche Bilder gehen", sagte Außenminister Kurz einmal im Interview mit der *Welt*. Damals sprach er über die Absicherung der EU-Außengrenzen. Spinnt man nun die Ideen der Parteikollegen von Kurz weiter, können diese Bilder aber ebenso gut im steirischen Spielfeld an der Grenze zu Slowenien entstehen.

Wer Obergrenze sagt, der meint eine Militarisierung der Grenzen, und der muss auch Stacheldraht, Wasserwerfer und Tränengas sagen. Können 50.000, 100.000 oder noch mehr Menschen, die hundert Meter vor der Grenze stehen oder in Pufferlagern ausharren, davon abgehalten werden, weiterzuziehen? Zigtausend Polizisten halten in Wien mit Ach und Krach eine Großdemonstration in Schach, für eine Nacht. Doch an den Grenzen ist der Aufruhr nicht am nächsten Morgen vorbei. Wie sollen verzweifelte Flüchtlinge, die nur noch wenig zu verlieren haben, anders als durch Gewalt aufgehalten werden? Wie weit reicht die Fantasie der Obergrenzen-Rhetoriker? Wie weit darf eine liberale Demokratie, die diesen Namen noch verdient, gehen, und wann gibt sie sich selbst auf?

Geht es um die Flüchtlingsfrage, erschöpft sich das Talent der österreichischen Regierungsparteien meist darauf, in Richtung FPÖ und der Leserbriefseiten der Boulevardzeitungen zu schießen. Deren Forderungen werden dann in mehr oder weniger staatstragende Mäntelchen gehüllt und als neues Maßnahmenpaket verkauft. Eine Senkung der Flüchtlingszahlen, ein härteres Asylrecht, eine Verschärfung des Familiennachzugs und Wertekurse für Flüchtlinge sollen Abhilfe schaffen. Und jetzt eben der Obergrenzen-Richtwert.

Es sind Maßnahmen, die bei jenen, die Zeter und Mordio schreien, mit einem trotzigem "Recht so!" gutgeheißen werden. Gegen eine zunehmend stärkere Polarisierung der Bevölkerung nützt das wenig. Während die einen von Integration und Willkommenskultur sprechen, sehen die anderen das Abendland bedroht und laufen sogar Sturm gegen Halal-Fleisch im Supermarktregal. Gerade in einer Boulevard-Demokratie wie der österreichischen sind diese gesellschaftlichen Gräben tief und nur sehr schwer überwindbar.

Wenn nun weniger Flüchtlinge kommen, werde alles gut, lautet die Botschaft. Regiert wird nur noch irgendwie. Man hofft auf die Naivität einer Wählerschaft, die sich mit Worten ohne Taten zufrieden gibt, und schafft sich damit aber nur noch weiter selbst ab. Was wäre die Alternative? Das Zitat von Ingeborg Bachmann: "Die Wahrheit ist den Menschen zumutbar", wird häufig als hohle Phrase in der Politik bemüht, nur um dann bei erster Gelegenheit ins Gegenteil verkehrt zu werden. Die Wiener Regierung ist hilflos. Nicht wegen ihrer Unfähigkeit, sondern weil die Entwicklung jede nationale Regierung überfordern muss.

Das Flüchtlingsdrama wird sich nicht einfach und schnell in den Griff bekommen lassen - das hat der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier am Dienstag seinem nassforschenden Kollegen aus Wien geantwortet. Politiker, die nicht mit dem populistischen Kalkül spekulieren, muten ihren Wählern die Wahrheit tatsächlich zu. Und die ist nicht das Ammenmärchen vom starken Staat, der wähnt, er könne sich gegen den Druck der ankommenden Flüchtlinge stemmen. Verantwortungsvolle Politiker müssten ihren Wählern erzählen, dass ein Ende der Zuwanderung von Flüchtlingen nicht absehbar ist ebenso wie eine europäische Lösung der Probleme. Sie müssten ihnen sagen, dass den europäischen Gesellschaften, gerade den reichsten, in Zukunft noch weitere Opfer abverlangt werden und dass sie noch viele Herausforderungen zu bewältigen haben. In dieser ebenso emotional wie finanziell angespannten Situation nicht den humanistischen Grundkonsens über Bord zu werfen, der Europa eint, wird nicht die Geringste von ihnen sein.

Wer Obergrenze sagt, der muss auch Tränengas sagen Den Flüchtlingszuzug zu begrenzen meint nichts anderes als eine Militarisierung der Grenzen. Doch wer in Puff....

End of Document

Sie sollen es schwer haben; Die menschenunwürdigen Bedingungen bei Calais sind Kalkül der französischen Behörden. Damit die Flüchtlinge auf dem Weg nach Großbritannien spüren: Hier ist Endstation.

ZEIT-online

Donnerstag 30. Juli 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Eurotunnel; Ausg. 31

Length: 1277 words

Byline: Karin Finkenzeller

Body

Eine afghanische Fahne weht über "Le Jungle", dem Dschungel. So nennen **Migranten** ihre selbstgebauten Camps in Calais.

© Philippe Huguen/AFP/Getty Images

Sie nennen ihn Le Jungle, den "Dschungel". Es sind illegale **Flüchtlingscamps** am Rand der französischen Küstenstadt Calais, manche ganz nah am Hafen und den Gleisen, von wo aus die Fähren und Züge nach England, das gelobte Land am anderen Ufer des Ärmelkanals abfahren. Manche der Lager wurden auch bis zu zwei Stunden Fußmarsch entfernt im Schutz der Wälder aufgeschlagen. Schätzungsweise 3.000 Menschen leben derzeit in den provisorischen Zelten und selbst gezimmerten Hütten. Sie wollen nur eines: hinüber nach England, wo sie oft Familienangehörige haben und auf einen Job hoffen. Fast jede Nacht versuchen derzeit mehr als tausend **Flüchtlinge** aus Syrien, Afghanistan, Eritrea oder Albanien ihr Glück. Manche bezahlen es mit dem Leben.

Genau diesen Ansturm sollen die französischen Behörden verhindern, so ist es mit der Regierung in London vereinbart, die keine Flüchtlinge auf diesem Weg ins Land kommen lassen will. Deshalb gibt es in Calais mit Ausnahme einer nur tagsüber geöffneten Aufenthaltsmöglichkeit keine menschenwürdigen Flüchtlingsheime mit sanitären Anlagen, ärztlicher Versorgung und Nahrungsmittelausgabe, sondern seit Jahren eben den Dschungel. Die letzte legale Flüchtlingsunterkunft, das von Rot-Kreuz-Helfern betriebene Sangatte, wurde 2002 geschlossen. Auf Druck der britischen Regierung, die darin eine Art Fluchthilfe sah. Keiner der Bewohner wollte ja in Frankreich Asyl beantragen. Sie warteten nur auf den Einbruch der Nacht, um im Schutz der Dunkelheit Lastwagen und Züge zu entern, die sie versteckt durch den Eurotunnel bringen sollten. So wie auch jetzt wieder.

Auch die EU rügte Frankreich. Brüssel warf Paris vor, den freien Warenverkehr zu behindern, weil die Produkte auf den Lkw von Flüchtlingen, die sich in den Frachtraum schmuggeln, beschädigt wurden und sich die Kontrollen an der Grenze auf der Suche nach illegalen Einwanderern in die Länge zogen. Statt der 200 Bewohner, für die das Zentrum Sangatte errichtet worden war, hatten sich binnen Monaten 1.800 dort vorübergehend einquartiert, um einen günstigen Moment für die Überfahrt abzuwarten.

Sie sollen es schwer haben Die menschenunwürdigen Bedingungen bei Calais sind Kalkül der französischen Behörden. Damit die Flüchtlinge auf dem Weg nach Großbrit....

Die Schließung von Sangatte hat weder die Ankunft der Flüchtlinge in Calais gebremst noch deren Hoffnung auf ein besseres Leben am anderen Ufer. Nur die Bedingungen für die Flüchtlinge während der Wartezeit sind seitdem noch miserabler. Die französischen Behörden dulden die Camps eine Zeit lang, dann kommt ein Sondereinsatzkommando der Polizei im Morgengrauen und räumt die Lager. Unter der konservativen Regierung von Präsident Nicolas Sarkozy wurde als Grund die mangelnde Sicherheit in den Lagern angegeben. Seit die Sozialisten 2012 an die Macht kamen, müssen mangelnde Hygiene und der Ausbruch von Krankheiten als Gründe herhalten.

Frankreich hat aber nicht nur in Calais Probleme, Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen. Zwischen 2006 und 2013 hat sich die Zahl der Asylbewerber in Frankreich auf 66.000 verdoppelt. Weil die meisten dieser Flüchtlinge (55 Prozent) in Paris ankommen, hat die Stadt ein massives Problem, geeignete Unterkünfte zu finden. In den vergangenen Monaten entstanden deshalb mehrmals Zeltlager in der Hauptstadt, unter anderem auch direkt unter einer Hochbahnlinie am Boulevard de la Chapelle im Norden der Stadt. Nach einigen Wochen wurde es von Sondereinheiten der Polizei geräumt. Die Flüchtlinge wurden wie häufig auf ehemalige Hotels verteilt, die vor zig Jahren bereits aufgegeben wurden und in entsprechend miesem Zustand sind. Feuchte Wände und Stromleitungen, die aus den Mauern hängen, gehören noch zu den weniger unangenehmen Zuständen.

Innenminister Bernard Cazeneuve hat im Zusammenhang mit der jüngsten Verabschiedung des neuen Asylgesetzes versprochen, 9.500 weitere Plätze in speziellen Unterkünften zur Verfügung zu stellen. Die Hauptstadt Paris soll entlastet werden, die Flüchtlinge müssen auch die Unterbringung in anderen Regionen akzeptieren. Außerdem soll die Bearbeitungszeit der Anträge von heute zwei Jahren auf neun Monate reduziert werden, wie es auch die EU-Vorschriften vorsehen.

Schwere Vorwürfe gegen Polizisten in Calais

Darüber hinaus haben die französischen Behörden noch ganz andere Probleme: Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch wirft der französischen Polizei in Calais Übergriffe und Misshandlungen bei der Auflösung der Camps vor. Flüchtlinge würden geschlagen. Die Stromleitungen über den Eurostarzügen sind absichtlich niedrig gehalten, um jeden Versuch zu vereiteln, auf den Dächern der Züge mitzureisen. Einem 16-jährigen Ägypter wurde das gerade zum Verhängnis. Er erlitt am Gare du Nord in Paris einen Stromschlag und ringt in einer Klinik mit dem Tod.

Nach Meinung der britischen Presse gehen die französischen Behörden hingegen viel zu lax gegen die zu allem entschlossenen Einwanderer vor. Premierminister David Cameron solle die britische Armee nach Calais schicken, fordern Boulevardblätter auf ihren Titelseiten.

Grund für den Ärger ist unter anderem das Centre Jules Ferry, für das Calais' konservative Bürgermeisterin Natacha Bouchart im Frühjahr das Okay des sozialistischen Innenministers Bernard Cazeneuve bekam. In dem ehemaligen Kinderferienheim können die Flüchtlinge zumindest ab dem Mittag duschen, ihre Handys aufladen und sie bekommen ein warmes Abendessen. 1.500 Portionen stehen bereit, wer zu spät kommt, geht leer aus. Frauen und Kinder, sagt Bouchart, könnten manchmal auch übernachten.

Die übrigen Flüchtlinge, zu 90 Prozent sind es Männer, müssen nach dem Essen zurück in den Dschungel. Sechs Kilometer ist die einfache Strecke lang. Private Organisationen helfen mit Decken, Lebensmitteln und Material für die Errichtung der provisorischen Unterkünfte aus. Ärzte und Krankenschwestern aus der Umgebung kümmern sich freiwillig um diejenigen, die an Krätze leiden oder sich bei ihren vielen fehlgeschlagenen Versuchen, die Grenzanlagen zu passieren, ihre Hände aufgeschnitten oder Beine gebrochen haben.

Ein neues Flüchtlingsheim nach dem Vorbild des 2002 geschlossenen Sangatte kommt für Innenminister Cazeneuve nicht in Frage. Der jüngste Ansturm auf die Eurostar-Züge und die Lkw mit Ziel Großbritannien hat ohnehin wieder zu diplomatischen Verwicklungen zwischen Paris und London geführt. Nach einem 2003 geschlossenen Abkommen verläuft die Grenze auf französischem Boden, deshalb müssen die Kontrollen dort stattfinden. Cazeneuve hat versprochen, 120 Sicherheitskräfte zusätzlich einzusetzen. Zäune, Gitter und Absperrungen haben Calais bereits seit Jahren in einen Hochsicherheitstrakt verwandelt.

Sie sollen es schwer haben Die menschenunwürdigen Bedingungen bei Calais sind Kalkül der französischen Behörden. Damit die Flüchtlinge auf dem Weg nach Großbrit....

Doch weil das alles den Fluchtwillen nicht brechen kann und die Menschen aus Syrien, Eritrea, Afghanistan oder Irak viel Schlimmeres erlebt haben, als dass sie sich ihre Hoffnungen auf ein besseres Leben so kurz vor dem Ziel nehmen lassen würden, schieben sich nun Paris, London und das Unternehmen Eurotunnel gegenseitig die Schuld an der aktuellen Lage zu.

Die Tunnelbetreiberin hat den Regierungen Frankreichs und Großbritanniens eine Rechnung über 9,7 Millionen Euro für zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen geschickt. 37.000 illegale Einwanderer seien in diesem Jahr bereits aufgegriffen worden, gibt sie an. Innenminister Cazeneuve kontert, Eurotunnel sei vertraglich für den reibungslosen Ablauf des Verkehrs zuständig. Der britische Premier David Cameron stimmte einer Entschädigung zu. Außerdem will er umgerechnet weitere 10 Millionen Euro in die Grenzsicherung investieren. Die Situation sei "besorgniserregend", sagte er. Diesen Satz würden die Flüchtlinge sicher unterschreiben.

Load-Date: July 30, 2015

End of Document

OECD lobt Deutschland; Junge Menschen haben es vergleichsweise einfach, hier einen Arbeitsplatz zu finden. Auch die Integration von Migranten könnte gut gelingen, schreibt die OECD.

ZEIT-online

Dienstag 24. November 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Bildung; Ausg. 47

Length: 469 words

Body

Ein Auszubildender zum Glaser

© Frank Rumpenhorst/dpa

Die gute Konjunktur und die leistungsfähige berufliche Bildung erleichtern jungen Menschen in Deutschland den Einstieg in den Arbeitsmarkt. Das geht aus dem neuen OECD-Bericht *Bildung auf einen Blick 2015* hervor, den Bildungsministerin Johanna Wanka in Berlin vorgestellt hat.

Dem Bericht zufolge war der Anteil der jungen Menschen, die weder arbeiten noch in Ausbildung oder Weiterbildung sind, im vergangenen Jahr so gering wie in kaum einem anderen OECD-Land: In Deutschland waren es 10,1 Prozent der 20- bis 24-Jährigen, im OECD-Durchschnitt 17,9 Prozent.

Mit der Entwicklung in Deutschland ist die OECD zufrieden: In den vergangenen Jahren seien gute Fortschritte auf dem Weg zu mehr Chancengleichheit durch Bildung gemacht worden, insbesondere durch den Ausbau der frühkindlichen Bildung. Auch bei der höheren Bildung gehe der Trend nach oben. So würden mittlerweile 53 Prozent eines Jahrgangs ein Studium oder einen anderen tertiären Bildungsgang - Meister, Techniker oder Ähnliches - beginnen. Der OECD-Durchschnitt liegt hier höher, bei 60 Prozent. Ein weiteres Manko: Die Abschlussquoten im Tertiärbereich liegen mit 36 Prozent ebenfalls deutlich unter dem OECD-Schnitt von 50 Prozent.

Mit Blick auf die demografische Entwicklung und die wachsende Zahl von Migranten sagte Stefan Kapferer, stellvertretender Generalsekretär der OECD: "Mit dem dualen System hat Deutschland gute Voraussetzungen, auch die Arbeitsmarktintegration von Migration zu stemmen. Allerdings kommt es jetzt darauf an, etwa durch spezielle Angebote für Flüchtlinge, diese Basis noch weiter zu stärken und auf deren Bedürfnisse anzupassen."

In den kommenden Jahren würden in Deutschland vergleichsweise viele Hochqualifizierte aus dem Erwerbsleben ausscheiden. "Die entstehende Fachkräftelücke kann nur geschlossen werden, wenn sich der Anteil gut ausgebildeter Jugendlicher an den zahlenmäßig schwächeren, nachrückenden Jahrgängen weiter erhöht", sagte Kapferer. Besonderen Erfolg bescheinigte er Deutschland dabei, junge Frauen für ein Studium der sogenannten Mint-Fächer zu gewinnen.

OECD lobt Deutschland Junge Menschen haben es vergleichsweise einfach, hier einen Arbeitsplatz zu finden.
Auch die Integration von Migranten könnte gut gelingen....

Insgesamt müssten die 34 OECD-Länder jedoch stärkere Anstrengungen unternehmen, die Ungleichheit in der Bildung weiter abzubauen und gleichzeitig die Effektivität ihrer Bildungssysteme zu erhöhen, heißt es in dem Bericht. Nur so könne sichergestellt werden, dass jedes Kind - unabhängig von seiner Herkunft - sein Potenzial voll entfalten und von einer guten Bildung profitieren könne.

OECD-Generalsekretär Ángel Gurría sagte: "Der Traum von guter Bildung für alle ist noch keine Realität." Kein Zugang zu hochwertiger Bildung sei die stärkste Form sozialer Ausgrenzung. So werde verhindert, dass Menschen von wirtschaftlichem Wachstum und sozialem Fortschritt profitierten.

Load-Date: November 25, 2015

End of Document

Ohne Migranten geht's nicht; Deutschland ist ein Einwanderungsland. Das leugnet niemand. Aber nur wenigen wird bewusst sein, dass Migranten ein entscheidender Wachstumsfaktor sind. Wir brauchen sie!

ZEIT-online

Dienstag 7. Juli 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Zuwanderung; Ausg. 27

Length: 815 words

Byline: Theo Sommer

Body

Theo Sommer, 84, war von 1972 bis 1992 Chefredakteur der ZEIT, danach ihr Herausgeber bis zum Jahr 2000.

© Jakob Börner

Deutschland ist ein Einwanderungsland - als ich dies vor einem Vierteljahrhundert in einem ZEIT-Leitartikel schrieb, schlug mir eine Welle des Unverständnisses, der Missbilligung und der Empörung entgegen.

Jetzt stellt die Forschungsabteilung der Deutschen Bank diesen einst so umstrittenen Satz einer Studie *Zielgruppe Zuwanderer* voran. Es wird keine Welle der Empörung mehr geben. Inzwischen leugnen die Deutschen nicht länger, dass wir ein Einwanderungsland sind, ja: dass wir angesichts der unaufhaltsamen demographischen Schrumpfung unseres Volkes Einwanderer brauchen, wenn wir unseren Wohlstand, unseren Lebensstandard und unser politisches Gewicht in die Zukunft retten wollen.

Den Autoren der Studie - Nicolaus Heinen, Timo Alberts und Lea Bitter - geht es in erster Linie um den Wirtschaftsfaktor. Die Kreditinstitute haben sie als besondere Kundenzielgruppe entdeckt. "Welche Rolle spielen Migrationshintergrund und Risikoverhalten in der Geldanlage?", lautet die Ausgangsfrage der Banker. Ehe sie darauf jedoch die eher banktechnische Antwort geben, geben sie einen Überblick über die Einwanderungsszene, wie er besser und präziser schwer zu finden ist. Die von den Verfassern dargelegten Fakten und Zahlen sollte jeder im Kopf haben, der sich an der Diskussion beteiligt. Zunächst einmal die Begriffsklärung: Ausländer sind Einwohner mit fremder Staatsangehörigkeit. Ein Migrant ist selber zugewandert, unabhängig von Staatsangehörigkeit und Migrationsgrund; als Bürger mit Migrationshintergrund gelten alle seit 1950 Zugewanderten, die hier geborenen Ausländer und sämtliche Bürger, bei denen mindestens ein Elternteil Migrant ist.

Ein Fünftel mit Migrationshintergrund

Nun die Fakten. Erstens: Mittlerweile haben 16,5 Millionen Bürger Deutschlands einen Migrationshintergrund; das ist ein Fünftel der Bevölkerung. Zwei Drittel von ihnen sind selber eingewandert, ein Drittel ist in zweiter Generation in Zuwandererfamilien geboren. Ohne Migrationshintergrund sind 79 Prozent der Einwohner.

Ohne Migranten geht's nicht Deutschland ist ein Einwanderungsland. Das leugnet niemand. Aber nur wenigen wird bewusst sein, dass Migranten ein entscheidender Wa....

Zweitens: 2013 zogen 1,2 Millionen Menschen in die Bundesrepublik (nur die USA nahmen mehr auf). 2014 kamen 522.000 Menschen mehr zu uns, als auswanderten. 64 Prozent stammen aus der EU; aus ganz Europa vier von fünf; 5,2 Prozent aus Nord- und Lateinamerika, Australien und Ozeanien, fünf Prozent aus Afrika.

Drittens: Das Durchschnittsalter der deutschen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund liegt bei knapp 47 Jahren. Migranten sind im Durchschnitt jünger: 33 Jahre. Zuwanderer aus der EU-28 sind bei der Einreise noch keine 24 Jahre alt. Aus der Türkei und Russland 23 Jahre. Von den Zuwanderern aus der EU, die schon länger bei uns leben - Durchschnittsalter 39 Jahre - haben 13 Prozent einen Universitäts- oder Hochschulabschluss - ebenso viele wie unter gebürtigen Deutschen. Nur 13 Prozent haben ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als 900 Euro; hingegen haben 22 Prozent mehr als 3.200 Euro zur Verfügung.

Fünf vor 8:00 Abonnieren Sie die Morgenkolumne von ZEIT ONLINE - von Montag bis Freitag per E-Mail. Jetzt anmelden `jQuery.noConflict(); jQuery(".newsletter-teaser-input").css({ 'margin' : '0.625em 1em 0 0', 'width' : '17em', 'padding' : '0.375em 0.875em 0.225em 0.625em', 'font-size' : '0.8em', 'height' : '1.625em' }); jQuery(".newsletter-teaser-image img").css("border", "1px solid #efefef"); jQuery("#newsletter-teaser-form").attr("action", "http://community.zeit.de/newsletter-signup?mode=2click&nl=5vor8"); jQuery("#newsletter-teaser-form").attr("method", "POST"); jQuery(".newsletter-teaser-button").click(function(event){event.preventDefault(); document.getElementById("newsletter-teaser-form").submit();});`

Viertens: 23,1 Prozent aller Personen, die in den letzten dreieinhalb Jahren ein Unternehmen gegründet haben, sind Migranten. Die Studie stellt fest: "Bei Produktinnovation, Alter der Produktionstechnologie sowie dem Produktionsverfahren sind diese Gründer auf dem gleichen Stand wie die Deutschen."

Fünftens: Migranten sind ein entscheidender Wachstumsfaktor. Sie tragen etwa ein Fünftel zum Wirtschaftswachstum bei. Ohne Zuwanderung wäre das Bruttoinlandsprodukt 2013 geschrumpft, anstatt um 0,4 Prozent zu wachsen.

Viele Zahlen, Pardon. Aber sie sind aufschlussreich. Sie zeigen: Von "Umvolkung" kann keine Rede sein. Und sie rechtfertigen das Resümee der Forscher von der Deutschen Bank: "Bei allen Unterschieden zwischen den Gruppen kann festgehalten werden, dass Migranten die Alters- und Bevölkerungsstruktur des Landes zukunftsfester machen. Sie mildern die Auswirkungen des demografischen Wandels sowie des Mangels an Fachkräften ab, der spätestens ab 2030 über ein gemindertenes Erwerbspersonenpotenzial zum Wachstumshemmschuh für Deutschland wird."

Einfacher ausgedrückt, noch einmal: Wir brauchen sie.

Load-Date: July 7, 2015

"Willkommensklassen haben zu viele Nachteile"; Kein Curriculum, zu wenige Vorbilder. Die Migrationsforscherin Juliane Karakayali erklärt, warum Flüchtlingskinder sofort in Grundschulklassen integriert werden sollten.

ZEIT-online

Mittwoch 14. Dezember 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Flüchtlingskinder; Ausg. 51

Length: 752 words

Byline: Parvin Sadigh

Body

Vorlesen für die Willkommensklasse

© Wolfgang Kumm

ZEIT ONLINE: Frau Karakayali, Sie kommen in Ihrer Studie zu Willkommensklassen in Berlin zu dem Ergebnis, dass **Flüchtlingskinder** besser gleich in normale Grundschulklassen eingeschult werden sollten. Warum?

Juliane Karakayali: Willkommensklassen haben zu viele Nachteile. Oft ist die Fluktuation und damit die Unruhe sehr groß: Familien müssen in einen anderen Bezirk ziehen oder werden abgeschoben. In Berlin gibt es außerdem kein Curriculum für die Willkommensklassen. Der Lernstand wird häufig nicht überprüft. Die Lehrer bestimmen individuell, was und wie gelernt wird und müssen sich sogar ihr Material selbst zusammensuchen. Wie gut der Unterricht ist und ob die Kinder auch Fachunterricht haben, hängt dann allein von den Lehrkräften ab. Das einzige vorgegebene Ziel ist, dass die Kinder schnell Deutsch lernen. Nur dazu bräuchten sie eigentlich andere Deutsch sprechende Kinder um sich. In der Willkommensklasse bleiben sie unter sich.

ZEIT ONLINE: Könnte nicht der Hort eine wichtige Ergänzung zu den Willkommensklassen sein?

Karakayali: Theoretisch ja. Oft gibt es jedoch niemanden, der die Eltern informiert und ihnen hilft, die nötigen Anträge zu stellen. Es hängt vom Engagement einzelner ab, ob Flüchtlingskinder in den Hort gehen.

ZEIT ONLINE: Die Kinder sollen die Willkommensklassen eigentlich möglichst schnell wieder verlassen.

Karakayali: Ja, aber auch der Übergang ist nicht formal geregelt. Schulen entwickeln manchmal eigene Tests oder Lehrer entscheiden einfach nach ihrem Bauchgefühl, ob ein Kind bereit dafür ist. Außerdem gibt es nicht immer einen Platz in den Regelklassen. Die Kinder müssen warten oder die Schule wechseln. Wir haben Sorge, dass sich dadurch die Trennung verfestigt.

"Willkommensklassen haben zu viele Nachteile" Kein Curriculum, zu wenige Vorbilder. Die Migrationsforscherin Juliane Karakayali erklärt, warum Flüchtlingskinder

ZEIT ONLINE: Wie funktioniert die Zwischenlösung, die an vielen Schulen angeboten wird? Die Kinder sind zwar zum Deutschlernen in der Willkommensklasse, besuchen aber je nach Können schon den Sport-, Kunst- oder Matheunterricht der anderen Klassen.

Karakayali: Auch für diese sogenannte teilintegrative Lösung gibt es keine verbindlichen Strukturen. Es hängt immer vom Engagement der Lehrer sowohl der Willkommensklassen als auch der Regelklassen ab, ob die Kinder am Fachunterricht teilnehmen können und dort auch integriert werden.

ZEIT ONLINE: Spricht nicht aber für die Willkommensklasse, dass sie den Flüchtlingskindern Schutz bietet, die oft Schreckliches erlebt haben? Es sind nur wenige Schüler in der Klasse, sie haben noch keinen Leistungsdruck. Die Lehrer können sich auf das einzelne Kind einlassen und erkennen, wenn eines traumatisiert ist.

Karakayali: Hier schwimmt, was Auftrag der Schule ist und was nicht. Probleme, die die Kinder anderswo haben, sollen die Lehrer ausgleichen, aber sie können mit Traumata gar nicht umgehen. Es fehlen überall Psychologen und Sozialarbeiter. Außerdem entstehen neue Bedrohungen. Die Klasse mit den Flüchtlingen ist besonders sichtbar, die Schüler werden manchmal sogar angefeindet. Das hört auf, wenn die Kinder in die Regelklassen aufgenommen und Teil der Schulgemeinschaft werden.

ZEIT ONLINE: Einfach so? Man wirft sie in die Regelklasse und sie werden integriert?

Karakayali: Nein, ihre Situation sollte auch eine Rolle im Unterricht spielen. Lehrer können Flucht und Integration zum Thema machen. Schließlich haben auch viele andere Schüler Migrationserfahrungen.

ZEIT ONLINE: Besteht nicht die Gefahr, dass einzelne Flüchtlingskinder im Fachunterricht der Regelklasse untergehen, weil sie nicht genug Deutsch verstehen oder fachlich den Anschluss nicht finden?

Karakayali: Ich habe solche Klagen in den Befragungen nicht gehört. Die Kinder bekommen parallel so lange Deutschunterricht, bis sie ihn nicht mehr brauchen. Ansonsten sollten Grundschulen sowieso individualisieren Unterricht anbieten, also differenzieren, welches Kind welche Unterstützung braucht. Wenn sie das nicht leisten können, wird wieder nur ein allgemeines Schulproblem deutlich, das allen anderen Schülern auch schadet.

ZEIT ONLINE: Flüchtlingskinder werden oft an Brennpunktschulen eingeschult, wo die Lehrer sich schon um viele auffällige Kinder kümmern. Warum?

Karakayali: Willkommensklassen werden da eingerichtet, wo Platz ist. Und das sind oft genau die Schulen, an denen wenige Kinder angemeldet werden, weil sie keinen guten Ruf haben. Auf der anderen Seite haben die Lehrer dort natürlich auch viel mehr Erfahrung mit Integration. Das ist also nicht automatisch ein Nachteil.

Load-Date: December 14, 2016

**"Europa hat die Pflicht, zu helfen"; Ausgerechnet der Chef der
Grenzschutzbehörde Frontex, Fabrice Leggeri, ermahnt im Interview die
Europäische Union: Nehmt weiter Flüchtlinge auf!"**

ZEIT-online

Donnerstag 31. März 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Frontex-Chef; Ausg. 13

Length: 1958 words

Byline: Philip Faigle

Body

Fabrice Leggeri, Chef von Frontex

© John MacDougall/AFP/Getty Images

Read the English version of this article here

ZEIT ONLINE: Herr Leggeri, in Deutschland hoffen viele, dass nach dem EU-Deal mit der Türkei weniger **Flüchtlinge** nach Europa kommen werden. Denken Sie das auch?

Fabrice Leggeri: Die Vereinbarung mit der Türkei ist vor allem ein Signal. Sie zeigt: Die Grenzen nach Europa sind nicht einfach offen. Das wird viele davon abhalten, Tausende Euro an die Schleuser zu bezahlen und illegal nach Europa einzureisen. Insofern: Ja, die Zahlen werden kleiner werden. Aber: Es wird weiterhin schutzbedürftige Menschen vor den Toren Europas geben, vielleicht sogar mehr als früher.

ZEIT ONLINE: Die "historische Krise", von der sie unlängst gewarnt haben, ist also nicht vorbei?

Leggeri: Natürlich nicht. Die Ursachen sind die gleichen geblieben. In Syrien herrscht noch immer ein Bürgerkrieg, in dessen Folge rund die Hälfte der Bevölkerung das Land verlassen hat. Allein in Jordanien leben vier Millionen Menschen in **Flüchtlingslagern**. Je ferner der Frieden rückt, desto verzweifelter werden diese Leute. Diese Menschen verschwinden nicht. Und Europa hat weiterhin die Pflicht, ihnen Schutz zu gewähren.

ZEIT ONLINE: Ob jemand Schutz bekommt oder nicht, entscheidet nun einer der schwächsten und schlecht organisiertesten Staaten der EU: Griechenland. Finden Sie das nicht problematisch?

Leggeri: Griechenland ist nicht allein, sondern bekommt Hilfe aus Europa, auch von Frontex. Aber es stimmt: Wir müssen sicherstellen, dass die wirklich Schutzbedürftigen diesen Schutz auch erhalten können.

ZEIT ONLINE: Sie klingen skeptisch.

"Europa hat die Pflicht, zu helfen" Ausgerechnet der Chef der Grenzschutzbehörde Frontex, Fabrice Leggeri, ermahnt im Interview die Europäische Union: Nehmt wei....

Leggeri: Es wird eine große Aufgabe. Wir von Frontex werden uns daran mit bis zu 1.500 Beamten beteiligen, darunter Grenzbeamte und Experten für die Registrierung von Asylsuchenden.

ZEIT ONLINE: De Facto läuft der Deal darauf hinaus, dass nur noch wenige Menschen in Europa Asyl beantragen können - weil die Türkei nun als sicheres Herkunftsland gilt. Wie finden Sie das?

Leggeri: Der Deal mit der Türkei ist ein Kompromiss. Und wir sollten uns bewusst machen, was für eine gewaltige Aufgabe auf die Türken zukommt. Grundsätzlich bin ich aber der Meinung, dass wir legale Wege für Flüchtlinge in die EU schaffen müssen, damit Europa seiner Verpflichtung nachkommt, Asylsuchenden Schutz zu gewähren. Und da sind die 18.000 Menschen im Jahr - von denen bislang die Rede ist - sicherlich nur ein Anfang.

ZEIT ONLINE: Bisher haben wir sie als Chef einer Agentur wahrgenommen, die helfen soll, Europa abzuschotten - auch vor potenziellen Flüchtlingen. Jetzt mahnen sie an, dass Europa den Flüchtlingen weiterhin Asyl gewähren muss. Wie geht das zusammen?

Leggeri: Das war und ist ein Missverständnis. Wir sind zwar für den europäischen Grenzschutz zuständig. Aber sobald unsere Mitarbeiter auf Menschen - etwa während einer Rettung auf dem Meer - treffen und diese Menschen bitten um Asyl, verhalten wir uns neutral und leiten die Personen an die zuständigen Behörden weiter. Wir weisen niemanden ab und dürfen das auch gar nicht. In den vergangenen Monaten waren wir übrigens an 90 Prozent aller Seenotrettungen im Mittelmeer beteiligt.

ZEIT ONLINE: Dennoch soll Frontex eigentlich helfen, die europäischen Grenzen zu sichern. Im vergangenen Jahr gab es 1,8 Millionen illegale Grenzübertritte nach Europa. Was ist aus Sicht von Frontex schief gelaufen?

Leggeri: Was sich geändert hat, war der gewaltige Zustrom an Menschen. Und den gab es, weil die Welt sich um Europa herum rapide verändert hat. In Syrien, in Teilen Afrikas, im Nahen Osten: Überall sind neue Krisenherde entstanden oder haben sich die Zustände für die Menschen verschlechtert. Es ist die pure Verzweiflung, die die Menschen nach Europa hat fliehen lassen. Ich habe manchmal das Gefühl, dass viele EU-Bürger das Ausmaß dieser Entwicklung nicht ganz begriffen haben.

ZEIT ONLINE: Auf der anderen Seite verstehen viele Bürger nicht, warum Europas Grenzen so schwer zu bewachen sind.

Leggeri: Manche Teile der Grenze sind leichter zu bewachen, andere - etwa rund um die griechischen Inseln - schwerer. Und es kommt darauf an, ob wir Ansprechpartner in den angrenzenden Ländern haben. In Libyen etwa ist die Situation politisch extrem schwierig, deshalb haben es die Schleuser dort leichter. Und die Türkei könnte meiner Ansicht als Exekutivdirektor von Frontex noch mehr tun, um Schleuser zu bekämpfen. Aber es stimmt schon: Wir brauchen einen effektiveren Grenzschutz und einen gemeinsamen, europäischen Ansatz. Deshalb begrüßen wir auch den Vorschlag der EU-Kommission, die Frontex zu einer eigenständigen Grenzschutzbehörde mit breiterem Mandat ausbauen will. Allerdings sage ich auch: Manchmal fragen wir uns, ob wir wirklich die notwendige Unterstützung aller Mitgliedsstaaten haben.

ZEIT ONLINE: Was fehlt ihnen?

Leggeri: Ich will Ihnen ein Beispiel geben. Als ich im vergangenen Oktober in einem Brief an die Mitgliedsstaaten um 775 Grenzbeamte zur Bewältigung der Flüchtlingskrise gebeten habe, bekam ich aus manchen Ländern einen Anruf. Ob mir in meinem Brief ein Fehler unterlaufen sei? Ich hätte doch wohl eher 75 statt 775 Beamte gemeint.

ZEIT ONLINE: Was haben Sie geantwortet?

Leggeri: Das es natürlich kein Fehler war und wir die Leute brauchen. Das lässt mich zweifeln, ob alle Mitgliedsstaaten wissen, wie schwerwiegend diese Krise ist. Ein guter Grenzschutz kann außerdem eine gute Migrationspolitik nicht ersetzen. Und die Krise des vergangenen Jahres war in meinen Augen keine Krise von Schengen, sondern eine Krise des europäischen Asylsystems.

"Europa hat die Pflicht, zu helfen" Ausgerechnet der Chef der Grenzschutzbehörde Frontex, Fabrice Leggeri, ermahnt im Interview die Europäische Union: Nehmt wei....

ZEIT ONLINE: Wie meinen Sie das?

Leggeri: Die meisten Flüchtlinge sind im vergangenen Jahr über die Türkei nach Griechenland gekommen. Dort trafen sie auf ein Land, das in einer tiefen Krise steckte. Das Land war weder in der Lage, die Grenzen ausreichend zu sichern, noch hatte es offenbar genug Kapazitäten, die Flüchtlinge zu registrieren. Viele Menschen sind dann einfach nach Norden weitergezogen, ohne dass es überhaupt eine Chance gegeben hätte, die Menschen zu registrieren und halbwegs gerecht in Europa zu verteilen.

ZEIT ONLINE: Griechenland wurde allein gelassen?

Leggeri: Man hat sich darauf verlassen, dass Griechenland es schon hinbekommt. Das war aber offenbar nicht der Fall. Ich selbst habe damals im Juni informell in Brüssel angeboten, dass Frontex für einige Monate die Gehälter der griechischen Grenzbeamten bezahlt, damit der Grenzschutz intakt bleibt. Wir haben auch angeboten, an der griechisch-mazedonischen Grenze zu helfen. Beides wurde abgelehnt - weil wir dafür kein Mandat haben. Ich frage mich trotzdem: Warum hat sich die EU auf ein Land verlassen, das in mitten einer finanziellen Krise war?

ZEIT ONLINE: Eine andere Frage lautet, warum Europa die geordnete Aufnahme von Flüchtlingen an ein paar Millionen für Grenzbeamte scheitern lässt.

Leggeri: Das Problem sind nicht die paar Millionen Euro. Das Problem ist zu wenig Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten. Einige Regierungschefs denken mittlerweile nur noch national. Und sie tun das, weil ihre Wähler es von ihnen einfordern. Die Bürger verstehen nicht, dass wir es mit einer europäischen Aufgabe zu tun haben, die wir auf nationaler Ebene nicht lösen können. Das ist fatal, denn wenn wir das Problem nur national betrachten, werden wir scheitern.

ZEIT ONLINE: Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel stand in Brüssel lange Zeit alleine mit ihrer Forderung nach einer europäischen Lösung. Vor allem aus Osteuropa kam der Vorwurf, sie habe mit ihrer Politik die Flüchtlinge erst nach Europa gelockt.

Leggeri: Wenn ich sage, dass wir mehr Solidarität brauchen, dann denke ich auch an Deutschland. Mein Eindruck war, dass viele Mitgliedsstaaten im vergangenen Jahr gedacht haben: Deutschland will alle Flüchtlinge haben, dann soll Deutschland auch alle Flüchtlinge bekommen. Das wurde zwar nicht so gesagt, aber im Grunde haben das viele in Europa gehofft. Es geht aber nicht, dass nur ein, zwei oder drei Staaten alle Flüchtlinge nehmen. Es handelt sich um ein europäisches Problem.

ZEIT ONLINE: Einige Mitgliedsstaaten wie Ungarn haben als Reaktion auf die Flüchtlinge Zäune gebaut und nationale Grenzkontrollen eingeführt. Kritisieren Sie das?

Leggeri: Ich verstehe das erst einmal. Und die Europäische Kommission hat festgestellt, dass die Grenzkontrollen mit europäischem Schengen-Recht vereinbar sind. Dennoch halte ich es für absolut historisch, wenn skandinavische Länder wie Finnland, Schweden oder Dänemark erstmals seit den fünfziger Jahren wieder Kontrollen einführen. Und ich fürchte mich vor den Folgen. Schätzungen zufolge wird das Europa jedes Jahr zwischen 5 und 18 Milliarden Euro kosten. Geschlossene Grenzen bedeuten einen erheblichen Schaden für die europäische Binnenwirtschaft. Und sie machen die Zusammenarbeit der Länder in Europa wieder schwieriger.

ZEIT ONLINE: Der Zaun von Viktor Orbán hat noch ein weiteres Problem. Er hält die Flüchtlinge keineswegs davon ab, ins Land zu kommen.

Leggeri: So ist es. Und das ist auch kein Wunder. Zäune können Menschen auf Dauer nicht stoppen. Sie sind keine Lösung.

ZEIT ONLINE: Würde eine Rückkehr zum System von Dublin helfen? Dann müssten die Flüchtlinge strikt wieder in jene Länder zurückgebracht werden, in denen sie ankommen.

"Europa hat die Pflicht, zu helfen" Ausgerechnet der Chef der Grenzschutzbehörde Frontex, Fabrice Leggeri, ermahnt im Interview die Europäische Union: Nehmt wei....

Leggeri: Ich bin kein Experte für Asylrecht. Aber stelle fest, dass diese Regeln veraltet sind. Sie wurden in den achtziger Jahren erfunden, als unter der Führung von Deutschland, Frankreich und den Benelux-Staaten der Schengenraum gegründet wurde. Heute sieht die Welt, und damit meine ich unsere weitere Umgebung, Afrika, der Nahe Osten, komplett anders aus. Wir können nicht mehr davon ausgehen, dass ein Land die Last alleine tragen kann.

ZEIT ONLINE: Was ist die Alternative?

Leggeri: Die Europäische Kommission hat im Mai des vergangenen Jahres vier Punkte vorgeschlagen: Wir müssen legale Wege für Flüchtlinge nach Europa schaffen und ein gutes System der Verteilung in Europa finden. Wir brauchen zweitens neue Regeln für Zuwanderer, die aus wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen wollen. Wir müssen drittens die kriminellen Netzwerke der Schlepper bekämpfen. Und viertens brauchen wir einen einheitlichen, verbesserten Grenzschutz.

ZEIT ONLINE: Sie sagen: Zäune halten Menschen nicht auf. Aber nach der Logik wird auch die Schließung der Balkanroute die Flüchtlinge nicht davon abhalten, nach Europa zu kommen.

Leggeri: Man kann hoffen, dass die Zahl der Flüchtlinge sinkt. Aber komplett schließen wird nicht gehen. Und solange die EU keinen Weg findet, den schutzbedürftigen Menschen einen legalen Weg nach Europa zu zeigen, haben die kriminellen Netzwerke der Schleuser einen Markt.

ZEIT ONLINE: Über welche Routen werden die Leute kommen?

Leggeri: Wir schätzen, dass einige Flüchtlinge über die Westbalkanroute ausweichen werden, dass sie also über Albanien und dann nach Italien reisen. Oder sie nehmen von der Türkei aus den Seeweg nach Bulgarien oder Rumänien. Es ist auch nicht auszuschließen, dass es Menschen über die Ukraine versuchen werden.

ZEIT ONLINE: Das sind allesamt weit gefährlichere Routen als die bisherige Route zwischen Griechenland und der Türkei.

Leggeri: Die Überfahrt auf die griechischen Inseln war auch gefährlich. Aber es stimmt: Wir müssen flexibel sein und verhindern, dass Menschen etwa den gefährlichen Weg über die albanischen Berge versuchen. Und wenn der Flüchtlingsstrom sich jetzt nach Bulgarien verlagert, werden wir auch in Bulgarien aktiv sein.

ZEIT ONLINE: Die Flüchtlinge werden also weiter kommen?

Leggeri: Wir wissen aus der Geschichte: Solange es Krisen und Kriege gibt und Europa ein besseres Leben verspricht, werden Menschen versuchen, hierher zu gelangen.

Load-Date: March 31, 2016

Wie Europa sein humanistisches Erbe verspielt; Das Mittelmeer wird erneut zum Massengrab für Tausende Flüchtlinge. Die Politik aber schweigt und baut Europa weiter zur Festung aus. Eine Schande!

ZEIT-online

Sonntag 5. Juni 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 24

Length: 820 words

Byline: Barbara Lochbihler

Body

Flüchtlinge an Bord des Rettungsschiffes Aquarius

© Gabriel Bouys/Getty Images

Eintausend, vielleicht auch mehr: So viele Menschen sind allein in der vergangenen Woche im Mittelmeer ertrunken. Ganze Familien, ausgelöscht. Einzelschicksale, endgültig besiegelt.

Wir werden nie erfahren, was diese Männer und Frauen dazu getrieben hat, ihr Leben und das ihrer Kinder aufs Spiel zu setzen. Fest steht: Sie handelten in Not, sahen keinen anderen Ausweg. Manche mögen auf der Flucht vor politischer Verfolgung in Eritrea, vor Krieg und Zerstörung in Syrien gewesen sein; andere auf der Suche nach einer Perspektive für ihr Leben fernab der heimischen Armut und Verzweiflung. Viele dürften Anrecht auf **Asyl** gehabt haben, einige wären möglicherweise wieder abgeschoben worden. Doch das ist zweitrangig, denn eines haben sie gemein: Sie wurden von Europa im Stich gelassen, und sie bezahlten es mit ihrem Leben.

Wie bezeichnend ist da die Stille, die in den letzten Tagen lauter kaum hätte sein können. Längst hat sich die europäische Politik, hat sich auch die deutsche Öffentlichkeit mit dem massenhaften Sterben im Mittelmeer abgefunden. Der Tod schutzsuchender Menschen scheint kaum noch Entrüstung, geschweige denn den Ruf nach einem grundlegenden politischen Umdenken wert zu sein. Allenfalls wird ein "weiteres tragisches Bootsunglück" bedauert. Unglücke aber erfolgen unerwartet, plötzlich. Was sich in dieser Woche zugetragen hat, war einmal mehr die unausweichliche Konsequenz einer völlig fehlgeleiteten europäischen Abschottungspolitik.

Dabei sollte doch alles besser werden: Als im Oktober 2013 vor der Küste von Lampedusa 366 Menschen ertranken, gab es nur wenige hochrangige europäische Politiker, die der italienischen Insel keinen Besuch abstatteten. Sie kondolierten, bereuten und versprachen einen grundlegender Wandel der europäischen Flüchtlingspolitik. Die Regierung in Rom ging voran und richtete mit Mare Nostrum eine eigene Seenotrettungsmission ein, die in nur einem Jahr rund 150.000 Menschen vor dem sicheren Ertrinken bewahrte. Als Italien aber europäische Unterstützung einforderte, kam auch aus Berlin eine deutliche Absage. Mare Nostrum wurde eingestellt, ersatzlos.

Wie Europa sein humanistisches Erbe verspielt Das Mittelmeer wird erneut zum Massengrab für Tausende Flüchtlinge. Die Politik aber schweigt und baut Europa weit....

Was folgte, wird auf ewig ein Schandfleck europäischer Geschichte bleiben. So wurden nicht etwa sichere Fluchtwege geschaffen, die den Schutzsuchenden die gefährliche Überfahrt erspart und den Schleppern die Geschäftsgrundlage entzogen hätten. Vielmehr einigten sich die europäischen Mitgliedstaaten darauf, ihren Kontinent endgültig zur Festung auszubauen. Statt gemeinsam Verantwortung zu übernehmen, wurden Grenzen geschlossen und Zäune errichtet.

Deals mit Autokraten und Diktatoren

Und so wurden die Probleme nicht gelöst, sondern sie werden auch weiterhin an andere Länder abgeschoben - an die Türkei, mitunter aber auch an einige der berüchtigtsten Diktatoren unserer Zeit. Erst kürzlich gelangten Dokumente an die Öffentlichkeit, in denen die EU-Mitgliedstaaten unverhohlen ihre Bereitschaft äußern, Länder wie den Sudan beim Eindämmen von Migrationsbewegungen unterstützen zu wollen. Zur Erinnerung: Umar al-Baschir, der sudanesishe Staatspräsident, wird per internationalem Haftbefehl wegen Völkermords und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gesucht. Erst vor wenigen Tagen ließ er Hunderte Eritreer widerrechtlich in ihr Herkunftsland deportierten, wo ihnen Verfolgung und Misshandlung drohen.

Auch in der Türkei soll es wiederholt zu illegalen Abschiebungen in syrische Kriegsgebiete gekommen sein. Menschenrechtsorganisationen berichten von gezielten Schüssen auf Flüchtende an der abgeriegelten Grenze zu Syrien, wo nicht nur eine Mauer errichtet wird, sondern nun auch Selbstschussanlagen platziert werden sollen. Dennoch ist es gerade der deutschen Regierung ein Anliegen, möglichst viele Schutzsuchende in die Türkei abzuschieben - in ein Land, das Geflüchteten bei Weitem nicht den Schutz bietet, der ihnen völkerrechtlich zusteht.

Vom humanistischen Erbe ist in der Präambel des europäischen Gründungsvertrages zu lesen, aus dem sich "die unverletzlichen und unveräußerlichen Rechte des Menschen" entwickelt hätten. Europas Regierungen sind auf dem besten Wege, dieses Erbe zu verspielen.

Ungeachtet politischer Meinungsverschiedenheiten über den richtigen Weg in der Flüchtlingspolitik gebietet der humanitäre Imperativ nämlich vor allem eines: Jedem einzelnen Menschenleben absolute Priorität einzuräumen. Wer diesen Grundsatz vernachlässigt, degradiert das fundamentalste aller Menschenrechte - das Recht auf Leben - zu einem von vielen Elementen in einer unförmigen Verhandlungsmasse. Wer behauptet, sein Auftrag als Politiker, als Mensch sei allein damit erfüllt, das Leid der anderen von sich und seinen Nächsten möglichst fernzuhalten, darf sich in letzter Konsequenz nicht wundern, dass das Mittelmeer von einem Symbol historischer Verbundenheit mit dem Rest der Welt zu deren tödlichster Grenze verkommen ist.

Load-Date: June 5, 2016

Familienministerium sucht Flüchtlingspaten; Integration sei mehr als der Gang zum Sprachkurs, sagt Ministerin Schwesig. Mit einem Zehn-Millionen-Programm will sie Vormünder und Gastgeber für Flüchtlinge gewinnen.

ZEIT-online

Dienstag 19. Januar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Manuela Schwesig; Ausg. 3

Length: 422 words

Body

Ministerin Manuela Schwesig

© Hannibal Hanschke/Reuters

Mit einem weiteren Förderprogramm unterstützt das Familienministerium die Integration von **Flüchtlingen**, insbesondere minderjähriger **Flüchtlinge**, die ohne Eltern unterwegs sind. Ziel ist es, dass hier lebende Menschen mit **Geflüchteten** Patenschaften schließen. Das kann so weit gehen, dass Einheimische für allein angekommene **Flüchtlingskinder** eine Vormundschaft übernehmen.

Mit dem Programm Menschen sta\{0308}rken Menschen wolle sie "die zu uns geflu\{0308}hteten Familien, Frauen, Ma\{0308}nner und Kinder dabei unterstu\{0308}tzen, in unserer Gesellschaft anzukommen und sich hier eine neue Zukunft aufzubauen", sagte Ministerin Manuela Schwesig. Von dem Patenschaftsprogramm profitierten nicht nur die Geflüchteten, sondern auch die Paten - und damit die gesamte Gesellschaft.

Das Ministerium möchte in diesem Jahr 25.000 Paten gewinnen. Für das Programm stellt die Regierung zehn Millionen Euro zur Verfügung. Der Großteil davon ist für den Aufbau der Patenschaften, für die Begleitung und die Qualifizierung der Paten-Tandems gedacht. Besonders bei den Gastfamilien sei es sehr wichtig, dass diese gut auf ihre verantwortungsvolle Aufgabe vorbereitet werden, heißt es in der Programmbeschreibung.

Förderanträge stellen können lokale Initiativen, die dann ihrerseits das Engagement von Menschen mit Expertise oder Geld unterstützen können. Nach Angaben des Ministeriums sind das in erster Linie die Wohlfahrtsverbände, muslimische Verbände, Migrantenorganisationen, Stiftungen und Freiwilligenagenturen. Ein Info-Telefon für Interessenten ist unter der Nummer 0800-2005070 von Montag bis Freitag von 7.30 bis 16.00 Uhr erreichbar.

"Integration ist mehr als der Gang zum Sprachkurs oder Arbeitsamt", sagte Schwesig der *Passauer Neuen Presse*. Ein Patenschaftsprogramm könne "die Basis für viele dauerhafte persönliche Begegnungen" bilden, von der die gesamte Gesellschaft profitiere.

2015 hatte das Ministerium bereits das Programm Willkommen bei Freunden aufgelegt, mit dem es sechs regionale Servicebüros der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung unterstützt. Die Stiftung hilft Städten und Landkreisen

Familienministerium sucht Flüchtlingspaten Integration sei mehr als der Gang zum Sprachkurs, sagt Ministerin Schwesig. Mit einem Zehn-Millionen-Programm will si....

dabei, junge Flüchtlinge in Kitas und Schulen willkommen zu heißen und beim Übergang ins Berufsleben zu begleiten. Sie bietet nicht nur Beratung und Qualifizierung für Mitarbeiter kommunaler Einrichtungen an, sondern unterstützt auch die Etablierung lokaler Bündnisse aus Behörden, Vereinen sowie Bildungs- und Flüchtlingseinrichtungen vor Ort.

Load-Date: January 19, 2016

End of Document

Warum Griechenland schon lange ein Flüchtlingsland ist; Trotz der jahrelangen Wirtschaftskrise leben in Griechenland jetzt Zehntausende Flüchtlinge. Und Hunderttausende junge Menschen wandern aus. Wie kann das zusammenpassen?

ZEIT-online

Dienstag 5. Juli 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Griechenland; Ausg. 26

Length: 1553 words

Byline: Petros Markaris

Body

Ein **Flüchtlingskind** im improvisierten Lager auf dem alten Athener Flughafengelände

© Getty/Louisa Gouliamaki

Die meisten Europäer wissen nicht, dass die Geschichte Griechenlands im 20. Jahrhundert auch eine Ein- und Auswanderungsgeschichte ist. Nur waren die ersten Einwanderer noch keine Ausländer, sondern Griechen der Diaspora. Die Ausländer kamen viel später, in den neunziger Jahren.

Die griechischen Einwanderer waren fast immer die Opfer von politischen Entscheidungen und falscher Politik. Der lange Marsch nach Griechenland begann im Jahr 1922 nach dem "Kleinasien-Desaster". So nennt man in der griechischen Geschichte die wahnsinnige Idee der damaligen Regierung, Kleinasien zu erobern. Nach der Niederlage der griechischen Armee ergriffen viele Griechen die Flucht: Vor allem in der Gegend um Izmir und an der Ägäis-Küste der Türkei verließen sie ihr Land und ihre Häuser und zogen nach Griechenland.

Viele mehr kamen aber zwei Jahre später nach dem Bevölkerungsaustausch zwischen Griechenland und der neu gegründeten Republik Türkei. Es war der größte Bevölkerungsaustausch in der Weltgeschichte. Die Griechen aus Kleinasien und von der Schwarzmeerküste zahlten den Preis für die Normalisierung der griechisch-türkischen Beziehungen.

Die Vertriebenen und Flüchtlinge waren für die einheimische Bevölkerung eine Last. In den Dörfern zeigte man ihnen die kalte Schulter. Viele Schiffe, die die Einwanderer nach Griechenland brachten, mussten von einem Hafen in den nächsten fahren, weil die Bewohner die Häfen besetzten und verhinderten, dass die Einwanderer an Land gingen.

Dieser Reaktion lag weder Rassismus, noch Fremdenfeindlichkeit zugrunde. Vielmehr kämpften die einheimischen Griechen täglich um ihr Überleben, das Land lag in Scherben. Sie konnten ihr kärgliches, tägliches Brot nicht mit Neuankömmlingen teilen, denn es reichte nicht einmal für sie und ihre Kinder.

Warum Griechenland schon lange ein Flüchtlingsland ist Trotz der jahrelangen Wirtschaftskrise leben in Griechenland jetzt Zehntausende Flüchtlinge. Und Hundertt....

Gleichzeitig aber war Griechenland ein Auswanderungsland. Die Auswanderung fing sogar früher an, bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Griechen gingen in die USA, nach Australien und Kanada. In den fünfziger Jahren kam eine neue Auswanderungswelle, weil das Land nach dem Zweiten Weltkrieg und dem darauf folgenden Bürgerkrieg völlig ruiniert war. Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre wurde Deutschland das Zielland: Die Griechen gingen als Gastarbeiter nach Deutschland.

Griechenland lebte im Lauf seiner Geschichte zeitweilig in einem Oxymoron. Einerseits verließen die Griechen ihr Land, um anderswo Arbeit und bessere Lebensbedingungen zu finden. Andererseits wurde das Leben in Griechenland durch die Auswanderung nicht leichter, weil immer wieder Griechen der Diaspora als Vertriebene oder Flüchtlinge ins Land kamen.

Im Film *Die Ewigkeit und ein Tag* von Theo Angelopoulos gibt es eine Szene, in der Kinder auf einen Zaun klettern und von dort aus die griechische Seite der Grenze beobachten. Der Film wurde 1998 gedreht und die Grenze ist die griechisch-albanische Grenze. Die Migration von Albanien nach Griechenland begann mit dem Zusammenbruch des sozialistischen Regimes und setzte sich in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ununterbrochen fort. Albaner, und mit ihnen Bulgaren und Rumänen, waren die ersten nicht griechischen Einwanderer. Sie waren auch die ersten, die in kein krisengeschütteltes Land kamen, sondern in das Land des florierenden, fiktiven Reichtums.

Trotzdem war die Sorge der damaligen Regierung und der Bevölkerung sehr groß. Der Aufstieg der Neonazi-Partei Goldene Morgenröte begann während dieser Zeit und gewann schnell an Dynamik.

"Euch Griechen immer beneidet"

Das Misstrauen gegenüber unseren balkanischen Nachbarn hatte primär historische Gründe. Die Geschichte des Balkans ist eine Geschichte der Kriege und Animositäten. Die Wurzeln dieses gegenseitigen Misstrauens liegen im Balkannationalismus. Sowohl die Staaten als auch die Völker auf dem Balkan sind nationalistisch und haben wenig Vertrauen zueinander. Griechenland war das einzige Land des westlichen Bündnisses auf dem Balkan.

Vor Jahren sagte mir ein albanischer Taxifahrer: "Wir haben euch Griechen immer beneidet. Wir dachten, ihr lebt in einem Paradies, während wir in der Hölle schufteten. Als die Grenze geöffnet wurde, war ich einer der ersten, der nach Griechenland gezogen ist."

Sie glaubten also, sie seien ins Paradies gekommen. Nur dass die Hölle real und das Paradies fiktiv war. Das bekamen sie nach einigen Jahren zu ebenso zu spüren wie die Griechen.

Der Beitritt Griechenlands zur Währungsunion brachte auch die ersten Einwanderer aus Asien und Afrika. Griechenland war nicht mehr Balkan, sondern Europa, und diese Menschen wollten nach Europa. Das Einwanderungsproblem Griechenlands wurde "internationalisiert".

Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede gibt es zwischen den Vertriebenen und den Flüchtlingen der Vergangenheit und jenen, die jetzt nach Griechenland kommen?

Die wichtigste Gemeinsamkeit ist die Krise. Sowohl die vertriebenen Griechen im Jahr 1922, als auch die Opfer des Bevölkerungsaustauschs von 1924 kamen in ein von der Krise hart getroffenes Land. So wie die Flüchtlinge von heute.

Die Krise ist auf den Inseln Lesbos oder Chios, wo die Flüchtlinge ankommen, weniger zu spüren als in Athen. Der Schwerpunkt der Krise liegt in der Hauptstadt. Das Athener Zentrum ist mittlerweile zu einem riesigen Obdachlosenheim geworden. Man sieht überall Obdachlose, die auf den Bürgersteigen ihr Bett einrichten, sogar in Einkaufsstraßen wie der Stadiou-Straße.

Flüchtlinge heute viel freundlicher behandelt

Warum Griechenland schon lange ein Flüchtlingsland ist Trotz der jahrelangen Wirtschaftskrise leben in Griechenland jetzt Zehntausende Flüchtlinge. Und Hundertt....

Diese Obdachlosen sind keine Flüchtlinge, sondern Griechen. Die Flüchtlinge sind in Hotspots oder Aufnahmezentren untergebracht. Zwar sind die Lebensbedingungen in diesen Zentren oft kläglich, trotzdem müssen (oder dürfen) die Flüchtlinge nicht auf der Straße leben. Früher, als die Grenze in Idomeni das Ziel für die Weiterreise der Flüchtlinge war, besetzten die Flüchtlinge den Victoria-Platz, weil von dort aus die Bahn nach Idomeni schneller zu erreichen ist. Jetzt ist der Victoria-Platz frei, weil Idomeni gesperrt ist.

Die andere Gemeinsamkeit ist, dass die große Zahl der Neuankömmlinge Flüchtlinge sind und keine Migranten, genauso wie die griechischen Flüchtlinge Anfang des vorigen Jahrhunderts.

Und es gibt einen Unterschied. Die Flüchtlinge von heute werden viel freundlicher behandelt als die griechischen Einwanderer der zwanziger Jahre. Grund dafür ist, dass in vielen Ortschaften die Mehrheit der Bevölkerung aus ehemaligen Einwanderern besteht. Das gilt besonders für Lesbos. Der Schrecken von damals lebt als Narrativ in den Familien weiter. Griechen der jüngeren Generation haben Mitleid mit den Flüchtlingen, weil sie wissen, wie ihre Vorfahren gelitten haben.

Es ist interessant, dass die Beziehung zwischen den Flüchtlingsbewegungen und Krise auch das Verhältnis zwischen Ein- und Auswanderung neu belebt hat. Ähnlich wie Anfang des 20. Jahrhunderts ist Griechenland ein Einwanderungsland und zugleich ein Auswanderungsland. Auch heute verlassen junge Griechen ihr Land auf der Suche nach Arbeit irgendwo in der Welt. Der Unterschied liegt im Bildungsniveau. Weder sind diese jungen Leute arme Bauern, wie ihre Vorfahren der zwanziger Jahre, noch gehören sie zur Gastarbeitergeneration. Alle haben ein Studium, fast alle einen Master, manche sogar einen Dokortitel.

Weglaufen ist Teil unserer Geschichte

Ich höre oft, diese jungen Leute wanderten hauptsächlich nach Europa aus, und weil Griechenland zur EU gehört, sei das nicht so schlimm. Da machen wir es uns zu einfach. Bis die Krise vorbei ist, werden mindestens zwei Generationen aus Griechenland weglaufen sein, und das in einem Land mit einer alternden Bevölkerung. Weglaufen ist Teil unserer Geschichte.

Der große Unterschied zwischen damals und heute ist aber, dass für die neuen Flüchtlinge Griechenland die Eingangstür zu Europa ist. Alle früheren Flüchtlinge und Migranten wollten in Griechenland ein neues Leben beginnen, nicht nur die Griechen, sondern auch die Einwanderer aus den Balkanländern, besonders die Albaner. Die Flüchtlinge, die jetzt nach Griechenland kommen, wollen ihre Reise nach Europa fortsetzen. Und wenn sie Europa sagen, dann meinen sie vor allem Deutschland.

Das erinnert mich an meine Jugendjahre in Istanbul. Damals sagten die Türken, die aus der Provinz nach Istanbul kamen: "Die Steine und die Erde in Istanbul sind aus Gold." Die Flüchtlinge glauben ebenfalls, die Steine und die Erde Deutschlands seien aus Gold.

Ganz unrecht haben sie nicht. Denn wenn auch die Steine und die Erde Deutschlands nicht aus Gold sind, so hat Deutschland als einziges EU-Land eine Million Flüchtlinge aufgenommen. Welches andere EU-Land hat nur einen Bruchteil davon akzeptiert, Schweden ausgenommen?

Die meisten EU-Länder haben sich verschanzt, die Grenzen geschlossen, teilweise auch Mauern hochgezogen und schauen einfach weg. Diese Länder wären begeistert, wenn Griechenland und Italien stillschweigend zum Sammelbecken für Flüchtlinge würden, aber das darf man nicht laut sagen.

Das Weglaufen ist in der Geschichte Griechenlands zu einer Art antiken Tragödie geworden, die immer wieder neu aufgeführt wird. Kürzlich übten die Europäer mehrheitlich das Wegschauen. Das Weglaufen hat die Probleme Griechenlands nicht gelöst. Das Wegschauen wird das Flüchtlingsproblem auch nicht lösen.

Warum Griechenland schon lange ein Flüchtlingsland ist Trotz der jahrelangen Wirtschaftskrise leben in Griechenland jetzt Zehntausende Flüchtlinge. Und Hundert....

End of Document

Zahlt Australien Geld an Menschen schmuggler?; Australiens Premier nährt Vermutungen, dass sein Land Flüchtlinge mit zweifelhaften Methoden abwehrt. Vorwürfe aus Indonesien dementierte er nämlich nicht.

ZEIT-online

Freitag 12. Juni 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 24

Length: 333 words

Body

Australiens Premier Tony Abbott

© Lukas Coch/dpa

Die australische Regierung muss sich wieder für ihren Umgang mit **Flüchtlingen** erklären, die jüngsten Vorwürfe kommen aus Indonesien: Australien soll demnach Geld an Menschen schmuggler gezahlt haben, um sie vor der australischen Küste zur Umkehr zu bewegen. Angesprochen auf die Vorwürfe reagierte Premierminister Tony Abbott ausweichend. Er sagte, die Grenzschutzbehörden seien mit ihren Strategien gegen Menschen schmuggel "unglaublich kreativ".

Indonesien hatte sich zuvor sehr besorgt über Berichte geäußert, Australien habe der sechsköpfigen Besatzung eines Schmugglerbootes umgerechnet je 4.450 Euro pro Mann gezahlt, damit sie vor Australien abdrehen.

An Bord gewesen seien demnach 65 Migranten, vorwiegend aus Sri Lanka und Bangladesch, unter ihnen Kinder und eine Schwangere. Ein australisches Kriegsschiff habe das Boot abgefangen. Nach Erreichen der australischen Gewässer sei ein Marineoffizier an Bord gegangen, der Indonesisch gesprochen und über ihre Rückkehr auf indonesisches Gebiet verhandelt habe. Die Schmuggler hätten bei der Umkehr auch zwei Boote, Nahrung und Treibstoff erhalten.

Abbott wies diese Darstellung nicht zurück, sondern sagte Radio 3AW: "Wir müssen diesen Handel auf Biegen und Brechen stoppen." Australien werde das dazu Nötige tun. Er wolle nicht erörtern, auf welchem Wege dieses Ziel erreicht werde. Am Vortag hatte auch Einwanderungsminister Peter Dutton gesagt, sein Haus kommentiere laufende operative Angelegenheiten nicht.

Australien verbietet allen Flüchtlingen, die an seinen Küsten mit Booten ankommen, sich anzusiedeln. Seit fast zwei Jahren sitzen auf der Pazifikinsel Nauru vor Australien deshalb Hunderte Menschen fest. Für sie hat die australische Regierung kürzlich ein Abkommen mit Kambodscha geschlossen: Australien zahlt dem südostasiatischen Land umgerechnet 28 Millionen Euro für die Aufnahme der Flüchtlinge. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch kritisiert die Zahlung als "Blutgeld".

Zahlt Australien Geld an Menschenschmuggler? Australiens Premier nährt Vermutungen, dass sein Land Flüchtlinge mit zweifelhaften Methoden abwehrt. Vorwürfe aus

Load-Date: June 12, 2015

End of Document

Alle wollen die Wurzelbehandlung; Fluchtursachen bekämpfen? Darauf kann man sich immer einigen. Doch wie präzise und hilfreich kann eine Forderung sein, die von AfD bis zu den Grünen allen passt?

ZEIT-online

Donnerstag 24. März 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlingspolitik; Ausg. 13

Length: 801 words

Byline: Lenz Jacobsen

Body

Merkwürdig, diese Einigkeit. Die AfD schreibt in ihrem Programmentwurf: "Fluchtursachen in den Herkunftsländern müssen bekämpft werden". Die große Koalition hat im vergangenen September den ersten Punkt in ihrem **Flüchtlingspaket** überschrieben mit "Fluchtursachen bekämpfen". Der Linke-Parteichef Bernd Riexinger forderte nach der Einigung zwischen EU und Türkei wörtlich das gleiche, und die Grünen reden sowieso schon seit Jahren davon.

Wie klar und präzise kann ein Konzept sein, das von der AfD ebenso vertreten wird wie von den Grünen? "Fluchtursachen bekämpfen" wird zum Mantra. In seiner Allgemeinheit steht es für nichts weniger als den Anspruch, die gesamte Welt lebenswert zu machen. Jeder soll dort glücklich sein, wo er ist. Dagegen kann natürlich niemand etwas haben, so wie niemand gegen den Weltfrieden ist.

Das ist der erste Grund für die allumfassende Beliebtheit der Forderung: Sie garantiert einhellige Zustimmung beim Publikum. Sobald man aber versucht, sie in die Praxis umzusetzen, wird es kompliziert. In Syrien beispielsweise scheitern Europa und USA seit Jahren daran, die dortige Fluchtursache, den Bürgerkrieg, erfolgreich zu bekämpfen.

Für die Entwicklungspolitik, deren ureigene Aufgabe es ja ist, Lebensbedingungen zu verbessern, birgt die gegenwärtige Hochkonjunktur des Begriffs sogar Gefahren. Die Migrations- und Entwicklungsexperten Steffen Angenendt und Anne Koch von der Stiftung Wissenschaft und Politik nennen in einem Papier über das "Mantra der Fluchtursachenbekämpfung" gleich drei davon. Erstens: Projekte der Entwicklungszusammenarbeit, die gezielt die Flucht nach Europa verhindern, könnten nun den Vorzug erhalten vor Projekten, die allgemein das Leben vor Ort verbessern. "Zweitens könne das Mantra der Fluchtursachenbekämpfung überzogene Erwartungen an die Entwicklungszusammenarbeit wecken, die zwangsläufig enttäuscht werden", schreiben die Wissenschaftler. So wie beim Weltfrieden.

Drittens: Der Verweis auf die Fluchtursachen könnte von der Notwendigkeit ablenken, die nationale und europäische Asylpolitik zu reformieren. Das ist auch der zweite Grund für die Beliebtheit des Fluchtursachen-

Alle wollen die Wurzelbehandlung Fluchtursachen bekämpfen? Darauf kann man sich immer einigen. Doch wie präzise und hilfreich kann eine Forderung sein, die von

Arguments. Es hilft manchen, die es nutzen, selbst bei der Flucht - nämlich vor der Frage, wie man mit denen umgehen soll, die schon hier sind oder auf dem Weg.

Die Forderung dient auch auf der zeitlichen Ebene der Entlastung. Denn der Fluchtursachen-Konsens wird ja erst jetzt populär, da es eigentlich zu spät ist. Mit Mikrokrediten, Brunnenbau und Aktionsplänen zur Korruptionsbekämpfung bekommt man keinen einzigen syrischen Flüchtling zurück in sein Land. In dieser Hinsicht ist das Reden von den Fluchtursachen der entlastende Verweis auf eine bereits verkorkste Vergangenheit, an der man nun auch nichts mehr ändern kann.

Es ist komplizierter

Das funktioniert noch auf einer weiteren Ebene. Die Fluchtursachen liegen immer in den Herkunftsländern und damit höchstens unter indirektem Einfluss zum Beispiel deutscher Politik. Wie sollten sie - oder die UN, die EU, die USA - die globalen Lebensverhältnisse steuern? Eine Weltregierung gibt es nicht, die nationale Entwicklungspolitik kann nur Angebote machen, Diplomatie allenfalls Druck ausüben. Das bedeutet: Der Kampf gegen die Fluchtursachen kann gar nicht von denen gewonnen werden, die ihn fordern.

Deshalb ist das Ziel nicht falsch, Menschen ein besseres Leben dort zu ermöglichen, wo sie gerade sind. Es ist nur leider komplizierter.

Zum Beispiel beim Klimawandel: Er dürfte in Zukunft eine der wichtigsten Fluchtursachen sein, weshalb es kontraproduktiv ist, wenn die AfD an anderer Stelle in ihrem Programm die Förderung erneuerbarer Energien abschaffen will.

Beispiel Rüstungsexporte: Sie zu verbieten ist der Kern der linken Fluchtursachen-Politik. Nun hat es aber den Kurden im Nordirak und teilweise in Syrien bei der Verteidigung ihrer Gebiete gegen den IS durchaus geholfen, Waffen auch aus Deutschland zu bekommen. Sonst wären sie in noch größeren Zahlen vertrieben worden und in Europa gelandet. Wie wägt man diesen Nutzen mit dem Schaden ab, den die Waffen vielleicht später noch anrichten werden?

Beispiel Freihandel: Die so genannten Wirtschaftsflüchtlinge sind die Kehrseite einer globalen Ökonomie, die schon allein deshalb Verlierer produzieren muss, weil sie auf Wettbewerb ausgerichtet ist. Wer bessere Lebensbedingungen für afrikanische Bauern und Farmer will, muss über europäische Zölle reden und Agrarsubventionen, die wiederum den Bauern hier ein Auskommen nach aktuellen europäischen Standards ermöglichen.

Es gilt also: Die Bekämpfung von Fluchtursachen ist nicht umsonst zu haben. Sie geht, wie jede Politik, auf Kosten anderer Interessen. Die Wurzelbehandlung, die sich in der Flüchtlingspolitik alle wünschen, ist also schmerzhaft. Über diese Schmerzen aber wird nicht so gern gesprochen.

Load-Date: March 24, 2016

"Sexuelle Gewalt gibt es in allen Schichten"; Wie lassen sich Übergriffe wie in Köln verhindern? Der Verein Zartbitter entwickelt Präventionsmaßnahmen gegen sexuelle Gewalt. Auch für Flüchtlingsheime.

ZEIT-online

Montag 11. Januar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Köln; Ausg. 2

Length: 2681 words

Byline: Annett Gröschner

Body

Proteste gegen sexuelle Gewalt in Köln vom 10. Januar

© Maja Hitij/dpa

ZEIT ONLINE: Frau Romahn, Sie arbeiten beim Kölner Verein Zartbitter, der Opfer sexuellen Missbrauchs berät und Präventionsmaßnahmen erarbeitet. Inwiefern haben die Übergriffe in der Silvesternacht vor dem Kölner Hauptbahnhof und die nachfolgenden Diskussionen Ihre Arbeit beeinflusst?

Esther Romahn: Wir sind in einer schwierigen Lage. Seit fast 30 Jahren versuchen wir von Zartbitter e.V. wie auch die Frauenberatungsstellen, der Notruf und die Frauenhäuser, für dieses Thema Aufmerksamkeit zu schaffen. Trotzdem scheint es immer noch nicht im öffentlichen Bewusstsein zu sein. Wenn es zu Übergriffen kommt wie an Silvester, dann ist das Thema in aller Munde. In der Regel ist dann aber auch vier Wochen später das Interesse erloschen. Das hat für mich eine ähnliche Qualität wie in aktuellen Fällen von Kindesentführung oder Sexualdelikten mit Kindstötung, die stets einen Hype in den Medien auslösen. Da Köln eine Medienstadt ist, haben wir viele Anfragen von Journalist*innen zu dem speziellen Vorfall, allerdings nur selten zu unserer täglichen Arbeit.

ZEIT ONLINE: Das ist sicherlich frustrierend.

Romahn: Es wird kaum darüber berichtet, wie häufig Mädchen und Jungen sexuelle Gewalt erleben, oder dass wir nur ein unzureichendes Hilfsangebot für kindliche und jugendliche Opfer sexueller Gewalt haben und die Kölner Frauenhäuser stets überfüllt sind. Das scheint die Öffentlichkeit nicht zu interessieren. Wen wundert es da, dass auch kaum jemand zur Kenntnis nimmt, dass Zartbitter nach drei Jahrzehnten engagierter Arbeit bis jetzt nur zu etwa 50 Prozent öffentlich finanziert ist. Das haben wir im Herbst wieder schmerzhaft zu spüren bekommen: Aufgrund der Flüchtlingsproblematik bekamen wir kaum Spenden, und Teile unserer Arbeit waren existenziell gefährdet.

"Sexuelle Gewalt gibt es in allen Schichten" Wie lassen sich Übergriffe wie in Köln verhindern? Der Verein Zartbitter entwickelt Präventionsmaßnahmen gegen sexu....

ZEIT ONLINE: Wann kommt die neue Oberbürgermeisterin Henriette Reker bei Ihnen vorbei, als Zeichen der Unterstützung Ihrer Arbeit?

Romahn: Ich glaube, die ist noch mit anderem beschäftigt. Aber es wäre schön, wenn sie käme.

ZEIT ONLINE: Henriette Rekers Empfehlung in einer Pressekonferenz an Frauen und Mädchen, eine Armlänge Abstand zwischen sich und Fremden zu halten, ist ja im Prinzip das Gegenteil von dem, wofür Sie stehen.

Romahn: Das war sehr unglücklich, denn das verschiebt natürlich die Verantwortung hin zu den Opfern, hin zu den Betroffenen und nicht zu denen, die die Übergriffe oder die Gewalt ausüben. Aber sie hat sich inzwischen entschuldigt.

ZEIT ONLINE: Hat sich aus Ihrer Sicht die politische und gesellschaftliche Debatte über Gewalt gegen Frauen und Kinder in den vergangenen Jahrzehnten verändert?

Romahn: Was sich verändert hat, ist die Diskussion über sexuellen Missbrauch an Mädchen und Jungen. Einfach dadurch, dass mehr Fälle publik wurden. Sicherlich war auch entscheidend, dass sich männliche Betroffene aus Eliteschulen zu Wort meldeten. Ihre Berichte fanden plötzlich auch in Kreisen Beachtung, die sexuelle Gewalt zuvor bagatellisiert hatten. Die Debatte ist offener geworden. Aber ich glaube auch, dass es einfacher ist, Missbrauch an kleinen Kindern zu verurteilen, als sich einzugestehen, wie viele Jugendliche und auch erwachsene Frauen sexuelle Gewalt erleben - insbesondere in Form häuslicher Gewalt. Erwachsene Frauen finden nach Vergewaltigungen in der Partnerschaft bisher viel zu wenig Unterstützung in ihrem sozialen Umfeld.

ZEIT ONLINE: Sie haben auf Ihrer Internetseite auf die Gefahr hingewiesen, dass Rechtsextreme solche Gruppen, die sich mit Missbrauch auseinandersetzen, unterwandern. Sie würden sie als Forum nutzen, um die Wiedereinführung der Todesstrafe für Kinderschänder zu fordern.

Romahn: Es gibt immer wieder Gruppen, die mit dem Thema Missbrauch versuchen, Stimmung zu machen. Die gleiche Gefahr sehe ich jetzt nach den sexuellen Übergriffen am Silvesterabend. Dass nämlich Gewalt, die allem Anschein nach von Migranten verübt wurde, von der rechten Szene im Sinne einer rassistischen Fremdenfeindlichkeit instrumentalisiert wird.

ZEIT ONLINE: Die feministische Bloggerin Antje Schrupp, die sich zu den Ereignissen auf *Stern.de* geäußert hat, war danach reichlich niedergeschlagen, weil sich nach ihrer Meinung das Narrativ "schwarzer Mann vergewaltigt weiße Frau" nicht nur in den Kommentaren, sondern auch in den Artikeln anderer Zeitungen durchgesetzt hat. Man denke nur an die Titelseite des *Focus*, die sämtliche rassistische Stereotype bediente.

Romahn: Die Gefahr ist groß, dass es einen Rechtsruck gibt. Dabei gab und gibt es weltweit in allen Kulturen Angriffe auf Frauen und Kinder, es gibt weltweit sexualisierte Gewalt. Und es gibt Zahlen dazu. Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) hat eine Analyse herausgegeben, die besagt, dass 32 Prozent der Frauen seit ihrem 15. Lebensjahr körperliche und sexuelle Gewalt erfahren haben. Das entspricht 62 Millionen Frauen in Europa. Es gibt inzwischen Untersuchungen zum Thema körperliche, psychische und sexuelle Gewalt, herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Sie sind erschütternd genug, um politische Entscheidungen für einen Ausbau der Präventionsangebote und Hilfen für die Betroffenen zu begründen.

ZEIT ONLINE: Ich glaube, fast jede von uns kann diese Geschichten erzählen, wie es unter dem Hashtag "#aufschrei" vor drei Jahren ja auch geschah. Es ging da nicht nur um Dirndl und anzügliche Bemerkungen älterer Männer, wie jetzt oft zur Herabsetzung der dort beschriebenen Erlebnisse angeführt wird.

Romahn: Insofern sehe ich die aktuelle Debatte als eine Chance, das große Ausmaß sexueller Gewalt in öffentlichen Räumen nochmals zu benennen. Sexuelle Gewalt gibt es in allen Schichten, betroffen sind alle Altersgruppen: Mädchen, Frauen und Seniorinnen. In die Beratung zu Zartbitter kommen viele Mädchen, die von Übergriffen in der Bahn oder in der Diskothek berichten. Es gibt - was so gut wie nie thematisiert wird - auch

"Sexuelle Gewalt gibt es in allen Schichten" Wie lassen sich Übergriffe wie in Köln verhindern? Der Verein Zartbitter entwickelt Präventionsmaßnahmen gegen sexu....

sexuelle Gewalt gegen Jungen. Wenn es zwischen oder in Gruppen von Jugendlichen zu Auseinandersetzungen kommt, ist sexualisierte Gewalt immer auch ein Mittel, um andere Jungen zu demütigen. Jungen haben bis heute nicht in ihrem Kopf, dass ihnen das passieren kann. Deswegen sprechen sie noch weniger über sexuelle Gewalterfahrungen. Mädchen tauschen sich häufiger darüber aus, was passieren kann. Sie wissen häufig, wo es Beratungsstellen gibt bzw. wie sie eine finden können.

ZEIT ONLINE: Sie bieten auch Kurse speziell für Jungen an.

Romahn: Ja, dort können sich Jungen regelmäßig damit auseinandersetzen, dass sexuelle Übergriffe niemals eine "witzige" Form der Sexualität sind, sondern immer Gewalt. Sie ist zudem eine Machtdemonstration: Der sexuell übergriffige Täter schüchtert das Opfer durch körperliche oder sich aus seiner Rolle oder der Situation ergebende Überlegenheit ein.

ZEIT ONLINE: Alice Schwarzer hat in der *Emma* davon gesprochen, dass die jungen Männer vom Hauptbahnhof Produkt einer falschen Toleranz sind, die nicht auf eine Integration dieser Menschen bestand. Wie sehen Sie das als Expertin?

Romahn: Das extreme Maß der Gewalt am Kölner Hauptbahnhof lässt sich nicht auf eine Ursache reduzieren. Da spielen sicherlich viele Faktoren eine Rolle. Die Formen der Gewalt kennen wir allerdings auch aus anderen Situationen und auch von deutschen Männern. Ein besonders hohes Risiko sexueller Gewalthandlungen von Gruppen besteht bei Anlässen, in denen Männer Alkoholkonsum als Ausrede für einen vermeintlichen Kontrollverlust angeben und sich gegenseitig in ihrem übergriffigen Verhalten verstärken. An Zartbitter wenden sich immer wieder Mädchen und junge Frauen, die von einer Männergruppe "angetanzt" und begripscht wurden - zum Beispiel in Diskotheken oder auch im Karneval. Es ist eine Form der Verdrängung der alltäglichen Gewalt gegen Mädchen und Frauen im öffentlichen Raum, wenn die Gewalt am Silvesterabend jetzt ausschließlich im Zusammenhang mit Männern mit Migrationshintergrund diskutiert wird.

ZEIT ONLINE: Nur lässt sich ein gewisser Zusammenhang wohl nicht abstreiten.

Romahn: Man muss sorgfältig analysieren, inwieweit biografische Vorerfahrungen und die aktuelle Lebenssituation junger Migranten ebenso eine Ursache für die massiven Gewalthandlungen waren. Bis heute haben Flüchtlingseinrichtungen keine funktionierenden Schutzkonzepte, die ein klares Regelwerk des grenzachtenden Umgangs in unserer Gesellschaft vermitteln und zugleich auch den Flüchtlingen Schutz anbieten. Aus der langen Dauer der Bearbeitung der Asylanträge und aus einer völlig unzureichenden personellen und räumlichen Ausstattung der Unterkünfte ergibt sich ein deutlich erhöhtes Risiko, dass Spannungen sich in Gewalthandlungen innerhalb und außerhalb der Flüchtlingsunterkünfte entladen.

ZEIT ONLINE: Was muss in den Unterkünften unternommen werden?

Romahn: Zartbitter weist seit Wochen darauf hin: Schutzkonzepte in Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge sind einer der grundlegenden Schritte zur Integration. Es braucht nicht nur Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Frauen und Kindern, sondern auch von männlichen Jugendlichen. Da sind Länder und Kommunen gefordert.

ZEIT ONLINE: Zu den Ereignissen in Köln soll auch die Überforderung der Polizei beigetragen haben.

Romahn: Eine neue Qualität der Ereignisse am Kölner Hauptbahnhof ist sicherlich, dass die Täter wenig Angst hatten, gefasst zu werden. Das ist gefährlich, denn wenn Gewalt nicht gestoppt wird und darauf keine klaren Konsequenzen folgen, nimmt das Ausmaß anschließend häufig noch zu.

ZEIT ONLINE: Könnte man es unter dem Begriff Machokultur fassen?

Romahn: Das macht wieder die Männer an sich zu den Bösen. Es geht eigentlich darum, dass wir eine hierarchische Gesellschaft haben, in der Macht ungleich verteilt ist. Es trifft immer diejenigen, die weniger Macht, weniger Ressourcen oder weniger Möglichkeiten haben. Es ist in Deutschland heute noch so, dass Frauen letztlich

"Sexuelle Gewalt gibt es in allen Schichten" Wie lassen sich Übergriffe wie in Köln verhindern? Der Verein Zartbitter entwickelt Präventionsmaßnahmen gegen sexu....

weniger Ressourcen haben als Männer. Die Frauenhäuser haben die Erfahrung gemacht, dass Frauen jahrelang in Gewaltbeziehungen geblieben sind, weil sie ökonomisch abhängig waren. Oder zumindest dachten, sie seien ökonomisch abhängig.

ZEIT ONLINE: Sie arbeiten gerade an dem Modellprojekt "Sichere Orte schaffen". Da geht es auch um Schutz in öffentlichen Verkehrsmitteln.

Romahn: Ja, wir entwickeln gemeinsam mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein Konzept gegen sexuelle Grenzverletzungen in Institutionen. Jugendliche und junge Erwachsenen geben an, dass sie im öffentlichen Raum sehr viele Übergriffe erleben, zum Beispiel in der Disco oder in Bussen und Bahnen. Viele junge Frauen und Mädchen beschreiben, dass ihre Mobilität immer wieder durch den Gedanken eingeschränkt wird, dass "etwas passieren kann". Sie erzählen, dass sie auch heute noch nicht das Gefühl haben, sich draußen unbeobachtet bewegen zu können. Die Teilnehmerinnen der Workshops berichteten von sexuellen Belästigungen in Bussen und Straßenbahnen: Männer nutzen zum Beispiel die Nähe und Enge aus und reiben sich an jungen Frauen oder fassen ihnen von hinten in den Schritt. Es gibt in Bussen und Bahnen zwar Aufkleber, die das Essen und Trinken verbieten, nicht aber sexuelle Belästigung. Junge Frauen fordern entsprechende Aufkleber. Davon erhoffen sie sich, dass andere Fahrgäste mehr Zivilcourage zeigen und aktiv einschreiten, wenn sie einen Übergriff beobachten.

ZEIT ONLINE: Wenden sich auch jugendliche Geflüchtete an Sie?

Romahn: Ich glaube, die jetzigen Flüchtlinge sind im Moment noch mit anderen Themen beschäftigt. Zartbitter kooperiert jedoch mit Beratungsstellen und Unterkünften für Flüchtlinge. Wir werden für die hauptamtlichen Mitarbeiter*innen Fachberatungen anbieten - sowohl hinsichtlich ihrer Arbeit mit geflüchteten Mädchen und Jungen und deren Familien als auch der eigenen Psychohygiene.

ZEIT ONLINE: In großen Flüchtlingsunterkünften, wie jetzt in den Notunterkünften, ist die Frage der Privat- oder Intimsphäre ja immer eine wichtige, weil es sie meistens nicht gibt. Dort sind Frauen und Mädchen oft nicht sicher. Das war vor 26 Jahren nicht anders, als junge geflüchtete Ostdeutsche versucht haben, aus den Notunterkünften herauszukommen, weil sie sexuell belästigt wurden.

Romahn: Da haben Sie recht. Was bei dem Problem der Flüchtlingsunterkünfte aber oft vergessen wird, ist die sexualisierte Gewalt gegen junge heranwachsende Männer, die oft gemeinsam mit Männern untergebracht sind und zum Beispiel keine eigenen Duschzeiten haben. Zartbitter hat Mindeststandards für Gemeinschaftsunterkünfte und die Broschüre *Flüchtlingskinder haben Rechte* publiziert. Die leicht verständlichen Bilder der Broschüre informieren Kinder über ihre Rechte: Jedes Mädchen und jeder Junge hat das Recht, ungestört zu duschen und aufs Klo zu gehen. Jedes Kind hat das Recht, Spaß zu haben ... Die Mädchen und Jungen sollen wissen, dass es Schutzräume und Ansprechpartner*innen für sie gibt.

10 nach 8 Politisch, poetisch, polemisch in den Abend. Dreimal wöchentlich erscheint eine neue Kolumne vom Autorinnen-Kollektiv "10 nach 8". Abonnieren Sie alle Texte per Mail. Jetzt anmelden

ZEIT ONLINE: Spielt es eine Rolle, aus welcher Kultur jemand in Ihre Beratung kommt - also ob es eine Kultur ist, in der die Rechte für Frauen und Mädchen beschränkt sind, oder eine, wo sie vor dem Gesetz den Männern gleichgestellt sind?

Romahn: Ein Unterschied besteht sicherlich darin, dass Mädchen und Frauen in sehr unterschiedlichem Maße über ihre Rechte und Möglichkeiten der Hilfe informiert sind. Viele Frauen mit türkischem Migrationshintergrund glauben zum Beispiel, dass in Deutschland Frauen schon immer rechtlich gleichgestellt waren. Sie können sich nicht vorstellen, dass auch in Deutschland die Rolle der Frau sich in den letzten Jahrzehnten sehr verändert hat.

ZEIT ONLINE: Hat der anhaltend hohe Konsum von Pornografie im Netz durch Jugendliche Auswirkungen auf das Thema sexualisierte Gewalt?

"Sexuelle Gewalt gibt es in allen Schichten" Wie lassen sich Übergriffe wie in Köln verhindern? Der Verein Zartbitter entwickelt Präventionsmaßnahmen gegen sexu....

Romahn: Unsere Beratung wird sehr von der rasanten Entwicklung in der medialen Welt bestimmt. In sehr vielen Fällen, die bei Zartbitter gemeldet werden, wurden Mädchen und Jungen pornografisch ausgebeutet: Entweder wurden sie mit (kinder-)pornografischem Material im Netz konfrontiert oder aber sie verschickten im Netz Nacktbilder von sich selbst bzw. entkleiden sich auf Bitte einer anderen Person vor der Webcam. Als Antwort auf das große Ausmaß der pornografischen Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen beschäftigt sich Zartbitter in diesem Jahr mit dem Recht am eigenen Bild. Wir wollen auch mit Eltern und pädagogischen Fachkräften über ihren Umgang mit Kinderbildern ins Gespräch kommen. Eine unserer Forderungen ist zum Beispiel: Keine Kinderfotos ins Netz!

ZEIT ONLINE: Arbeiten Sie in Köln auch mit der Polizei zusammen, beraten Sie zum Beispiel Polizisten?

Romahn: Die Kooperation zwischen der Polizei und Zartbitter war früher sehr viel intensiver. In den konkreten Einzelfällen gibt es jedoch mit den sehr kompetenten Kriminalbeamt*innen der Kölner Polizei eine gute Kooperation, wenn wir zum Beispiel betroffene Mädchen und Jungen und ihre Angehörigen zur polizeilichen Vernehmung begleiten.

ZEIT ONLINE: Können Sie abschätzen, ob solche Debatten wie die jetzt geführte Ihrer Arbeit mehr schaden als nützen?

Romahn: Ich hoffe, auch die jetzige Debatte bringt uns einen nächsten Schritt voran. Leider hat sich nach dem Skandal von 2010 um die Missbrauchsfälle in der Kirche und an der Odenwaldschule kaum etwas verbessert. Viel Medienwirbel, viele politische Debatten und wenig konkrete Ergebnisse. Es ist kaum vorstellbar, aber die Beratungsarbeit von Zartbitter Köln wird heute vom Land NRW trotz steigender Personal- und Sachkosten mit einem geringeren Betrag bezuschusst als vor 15 Jahren zur Jahrtausendwende. Das ist bei der ohnehin sehr belastenden Arbeit oftmals niederschmetternd. Rückblickend auf 30 Jahre Tätigkeit in diesem Bereich sehe ich dennoch einen entscheidenden Fortschritt: Betroffenen wird heute früher geglaubt.

Load-Date: January 12, 2016

Die große Mehrheit ist still; In Tröglitz setzte sich Bürgermeister Nierth für Flüchtlinge ein, seine Nachbarn demonstrierten mit der NPD dagegen. Und doch verliert er kein böses Wort über sie.

ZEIT-online

Mittwoch 11. März 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Tröglitz; Ausg. 10

Length: 1188 words

Byline: Lenz Jacobsen

Body

Der zurückgetretene ehrenamtliche Ortsbürgermeister von Tröglitz, Markus Nierth

© Jan Woitas/dpa

Was für ein Mist, denkt man. Markus Nierth, bis Freitag Ortsbürgermeister von Tröglitz in Sachsen-Anhalt, tritt zurück, aus Angst um seine Familie und aus Frust, alleingelassen zu werden. Die traurige Geschichte ist inzwischen im ganzen Land bekannt: **Asylbewerber** sollten in Nierths Dorf ziehen, er wollte sie willkommen heißen - die NPD und Anwohner wollten das nicht, sie demonstrierten dagegen, jede Woche. Am Ende wollten sie gar vor dem Haus des Bürgermeisters demonstrieren. Die Behörden verbieten das nicht. Nierth gibt auf.

Was für ein Mist. Doch dann sagt Nierth, in seinem wunderschönen, umgebauten Bauernhaus am höchsten Punkt seines Ortes auf der Couch sitzend: "Ich fühle mich geliebt."

Wie bitte? Vielleicht lohnt es sich doch, diese Geschichte, deren Eckpunkte Nierth mittlerweile einem Dutzend Fernsehteams erzählt hat, den Menschen vom Radio und von den Zeitungen und später an diesem Dienstagabend in der Talkshow von Markus Lanz, noch einmal genauer zu betrachten. Und mit ihr diesen Mann.

Nierth ist freiberuflicher Trauerredner. Empathie ist sein Job. Vor 30 Jahren flüchtete er mit seinen Eltern - der Vater war auch Theologe - aus dem Osten gen Westen. Zehn Jahre später kam er zurück, kaufte dieses alte Bauernhaus am Rande des Ortes und baute es drei Jahre lang um. Nun lebt er dort mit seiner Frau und sieben Kindern, "dank Patchwork", sagt Nierth. Hinter dem Sofa steht ein Flügel, darauf liegt ein Strauß Blumen. Auf dem Tisch und den Fensterregalen stehen Kerzen.

"Keiner will sie. Ich eigentlich auch nicht"

Im vergangenen Spätherbst begann die Geschichte. 50 bis 60 Asylbewerber wollte der Landkreis in Tröglitz unterbringen. Nierth legte sofort los. "Ich wusste ja, dass die NPD das ausnutzen wird, deswegen bin ich gleich selbst in die Offensive gegangen." Er hat also einen langen Text geschrieben, in der Gemeindezeitung *Blickpunkt*. "Wir ahnen, das wird Probleme geben", heißt es darin. Und später, in gefetteten Buchstaben: "Keiner will sie. Ich

Die große Mehrheit ist still In Tröglitz setzte sich Bürgermeister Nierth für Flüchtlinge ein, seine Nachbarn demonstrierten mit der NPD dagegen. Und doch verli....

eigentlich auch nicht. Aber sie sind einfach da." Nun sollten die Tröglitzer "allen Mut zusammennehmen" und "den Asylanten und Flüchtlingen offen und freundlich begegnen".

Es ist ein kitschiger Text und einer, der die Verunsicherung eines kleinen Dorfes angesichts der zuziehenden Asylbewerber mindestens ernst nimmt. An Weihnachten predigte der studierte Theologe Nierth erstmals seit Jahren wieder in der Kirche. "Dafür, die Herzen zu öffnen."

Doch statt Unterstützung von den Nachbarn kam Widerstand. "Da haben sich sofort besorgte Bürger und Wutbürger versammelt und dummerweise die NPD mit ins Boot gelassen." Das ist die schärfste Kritik, die Nierth überhaupt an den Tröglitzern äußert: dass sie die Rechtsradikalen die Demos haben anmelden lassen, "weil sie sich das selbst nicht zugetraut haben".

Rund hundert Menschen zogen jeden Sonntag durch den Ort, mit Trillerpfeifen und Laternen. Darunter seien auch extra angereiste Rechtsradikale gewesen, sagt Nierth. Er selbst baute einen Tisch auf, kochte Kaffee für alle, legte Broschüren aus über Asylverfahren. "Die meisten waren nur besorgte Bürger, in keiner Weise rechtsradikal. Die wollten einfach Informationen haben. Das kann ich gut verstehen." Nierth erzählt, seine älteren Töchter, "die haben auch mal in Berlin" gelebt, dort seien sie "schon auch mal von migrantisch aussehenden Männern belästigt worden".

Er traf sich mit dem Landrat, erzählte vom Widerstand im Ort und rang ihm die Zusage ab, maximal 40 statt wie vorher geplant mindestens 50 Asylbewerber in Tröglitz unterzubringen. Es war ein Zugeständnis.

Auf Facebook hatten die Asylbewerber-Gegner mittlerweile eine Seite gegründet, und als dort das Foto eines vom IS geköpften Mädchens als Argument gegen Asylbewerber gepostet wurde, hatten Nierth und seine Frau doch genug. Sie beschwerten sich über die Hetze und stritten sich mit der Tröglitzerin, die das Foto eingestellt hatte.

Nierth schrieb wieder einen Brief an das Dorf, diesmal etwas verzweifelter, klagender. Er wandte sich "an die große Mehrheit der Tröglitzer, die bisher abwartend und besonnen auf die Ankündigung reagiert hat". Doch die große Mehrheit blieb still.

Schließlich schlug er der NPD einen Deal vor: Sie, die immer betonen, gegen echte Kriegsflüchtlinge hätten sie nichts, kümmern sich um die Kriegsoffer unter den ankommenden Asylbewerbern. Und Nierth und die anderen, aufnahmebereiteren Tröglitzer kümmern sich um all jene, die aus Sicht der NPD sowieso nur Schmarotzer sind.

Letztes Kapitel: Anstatt auf Nierths Angebot einzugehen, kündigen die NPD-Veranstalter der Tröglitzer Demo an, am 8. März vor dem Haus des Bürgermeisters zu demonstrieren - "um ihn an seine Verantwortung zu erinnern". Nierth selbst erfährt erst am Donnerstag davon, das Landratsamt sagt, sie könnten die Demo nicht verbieten. Am Freitag tritt Nierth, der doch so viel richtig gemacht hat, zurück. Die NPD verlegt die Demo auf die normale Route. Am Montagabend stimmt der Kreistag der Unterbringung der Asylbewerber in Tröglitz zu.

"Die wurden von den NPD instrumentalisiert"

Nun, da es zu spät ist, stärken sie ihm den Rücken. In Berlin nennt Justizminister Heiko Maas Nierths Fall eine "Tragödie für die Demokratie", Politiker aller Parteien beklagen seinen Rücktritt. Auf dem alten Holztisch im Erdgeschoss von Nierths Haus liegt ein handgeschriebener Brief eines Nachbarn, der ihm seine Unterstützung versichert. Am Sonntag schon kam der Innenminister von Sachsen-Anhalt zum Friedensgebet nach Tröglitz. Bald sollen NPD-Demos vor den Häusern ehrenamtlicher Politiker verboten werden können. "Ich bekomme jetzt so viel Zuspruch, das tut so gut", sagt Nierth.

Aber Herr Nierth, hätten Sie die Unterstützung nicht vorher gebraucht, hätten nicht gerade die Tröglitzer Ihnen vorher beistehen müssen? "Die sind nicht schuld", sagt er, "die wurden von der NPD instrumentalisiert".

Wer dann schuld ist am Rücktritt? Nierth überlegt lange. Dann sagt er: "Eine Politik und eine Verwaltung, die mich nicht geschützt hat." Nicht die NPD, nicht die Asylgegner im Ort und nicht die vielen Tröglitzer, die sich nicht hinter ihren Bürgermeister stellten - nein, das Landratsamt. Weil es nicht sicher war, ob es die Demo vor seinem Haus

Die große Mehrheit ist still In Tröglitz setzte sich Bürgermeister Nierth für Flüchtlinge ein, seine Nachbarn demonstrierten mit der NPD dagegen. Und doch verli....

verbieten konnte. Das Landratsamt sitzt in Naumburg, 30 Kilometer entfernt. Nierth sieht dessen Mitarbeiter nicht jeden Tag auf der Straße. Seine Tröglitzer schon. Sie haben seine Empathie, die Institutionen des Staates haben sie nicht.

Im Zentrum von Tröglitz, vor dem Nahkauf und dem Lottogeschäft mit der Postannahme, steht das schwarze Brett der Gemeinde. Daran sind dicht an dicht Briefe geheftet, von Nierth und gegen ihn, von alten Anwohnern und ehemaligen Bürgermeistern. Manche mit Namen unterschrieben, andere anonym klagend oder pöbelnd.

Davor steht ein Mann in brauner Jacke, vielleicht 65 Jahre alt. Ganz schön was los hier bei Ihnen, oder? "Na, ist ja auch gut so", gibt er zurück. Warum? "Wird ja mal Zeit, dass sich was ändert." Aber dass Ihr Bürgermeister nun zurückgetreten ist, das ist doch nicht gut? "Dazu sagen wir nix", sagt der Mann.

Load-Date: March 11, 2015

End of Document

Israelische Justizministerin blamiert sich mit gefälschtem Video; Ajelet Schaked hat mit einem Video, das Gewalt eines Flüchtlings gegen einen Israeli zeigen soll, Stimmung gemacht. Sie gilt sogar in Netanjahus Kabinett als Hardlinerin.

ZEIT-online

Mittwoch 12. August 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlinge; Ausg. 32

Length: 283 words

Body

Ajelet Schaked, die israelische Justizministerin und Politikerin der Partei Jüdisches Heim

© Gali Tibbon/Pool/Reuters

Israels Justizministerin Ajelet Schaked hat sich mit der Veröffentlichung eines falschen Videos zu **Flüchtlingen** blamiert. Am Dienstag hatte sie auf Facebook einen Filmausschnitt veröffentlicht, der aus ihrer Sicht zeigen sollte, wie ein dunkelhäutiger Einwanderer einen Bewohner Tel Avivs angreift. Schaked schrieb dazu: Dieses Video beweise, wie unerträglich die Situation dort sei.

Mehrere Besucher der Seite wiesen Schaked darauf hin, dass die Szene nicht in Israel gefilmt wurde. "Da ist mir tatsächlich ein Fehler unterlaufen", hat sie nun im Gespräch mit dem Armeeradio Galei Zahal eingeräumt. Sie habe das Video aber sofort gelöscht, als ihr dessen Ursprung bekannt wurde. Medienberichten zufolge soll es in der Türkei entstanden sein.

Die Ministerin gehört der nationalreligiösen Partei Jüdisches Heim an, die der Siedlerbewegung nahesteht und rechtsextreme Tendenzen zeigt. Schaked hatte das Video veröffentlicht, bevor der Oberste Gerichtshof in Jerusalem über die Internierung afrikanischer Flüchtlinge in einem Gefängnis in der Negev-Wüste geurteilt hat. In der Entscheidung wies das Gericht die Justizbehörden an, die illegalen Einwanderer innerhalb von zwei Wochen freizulassen. Seit mehr als einem Jahr sind dort etwa 1.200 Menschen in Haft.

Schaked ist seit Mai Justizministerin. Sie fordert einen Einwanderungsstopp für Migranten aus Afrika und sorgte mit ihrem Plan für Aufsehen, die Gewaltenteilung aufzuweichen und die Macht des Obersten Gerichtshofs einzuschränken. Kritiker werfen ihr vor, damit die Demokratie in Israel zu gefährden.

Load-Date: August 12, 2015

Wir mussten die Wessis einholen; Ossis und Migranten haben viel gemeinsam - das hat sich in 25 Jahren Deutscher Einheit gezeigt. Nun müssen wir verhindern, dass sich die alten Fehler wiederholen.

ZEIT-online

Samstag 3. Oktober 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Deutsche Einheit; Ausg. 40

Length: 1462 words

Byline: Özlem Topçu

Body

Junge Türken tanzen beim Straßenfest zum 1. Mai 2010 in Berlin-Kreuzberg.

© Stephanie Pilick dpa

Manchmal fühle ich mich den Ossis ganz nah. Von vielen, die heute so alt sind wie ich, aufgewachsen in beiden Deutschlanden, weiß ich, dass sie ähnliche Erfahrungen gemacht haben wie ich: nicht durch Geburt deutsche Staatsbürgerin, das Kind von Türken, von Quasi-Wirtschaftsflüchtlingen. Nur, dass meine Eltern im Unterschied zu vielen anderen heute eine Einladung in der Tasche hatten und als Gastarbeiter die deutsche Wirtschaft mitankurbeln sollten; die selbst Kinder von Türken waren, Enkel von Osmanen, aufgewachsen hinter dem Eisernen Vorhang Bulgariens.

Ich weiß, liebe Heidenauer, liebe Freitaler und wo ihr Angsterfüllten alle wohnt. Mir wird auch schwindelig. Aber es ist nun mal, wie es ist. Es gibt kein Anrecht auf Klarheit und Eindeutigkeit, am wenigsten, wenn es um Identität geht.

Wir haben vieles gemeinsam. Wie Eure Familien kennen viele unserer Familien auch Umbrüche aus ihren Ländern, auch wenn es sich nicht immer um eine Diktatur handelte. Auch die alten Einwanderer mussten ganz von vorne anfangen. Alles, was sie bis zu ihrer Ankunft in Deutschland zu wissen glaubten, war nicht mehr viel wert. Weder die Sprachen, die sie in der Schule gelernt hatten, noch ihre Berufsabschlüsse (wenn sie denn welche hatten). Sie glaubten nicht mehr daran, dass es für sie und ihre Kinder eine Zukunft geben würde in der alten Heimat. Sie nahmen es hin, dass ihre Biografien Brüche durch die Auswanderung oder die Flucht bekamen. Sie nahmen es auch hin, dass ihre Kinder sie schwach erlebten, dann und wann, es ging nicht anders.

Bürger zweiter Klasse

So war es bei Euch auch. Es gibt noch eine weitere Erfahrung, die die alten Migranten und die Ossis teilen: Egal, um was es ging, wir mussten uns ganz schön beeilen und anstrengen, um die Wessi-Deutschen einzuholen. Na ja, oft war es ja eher ein Hinterherhecheln. Aber häufig ist es ja auch geglückt. In gewisser Weise hatten wir

Wir mussten die Wessis einholen Osis und Migranten haben viel gemeinsam - das hat sich in 25 Jahren Deutscher Einheit gezeigt. Nun müssen wir verhindern, dass

Einwanderer es sogar etwas einfacher als Ihr. Wir waren halt die Türken, Griechen und Araber, aber ihr wart ja schon Deutsche, von euch verlangte man gleich, dass ihr alles super hinkriegt. Dabei wart Ihr ja eigentlich auch Einwanderer. Hatten wir nicht beide oft das Gefühl, dass uns die Wessis wie Bürger zweiter Klasse behandeln, von oben herab?

Trotzdem haben Wessis und Osis vor 25 Jahren etwas Einzigartiges auf der Welt geschafft. Sie haben sich wieder vereinigt. Diese Wiedervereinigung, so weit ich das als Zaungast beurteilen kann, ist ein ziemlich krasser Job gewesen. Sie ist nicht schön, noch ist sie hässlich, aber die wenigsten wollen sie missen. Ich kann mich noch sehr genau daran erinnern: Wir haben damals die Bilder im Fernsehen gesehen und den Schmerz und die Freude spüren können, allein durchs Zugucken. Ich verstand, 12-jährig, nicht viel. Die DDR war ein dunkler Ort, ganz weit weg, aber meine Eltern freuten sich "für die Deutschen".

Und als wir im Sommer darauf mal wieder mit dem Auto in die Türkei fuhren, in den Ferien, da standen viele Angehörige der türkischen Minderheit aus Bulgarien an der Grenze zur Türkei. Da konnten wir den Schmerz, den der Kalte Krieg zu seinem Ende hin noch anrichtete, ganz nah spüren. Die Führung in Bulgarien war dabei, die ganzen ethnischen Türken rauszuschmeißen. Da standen sie, in langen Reihen mit Lkw, auf denen ihr ganzes Hab und Gut geladen war. Waschmaschinen, Fernseher, Möbel. Meine Mutter weinte. Es waren ihre Landsleute, die vertrieben wurden, während sie es so gut hatte in Almanya.

Nein, Ihr Deutschen, Ihr habt da etwas ganz Großes hinbekommen. Auch wenn noch nicht alles perfekt ist und noch nicht gleichberechtigt und viel rumgenörgelt und über den jeweils anderen gelästert wird. Es ist doch alles in allem ganz gut für Euch gelaufen. Nur, leider habt Ihr uns vergessen bei Eurer schönen Einheit. Ihr habt uns nicht gemeint und uns wieder zu Ausländern gemacht. Dabei waren wir schon längst Wessis. Länger als Ihr.

Dieses Vergessen, Ignorieren, Nichtwahrhabenwollen, dass diese Wiedervereinigung nicht nur die geborenen Deutschen anging, vor allem, wenn ein Teil des Landes schon lange Einwanderungsland geworden war, hatte so manche Konsequenz. Die leichteste war wohl, dass die Türken beleidigt waren, weil sich die Osis wie Schonimmerdeutsche benahmen und sie nun von der deutsch-deutschen Kuschelei ausgeschlossen wurden. Mist, schon wieder Ausländer. Für die Integration und die Sicherheit der Türken und anderer Migranten war die Wiedervereinigung zeitweise ein absoluter Rückschlag (neben der Tatsache, dass zuerst Helmut Schmidt ihr Kommen für einen großen Fehler erklärte, und dann der Kanzler der Einheit, Helmut Kohl, sie mit Rückkehrprämien loswerden wollte; hat nicht so richtig geklappt). Dafür machen sie sich jetzt ganz gut.

Die schlimmste Konsequenz waren die Anschläge, die in der folgenden "Das Boot ist voll"-Atmosphäre begangen wurden. Mölln, Rostock, Solingen, Hoyerswerda. Später die Morde des NSU. Auch diese Dinge haben viel mit der Einheit zu tun. Kaum jemand stellte sich vor die Migranten, oder sagte: die gehören zu uns, zu diesem Land.

Sollen die denn alle bleiben?

Aber jetzt, 25 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung, gibt es vielleicht eine Chance, das alles besser zu machen, zu einer Zeit, in der wieder viele neue Migranten ins Land kommen. Der ehemalige Integrationsminister von NRW, Armin Laschet, hatte dazu schon mal vor einigen Jahren eine gute Idee. Er sagte, dass Deutschland eigentlich eine dritte Einheit bräuchte - die erste vollzog sich nach dem Zweiten Weltkrieg, als das Land zwölf Millionen Flüchtlinge und Vertriebene integrierte; die zweite war 1989; und die dritte sollte eine sein, die auch Migranten und ihre Nachkommen einschließt.

Deutschland hat in diesem Sommer Tausenden von Flüchtlingen Herz und Verstand geöffnet. Es hat sich so mitfühlend und offen wie kaum ein anderes Land in Europa gezeigt. Jetzt ebbt die Willkommensparty langsam ab, und das ist nur natürlich. Die Zivilgesellschaft hat Erstaunliches geleistet unter Selbstaufopferung und Druck, sie hat die Rolle der Politik übernommen, in Ost und West. Vor allem hat sie dem Hass ein starkes Signal entgegengesetzt. Dabei war nicht in erster Linie die Frage entscheidend: Sollen die denn alle bleiben? Sondern: Solange sie bleiben, werden wir sie so behandeln und unterbringen, wie es einem Land wie Deutschland gebührt.

Wir mussten die Wessis einholen Ossi und Migranten haben viel gemeinsam - das hat sich in 25 Jahren Deutscher Einheit gezeigt. Nun müssen wir verhindern, dass

Das ist nicht mehr das Deutschland, dass seine Ausländer loswerden wollte; das Kohl-Deutschland, das Rückkehrprämien anbot, damit sie wieder gehen. Natürlich sind Sorgen und Ängste legitim, Fragen auch, und ja, es gibt Probleme und Konflikte, und sie werden auch mehr werden. Die Bundesregierung sollte nun viel Energie darauf verwenden, der Gesellschaft langsam und schonend zu erklären, dass viele von denen, die nun gekommen sind, voraussichtlich nicht mehr weggehen werden. Denn der Krieg in Syrien wird nicht so schnell vorbei sein. Syrien, Afghanistan, all die anderen gescheiterten Staaten sind nicht mehr Tausende Kilometer weit weg, sondern nun auch in der nächstgelegenen Erstaufnahmeeinrichtung. Wir können nicht mehr so tun, als habe er nichts mit uns zu tun. Jetzt stehen auch die Menschen vor uns. Und sie berühren uns.

Deutschland hat die Chance, nicht die selben Fehler zu wiederholen wie in der Generation meiner Eltern, bei denen gedacht und häufig gehofft wurde, dass sie eines Tages wieder gingen. Deshalb gab es keine Sprachkurse, keinen Kurs in: Wie werde ich ein guter Staatsbürger? Diese Kurse, übrigens, auch das zeigen die Erfahrungen und die Debatten der vergangenen Tage, würden so auch so manchem geborenen Deutschen ganz gut tun. Ist wie beim Erste-Hilfe-Kurs, sollte man alle paar Jahre wiederholen.

Auch wenn es nicht so klingt, so hat die Bundeskanzlerin doch mit ihrem "Wir schaffen das" einen realpolitischen und eher nüchternen Blick auf die Dinge freigelegt. Dieser Satz ist in der Flüchtlingskrise das, was "die Spareinlagen sind sicher" in der Eurokrise war. Er gibt die Zuversicht, die die Menschen brauchen. Damit eben keiner durchdreht. Damit nichts außer Kontrolle gerät.

Der Satz meint: Wir müssen mit dem arbeiten, was wir haben. Wir müssen zusehen, dass nicht noch mehr Menschen sterben, nur, um irgendwie nach Europa zu gelangen. Wir müssen den Hass ausgrenzen und die Menschen schützen. Zäune, Stacheldraht und Mauern werden Menschen nicht davon abhalten, zu flüchten und ein besseres Leben zu suchen.

Nie war dieser Satz wahrer als an so einem Tag wie heute. Alles Gute zu 25 Jahren Einheit, Deutschland.

Load-Date: October 3, 2015

Pegida macht jetzt auf sozial; In Dresden kümmert sich ein Verein um Obdachlose - aber nur deutsche. Auch andere Sozialvereine kooperieren mit den Flüchtlingsfeinden, nur einer hält dagegen.

ZEIT-online

Freitag 23. Dezember 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Sachsen; Ausg. 52

Length: 1668 words

Byline: Tilman Steffen

Body

Der Bedürftige Ajax isst am 23.02.2016 ein kostenloses Mittagessen in der Ökumenischen Essensausgabe des Diakonischen Werkes in Hannover (Niedersachsen). Die Norddeutsche Landesbank NordLB hat in ihrer betriebseigenen Küche zubereitete warme Mahlzeiten für den Verein Kochen für Obdachlose gespendet. Der Anteil der Armen in Deutschland ist zuletzt leicht auf 15,4 Prozent der Bevölkerung gesunken. Darauf machte der Paritätische Wohlfahrtsverband bei der Vorstellung seines Armutsberichts 2016 am Dienstag in Berlin aufmerksam. Foto: Julian Stratenschulte/dpa (zu dpa "Millionen Arme in Deutschland - Quote nur leicht gesunken" vom 23.02.2016) +++(c) dpa - Bildfunk+++ | Verwendung weltweit

© Julian Stratenschulte/dpa

Der Saal im Dresdner Ballhaus Watzke ist warm erleuchtet, die Tafeln zwischen den Marmorsäulen sind mit Kerzen, Äpfeln und Schokoweihnachtsmännern dekoriert. Die knapp 400 Gäste plaudern, speisen Gänsebraten mit Rotkohl, lachen über die Pointen des Kabarettisten Uwe Steimle, dann legt DJ Happy Vibes Musik auf.

Die meisten sind zum ersten Mal hier. Es sind Mütter, Kinder, auch bärtige Männer, die man sonst auf Bahnhöfen oder in Wärmestuben sieht. Für viele von ihnen wird es das einzige Mahl in dem Dresdner Restaurant bleiben. Im Alltag fehlt das nötige Geld.

Ermöglicht hat das Weihnachtssessen der Verein Dresdner Bürger helfen Dresdner Obdachlosen und Bedürftigen e.V., gegründet am 21. Juli 2016, vom Finanzamt als mildtätig anerkannt. Vereinschef Ingolf Knajder ist der Hauptorganisator, 53 Jahre alt, Angestellter im Dresdner Autohaus Heike Hanisch GmbH, das auch einer der ersten Unterstützer des Vereins ist. Knajder hat die Idee mit dem Gänsebraten für Hilfebedürftige aus Berlin übernommen, wo er acht Jahre einen Reifen- und Autohandel leitete. In Berlin lädt der Unterhaltungskünstler Frank Zander seit 1995 Obdachlose zum Weihnachtssessen in ein Vier-Sterne-Hotel ein.

Der Unterschied: Für Zander macht es keinen Unterschied, woher seine Gäste kommen, für Knajder schon.

Pegida macht jetzt auf sozial In Dresden kümmert sich ein Verein um Obdachlose - aber nur deutsche. Auch andere Sozialvereine kooperieren mit den Flüchtlingsfei....

Knajders Verein beschränkt sein Engagement qua Satzung auf "Dresdner Obdachlose und Bedürftige". Er betont zwar auf Nachfrage, auch "Dresdner mit Migrationshintergrund" erhielten bei ihm Hilfe. Auch Flüchtlinge? "Das besprechen wir, wenn es soweit ist", weicht er aus.

Man muss nicht lange suchen, um die Motivation dieses Vereins zu entschlüsseln. Er rekrutiert sich aus der islamfeindlichen Pegida-Bewegung, die hier in Dresden ihre Wurzeln hat. Knajder lief nicht nur bei den Montagsaufzügen mit, er stand neben Pegida-Mitgründer Lutz Bachmann auf der Bühne, trat als Ordner in Erscheinung, er ist fest mit dem rechten Milieu verwachsen. In seiner Wortwahl gegen "Gutmenschen" und Rassismusgegner ist er menschenfeindlich, auf der Straße wird er handfest. Andersdenkende beschimpft er als "elende Kommunisten Votze", die Linken-Vorsitzende Katja Kipping beleidigte er als "rote verlogene Stasi-Hexe", der erkrankten Oberbürgermeisterin Helma Orosz schrieb er: "Möge Sie der Krebs endlich holen".

© Jakob Börner Tilman Steffen

Als junge Linke im Mai in Dresden aus einer Seitenstraße heraus gegen einen Pegida-Aufzug protestieren, stürmte Knajder hervor und versuchte, ihnen ihr Transparent zu entreißen. Er ist Administrator einer Facebook-Gruppe, die Dresden vor "Islam-Toleranz-Romantikern, Gutmenschen-Spinnern und Deutschland-Hassern!" schützen will.

Unter den Mitgliedern der Facebook-Gruppe der Obdachlosenhilfe ist neben Pegida-Mitorganisator Siegfried Daebritz auch der zweite Vereinsvorsitzende Uwe Riedel, ein Bauunternehmer, der auf Facebook für die NPD wirbt und die Identitäre Bewegung. Riedel sprach sich auch dafür aus, "dieses Drecksgesindel von "Politikern" auf[zu]hängen". Als die lokale FDP erfuhr, dass auch ihr Kreisvorstandsmitglied Jens Genschmar mit Knajder im Vereinsvorstand sitzt, stellte man ihn zur Rede. Statt zu antworten, trat Genschmar zurück.

Der Dresdner Verein ist das erste Sozialprojekt, das sich aus dem Personal und dem Geist von Pegida rekrutiert. Die Protestbewegung wird zur Kümmerer-Initiative. Schon die NPD erkannte vor Jahren, dass das Helfer-Image Wähler anzieht, heute profiliert sich die AfD in den Landtagen als Problemlöser der kleinen Leute.

Die Beschränkung der Hilfe auf deutsche Bedürftige hat in Dresden eine gewaltige Hilfsbereitschaft freigesetzt: Am Telefon erzählt Knajder von sieben Mercedes Sprinter-Transportern voll mit Kleiderspenden, die vor dem Weihnachtssessen zusammenkamen. Im Hintergrund klappert Geschirr, die Kellner decken die Tafeln im Ballhaus ein, das Weihnachtssessen soll mit Kaffee und Stollen beginnen. Er sei "geplättet von der Hilfsbereitschaft". Jetzt zeige sich, "dass Dresden mehr ist als Pegida". Etwa 70 Mitglieder habe der Verein bereits aufgenommen, Dutzende weitere Anträge stapelten sich, sagt Knajder. Dass er bei Pegida selbst tief mit drinsteckt, verschweigt er.

Viele seiner Anhänger treibt der Argwohn, der Staat verschleudere Millionensummen für Flüchtlinge, während deutsche Arme Hunger leiden. Sie glauben die Mär, Flüchtlinge würden gegenüber deutschen Bedürftigen bevorzugt und seien eigentlich wohlhabend. Dabei liegt der Regelsatz für Flüchtlinge mit eigener Wohnung bei 362 Euro, Alleinstehende Hartz-IV-Empfänger bekommen 42 Euro mehr. "Die Menschen kommen ohne Pässe nach Europa, haben aber alle mindestens ein Handy dabei", beklagt Knajder. Das könne er nicht gutheißen.

Sein Verein sei nicht fremdenfeindlich

Der Neid wegen der Handys ist so alt wie die Flüchtlingskrise. Dabei sind sie oft der einzige Besitz der Geflüchteten, die einzige Verbindung in die Heimat, der letzte Rest Privatsphäre in den engen, lauten Massenunterkünften.

Um den Neid zu schüren, wird auch nicht unterschieden zwischen dem Geld, was die Asylbewerber selbst erhalten und den Beträgen, die der Staat an Betreuer und Betreiber der Unterkünfte zahlt - Geld, das letztlich ja lokalen Unternehmen zugutekommt und den Wirtschaftskreislauf stärkt. "Tägliche Betreuungskosten von 140 (EURO) bis 265 (EURO) , was für ein Wahnsinn", schreibt Knajder auf Facebook über minderjährige Asylsuchende.

Sein Verein sei gar nicht fremdenfeindlich, verteidigt sich Knajder. "Wir begrenzen unsere Hilfe nur." Dass er so eine ganze Menschengruppe wegen ihrer Herkunft ausgrenzt, streitet er ab.

Pegida macht jetzt auf sozial In Dresden kümmert sich ein Verein um Obdachlose - aber nur deutsche. Auch andere Sozialvereine kooperieren mit den Flüchtlingsfei....

Das Dilemma der anderen Vereine

Bisher war sich Dresden einig: Wer Hilfe braucht, muss Hilfe bekommen. Seit aber Pegida in die Obdachlosenarbeit eingestiegen ist, befinden sich die anderen Hilfsinitiativen der Stadt in einem Dilemma: Knajder hat einen Teil der Eintrittskarten für sein Weihnachtsessen auch an die Tafel-Vereine in Dresden und Umland verteilt, auch an die Heilsarmee. Müsste man einem solch rassistischen Verein nicht die Kooperation verweigern, fragte sich deren Chef Gert Scharf. Oder ist das Wohl der Wohnungslosen wichtiger? "Ich ließ mich auf das Experiment ein", sagt Scharf, trotz Bedenken. Er verteilte 60 Karten von Knajder an seine Klienten und gab der Obdachlosenhilfe zeitgleich per Mail zu verstehen, dass die Zusammenarbeit sofort beendet werde, "wenn wir nur einen Hauch von Ausschluss bestimmter Personengruppen mitbekommen". Scharf hat erkannt, dass die Obdachlosenhilfe "mit deutschnationalen Gedanken sympathisiert".

Auch Christian Schmidt von der Tafel Radebeul lehnt Ausgrenzung ab und distanziert sich von Knajders Verein. "Doch dann gab es dieses Angebot - Stollen und Gänsebraten", sagt er. "Da habe ich gedacht, ich tue was Gutes". Schmidt verteilte 70 von Knajders Eintrittskarten an seine Tafel-Besucher, sie wurden ihm "aus den Händen gerissen". Auch an die Tafel in Freital und die Diakonie will Knajder Karten losgeworden sein.

Nur Andreas Schönherr von der Dresdner Tafel blieb konsequent und lehnte Knajders Karten ab, "weil alle öffentlich benannten Personen des Vereins rassistisch agieren". Seitdem sieht sich Schönherr einer Schmutzkampagne ausgesetzt. Unbekannte Personen erkundigten sich bei Tafel-Besuchern und -Mitarbeitern nach Details seiner Arbeit, sagt er. Beobachter rollten in Autos an der Lebensmittel-Ausgabestelle an, um Gäste zu fotografieren. Knajder sagte in einem Interview, die Dresdner Tafel sei nicht gegründet worden, um "Scheinasylanten, kriminelle Migranten und islamistische Terroristen zu beköstigen".

Die Polizei fahre nun häufiger an seinem Wohnhaus vorbei, sagt Schönherr. In einem Telefonat habe er Knajder klargemacht, dass seine Tafel nicht zwischen deutschen und ausländischen Hilfsbedürftigen unterscheide. Knajder habe entgegnet, der Staat tue einfach zu viel für Flüchtlinge. Der Streit eskalierte derart, dass Schönherr das Gespräch beendete.

Stunden später schrieb Knajder auf Facebook, Menschen wie Schönherr "wünsche ich den baldigen Tod und nichts anderes". Zwei CDU-Stadträte kommentierten das mit den Worten, man solle die Tafel finanziell überprüfen. Tage später setzte Knajder nach, es sei traurig, dass manche Menschen an Krebs sterben, "während Menschen wie Herr Schönherr ein langes Leben haben und es besser umgedreht wäre". Schönherr beauftragte einen Anwalt, verlangte von Knajder Unterlassung und Schadensersatz, doch der weigerte sich.

Die Sache liegt jetzt im Landgericht Dresden. Am Freitag soll das Urteil fallen. Schönherr hofft, dass der Richter objektiv entscheidet. Denn der Jurist Jens Maier ist aktives Mitglied der AfD, er kandidiert derzeit für den Bundestag. Knajders Rechtsbeistand dürfte Maier bereits kennen, den erst vor wenigen Wochen aus der CDU ausgetretene Maximilian Krah. Eine seiner prominentesten Mandantinnen ist Frauke Petry.

Korrektur: Ursprünglich hatten wir Jens Genschmar als Kreisvorsitzenden der FDP bezeichnet. Er war jedoch nur Vorstandsmitglied. Wir haben den Fehler korrigiert.

Hinweis: Das genannte Autohaus Heike Hanisch GmbH ist nicht identisch mit dem Dresdner Autohaus Steffen Hanisch

Ergänzung: Ingolf Knajder legt Wert auf die Feststellung, dass Siegfried Daebritz nicht Mitglied im Verein ist. Er ist Mitglied der öffentlichen Facebook-Gruppe Dresden Bürger helfen Dresden Obdachlosen und Bedürftigen e.V.

Load-Date: December 23, 2016

Europa fürchtet den Exodus aus Ägypten; Überfüllte Universitäten, Arbeitslosigkeit, Armut: Immer mehr junge Ägypter versuchen, per Boot nach Europa zu fliehen. Kann ein neues Flüchtlingsabkommen das verhindern?

ZEIT-online

Montag 26. September 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 36

Length: 973 words

Byline: Martin Gehlen

Body

Nach dem Bootsunglück vor der Küste der ägyptischen Hafenstadt Rosetta warten Helfer auf die Bergung der Leichen.

© Mohamed El-Shahed/AFP/Getty Images

Zum ersten Mal tauchte die magische Zahl irgendwann im Frühjahr auf. Ägypten beherberge fünf Millionen **Flüchtlinge**, betonte da Staatschef Ab al-Fattah al-Sissi. Kürzlich, in seiner Rede vor der UN-Vollversammlung in New York, nannte er diese Zahl erneut, ohne zu sagen, woher sie kommt. Die UN-**Flüchtlingshilfsorganisation** in Kairo weiß nichts von solchen Dimensionen des Elends. Sie registrierte im vergangenen Jahr 250.000 **Flüchtlinge**, die Hälfte davon Syrer, also etwa fünf Prozent des Sissi-Volumens. Der Ex-Feldmarschall hat vermutlich sämtliche im Land lebenden Nichtägypter kurzerhand in **Flüchtlinge** umgewandelt.

Seine Zahl soll nicht stimmen, sie soll in Brüssel Angst erzeugen. Dazu präsentiert Ägyptens Präsident seine Reden gerne auch mit einem Seitenblick auf die ägyptische Demographie. Jedes Jahr kämen 2,6 Millionen Ägypter hinzu, erklärte er kürzlich in einem Interview. Die Zahl der jährlichen Schulabgänger bezifferte er auf 600.000.

Den meisten dieser jungen Frauen und Männern aber haben Ägyptens Machthaber kaum mehr zu bieten als hoffnungslos überfüllte Universitäten, Arbeitslosigkeit oder eine Dauermisere als Tagelöhner. Wer dann noch nicht begreift, für den setzt der Staatschef eine Prise Apokalypse obendrauf. Wenn Ägypten zusammenbreche, warnte er, würden Millionen IS-Mitglieder die Welt stürmen. Will heißen: Ägypten, so der Tenor Sissis, ist die wichtigste Antiterrorbastion für Europa und quillt über mit Flüchtlingen und Verzweifelten, die millionenfach in Richtung Italien drängen.

Seit dem Abkommen mit Ankara wissen die Herrscher in Kairo, dass sich aus Europas Migrantent- und Terrorangst eine Menge Geld ausschlagen lässt. Ihr eigenes Land dagegen haben sie in eine tiefe Finanz- und Wirtschaftskrise hineingeführt.

Europa fürchtet den Exodus aus Ägypten Überfüllte Universitäten, Arbeitslosigkeit, Armut: Immer mehr junge Ägypter versuchen, per Boot nach Europa zu fliehen. K....

Derweil betreiben die Schlepperringe an den Küsten immer ungenierter ihr Geschäft. Seit Jahresbeginn stieg die Zahl der von Ägypten nach Italien kommenden Bootsmigranten auf über 12.000 an, auffallend viele sind unbegleitete ägyptische Jugendliche. Sie werden von ihren Eltern losgeschickt, um der Not daheim zu entkommen, wie auch die meisten der vermutlich 550 Menschen, die letzten Mittwoch mit einem völlig überladenen Fischkutter kenterten. "Ich wollte nach Europa, um anständig leben zu können", sagte ein 17-jähriger Überlebender. 163 Menschen konnten gerettet und 166 Leichen geborgen werden, die vier Bootsführer wurden verhaftet. Eingepfercht im Bauch des gesunkenen Schiffes sind wahrscheinlich weitere hundert Menschen ertrunken.

Fünf Tage lag der schrottreife Kahn vor der Küste nahe der Ortschaft Borg Rashid vor Anker, während die Schlepper ihn mit immer mehr jungen Männern, aber auch mit Frauen, Kindern und Babys anfüllten. Umgerechnet 3.500 Euro verlangten die Schlepper pro Person, Familien zahlten 5.500 Euro.

Nach sechs Stunden kam das erste Rettungsboot

Die Menschen wurden in kleinen Gruppen mit Schnellbooten an verschiedenen Küstenpunkten aufgesammelt und zum wartenden Mutterschiff gefahren. Nach Augenzeugen brachten die letzten 150 herangeschafften Menschen dann die bereits völlig überladene *Mawkeb al-Rasul* zum Kippen. Nach dem Unglück dauerte es sechs Stunden, bis das erste Rettungsboot losfuhr, um nach Überlebenden zu suchen. Fischer, die bereits in den Morgenstunden auslaufen wollten, wurden von der Küstenwache bis zum späten Vormittag daran gehindert, wie aufgebrachte Angehörige lokalen Medien berichteten.

Die meisten Boote starten in Küstenorten wie Borg Megheisil oder Borg Rashid. Die heimischen Hoheitsgewässer sind leer gefischt, und so ist der Menschenschmuggel für die Seeleute eine willkommene Alternative. Die schlecht bezahlten Polizisten vor Ort schauen weg oder stecken mit den Banden unter einer Decke.

Bisweilen wird ein Zubringerkahn mit ein paar Dutzend Fluchtwilligen aufgehalten. Oder die Polizei verhaftet eine Handvoll Migranten, die auf ihr Schlauchboot warten. Die Drahtzieher jedoch bleiben unbehelligt. Italienische Ermittler wüssten oft bis ins Detail, wann die illegalen Schiffspassagen in See stechen, zitierte die Tageszeitung *Fatto Quotidiano* aus Ermittlungsakten. Doch Amtshilfe von ägyptischer Seite gebe es nicht.

Stattdessen wartet die Regierung in Kairo auf die Emissäre aus Brüssel, die sich nun endlich angesagt haben. In der Generaldebatte zum Haushalt stellte Bundeskanzlerin Angela Merkel nun auch Ägypten, Tunesien und - wenn möglich - Libyen ein Flüchtlingsabkommen wie mit der Türkei in Aussicht. "Diesen Weg müssen wir einschlagen", sekundierte jetzt EU-Parlamentspräsident Martin Schulz in der *Süddeutschen Zeitung*. Der Schutz der Flüchtlinge und die Bekämpfung des Schlepperwesens müssten dabei im Vordergrund stehen.

Hilfsgelder versickern im ägyptischen Militärapparat

Dabei ist Ägypten mit 5,5 Milliarden Dollar schon jetzt in der gesamten Welt die Nation mit den meisten bilateralen und multilateralen Finanzhilfen pro Jahr. Bei den Menschen, geschweige denn den Flüchtlingen, kommt von diesem Geld wenig an. Die Hälfte der 92 Millionen Ägypter ist arm oder bettelarm.

Stattdessen stieg das Sissi-Regime 2015 zum viertgrößten globalen Waffenkäufer auf. Gleichzeitig macht es momentan allen wichtigen Menschenrechtsorganisationen den Prozess, weil sie gemeinsame Projekte mit ausländischen Stiftungen haben und ihre Budgets sich daher teilweise aus dem Ausland finanzieren. Und so warnte die Grünen-Politikerin Franziska Brantner die EU davor, Milliarden an die Regierung von Präsident Ab al-Fattah as-Sissi zu überweisen. Das Militär sei in Ägypten tonangebend und entscheide, wohin das Geld fließe. "Es kann nicht im europäischen Interesse sein, dass unsere Hilfsgelder im ägyptischen Militärapparat versickern", erklärte Brantner.

Europa fürchtet den Exodus aus Ägypten Überfüllte Universitäten, Arbeitslosigkeit, Armut: Immer mehr junge Ägypter versuchen, per Boot nach Europa zu fliehen. K....

End of Document

Die EU folgt jetzt Merkels Plan; Die europäische Führungskraft Merkels existiert noch, trotz aller Nachrufe. Doch der von ihr durchgesetzte Türkei-Deal birgt für sie auch große Risiken.

ZEIT-online

Freitag 18. März 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlinge; Ausg. 13

Length: 811 words

Byline: Matthias Krupa

Body

Von links: Die Regierungschefs von Spanien, Mariano Rajoy, Italien, Matteo Renzi, Deutschland, Angela Merkel, und Großbritannien, David Cameron, sowie Frankreichs Präsident François Hollande

© Francois Lenoir/Getty Images

Wie man den Deal bewertet, den die Europäische Union mit der Türkei geschlossen hat, hängt wesentlich davon ab, woran man ihn misst. Zur Debatte standen ja ganz unterschiedliche Fragen. Einmal ging es um die Autorität der Kanzlerin, dann um den Zusammenhalt der EU, schließlich um das Verhältnis zur Türkei. Ach ja, und um **Flüchtlinge** ging es auch.

Um mit der am wenigsten wichtigen Frage anzufangen, der Kanzlerin. Die hat sich erst einmal durchgesetzt, die Abmachung mit der Türkei trägt ihre Handschrift. Es gibt diesen Deal überhaupt nur, weil Merkel ihn gewollt hat. Insofern haben sich alle Nachrufe auf ihre europäische Führungskraft als verfrüht erwiesen.

Dass die anderen Regierungschefs ihr noch einmal gefolgt sind - viele murrend, manche widerwillig - , hat einen einfachen Grund: Keiner von ihnen hat einen anderen, besseren Plan. Auch die Faymanns und Orbáns, die in den vergangenen Wochen lautstark nationale Lösungen propagiert und nach und nach ihre Grenzen geschlossen haben, wissen, dass eine langfristige Reduzierung der Flüchtlingszahlen ohne die Türkei nicht gelingen kann.

Allein mit dem Türkei-Deal wird die Flüchtlingskrise nicht eingedämmt werden können. Aber umgekehrt gilt eben auch: Ohne die Regierung Ankara wird es erst recht keine Lösung geben. Auf diese Einsicht hat Merkel ihre Kollegen nun verpflichtet.

Das ist nicht wenig, angesichts der Widerstände, die ihr in den vergangenen Tagen und Wochen aus vielen Ecken Europas entgegengeschlagen sind. Und doch ist es ein risikoreicher Erfolg. Gerade weil Merkel den Deal mit der Türkei lange Zeit fast im Alleingang vorangetrieben hat, wird sie auch alleine für Erfolg oder Misserfolg verantwortlich gemacht werden - selbst wenn alle 28 Regierungschefs den Plan unterschrieben haben. Ein Teil von Merkels europäischer Autorität liegt damit künftig auch in den Händen der Regierung in Ankara.

Die EU folgt jetzt Merkels Plan Die europäische Führungskraft Merkels existiert noch, trotz aller Nachrufe. Doch der von ihr durchgesetzte Türkei-Deal birgt für....

Darf man mit der Türkei, die immer mehr die Züge eines autoritären Regimes annimmt, überhaupt eine so weit reichende Verabredung treffen? Oder ist die EU gerade dabei, ihre Werte zu verkaufen? Das war die zweite, größere Frage, die die Verhandlungen begleitet hat. In dem Dokument, das nun verabschiedet worden ist, haben Merkel und ihre Kollegen darauf geachtet, sorgfältig zu formulieren. Nur wenn die Türkei alle rechtsstaatlichen Voraussetzungen erfüllt, wird sie damit belohnt, dass ihre Bürger künftig visafrei in die EU reisen dürfen. Zu diesen Voraussetzungen gehört nicht nur der angemessene Schutz von Flüchtlingen, sondern etwa auch die Einhaltung der Pressefreiheit.

Ende der Entfremdung zur Türkei

Das klingt fast zu schön, um wahr zu sein: Die Türkei hilft der EU nicht nur bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise, sondern wandelt sich nebenbei auch noch zu einem mustergültigen Rechtsstaat. Tatsächlich vollziehen die EU - und nicht zuletzt Merkel - gerade einen dramatischen Schwenk in ihrer Politik gegenüber der Türkei. An die Stelle einer wachsenden Entfremdung tritt nun eine neue Nähe. Die ist erst einmal der Not geschuldet, birgt aber neben manchem Risiko auch eine Chance.

Zunächst einmal ist es nun an der Türkei zu beweisen, dass sie es mit ihren Absichten und Zusicherungen ernst meint. Für die EU kommt die Probe dann später: Falls Ankara weiterhin Zeitungen schließt und Minderheiten verfolgt, muss die Union selbstbewusst genug sein, die in Aussicht gestellten Belohnungen zu verwehren - ungeachtet möglicher Folgen.

Bleibt die wichtigste Frage, nämlich ob es mit Hilfe des Türkei-Deals gelingen kann, Flüchtlingen weiterhin Schutz zu gewähren, Schleppern das Handwerk zu legen und gleichzeitig die Zahl der Migranten, die nach Europa kommen, dauerhaft zu reduzieren. Auf diese Frage kann es noch keine Antwort geben.

Viel kann schiefgehen

Damit der Deal, der erst einmal nur auf dem Papier steht, in der Praxis auch funktioniert, müssen Griechenland und die EU innerhalb kürzester Zeit ziemlich viele Voraussetzungen erfüllen. Sie müssen sicherstellen, dass die Asylanträge von allen Flüchtlingen, die weiterhin in Griechenland ankommen, individuell geprüft werden, sie müssen eine angemessene Unterbringung und für die meisten von ihnen eine zügige Rückführung garantieren. Man braucht nicht viel Fantasie, um sich vorzustellen, was dabei alles schief gehen kann. Auch Merkel hat vorsorglich darauf hingewiesen, sie mache sich "keine Illusionen" und rechne mit "Rückschlägen".

Von einem Durchbruch ist die EU noch ein Stück entfernt. Aber sie hat jetzt einen Plan, Merkels Plan. Außerdem haben die Regierungschefs zum ersten Mal seit dem Ausbruch der Flüchtlingskrise nicht gestritten. Es hat zuletzt sehr viel schlechtere Tage in Brüssel gegeben.

Load-Date: March 18, 2016

Merkel und Hollande beschwören europäische Solidarität; Deutschland und Frankreich haben ein gemeinsames Vorgehen der EU-Staaten in der Flüchtlingskrise gefordert. Die Last könne nicht von Einzelnen getragen werden.

ZEIT-online

Mittwoch 7. Oktober 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlingskrise; Ausg. 40

Length: 896 words

Body

Merkel und Hollande im Europäischen Parlament

© Vincent Kessler/Reuters

Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident François Hollande haben bei einem gemeinsamen Auftritt vor dem Europäischen Parlament in der **Flüchtlingskrise** an die Solidarität in der Europäischen Union appelliert. "Die **Flüchtlingskrise** ist eine Herausforderung von historischem Ausmaß", sagte Merkel in ihrer Rede. Deshalb sei die gesamte EU gefragt. Die Mitgliedsstaaten dürften nicht den Fehler machen, in nationalstaatliches Handeln zurückzufallen. Die Verantwortung könne nicht von einzelnen Ländern getragen werden.

Bestrebungen, den Kontinent vollständig abzuschotten, erteilte Merkel eine Absage. "Abschottung in Zeiten des Internets ist eine Illusion", sagte die Bundeskanzlerin. Die Menschen würden immer Wege finden, zu kommen.

Merkel erinnerte daran, dass Europa nach dem Fall der Mauer schon einmal einer großen Herausforderung gegenüberstand, diese aber gemeistert habe. "Diese Kraftanstrengung hat uns zu mehr Europa verholpen, weil wir gelernt haben, aus unserer Vielfalt das Beste zu machen", sagte Merkel. Entscheidend dafür sei Toleranz. Diese Entwicklung zeige, dass man sich von Rückschlägen nicht entmutigen lassen dürfe.

Die Türkei ist entscheidend

Als zentralen Punkt bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise sieht Merkel die Bekämpfung der Gründe für Flucht und Vertreibung. "Wir müssen unsere Politik stärker darauf ausrichten, Konfliktursachen zu bekämpfen", sagte die Bundeskanzlerin. Niemand verlasse seine Heimat leichtfertig. Es sei aber auch klar, dass nur denen geholfen werden könne, die tatsächlich Schutz vor Krieg und Verfolgung brauchen.

Eine entscheidende Rolle bei der Verminderung des Andrangs spielt laut Merkel die Türkei. Das Land leiste Außergewöhnliches, brauche aber Unterstützung. Die von der Europäischen Kommission vorgelegten Pläne müssten konsequent umgesetzt werden. "Seien wir ehrlich, das Dublin-Verfahren ist obsolet", sagte Merkel. Letztlich habe es sich als nicht tragfähig erwiesen. Es brauche daher ein neues System.

Merkel und Hollande beschwören europäische Solidarität Deutschland und Frankreich haben ein gemeinsames Vorgehen der EU-Staaten in der Flüchtlingskrise gefordert....

Hollande warnt vor einem "Ende" der EU

Zuvor hatte der französische Präsident François Hollande in seiner Rede Fehler der EU im Umgang mit der Flüchtlingskrise eingeräumt. Die Flüchtlingskrise sei eine humanitäre Krise, die durch zahlreiche bewaffnete Konflikte entstanden sei. "Europa hat sich bemüht, Leben zu retten, aber wir haben erst spät verstanden, dass die Tragödien in Afrika und dem Nahen Osten nicht ohne Folgen bleiben werden", sagte Hollande. Man habe den Ländern, die die Flüchtlinge aufnehmen, nicht ausreichend geholfen. Nun müsse Europa schnell und entschlossen handeln. Den Flüchtlingen, aber auch den Ländern die sie aufnehmen, müsse mit Solidarität begegnet werden. "Wenn die Menschen in diesen Ländern nicht leben können, werden sie kommen", sagte Hollande. Die EU-Außenstaaten müssten bei der Grenzsicherung unterstützt werden, damit das Schengen-System nicht zusammenbreche.

Sollte sich Europa nicht der Verantwortung stellen und insbesondere im Nahen Osten mäßigend auf die Konflikte einwirken, drohe ein "totaler Krieg", der auch Europa erfassen könne, sagte Hollande. "Wir dürfen nicht glauben, dass es für uns keine Folgen hätte, wenn wir zuließen, dass die jüngsten religiösen Konflikte zwischen Schiiten und Sunniten schlimmer werden." In Syrien etwa müsse mit allen Partnern unter Einbeziehung Russlands und des Irans darüber gesprochen werden, eine Alternative zum "Islamischen Staat" und dem Regime von Präsident Baschar al-Assad zu finden.

Zugleich warnte Hollande vor einem "Ende" der Europäischen Gemeinschaft, wenn man sich nun für eine falsche Richtung entscheiden würde. Nationalismus und das Bestehen auf der nationalen Souveränität bedrohten die gemeinsame Idee, sagte Hollande mit Blick auf den Streit um den Umgang mit der Flüchtlingskrise. "Wenn wir auf diesen Dingen bestehen, wird dies das Ende der europäischen Einigung sein."

Erster gemeinsamer Auftritt seit 1989

Es war das erste Mal seit fast 26 Jahren, dass die Staats- und Regierungschefs von Deutschland und Frankreich gemeinsam im Europaparlament auftraten. Am 22. November 1989 hatten Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) und Frankreichs Präsident François Mitterrand zu den Abgeordneten gesprochen - wenige Tage nach dem Fall der Berliner Mauer. In ihrer Rede skizzierten sie den Traum von einem vereinten Europa.

EU-Parlamentspräsident Martin Schulz bezeichnete den gemeinsamen Auftritt von Merkel und Hollande als "historischen Moment". Er sei bedeutend in einer Zeit, in der sich Europa großen Herausforderungen gegenübersehe. Die Vergangenheit habe gezeigt, dass Europa leide, wenn die deutsch-französische Zusammenarbeit nicht funktioniere.

Vor Merkel und Hollande hatte Spaniens König Felipe VI. in seiner Rede "neuen Elan" für Europa gefordert. Die aktuelle Flüchtlingskrise erfordere eine gemeinsame Migrationspolitik, sagte Felipe. An den Grenzen der EU spielten sich Dramen ab, die Europäer würden Zeugen des "herzerreißenden Leidens" von Hunderttausenden von Menschen, die in Europa Frieden und Wohlstand suchten. Diese Menschen dürften nicht enttäuscht werden, forderte Felipe. "Wir müssen solidarisch sein, gemeinsam handeln und die Ursachen für die Migration bekämpfen." Dazu müssten die EU-Staaten gemeinsam handeln und auch mit den Nachbarländern der Gemeinschaft zusammenarbeiten.

Load-Date: October 7, 2015

Brisante Nachbarschaft; Hunderte überwiegend muslimische Flüchtlinge in einem jüdisch geprägten Viertel - kann das gutgehen? Im niederländischen Amstelveen gibt es Bedenken.

ZEIT-online

Mittwoch 14. Oktober 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 41

Length: 879 words

Byline: Tobias Müller

Body

Jüdische Gemeinde im niederländischen Deventer

© Joker/dpa

Jetzt also auch Amstelveen. Montagabend, 12. Oktober: Das Foyer des Rathauses in dem Städtchen vor den Toren von Amsterdam ist gut besucht. Einige Hundert Bürger, die Gemeinderatsmitglieder und Dezernenten, alle sind gekommen zu einem eilig organisierten *infoavond*, wie es sie in den letzten Wochen so oft gibt in diesem Land. Die Bürgermeisterin, Mirjam van 't Veld, hält eine Ansprache: "Lassen wir gemeinsam auch mit diesen Leuten tun, was wir immer getan haben mit Menschen von allerlei Nationalitäten."

Besorgte Bürger, die Skepsis oder Unmut äußern über eine geplante Unterkunft für **Flüchtlinge**, mühsame Kommunikation zwischen Kommunen und ihren Bewohnern - das ist auch in den Niederlanden ein häufiges Bild in diesem Herbst. Amstelveen aber sticht aus der Reihe heraus. Nicht nur, weil der Abend im Rathaus ruhig und ohne Störung verläuft. Was Amstelveen, das Städtchen von knapp 90.000 Einwohnern besonders macht, ist seine Bevölkerung: Hier, vor allem im Quartier Buitenveldert, wohnt ein guter Teil der 50.000 niederländischen Juden. Das leer stehende Bürogebäude, in dem der Gemeinderat über einen Zeitraum von bis zu drei Jahren 400 **Flüchtlinge** vorübergehend unterbringen will, ist davon gerade einmal zwei Kilometer entfernt.

Seit dieser Plan vor einigen Tagen bekannt wurde, werden in Amstelveen und darüber hinaus Bedenken laut. So etwa beim *Centraal Joods Overleg*, einem Verbund niederländisch-jüdischer Organisationen, der den Standort "unglücklich gewählt" nennt. Warum? Buitenveldert, heißt es in einer Stellungnahme, sei "der einzige Ort in den Niederlanden mit einer deutlich sicht- und erkennbaren jüdischen Gemeinschaft mit mehreren Synagogen, Schulen, koscheren Restaurants und Geschäften und einem jüdischen Friedhof".

"Gehirnwäsche zur Abneigung gegen Juden"

Brisante Nachbarschaft Hunderte überwiegend muslimische Flüchtlinge in einem jüdisch geprägten Viertel - kann das gutgehen? Im niederländischen Amstelveen gibt

Nun ist Buitenveldert zwar nicht mit jüdischen Vierteln in Antwerpen oder Nord-London zu vergleichen, doch eine entsprechende jüdische Infrastruktur gibt es tatsächlich nirgendwo anders im Land. Das einstige jüdische Quartier im Zentrum hat, mit Ausnahme der portugiesischen Synagoge, vor allem musealen Charakter. Ron van der Wieken, CJO-Vorsitzender, macht diese Konstellation Sorgen: "Man muss nach Problemen fragen, wenn man Flüchtlinge aus einem Land, in dem sie von Geburt an einer Gehirnwäsche zur Abneigung gegen Juden unterzogen werden, zwischen Synagogen unterbringt, in einer Gegend, in der Kinder mit Kippa über die Straße gehen."

Just Menschen, die äußerlich als Juden erkennbar sind, werden in den letzten Jahren in den Niederlanden immer häufiger in der Öffentlichkeit belästigt oder bedroht. Die Statistiken verzeichnen von 2013 zu 2014 eine Zunahme von 100 auf 171 antisemitische Vorfälle. Die Zahl körperlicher Angriffe stieg von drei auf sechs. Vielfach sind die Täter junge Muslime. Die meisten dieser Vorfälle wurden während des Gaza-Kriegs gemeldet - eine Tatsache, die hinsichtlich der aktuellen Eskalation im Nahen Osten brisant ist. Im Rahmen einer Gaza-Demonstration in Den Haag wurde 2014 auch die Parole "Tod den Juden" skandiert und dazu aufgerufen, alle Juden zu ermorden.

Erhöhtes Anschlägeisrisiko

Solche Entwicklungen bilden den Hintergrund zur Besorgnis über die Pläne in Amstelveen. In der Knappheit eines Tweets bringt es der Schriftsteller Leon de Winter auf den Punkt: "Syrier sind mit Judenhass aufgewachsen. Die Chance auf judenhassende syrische Migranten? Hoch. Bitte kein Selbstbetrug hierbei." Auch die Warnung des Nationalen Koordinators für Terrorismus- Bekämpfung und Sicherheit (NCTV) klingt vielen in den Ohren, wonach für jüdische Einrichtungen in den Niederlanden ein erhöhtes Anschlägeisrisiko gilt. Seit dem Anschlag auf das jüdische Museum in Brüssel stehen sie seither permanent unter besonderer Bewachung.

Im Stadthaus von Amstelveen will man nun einerseits im engen Dialog mit den Bürgern bleiben, andererseits die Verhandlungen mit dem Gebäude- Eigentümer und der Behörde weiterführen, die für die Unterbringung von Asylbewerbern zuständig ist. Ein Sprecher der Kommune sagte ZEIT ONLINE, über den Zeitpunkt eines möglichen Bezugs könne man noch keine Angaben machen. Die Besorgnis begreife man natürlich. "Wir dürfen nicht unsere Augen verschließen vor Entwicklungen in der Gesellschaft. Gleichzeitig müssen wir unserer Verantwortung für Flüchtlinge aus Kriegsgebieten nachkommen."

Jüdische Organisationen wie das CJO erwarten nun vom Stadtrat eine Antwort auf die Frage, wie man die Sicherheit jüdischer Einrichtungen garantieren wolle. Die Amsterdamer jüdische Gemeinde (NIHS) schließt sich dieser Forderung an. Nach einem Treffen zwischen jüdischen- und kommunalen Vertretern erklärt sie sich zudem bereit, sich an der Integration von Flüchtlingen zu beteiligen. Dazu wolle man mit den Bewohnern des Flüchtlingszentrums "über die tolerante und pluriforme Gesellschaft sprechen, wobei es auch um religiöse Überzeugung gehen wird".

Load-Date: October 14, 2015

Ist doch überall so; In Chemnitz-Einsiedel blockieren Anwohner mit Pegida-Unterstützung seit zwei Wochen eine geplante Asylbewerberunterkunft. Sie halten das für die neue deutsche Normalität.

ZEIT-online

Samstag 17. Oktober 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Einsiedel; Ausg. 41

Length: 1854 words

Byline: Lenz Jacobsen

Body

Ein Schweigemarsch am 3. Oktober in Chemnitz-Einsiedel

© Haertelpress/ZEIT ONLINE

Am Mittwoch haben sie eine 13 gemalt auf die weiße Tafel am Fuße des Berges. Seit 13 Tagen protestieren die Einsiedler. Nun ist der erste Schnee gefallen und sie drängen sich gegen die Kälte zusammen in ihrem kleinen grün-weißen Plastikpavillon, den sie Infostand nennen. Der aber, das ist der erste Hinweis auf die merkwürdig verschobene Normalität, keine Informationen verteilt, sondern welche fordert. Ob und wann und wie viele **Asylbewerber** nach Einsiedel kommen, wer da für was die Verantwortung trägt und warum, wie es denn nun um das Brandschutzkonzept steht, die Grenzsicherung und den Krieg in Syrien, warum die Landesminister hier nicht auftauchen und, letztlich, warum die Politiker nicht machen, was die Einsiedler wollen. Was das Volk will.

Einsiedel hält sich für den neuen deutschen Normalfall. Nicht für den Rand, sondern für die Mitte. An diesem Abend werden sie wieder durch den Ort ziehen, über Tausend diesmal, ein Schweigemarsch. Von hier aus gesehen sind die **Flüchtlingshelfer** an den Bahnhöfen der Großstädte die Radikalen. Und der Widerstand gegen **Asylunterkünfte** eine Art Selbstermächtigung der deutschen Mehrheit.

Dass Kanzlerin Merkel falsch liegt, wird hier nicht mehr diskutiert, es ist eine Selbstverständlichkeit. Auf dieser Grundlage beginnen die Gespräche hier erst. "Ist ja überall so", sagt der Taxifahrer über die Proteste. Und: "Da hat Mutti Merkel sich halt verschätzt." Ganz ruhig sind sie hier in ihrem Widerstand. Getragen von der Gewissheit, dass die Geschichte ihnen schon Recht geben wird. Einsiedel, neue deutsche Avantgarde.

Die Straße den Berg hinauf, vorbei an beeindruckenden Gründerzeitvillen und dem Gasthof Waldklause. Einsiedel ist ein für Chemnitzer Verhältnisse wohlhabender Stadtteil. Ganz oben dann, im Wald schon, das Eingangstor zum ehemaligen Pionierlager Palmiro Togliatti. Darum geht es.

Ist doch überall so In Chemnitz-Einsiedel blockieren Anwohner mit Pegida-Unterstützung seit zwei Wochen eine geplante Asylbewerberunterkunft. Sie halten das für....

Zwei Dutzend leerstehende Häuser, dazu eine Sporthalle. Als es die DDR noch gab, haben hier Schüler aus dem ganzen Staat ihre Sommerferien verbracht und den Rest des Jahres kamen Ausländer für Seminare, Schulungen, sozialistische Volksbildung. Das gefiel den Einsiedlern damals sehr gut, sagen die Einsiedler heute.

Nun sollen wieder Ausländer kommen. Solche, die die Einsiedler nicht wollen. Die Landesdirektion Sachsen möchte hier eine Erstaufnahmeeinrichtung eröffnen, die Rede ist von 544 Plätzen. Nun steht Marc Stoll oben im Wald und schaut auf das Pionierlager und den wackeligen Maschendrahtzaun davor, vielleicht ein Meter fünfzig hoch, und sagt: "Das Problem wäre ja nicht, Flüchtlinge zu bewachen, die da vielleicht raus wollen. Das Problem sind vermutlich eher die, die da rein wollen." Rechtsradikale, die drinnen Flüchtlinge gefährden könnten, wie Stoll sagt.

Stoll ist ein fröhlicher Mann in einer grell blauen Funktionsjacke. Er ist in Einsiedel geboren, lebt nun mit seiner Frau und seinen drei Kindern hier. Stoll war mal Präsident eines Sportvereins, seit einem Jahr sitzt er für die CDU im Ortschaftsbeirat. "Wenn ich etwas verbessern will, meckere ich nicht, sondern bringe mich lieber selbst ein", sagt er und lächelt ein Anpackerlächeln. Er zählt sich nicht zu den Gegnern der geplanten Unterkunft, aber so richtig dafür ist er auch nicht. Er sagt: "Ach, eigentlich ist es hier ja gerade wie überall in Deutschland."

Im Frühjahr, erzählt Stoll, haben sie mal die Einwohnerstatistik aktualisiert. Einsiedel kam auf 36 Ausländer. "Jetzt hat sich meines Wissens nach ein neues Geschwisterchen eingestellt, wir sind also mittlerweile bei 37", sagt Stoll. Bei 3.600 Einwohnern. Was er damit sagen will: So richtig gewöhnt sind die Einsiedler nicht an Fremde, schon gar nicht an über 500 auf einmal. "Einsiedel hat einen dörflichen Charakter. Man zieht hier hin, um Ruhe zu haben."

Schweigemarschzeit. Vor dem Infoforderungsstand sammeln sich wieder die Menschen. Wie schon vergangenen Mittwoch und am Montag davor. Wobei, da haben sie nicht nur geschwiegen, da haben sie gleich die Straße blockiert. Mit einem LKW und ein paar Autos und vielen Menschen. Weil bei Facebook jemand von Pegida geschrieben hätte, die Busse mit den Asylbewerbern seien schon unterwegs. Die Polizei konnte sie nicht vertreiben und der Einsiedler Ortschaftsrat, als Vermittler eingeschaltet, wollte es nicht. Nachts blockierten sie oben beim Lager einen Waldweg, weil irgendwer irgendwo gehört hatte, nun würde die Bundeswehr die Flüchtlinge durchs Hinterland ins Pionierlager schleusen.

Dass kein Flüchtling kam an dem Abend und auch an den nächsten nicht, dass es noch nicht einmal einen Betreiber gab für das Heim: Egal. Eines zumindest ist seit jenem Montag klar: Die Einsiedler sind bereit, sich zu wehren.

Heute Abend nun liest zuerst ein Mann in grauer Kapuzenjacke die Auflagen der Polizei vor. Keine Waffen, Fackeln und Deutschlandfahnen, "alle Reden haben den öffentlichen Frieden zu wahren". Ach ja, und "der Konsum von alkoholischen Getränken wird untersagt." Was doof ist, weil sie in der Gaststätte Talsperre, direkt am Treffpunkt, gerade Bier ausschenken, den Becher für drei Euro, und Glühwein, der Becher zwei Euro. Es ist großes Hallo, was machen die Kinder und der Hund, ja Mensch, toll, du auch hier. Familien, kleine Kinder, ein paar Teelichter und ja, auch eine Laterne. Ein Straßenfest. Dazwischen stämmige Kerle mit dem Emblem "III. Weg" auf den Klamotten, eine Neonazi-Vereinigung aus Franken. Die Organisatoren von Pegida-Erzgebirge gehören zu den Veranstaltern und an diesem Abend läuft auch Götz Kubitschek durch Einsiedel, einer der wichtigsten rechtsextremen Netzwerker des Landes. Ganz normal alles. Ein stämmiger junger Mann aus dem Westen stellt sich kurz am Mikro vor, er sei hier zu Besuch bei einem "Kameraden" und "sehr stolz" auf die Einsiedler, ein Vorbild sei ihr Protest für das ganze Land. Ganz ergriffen ist der Mann, er stockt, dann klatschen die Einsiedler, er gehört jetzt zur Volksgemeinschaft.

Mit Journalisten redet diese Gemeinschaft nicht so gern. Und wenn doch, kommt dabei so ein Gespräch heraus wie das mit Günther. Der ist hier geboren vor 71 Jahren und lebt nun im Nachbardorf und ist von Anfang an bei den Protesten dabei. Sein Sohn Thomas auch.

Er sagt: "Wir waren immer stolz, dass da so viele Ausländer waren." Jetzt kommen wieder welche, aber jetzt ist er nicht mehr stolz. "Die wirklich Bedürftigen, die kommen ja gar nicht hier an", glaubt er. "Ich kann das nicht

Ist doch überall so In Chemnitz-Einsiedel blockieren Anwohner mit Pegida-Unterstützung seit zwei Wochen eine geplante Asylbewerberunterkunft. Sie halten das für....

beweisen, aber ich glaube das sind fast alles Wirtschaftsflüchtlinge." Auch die Syrer. "Wer kommt denn da jetzt? Das sind doch die Intellektuellen. Wenn die halbwegs Nationalbewusstsein haben, dann bleiben die im Land."

Günther fühlt sich nicht nur im Recht, er fühlt sich auch schon als moralischer Sieger. So wie damals, 1989, als er auch von Anfang an dabei war bei den Demonstrationen gegen des DDR-Regime. Danach war er glühender Sozialdemokrat, berichtet Günther. "1990 hab ich hier noch ein Plakat aufgehängt: SPD - unsere Zukunft!" Darüber muss er jetzt selbst laut lachen. Wie lange ist das schon vorbei.

"Jetzt", findet er, "sind wir wieder an dem Punkt angelangt, wo des Volkes Meinung nicht im geringsten akzeptiert wird." Er sagt: "Wir gehen gegen die Asylanten auf die Straße, aber in Wirklichkeit denkt jeder drüber nach: Ist es das, was wir wollten? Wir wollen endlich das, was sie uns versprochen haben! Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie."

So geht es in Einsiedel nicht nur um eine Asylunterkunft, es geht um alles. Um ein Volk im Volk, das sich in der Mehrheit wähnt und nun darauf wartet, dass die da oben es erkennen und sich danach richten. Das sehr überzeugt ist von seinem Erfolg, weil es ja hier, in Einsiedel, sieht, wie erfolgreich es ist. "Es ist nur uns und euch zu verdanken dass wir bis jetzt keine Asylanten da oben reinbekommen haben", erklärte am Wochenende einer der Aktivisten unter Applaus. "Das muss man einfach mal so sagen." Warum soll das denn im Großen nicht auch funktionieren? Rückenwind gibt's auch von Teilen der lokalen Presse: In der *Morgenpost* schreibt Redakteur Ronny Licht, er wünsche sich "mehr Einsiedel".

Bis auf einen christlich bewegten Bäcker, den der MDR aufgetrieben hat, ist es fast unmöglich, Gegner der Heimgegner zu finden. Der Ortsratvorsitzende sagt: "Ich kenne hier niemanden, der sich unterdrückt fühlt und den Flüchtlingen helfen will. Und ich kenne eigentlich alle." Einmal rief Chemnitz Nazifrei zur Gegendemo und Teilnehmer berichten im Nachhinein von Anwohnern und Einsiedler Gymnasiasten, die aus Angst vor der Heimgegner-Mehrheit im Ort unerkant bleiben wollten oder gar nicht erst kamen. Überprüfen lässt sich das nicht, weil niemand reden will.

Und die Asylbewerberunterkunft? Eigentlich wollte die zuständige Landesdirektion die Unterkunft "eher Anfang als Ende Oktober" eröffnen. Nun ist die Mitte des Monats überschritten und nichts ist eröffnet. Der Grund: Chemnitzer Gründlichkeit. Die Baugenehmigung fehlt. Und für die Baugenehmigung fehlt das Brandschutzgutachten. Dafür ist die Stadt zuständig und die stellte gleich mal klar: "Wir werden hier nicht schnell zu einem Ergebnis kommen, sondern werden sehr akribisch prüfen, wie wir das immer tun." Und wenn dann das Gutachten da ist, haben einige Einsiedler schon mal vorsorglich eine Klage dagegen angekündigt. Geld dafür sammeln sie in einer selbstgebastelten, knallroten "Klage-Box". Ist ja ihr gutes Recht. Die Straße hinauf zum Lager ist eng und das Wasser weit weg. Wer weiß, wie schlimm es wird, sollte es mal brennen.

Die Einsiedler haben nun einen Vorschlag. Sie wollen ja "ihren Teil leisten", wie der Redner beim Schweigemarsch sagt. Sie hätten gerne, dass das Pionierlager eine Art Integrationszentrum wird. Es sei ihm "völlig unverständlich", schreibt der Ortschaftsratsrat in einem einstimmig verabschiedeten Dokument (PDF), "warum das Gelände nicht wie bisher als Schule mit Internat weitergenutzt wird." Schließlich bräuchten die Migranten auch Deutschkurse und Ausbildungen, dafür wäre das Pionierlager doch ein guter Ort.

Dass die Asylbewerber erst mal, bevor sie die deutsche Sprache und deutsche Zerspanungstechnik lernen, ein Dach überm Kopf und ein Bett brauchen, sehen die Einsiedler zwar theoretisch ein. In der Praxis soll dieses Notbett aber bitte nicht in ihrem Pionierlager stehen. Der Ortschaftsratsvorsitzende Falk Ulbrich sagt: "Ich glaube daran, dass die Verantwortlichen einsehen werden, dass eine langfristige Integrationslösung in Einsiedel besser ist."

Am Ende des Schweigemarsches bleiben die Einsiedler noch in kleine Gruppen zusammen, den Glühwein in der Hand, an der Straßenecke hängt der Flyer mit dem Motto des Protests: "Die Politik versagt! Wir nicht!". Davor stehen sie nun und lachen und planen und plauschen. So sehen Sieger aus.

Ist doch überall so In Chemnitz-Einsiedel blockieren Anwohner mit Pegida-Unterstützung seit zwei Wochen eine geplante Asylbewerberunterkunft. Sie halten das für....

Load-Date: October 17, 2015

End of Document

Die Moslem-Problematisierung-Maschine läuft; Rainer Wendt, Obermacker der Polizeigewerkschaft, kennt sich aus mit der Genetik von Muslimen. Frauen zu verachten sei fast ein Grundbaustein, sagt er zum Beispiel.

ZEIT-online

Mittwoch 11. November 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Muslime; Ausg. 45

Length: 1264 words

Byline: Mely Kiyak

Body

Was wird in der **Flüchtlingsfrage** gerade gemahnt und gewarnt! Als gäbe es keine anderen Sorgen mehr. Sind alle übrigen Probleme eigentlich gelöst? Griechenland und die Banken, das Bildungsproblem, die Ausländermaut, das Betreuungsproblem für kleine Kinder? Alles nicht mehr relevant? Wo stehen wir, die Grenzzäune einmal beiseite gelassen, außenpolitisch? Wie wird mit der Ukraine umgegangen, der Türkei, China, Russland, Iran, Syrien, Irak, Afghanistan? Sind ein paar Hunderttausend **Flüchtlinge** zusätzlich in diesem Land wirklich eine derartige Katastrophe, dass alles andere keine Rolle mehr spielt? Nach allem, was man in den letzten Wochen hört, sind bislang nur **Flüchtlinge** von ihrer eigenen Problematik betroffen. Nicht wir, die deutsche Bevölkerung. Wenn man wirklich wollen würde, würde man sich in der **Flüchtlingsfrage** anders anstrengen. Anders helfen. Anders da sein. Logistisch, bürokratisch, politisch, finanziell. Man würde versuchen mehr Schutz zu gewähren, mehr Sicherheit, mehr Hilfe. Und nicht weniger.

Das neueste Beispiel in der Debatte darum, was man von den Flüchtlingen in Deutschland zu halten hat, zeigt eine Bochumer Polizistin, die gerade herumgereicht wird. Sie wiederholt von Sendung zu Sendung Beispiele aus ihrem vermeintlichen Alltag, die illustrieren sollen, wie schädlich sich "Migranten und Flüchtlinge aus dem muslimischen Kulturkreis" benehmen. Die Beispiele handeln immer davon, dass Muslime unverschämte Zeitgenossen sind. Egal ob sie geflohen oder hier geboren und aufgewachsen sind. Experten, die sich hauptberuflich mit dem Phänomen von Ausgrenzung gesellschaftlicher Gruppen auseinandersetzen, nehmen diese Polizistin genauso achselzuckend hin wie sie zuvor Publizisten und ehemalige Bundesbanker hinnahmen. Selten sieht man einen Gesprächsgast, der geduldig die Thesen der Polizistin Argument für Argument auseinandernimmt. In die Ecke gedrängt, gibt die Polizistin wenigstens zu, keine verlässlichen Zahlen zur Hand zu haben. Mit anderen Worten, man könnte genauso gut eine andere Polizistin in diese Talkshows setzen, die beharrlich behauptet, dass die lebenswichtigsten Tatverdächtigen Muslime seien. Man könnte auch Polizisten in solche Shows setzen, die davon erzählen könnten, wie manche Polizisten sich gegenüber Menschen benehmen, deren Namen etwas orientalischer klingen.

Die Stimme der Straße

Die Moslem-Problematismus-Maschine läuft Rainer Wendt, Obermacker der Polizeigewerkschaft, kennt sich aus mit der Genetik von Muslimen. Frauen zu verachten sei

Ein anderes Beispiel des warnenden und mahnenden Polizisten ist das CDU-Mitglied Rainer Wendt. Er ist Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft und ein gern gesehener Gast in Talkshows. Denn man hat in diesem Land immer noch ein hohes Vertrauen in den deutschen Sicherheitsapparat. Wie weit dieses Vertrauen in die Polizei nach dem Enttarnen des NSU und allerhand nicht geahндeter Straftaten gegenüber Flüchtlingen aufrecht zu erhalten ist, sei jedem Bürger selbst überlassen. Wendt jedenfalls wird in der Öffentlichkeit als Stimme der Straße wahrgenommen. Als jemand, der Nacht für Nacht Streife fährt und jeden Dealer, jede Nutte und alles Personal, das sich auf dem Bürgersteig oder im Hinterhofcasino herumtreibt, persönlich kennt. Wann er das letzte Mal auf Streife war, ist nicht bekannt. Zu allen anderen Fragen gibt er gerne Auskunft. Wann immer es beim Thema Sicherheit Unklarheiten gibt, hat Wendt Antworten. Zum Beispiel in der aktuellen Ausgabe des *Compact Magazin*.

Compact ist ein Magazin mit einer eindeutigen Ausrichtung. Wie kann man sie am besten erklären, ohne dass Chefredakteur Jürgen Elsässer einen mit Unterlassungsklagen überzieht? Sagen wir so. Wäre das *Compact Magazin* ein Schiff, es sähe aus, als hätte es Steuerbord massiv Schlagseite und würde zur Seite gekippt übers Meer fahren. Oder sagen wir anders. Wäre die Welt eine Scheibe, müsste man aufpassen, dass das *Compact Magazin* nicht rechts herunter fällt, so weit außen steht es schon. Für den Gewerkschaftsführer ist das Blatt offenbar ein Gesprächspartner auf Augenhöhe.

Jedenfalls wurde er mit den Aussagen der Bochumer Polizistin konfrontiert. Die Quellen kann man schon gar nicht mehr nachvollziehen, weil die Frau wirklich ständig irgendwo auftritt und vor dem angeblich aggressiven und respektlosen Verhalten der Flüchtlinge und Migranten aus dem "muslimischen Milieu" mahnt und warnt. Die Anführungszeichen sind kein Zitat aus dem *Compact Magazin*, sondern dienen nur als Fußnote und Hinweis für den Leser dieser Kolumne. Denn die Religionszugehörigkeit wird bei Straftaten in Deutschland nicht erfasst, weshalb man nie erfahren wird, woher die Bochumer Polizistin immer genau weiß, welcher Glaubensrichtung ein Mensch angehört. Ob es sich bei dem aggressiven Verhalten um Einzelfälle handelt, will das Magazin von Wendt wissen.

Seine Antwort: *Das ist kein Flüchtlingsthema, sondern hier geht es um die Machokultur junger Muslime, denen diese Kultur angezogen wurde, die sie aus der Heimat mitgebracht haben. Eine Kultur, die ihnen sagt, du bist hier der Obermacker in dieser Familie. Frauen sind weniger wert. Frauen muss man weder beachten noch respektieren. Das gehört fast zu den genetischen Grundbausteinen dieser Kultur.*

Man würde zu gerne einmal einen einzigen Vertreter dieser muslimischen Erziehungsmethode kennenlernen. Nur einmal! Eine einzige Mutter, einen einzigen Vater, die gerade von der Flucht in Deutschland angekommen, mit letzter Kraft ihren Söhnen beibringen, Frauen weder zu beachten noch zu respektieren. Es täte auch ein einfacher, muslimischer Gastarbeiter aus der ersten Generation, der uns teilhaben lässt an dieser Form der Pädagogik. Wenn es so sehr zur Genetik dieser Kultur gehört, müsste es doch kein Problem sein, jemanden zu finden, der das freimütig äußert.

Man würde zu gerne wissen, wie die Heimaten genau heißen, aus denen diese Kultur stammt. Wie nennen sich diese Länder? Und betrifft diese Erziehung nur Muslime? Was, wenn in dem Land Christen und Muslime leben? Gilt das dann wirklich immer nur für die Muslime? Wie funktioniert das im Libanon, im Jemen, in Israel, im Irak, im Iran und so? Gibt es Unterschiede zwischen Schiiten und Sunniten? Verhalten sich alevitische, jesidische, jüdische und christliche Türken gegenüber ihren Frauen anders als sunnitische Türken? Und was ist mit dem wachsenden Teil jener, sagen wir, türkischen Bürger, die völlig atheistisch leben? Bringen die ihren Söhnen dann bei, dass sie nicht der Obermacker sind? Doch am dringendsten wünscht man sich eine Antwort darauf, warum das Frauenverachten als DNA eines Muslims nur fast zur Kultur gehört und nicht völlig? Wozu die Einschränkung? Und wie genau verhält sich eigentlich die Genetik zur Kultur? Darf man zur Quellenforschung auch Bücher aus jenem Teil der Bibliothek lesen, die, sagen wir, wäre die Bibliothek eine Scheibe, ...

Was also tun in einem Land, in dem jeder, der die Migranten-aus-dem-muslimischen-Kulturreis-sind-dies-oder-das-These vertritt, prima Karriere machen kann? Die Moslem-Problematismus-Maschine läuft und läuft und läuft. So weit so banal.

Die Moslem-Problematisier-Maschine läuft Rainer Wendt, Obermacker der Polizeigewerkschaft, kennt sich aus mit der Genetik von Muslimen. Frauen zu verachten sei

Schweigen? Oder den hundertsten Artikel schreiben und versuchen dagegen zu halten? Versuchen klar zu machen, dass jeder Satz, der mit "Die Muslime" oder "Die Juden" oder "Die Deutschen" anfängt, falsch enden wird, egal wie er enden wird? Oder klein begeben und akzeptieren, dass das Warnen vor Muslimen mittlerweile zur Genetik deutscher Diskussionskultur gehört?

Load-Date: November 11, 2015

End of Document

Hotline für Bootsflüchtlinge; Aktivisten betreuen eine Notfallnummer für Flüchtlinge in Seenot. Damit übernehmen Ehrenamtliche eigentlich staatliche Aufgaben in der Flüchtlingsarbeit.

ZEIT-online

Dienstag 30. Juni 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingshilfe; Ausg. 25

Length: 931 words

Byline: Susan Djahangard

Body

Ein **Flüchtlingsboot** mit etwa 200 Menschen an Bord in der Nähe von Lampedusa (Archivbild)

© Italienische Marine/epa/dpa

Um 3.30 Uhr klingelte an einem Junimorgen das Alarmphone mit der Nummer + 334 86 51 71 61. "Ich bin mit 40 Personen auf einem Gummiboot in der Nähe der griechischen Insel Chios. An Bord befinden sich auch drei Babys. Der Motor ist kaputt gegangen", sagte der Anrufer. Am anderen Ende war ein ehrenamtlicher Helfer. Er rief sofort die griechische Küstenwache an und erfuhr, dass gleich mehrere **Flüchtlingsboote** vor Chios in Seenot geraten waren. Stundenlang konnten die Aktivisten des Alarmphones den Mann auf dem Boot nicht mehr erreichen. Die Küstenwache sagte zwar, dass ein Boot angekommen sei. Ungewiss blieb aber, ob es das Boot war, das den Notruf abgesetzt hatte. Am frühen Nachmittag rief der Passagier zurück: Alle im Boot hatten die Insel endlich erreicht, ohne Hilfe der Küstenwache.

Von diesem Fall erzählt Sophie Hinger, eine von fast 80 Aktivisten des Alarmphones. Einmal pro Woche ist sie für acht Stunden in Alarmbereitschaft. Die ehrenamtlichen **Flüchtlingshelfer** vom Alarmphone können zwar selbst keine **Flüchtlingsboote** retten. Sie alarmieren aber, wie auch in diesem Fall, die nationalen Küstenwachen in Spanien, Italien oder Griechenland. Sie beobachten die Rettung der Boote über Satellitenbilder, halten Kontakt zu den **Flüchtlingen** auf dem Wasser, zu Kontaktpersonen und zur Küstenwache.

Wenn die Rettungsboote gar nicht erst losfahren, versuchen sie außerdem öffentlich Druck zu machen und damit eine Rettung zu erzwingen. "Einmal ist die italienische Küstenwache nicht ausgerückt. Wir haben über soziale Netzwerke dazu aufgerufen, Mails an sie zu schreiben. Innerhalb weniger Minuten sind dort über 100 Nachrichten eingegangen, in denen gefordert wurde, die Leute auf dem Boot zu retten", erzählt Hinger, die sich seit 2009 bei der Gruppe Borderline Europe engagiert, die das Alarmphone mitbegründet hat. Die Küstenwache habe die Flüchtlinge schließlich doch gerettet, sagt sie - nach einem Anruf beim Alarmphone, die Mailflut sofort zu stoppen.

Hotline für Bootsflüchtlinge Aktivisten betreuen eine Notfallnummer für Flüchtlinge in Seenot. Damit übernehmen Ehrenamtliche eigentlich staatliche Aufgaben in

In den Herkunfts- und Transitländern verteilen Aktivisten die Nummer des Alarmphones auf türkisblauen Visitenkarten. Außerdem spricht sie sich herum: Verwandte und Freunde der Flüchtlinge reichen sie weiter oder posten sie in sozialen Netzwerken.

Alarmphone kam nach dem Ende von Mare Nostrum

Kurz nachdem im vergangenen Jahr Italien die Seerettungsmission Mare Nostrum eingestellt hatte, haben verschiedene Initiativen, die sich schon seit Jahren in der Flüchtlingsarbeit engagierten, gemeinsam das Alarmphone gegründet. "Ausschlaggebend für uns waren auch die Lampedusa-Tragödie 2013, die Schüsse auf schwimmende Flüchtlinge und der *Left-to-die-Boat-Case*, als 63 Flüchtlinge nach einer 14-tägigen Odyssee auf dem Mittelmeer starben", sagt Hinger.

Seit Oktober 2014 wird das Telefon rund um die Uhr von Ehrenamtlichen betreut. "Unsere Nummer muss immer erreichbar sein", sagt Hinger, die als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Osnabrück arbeitet. Das Alarmphone sei auch eine Form des Protests für mehr Bewegungsfreiheit und gegen die Politik der europäischen Staaten. Denn diese hätten sich mit völkerrechtlichen Verträgen zur Seenotrettung verpflichtet - und kämen dem nicht nach.

Auch in anderen Bereichen gleichen Ehrenamtliche ein "Defizit staatlicher Aufgaben" aus, so das Ergebnis eines ersten Forschungsberichts zu ehrenamtlicher Flüchtlingsarbeit in Deutschland vom Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung an der Humboldt-Uni (BIM). Besonders wenn es um Behördengänge und Rechtsberatung geht, springen Ehrenamtliche ein, schreiben die Autoren der im April erschienenen Studie. Auch Sprachunterricht für Flüchtlinge, der oft von Freiwilligen unentgeltlich angeboten wird, könne als ursprünglich staatliche Leistung verstanden werden.

Serhat Karakayali vom BIM sagt: "Solange die Migrationspolitik auf Abschreckung und Abwehr ausgerichtet ist, gibt es wenig Interesse von staatlicher Seite, Angebote für Flüchtlinge auszuweiten." Aber Ehrenamtliche können nicht dauerhaft diese Aufgaben übernehmen, irgendwann seien die Leute verbrannt. "Deshalb ist es wichtig, dass Bund, Länder und Kommunen den Ehrenamtlichen ihre Arbeit erleichtern: indem sie selbst Aufgaben übernehmen und bestehende Organisationen unterstützen", fordert der Soziologe. Auch Sophie Hinger sieht die Arbeit für die Seenotrettung über das Alarmphone nur als vorübergehende Lösung. Denn eigentlich fordern sie und die anderen Aktivisten legale Fluchtwege in die EU. Flüchtlinge sollten vor allem Fahren nutzen dürfen.

Wie liest man Satellitenbilder?

Auf vieles in der Arbeit waren die Ehrenamtlichen des Alarmphones am Anfang nicht vorbereitet. Wie liest man Satellitenbilder? Wie arbeiten die verschiedenen Küstenwachen? Inzwischen können die länger Aktiven die Neuen technisch einarbeiten. In regelmäßigen und spontanen Treffen tauschen sie sich aus, erzählen sich, wie es ihnen geht und geben sich Tipps.

Denn auch mit der psychischen Belastung müssen sie umgehen. Schließlich telefonieren sie mit Menschen, die gleich ertrinken könnten. Schon öfter sprachen die Alarmphone-Mitarbeiter mit Flüchtlingen, auf deren Booten gerade Menschen gestorben waren. Auch aus diesem Grund arbeiten sie immer zu zweit.

"Zurzeit gibt es fast keinen Tag ohne Anruf", sagt Hinger: "Ich halte das nur durch, weil wir uns gegenseitig unterstützen." Während der Schicht stehe sie unter Hochspannung. Erst danach habe sie Zeit, ihre Gefühle zu verarbeiten. Manchmal nimmt sie sich dafür eine Auszeit.

Load-Date: June 30, 2015

Tausende minderjährige Flüchtlinge sind verschwunden; Schleuser nutzen Flüchtlinge zunehmend für Sexarbeit und Sklaverei aus. Laut Europol ist der Verbleib von 10.000 unbegleiteten Kindern und Jugendlichen in Europa unklar.

ZEIT-online

Sonntag 31. Januar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Kriminelle Infrastruktur; Ausg. 5

Length: 371 words

Body

Flüchtlingskinder an der griechisch-mazedonischen Grenze

© Robert Atanasovski/AFP/Getty Images

Mindestens 10.000 unbegleitete **Flüchtlinge** unter 18 Jahren sind nach Schätzung von Europol in Europa verschwunden. Tausende seien in europäischen Staaten registriert worden, doch dann habe sich ihre Spur verloren, sagte Brian Donald dem *Observer*. Der Stabschef der EU-Polizeibehörde warnte, einige könnten in die Hände von Kriminellen gelangt sein.

"Nicht alle werden kriminell ausgenutzt, manche könnten inzwischen in der Obhut von Familienmitgliedern sein", sagte Donald. "Aber wir wissen einfach nicht, wo sie sind, was sie tun oder bei wem sie sind." Allein in Italien seien 5.000 Minderjährige verschwunden, 1.000 in Schweden.

Die Organisation Save the Children schätzt, dass ungefähr 26.000 unbegleitete Minderjährige im vergangenen Jahr in Europa angekommen seien. Europol geht laut dem *Observer* von deutlich höheren Zahlen aus. Nach Schätzung der Polizeibehörde sind 27 Prozent der in Europa ankommenden Flüchtlinge minderjährig. Das wären bei einer Million Flüchtlingen 270.000 Menschen unter 18 Jahren.

"Nicht alle von ihnen sind unbegleitet, doch wir haben Hinweise, dass es ein großer Anteil von ihnen ist", sagte Donald. So handele es sich nach seiner Ansicht bei der Zahl von 10.000 verschwundenen unbegleiteten Jugendlichen um eine vorsichtige Schätzung, die Zahlen könnten auch höher sein.

Europol habe Beweise, dass manche Kinder und Jugendliche auf der Flucht sexuell missbraucht worden sein. "Es hat sich eine gesamte kriminelle Infrastruktur gebildet, die vom Migrantengstrom profitiert", sagte Donald. Kriminelle Banden, die bisher als Schleuser aufgetreten seien, wären dazu übergegangen, Flüchtlinge für Sexarbeit und Sklaverei auszunutzen.

Auch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zeigte sich besorgt. "Unbegleitete Minderjährige aus Konfliktregionen bilden die mit Abstand gefährdetste Gruppe unter den Flüchtlingen", sagte

Tausende minderjährige Flüchtlinge sind verschwunden Schleuser nutzen Flüchtlinge zunehmend für Sexarbeit und Sklaverei aus. Laut Europol ist der Verbleib von 1....

Mariyana Berket von der OSZE dem *Observer* . "Sie sind ohne elterliche Fürsorge, sie wurden entweder von ihren Familien geschickt, um als erste nach Europa zu gelangen, oder sie haben ihre Flucht mit anderen Familienmitgliedern begonnen."

Load-Date: January 31, 2016

End of Document

Ohne Freiwillige kein Internet; In vielen Flüchtlingsheimen gibt es keinen freien Internetzugang. Initiativen wie Refugees Emancipation und die Freifunker springen ein, wo offizielle Stellen versagen.

ZEIT-online

Donnerstag 1. Oktober 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 39

Length: 988 words

Byline: Patrick Beuth

Body

Flüchtlinge in einem Internetcafé von Refugees Emancipation

© Refugees Emancipation

Im zweiten Stock eines Plattenbaus im **Flüchtlingsheim** in Berlin-Marienfelde stehen 16 PCs und ein Drucker. An den Wänden hängen Zettel mit Terminen für Computerkurse für Anfänger, die jeden zweiten Tag stattfinden und überwiegend von Berliner Studenten angeboten werden. Das ist das Internetcafé des Vereins Refugees Emancipation. 16 PCs und ein schwachbrüstiges WLAN für 700 Menschen, die hier leben und die das Internet für Übersetzungen brauchen, für Kontakt in ihre Heimatländer, für Hausaufgaben aus der Schule, für Informationen über ihre komplizierten bürokratischen Angelegenheiten. Und damit sind die Bewohner noch vergleichsweise gut bedient. In vielen anderen Unterkünften gibt es gar keinen freien Internetzugang, weil die Betreiber und Behörden träge sind oder schlicht keinen einrichten wollen, wie *netzpolitik.org* bei seinen Recherchen festgestellt hat.

Refugees Emancipation wurde im Jahr 2001 von **Asylsuchenden** gegründet. Der gemeinnützige Verein hat mehrere Internetcafés in Berliner und Brandenburger **Flüchtlingsunterkünften** eingerichtet, schult die Bewohner im Umgang mit Hardware und Software, bildet freiwillige Administratoren für die jeweiligen Einrichtungen aus und bietet Deutschkurse an. "Wir sind davon überzeugt, dass Zugang zum Internet ein Menschenrecht ist", sagt der Gründer Chu Eben.

Natürlich braucht der Verein Geld; es fallen Betriebskosten, Bürokosten, Reparaturen von Rechnern und Netzwerktechnik, aber auch Fahrtkosten an. Am heutigen Donnerstag hat deshalb eine Spendenkampagne für Refugees Emancipation begonnen, initiiert unter anderem vom Chaos Computer Club, den Berliner Freifunkern und dem Förderverein freie Netzwerke. Wer kein Geld, sondern Fachwissen und Zeit spenden möchte, ist ebenfalls willkommen: Refugees Emancipation benötigt Hilfe von Webdesignern und Programmierern, unter anderem bei der Neugestaltung seiner Website.

Es ist nicht der einzige Ansatz, mit dem die technisch Versierten, die Hacker und Internetaktivisten derzeit versuchen, den Flüchtlingen einen Zugang zum Internet verschaffen.

Ohne Freiwillige kein Internet In vielen Flüchtlingsheimen gibt es keinen freien Internetzugang. Initiativen wie Refugees Emancipation und die Freifunker spring....

Den Nachbarn um Bandbreite bitten

Die Freifunker selbst etwa haben bereits mehr als 100 Flüchtlingsunterkünfte in Deutschland online gebracht. Die vielen lokalen Freifunkgruppen errichten und betreiben sogenannte Mesh-Netzwerke. Das sind dezentrale, vom Internet erst einmal unabhängige Infrastrukturen, in denen jeder Router als Knoten und als Repeater fungiert. In so einem Netz können die Nutzer zum Beispiel Dateien untereinander tauschen, auch ohne eine Anbindung ans Internet. Üblicherweise stellen ein oder mehrere Teilnehmer aber zusätzlich ihren Internetzugang ganz oder teilweise zur Verfügung, so dass alle im Mesh-Netzwerk davon profitieren.

In Flüchtlingsunterkünften geht das entweder über einen schon vorhandenen Anschluss, der nur noch für die Freifunker freigegeben werden muss, oder von außen über Richtfunk, sagt Monic Meisel, eine der Gründerinnen der Freifunk-Initiative. Manche Freiwillige würden sogar eigene Masten errichten, um eine Verbindung in die Unterkunft zu ermöglichen. Andere Gruppen sprechen die Nachbarn einer Unterkunft an und bitten sie, Freifunk-Router aufzustellen und einen Teil ihrer Bandbreite zur Verfügung zu stellen, damit die Flüchtlinge ein offenes WLAN bekommen.

Rechtlich hätten weder die Freifunker noch die hilfsbereiten Nachbarn etwas zu befürchten, versichert Meisel. In den meisten Fällen leiten die Freifunker den Traffic verschlüsselt über bestimmte Gateways ins Internet. Diese Gateways gehören Organisationen, die bei der Bundesnetzagentur als Internetprovider angemeldet sind. Das können auch die Freifunkvereine selbst sein. Das verlangsamt die Verbindung zwar und kostet vor allem Geld, das durch Spenden wieder hereingeholt werden muss. Aber so profitieren die Freifunker vom Providerprivileg. Das besagt, verkürzt gesagt: Ein Anbieter von Internetzugängen kann nicht dafür haftbar gemacht werden, was seine Kunden tun.

Selbst wenn die Flüchtlinge also nichts Besseres zu tun hätten, als illegale Kopien von Filmen oder Musik herunterzuladen - und die meisten dürften durchaus Besseres zu tun haben - gilt die sogenannte Störerhaftung für Freifunker nicht und sie können demnach auch nicht abgemahnt werden. Zum Teil nutzen die Freifunker auch einfach Gateways in Ländern, in denen es keine Störerhaftung gibt.

Telekom will vor allem Erstaufnahme-Unterkünfte versorgen

Es gibt nicht nur private Initiativen. In Berlin zum Beispiel gehört ein "kostenfreier WLAN-Empfang" zu den Qualitätsanforderungen an Flüchtlingsunterkünfte. Das geht angesichts der vielen Standorte wenn überhaupt, dann nur mit professioneller Hilfe. So hat etwa die Telekom angekündigt, vor allem die Erstaufnahmeunterkünfte mit WLAN versorgen zu wollen, "in Absprache mit dem Bundesinnenministerium und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge".

Eine Sprecherin teilte auf Nachfrage mit, man habe bundesweit schon mehr als 200 Unterkünfte mit der nötigen Technik ausgestattet. In 25 Erstaufnahmeeinrichtungen habe die Telekom auch die Kosten für die Einrichtung übernommen. Das Unternehmen sei dabei immer auch der Internet Service Provider "und übernimmt dadurch alle Rechte und Pflichten aus dem zur Zeit gültigen WLAN-Gesetz" - gemeint ist auch die Störerhaftung beziehungsweise das Providerprivileg, das diese Störerhaftung ausschließt.

Korrektur : In einer früheren Version dieses Artikels hieß es, die Telekom habe nur die Kosten für die WLAN-Einrichtung in den Flüchtlingsunterkünften übernommen, nicht aber die Kosten für den laufenden WLAN-Betrieb. Das stimmt so nicht: Zumindest in den 25 Erstaufnahmeeinrichtungen, in denen das Unternehmen den WLAN-Zugang eingerichtet hat, trägt es auch die Kosten für die Nutzung durch die Flüchtlinge.

Load-Date: October 1, 2015

Wer stört, muss nach Deizisau; Flüchtlinge, die in anderen Heimen randalieren, werden gesondert untergebracht und weitgehend sich selbst überlassen. Wie sinnvoll ist das Modellprojekt bei Stuttgart?

ZEIT-online

Sonntag 10. April 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 15

Length: 1741 words

Byline: Lisa Caspari

Body

Hinterhof der Unterkunft für auffällige **Flüchtlinge** in Deizisau

© Lisa Caspari

In der Unterkunft für auffällige **Flüchtlinge** fällt vor allem eines auf: die Stille. Mittags um halb zwölf sind alle Zimmertüren geschlossen, die meisten Männer schlafen noch. Es müffelt, die karge Gemeinschaftsküche ist leer. Alexandra Mack, die als Sozialarbeiterin der Arbeiterwohlfahrt die Bewohner betreut, wundert das nicht: "Sie machen die Nacht zum Tag, sie haben ja auch nichts zu tun." Kein einziges Bild hängt an der Wand des eierschalengelben Leichtbauhauses, kein Topf steht auf dem Herd.

Vor dem Gebäude vertritt sich ein bulliger Sicherheitsmann die Füße. Die vergangene Nacht sei wieder heftig gewesen, erzählt er und berichtet von Alkoholproblemen der Bewohner. Die Polizei war da, mal wieder, bestätigt auch sein Kollege, der im Büro im Haus Dienst schiebt. Sie sind stets zu zweit hier, sollen dazwischen gehen, wenn es Streit gibt. Die Sicherheitsleute sind aber auch da, um das Haus vor möglichen Angriffen von außen zu schützen.

In Deizisau, einer beschaulichen 6.000-Einwohner-Gemeinde südöstlich von Stuttgart läuft gerade ein bemerkenswertes Modellprojekt. Im Gewerbegebiet, möglichst weit entfernt von den normalen Wohnhäusern, sind derzeit 27 Flüchtlinge untergebracht, die von den Behörden als "auffällig" eingestuft wurden. Das bedeutet: Sie haben in anderen Unterkünften gestört, betrunken randaliert, ihre Mitbewohner nicht schlafen lassen. Manche haben psychische Probleme. Und alle hatten Schwierigkeiten sich einzufügen in die fragile Gemeinschaft der deutschen Flüchtlingsgroßunterkünfte, in der Enge, in der die Bewohner oft nur ein Tuch über das ihnen zugeteilte Stockbett hängen können, um sich etwas Privatsphäre zu schaffen.

"Auffällig, aber nicht straffällig"

"Diese Flüchtlinge waren auffällig, aber nicht straffällig", Christian Baron, Leiter des Rechts- und Ordnungsamtes im nahen Esslingen, ist es wichtig, das zu betonen. Deswegen könne man sie auch nicht wegsperren, wolle das

Wer stört, muss nach Deizisau Flüchtlinge, die in anderen Heimen randalieren, werden gesondert untergebracht und weitgehend sich selbst überlassen. Wie sinnvoll....

auch nicht. Doch was tun, wenn ein Flüchtling nächtelang seine Zimmergenossen vom Schlafen abhält? Wenn zwei Flüchtlinge sich in den Einrichtungen prügeln? Eine Anzeige wegen Körperverletzung wird selten gestellt. Schlimmstenfalls, sagt Baron, bleiben die zumeist angetrunkenen Störer eine Nacht in einer Polizeizelle und seien am nächsten Tag wieder frei.

Es war im vergangenen Sommer, als sich im Kreis Esslingen immer mehr Bewohner und Heimleiter über solche Störer unter den Flüchtlingen beschwerten: junge Männer, bis auf einen stammen sie alle aus Nordafrika. Baron schlug vor, die Störer in einem gesonderten Haus unterzubringen. So begann dieses Projekt - nicht ohne Skepsis: "Wir hatten Sorge, die Aggressionen könnten sich potenzieren, und dass eine Gemeinde übermäßig belastet wird. Auch dass es negative Berichterstattung geben könnte", sagt Baron.

Doch der Bürgermeister von Deizisau habe sich bereit erklärt, die Männer aufzunehmen. Im Januar zogen die ersten Flüchtlinge in die Unterkunft, hier leben sie nun in Vier- bis Sechsbettzimmern statt in großen Hallen, sie können sich frei bewegen. Wurden sie belohnt dafür, dass sie Ärger machten? Baron und die Mitarbeiter des Landkreises sehen das nicht so, die Unterkunft sei Standard und durch ihre abgeschiedene Lage wenig attraktiv. Sie ziehen nach den ersten Wochen eine vorsichtig positive Bilanz. "Wir sprechen von Entlastungseinrichtung", sagt Baron. In den Gemeinschaftsunterkünften sei das Leben nun erträglicher. Und die "auffälligen Flüchtlinge" machten außerhalb der Unterkunft keine Probleme. In Deizisau, einer hellgrauen Wohnstadt mit aufgeräumter Fußgängerzone, aber wenig Glamour, ist es weitgehend ruhig geblieben.

Zwei Diebstähle und viel Streit

Das bestätigt auch die Polizei. Zwei Diebstähle haben die Beamten in den vergangenen Wochen gezählt, die den Flüchtlingen zuzuordnen seien. Ausrücken müssten die Streifenwagen aber immer wieder, um Schlägereien und Streitigkeiten unter den Bewohnern zu schlichten.

Was an jenem Tag Ende Februar genau passiert ist, ist schwer zu rekonstruieren. Mohammed, einer der Bewohner der Flüchtlingsunterkunft, sieht das so: Er habe geschlafen, sei dann aufgeschreckt, weil ihm ein Mitbewohner ein Messer an den Hals gehalten habe. Der Mitbewohner habe sein Handy geklaut. Dann sei die Polizei gekommen, habe aber ausgerechnet ihm, dem Opfer, Probleme gemacht.

Die Unterkunft für auffällige Flüchtlinge in Deizisau

© Lisa Caspari

Der Tunesier ist an diesem Mittag als einziger schon wach. Hektisch läuft auch er vor dem Wohnheim auf und ab. Und auf und ab. Nur noch weg wolle er, sagt Mohammed der Sozialarbeiterin Mack, er gestikuliert mit fahrigem Bewegungen, das Gesicht verzweifelt. Der 28-Jährige spricht gut Deutsch, er erzählt, er habe Probleme mit seiner Ex-Frau. Aber vielleicht müsse er auch ins Krankenhaus, in die Psychiatrie, etwas mit seinem Kopf stimme nicht. Mohammed zerzaust sich die Haare: "Hier werde ich verrückt", ruft er.

Sie sind schwer zu verstehen

Mack, eine zierliche blonde Frau in Outdoorjacke, nimmt sich kurz Zeit für ihn. Ob er noch mal beim Arzt gewesen sei? Wo jetzt das Handy sei? Später wird es wieder auftauchen, bei der Polizei gab es nie Anzeige wegen Diebstahls. Hat er überhaupt stattgefunden? Mack weiß oft nicht genau, was passiert ist. Aber sie versucht einfach da zu sein für die Männer hier, Vertrauen aufzubauen. Mit Mohammed hat sie WhatsApp-Kontakt, er kann auch anrufen, wenn er etwas braucht. Das Problem ist nur: Mohammed ändert häufig seine Meinung, was ihm denn helfen würde. Und er ist nicht der einzige Bewohner hier, der schwer zu verstehen ist.

Mack ist nicht nur für Deizisau zuständig, für die Arbeiterwohlfahrt betreut sie alle Unterkünfte im Kreis Esslingen, das seien mehr als 60. Normalerweise arbeitet sie neue Mitarbeiter ein, koordiniert den Aufbau neuer Einrichtungen, aber Deizisau betreut sie selbst: Hier hält sie einmal in der Woche Sprechstunde, manchmal kommt sie auch kurz vor Feierabend vorbei, schaut nach dem Rechten. Auch die Freiwilligen vom Deizisauer Arbeitskreis Asyl versuchen, so gut wie möglich für die Flüchtlinge da zu sein. Doch es fehlt an psychologischer Betreuung für

Wer stört, muss nach Deizisau Flüchtlinge, die in anderen Heimen randalieren, werden gesondert untergebracht und weitgehend sich selbst überlassen. Wie sinnvoll....

die Männer. Geschultes Personal gibt es nicht. Mohammed wird ärztlich betreut, aber offenbar nicht regelmäßig. Nicht immer gehe er zu den Terminen, sagt Mack. Immerhin spricht er Deutsch, könnte sich also einem deutschen Psychiater oder Psychologen erklären. Das gilt nicht für alle der "auffälligen Flüchtlinge".

Ihre Hauptaufgabe, sagt die Sozialarbeiterin, sei es, den Männern ein wenig Stabilität im Leben zu vermitteln. Ansprechpartnerin zu sein. "Die jungen Männer sind ganz alleine, die haben niemanden. Und das schon seit Jahren." Mack erklärt den Flüchtlingen zum Beispiel, wie man Strafbeträge stundet. Wenn zum Beispiel wieder eine Anzeige kommt wegen Schwarzfahrens oder Diebstahls. Die Männer zeigen sich einsichtig und werden doch rückfällig. "Ich kann sie nicht zu anderen Menschen machen", sagt Mack. "Ich frage sie, ob ihre Familien das gutheißen würden, aber sie wissen selbst, dass es nicht gut ist, was sie machen."

Die Projektmitarbeiter können vor allem wenig ändern an dem Hauptproblem, das die Flüchtlinge hier eint: ihre Perspektivlosigkeit. Die Bewohner sind zwischen 20 und 30 Jahre alt, irgendwann in Deutschland aufgetaucht. Allerdings deutet das wenige, das sie über ihre Vergangenheit erzählen, darauf hin, dass sie schon lange unterwegs sind. Dass sie auf der Straße lebten, in Südeuropa. Dass sie Schulden haben und Kleinkriminelle sind. Dass sie irgendwann einen Asylantrag in Deutschland stellten und nun ihre Zeit absitzen im Gewerbegebiet Deizisau. Die meisten wurden noch nicht einmal zur Anhörung vor dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geladen, es wird noch Monate dauern, bis ihr Asylantrag bearbeitet ist. Höchstwahrscheinlich werden sie abgeschoben: Marokko, Tunesien und Algerien sollen zu sogenannten sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden, schon jetzt liegt die Anerkennungsquote nahe null. Ob die Bewohner Deutschland dann auch wirklich verlassen oder sich irgendwie anders durchschlagen? Mack zuckt mit den Achseln.

Äpfel und Wodka

Einige Wochen sind vergangen seit dem Besuch in Deizisau Ende Februar. Die Sozialarbeiterin klingt zuversichtlich am Telefon. Sie wolle jetzt gemeinsam mit den Männern eine Hausordnung erarbeiten. Aber es bleibt schwierig: Anfang vergangener Woche musste wieder die Polizei ausrücken, ein Mann prügelte zwei Mitbewohner krankenhaushausreif. Diesmal gibt es eine Anzeige: wegen schwerer Körperverletzung.

Die Bürger von Deizisau erfahren von solchen Vorfällen in der Regel nur aus der Zeitung. Es gibt aber die Geschichte mit den Äpfeln und dem Wodka, die die Meinungen der Einwohner spaltet. Anfang Januar, gleich nach Ankunft der Flüchtlinge, verschwanden eine Flasche Wodka und ein Sack Äpfel aus einer Tankstelle, ganz in der Nähe der Unterkunft. Und wie reagierte der Bürgermeister? Er stellte den Flüchtlingen daraufhin eine Kiste Äpfel vor die Haustür.

Unmöglich, sagt eine Metzgereiverkäuferin im Ort. "Stellen Sie sich mal vor, wir Deutschen hätten geklaut, was dann los wäre?" Sozialarbeiterin Mack sieht das anders. "Ich sehe das als ein doppeldeutiges Signal: Hey, Äpfel musst du nicht klauen, die sind gesund, die geben wir euch gerne gratis. Aber eben auch: Wir haben euch im Blick". Der Wodka, sagt Mack, sei ja bewusst nicht dabei gewesen.

Ein Spaziergang durch den Ortsteil an einem Werktagmorgen. Eine Mutter mit Kinderwagen hat Schwierigkeiten, ihre zwei kleinen Töchter im Zaum zu halten. Von den Flüchtlingen hat sie gehört, natürlich, aber die machten keine Probleme, sagt sie. Das seien doch arme Schweine. Auch andere Passanten wissen zwar von dem Heim, aber wenn man sie nach möglichen Problemen und Erfahrungen fragt, kennen sie nur die Geschichte mit den Äpfeln und dem Wodka.

Manchmal, sagt die Mutter noch, stünden die Flüchtlinge vor dem Rathaus, dort gebe es nämlich kostenloses WLAN. Und tatsächlich, dort sitzt Mohammed inzwischen auf einer Bank, er ist die Straße aus dem Gewerbegebiet hierher gelaufen und hat nun den Blick nach unten gerichtet, während die Bürger ihre Einkäufe erledigen. Er sieht einsam aus.

Wer stört, muss nach Deizisau Flüchtlinge, die in anderen Heimen randalieren, werden gesondert untergebracht und weitgehend sich selbst überlassen. Wie sinnvoll....

End of Document

"Ich will mich integrieren, aber wie?"; Ständig wird von den Flüchtlingen in Deutschland gefordert, sie sollen sich jetzt doch bitte integrieren. Wie gehen sie damit um? Besuch in einem Berliner Flüchtlingsheim

ZEIT-online

Montag 18. April 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 17

Length: 978 words

Byline: Jaafar Abdul Karim

Body

\x{0647}\x{0646}\x{0627} \x{062a}\x{062c}\x{062f}\x{0648}\x{0646}
\x{0627}\x{0644}\x{0646}\x{0633}\x{062e}\x{0629} \x{0627}\x{0644}\x{0639}\x{0631}\x{0628}\x{064a}\x{0629}
Read the English version of this article here.

"Kennst du das Wort Integration?", frage ich einen jungen Mann, den ich in einem **Flüchtlingsheim** in Berlin treffe. Nein, sagt er. Dann benutze ich das arabische Wort: *Indimaj*. Er antwortet sofort: "Ich will mich integrieren, die Sprache lernen und ein Teil dieser Gesellschaft sein." Leider, fährt er fort, wisse er nicht, wie er das tun solle.

Adham Ali ist 21 und stammt aus Syrien. Seit sechs Monaten lebt er in Deutschland. Bis vor einer Woche war er in einer Turnhalle in Berlin-Spandau mit 700 anderen jungen Männern untergebracht. "Nun bin ich den ganzen Tag hier im Flüchtlingsheim. Mit YouTube versuche ich, Deutsch zu lernen, weil es keinen Platz in einem Kurs für mich gibt." Ob er deutsche Freunde habe, frage ich. Er antwortet: "Wie soll ich denn Deutsche kennenlernen und wo?"

Mehr als eine Million Flüchtlinge sind im vergangenen Jahr nach Deutschland gekommen. Menschen wie Adham. Viele von ihnen leben in einer Blase, in Flüchtlingsunterkünften, abgeschottet von der Welt da draußen. Sie bekommen durchaus mit, dass in Deutschland über sie und ihre Integration diskutiert wird. Und viele haben inzwischen eine Ahnung davon, dass es nicht einfach wird.

Er kenne die Frage nach deutschen Werten, sagt Adham, also Frauen und Männer gleich behandeln, Grundgesetz anerkennen, Homosexualität akzeptieren. Er komme aus einem kleinen Dorf in der Nähe von Damaskus. "Die Frauen dort trugen alle einen Nikab."

Es gibt offenbar niemanden, der Menschen wie Adham Ali dabei hilft, sein altes und sein neues Leben miteinander zu verbinden. Den Eindruck hatte ich oft während meines Besuchs im Flüchtlingsheim. Manche, wie Adham, sind trotzdem noch voller Hoffnung. Er wolle weiter studieren - Jura, wie in Syrien.

"Ich fühle mich verloren"

"Ich will mich integrieren, aber wie?" Ständig wird von den Flüchtlingen in Deutschland gefordert, sie sollen sich jetzt doch bitte integrieren. Wie gehen sie d....

Andere sind frustriert. So wie zum Beispiel Raafat Hajir, ein Palästinenser aus Syrien, 24 Jahre alt. "Was machst du so tagsüber?", frage ich ihn auf Arabisch. "Ich stehe auf, frühstücke, hänge rum, gehe ins Fitnessstudio", erzählt er mir. "Kannst du Deutsch?", frage ich auf Deutsch. Ja, sagt er, er habe am Anfang einen Kurs auf eigene Kosten besucht, aber jetzt habe er kein Geld mehr. Als Staatenloser habe er keinen Anspruch auf einen Deutschkurs, sagt er. Offenbar hat ihm noch niemand gesagt, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) diese Regel gerade geändert hat. Er sagt: "Ich bin Zahnarzt und könnte arbeiten, aber was soll ich tun? Ich darf nicht!" Selbst an Schwarzarbeit habe er schon gedacht, das dann aber wieder verworfen. Er sei gefangen in einem Wartezustand.

"Was ist der Plan? Was kann ich tun, um mich zu integrieren?", fragt er mich. Deutsche Freunde, die ihm helfen könnten, habe er keine. "Wie soll ich sie auch kennenlernen? Auf der Straße einfach so ansprechen? Er kenne viele junge Männer, denen es ähnlich gehe.

Vor ein paar Monaten habe ich in meiner Kolumne schon einmal über Integration geschrieben und darüber, wie unproduktiv es ist, dass viele Flüchtlinge monatelang nicht arbeiten dürfen. Ich hatte damals einen Stufenplan für die Integration vorgeschlagen. Leider werde ich das Gefühl nicht los, dass wir auch ein halbes Jahr später noch immer auf der untersten Stufe meiner Integrationspyramide stehen.

Die Flüchtlinge sind hier, aber wir überlassen sie ihrem Schicksal. Sie sitzen in den Heimen herum, ohne etwas zu tun. Wir produzieren tausendfachen Frust. Ich frage mich: Sind solche junge Männer, ohne Perspektive im Alltag, nicht genau die richtigen Opfer für Radikale, die versprechen, ihrem Leben wieder eine Bedeutung zu geben?

Ein Gespräch in einem berliner Flüchtlingsheim: Was bedeutet Integration für #Flüchtlinge? Was machen sie dafür?
pic.twitter.com/5Ej2ELAvXB

- Jaafar Abdul Karim (@jaafarAbdulKari) 11. April 2016

Viele Flüchtlinge wissen gar nicht, was ihre Rechte und Pflichten sind in Deutschland. Kein Plan, keine Ahnung. Wo sind die Behörden hier? Warum werden diese jungen Männer alleine gelassen? Wollen wir sie nicht integrieren oder können wir das nicht? Warum reden wir ständig über sie als Menschen, die sich verweigern würden? Wenn wir sie nicht zum Teil unserer Gesellschaft machen, dann werden sie Deutschland nicht zu einem Teil ihres Lebens machen.

Fordern statt fördern

Viele Politiker verlangen von den Flüchtlingen: Integriert euch, akzeptiert unsere Werte! Manche drohen sogar: Wer Integrationskurse verweigert, müsse sanktioniert werden und dürfe nicht dauerhaft in Deutschland bleiben. Auch das neue Integrationsgesetz, auf das sich die Koalition gerade geeinigt hat, soll diese Drohung enthalten. Pro Asyl nennt es deshalb ein "Desintegrationsgesetz": Es mangle nicht am Integrationswillen der Flüchtlinge, sondern an Angeboten der Bundesregierung.

Die Jungs, die ich getroffen habe, wollen Deutsch lernen, können aber nicht, weil es keine Plätze gibt. 300.000 Plätze soll es geben, 800.000 aber würden gebraucht. Der Zahnarzt darf nicht arbeiten, Adham würde gern weiter studieren.

Respektieren sie unsere Werte, akzeptieren sie Frauenrechte, das Grundgesetz und Homosexuelle? Das soll der Maßstab sein. Wie aber sollen Flüchtlinge denn in Berührung mit Deutschen kommen, wie lernen, wenn die Möglichkeiten fehlen? Wir verlangen viel, aber es mangelt an den Voraussetzungen. Wissen das die Politiker, die nun drohen? Oder wollen sie bloß von eigenen Versäumnissen ablenken?

Die Droh-Rhetorik ist gefährlich, denn sie tut so, als hätten die Anhänger von Pegida und Co recht mit ihren Vorurteilen. Tatsächlich aber wollen die meisten Flüchtlinge Deutsch lernen, arbeiten, sich integrieren. Klar, es gibt immer Ausnahmen. Aber Pauschalisierungen helfen nicht weiter. Redet mit den Flüchtlingen und nicht über Flüchtlinge.

"Ich will mich integrieren, aber wie?" Ständig wird von den Flüchtlingen in Deutschland gefordert, sie sollen sich jetzt doch bitte integrieren. Wie gehen sie d....

Load-Date: April 18, 2016

End of Document

Italiens Küstenwache hebt Wrack mit Hunderten Flüchtlingsleichen; Der Kutter mit fast 1.000 Migranten an Bord war vor gut einem Jahr mit einem Frachter kollidiert und gesunken. Italiens Premier Renzi hatte die Bergung versprochen.

ZEIT-online

Freitag 1. Juli 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Sizilien; Ausg. 26

Length: 306 words

Body

Ein Boot der italienischen Küstenwache

© Ettore Ferrari/ANSA/dpa

Die italienische Küstenwache hat ein im vergangenen Jahr gesunkenes Fischerboot mit hunderten **Flüchtlingsleichen** vom Grund des Mittelmeeres geborgen. Ein Marineschiff brachte den kleinen Kutter nach Sizilien, wo ein großes Kühlzelt errichtet worden sei. Dort sollen die mehreren hundert Leichen geborgen werden, die sich noch im Innern des Bootes befinden.

Das Fischerboot war in der Nacht zum 19. April 2015 im Mittelmeer beim Zusammenstoß mit einem Frachter gesunken. Der Frachter wollte den Flüchtlingen an Bord des Kutters zu Hilfe kommen. Nur 28 Menschen konnten gerettet werden. Bei der Abfahrt in Libyen waren bis zu 800 Flüchtlinge an Bord des Bootes gewesen. Am Unglückstag wurden rund 50 Leichen geborgen, später holte die Marine weitere 169 Tote vom Meeresgrund. Zwischen 200 und 350 weitere Leichen werden noch im Motorenraum vermutet.

Das Boot war diese Woche von der italienischen Marine aus 370 Meter Tiefe gehoben worden. Es ist unklar, wie weit die Leichen im Innern bereits verwest sind. Feuerwehrleute werden die schwierige Aufgabe haben, in dem 600 Quadratmeter großen Kühlzelt die Toten zu bergen, bevor ein Team aus Gerichtsmedizinern sich an ihre Identifizierung macht. Erst wenn ihre Identität geklärt ist, sollen sie auf Friedhöfen in Sizilien beigesetzt werden.

Italiens Ministerpräsident Matteo Renzi hatte die Bergung des Schiffs und die Identifizierung der Toten versprochen, um den toten Flüchtlingen im Mittelmeer ein Gesicht zu geben. Der Einsatz zur Hebung des Schiffs kostet mehr als 9,5 Millionen Euro.

Seit 2014 sind bei der gefährlichen Überfahrt über das Mittelmeer mehr als 10.000 Menschen gestorben, die meisten zwischen Libyen und Italien. Viele der Boote sind nicht seetauglich und werden von skrupellosen Schleppern völlig überladen.

Italiens Küstenwache hebt Wrack mit Hunderten Flüchtlingsleichen Der Kutter mit fast 1.000 Migranten an Bord war vor gut einem Jahr mit einem Frachter kollidier....

Load-Date: July 2, 2016

End of Document

**Europa muss ein Einwanderungskontinent werden; Spät, aber entschlossen:
Jean-Claude Juncker hat mit seiner Rede in Straßburg der Europäischen
Union die richtige Richtung in der Flüchtlingspolitik vorgegeben.**

ZEIT-online

Mittwoch 9. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Jean-Claude Juncker; Ausg. 36

Length: 819 words

Byline: Matthias Krupa

Body

EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker spricht vor der Europäischen Parlament.

© Wiktor Dabkowski/dpa

Vielleicht hätte Jean-Claude Juncker diese Rede schon früher halten sollen, vor ein paar Wochen, als die Situation auf Kos oder in Calais eskalierte. Er hätte die **Flüchtlinge**, die sich zu Hunderttausenden auf den Weg nach Europa gemacht hatten, nicht aufgehalten. Nichts und niemand kann das, die Verzweiflung stoppen - kein Zaun, kein Gesetz und schon gar keine Rede. Aber der Präsident der EU-Kommission hätte "Europa", diesem diffusen politischen Subjekt, eine Stimme geben können, als viele - **Flüchtlinge** genauso wie EU-Bürger - nach "Europa" gefragt haben.

Außerdem, aber dies nur am Rande, hätte Juncker sich heute den kleinlichen Hinweis ersparen können, dass seine Kommission in den vergangenen Wochen sehr wohl gearbeitet habe, trotz Urlaub. Bei allem Verständnis, aber das ist das Mindeste, was man in einer solchen historischen Situation erwarten muss.

Eine Rede kann die Verzweiflung nicht stoppen, aber sie kann, im besten Fall, Hoffnung wecken. Und sie kann gedanklich und politisch Ordnung schaffen in einem Moment, in dem vieles durcheinandergeht. Die Hoffnung, die Angst, die Ratlosigkeit. Beides hat Juncker getan, spät, aber dafür entschlossen. Mit seiner Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg hat der Präsident der EU-Kommission die Hoffnung geweckt, dass das politische Europa doch eine Antwort auf die Flüchtlingskrise finden könnte, die der Größe der Herausforderung gerecht wird. Und er hat klar gemacht, sogar sehr klar, worin diese Antwort im Kern bestehen muss: in der Bereitschaft zu mehr Offenheit, nicht in dem Willen zu weiterer Abschottung.

Migration soll vom Problem zur Ressource werden

Juncker hat zwar erwähnt, dass es notwendig sei, die Außengrenzen der EU besser zu kontrollieren. Aber er hat sich mit diesem Punkt, auf den etwa der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán so viel Wert legt, nicht lange aufgehalten. Zwei, drei Sätze nur, dann hat Juncker das Thema gewechselt und dafür plädiert, dass Europa künftig

Europa muss ein Einwanderungskontinent werden Spät, aber entschlossen: Jean-Claude Juncker hat mit seiner Rede in Straßburg der Europäischen Union die richtige

bessere Wege für legale Zuwanderung brauche. Entsprechende Vorschläge will die Kommission demnächst vorlegen. Migration, so Juncker, müsse "von einem Problem zu einer Ressource werden".

Der Kommissionschef hat in seiner Rede weit ausgeholt, er hat an die vielen Menschen erinnert, die im Laufe der Geschichte aus Europa oder innerhalb Europas geflohen sind. An die Hugenotten und die Juden, an die politisch und die religiös Verfolgten, an die spanischen Republikaner und die osteuropäischen Dissidenten. Juncker hat klargestellt, dass die Frage, ob jemand Muslim oder Christ ist, nicht zählt, wenn er in Not ist - eine deutliche Absage an alle Versuche einiger mittel- und osteuropäischer Länder, zwischen den Flüchtlingen nach Religion zu unterscheiden. Später hat der Fraktionsvorsitzende der europäischen Konservativen, der Deutsche Manfred Weber (CSU), diese Absage wiederholt: Europa sei der Geburtsort der Menschenrechte, nicht der "Christenrechte".

Wer sind wir?

Schließlich hat Juncker versucht, die Perspektive umzudrehen: Dass so viele Menschen in Europa Zuflucht suchen würden, "ist etwas, worauf wir stolz sein können und nichts, was wir fürchten müssen". Europa sei bei Weitem der wohlhabendste Kontinent, trotzdem hätten andere Länder, Jordanien, die Türkei oder der Libanon, bislang ein Vielfaches an Flüchtlingen aufgenommen: "Wer sind wir, dass wir diese Vergleiche nicht anstellen?"

Neben der akuten Not von Hunderttausenden ist es vor allem diese Frage, die der Debatte über die europäische Flüchtlingspolitik ihre Dringlichkeit und Fallhöhe gibt: Wer sind wir? Und was bedeuten die Werte, auf die sich die EU immer beruft?

"Die Stunde der Ehrlichkeit"

Der Verteilungsschlüssel, der nun im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung steht, reflektiert diese Fragen. Mit ihm würden die Mitgliedsstaaten sich in zweifacher Weise verpflichten: zu mehr Menschlichkeit gegenüber den Hilfesuchenden und zu mehr Beistand untereinander. Juncker hat, wie angekündigt, vorgeschlagen, in einem ersten Schritt insgesamt 160.000 Flüchtlinge aus Griechenland, Ungarn und Italien innerhalb der EU umzuverteilen.

In einem zweiten Schritt will die Kommission einen solchen Verteilungsschlüssel auf Dauer etablieren. Zu Recht hat der Kommissionschef die Mitgliedsstaaten aufgefordert, nun ihrer Verantwortung gerecht zu werden und zu handeln. Dies sei "die Stunde der Ehrlichkeit". Die erste Gelegenheit dazu besteht, wenn die Innen- und Justizminister der 28 Mitgliedsländer am kommenden Montag auf einem Sondertreffen in Brüssel über die Vorschläge beraten.

Mit einem solchen Verteilungsschlüssel wäre die Flüchtlingskrise nicht gelöst, viele praktische Probleme blieben. Aber Europa hätte deutlich gemacht, wofür es steht - und zwar gemeinsam. Jean-Claude Juncker hat heute die Richtung vorgegeben: Europa muss ein Einwanderungskontinent werden.

Load-Date: September 15, 2015

"Lampedusa muss man selbst erfahren"; Die italienische Insel führt Europa vor, wie man Menschen retten kann, ohne unterzugehen. Das muss Schule machen, fordert Giusi Nicolini, Bürgermeisterin von Lampedusa.

ZEIT-online

Montag 2. Februar 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 5

Length: 2095 words

Byline: Ulrich Rüdenauer

Body

Flüchtlinge sitzen auf den Felsen an der Küste von Lampedusa (Archiv)

© Filippo Monteforte/AFP/Getty Images

Etwas mehr als 200.000 **Flüchtlinge** kamen im vergangenen Jahr über das Mittelmeer, und allein 150.000 davon landeten an den italienischen Küsten. Viele **Migranten** aber überleben diese von Schlepperbanden und Menschenhändlern organisierten Fahrten auf oft kaum mehr seetauglichen Booten nicht. Menschenrechtsorganisationen und **Migrationsforscher** machen die **Flüchtlingspolitik** der EU mitverantwortlich für die katastrophalen Geschehnisse.

Der Zivilisationsgrad eines Landes lasse sich daran ablesen, wie es mit den **Flüchtlingen** umgehe, sagt Giusi Nicolini. Im Mai 2012 wurde sie zur Bürgermeisterin der Inseln Lampedusa und Linosa gewählt. Sie hatte sich zuvor bereits viele Jahre für den Umweltschutz engagiert, war Mitglied in der kommunistischen Jugend und in ihrer Heimat wegen ihres nicht immer populären Engagements vielen Anfeindungen ausgesetzt - bis hin zu Brandanschlägen. Kurz nach ihrem Amtsantritt schrieb sie einen mutigen, wütenden, offenen Brief - eine Anklage gegen die EU-**Flüchtlingspolitik**. Darin heißt es unter anderem: "Und so bin ich immer mehr davon überzeugt, dass die europäische **Flüchtlingspolitik** diese Opfer in Kauf nimmt, um die Immigration zu kontrollieren, womöglich sogar um abzuschrecken. Für die Menschen, die mit dem Schiff nach Lampedusa aufbrachen, war die Reise ihre letzte Hoffnung. Ihr Tod ist für Europa eine Schande." Am Wochenende war Giusi Nicolini zu Gast bei der Veranstaltungsreihe **Flüchtlingsgespräche** am Literaturhaus in Stuttgart.

ZEIT ONLINE: Frau Nicolini, Sie sind auf Lampedusa aufgewachsen. Wie hat sich der Ort Ihrer Kindheit in den vergangenen Jahren verändert?

Giusi Nicolini: Ich habe beobachten können, wie meine Insel gewachsen ist. Sie hat sich weiterentwickelt. Insbesondere, was die Stadtentwicklung angeht. Doch die grundsätzliche Rolle Lampedusas und all der anderen Grenzinseln in Europa hat sich nicht sonderlich gewandelt. Es gab und wird dort immer eine starke Militärpräsenz geben.

"Lampedusa muss man selbst erfahren" Die italienische Insel führt Europa vor, wie man Menschen retten kann, ohne unterzugehen. Das muss Schule machen, fordert G....

ZEIT ONLINE: Die Insel Lampedusa, die früher vom Fischfang, heute vom Tourismus lebt, ist gerade wegen ihrer Grenzposition zu einem Symbol geworden: zum Symbol einer humanitären Katastrophe, auch zum Symbol der Flüchtlingspolitik Europas.

Giusi Nicolini, Bürgermeisterin von Lampedusa

© Sebastian Wenzel

Nicolini: Das hängt von der Perspektive ab. Für mich ist Lampedusa nicht nur eine Insel, auf der sich eine menschliche Katastrophe ereignet, sondern auch eine Insel, auf der viele Rettungsmaßnahmen durchgeführt werden. Würde es die nicht geben, würden noch viel mehr Menschen sterben. Es ist nichtsdestotrotz eine Tatsache, dass Lampedusa in den letzten Jahren eine symbolträchtige Insel geworden ist. Das ist für mich aber auch etwas sehr Positives. Wenn Lampedusa in der Lage ist, einen Beitrag dazu zu leisten, dass sich die Einwanderungs- und Asylpolitik in Europa ändert, dann wäre das meiner Meinung nach eine tolle Sache. Dies könnte möglich werden, wenn wir aus dem, was in Lampedusa geschieht, unser gemeinsames Erleben machen. Wenn der Rest Europas also nicht glaubt, dass all das einfach nur weit weg in Lampedusa passiert, sondern uns alle angeht. Die Landung von Tausenden von Menschen betrifft jeden einzelnen von uns. Ich würde mich darüber freuen, wenn Lampedusa in Zukunft nicht nur Symbol für eine menschliche Katastrophe wäre, sondern wenn Lampedusa auch mit Schönheit in Verbindung gebracht würde. Damit meine ich nicht nur die Natur. Ich meine mehr noch die Fähigkeit der Einwohner von Lampedusa, andere Menschen bei sich aufzunehmen.

ZEIT ONLINE: Erzählen Sie doch, was geschieht, wenn Schiffbrüchige auf Ihre Insel kommen. Was passiert mit diesen teils traumatisierten, von den unvorstellbaren Reise Strapazen zermürbten und erschöpften Menschen?

Nicolini: Wenn diese Menschen eintreffen, dann stets in Begleitung der Küstenwache. Sie legen an der Mole Favalaro an. Dort werden sie erst einmal medizinisch untersucht, und wenn sie krank sind, werden sie sofort in die jeweiligen Krankenhäuser auf Sizilien verlegt. An der Mole gibt es eine gut organisierte Struktur - Personal von humanitären Organisationen, aber auch von Gesundheitsorganisationen, es sind Ärzte dort. Die männlichen Flüchtlinge werden von den weiblichen getrennt, Minderjährige von Erwachsenen und gesunde von kranken Menschen. Es gab in der Vergangenheit und es gibt auch heute noch eine große Angst vor dem Import von Krankheiten wie Ebola. Unsere Erfahrung auf den Inseln Linosa und Lampedusa ist allerdings die, dass die Ankommenden gesund sind - sie sind jung, und sie sind gesund. Wahrscheinlich fand auf diesem langen und schwierigen Weg schon eine "Selektion" statt - nur wer physisch stabil ist, schafft es überhaupt nach Europa. Wenn die Flüchtlinge Krankheiten haben, dann haben die meist mit der Schiffsüberfahrt zu tun.

ZEIT ONLINE: Können Sie Beispiele nennen?

Nicolini: Manche haben an den Schultern oder den Oberarmen Verbrennungen, wenn sie direkt neben dem überhitzten Motor auf den Booten saßen. Manche leiden an einem plötzlichen Nierenversagen, das hängt mit der Dehydrierung zusammen, die mit der langen Überfahrt einhergeht. Wenn alles in Ordnung ist, wenn sie untersucht wurden, kommen sie in die Sammellager. Dort werden sie identifiziert, soweit das möglich ist, und nach einigen Tagen werden sie in weitere Sammellager nach Sizilien oder auf das italienische Festland gebracht. Wenn das schnell geht, dann ist die Situation in Lampedusa unproblematisch. Wenn nicht, bricht in Lampedusa das gesamte System zusammen. Das kann zum Beispiel geschehen, wenn die Aufnahmelager auf Sizilien oder auch auf dem europäischen Festland überfüllt sind. Dann stoßen auch diese Auffangstellen in Lampedusa schnell an ihre Grenzen, und das ist für keinen gut. Wenn die Situation normal ist, bleiben die Flüchtlinge allerhöchstens drei oder vier Tage bei uns. Dann herrschen auch menschenwürdige Zustände.

ZEIT ONLINE: Wie ist das Verhältnis der Bevölkerung zu den Flüchtlingen? Was machen schreckliche Geschehnisse wie das Unglück am 3. Oktober 2013, als 368 Menschen zu Tode kamen, mit den Lampedusani?

Nicolini: Vor allem in Lampedusa ist man der Meinung, dass es sich hier um vermeidbare Opfer handelt. Dass es sich nicht um Menschen handelt, die Opfer des Meeres geworden sind, sondern um Menschen, die der europäischen Politik zum Opfer gefallen sind. Die Einwohner meiner Insel haben am 3. Oktober 2013 und danach

"Lampedusa muss man selbst erfahren" Die italienische Insel führt Europa vor, wie man Menschen retten kann, ohne unterzugehen. Das muss Schule machen, fordert G....

mitgewirkt, sie haben bei den Rettungsaktionen geholfen, und sie waren sehr hilfsbereit bei der Bergung der Leichen, die zum größten Teil in Booten eingeklemmt waren. Jeder versuchte zu tun, was er konnte. Aber Wut und Ungeduld lassen sich nicht mehr länger unterdrücken. Die Bürger auf Lampedusa möchten, dass sich etwas ändert. Und ich versuche, diesen Forderungen einen Namen zu geben. Ich möchte Projekte ins Leben rufen, mit denen Menschen gerettet werden können. Und das ist besser, als einer Tragödie einfach zuzuschauen, die momentan kein Ende zu nehmen scheint.

ZEIT ONLINE: Was bedeutet es, dass die Operation Mare Nostrum, die als Reaktion auf den 3. Oktober 2013 gestartet wurde, vor einigen Monaten ausgelaufen ist?

Nicolini: Das Ende von Mare Nostrum bewerte ich ausgesprochen negativ. Nicht, weil ich glaube, dass Mare Nostrum die Lösung für alles war oder hätte sein können. Dennoch ist die Beendigung von Mare Nostrum ein großer Rückschritt. Italien hat sich nach der Tragödie vom 3. Oktober 2013 immens dafür eingesetzt, dass sich etwas ändert. Italien hat auch eingesehen, dass es sich bei diesen sogenannten Hoffnungsbooten, die aus Afrika und anderen Ländern kommen, um ein großes humanitäres Problem handelt. Ich glaube, dass genau diese "Reise der Hoffnung", wie sie genannt wird, das Scheitern der europäischen Abschottungspolitik aufzeigt. Diese ganzen Reisen werden bestimmt kein Ende nehmen, wenn man einfach nur darauf erpicht ist, die Flüchtlinge aufs Meer zurückzudrängen. Schauen Sie sich Länder wie Spanien an. In Spanien werden die Flüchtlinge zurückgescheucht, in anderen Ländern werden Mauern gebaut. Italien fühlt sich im Hinblick auf diese Katastrophe ausgesprochen allein gelassen. Es gibt jedoch auch kein Zurück mehr. Auch der Papst hat diese Situation angeprangert.

ZEIT ONLINE: Papst Franziskus besuchte Lampedusa gleich nach Beginn seines Pontifikats - seine erste Reise überhaupt und eine mit großer Symbolwirkung. Er sprach von einer "Globalisierung der Gleichgültigkeit", prangerte auch die Politik an, die für die Flüchtlingsströme verantwortlich ist.

Nicolini: Ja, das war im Sommer 2013. Und auch das zeigt: Nach Mare Nostrum gibt es keinen Weg zurück. Die europäische Politik kann nicht einfach so tun, als würde alles wieder wie früher werden. Das funktioniert auch mit Triton und mit Frontex nicht. Man kann nicht so tun, als hätte der Papst nie eine Rede gehalten. Man kann nicht so tun, als hätte es die Tragödie vom 3. Oktober 2013 nie gegeben. Ich kann absolut nicht verstehen, dass unser Innenminister Angelino Alfano vollkommen glücklich vom Europäischen Parlament zurückkehrt und sich über die neue Operation Triton freut, obwohl er doch ganz genau weiß, um was für einen Rückschritt es sich dabei handelt. Deshalb werde ich nicht aufhören, immer und immer wieder zu wiederholen, dass wir mehr tun müssen, dass wir etwas ändern müssen. Andernfalls wird Lampedusa und werden die Bemühungen und Einsätze von Lampedusa in Vergessenheit geraten.

ZEIT ONLINE: Das heißt aber auch, dass es Ihnen letztlich nicht allein um Flüchtlingspolitik gehen kann, sondern grundsätzlich um eine andere Politik.

Nicolini: Ja, das ist ein großes Thema. Schauen Sie: Wir Europäer verkaufen etwa sehr profitabel Waffen - und die Folge ist eine steigende Zahl an Flüchtlingen aus Kriegs- und Krisengebieten. Wir haben auch in den letzten Jahren nicht sonderlich gut mit den afrikanischen Ländern zusammengearbeitet. Nach dem Arabischen Frühling zeigten sich alle ganz glücklich, dass der tunesische Präsident Ben Ali 2011 vertrieben wurde. Aber noch einige Jahre zuvor hat Italien genau mit diesem Diktator Verträge abgeschlossen und lohnende Geschäfte gemacht. Die Flüchtlinge sind Schiffbrüchige nicht nur des Meeres, sondern auch unserer Wirtschaftssysteme. Wir wissen, dass das Ergebnis der Politik, die wir führen, eine Zunahme der Armut erzeugt. Diese extrem armen Menschen kommen nach Europa, sie kommen zu uns, und sie brauchen unsere Hilfe. Papst Franziskus sagte, dass wir uns nicht länger vorgaukeln können, dass dieses Problem nicht bestehen würde. Denn diese Menschen werden weiterhin Zuflucht suchen. Und es werden mehr werden. Die Art und Weise, wie wir sie empfangen, bestimmt, wie sie sich weiterentwickeln und wie sie hier produktiv werden oder sich integrieren können. Wir müssen versuchen, aus dem Teufelskreis herauszukommen. Und: Die Politik muss schon an anderen Stellen ansetzen.

ZEIT ONLINE: Sie vertreten mit Verve die Anliegen nicht nur Ihrer Insel, sondern vertreten laut und deutlich auch jene, die eigentlich nicht zu Wort kommen - die Flüchtlinge selbst. Sie prangern die Missstände der europäischen

"Lampedusa muss man selbst erfahren" Die italienische Insel führt Europa vor, wie man Menschen retten kann, ohne unterzugehen. Das muss Schule machen, fordert G....

Asylpolitik an. Nicht selten hat Ihnen das Anfeindungen und Drohungen eingebracht, viel häufiger vielleicht Ignoranz. Hadern Sie manchmal mit dieser Rolle als Mahnerin und Gewissen Lampedusas, die sie nun unweigerlich inne haben?

Nicolini: Ja. (*lacht*)

ZEIT ONLINE: Aber Sie fühlen eine Verpflichtung?

Nicolini: Ich glaube, dass es sehr schwierig ist, von Lampedusa zu erzählen. Es ist auch sehr schwierig, von meinem Leben, das ich in Lampedusa führe, zu erzählen. Lampedusa muss man selbst erfahren. Man muss dort gewesen sein. Ich glaube, dass eine solche Erfahrung sehr viel bewegt und sehr wichtig ist und auch sehr vieles erklären kann über die Situation der Bürger in Lampedusa. Denn eigentlich ist mit Worten kaum zu beschreiben, dass man sich in der Mitte des Mittelmeers befindet und trotzdem vom Rest der Welt als Peripherie betrachtet und auch so behandelt wird. Ich weigere mich zu akzeptieren, dass wir einfach als Peripherie abgekanzelt werden. Wir wollen wahrgenommen werden, wir wollen auch, dass man uns und unsere Rolle ernst nimmt und ihre Wichtigkeit anerkennt. Dieser Herausforderung stelle ich mich. Die Insel Lampedusa nimmt seit mehr als 20 Jahren Menschen auf und zeigt damit dem Rest Europas, dass man durch die Rettung anderer Menschen nicht untergeht und nicht stirbt.

Übersetzung aus dem Italienischen: Christina Sehringer

Load-Date: February 2, 2015

Die Kinder spielen im Schlamm; Die Verhältnisse an der mazedonisch-griechischen Grenze sind katastrophal. 10.000 Menschen sitzen dort fest. Helfer befürchten, die Lage könnte außer Kontrolle geraten.

ZEIT-online

Mittwoch 2. März 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Griechenland; Ausg. 10

Length: 1018 words

Byline: Kostas Koukoumakas

Body

Der syrische **Flüchtling** Mohamed Aloloh und seine Kinder rösten Kartoffeln an einer Feuerstelle in unmittelbarer Nähe zur mazedonischen Grenze.

© Kostas Koukoumakas

Mohamed Aloloh, 43, sitzt seit vier Tagen in Idomeni fest. Mit seiner Familie hat er sich um ein kleines Feuer versammelt und röstet dort Kartoffeln, um sich, seine Frau und die Kinder zu ernähren. Die Odyssee der syrischen Familie begann vor Wochen in Aleppo, jetzt hat sie ein jähes Ende am Metallzaun gefunden, den Mazedonien an der Grenze zu Griechenland gebaut hat.

Mehr als 10.000 Menschen - zumeist syrische und irakische **Flüchtlinge** - sind seit zehn Tagen im Niemandsland zwischen den beiden Staaten gestrandet und flehen darum, weiter nach Zentraleuropa reisen zu dürfen. Am vergangenen Montag versuchten Flüchtende, den Zaun umzuwerfen und die Grenze zu erstürmen. Die mazedonische Polizei antwortete mit Tränengas. Seitdem haben nur noch etwas mehr als 100 Menschen die Grenze überquert.

An die wartenden Flüchtlinge werden dennoch Nummern verteilt, um ihre Weiterreise zu ordnen. Die erste Gruppe momentan hat die Nummer 65, Alolohs Familie die Nummer 195. Selbst wenn die Grenze wieder geöffnet wird, werden sie noch viele Tage warten müssen. "Wir brauchen Sauberkeit und Hygiene gerade viel dringender als Essen", sagt Aloloh. "Wir leben hier im Schlamm und frieren. Die Situation wird nachts noch schlimmer", sagt der Familienvater. Er träumt davon, Deutschland zu erreichen. "Ich hatte die Telefonnummer meines Kollegen in Deutschland dabei, aber auf der Bootsüberfahrt über die Ägäis von der Türkei nach Griechenland ist meine Tasche ins Meer gefallen und ich habe sie verloren."

Der Winter hier ist noch nicht vorüber

Wird Idomeni zum neuen Calais des Balkans, wo auch monatelang Tausende Menschen festsitzen? Dieses kleine Dorf mit 150 Einwohnern an der griechisch-mazedonischen Grenze ist mittlerweile wegen der Krise weltweit

Die Kinder spielen im Schlamm Die Verhältnisse an der mazedonisch-griechischen Grenze sind katastrophal.
10.000 Menschen sitzen dort fest. Helfer befürchten, di....

bekannt. Flüchtlinge und Migranten leben unter harten Bedingungen, entweder in kleinen Zelten oder unter freiem Himmel. Der Winter hier ist noch nicht vorüber, es regnet und es ist kalt.

Viele haben behelfsmäßige Zelte errichtet, auf die sie "Öffnet die Grenze", "Hilfe, es ist kalt" und Ähnliches geschrieben haben. Immer wieder gibt es kleine Demonstrationen, Flüchtlinge halten Banner hoch, auf denen auch "Danke Medien" geschrieben steht. Sobald die Nacht kommt, zünden die Menschen Feuer an, um sich zu wärmen. Die Kinder spielen den ganzen Tag im Schlamm. 40 Prozent der Gestrandeten in Idomeni sind Minderjährige. Die Mahlzeiten der Hilfsorganisationen reichen nie, um alle Menschen zu ernähren. Wer noch Geld hat, stellt sich in die Schlange vor einen Imbisswagen, um ein Sandwich mit Brot und Pommes für drei Euro zu ergattern.

Wo in Griechenland Flüchtlinge festsitzen

An vielen Orten im Land sind provisorische Aufnahmelager entstanden.

© 2016 ZEIT ONLINE Quelle: Eigene Recherche. Stand: 2. März 2016

Die Verzweiflung ist groß. Am Dienstag hatte eine Frau um die 30 versucht, ihr Kopftuch anzuzünden, aber andere Migranten stoppten sie. Freiwillige der Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen berichten, dass Kinder die Grenze in den vergangenen Tagen alleine überquert hätten und sie nicht wissen, wo diese sind. Der griechische Verband von Amnesty International spricht von einer "humanitären Krise" in Idomeni.

Das wilde Lager an der Grenze wächst von Tag zu Tag. Seit Dienstag haben die Zelte fast die ersten Häuser von Idomeni erreicht. "Sie werden sich in den nächsten Tagen bis zu den Bergen ausbreiten", sagt ein Landwirt, dessen Hof direkt an das Lager grenzt. Seine Ernte sei bereits vollkommen zerstört worden.

Mohamed Jabban, 28, war Barkeeper in der syrischen Hauptstadt Damaskus. Er sitzt seit acht Tagen in Idomeni fest. "Ich reise alleine und hoffe, Deutschland zu erreichen", sagt er. Allerdings kursiere die Information, dass man nicht nach Mazedonien einreisen dürfe, wenn man länger als 30 Tage in der Türkei war. "Ich weiß nicht, ob das stimmt oder nicht. Ich bin einfach besorgt", sagt Jabban.

Flüchtlingsproteste in Idomeni

© Kostas Koukoumakas

Das Lager, das das UN-Hilfswerk UNHCR für die Flüchtlinge aufgebaut hat, kann 2.000 Menschen beherbergen, aber es kommen ständig neue an. Die griechische Regierung geht davon aus, dass die Anzahl der Gestrandeten in Idomeni auf bis zu 20.000 Menschen ansteigen könnte, wenn weiter Menschen versuchen, nach Mazedonien zu reisen, aber die Grenze weitgehend geschlossen bleibt. In diesem Fall werde niemand die verzweifelte und hungrige Menschenmenge unter Kontrolle halten können, befürchten Polizisten und freiwillige Helfer vor Ort.

Die Regierung hat angekündigt, fünf neue Lagerunterkünfte in der Stadt Kilkis und der Region Pella in Nordgriechenland zu errichten. Aber das Problem ist damit nicht gelöst: Niemand möchte dort bleiben. Die meisten Flüchtenden, die Griechenland erreichen, wollen das Land um fast jeden Preis wieder in Richtung Norden verlassen.

Auf der mazedonischen Seite der Grenze patrouillieren in der Gegend stark bewaffnete Polizisten und Soldaten, die meisten von ihnen kommen aus den Ländern der sogenannten Visegrád-Gruppe: Tschechien, Slowakei, Polen und Ungarn. Ein Militärhubschrauber kreist regelmäßig über den Köpfen der Flüchtlinge. Auf der anderen Seite der Grenze in Griechenland sind staatliche Kräfte kaum zu sehen. Eine kleine Gruppe von Polizisten bewacht die Eisenbahnschienen, um die Flüchtlinge daran zu hindern, diese zu besetzen.

Tatsächlich wurden Gütertransporte von Griechenland nach Mazedonien ausgesetzt, weil mazedonische Polizeichefs befürchteten, dass beim Öffnen der Metalltore für die Wagons auch verzweifelte Flüchtlinge versuchen würden, durch das Tor auf die mazedonische Seite der Grenze zu gelangen. Der erste Zug erreichte

Die Kinder spielen im Schlamm Die Verhältnisse an der mazedonisch-griechischen Grenze sind katastrophal.
10.000 Menschen sitzen dort fest. Helfer befürchten, di....

Mazedonien erst am Dienstagabend, nachdem die Grenze bereits 30 Stunden lang geschlossen war. Nicht ein Flüchtling hat dabei die Grenze überquert.

Load-Date: March 2, 2016

End of Document

SPD-Länder wollen wissen, wer kommt; Der Bundesinnenminister will bei syrischen Flüchtlingen zur Einzelfallprüfung zurückkehren. Bei den Innenministern der SPD-geführten Länder schwindet der Widerstand.

ZEIT-online

Donnerstag 3. Dezember 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Syrische Flüchtlinge; Ausg. 48

Length: 1099 words

Byline: Katharina Schuler

Body

Flüchtlinge stehen vor dem Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales.

© Kay Nietfeld/dpa

Wenn sich an diesem Donnerstag die Innenminister der Länder in Koblenz zu ihrer Herbstkonferenz treffen, werden sie sich auch mit einer Frage zu befassen haben, die unlängst noch ein mittleres politisches Erdbeben in Berlin ausgelöst hatte. Es geht um die Rückkehr zur Einzelfallprüfung für syrische **Flüchtlinge**.

Anfang November hatte der Bundesinnenminister Thomas de Maizières das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf) angewiesen, den Schutzstatus syrischer **Flüchtlinge**, die seit November 2014 in einem vereinfachten Verfahren fast alle als **Flüchtlinge** nach der Genfer **Flüchtlingskonvention** anerkannt werden, künftig wieder genauer zu prüfen.

Der Grund: Unter den syrischen Flüchtlingen seien etwa 30 Prozent, die sich nur als Syrer ausgäben, um bessere Chancen zu haben in Deutschland zu bleiben, behauptet de Maizières, auch wenn er diese Angaben nur mit Erfahrungen aus der Praxis und nicht mit harten Zahlen belegen kann. Doch auch von den "echten" Syrern würden bei einer Einzelfallprüfung wieder mehr Menschen statt des vollen Flüchtlingsstatus nur den sogenannten subsidiären Schutz erhalten, der statt für drei Jahre vorerst nur für ein Jahr zum Bleiben berechtigt. Vor der Einführung der Ausnahmeregelung für Syrer im November 2014 waren dies etwa 20 Prozent.

Besondere Brisanz erhielt de Maizières Vorgehen allerdings dadurch, dass die Parteichefs der großen Koalition sich etwa zeitgleich darauf verständigt hatten, den Familiennachzug für Menschen mit subsidiärem Schutz auszusetzen. Bei einer Rückkehr zur Einzelfallprüfung für Syrer würde dies künftig sehr viel mehr Menschen betreffen als zunächst angenommen worden war.

Die SPD fühlte sich hintergangen, auch das Kanzleramt war über de Maizières Anordnung nicht informiert gewesen. Der Minister wurde gezwungen, diese wieder zurückzunehmen. Weil sich aber der Vorstand der CDU auf seine Seite stellte, entschied Kanzlerin Angela Merkel schließlich, de Maizières möge die Frage, ob für Syrer künftig wieder eine Einzelfallprüfung gelten solle, mit den Innenministern der Länder klären.

SPD-Länder wollen wissen, wer kommt Der Bundesinnenminister will bei syrischen Flüchtlingen zur Einzelfallprüfung zurückkehren. Bei den Innenministern der SPD-g....

Formal nicht zuständig

Zunächst sah es nicht so aus, als ob de Maizières dort mit allzu viel Zustimmung rechnen könnte. Die meisten SPD-Innenminister sahen das Vorhaben kritisch, hieß es. Offen ablehnend äußerte sich zum Beispiel der schleswig-holsteinische Innenminister Stefan Studt (SPD). Es gebe keinen Grund an der bisherigen Praxis für syrische Flüchtlinge etwas zu ändern, sagte er der *Welt*. Vize-Parteichef Ralf Stegner frohlockte: In der Innenministerkonferenz gelte das Einstimmigkeitsprinzip. Aus de Maizières Vorhaben werde also nichts.

Doch nun sieht die Sache etwas anders aus. Das fängt schon bei den Verfahrensfragen an. Denn anders als Stegner wohl erwartete, werden die Innenminister in Koblenz keinen formalen Beschluss über den künftigen Umgang mit syrischen Flüchtlingen fassen. Darüber soll lediglich beraten werden. Formal braucht de Maizières die Zustimmung der Landesinnenminister für eine Rückkehr zur Einzelfallprüfung ohnehin nicht. Politisch allerdings ist er nach den Streitigkeiten im Vorfeld darauf angewiesen, dass es in dieser Frage einen möglichst breiten Konsens gibt.

Die Unionsländer hat er wohl ohnehin auf seiner Seite. "Grundsätzlich befürworte ich die Rückkehr zur Einzelfallprüfung. Damit gewährleisten wir, dass wirklich nur anspruchsberechtigte Personen am Ende Asyl erhalten", sagte zum Beispiel Sachsens Innenminister Markus Ulbig ZEIT ONLINE. Ähnlich äußerte sich am Donnerstag auch sein Kollege aus Mecklenburg-Vorpommern, Lorenz Caffier (CDU).

Doch auch bei der SPD hat sich die Einstellung zur Einzelfallprüfung spätestens seit den Terroranschlägen von Paris gewandelt. Ihr entscheidendes Pro-Argument ist nämlich ein sicherheitspolitisches. Die Einzelfallprüfungen hätten den Vorteil, dass man wieder genau wisse, wer sich im Land aufhalte, sagte zum Beispiel der derzeitige Vorsitzende der Innenministerkonferenz aus Rheinland-Pfalz Roger Lewentz (SPD) am Dienstag. Auch Bremens Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) sagte ZEIT ONLINE, er befürworte eine Rückkehr "zum ursprünglichen, gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren" und selbst in Schleswig-Holstein sieht der SPD-Innenminister darin "kein Problem" mehr.

Entscheidend ist für die SPD-Innenminister allerdings, dass das Bamf in der Lage ist, die Rückkehr zu einer Einzelfallprüfung auch personell zu stemmen. Dies müsse vom Bundesinnenminister und von Bamf-Chef Frank-Jürgen Weise, der am Freitag an der Tagung teilnimmt, überzeugend dargelegt werden. Das sieht im Übrigen auch Sachsens CDU-Innenminister Ulbig nicht anders. "Voraussetzung für die Umstellung der Verfahrenspraxis ist, dass der Bund sein Personal so verstärkt, dass das vorgesehene Regelverfahren der Einzelfallprüfung am Ende nicht zu einem massiven Anwachsen unerledigter Verfahren führt", sagte er ZEIT ONLINE.

Wie dies gelingen soll, erscheint angesichts der derzeitigen Überlastung des Bamf allerdings fraglich. Selbst ohne Einzelfallprüfung dauern die Verfahren derzeit zwischen sieben und neun statt der vorgesehenen drei Monate und schon jetzt sind beim Bamf rund 300.000 unerledigte Verfahren anhängig, Tendenz stark steigend.

Streit um Familiennachzug geht weiter

Doch selbst wenn sich die Innenminister auf die Rückkehr zur Einzelfallprüfung einigen sollten, wäre der Streit um die Aussetzung des Familiennachzugs auch für einen Teil der syrischen Flüchtlinge damit noch nicht gelöst. Zwischen diesen beiden Themen gebe es "keinen Automatismus", betont ein Sprecher des nordrhein-westfälischen Innenministers Ralf Jäger, der derzeit Verhandlungsführer der SPD-Länder ist. Sollten die Einzelfallprüfungen für Syrer wieder eingeführt werden, müssten die Parteivorsitzenden über die Einschränkung des Familiennachzugs neu verhandeln.

Auch SPD-Vize Stegner machte am Mittwoch erneut deutlich, dass er in dieser Hinsicht nicht kompromissbereit ist. "Den Familiennachzug für Syrer weiter zu erschweren, ist nicht verabredet und gehört sich übrigens nicht für eine Partei, die das C für christlich im Namen trägt", sagte er gegenüber dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). Beim Familiennachzug spielen die Länder den Ball also an den Bund zurück. Merkel, SPD-Chef Sigmar Gabriel und CSU-Chef Horst Seehofer werden wohl selbst eine Lösung finden müssen.

SPD-Länder wollen wissen, wer kommt Der Bundesinnenminister will bei syrischen Flüchtlingen zur Einzelfallprüfung zurückkehren. Bei den Innenministern der SPD-g....

Load-Date: December 3, 2015

End of Document

"Danke Angela fürs Reinlassen dieser Terroristen"; Europäische Rechtspopulisten machen die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin verantwortlich für die jüngsten Attentate. In den Medien ist die Einschätzung differenzierter.

ZEIT-online

Mittwoch 27. Juli 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Angela Merkel; Ausg. 31

Length: 873 words

Byline: Monika Pilath

Body

Kanzlerin Angela Merkel

© Tobias Schwarz/AFP/Getty Images

Als hätten Geert Wilders, Nigel Farage und Heinz-Christian Strache nur auf die Gelegenheit gewartet: Die rechtspopulistische Prominenz Europas macht unisono Angela Merkel politisch verantwortlich für die Angriffe von Würzburg, München und Ansbach. Ihre **Flüchtlingspolitik**, ihr "Wir schaffen das" aus dem vergangenen August seien schuld an den Gewaltakten, äußerten sie in den vergangenen Tagen. Diese Haltung ist nicht neu, wohl aber die Schärfe der Vorträge.

Die Hintergründe der konkreten Taten - Amok oder Terror, individuelle oder organisierte Attacke - ignorieren die Rechtspopulisten. Es geht ihnen darum, den eigenen ideologischen Dreiklang zu verbreiten, der so lautet: Deutschland hat sich nicht weitgehend abgeschottet, mit den vielen **Flüchtlingen** sind IS-Terroristen ins Land gekommen und die schlagen jetzt zu. Oder kurz: Merkel ist schuld. In diesen Sound stimmten einige internationale Medien mit ein. Doch es gibt auch Ausnahmen. Aber dazu später.

Zunächst ein Blick auf die öffentlichen Äußerungen europäischer Rechtspopulisten und auf einige Kommentare in Medien. Der Vorsitzende der niederländischen Partij voor de Vrijheid, Wilders, twitterte eine Fotomontage, die Merkel mit Blut befleckten Händen zeigt. Dank "feiger Typen" wie ihr und des niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte seien die Grenzen noch offen. Deshalb habe "der Islam" freies Spiel, schreibt Wilders: "Danke Angela und Mark fürs Reinlassen dieser Terroristen."

Bedankt hè Angela en Mark voor het binnenlaten van deze terroristen. <https://t.co/Yy4xMpv0J6>

- Geert Wilders (@geertwilderspvv) July 25, 2016

Auch der französische Front National nutzte den Selbstmordanschlag von Ansbach für Kritik an der deutschen Flüchtlingspolitik des vergangenen Herbstes: "Die Aufnahme von Migranten ist ein Wahnsinn, wie wir ständig

"Danke Angela fürs Reinlassen dieser Terroristen" Europäische Rechtspopulisten machen die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin verantwortlich für die jüngsten Attentate....

warnen", schrieb Vize-Parteichef Florian Philippot auf Twitter. Die Abgeordnete Marion Maréchal-Le Pen, Nichte von Parteichefin Marine Le Pen, sagte: "Wie viele Terroristen gibt es unter Merkels Million Flüchtlingen? 10? 100? 1000? Unverantwortlich."

Der Chef der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), Heinz-Christian Strache, schrieb auf seinem Facebook-Account: "Eine grausame islamistische Terror- und Wahnsinnstat folgt der anderen quer durch Europa! Das sind die Folgen einer völlig verantwortungslosen 'Zuwanderungs- und Willkommenspolitik'. Die 'Politik der offenen Grenzen und der falschen Toleranz' müsse beendet werden.

Ungarns Ministerpräsident Victor Orbán bezeichnete Einwanderung als Gift und sämtliche Flüchtlinge als Sicherheitsrisiko. "Jeder einzelne Migrant stellt eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und ein Terrorrisiko dar." Ähnlich äußerte sich Polens Innenminister Mariusz Blaszczak.

Mehrere internationale Medien kommen zu dem Schluss, Merkels Flüchtlingspolitik gerate unter Druck. "Europa verwandelt sich immer schneller in eine Festung - es ist der einzige kurzfristige Weg, um zu überleben", schreibt *Adevarul* aus Bukarest. *De Volkskrant* aus den Niederlanden schreibt: "Auch wenn die jüngste Gewalt (in München und Reutlingen) nicht als Terrorismus eingestuft wird, wäre es für Merkel politisch gefährlich, keine Maßnahmen zu ergreifen." Ähnlich die BBC: Weitere Angriffe - vor allem, wenn sie mit kürzlich eingereisten Flüchtlingen verbunden wären - würden Merkel "bei den Wahlen im nächsten Jahr verwundbar machen".

Selbst die liberale *Neue Zürcher Zeitung* problematisiert Merkels Flüchtlingspolitik. Zwar stellt die *NZZ* zunächst fest, es gebe keinen direkten Zusammenhang "zwischen dem Selbstmordangriff von Ansbach und der Entscheidung von Bundeskanzlerin Angela Merkel im vergangenen Sommer, die deutschen Grenzen für muslimische Flüchtlinge zu öffnen". Doch die Tat mache "schlagartig deutlich, welche enormen Risiken Deutschland mit seiner Politik der 'Willkommenskultur' eingegangen ist".

"Merkels Politik schützt langfristig vor Terrorismus"

Unterstützung für die Politik Merkels seitens prominenter europäischer Politiker ist derzeit nicht zu vernehmen. Umso stärker fällt ein Beitrag des britischen *Independent* auf, in dem der Autor Robert Verkaik die These vertritt, dass Merkels "Offene-Tür-Flüchtlingspolitik" langfristig Deutschland vor Terrorismus schützen werde.

"Indem Merkel Mitgefühl für Hunderttausende muslimischer Flüchtlinge zeigte, hat die deutsche Kanzlerin eine Botschaft an die Welt gesandt, dass Deutschland nicht im Krieg mit dem Islam ist", schreibt Verkaik. Dies bedeute im Unterschied zu Frankreich und Belgien, "dass die überwiegende Mehrheit der in Deutschland ansässigen Muslime allen Grund hat, mit den Sicherheitsdiensten im Kampf gegen den Terrorismus zu kooperieren".

Der Schlüssel, gegen den Terrorismus zu gewinnen, sei es, die Herzen und Köpfe der Muslime zu gewinnen, die für die Radikalisierung von Hasspredigern und Terrorgruppen wie "Islamischer Staat" und Al-Kaida anfällig sind. Merkels Kritiker hätten schnell die Kanzlerin für die jüngsten Angriffe in Bayern verantwortlich gemacht. Es sei aber möglich, dass ihre Politik Deutschland bereits vor organisierten Bomben- und Pistolenangriffen wie in Frankreich und Belgien bewahrt habe.

Load-Date: July 27, 2016

**"Wir brauchen Herz und Härte"; Abschiebungen, Flüchtlinge, Schwarz-Grün:
Die CDU müsse vor ihrem Wahlkampf mit Angela Merkel "Positionen
schärfen", sagt der stellvertretende Parteivorsitzende Strobl.**

ZEIT-online

Mittwoch 23. November 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Thomas Strobl; Ausg. 47

Length: 1642 words

Byline: Katharina Schuler; Lisa Caspari; Kersten Augustin

Body

ARCHIV - Thomas Strobl, der Landesvorsitzende der CDU Baden-Württemberg, antwortet am 13.06.2016 bei einer Pressekonferenz in Stuttgart (Baden-Württemberg) auf Fragen von Journalisten. Foto: Bernd Weissbrod/dpa (zu dpa: "Strobl hofft auf baldige Lösung im Streit um Erbschaftsteuer" vom 09.09.2016) +++(c) dpa - Bildfunk+++ | Verwendung weltweit

© Bernd Weissbrod/dpa

ZEIT ONLINE: Herr Strobl, die SPD findet, bei der Kanzlerin ist "die Luft raus". Die AfD hofft, dass durch Angela Merkmals erneute Kandidatur ihre Chancen bei der Bundestagswahl steigen. Wäre es für die CDU nicht doch besser gewesen, mit einem unverbrauchten Gesicht in den Wahlkampf zu gehen?

Thomas Strobl: Vom politischen Gegner erwarte ich per se keinen Beifall. Wahr ist: Angela Merkel ist die kluge, erfahrene Steuerfrau in stürmischer See. Ich kenne niemanden, der besser geeignet wäre, Deutschland in den nächsten Jahren zu führen.

ZEIT ONLINE: In den vergangenen Wahlkämpfen hat Merkel vor allem auf ihre Popularität gesetzt und Kontroversen gemieden. Muss sie jetzt eine andere werden?

Strobl: Nicht Angela Merkel wird eine andere, aber der Wahlkampf wird ein anderer. Das wird kein Kuschelewahlkampf, sondern eine harte und intensive Auseinandersetzung.

ZEIT ONLINE: Merkmals Flüchtlingspolitik hat die AfD stark gemacht. Hätte man mit einem personellen Neuanfang den Populisten nicht ihr Hauptthema ("Merkel muss weg") kaputt machen können?

Strobl: Den Populisten auf diese Weise zu begegnen, wäre eine wahrlich abstruse Idee. Die Gesellschaft driftet zweifellos auseinander. Aber ich traue es Angela Merkel zu, die Menschen zusammenzuführen. Richtig ist, dass die CDU das eine oder andere noch stärker inhaltlich konkretisieren muss. Wir müssen die Positionen schärfen, für die wir stehen.

"Wir brauchen Herz und Härte" Abschiebungen, Flüchtlinge, Schwarz-Grün: Die CDU müsse vor ihrem Wahlkampf mit Angela Merkel "Positionen schärfen", sagt der stel....

ZEIT ONLINE: Mit welchen Themen wollen Sie die Populisten kleinhalten?

Strobl: In der Flüchtlingsfrage muss klar sein: 2015 ist etwas passiert, das sich nicht wiederholen darf. Wir haben versprochen, die Zuzugszahlen zu begrenzen - das haben wir gehalten. Es gibt aber auch eine große Zahl ausreisepflichtiger Menschen im Land. Mit unseren bisherigen Instrumenten werden wir nicht dafür sorgen können, dass sie Deutschland wirklich wieder verlassen. Da brauchen wir zusätzliche Anstrengungen.

ZEIT ONLINE: Der CDU-Wahlkampf wird sich also vor allem an diejenigen wenden, denen Merkels Flüchtlingspolitik Angst gemacht hat und nicht an die, die sie gerade dafür schätzen?

Strobl: Wir brauchen beides: Herz und Härte. Für diejenigen, die politisch verfolgt sind, haben wir nach wie vor offene Arme und auch ein offenes Herz. Die Integration der Menschen, die wirklich schutzbedürftig sind, kann aber nur funktionieren, wenn wir auch konsequent gegenüber denen sind, die zu Unrecht hier sind und die unser Land wieder verlassen müssen.

ZEIT ONLINE: Auch die, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, haben wegen des EU-Türkei-Paktes und der geschlossenen Balkanroute derzeit kaum noch eine Chance, es bis nach Deutschland zu schaffen. Wie können Sie da sagen, man habe für diese Menschen offene Arme?

Strobl: Die Fluchtbewegungen sind kein rein deutsches, sondern ein europäisches Thema. Wir hätten es nicht abwenden können, wir können es aber auch nicht allein tragen. In diesem Sinne ist auch das Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und der Türkei zu sehen.

ZEIT ONLINE: Sie sagen, seit Sie in Baden-Württemberg mitregieren, würde dort mit "neuer Konsequenz abgeschoben". Was machen Sie anders als Ihr Vorgänger von der SPD?

Strobl: Es gab Zeiten, da wurden Abschiebungen mehrfach angekündigt. Wenn Sie eine Hausdurchsuchung ankündigen, werden Sie dort auch nichts finden. Das haben wir geändert. Wir zeigen hier eine neue Konsequenz gegenüber denjenigen, die ausreisepflichtig sind. Wir haben die Abschiebezahlen gegenüber dem Vorjahr um 65 Prozent gesteigert. Auch die Zahl der freiwilligen Rückkehrer hat sich mehr als verdoppelt - was auch etwas mit dem erhöhten Abschiebedruck zu tun hat.

ZEIT ONLINE: Trotzdem lag die Zahl der Abgeschobenen in Baden-Württemberg bis Ende Oktober gerade mal bei etwa 3.000, bei 36.000 Ausreisepflichtigen insgesamt. So einfach scheint das mit der Konsequenz nicht zu sein, oder?

Strobl: Es hat niemand gesagt, dass es einfach ist. Der Westbalkan ist ein sehr gutes Beispiel dafür, dass die Ausweisung sicherer Herkunftsstaaten ein wirksames Mittel ist, um den Flüchtlingsstrom zu begrenzen. Deshalb brauchen wir dringend weitere sichere Herkunftsländer in Afrika, namentlich Algerien, Tunesien und Marokko. Außerdem müssen wir das Mittelmeer unter Kontrolle haben. Selbstverständlich lassen wir niemanden ertrinken, aber das internationale Seerecht verpflichtet uns nicht, die Menschen nach Italien zu bringen.

ZEIT ONLINE: Sobald Flüchtlinge ein europäisches Schiff betreten, haben sie das Recht, einen Asylantrag in Europa zu stellen.

Strobl: Wie das konkret ausgestaltet wird, müssen wir noch sehen. Es gibt keine Rechtsverpflichtung, diese Menschen nach Europa zu bringen. Wir holen die Menschen ja zum Teil nur wenige Kilometer vor der tunesischen Grenze aus dem Wasser.

ZEIT ONLINE: Die Bundesregierung möchte die Maghreb-Staaten als sicher erklären, um einfacher dorthin abschieben zu können. Doch selbst das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) sieht die menschenrechtliche Lage in Nordafrika sehr kritisch.

Strobl: Ich wundere mich, dass eine Bundesbehörde jetzt mit diesem Vorwurf kommt. Das Bamf hatte bereits im Gesetzgebungsverfahren die Möglichkeit, sich zu äußern. Politische Verfolgung mag auch in sicheren

"Wir brauchen Herz und Härte" Abschiebungen, Flüchtlinge, Schwarz-Grün: Die CDU müsse vor ihrem Wahlkampf mit Angela Merkel "Positionen schärfen", sagt der stel....

Herkunftsstaaten nicht komplett auszuschließen sein. Wer wirklich politisch verfolgt ist, wird aber auch dann Asyl in Deutschland bekommen, wenn er aus einem sicheren Herkunftsstaat kommt. Dafür gibt es das individuelle rechtsstaatliche Verfahren.

ZEIT ONLINE: Auf dem CDU-Parteitag wollen Sie sich dafür einsetzen, weitere Länder in Afrika als sichere Herkunftsstaaten einzustufen. Als Beispiel haben Sie Gambia genannt. Warum?

Strobl: In Baden-Württemberg leben relativ viele Flüchtlinge aus Gambia und wir haben viele Probleme mit ihnen. Die Schutzquote ist sehr niedrig, die Kriminalitätsrate dafür extrem hoch. Viele sind im Drogenhandel verwickelt. Ich bin nicht bereit, diese massive, importierte Kriminalität zu akzeptieren.

ZEIT ONLINE: Kriminelle Asylbewerber können schon heute abgeschoben werden. Ist es nicht das falsche Instrument, ein Land als sicher einzustufen, um ein Kriminalitätsproblem zu lösen?

Strobl: Kriminelle Ausländer können erst ab einem bestimmten Strafmaß und bei einem abgeschlossenen Asylverfahren abgeschoben werden. Besser wäre es, wenn wir sie schnell zurückschicken können.

ZEIT ONLINE: Mit Gambia würde erstmals eine Diktatur als sicherer Herkunftsstaat eingestuft. Interne Unterlagen des Bamf beschreiben Gambia als "eines der repressivsten Regimes der Welt".

Strobl: Es geht darum: Wie viele Asylanträge aus diesen Ländern werden in Deutschland bewilligt, wie hoch ist also die Schutzquote? Bei Gambia ist sie mit nur rund 3 Prozent sehr, sehr klein.

ZEIT ONLINE: In Baden-Württemberg regieren Sie als Juniorpartner der Grünen. CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer hat neulich gesagt, mit dem grünen Beschluss für eine Vermögenssteuer seien alle Träumereien über eine schwarz-grüne Koalition nach der Bundestagswahl am Ende. Sehen Sie das genauso?

Strobl: Der Parteitag der Grünen war befremdlich, weil da Rot-Rot-Grün vorbereitet wurde. Jürgen Trittin und der linke Flügel haben sich durchgesetzt, nicht nur bei der Vermögenssteuer, auch bei dem Beschluss, die Verbrennungsmotoren ab dem Jahr 2030 verbieten zu wollen, oder beim Ehegattensplitting. Besonders schlimm finde ich, dass man die Hartz-IV-Sanktionen abschaffen will, die die Grünen doch mit ins Leben gerufen haben. Das alles macht mögliche Koalitionsgespräche natürlich nicht einfacher. Mein Rat an die Grünen ist aber klar, sich nicht einzumauern.

ZEIT ONLINE: Wäre Schwarz-Grün besser als eine Fortsetzung der großen Koalition?

Strobl: Die große Koalition ist für mich immer nur die Ultima Ratio, wenn nichts anderes geht. Große Koalitionen haben negative Begleiterscheinungen, beispielsweise, dass die extremen Ränder erstarken. Also brauchen wir auch andere Optionen.

ZEIT ONLINE: Wenn Sie die große Koalition nicht wollen, sollten Sie den Wählern aber ehrlich sagen, dass Sie 2017 für Schwarz-Grün kämpfen. Andere Koalitionsoptionen gibt es derzeit nicht.

Strobl: Wir kämpfen für uns. Und dafür, dass wir bis zum Wahlabend noch zulegen.

ZEIT ONLINE: Mit welchem Thema will sich die Union denn im Wahlkampf besonders hervortun?

Strobl: Unsere Ziele sind politische Stabilität, gesellschaftlicher Zusammenhalt und hohe Innovationskraft. Dazu gehört ganz entscheidend, dass wir die Digitalisierung begreifen und ausbauen.

ZEIT ONLINE: Ein Wahlkampf mit dem Thema Digitalisierung? In diesen Zeiten?

Strobl: Das ist ein sehr spannendes Thema. Viele Menschen beschleicht ein eher unangenehmes Gefühl bei der Digitalisierung. Da sind vor allem ältere Menschen, die große Sorgen haben, ob sie noch mitkommen. Gleichzeitig kann die Digitalisierung gerade diesen Menschen im Alter auch länger ein eigenständiges, selbstbestimmtes Leben

"Wir brauchen Herz und Härte" Abschiebungen, Flüchtlinge, Schwarz-Grün: Die CDU müsse vor ihrem Wahlkampf mit Angela Merkel "Positionen schärfen", sagt der stel....

in den eigenen vier Wänden ermöglichen oder Mobilität erhalten - denken Sie zum Beispiel an vollautomatisches Autofahren.

ZEIT ONLINE: Wie können Sie da den Unterschied zur SPD schaffen, den es im Wahlkampf braucht?

Strobl: Nun, beim Thema Datenschutz haben wir freilich sehr unterschiedliche Auffassungen. Bisher gibt es bei uns das Mantra der Datensparsamkeit. Meist sind sie für einen Zweck erhoben und dürfen unter keinen Umständen anders verwendet werden. Das ist nicht die digitale Welt des 21. Jahrhunderts: Wir müssen in Zukunft verantwortungsbewusst, aber auch intelligent mit Daten umgehen.

Load-Date: November 23, 2016

Macht Flüchtlinge zum Tauschgeschäft; Trotz Merkels Bemühungen: Es wird keine europäische Lösung für die Verteilung von Asylbewerbern geben. Wie wäre es mit einer global handelbaren Quote wie bei CO2?

ZEIT-online

Donnerstag 25. Februar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlingspolitik; Ausg. 9

Length: 926 words

Byline: Jochen Bittner

Body

Soll man Angela Merkels Zuversicht bewundern oder ihre Naivität beklagen? Anfang März will die Kanzlerin in Brüssel zum dritten Mal versuchen, ihre "europäische Lösung" für den **Flüchtlingsandrang** durchzusetzen. Zwei Mal ist sie damit schon gescheitert. Erst beschloss der Europäische Rat per Mehrheitsvotum, 160.000 **Flüchtlinge** auf die EU zu verteilen - was niemand befolgte.

Beim zweiten Versuch hätte Merkel gerne einen Deal mit der Türkei geschlossen, infolge dessen das Land als eine Art **Migrationsschleuse** (man könnte auch sagen: Grenzzentrum) für Europa fungieren sollte. Bloß tauchten die türkischen Vertreter gar nicht erst in Brüssel auf, weil es tags zuvor in Ankara einen schweren Bombenanschlag gegeben hatte.

Merkel hat sonst eigentlich kein Problem mit Tatsachen, diesmal allerdings will sie zwei wesentliche nicht recht wahrnehmen: Für die meisten europäischen Nachbarn, erstens, übersetzt sich der moralische Imperativ der Kanzlerin, Menschen in Not zu helfen, in den moralischen Imperialismus eines Deutschland, das die EU in Gemeinschaftshaftung für die humanitären Allüren einer Pfarrerstochter nehmen will. Man kann das eine zynische Fehlwahrnehmung nennen. Trotzdem besteht nicht die geringste Aussicht, dass sich daran innerhalb der nächsten zwei Wochen etwas ändern wird.

Eine andere Lösung muss her

Die Türkei, zweitens, hat gerade deutlich Dringlicheres zu tun, als den Türsteher für eine EU zu geben, die ihr selbst einst den Eintritt verwehrte. Zu glauben, aus ihr könne ein verlässlicher Partner werden, ist illusorisch.

Es muss also eine andere Lösung her, eine, die Realitäten anerkennt, statt sie zu verleugnen. Wenn der Befund lautet, dass kaum eine Regierung eine intrinsische Motivation verspürt, Kriegsflüchtlinge aufzunehmen, dann sollte man es vielleicht mit extrinsischer Motivation probieren, was klassischerweise bedeutet: mit Belohnung oder, profaner, mit Geld. Der Vorschlag mag erst einmal verwerflich und unethisch klingen - aber wie wäre es mit einer global handelbaren Quote für Flüchtlinge?

Macht Flüchtlinge zum Tauschgeschäft Trotz Merkels Bemühungen: Es wird keine europäische Lösung für die Verteilung von Asylbewerbern geben. Wie wäre es mit eine....

Das System könnte so funktionieren: Die Vereinten Nationen weisen jedem Land, das ein gewisses Wohlstandsniveau aufweist, eine jährliche Pflichtquote zur Aufnahme von Flüchtlingen zu. Die Höhe würde sich an der volkswirtschaftlichen Leistung des Landes orientieren. Japan zum Beispiel würde verpflichtet, 20.000 Flüchtlinge aufzunehmen, Deutschland 40.000, Russland 10.000, Kenia 2.000 und so weiter. Natürlich würden Russland und Japan so viele Flüchtlinge nicht aufnehmen wollen, vielleicht sogar gar keinen. Sie könnten sich von dieser Verpflichtung freikaufen, indem sie Kenia oder andere Staaten dafür bezahlen, ihre Kontingente zu übernehmen.

Am Ende würde jeder gewinnen. Russland und Japan, weil sie innenpolitische Probleme vermeiden. Kenia, weil es seine Staatseinnahmen vergrößern kann. Und die Flüchtlinge selbst, weil für sie in der Summe mehr Aufnahmekapazitäten geschaffen werden als ohne Quotensystem.

Moralische Einwände

Die moralischen Einwände gegen diese Idee liegen auf der Hand. Wer etwas handelbar macht, verändert damit dessen Charakter. Und Menschen gewissermaßen ein Preisschild anzuhängen, reduziert sie zu wirtschaftlichen Objekten, noch dazu, wenn ihr Preis dadurch bestimmt wird, dass man sie als politische Last definiert. Außerdem würde das System dazu führen, dass Flüchtlinge vor allem in schwächer entwickelten Ländern unterkommen, die vielleicht eher kurzfristigen finanziellen Gewinn im Sinn haben statt nachhaltiger Integration. Wahrscheinlich ist deshalb dieser Vorschlag, den schon 1994 der Yale-Rechtsprofessor Peter H. Schuck in der *New York Times* machte, nie ernsthaft verfolgt worden.

Fünf vor 8:00 Abonnieren Sie die Morgenkolumne von ZEIT ONLINE - von Montag bis Freitag per E-Mail. Jetzt anmelden `jQuery.noConflict(); jQuery(".newsletter-teaser-input").css({ 'margin' : '0.625em 1em 0 0', 'width' : '17em', 'padding' : '0.375em 0.875em 0.225em 0.625em', 'font-size' : '0.8em', 'height' : '1.625em' }); jQuery(".newsletter-teaser-image img").css("border", "1px solid #efefef"); jQuery("#newsletter-teaser-form").attr("action", "http://community.zeit.de/newsletter-signup?mode=2click&nl=5vor8"); jQuery("#newsletter-teaser-form").attr("method", "POST"); jQuery(".newsletter-teaser-button").click(function(event){event.preventDefault(); document.getElementById("newsletter-teaser-form").submit();});`

Bloß, wie ist es denn heute, in der größten Flüchtlingskrise seit Ende des Zweiten Weltkriegs, um Moral und Menschenwürde tatsächlich bestellt? Russland, Japan, Polen oder Tschechien empfinden Flüchtlinge auch ohne korumpierendes Quotensystem als finanzielle, politische und kulturelle Last. Und wie achtsam gegenüber der Menschenwürde ist die dänische Praxis, Syrern, die ihre wirtschaftliche Existenz und ihr Zuhause verloren haben, bis auf 400 Euro auch noch ihre letzten Barreserven abzunehmen?

Und was die Problemverschiebung in ärmere Länder angeht: Wenn es stimmt, dass Flüchtlinge eine Bereicherung für den Arbeitsmarkt sein können, vorausgesetzt man geht gewisse Anfangsinvestitionen an, warum sollte sich dieser volkswirtschaftliche Nutzen nicht auch in Kenia oder Uganda entfalten lassen können? Nach einiger Zeit und entsprechenden Erfolgen würden Russland oder Japan womöglich begreifen, dass sie eine geniale Chance auf eine Auffrischung ihres Arbeitsmarkt haben sausen lassen. Das Quotensystem könnte sich womöglich in ein Wettbewerbssystem verwandeln.

Utopisch? Nicht realisierbar?

Mag sein.

Aber wie bezeichnen Sie dann die "europäische Lösung"?

Load-Date: February 25, 2016

Türkei-Abkommen senkt Flüchtlingszahl kaum; Im Dezember kamen rund 4.000 Flüchtende pro Tag über die Türkei nach Europa. Der Aktionsplan mit der Türkei hat demnach noch keine deutliche Entlastung gebracht.

ZEIT-online

Donnerstag 17. Dezember 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingskrise; Ausg. 50

Length: 411 words

Body

Frontex-Polizisten an der türkisch-griechischen Grenze

© Nikos Arvanitidis/EPA

Die Zahl der **Flüchtlinge**, die aus der Türkei in die Europäische Union kommen, ist der amtierenden luxemburgischen EU-Ratspräsidentschaft zufolge kaum gesunken. Die Ratspräsidentschaft spricht in ihrem Bericht von einem "leichten Rückgang gegenüber den hohen Zahlen aus dem November".

Dieser Rückgang wird in dem Bericht jedoch nicht in erster Linie auf Bemühungen der Türkei zurückgeführt, die angekündigt hatte, ihre Grenzen besser zu sichern. Vielmehr wird die leichte Abnahme der Flüchtlingszahlen mit anderen Gründen - wie etwa dem Winterbeginn - erklärt.

Die EU hat Ende November mit der Türkei einen Aktionsplan in der Flüchtlingskrise vereinbart. Er verlangt von Ankara eine bessere Grenzsicherung, um die ungesteuerte Einwanderung nach Europa zu beenden. Im Gegenzug bekommt die Türkei drei Milliarden Euro, um die mehr als zwei Millionen Flüchtlinge im eigenen Land besser zu versorgen. Ankara hofft aber auch auf eine verbindliche Zusage der EU zur Aufnahme von Flüchtlingen. Die EU-Kommission legte am Dienstag einen Vorschlag vor, der aber lediglich die freiwillige Aufnahme vorsieht.

Österreichs Bundeskanzler Werner Faymann hatte am Mittwoch dafür geworben, Ankara "40.000 bis 50.000" Flüchtlinge abzunehmen. Voraussetzung sei allerdings, dass "der Grenzschutz mit der Türkei künftig so funktioniert, dass nur noch sehr wenige Flüchtlinge von dort in die EU gelangen".

Am heutigen Donnerstag treffen sich auch die 28 Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union in Brüssel. Wichtigstes Thema ist die Bewältigung der Flüchtlingskrise. Ratspräsident Donald Tusk fordert die Mitgliedstaaten auf, längst gefasste Beschlüsse wie die Verteilung von 160.000 Migranten umzusetzen. Auch die Einrichtung von Registrierungscentren in Italien und Griechenland soll schneller erfolgen.

Türkei-Abkommen senkt Flüchtlingszahl kaum Im Dezember kamen rund 4.000 Flüchtende pro Tag über die Türkei nach Europa. Der Aktionsplan mit der Türkei hat demna....

Umstritten ist der Vorschlag, den Grenzschutz zu stärken. Die Grenzschutzagentur Frontex soll notfalls auch gegen den Willen der betroffenen Staaten zur Sicherung der Außengrenzen aktiv werden. Etliche Mitgliedstaaten sehen das skeptisch. Bundeskanzlerin Angela Merkel unterstützt den Vorschlag.

In einer vorherigen Version dieser Meldung hatten wir berichtet, dass die Zahl der Flüchtlinge, die aus der Türkei in die Europäische Union kommen, im Dezember deutlich zurückgegangen sei. Die Zahlen haben wir korrigiert. //
Die Redaktion

Load-Date: December 17, 2015

End of Document

Für junge Migranten ist die Wunschausbildung oft unerreichbar; Die Diskriminierung beginnt bei der Lehrstellensuche und setzt sich im Job fort. Der DGB spricht von einem unhaltbaren Zustand für Menschen mit Migrationshintergrund.

ZEIT-online

Mittwoch 2. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Diskriminierung; Ausg. 35

Length: 564 words

Body

Wer einen **Migrationshintergrund** hat, wird in der Ausbildung häufig benachteiligt

© Sven Hoppe/dpa

Auszubildende mit **Migrationshintergrund** sind in Deutschland häufig Diskriminierungen ausgesetzt. Das geht aus dem Ausbildungsreport 2015 (PDF) des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) hervor. Demnach wurde ein Viertel von ihnen aufgrund von Herkunft oder Staatsangehörigkeit in der Ausbildung schon einmal benachteiligt.

Und auch andere Indikatoren weisen auf eine Diskriminierung hin. In den Ausbildungsberufen mit den besten Bewertungen sind Auszubildende mit Migrationshintergrund beispielsweise deutlich unterrepräsentiert. Nur knapp mehr als 14 Prozent von ihnen zählen zu den angehenden Bankkaufleuten oder Mechatronikern.

Überdurchschnittlich stark vertreten sind Menschen mit Migrationshintergrund dagegen in jenen Berufen, die bei der Bewertung der Ausbildungsqualität tendenziell schlechter abschneiden. Jeder Zweite lernt Zahnmedizinischer Fachangestellter, gefolgt von 40 Prozent in der Friseurausbildung. Außerdem finden Migranten viel seltener einen Platz für ihre Wunschausbildung und haben einen schlechteren Zugang zu dualen Ausbildungen.

"Das ist ein absolut unakzeptabler Zustand", sagte DGB-Bundesjugendsekretär Florian Haggenmiller. "Diskriminierung und Ausgrenzung haben auch in den Betrieben nichts zu suchen." Solche Entwicklungen dürfe sich kein Unternehmen leisten. Auch in den Betrieben brauche es eine bessere Antidiskriminierungspolitik.

Von jenen Azubis, die einen Ausbildungsplan haben und diesen auch gut kennen, gab nur gut die Hälfte an, dass er auch immer eingehalten werde. Fast 13 Prozent der minderjährigen Auszubildenden beklagen, regelmäßig mehr als die Höchstzahl von 40 Wochenstunden arbeiten zu müssen. "Diesem klaren Gesetzesverstoß müssten Sanktionen für die Betriebe folgen", sagte DGB-Jugendsekretär Florian Haggenmiller.

Für junge Migranten ist die Wunschausbildung oft unerreichbar. Die Diskriminierung beginnt bei der Lehrstellensuche und setzt sich im Job fort. Der DGB spricht v....

Überdurchschnittlich schlecht bewerteten laut dem Report Fachverkäufer im Lebensmittelhandwerk, Köche, Hotelfachleute, Maler, Lackierer sowie Zahnmedizinische Fachangestellte ihre Ausbildung. So gaben fast 59 Prozent der Hotelfachleute und 57 Prozent der Köche an, regelmäßig Überstunden leisten zu müssen.

12.000 Betriebe bekamen keine Azubi-Bewerbungen

Auch die Gesamtsituation der Auszubildenden bewertet der DGB kritisch. Fast 40 Prozent aller Azubis leisten regelmäßig Überstunden, ohne den vorgeschriebenen Ausgleich zu erhalten. Knapp ein Drittel werde nicht regelmäßig von ihren Ausbildern betreut. Und selbst im dritten Ausbildungsjahr wüssten immer noch mehr als 44 Prozent nicht, ob sie nach der Ausbildung übernommen werden, heißt es in dem Ausbildungsreport.

Wie in den vergangenen Jahren zuvor sind dagegen Bankkaufleute, Mechatroniker, Zerspanungs- oder Industriemechaniker und Elektroniker besonders zufrieden mit ihrer Ausbildung.

Nach Angaben des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) konnten vergangenes Jahr 32 Prozent der Betriebe nicht alle angebotenen Stellen besetzen. Rund 12.000 Unternehmen bekamen demnach gar keine Bewerbungen. Gleichzeitig beginnen so viele junge Menschen wie nie ein Studium an deutschen Universitäten und Hochschulen. Erstmals übertreffen sie die Anzahl der Azubis.

Dem Bericht liegt eine Befragung von 18.627 Personen zugrunde. Befragt wurden Auszubildende aus den 25 häufigsten Ausbildungsberufen.

Load-Date: September 15, 2015

Die Wutunternehmer; Offenes Ressentiment und Hass gegen Flüchtlinge sind auf der Straße und in sozialen Netzwerken zur Normalität geworden. Woher kommt diese Enthemmung?

ZEIT-online

Dienstag 15. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Fremdenhass; Ausg. 37

Length: 2055 words

Byline: Nils Markwardt

Body

Anwohner und Rechtsradikale protestieren vor einer geplanten Asylbewerberunterkunft in Berlin.

© Axel Schmidt/Getty Images

Als die Sozialwissenschaftlerin Naika Foroutan vor fünf Jahren kurz nacheinander bei Maybrit Illner und Beckmann zu Gast war, um den Thesen von Thilo Sarrazins Buch *Deutschland schafft sich ab* zu widersprechen, entfaltete sich in der Folge eine Hasskampagne sondergleichen.

Was mit der Kritik an den von Foroutan angeführten Zahlen begann, weitete sich im Netz schnell zu einer regelrechten Hatz aus, die schließlich in unzähligen Beschimpfungen und Todesdrohungen gipfelte. Die gleichermaßen erschreckende wie neue Qualität lag dabei nicht nur in der Intensität und Masse der Schmähungen, sondern vor allem auch darin, dass viele der übelsten Beleidigungen mit Klarnamen und Absenderadresse versehen waren.

Dass sich der Hass so unverhohlen entlädt, ist fünf Jahre später Normalität. Auf Pegida-Märschen oder Flüchtlingsdemonstrationen wird er in die Kamera gebrüllt, im Netz unverblümt gepostet. Insbesondere auf Facebook lässt sich in den vergangenen Jahren eine Art kommunikative Enthemmung beobachten. Rassistische, sexistische und homophobe Ausfälle sind dort zum Dauerzustand geworden.

Gleichwohl sollte man deshalb jedoch nicht den Fehler der ohrensesseligen Kulturkritik begehen und soziale Netzwerke, Diskussionsforen oder Kommentarspalten pauschal als bloße Horte des Hasses abtun. Vielmehr zeigt sich gerade im Zuge der aktuellen Flüchtlingsdebatte, dass sowohl auf der Straße als auch im Netz eine eigentümliche Gleichzeitigkeit herrscht: riesige Hilfsbereitschaft und marodierende Mobs, ungeahnte Empathie und Massen an Hasskommentaren.

Maas will gegen Hassparolen auf Facebook vorgehen:

Doch die Frage bleibt: Woher kommt der Hass? Eine erste Antwortmöglichkeit wäre: nirgendwoher, er war schon immer da. Dem traditionell gepflegten oder situativ entgrenzten Ressentiment gegen Migranten, Homosexuelle

Die Wutunternehmer Offenes Ressentiment und Hass gegen Flüchtlinge sind auf der Straße und in sozialen Netzwerken zur Normalität geworden. Woher kommt diese Ent....

oder Andersdenkende fehlte bis vor nicht allzu langer Zeit schlichtweg ein konstanter Kanal. Es verblieb in der Kneipe oder im ungedruckten Leserbrief.

Damit wäre dann jedoch schon die zweite Antwortmöglichkeit verbunden: Vor allem Facebook bietet die Infrastruktur zur affektiven Dauermobilisierung selbst ernannter besorgter Bürger, da sich Facebooks "Gemeinschaftsstandards" an den Maßgaben der US-amerikanischen Öffentlichkeit orientieren. Nacktheit wird etwa schnell sanktioniert, *hate speech* aber oft genug unter der Meinungsfreiheit verbucht. Hier hat sich zumindest in Teilen eine reaktionäre Gegenöffentlichkeit gebildet, die es in dieser verdichteten Form zuvor nicht gab. Entscheidend scheint aber schließlich noch eine dritte Antwortmöglichkeit: die Deregulierung der bürgerlichen Zornwirtschaft.

Die "Zornbank"

Um das zu erläutern, muss man zunächst in Erinnerung rufen, dass eine der zentralen Aufgaben der politischen Klasse, also vor allem von Abgeordneten und Ministern, aber eben auch Journalisten und publizistischen Stichwortgebern, allgemein nicht nur im sprichwörtlichen Bohren dicker Bretter, sondern ebenso im Anbringen von Ablassventilen besteht. Machtmanagement ist vor allem auch kollektives Affektmanagement. Deshalb fungieren Parteien und politische Organisationen, so könnte man mit dem Philosophen Peter Sloterdijk sagen, stets auch als Zornbanken. "Damit bezeichnen wir die Aufhebung der lokalen Wutvermögen und der zerstreuten Hassprojekte in eine übergreifende Instanz, deren Aufgabe, wie bei jeder authentischen Bank, darin besteht, als Sammelstelle und Verwertungsagentur für Einlagen zu dienen."

Historisch zeigt sich dies deutlich bei jenen Parteien und Projekten, denen ein revolutionärer Anspruch innewohnt. Die Beladenen und Frustrierten, die über Jahre und Jahrzehnte ein hohes Maß an Empörung angespart haben, können dieses bei der Zornbank ihres Vertrauens investieren, um nach gewisser Laufzeit auf eine revolutionäre Dividende zu erhoffen.

In seinem 2006 publiziertem Buch *Zorn und Zeit* verdeutlicht Sloterdijk diesen psychopolitischen Mechanismus dementsprechend vor allem anhand der "kommunistischen Weltbank des Zorns" und ihren nationalen Ablegern. Nun lassen sich aber natürlich auch fast alle anderen Parteien, etwa die Sozialdemokratie, obschon diese vergleichsweise kleine, dafür besser kalkulierte Renditen verspricht, oder die Vertretungen des klassischen Konservatismus als Zornbanken begreifen.

Und gerade der Konservatismus ist stets auf der Suche nach dem Wuthaben der Empörten, um es dann zur Stärkung von Familie, Staat und Kirche anzulegen. Dafür geht er zur Not auch an die politischen Grenzen.

Wut als Investment

In der bundesrepublikanischen Geschichte gehörte es lange zum Selbstverständnis der Union, insbesondere der CSU, dass neben ihr keine bürgerlich konservativere Kraft entstehen dürfe. Ein Imperativ, der in Franz Josef Strauß' berühmtem Diktum, dass rechts neben ihm nur noch die Wand komme, seinen pointierten Ausdruck fand. Und dass es heute noch zum christsozialen Credo gehört, den rechten Rand mit wohlkalkuliertem Ressentiment zu bewirtschaften, hat Horst Seehofer mit seiner ostentativ zelebrierten Nähe zu Viktor Orbán jüngst wieder bewiesen.

Allein scheint auch das nichts daran zu ändern, dass die alten Zornbanken des Konservatismus den reaktionärsten Teil ihres Kundenstamms allmählich verlieren. Beschleunigt durch die Finanz- und Flüchtlingskrise, investieren besonders selbst ernannte besorgte Bürger ihre ersparte Wut immer öfter in neue Zornbanken, hierzulande etwa die AfD, oder crowdfunden politisch-publizistische Wutunternehmer wie Thilo Sarrazin, Udo Ulfkotte, Akif Pirinçci, Ken Jebsen oder Jürgen Elsässer. Und insbesondere die Letzteren haben die hiesige Zornwirtschaft in den letzten Jahren nachhaltig verändert.

Bei den solitären Wutunternehmern fällt nämlich zunächst auf, dass sie in gewisser Hinsicht fast alle als eine Art politischer Häretiker daherkommen, als Bekehrte, die mit dem symbolischen Kapital ihrer Konversion

Die Wutunternehmer Offenes Ressentiment und Hass gegen Flüchtlinge sind auf der Straße und in sozialen Netzwerken zur Normalität geworden. Woher kommt diese Ent....

wuchern. Alle opponieren lautstark gegen Systeme, deren Teil sie einst waren. Sei es das politische Establishment wie bei Sarrazin oder die "Mainstream-Medien" wie bei Ulfkotte, Elsässer, Jebesen oder Piriñçi. Und dieser Status des Häretikers ist nicht zuletzt ein entscheidender Grund, warum die besagten Wutunternehmer eine diskursive Scharnierfunktion einnehmen können.

Das lässt sich an Sarrazins Beispiel, dem publizistisch erfolgreichsten unter ihnen, besonders gut verdeutlichen. Der ehemalige Berliner Finanzsenator verkörpert, ähnlich wie auch Ulfkotte oder Piriñçi, habituell das komplette Gegenteil des charismatischen Menschenfängers oder verführerischen Rhetors. Das macht bereits deutlich, dass sein unbestreitbarer Einfluss auf die Debatten der letzten Jahre wenig mit individueller Performance, sondern vielmehr mit dem Nimbus der Häresie zu tun hat. Als jemand, der lange als Vertreter "des Systems" diente, eben dieses aber nun lautstark geißelt, erscheint Sarrazin als vermeintlich authentischer Kronzeuge dafür, dass "die Politik" nicht im Interesse "der Menschen" handele.

Jemand wie Sarrazin, so der Tenor, müsse es ja wissen. Immerhin kommt dieser ja aus den Sphären der Macht und nimmt nun, da er sich aus diesen verabschiedet hat, sogar billigend in Kauf, dass seine alten Netzwerke ihn exkommunizieren. So konnte Sarrazin mit *Deutschland schafft sich ab* deshalb nicht nur in Teilen der Mittelschicht eine Art völkisches Auslöschungsphantasma (re-)aktivieren. Auch trug er durch seine, so formulierte es einst der Migrationsforscher Klaus Jürgen Bade, "flach nationalistisch-elitäre Semantik" erheblich zur diskursiven Normalisierung jenes Ressentiments bei, das sich mittlerweile vor Flüchtlingsheimen entlädt.

Die Ausweitung der publizistischen Kampfzone

Das zentrale Geschäftsfeld des Wutunternehmers besteht letztlich schlicht darin, bei jenen, die für "die da oben" bereits sowieso nur noch Verachtung haben, eine Form der entgrenzenden Anschlusskommunikation zu ermöglichen. Oder kurz gesagt: Sie besteht in der publizistischen Anleitung zur Ausweitung der Kampfzone.

Bleibt man nun bei Sarrazin, der ja erst kürzlich im Interview mit der ZEIT rhetorisch wieder den Tropenhelm aufziehen durfte, um zu mahnen, dass uns "Afrika im Nacken" sitzt, weshalb er im Mittelmeer "jedes Schiff aufbringen", die Insassen zurückbringen und das Boot zerstören würde - so wird die funktionale Differenz zwischen dem reaktionären Wutunternehmer und der klassisch konservativen Zornbank noch einmal deutlich.

Auch die Union arbeitet zwar bisweilen mit ähnlichen Ressentiment - man denke historisch an die Einlassungen von Franz Josef Strauß, Alfred Dregger oder aktuell an jene von Horst Seehofer -, aber diese müssen ab einem bestimmten Punkt institutionell eingehegt und rationalisiert werden, da eine Volkspartei eben nicht nur den dunkeldeutschesten Teil der Wählerschaft bespielen kann.

Im Kontrast können Wutunternehmer wie Sarrazin oder Udo Ulfkotte sich hingegen einerseits als überparteiliche Mahner inszenieren, um dadurch andererseits einen unterdrückten Gemeinwillen zu imaginieren, als dessen Sprachrohr man sich dann andient: unfähige Politiker und verblendete Gutmenschen auf der einen, der Wutunternehmer und der vermeintliche Volkswille auf der anderen Seite. Und es ist nicht zuletzt dieser phantasmatische Glaube, Teil einer gleichermaßen amorphen wie kujonierten Mehrheit zu sein, der zu Hasskommentaren anstachelt.

"Armes Deutschland!"

Was aber nun tun gegen Worte, die verwunden? Was machen gegen den Hass im Netz? Die eine Möglichkeit besteht bekanntlich im Blocken, Löschen, Melden und, in justiziablen Fällen, auch im Einsatz rechtlicher Mittel. Die andere Möglichkeit hingegen in der aufklärenden Arbeit an und mit der Sprache, also etwa darin, euphemisierende Bezeichnungen wie "Asylkritiker" nicht durchgehen zu lassen oder zweifelhafte Begriffe wie "Asylmissbrauch" zu hinterfragen. Judith Butler hat in ihrem 1997 erschienenen Buch *Haß spricht* noch einen weiteren Vorschlag unterbreitet: die subversive Resignifikation.

Die amerikanische Philosophin meint damit die bewusste "Fehlaneignung" und Dekontextualisierung von *hate speech*, was wiederum bedeutet, dass die verletzende Sprache ihrem Ursprungsdiskurs enteignet und in

Die Wutunternehmer Offenes Ressentiment und Hass gegen Flüchtlinge sind auf der Straße und in sozialen Netzwerken zur Normalität geworden. Woher kommt diese Ent...

sabotierter Form zurückgespielt wird, etwa in Form der parodistischen Aneignung fremdenfeindlicher oder verschwörungstheoretischer Signalcodes. Ein konkretes Beispiel dafür findet sich aktuell in der von Hasskommentatoren bis heute gerne verwendeten Phrase "Armes Deutschland!", welche im Netz jedoch seit einiger Zeit vielfach persifliert wird - mit dem Ergebnis, dass diejenigen, die sie am Ende ihrer Tiraden dennoch ernsthaft benutzen, schnell und klar erkennbar der Lächerlichkeit preisgegeben werden.

Subversive Resignifikation meint nach Butler aber mehr als Parodie oder Satire. Es geht auch darum, dass man sich "gerade die Begriffe aneignet, von denen man verletzt wurde, um ihnen ihre degradierende Bedeutung zu nehmen oder aus dieser degradierenden Bedeutung eine Affirmation abzuleiten." Ein klassisches Beispiel wäre dafür das Wort *queer*, das ursprünglich eine Beleidigung darstellte, aber von der LGBT-Community bald in eine positive Selbstbezeichnung transformiert wurde. Ähnlich verhält es sich hierzulande mit dem Begriff "Kanake", den sich manche Jugendliche mit arabischen und türkischen Wurzeln als affirmative Eigenbezeichnung aneignet haben. Für welche Form des Umgangs mit Hasskommentaren man sich auch entscheidet, so ist nur klar, dass bloßes Ignorieren oder gar kommunikativer Rückzug keine dauerhaften Optionen sind. Dann hätte die *hate speech* ihr Ziel erreicht, ist diese ja eben, so Butler, "die Art von Handlung, die denjenigen zum Schweigen bringen soll, an den sie sich richtet". Und wenn es dazu käme, müsste man wirklich sagen: Armes Deutschland!

Load-Date: September 15, 2015

Viele Zuwanderer sprechen auch zu Hause deutsch; Auf der Arbeit deutsch, zu Hause aber die Muttersprache? So verhalten sich nur gut die Hälfte der hiesigen Migranten. Im Einwandererland USA sieht das ganz anders aus.

ZEIT-online

Mittwoch 26. August 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Muttersprache; Ausg. 34

Length: 513 words

Body

© Statista

Welche Sprache sprechen Zuwanderer, wenn sie zu Hause unter sich sind, zum Beispiel Familien beim Abendessen? Die vielleicht überraschende Antwort: in Deutschland häufig Deutsch. Das ergab eine Studie der OECD, auf der die Infografik basiert, die das Portal Statista für ZEIT ONLINE erstellt hat. Für die Studie lagen Daten aus 20 OECD-Ländern vor.

Demnach ist in Deutschland, aber auch in den Niederlanden, der Slowakei und Dänemark der Anteil der Migranten, die zu Hause die Sprache des Aufnahmelandes sprechen, besonders hoch. In Deutschland sprechen 36 Prozent der Zuwanderer zu Hause deutsch, obwohl das nicht ihre Muttersprache ist. Ebenso hoch ist der Anteil der Migranten, die in den Niederlanden zu Hause niederländisch sprechen. Die OECD-Forscher begründen den Wert hier mit dem hohen Anteil von Zuwanderern aus früheren holländischen Kolonien.

Dagegen sprechen in den USA nur 16 Prozent der Zuwanderer in den eigenen vier Wänden englisch, 58 Prozent dagegen ihre eigene Muttersprache. Ähnlich hoch ist der Prozentsatz in Schweden, aber auch in Kanada nutzen nur relativ wenige Migranten Englisch zu Hause.

Allerdings gaben auch 40 Prozent der in Deutschland lebenden Migranten an, zu Hause nicht deutsch zu sprechen. Ähnlich groß ist der Anteil der Migranten, die in Finnland kein finnisch sprechen und in Italien kein italienisch.

Insgesamt sind in den 20 betrachteten Ländern fast zwei Drittel der Migranten Fremdsprachler, also nicht mit der Sprache ihres Aufnahmelandes aufgewachsen. Besonders hoch ist der Fremdsprachler-Anteil in den Ländern, deren Amtssprache außerhalb der Landesgrenzen kaum gesprochen wird, etwa Norwegen, Schweden und Dänemark. Dagegen haben in Spanien 62 Prozent der Zuwanderer keine Sprachprobleme, weil sie Spanisch als Muttersprache haben - etwa Migranten aus Lateinamerika.

Ohnehin zählt Spanisch, neben Chinesisch und Arabisch, zu den bedeutenden Sprachen der Migranten. Die Verteilung variiert aber stark: Große Anteile arabischsprachiger Zuwanderer finden sich insbesondere in

Viele Zuwanderer sprechen auch zu Hause deutsch Auf der Arbeit deutsch, zu Hause aber die Muttersprache?
So verhalten sich nur gut die Hälfte der hiesigen Migra....

Frankreich und Spanien. In den USA dagegen machen spanisch sprechende Migranten aus Lateinamerika die bei Weitem größte Gruppe aus, in Kanada sind es Chinesen. Nach Deutschland kommen vor allem Polen und Rumänen - allein diese beiden Nationalitäten deckten 2013 schon 27 Prozent aller Zuwanderer ab. Mit großem Abstand folgten Italiener, Bulgaren und Ungarn.

Unter "Muttersprache" verstehen die Forscher der OECD nicht nur jene, die jemand als Baby beziehungsweise Kleinkind als erste Sprache erlernt hat, sondern auch in einem weiteren Sinne als eine von zwei Hauptsprachen, die die betreffende Person in der Kindheit gelernt hat und heute noch spricht. Zu diesen Muttersprachlern zählen russlanddeutsche Spätaussiedler und Menschen, die aus Siebenbürgen in Rumänien nach Deutschland gezogen sind, aber beispielsweise auch in Deutschland geborene Türken der zweiten Generation. Insgesamt gaben 23 Prozent der hiesigen Migranten Deutsch als Muttersprache an.

Load-Date: August 26, 2015

End of Document

Weniger Toleranz? Ja bitte.; Lange hat sich Facebook bei Hasskommentaren gegenüber Flüchtlingen zurückgehalten. Nun will das soziale Netzwerk Drohungen ernster nehmen. Schöne PR - aber auch wirksam?

ZEIT-online

Mittwoch 25. November 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Hasskommentare; Ausg. 47

Length: 890 words

Byline: Eike Kühl

Body

Seit Monaten wird Facebook für seinen Umgang mit Hasskommentaren kritisiert.

© Jens Büttner/dpa

"Hast du das noch im Griff, Mark?" fragte der ZEIT-Autor Johannes Gernert vergangene Woche in einem Brief an den Facebook-Gründer Mark Zuckerberg. Darin ging es um die tägliche Hetze in den Timelines gegen Flüchtlinge, um den Hass, der Asylsuchenden inzwischen unter fast jedem Beitrag zum Thema entgegenspringt - und den Facebook bislang größtenteils ignorierte, was zuletzt zu zahlreichen Debatten über die Verantwortung und Pflichten der Plattform führte.

Jetzt hat Facebook angekündigt, gegen Drohungen und Hass-Postings stärker vorzugehen. In Zukunft würden in Deutschland "Androhungen von physischer Gewalt als glaubhafte Drohungen eingeschätzt und entfernt", teilte das Unternehmen am Dienstag mit und erwartet, dass damit "deutlich mehr kontroverse Inhalte" gesperrt werden. "Die Toleranz gegenüber leichtfertig dahingeschriebenen Kommentaren mit fremdenfeindlichem Unterton wird eingeschränkt", hieß es.

Eingeschränkte Toleranz also. Oder anders gesagt: Neue Regeln gibt es zwar nicht, die Betreiber wollen die alten aber etwas stärker anwenden. Konkret betrifft das die Gemeinschaftsstandards, auf die sich Facebook gerne bezieht. Darin wird geregelt, dass Facebook Hassbotschaften entfernt, die Personen unter anderem "aufgrund ihrer Rasse, Ethnizität und nationaler Herkunft direkt angreifen". An anderer Stelle heißt es: "Wir entfernen glaubwürdige körperliche Bedrohungen, die sich an einzelne Personen richten."

Jede Drohung soll künftig glaubhaft sein

Wer Sätze wie diese mehrmals durchliest, erkennt schnell das Problem: Wann ist eine Bedrohung glaubwürdig? Wann ein Kommentar ein direkter Angriff? Wann handelt es sich tatsächlich um einen Witz oder Satire, so geschmacklos sie sein mag? Zudem sind Flüchtlinge in der Reihe der "geschützten Gruppen" nicht vorhanden. Facebook hält damit offen, sich hinter den bewusst schwammigen Richtlinien zu verstecken.

Weniger Toleranz? Ja bitte. Lange hat sich Facebook bei Hasskommentaren gegenüber Flüchtlingen zurückgehalten. Nun will das soziale Netzwerk Drohungen ernster n....

Bislang konnten die Facebook-Nutzer Inhalte, die ihrer Meinung nach gegen die Gemeinschaftsstandard verstoßen, an das Netzwerk melden. Der Prozess dauert lang und endete in vielen Fällen damit, dass Facebook sich gegen eine Löschung entschied. Auch wenn der jüngste Bericht des Netzwerks zeigt, dass Facebook mehr illegale Inhalte denn je löscht. Allerdings bezieht sich die Zahl auf Inhalte, die tatsächlich gegen lokale Gesetze, etwa Verleugnung des Holocaust, verstoßen, nicht auf Verstöße gegen die Gemeinschaftsstandards. In schwerwiegenden Fällen bittet Facebook seine Nutzer, die Polizei einzuschalten.

Nun scheint sich die Einstellung zu ändern, jedenfalls in der Außendarstellung: "Uns ist bewusst, dass einige Menschen Dinge auf Facebook gepostet haben, die Flüchtlinge bedrohen", schreibt der Facebook-Politikdirektor in Europa, Richard Allen, in einem Blogeintrag. In Zukunft werden deshalb "in Deutschland Androhungen von physischer Gewalt als glaubhafte Drohungen eingeschätzt und entfernt".

Ein Beispiel: Ein Kommentar laut dem Flüchtlingsheime brennen sollen und der mit Gewalt gegen Migranten kokettiert, gilt gemäß der neuen Interpretation als glaubhafte Drohung - ganz abgesehen davon, ob es nun ironisch oder als schlechter Witz gemeint war. Demnach sollten Postings wie diese auch schneller aus den Timelines verschwinden. Jedenfalls theoretisch. In jedem Fall soll es die Arbeit des Prüfteams leichter machen, sagt Allen.

Ob sich tatsächlich etwas ändert, dürfte sich erst in den kommenden Wochen und Monaten zeigen. Die intransparente Arbeit des Prüfteams wurde immer wieder kritisiert. Facebook selbst gab keine Auskunft darüber, wie viele Menschen tatsächlich die Meldungen überprüfen. Künftig aber wolle man konkrete Zahlen zum Ausmaß von Hasskommentaren und Umgang damit herausgeben. Das hat die deutsche Facebook-Sprecherin Tina Kulow angekündigt.

Die neuen Richtlinien seien in Zusammenarbeit mit der Freiwilligen Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter (FSM) verbessert worden, sagte sie weiter. Im September hatte sich Justizminister Heiko Maas mit dem Online-Netzwerk auf die Bildung einer gemeinsamen Task-Force gegen Hassbotschaften im Internet verständigt. Wie die Zusammenarbeit zwischen Facebook und der FSM genau aussieht, sagten die Verantwortlichen nicht. Letztlich seien die jüngsten Vorstöße Facebooks erst mal nur ein Versuch, sich zu bessern, sagen die Kritiker.

In den vergangenen Monaten wurde die Kritik an der passiven Haltung des Netzwerks bezüglich Hasskommentaren lauter, sogar die Bundeskanzlerin nahm zwischenzeitlich an der Debatte teil. Derweil gab es Fälle, in denen die Staatsanwaltschaft eingriff und Nutzer wegen Volksverhetzung verurteilt wurden. Erst vor zwei Wochen leitete die Hamburger Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen den Nordeuropa-Chef Martin Ott ein - der Rechtsanwalt Chanjo Jun hatte Strafanzeige gestellt - und im Oktober wurde eine Berlinerin zu einer Bewährungsstrafe verurteilt.

Weitere Nachrichten wie diese würde sich das Unternehmen gerne ersparen. Ein bisschen weniger Toleranz ist möglicherweise ein Weg. Fakt ist aber auch: Selbst mit neuen Richtlinien lässt sich dem Hass im Netz nur schwer beikommen.

Load-Date: November 25, 2015

Die letzten Schritte in die Visafreiheit; Türken dürfen wohl bald ohne Visum in die EU einreisen. Brüssel kommt dem Land wegen des Flüchtlingsdeals weit entgegen. Aber noch sind nicht alle Bedingungen erfüllt.

ZEIT-online

Samstag 30. April 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Türkei; Ausg. 17

Length: 763 words

Body

Stimmt die EU zu, werden schon bald türkische Staatsbürger ohne Visum in den Schengenraum reisen können.

© Tolga Bozoglu/EPA/dpa

Der Wegfall der Visapflicht war eine der Hauptforderungen der Türkei im **Flüchtlingsabkommen** mit der EU. Am Mittwoch muss die EU-Kommission darüber entscheiden, ob das Land die nötigen Bedingungen erfüllt. Falls ja, dürfen spätestens ab Ende Juni Millionen Türken ohne Visum nach Deutschland und in andere EU-Länder reisen. Ein Überblick über die Vereinbarung und die Hürden, die die Türkei noch nehmen muss:

Was hat die Visafreiheit mit dem Flüchtlingspakt zu tun?

Ursprünglich nichts. Die EU und der Beitrittskandidat Türkei verhandeln schon seit Ende 2013 über die Visafreiheit. Geplant war, diese ab Oktober dieses Jahres zu gewähren. Doch die türkische Regierung setzte in den Verhandlungen um den Flüchtlingspakt durch, dass der Termin auf spätestens Ende Juni vorgezogen wird.

Was würde die Visafreiheit konkret bedeuten?

Türkische Staatsbürger wären berechtigt, ohne Visum für Kurzaufenthalte in den Schengenraum einzureisen. Dies gilt für Geschäftsreisen ebenso wie für Tourismusaufenthalte oder Familienbesuche. Die Aufenthaltsdauer ist auf 90 Tage pro Halbjahr begrenzt.

Wie lauten die Voraussetzungen für die Visafreiheit?

Die Türkei muss 72 Kriterien erfüllen, damit die Visafreiheit gewährt wird. Sie decken fünf Bereiche ab: Dokumentensicherheit, Migrationssteuerung, öffentliche Ordnung und Sicherheit, Grundrechte und die Rückübernahme von Migranten ohne Aufenthaltsrecht.

Erfüllt die Türkei die Kriterien?

Die letzten Schritte in die Visafreiheit Türken dürfen wohl bald ohne Visum in die EU einreisen. Brüssel kommt dem Land wegen des Flüchtlingsdeals weit entgegen....

Die Türkei erfüllt nach Angaben aus der EU-Kommission bereits 60 der 72 Kriterien. Am heikelsten sind derzeit die Antiterrorgesetze in der Türkei. In der Kommission ist nach Informationen des *Spiegel* von einem "Blankoscheck für die türkischen Sicherheitsbehörden" die Rede.

Wer müsste in der EU der Visafreiheit noch zustimmen?

Am Mittwoch wird die EU-Kommission mitteilen, ob sie die Aufhebung des Visazwangs empfiehlt. Nach Informationen des *Spiegel* will die Kommission einem Wegfall der Visumpflicht zustimmen, wenn die Zahl der noch offenen Punkte im einstelligen Bereich liegt.

Dann müssten der Rat der EU-Mitgliedstaaten und das Europaparlament grünes Licht geben. Doch in beiden Institutionen gibt es Widerstand. "In einer ganzen Reihe von Hauptstädten" bestehe "ein gewisses Unbehagen" in der Frage, sagt ein Diplomat. Und der liberale Vizepräsident des Europaparlaments, Alexander Graf Lambsdorff, zweifelt daran, ob es in der Volksvertretung eine Mehrheit dafür gibt.

Übersicht: Grenzkontrollen im Schengen-Raum

In der Flüchtlingskrise setzen zahlreiche europäische Staaten auf Kontrollen und Zäune.

© ZEIT ONLINE

Quelle: Eigene Recherchen

Wie reagiert die deutsche Politik auf die Visafreiheit?

Die Union ist in dieser Frage uneins. Die CSU hatte in den vergangenen Wochen mehrfach betont, sie sei gegen eine vollständige Visafreiheit für alle Türken. Die Bundesregierung hat nun gemeinsam mit Frankreich die Möglichkeit einer "Notbremse" vorgeschlagen.

Was hat es mit dieser "Notbremse" auf sich?

Sie soll "einen wirksamen Mechanismus zur Aussetzung der Visaliberalisierung" darstellen, heißt es in dem Papier. So könnte die Visafreiheit schnell wieder ausgesetzt werden, wenn bestimmte Kriterien nicht mehr erfüllt werden. Dies würde unter anderem dann gelten, wenn die Zahl der Verstöße gegen das Aufenthaltsrecht deutlich ansteigt.

Nach bisherigem Recht müsste in einem EU-Mitgliedsland eine "Notlage" vorliegen. Diese Hürde bewerten Deutschland und Frankreich als zu hoch, die Voraussetzung der Notlage soll deshalb wegfallen. Beide Staaten verweisen zudem darauf, dass das Aussetzungsverfahren bisher mindestens neun Monate dauere, das sei viel zu lang. Die "Notbremse" könnte also jeder EU-Staat ziehen, wenn es zu Verstößen kommt - etwa wenn viele Touristen länger bleiben als erlaubt. Dann könnte zunächst für sechs Monate der Visazwang wiedereingeführt werden. Ändert sich an der Situation nichts, würde die EU-Kommission das Land durch einen Rechtsakt bis auf Weiteres wieder in die Liste der Staaten mit Visumpflicht aufnehmen. Was passieren müsste, damit dieser Schritt wieder rückgängig gemacht wird, lässt das Papier offen.

Was würde Ankara tun, wenn die Visafreiheit nicht kommt?

Die türkische Regierung warnt die EU schon seit Wochen davor, ihre Zusagen bei der Visa-Freiheit nicht einzuhalten. Regierungschef Ahmet Davutoglu sagte, die Frage sei "essenziell". Bei Verzögerungen werde Ankara die Rücknahme von Flüchtlingen aus Griechenland wieder stoppen.

Load-Date: April 30, 2016

Die letzten Schritte in die Visafreiheit Türken dürfen wohl bald ohne Visum in die EU einreisen. Brüssel kommt dem Land wegen des Flüchtlingsdeals weit entgegen....

End of Document

Papst Franziskus hat einen Traum; Der Papst bekommt den Karlspreis und redet Europas Spitzenpolitikern ins Gewissen. Sein Wunsch: Ein Kontinent, auf dem es kein Verbrechen ist, Migrant zu sein.

ZEIT-online

Freitag 6. Mai 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Karlspreis; Ausg. 20

Length: 788 words

Byline: Wolfgang Thielmann

Body

Bundeskanzlerin Angela Merkel während ihrer Audienz bei Papst Franziskus

© Alberto Pizzoli/AFP/Getty Images

Franziskus, der argentinische Papst mit europäischem **Migrationshintergrund**, hat sich um Europa verdient gemacht - deshalb erhielt er am heutigen Freitag den Karlspreis aus der Hand des Aachener Oberbürgermeisters Marcel Philipp, und deshalb reisten die europäischen Spitzenpolitiker nach Rom, um ihn zu würdigen. Der Papst nutzte die Gelegenheit und redet den Spitzenpolitikern Europas ins Gewissen, ganz besonders den Führerinnen und Führern alter katholischer Staaten wie Polen und Ungarn.

Vielleicht ahnen sie, dass er mehr recht hat, als ihnen lieb sein kann, auch wenn die Wogen des politischen Alltags wieder über der Feier in der prunkvollen Sala Regia im Vatikan zusammenschlagen und die Krise des Kontinents wieder hervortritt im Gezerre um Quoten und Kompensationen. Franziskus träumt von einem Europa, so sagte er, das in die Gesichter blickt und nicht auf die Zahlen, "wo junge Leute die reine Luft der Ehrlichkeit atmen, die nicht verschmutzt ist vom Konsumismus". Wer noch auf Landesinteressen, Wohlstand und Abgrenzung bedacht ist, dem entzieht der Papst die moralische Unterstützung.

Franziskus reißt die Argumentationszäune ein, die angeblich christliche Präsidenten und Regierungschefinnen um ihre Länder ziehen wollen. Er wischt ihren Einwand weg, dass Europas christliche Wurzeln ein katholisches Treibhausklima brauchen, um zu überleben, und andersgläubige Zuwanderer das Wachstum hemmen. Mit keinem Wort stellt er sich hinter die Versuche vor allem osteuropäischer Politiker, das Katholische gegen den Islam auszuspielen. Er träume von einem inklusiven Kontinent, sagte er bei der Verleihung, "wo es kein Verbrechen ist, Migrant zu sein, sondern einen Einsatz für die Würde der Menschen auslöst".

Religion, lautet seine Botschaft, schließt niemanden aus, sondern alle ein. Sie versöhnt, statt zu spalten. Damit wendet er sich gegen die auch in Europa zunehmenden Versuche, die Menschen mithilfe der Religion gegeneinander aufzubringen. "Als Sohn, der in der Mutter Europa seine Glaubenswurzeln hat, träume ich von einer

Papst Franziskus hat einen Traum Der Papst bekommt den Karlspreis und redet Europas Spitzenpolitikern ins Gewissen. Sein Wunsch: Ein Kontinent, auf dem es kein

neuen europäischen Humanität", sagte er. Das klingt auch wie das Gegenteil des Satzes "Der Islam gehört nicht zu Deutschland".

2014, als Franziskus den Europarat und das Europaparlament besuchte, verglich er Europa mit einer unfruchtbaren alten Frau. Bundeskanzlerin Angela Merkel ärgerte sich und rief bei ihm an. Daraus ist offenbar eine Freundschaft geworden. Jetzt, zur Karlspreisverleihung, besuchte sie ihn zur mittlerweile dritten Audienz. Und der Papst zeigte sich lernfähig und warb um Gehör: Europa, die Wiege der Humanität, sei "immer noch reich an Kapazitäten".

Sätze wie dieser sagen: Der Papst traut Europa viel zu. Er setzt Hoffnungen auf den Kontinent, ebenso wie die Millionen Flüchtlinge, die sich auf den Weg machen, um in Europa das Leben zu finden, das die Mächtigen ihrer Länder und fanatische Gläubige ihnen aus der Hand reißen und zerbomben.

Nicht nur Europa, auch die Kirche modernisieren

Franziskus' Rede zeigte auch, dass der Papst die Reform seiner eigenen Kirche als Beitrag zu einer menschlichen Gesellschaft sieht: Nur eine erneuerte Kirche könne an der Humanisierung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mitarbeiten. Im Dezember hat er ein "Heiliges Jahr der Barmherzigkeit" ausgerufen. Darauf spielte er jetzt in Rom an: Die erneuerte Kirche können den Menschen Jesus nahebringen und seine Barmherzigkeit. Zudem brauche ein einiger Kontinent die Einheit der Kirchen. Vor wenigen Tagen hat Franziskus den Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, Heinrich Bedford-Strohm, getroffen und sich über das 500. Jubiläum der Reformation im nächsten Jahr ausgetauscht. Gemeinsam mit dem Protestanten wirbt er für eine Gesellschaft, die nicht den materiellen Gewinn ins Zentrum stellt, sondern die Menschen, ihre Probleme und ihre Chancen. Der Papst wünscht sich, dass die Kirchen bei der Humanisierung der Gesellschaft vorangehen, statt an alten Besitzständen zu kleben, seien es Ländereien, Privilegien oder auch Dogmen.

Vielleicht liegt das Geheimnis des Papstes darin, dass er Europa zuerst aus den Erzählungen seines Vaters kennengelernt hat. Der ist zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg aus dem italienischen Piemont ausgewandert, um in Argentinien sein Glück zu machen, einem Land, das viel versprach, aber mehr als eine Generation lang nicht zur Ruhe kam. Franziskus hat zu Hause Piemontesisch gesprochen, den Dialekt seiner europäischen Vorfahren. Er hat erlebt, was es heißt, unterwegs zu sein und neu anzufangen, und er, das Migrantenkind, weiß, wie sehr Menschen darauf angewiesen sind, freundlich aufgenommen zu werden.

Load-Date: May 6, 2016

**Hetze unterm Anonymous-Deckmantel; Lange war Anonymous.Kollektiv
Deutschlands größte Facebook-Seite, die sich zur berüchtigten
Netzaktivisten-Bewegung zählte. Nun hetzen die rechten Betreiber
anderswo.**

ZEIT-online

Montag 6. Juni 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Anonymous.Kollektiv; Ausg. 24

Length: 940 words

Byline: Richard Diesing

Body

Screenshot der Anonymous.Kollektiv-Website

© Screenshot Richard Diesing

Hass und Hetze, das war die Facebook-Seite Anonymous.Kollektiv. Über Jahre hinweg waren die Betreiber der Seite ungehindert auf Facebook aktiv. Mit ihren hetzerischen Beiträgen erreichten sie viele Nutzer. Denn Anonymous.Kollektiv war mit Abstand die größte deutschsprachige Facebook-Seite, die von sich behauptete, die Anonymous-Bewegung zu repräsentieren. Fast zwei Millionen Likes hatte die Seite. Seit einigen Wochen ist sie von Facebook verschwunden, gesperrt oder gelöscht. Aber Anonymous.Kollektiv ist nicht verschwunden, die Betreiber sind nur weitergezogen.

In der Zeit auf Facebook hatte Anonymus.Kollektiv eine deutliche Wandlung vollzogen. Typische Anonymous-Themen wie Informationsfreiheit oder Internetzensur fristeten auf der Seite zuletzt nur noch ein Nischendasein. Spätestens mit Beginn der Ukraine-Krise, also Anfang 2014, verlagerte sich der Schwerpunkt. Auf einmal hieß es dort, die etablierten Medien seien gelenkt, nur noch Seiten wie der deutsche Ableger von Russia Today oder Magazine wie das rechte *Compact*-Magazin galten den Betreibern als vertrauenswürdig. Hetze gegen Flüchtlinge, Linke und Politiker ersetzte Netzthemen. Anonymous.Kollektiv wurde zum Sprachrohr jener Facebook-Nutzer, die mit Hasskommentaren über Flüchtlinge oder Politiker die dunkle Seite des sozialen Netzwerks bilden.

Immer wieder wird gemutmaßt, ein Mann namens Mario Rönsch stecke hinter der Seite. Für die Behauptung wurden in der Vergangenheit allerdings verschiedene Medien abgemahnt, Rönsch gab sogar eine eidesstattliche Versicherung ab, dass er nicht der Administrator der Seite sei. Im Mai berichtete *Focus Online* dennoch, Rönsch sei der Betreiber von Anonymous.Kollektiv. Darauf folgte keine der üblichen Abmahnungen, stattdessen veröffentlichte jemand die Handynummer des *Focus*-Redakteurs auf der Anonymous.Kollektiv-Facebook-Seite. Auch wenn der Beitrag nur wenige Minuten online war, bekam der Journalist trotzdem eine wahre Flut von Anrufen.

Hetze unterm Anonymous-Deckmantel Lange war Anonymous.Kollektiv Deutschlands größte Facebook -Seite, die sich zur berüchtigten Netzaktivisten-Bewegung zählte. N....

Gegenwehr funktionierte zeitweise

Neben Hass verbreitete die Seite zunehmend Verschwörungstheorien. So hieß es bei Anonymous.Kollektiv zum Beispiel, das *Charlie-Hebdo* -Attentat habe einen "Geheimdiensthintergrund". Später folgte die Frage: "Wem nützt also so ein Attentat im Moment? Der USA!" Daneben waren seit 2015 verstärkt Flüchtlinge das Ziel der Seite. Von einer "US-gesteuerte[n] Flüchtlingsinvasion in Europa" war auf der Seite die Rede.

Die Kursänderung blieb nicht unbemerkt, immer wieder gab es Kritik von anderen Seiten und Personen, die sich Anonymous zugehörig fühlten. Denn Anonymous.Kollektiv profitierte von der Tatsache, dass sich jeder als Anonymous bezeichnen kann. Das ganze Erscheinungsbild von Anonymous.Kollektiv ähnelte dem anderer Facebook-Seiten, die sich Anonymous auf die Fahne geschrieben haben. Kein Wunder, die Seite wurde laut *FAZ* ursprünglich von drei Anhängern der Netzaktivisten-Bewegung administriert. Rönsch habe die drei irgendwann rausgeschmissen, heißt es in dem Artikel.

In den vergangenen Monaten war die Seite von Anonymous.Kollektiv zeitweise gesperrt. Wahrscheinlich, weil seit Ende Januar unter dem Hashtag #FakeAnonymous vor allem auf Facebook selbst und auf Twitter eine Nutzeraktion gegen die Seite lief. Gegner der Seite klärten über Anonymous.Kollektiv auf und meldeten die Inhalte der Facebook-Seite reihenweise. Das schien zu funktionieren. Rund einen Monat lang hörte man nichts mehr vom Anonymous.Kollektiv, zumindest nicht auf Facebook.

Anfang März wurden die Betreiber im weltgrößten sozialen Netzwerk vorübergehend wieder aktiv, drehten sogar noch mehr auf. Anonymous.Kollektiv warb zum Beispiel für eine Website mit dem Titel "Migrantenschreck", auf der es Waffen zu kaufen gibt. Auch bei dieser Seite soll es sich bei dem Betreiber um Mario Rönsch handeln.

Screenshot der Seite "Migrantenschreck"

© Screenshot Richard Diesing

Aktuell fahndet die Staatsanwaltschaft nach Rönsch. Der gilt als untergetaucht, laut *Focus Online* sogar schon seit Januar. Mehrere Strafanzeigen liegen gegen ihnen vor, unter anderem vom Grünen-Politiker Volker Beck.

Seit dem 21. Mai ist Anonymous.Kollektiv von Facebook verschwunden. Ob der oder die Betreiber die Seite gelöscht haben, oder ob Facebook sie entfernt hat, ist unklar.

Die Macher sind umgezogen, zunächst ins russische Netzwerk VK.com, das früher VKontakte.ru hieß. Mittlerweile ist es ein Sammelbecken deutschsprachiger Rechtsextremer und Verschwörungstheoretiker, oft geht es noch radikaler zu als auf Facebook. Anonymous.Kollektiv reiht sich da nahtlos ein, etwa mit einem Beitrag vom 31. Mai, in dem es heißt, "anglo-amerikanische Geldbesitzer" hätten, in der Hoffnung, die UdSSR zu zerstören, den Zweiten Weltkrieg organisiert.

Auftritt von Anonymous.Kollektiv auf VKontakte

© Screenshot Richard Diesing

Der Beitrag enthält einen Link auf die Seite *anonymousnews*. Die endete zuerst auf .de, zog aber in den vergangenen Tagen um und endet nun auf die russische Domain .ru. Anonymous.Kollektiv hat nun also auch eine eigene Website, jenseits eines sozialen Netzwerks.

Dort lässt sich auch eine Anspielung auf die Sperrung der Facebook-Seite lesen: "Unsere Kriegskasse ist Dank zahlloser Unterstützer prall gefüllt. Wir können auch ohne Facebook und zwar sehr, sehr, sehr lange." Anonymous.Kollektiv hetzt also weiter. Zwar nicht mehr auf Facebook, dafür auf VK.com und der eigenen Website. Aber wenigstens mit weniger Publikum.

Hetze unterm Anonymous-Deckmantel Lange war Anonymous.Kollektiv Deutschlands größte Facebook -Seite, die sich zur berüchtigten Netzaktivisten-Bewegung zählte. N....

End of Document

Hinter den Zäunen; Auf Lesbos hat sich Europa entschieden, Ausländer einzusperren. Darin zeigt sich das schwierige Verhältnis von nationalen Bürgerrechten und globalen Menschenrechten.

ZEIT-online

Sonntag 10. April 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Lesbos; Ausg. 16

Length: 1073 words

Byline: Lenz Jacobsen

Body

Ein Insasse des **Flüchtlings**- "Hotspots" Moria auf der griechischen Insel Lesbos.

© Giorgos Moutafis/Reuters

Um die Menschen zu begrüßen, die jetzt kommen ohne dass Europa sie eingeladen hat, muss man wie im Zoo seine Finger durch den Zaun stecken. Zwei oder drei Finger nur, die ganze Hand passt nicht zwischen die engen Maschen rund um das Gefängnislager Moria auf der griechischen Insel Lesbos. So kann man den Menschen auf der anderen Seite kurz berühren, ihm in die Augen blicken und sich dann schämen dafür, dass der andere ein Gefangener ist und man selbst so frei.

Europa hat sich durch seine gewählten Vertreter entschieden, diese Ausländer einzusperren. Das ist einerseits eine legitime demokratische Entscheidung, andererseits eine Absage an den Anspruch, dass alle Menschen die gleichen Rechte haben. Wenn die Scham sich gelegt hat, lohnt es sich, darüber nachzudenken, warum das so ist.

Der Widerspruch, der hier am Zaun auf Lesbos so offensichtlich wird, ist ein grundsätzlicher, unauflösbarer: nationales Wahlrecht gegen weltweite Menschenrechte. Die türkisch-amerikanische Philosophin Seyla Benhabib formuliert es so: "Während die Menschenrechte unbegrenzt gültig sein sollen, setzt die Souveränität des Volks ein begrenztes *demos* voraus, das selbstbestimmt handelt." Dass die Politik sich vor allem um die eigenen Bürger zu kümmern hat, ist nicht nur Gerede ängstlicher Fremdenfeinde, sondern in allen politischen Gebilden unvermeidbar, die noch Grenzen haben - seien es nationale oder europäische. Ohne Außen kann es kein Innen geben, ohne ein Gegenüber keine Souveränität. Der Soziologe Pierre Bourdieu sagte über diese - auch sprachlichen - Abgrenzungen sinngemäß: Gruppen sind in den Bezeichnungen gefangen, die ihnen gegeben wurden. Muslime müssen Muslime bleiben und Flüchtlinge eben Flüchtlinge.

Sollte man also den ungeheuren Anspruch an grenzenlose Rechte besser aufgeben?

Ja, sagen die Nationalisten weltweit. Die deutschen neuen Rechten begründen das besonders gern unter Berufung auf den deutschen Staatsrechtler Carl Schmitt. Der hält die Trennung zwischen Freund und Feind,

Hinter den Zäunen Auf Lesbos hat sich Europa entschieden, Ausländer einzusperren. Darin zeigt sich das schwierige Verhältnis von nationalen Bürgerrechten und gl....

zwischen innerer Volksgemeinschaft und dem abzulehnenden Außen für das notwendige Wesen jedes Staates. "Politisch ist alles, was die Lebensfragen eines Volkes als eines einheitlichen Ganzen betrifft", schreibt er. Wer nicht dazu gehört, hat auch keinen Anspruch auf politischen Schutz und Rechte.

Moralisch lässt sich das kaum begründen. Zumindest, wenn man als Erbe der Aufklärung auch den Anspruch versteht, Menschen eben nicht mehr aufgrund ihrer (oft unverschuldeten) Gruppenzugehörigkeiten zu beurteilen. Der Soziologe Emile Durkheim nannte das den Übergang von der "mechanischen Solidarität" innerhalb starrer Gruppen (Clans, Stände, Religionsgemeinschaften, Völker) zur "organischen Solidarität" unter den einzelnen Menschen.

Auch Angehörige eines Staates bilden letztlich eine starre Gruppe, die sich nach außen abschließt. Warum aber verlaufen Grenzen an einer bestimmten Stelle und nicht anderswo? Das ist historischer Zufall - unberechenbar und Folge ungeplanter Ereignisse. Deshalb muss der Ungleichheit der Geburt die Gleichheit der Rechte über die Grenzen hinweg entgegengesetzt werden. Das ist der große, vermessene Anspruch.

Das beste Beispiel dafür ist ausgerechnet jenes Europa, das jetzt auf seinen Inseln Ausländer einsperrt. Sein großes Versprechen ist ja: Grenzen einzureißen und einen gemeinsamen "Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts" zu schaffen. Dieser Anspruch reichte sogar weiter. Die EU versucht eine "werteorientierte Außenpolitik", bemühte sich auch in anderen Ländern darum, Menschenrechten zur Geltung zu verhelfen.

Nun erleben die Europäer angesichts der Lage auf den griechischen Inseln deutlicher als je zuvor, dass die EU nicht einmal in ihren eigenen Grenzen diese Rechte einhält. Das ist der Grund für die Scham am Zaun von Moria. Auch die Reichweite der eigentlich globalen Menschenrechte beschränkt Europa, wenn es innenpolitisch nötig scheint. Die Abschiebung in die Türkei drängt die illegalen Migranten noch weiter hinaus in die Peripherie der europäischen Politik - dorthin, wo die EU trotz ihrer Beteuerungen weniger tun kann für ihre Lebensbedingungen, für ihre Rechte. Wo sie auch weniger verantwortlich ist.

Sie hat Gründe dafür. Familie, Nachbarn, Mitbürger, das eigene Land - zu ihnen ist die Bindung in der Regel enger als zu fremden Migranten irgendwo in der Türkei. Auch wenn das für Universalisten bitter klingt. Benhabib schreibt: "Als Bewohner der Spätmoderne sind wir in einem permanenten Tauziehen zwischen universellen Ideen und partikularen Bindungen befangen."

Der EU-Türkei-Deal ist nur die neueste Runde in diesem Kampf, das Gefängnis auf Lesbos der prominente Schauplatz. Die Migranten sind hier im doppelten Sinne Grenzfälle. Geographisch, wenn sie die Linie überschreiten, die Europa für sein Gebiet und damit die formale Reichweite seiner Rechte festgelegt hat. Und politisch, weil Europa an ihnen verhandeln muss, welche Privilegien sie diesen Anderen vorenthält und welche globalen Rechte sie ihnen zugesteht.

Benhabib war 2004, als ihr Buch *Die Rechte der Anderen* erstmals erschien, optimistisch. Sie hoffte, dass die exklusiven nationalen Rechte irgendwann in einem "Weltbürgerrecht" aufgehen würden, das "alle Menschen allein aufgrund ihres Menschseins" zusteht. So wie es sich Immanuel Kant einst ausgemalt hatte. Als Vorbild für diese fortschreitende "postnationale Solidarität" nannte Benhabib, natürlich, Europa.

Doch es gibt kein Gesetz des linearen Fortschritts hin zu einer immer liberaleren, universelleren Politik. Auch wenn man das in den vergangenen Jahrzehnten in Europa vergessen konnte: Grenzen können wieder hochgezogen, theoretisch längst gewährte Rechte in der Praxis verwehrt werden - so wie jetzt in Idomeni und auf den griechischen Inseln.

Das ist für Universalisten kein Grund zur Panik. Man muss die aktuellen Ereignisse nicht gleich als Schubumkehr deuten im von Benhabib beschriebenen Kampf zwischen begrenzten politischen Souveränitätsgemeinschaften und unbegrenzten Rechten. Diese eine Runde geht an die Begrenzer. Doch es werden viele weitere folgen. Ihr Ausgang ist offen.

Hinter den Zäunen Auf Lesbos hat sich Europa entschieden, Ausländer einzusperren. Darin zeigt sich das schwierige Verhältnis von nationalen Bürgerrechten und gl....

Load-Date: April 10, 2016

End of Document

Einwanderer sind nicht gleich Einwanderer; Was versprechen sich Eltern mit Migrationshintergrund von Bildung? Eine neue Studie gibt darauf Antworten und zeigt, wie vielfältig Potenzial und Nöte von Migranten sind.

ZEIT-online

Dienstag 24. März 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Studie; Ausg. 12

Length: 913 words

Byline: Parvin Sadigh

Body

Kinder von Zuwanderern aus Tschechien, Albanien, Libyen und anderen Ländern lernen mit einer Lehrerin Deutsch. (Archivbild)

© Hendrik Schmidt/dpa

Eltern wollen das Beste für ihr Kind. Das gilt natürlich auch für Eltern mit **Migrationshintergrund**. Die meisten von ihnen schätzen dabei Bildung besonders hoch. Sie sind auch bereit, viel für ihre Kinder zu tun, damit sie einen besseren Abschluss erreichen als sie selbst. Zu dem Ergebnis kommt die Elternbefragung "Große Vielfalt, weniger Chancen", die der Bildungsforscher Heiner Barz von der Universität Düsseldorf durchgeführt hat. Viele brauchen und wollen allerdings spezifische Hilfe und mehr Anerkennung.

Ganz oben auf der Liste der Wünsche (mit 92 Prozent) steht quer durch alle Milieus die interkulturelle Kompetenz der Lehrer und Erzieher. Gleich danach folgt der Wunsch, dass die jeweilige Kultur auch gesehen und wertgeschätzt wird.

An den Schulen und Kindergärten ihrer Kinder erleben die Eltern, dass im Essensplan der Mensen oder auf Festen die Vielfalt der Schüler sichtbar wird. Die Regel ist es aber noch nicht. Auch in vielen Schulbüchern werden Migranten noch immer oft als Fremde oder sogar diskriminierend dargestellt.

Außerdem wünscht sich eine große Mehrheit der Eltern mit Migrationshintergrund einen speziellen Deutschunterricht für Migrantenkinder und mehr Beratung über die Möglichkeiten, das eigene Kind zu fördern.

Das Neue an der aktuellen Studie ist, dass sie die Bedürfnisse der Eltern in Bildungsfragen nicht "den Migranten" insgesamt zuordnet, sondern Einwanderer in acht verschiedene Milieus einteilt, die sehr anschaulich machen, wie vielfältig die Lebenswelten und damit das Potenzial und die Nöte der Migranten sind. Dadurch, dass die Vielfalt sichtbar wird, rücken sich viele Vorurteile zurecht, denn nur in einem einzigen Milieu wird Bildung eher abgelehnt, was im Klischee oft allen Migranten unterstellt wird. Die acht Milieus werden wiederum in vier Gruppen sortiert:

Einwanderer sind nicht gleich Einwanderer Was versprechen sich Eltern mit Migrationshintergrund von Bildung? Eine neue Studie gibt darauf Antworten und zeigt, w....

Gruppe 1) Die bürgerlichen Migrantenmilieus: Das "adaptiv-bürgerliche Milieu" versucht sich zu integrieren und strebt nach Sicherheit. Das "statusorientierte Milieu" ist ein klassisches Aufsteigermilieu und sucht nach Wohlstand und Anerkennung.

Gruppe 2) Die ambitionierten Migrantenmilieus: Das "multikulturelle Performermilieu" ist jung, leistungsorientiert und lebt mit zwei Kulturen. Ins "intellektuell kosmopolitische Milieu" gehören aufgeklärte, global denkende Menschen mit multikultureller Grundhaltung.

Gruppe 3) Die traditionsbewussten Migrantenmilieus: Hier ist das "religiös-verwurzelte Milieu" angesiedelt, dass sich sozial und kulturell isoliert und in patriarchalischen und religiösen Traditionen der Herkunftsländer verharret. Das "traditionelle Arbeitermilieu" besteht oft aus Spätaussiedlern und Arbeitsmigranten.

Gruppe 4) Die prekären Migrantenmilieus: Das "entwurzelte Milieu" hätte gern mehr Geld, Ansehen und Konsum, sucht aber auch nach Identität und Heimat. Das "hedonistisch-subkulturelle" Milieu ist ein Jugendmilieu ohne Perspektive, dass sich den Ansprüchen der Gesellschaft verweigert.

In keinem der Milieus zweifeln die Menschen daran, dass die deutsche Sprache wichtig ist, damit ihre Kinder erfolgreich sein können. Aber den Eltern aus dem "multikulturellen Performermilieu" oder dem "intellektuell kosmopolitischen Milieu" dieselben Erziehungshilfen und Sprachkurse anzubieten wie denen aus dem "entwurzelten" oder "religiös-verwurzelten" Milieu, wird durch diese Milieubeschreibungen auf den ersten Blick unsinnig.

Denn während die einen selbstbewusst formulieren und einfordern können, wie sie sich gute und interkulturelle Bildung vorstellen, versuchen sich andere anzupassen und nicht aufzufallen - und verlieren dabei manchmal einen Teil ihrer Identität. Wieder andere verteidigen ihre religiösen Werte und ethischen Traditionen gegen den deutschen Individualismus. Die einen brauchen vielleicht nur eine Studienberatung, andere eher Kulturangebote und Sport, wieder andere Alphabetisierungskurse oder Unterricht in ihrer Herkunftssprache.

Auch die eher ungebildeten und ärmeren Milieus mit den größten Problemen unterscheiden sich fundamental. Das sogenannte religiös-verwurzelte Milieu zeichnet sich beispielsweise auch dadurch aus, dass es zu Hause eher nicht Deutsch spricht. Hier finden sich übrigens Muslime mit türkischen oder arabischen Wurzeln genauso wie Katholiken mit polnischen oder italienischen Wurzeln. Die Erwartungen, dass die Kinder in der Schule etwas leisten sollen sind aber trotzdem hoch.

Das "hedonistisch-subkulturelle Milieu" hingegen will vor allem Spaß haben. Seine Mitglieder sprechen Deutsch, aber oft beherrschen sie ihre Herkunftssprache nicht mehr oder nur schlecht. Die Kinder aus diesem Milieu sind am ehesten auf sich selbst gestellt, denn ihre Eltern haben vielleicht "einfach keinen Bock" auf Hausaufgaben. Sie brauchen also nicht unbedingt einen Deutschkurs, aber Erzieher und Lehrer, die Zeit für sie haben.

Die Konsequenz aus der Studie ist also, dass es sich lohnt, genauer hinzuschauen und die Maßnahmen abzustimmen: Manche Eltern erreicht man besonders gut über gemeinsames Kaffeetrinken oder spezialisierte Beratungsangebote in der Schule der Kinder. Andere haben schlechte Erfahrungen in der Schule gemacht oder können sich dort nicht verständlich machen. Sie würden sich aber gerne in sozialen Netzwerken, in der Moscheegemeinde, Volkshochschule oder in einem Migrantenverband informieren und dort Erziehungskurse besuchen.

Load-Date: March 24, 2015

Erster Haftbefehl nach Silvesternacht; In Hamburg gab es erste Festnahmen seit Beginn der Silvesternacht-Ermittlungen. Gegen einen Flüchtling wurde Haftbefehl wegen sexueller Nötigung erlassen.

ZEIT-online

Donnerstag 21. Januar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Sexuelle Nötigung; Ausg. 4

Length: 400 words

Body

Große Freiheit, St. Pauli, Januar 2016

© dpa

Nach den sexuellen Übergriffen in der Silvesternacht auf St. Pauli wurden von der Hamburger Polizei zwei tatverdächtige Afghanen vorläufig festgenommen. Es sind die ersten Festnahmen seit Beginn der Ermittlungen. Ein 29 Jahre alter Afghane sei nach der Veröffentlichung von Fotos und anschließenden Zeugenhinweisen in einer **Flüchtlingsunterkunft** im Stadtteil Stellingen am Mittwoch gefasst worden, teilten Polizei und Staatsanwaltschaft am Donnerstag mit.

Bei der Vernehmung des Mannes habe sich ein Hinweis auf einen zweiten Tatverdächtigen ergeben. Dieser sei ein 24 Jahre alter Afghane, den die Polizei in einer anderen Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge im Stadtteil Barmbek festnahm. Gegen den 29-Jährigen wurde in der Folge Haftbefehl wegen sexueller Nötigung erlassen. Gegen den zweiten Tatverdächtigen hat sich kein dringender Tatverdacht ergeben, er wurde entlassen.

Die Ermittler werfen den beiden Männern vor, mehrere Frauen in der Silvesternacht gemeinschaftlich sexuell genötigt zu haben. Die Opfer hätten die beiden Verdächtigen auf einer Übersichtsaufnahme aus der Großen Freiheit, einer Nebenstraße der Reeperbahn, wiedererkannt.

218 Strafanzeigen, 351 betroffene Frauen

Nach der Veröffentlichung von Fotos seien die gesuchten Männer von Zeugen erkannt worden. Beamte der Sonder-Ermittlungsgruppe "Silvester" vollstreckten daraufhin einen Durchsuchungsbeschluss für den Wohnbereich des 29-Jährigen. Die Ermittler hätten dabei Beweismittel sichergestellt.

Wegen der Übergriffe in der Silvesternacht gingen bei der Hamburger Polizei bis zum Donnerstag 218 Strafanzeigen ein. 351 Frauen seien Opfer dieser Taten geworden. Am Freitag war die Zahl der Anzeigen noch mit 195 und die der geschädigten Frauen mit 306 angegeben worden.

Erster Haftbefehl nach Silvesternacht In Hamburg gab es erste Festnahmen seit Beginn der Silvesternacht-Ermittlungen. Gegen einen Flüchtling wurde Haftbefehl we....

Die Afghanen gehören zu acht Tatverdächtigen, die die Polizei bislang ermittelt hat. Alle dieser acht Personen hätten einen Migrationshintergrund, hatte der stellvertretenden Leiter des Landeskriminalamts, Frank-Martin Heise, am Freitag vergangener Woche im Innenausschuss der Bürgerschaft erklärt. Sie seien zum Teil Flüchtlinge, die in Unterkünften der Stadt lebten, als auch Menschen, die schon seit mehreren Jahren in Hamburg wohnen. Ermittelt werde ferner gegen 18 bis 20 Personen, denen aber noch keine konkreten Taten auf St. Pauli oder am Jungfernstieg zugeordnet werden könnten.

Aktualisiert um 18.05 Uhr.

Load-Date: January 21, 2016

End of Document

Europa zerbröselte; Die EU-Staaten driften in der Flüchtlingskrise auseinander. Merkel ist isoliert, sie hat nur noch wenige Länder hinter sich. Droht der Union die Spaltung?

ZEIT-online

Montag 29. Februar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlingspolitik; Ausg. 10

Length: 1163 words

Byline: Ludwig Greven

Body

Von der mächtigsten zur ziemlich einsamen Frau Europas: Angela Merkel bei der Ankunft zum letzten EU-Krisengipfel am 18. Februar

© Emmanuel Dunand/AFP/Getty Images

Sie steht. Da mag noch so viel Kritik auf Angela Merkel einprasseln, auch aus den eigenen Reihen, sie lässt sich nicht beirren. Sie setzt beeindruckend unverdrossen auf "ihre" europäische Lösung der **Flüchtlingskrise**, obwohl zahlreiche EU-Länder längst eigene Wege gehen. "Ich sehe nicht, was mich zum Umsteuern bewegen könnte", sagte sie am Sonntagabend bei Anne Will. Merkel scheint entschlossen, für ihren Kurs unter Einsatz ihrer ganzen Kraft, ja ihres Amtes zu kämpfen. So entschieden kannte man sie nie. Diese Krise ist ihre Schicksalskrise.

Und die von ihr verfochtene Lösung beginnt ja auch schon zu wirken. Erstens Ursachen bekämpfen: In Syrien herrscht seit ein paar Tagen Waffenstillstand. Wenn dann auch noch die Friedensgespräche in Gang kommen, kann man hoffen, dass nicht mehr so viele Syrer das Land verlassen.

Zweitens: der Deal mit der Türkei. Ankara scheint die Zahl der Flüchtlinge über die Ägäis schon zu drosseln, als Gegenleistung für die drei Milliarden Euro aus Brüssel. Die Nato hat ihre Patrouillefahrten aufgenommen, und wenn die Türkei nicht nur die aus Seenot geretteten, sondern auch die Flüchtlinge zurücknimmt, die trotzdem auf die griechischen Inseln gelangen, wäre schon Stufe zwei erreicht.

Merkels Plan greift also. Nicht so schnell und spektakulär wie Grenzsicherungen auf der Balkanroute, aber er wirkt nachhaltig und packt das Problem an den Wurzeln.

Ihre Kritiker beeindruckt das wenig. Sie wettern, Europa begeben sich in die Hände des türkischen Autokraten Erdogan, und alles dauere viel zu lange. Und deshalb ist Merkel vom entscheidenden dritten Teil ihres Plans noch weit entfernt. Denn im Gegenzug dafür, dass die Türkei die Flucht über die Ägäis unterbindet, sollen ihr Kontingente an Flüchtlingen abgenommen und in den EU-Staaten verteilt werden. Statt ungesteuerter, illegaler Migration wäre das eine planvolle Umsiedlung.

Europa zerbröselt Die EU-Staaten driften in der Flüchtlingskrise auseinander. Merkel ist isoliert, sie hat nur noch wenige Länder hinter sich. Droht der Union d....

Doch wer nimmt die Flüchtlinge aus der Türkei auf? Hier zeigt sich das Elend der EU. Schweden hat die Grenzen geschlossen, wegen Überfüllung, wie es hieß. Frankreich will nur 30.000 Flüchtlinge aufnehmen. Österreich hat Tageskontingente von nur 80 Asylbewerbern eingeführt. Die Balkanstaaten, darunter auch die Nicht-EU-Mitglieder Mazedonien und Serbien, haben eigenmächtig die Balkanroute auf ein schmales Rinnsal von 580 Flüchtlingen pro Tag reduziert. Und Ungarn will überhaupt keine Flüchtlinge aufnehmen. Von zusätzlichen Kontingenten gar nicht zu reden.

Eine Vereinigung nationalistischer Kleingeister

So entsteht der Eindruck, dass in dieser schwersten Krise der Gemeinschaft jedes Land tut oder lässt, was es will, egal was in Brüssel beschlossen wurde. Luxemburgs Außenminister Asselborn warnte bereits vor "Anarchie". Die EU ist eine Vereinigung von nationalistischen Kleingeistern geworden, die Politik auf eigene Faust machen. Das national-chauvinistische Gift, das quer durch Europa rechtspopulistischen Parteien mächtig Zulauf beschert, frisst sich durch und bedroht das Fundament der Union.

Dabei verstand sich die EU bislang als Gemeinschaft auf Gegenseitigkeit: Jeder hilft jedem, nicht ohne Bedingungen, aber niemand wird fallengelassen. So war es auch in der Eurokrise. Jetzt aber scheint die Losung: Jeder hilft sich selbst, dann ist allen geholfen. Nur dass das nicht aufgeht.

Denn Leidtragender der Balkan-Lösung ist vorläufig Griechenland. Dort stranden all diejenigen, die von Mazedonien und den anderen Balkan-Staaten nicht mehr durchgelassen werden. Zehntausende irren bereits durch das Land. Vermutlich ist die abschreckende Wirkung beabsichtigt. Aber für die Regierung in Athen, die ohnehin mit finanziellen und wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen hat, ist es eine Katastrophe, mit der sie allein gar nicht fertig werden kann.

Und falls die Flüchtlinge in der Folge wieder auf die gefährliche Mittelmeerroute nach Italien ausweichen, wird Italien zum zweiten europäischen Auffangbecken. Denn Österreich hat auch hier die Grenzen geschlossen und am Brenner Kontrollen eingeführt. 150.000 Flüchtlinge sollen schon in Libyen auf besseres Wetter für die Überfahrt warten. Die nächste Katastrophe ist programmiert.

Ist das also das Europa des Jahres 2016, wo Österreich Griechenland mal eben mit dem Ausschluss aus dem Schengenraum droht, falls es seine Grenzen nicht besser kontrolliere. Und es außerdem zu der Balkankonferenz gar nicht erst einlädt? Ein Europa der gegenseitigen Beschimpfungen und diplomatischer Scharmützel? Ein Europa, in dem die Reisefreiheit im Schengenraum, eine der wichtigen europäischen Errungenschaften, weitgehend aufgehoben ist. Entwickelt sich Europa rückwärts?

Dass die Zentrifugalkräfte in der EU derzeit so stark wirken, hat ironischer Weise mit der veränderten Rolle von Merkel zu tun. In der Euro- und Griechenlandkrise war sie unbestritten diejenige, die die Richtung vorgab, die Herrscherin Europas.

In der Flüchtlingskrise bittet Deutschland, das reichste und mächtigste Mitgliedsland, um Hilfe. Und viele, gerade die Kleinen und Ärmern, verweigern sie. Vielleicht auch aus Rache. Jedenfalls steht die noch vor einem Jahr mächtigste Frau Europas nun ziemlich allein da.

Ihre ganze Hoffnung setzt Merkel deshalb auf den Sondergipfel am 7. März mit der Türkei. Aber sie hat nur noch wenige Bundesgenossen. Die osteuropäischen, von Rechts- und Linkspopulisten regierten Staaten Polen, Ungarn, Tschechien und Slowakei weigern sich, Flüchtlinge aufzunehmen. Großbritannien und Dänemark haben sich von vornherein mit Sonderklauseln an den Rand gestellt.

Es bleiben der Kanzlerin noch etwa zehn der 28 Länder, die bereit sind, sie mehr oder weniger zu unterstützen und Flüchtlinge aus der Türkei aufzunehmen: Frankreich, die Benelux-Staaten, Portugal, Finnland, Schweden, Österreich als Wackelkandidat, Slowenien, Griechenland, eventuell auch Italien. Alles Euro-Staaten - ein echtes Kerneuropa.

Europa zerbröselt Die EU-Staaten driften in der Flüchtlingskrise auseinander. Merkel ist isoliert, sie hat nur noch wenige Länder hinter sich. Droht der Union d....

Die Spaltung wird deutlich

Mit diesem Bündnis der Willigen und der Unterstützung von EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker könnte Merkel zwar eine Vereinbarung mit der Türkei treffen. Aber es wäre dann in Wahrheit keine wirkliche europäische Lösung, allenfalls eine teil- oder kerneuropäische. Die Spaltung würde vor aller Augen dokumentiert.

Merkel weiß, dass es auch um die Zukunft der EU geht: Hält sie zusammen? Oder zerfällt sie in ihrer tiefsten Krise in einen agierenden, politisch gestaltenden Kern auf der einen und nationalistisch engstirnig denkende Mitgliedsländer auf der anderen Seite, die sich im Grunde von der EU verabschiedet haben, sofern es nicht um Geldtransfers geht?

Im Moment sieht es nach dem zweiten Szenario aus. Selbst wenn auf dem Sondergipfel oder dem folgenden regulären Gipfel ein Formelkompromiss gefunden werden sollte, der die tiefen Gegensätze verkleistert: Die Flüchtlingskrise hat, wenn auch nicht den Zerfall, so aber doch die faktische Spaltung der EU eingeleitet.

Load-Date: February 29, 2016

End of Document

Deutschlernen mit Kindernachrichten; Etwa ein Drittel der Flüchtlinge ist schulpflichtig. In Alphabetisierungs- und Vorbereitungsklassen lernen sie in Hamburg Deutsch - und pünktlich zur Schule zu kommen.

ZEIT-online

Mittwoch 13. Januar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Integration; Ausg. 1

Length: 1404 words

Byline: Birk Grüling

Body

Eine Sprachlernklasse in Hannover

© Peter Steffen/dpa

Abed* (13) blickt aus dem Fenster. Draußen ist es hanseatisch grau. "Heute ist Dienstag. Das Wetter ist gut. Kein Regen", sagt er. Unsicher reibt er dabei die Hände aneinander. Deutschlehrerin Ronja Strehlow nickt zustimmend. Der Wetterbericht gehört zum Morgenritual in der internationalen Vorbereitungsklasse an der Hamburger Stadtteilschule in Barmbek. Genau wie die *logo* -Kindernachrichten. Zehn Minuten lang flimmern bunte, leicht verständliche Nachrichten über die digitale Tafel.

Der Unterricht erinnert auch sonst an Grundschulpädagogik. Jeder Schüler lernt nach seinem individuellen Wochenplan. Denn Differenzierung ist in der Vorbereitungsklasse nicht nur ein moderner Unterrichtsstil sondern alternativlos. Zu unterschiedlich sind die Voraussetzungen der 16 Schüler zwischen 12 und 15 Jahren.

"In der sechsten Stunde überprüfe ich den ersten Teil der Wochenaufgaben", sagt die Lehrerin, nachdem sie die Kindernachrichten ausgeschaltet hat. Die Schüler kramen Deutschbücher aus ihren Taschen, suchen Stifte und blättern in Mappen. Andere holen sich aus einem Wäschekorb CD-Player, um Sprach-CDs anzuhören. Jeder Schüler arbeitet an seinen eigenen Aufgaben selbstständig. Die einen vervollständigen einfache deutsche Sätze. Andere schreiben einen Brief an einen fiktiven Freund auf dem Mars, erzählen von der Erde, von ihren Hobbys.

Auf einer Weltkarte an der Wand haben die Jugendlichen ihre Heimatländer markiert, Irak, Syrien, Afghanistan, auch in Afrika und China stecken kleine Fähnchen. Einige von ihnen sind erst zwei Monaten in Hamburg, andere schon anderthalb Jahre. Es gibt Kinder wie Abed in der Klasse, die monatelang allein vor Krieg und Terror auf der Flucht waren. Zwei Mädchen aus China haben hingegen Eltern, die aus beruflichen Gründen nach Deutschland kamen. Abed wird bald fließend Deutsch sprechen. Um die Schulkarriere mancher anderer macht sich Strehlow jedoch große Sorgen. Aber alle sollen schnell Deutsch lernen, damit sie bald in eine Regelklasse wechseln können.

Ein Drittel der Neuankömmlinge ist schulpflichtig

Deutschlernern mit Kindernachrichten Etwa ein Drittel der Flüchtlinge ist schulpflichtig. In Alphabetisierungs- und Vorbereitungsklassen lernen sie in Hamburg De....

Mindestens 320.000 neue Schüler müssen laut Kultusministerkonferenz (KMK) in Deutschland in Willkommensklassen, Sprachlernklassen oder Vorbereitungsklassen (so heißen sie in Hamburg) auf den normalen Schulalltag vorbereitet werden. Denn ohne Sprachkenntnisse wird ihre Integration kaum gelingen. Auf dem Stundenplan steht vor allem Deutsch und Landeskunde. Dazu gibt es ein bisschen Mathe, Englisch, Sport oder Musik. Aber jedes Bundesland hat eigene Regeln, manchmal sogar jede Schule.

So können junge Flüchtlinge in Berlin, Hamburg und dem Saarland sofort nach ihrer Ankunft eine Schule besuchen, in Bayern und Thüringen erst nach drei Monaten. Die Dauer der Klassen variiert ebenfalls von sechs bis 18 Monaten. An den meisten Schulen gibt es Extraklassen für junge Migranten, die, nachdem sie Deutsch gelernt haben, auf die Jahrgänge verteilt werden. Doch es gibt auch "teilintegrative" Ansätze, in denen die Schüler schneller den normalen Unterricht besuchen und zusätzlich Deutsch lernen.

"Welcher Weg nun der beste ist, kann noch niemand beantworten. Die Datenlage ist nicht umfassend genug für endgültige Empfehlungen oder eine langfristige Bildungsplanung", sagt Viola Georgi, Leiterin des Zentrum für Bildungsintegration an der Uni Hildesheim. Sie selbst plädiert allerdings für eine schnelle Integration in den Schulalltag. So können die Kinder sich schneller zugehörig fühlen und in Kontakt mit deutschsprachigen Schülern kommen. Die Sprache lerne man schließlich nicht nur im Klassenzimmer, sondern auch auf dem Pausenhof, sagt Georgi. An vielen Schulen wurden dafür Patenprogramme geschaffen. An der Stadtteilschule Barmbek werben Arbeitsgemeinschaften wie der Schulchor um die neuen Schüler.

Geduld und pädagogisches Fingerspitzengefühl

Neben der Vorbereitungsklasse gibt es auch eine Alphabetisierungsklasse in der Barmbeker Schule. Hier zeigt sich, wie viel Geduld und pädagogisches Fingerspitzengefühl die Lehrer aufbringen müssen, um die Kinder zu integrieren. In Hamburg wurde die Alphabetisierungsklasse für Kinder eingerichtet, die bislang keine lateinische Schrift kannten oder noch nie eine Schule besucht haben. Sie ist eine Vorstufe zur Vorbereitungsklasse. An Wochenarbeitspläne und Kindernachrichten ist in der Klasse von Annelie Hobohm kaum zu denken. Es geht langsam voran: Wird Esel mit e oder i geschrieben? Wie stellt man sich vor? Wie fragt man nach dem Weg?

Außerdem fällt es hier vielen Kindern schwer, sich an den Schulalltag anzupassen. "Es sind die kleinen Erfolge, die hier zählen: pünktlich zur Stunde kommen, regelmäßig Hausaufgaben machen, einfache Dialoge in korrektem Deutsch führen", sagt die Pädagogin. In ihrer Klasse ist die Fluktuation der Schüler groß, bis zu zehn Kinder kommen pro Jahr dazu. Andere verlassen die Klasse, weil sie zurück in die Heimat müssen oder in Vorbereitungsklassen wechseln.

Kaugummi ist im Unterricht tabu, genau wie das Handy. Schon für die Durchsetzung dieser einfachen Regeln braucht es Geduld. Auch Gruppen- und Partnerarbeit fällt den Schüler schwer. Als Problemklasse sieht Hobohm ihre Lerngruppe aber nicht. "Die Schüler sind in der Pubertät und haben auf der Flucht oft grausame Erfahrungen gemacht. Das müssen sie erst einmal verarbeiten", sagt sie.

Unterstützung im Alltag bekommt die Deutschlehrerin von einem arabischen Sozialpädagogen. Er vermittelt, wenn es Streit gibt, klärt über kulturelle Missverständnisse auf und ist für die Kinder ein wichtiger Ansprechpartner. Die beiden Pädagogen zeigen ihren Schülern gemeinsam die hiesige Kultur. Sie machen Ausflüge in die Stadt, erklären Busse und Bahnen, probieren deutsche Speisen. Jede Schule kann inzwischen bei der Hamburger Schulbehörde Kulturvermittler beantragen.

Wenn es welche zu vermitteln gibt. Auch an Deutschlehrern mangelt es. Allein Hamburg braucht 400 zusätzliche Lehrkräfte für die Vorbereitungsklassen. Längst nicht alle Stellen können über Umverteilungen oder Neueinstellungen besetzt werden. Nicht selten müssen sich die Schulen mit Ehrenamtlichen oder Quereinsteigern behelfen.

Immer noch spielt Deutsch als Zweitsprache und Migration in den meisten Lehramtsstudiengängen nur am Rande eine Rolle. Das nötige Know-How für Sprachförderung muss nun eilig nachgeholt werden, parallel zum stressigen Schulalltag. In Hamburg durchlaufen die Lehrer für die Vorbereitungsklassen eine 30-Stunden-Fortbildung in

Deutschlernen mit Kindernachrichten Etwa ein Drittel der Flüchtlinge ist schulpflichtig. In Alphabetisierungs- und Vorbereitungsklassen lernen sie in Hamburg De....

Deutsch als Zweitsprache. In den letzten Monaten hat sich die Zahl der Kurse verdreifacht. Zusätzlich bietet das Institut für Lehrerbildung und Schulentwicklung schulinterne Fortbildungen an.

Aus Sicht von Georgi ist die Nachschulung ein richtiger Schritt. Dazu gehöre jedoch nicht nur die Sprachförderung. Sie verweist auf Studien, die belegen, dass die Bildungswege von Migranten besonders häufig durch Umwege geprägt sind und die Potenziale der Kinder regelmäßig unterschätzt werden. So wiederholen Kinder aus Einwandererfamilien öfter eine Jahrgangsstufe als Kinder ohne Migrationshintergrund. "Wenn wir jungen Flüchtlingen eine Perspektive bieten wollen, darf Herkunft nicht länger über Bildungserfolge, Berufskarrieren oder soziale Stellung entscheiden", sagt sie. Wenn die Lehrer beispielsweise besser verstehen, was Flucht und ein "ungeklärter" Aufenthaltsstatus bedeuten, falle eine Willkommenskultur an den Schulen leichter, hofft sie.

Es fehlen Psychologen, Sozialarbeiter und Deutschlehrer

Doch interkulturelle Kompetenzen allein helfen den Lehrern nicht in allen Situationen. Auf der Flucht haben viele Kinder schreckliche Dinge erlebt. Die Bilder von Krieg und Terror kommen immer wieder hoch. Ava*, ein Mädchen aus Afghanistan, das die Vorbereitungsklasse besucht, brach mitten in einer Deutschstunde in Tränen aus und sagte, sie könne nicht mehr lernen. Strehlow sagt: "Ich konnte sie zum Glück etwas beruhigen. Für den Umgang mit traumatisierten Kindern fehlt mir aber eigentlich die Ausbildung". Der Bedarf an psychologischer Unterstützung in den Willkommensklassen ist groß. Trotzdem arbeiten an vielen Schulen gar keine oder zu wenige Psychologen und Sozialarbeiter. Bei der Finanzierung von zusätzlichem Personal schieben sich Bund und Ländern gegenseitig die Verantwortung zu. Ava hatte Glück. In Barmbek fanden die Schulsozialarbeiter Zeit, regelmäßig mit dem Mädchen zu arbeiten. Es geht ihr wieder besser.

* Die Namen sind von der Redaktion geändert

Load-Date: January 13, 2016

De Maizière plant Asylverfahren an Landesgrenzen; Die deutsche Flüchtlingsbehörde soll Asylbegehren künftig schon vor der Einreise entscheiden können. Vorbild ist das sogenannte Flughafenverfahren.

ZEIT-online

Mittwoch 30. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 39

Length: 391 words

Body

Wartende **Flüchtlinge** an der deutsch-österreichischen Grenze

© Michaela Rehle/Reuters

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) will künftig bereits an den Landesgrenzen das Bleiberecht von **Asylsuchenden** überprüfen lassen. Sein Ministerium bereite ein Gesetz für diese Verfahren vor, wie sie schon an den Flughäfen umgesetzt würden, sagte der CDU-Politiker im rbb-Inforadio.

Die CSU hatte die Einrichtung solcher Transitzonen an den Landesgrenzen gefordert, um die Zahl der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge zu verringern. Asylsuchende ohne Chance auf Asyl sollen bereits dort abgewiesen werden.

Die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl kritisierte die Pläne scharf. "Damit soll kurzer Prozess an den Landesgrenzen mit den Flüchtlingen gemacht werden", sagte Pro-Asyl-Geschäftsführer Günter Burkhardt. "Das läuft auf menschenrechtsfreie Zonen an den Landesgrenzen hinaus." Das Flughafenverfahren arbeite mit extrem verkürzten Rechtsfristen, kritisierte Burkhardt. Auch könnten Ankommende dort keinen Anwalt sprechen. Zudem seien die meisten ankommenden Flüchtlinge Syrer, Afghanen und Iraker, bei denen die Schutzbedürftigkeit offensichtlich sei. "Offenbar ist inzwischen jedes Mittel recht, die Grenzen zu schließen, ungeachtet dessen, wer kommt", sagte Burkhardt.

De Maizière erläuterte, ein solches Verfahren sei durch EU-Recht gedeckt. Deutschland müsse zwei EU-Richtlinien umsetzen - eine Aufnahme richtlinie und eine Asylverfahrensrichtlinie. Die Regierung ist in Verzug und wurde deswegen schon von der EU-Kommission gerügt.

Durch die EU-Bestimmungen seien die Nationalstaaten zu sogenannten Landverfahren an der Grenze ermächtigt, erläuterte de Maizière. Das sei vom Flughafenverfahren bekannt. "Man kann schon jetzt jemand am Flughafen festhalten, prüfen, ob sein Asylantrag offensichtlich unbegründet ist, und ihn zurückschicken." So etwas schwebte ihm in Umsetzung dieser EU-Richtlinie auch vor, fügte de Maizière hinzu, "und das wird jetzt sicher diskutiert".

De Maizière plant Asylverfahren an Landesgrenzen Die deutsche Flüchtlingsbehörde soll Asylbegehren künftig schon vor der Einreise entscheiden können. Vorbild is....

Kanzleramtsminister Peter Altmaier (CDU) sieht vor allem die Bundesländer in der Pflicht. "In welchem Umfang solche Transitzonen dann praktiziert werden, hängt auch davon ab, wie sich die Bundesländer zu dem Vorschlag stellen", sagte er der *Saarbrücker Zeitung*. Dabei seien insbesondere jene Länder mit Grenzregionen gefordert, "wo die allermeisten Flüchtlinge ankommen".

Load-Date: September 30, 2015

End of Document

Überlebende berichten von Flüchtlingsunglück mit Hunderten Toten; Nach einem Schiffsunglück werden 45 Tote geborgen. Überlebenden zufolge soll es zudem eine Tragödie mit noch mehr Toten gegeben haben. Der Papst gedenkt der Opfer.

ZEIT-online

Sonntag 29. Mai 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingskrise; Ausg. 22

Length: 425 words

Body

Papst Franziskus hat der Opfer der **Flüchtlingskatastrophen** gedacht.

© Alessandro Bianchi/Reuters

Bei **Flüchtlingsunglücken** im Mittelmeer sind in den vergangenen Tagen möglicherweise Hunderte Menschen ums Leben gekommen. Wie die Hilfsorganisation Save the Children der Nachrichtenagentur AP sagte, berichteten Überlebende bei ihrer Ankunft im sizilianischen Hafen Pozzallo, dass zwei Tage zuvor mehrere Hundert **Flüchtlinge** mit ihrem Boot gesunken seien.

"Wir haben die Zeugenaussagen mehrerer Geretteter aufgenommen. Sie berichten alle dasselbe", sagte Save-the-Children-Sprecherin Giovanna Di Benedetto. Demnach hatte das Boot am späten Mittwoch im Schlepptau eines größeren Schiffes den Hafen von Sabratha in Libyen verlassen. Nachdem der Kapitän des größeren Schiffes die Kappung der Schleppleine angeordnet habe, sei Wasser in das Boot eingedrungen. Daraufhin sei es gesunken. Den Angaben zufolge waren bis zu 400 Menschen an Bord, die meisten seien ertrunken.

Bei einer weiteren Havarie am Freitag wurden unterdessen 45 Tote geborgen. Das italienische Marineschiff *Vega* brachte die Opfer und 135 Überlebende wegen der zunehmend vollen Lager in Sizilien in den Hafen von Reggio Calabria. Das gute Wetter und die ruhige See hatten in den vergangenen Tagen viele Flüchtlinge dazu bewegt, die gefährliche Überfahrt von Libyen nach Italien zu wagen. Allein im Verlauf dieser Woche wurden nach Angaben der italienischen Küstenwache und der Vereinten Nationen etwa 14.000 Migranten im Mittelmeer gerettet.

Es wird davon ausgegangen, dass in den vergangenen Jahren mehrere Flüchtlingsboote im Mittelmeer spurlos gesunken sind. Hinweise geben oft nur Angehörige, die erzählen, dass ihre Familienmitglieder zwar Boote bestiegen hätten, aber nie in Europa angekommen seien.

Papst gedenkt der Opfer

Überlebende berichten von Flüchtlingsunglück mit Hunderten Toten Nach einem Schiffsunglück werden 45 Tote geborgen. Überlebenden zufolge soll es zudem eine Trag....

Papst Franziskus machte am Samstag bei einer Audienz für Kinder aus Süditalien auf das Leid der Flüchtlinge aufmerksam. "Sie sind keine Gefahr, sie sind in Gefahr", sagte das katholische Kirchenoberhaupt und hielt eine rote Rettungsweste hoch.

Ein Helfer hatte sie ihm vor wenigen Tagen bei einer Generalaudienz gegeben und geweint, weil er das Kind nicht retten konnte. "Er gab mir diese Rettungsweste und sagte weinend: "Vater, ich habe versagt. Da war dieses Mädchen, in den Wellen, aber ich konnte es nicht retten. Alles, was geblieben ist, ist seine Rettungsweste", berichtete Franziskus den Kindern. Er forderte sie auf, an das namenlose Mädchen zu denken: "Jeder von euch soll ihr den Namen geben, den er will. Sie ist im Himmel und wacht über uns."

Load-Date: May 29, 2016

End of Document

Europas Herz schmerzt links; Die größten Verlierer der Wahlen 2015 waren die moderaten Linken. Ihre Euro- und Flüchtlingspolitik wirkte abschreckend. Triumphiert haben Links- und Rechtsextreme.

ZEIT-online

Montag 28. Dezember 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Linke Parteien; Ausg. 51

Length: 1305 words

Byline: Michael Bröning

Body

Der spanische Sozialistenchef Pedro Sánchez

© Susana Vera/Reuters

So unterschiedlich die Sieger der europäischen Wahlen des vergangenen Jahres, so ewig gleich die Verlierer: die gemäßigten Linken des Kontinents. Insgesamt zwölf Mal wurden Europas Bürger im vergangenen Jahr an die nationalen Wahlen gerufen. Von National- und Ständeratswahlen in der Schweiz über Unterhauswahlen in Großbritannien bis zur Präsidentschaftswahl in Kroatien.

Die Bilanz dieser Urnengänge zwischen Nordkapp und Gibraltar ist so eindeutig wie für die gemäßigte Linke bitter: In Andorra und Estland, Großbritannien, Finnland und Polen, in Portugal, der Schweiz, bei den niederländischen Regionalwahlen und natürlich in der Türkei hieß es in einem für die linke Seele erbarmungslosen Stakkato fast ausnahmslos: Rechts triumphiert. Lediglich in Teilen Südeuropas wuchsen die Populisten von Linksaußen - ebenfalls auf Kosten der linken Mitte.

Sicher, vereinzelt konnten Mitte-links-Parteien Achtungserfolge für sich verbuchen. In Dänemark etwa wurden im Juni die Sozialdemokraten stärkste Partei. Doch auch sie erhielten gerade einmal 26 Prozent der Stimmen. Für die Regierungsverantwortung reichte es damit nicht. In Portugal dagegen schaffte es die gemäßigte Linke in einer breiten Koalition aus Kommunisten, Grünen und anderen Linksparteien unter António Costa zwar an die Macht. Die meisten Sitze im Parlament konnte zuvor jedoch der Mitte-rechts-Block von Pedro Passos für sich gewinnen. Und in Spanien kassierte die sozialdemokratische PSOE Anfang der Woche das schlechteste Ergebnis seit dem Ende der Franco-Diktatur.

Europa wird von Konservativen regiert

Im Resultat wird Europa heute von den Konservativen regiert. In 26 europäischen Staaten regiert die Rechte. Dem stehen 13 links geführte Regierungen gegenüber. Besonders schmerzhaft für die linke Mitte: Selbst in ihren

Europas Herz schmerzt links Die größten Verlierer der Wahlen 2015 waren die moderaten Linken. Ihre Euro- und Flüchtlingspolitik wirkte abschreckend. Triumphiert....

traditionellen Kernländern, den nordischen Staaten, geben die Konservativen den Ton an. In Finnland, Norwegen, Dänemark und sogar in Island führen sie die Regierungsgeschäfte.

Lediglich in Schweden steht Ministerpräsident Stefan Löfven einer linken Minderheitsregierung vor, die allerdings zunehmend von den rechtsextremen Schwedendemokraten unter Druck gesetzt wird. Noch schwieriger ist bekanntlich die Lage des französischen Präsidenten François Hollande: Er musste zuletzt mit ansehen, wie 6,8 Millionen seiner Landsleute für den rechtspopulistischen Front National votierten.

"Ende des sozialdemokratischen Zeitalters"

Die bittere Wahrheit ist: Nach dem Euro- und Flüchtlingskrisenjahr 2015 verfügen europäische Mitte-links-Parteien derzeit lediglich in Italien, Tschechien und in der Slowakei über ein Regierungsmandat, das durch öffentliche Zustimmungswerte gestützt wird. Die Popularität in der Heimat jedoch müssen diese Regierungsparteien durch heftige europäische Kritik an ihrer Flüchtlingspolitik teuer bezahlen.

Über den Bedeutungsverlust der gemäßigten Linken ist reichlich diskutiert worden. Analysen, Befunde und immer wieder auch verfrühte Abgesänge füllen ganze Bücherschränke - angefangen bei Ralf Dahrendorf und dem postulierten "Ende des sozialdemokratischen Zeitalters". Klar ist dabei aber auch, dass die Ursachen für den derzeitigen Bedeutungsverlust der europäischen linken Mitte vielseitiger sind, als es der eindeutige Trend suggeriert - und dass diese Entwicklung nicht ewig anhalten muss.

Vor diesem Hintergrund ist der Fall Großbritanniens umso bedeutsamer. Nach der Wiederwahl David Camerons im Mai und der Niederlage Ed Milibands gelangte dort der bislang eher als Linksdissident aufgefallene Jeremy Corbyn durch offene Urwahl an die Spitze der Labour-Partei. Seitdem läuft das Experiment Corbyn - Ausgang ungewiss. Die Gretchenfrage: Wird sich der ideologische Linksschwenk bezahlt machen?

Bislang sieht es nicht allzu vielversprechend aus. Umfragen sagen für die Regionalwahlen in Schottland im kommenden Jahr eine Niederlage voraus. Derzeit kann Labour nicht damit rechnen, gegen die Scottish National Party auch nur einen einzigen Sitz im schottischen Parlament zu erobern. Im englischen Oldham dagegen gewann Labour Anfang des Monats eine entscheidende Nachwahl überraschend klar.

Teil des Corbyn-Problems: Die kaum massenkompatiblen Überzeugungen des Parteichefs. Zwischen den Unterstützern Corbyns und der Öffentlichkeit klafft ein Abgrund so breit wie der Ärmelkanal - sei es, was die Zukunft der Monarchie, die Beteiligung an Luftschlägen gegen den IS oder die Rolle des freien Marktes angeht. Selbst für den linksliberalen *New Statesman* stellen Corbyns Überzeugungen einen ideologischen "Kreuzzug" dar. Der euphorisierte zwar eine ideologisierte Minderheit, stoße aber die Mehrheit vor den Kopf. Dieser Gegensatz ist es, der nicht nur die Lage der britischen Labour Party, sondern das aktuell ernüchternde Abschneiden der europäischen linken Mitte insgesamt beschreibt.

Triebkraft der Populisten

Ganz offensichtlich ist es den Mitte-links-Bewegungen Europas im vergangenen Jahr nicht gelungen, Mehrheiten zu überzeugen. Dabei scheinen insbesondere ihre Positionierung in den Kernfragen Eurokrise und Migrationspolitik nicht zuletzt den linken und rechten Populisten in die Hände gespielt zu haben. In den Wahlgängen Südeuropas war offensichtlich, wie sehr das stillschweigende Mittragen der unpopulären Eurokrisenpolitik die Wähler ins Lager der Linkspopulisten trieb. Dagegen spielte vor allem in Ost- und Nordeuropa die grundsätzlich migrationsfreundliche Mitte-links-Position in Sachen Flüchtlingskrise den Rechtspopulisten in die Hände. Der - eigentlich lobenswerte - traditionelle Internationalismus der linken Mitte wurde so ironischerweise sowohl zu einer Triebkraft der links- als auch der rechtspopulistischen Herausforderung Europas.

Eine der Ursachen: In Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung, beispielloser Migrationsbewegungen und politisch motivierter Gewalt sehen viele Menschen rasanten gesellschaftlichen, ökonomischen und - ja - auch kulturellen Wandel nicht als Chance, sondern als Bedrohung. Für sie sind rein internationalistische Identitätsentwürfe daher

Europas Herz schmerzt links Die größten Verlierer der Wahlen 2015 waren die moderaten Linken. Ihre Euro- und Flüchtlingspolitik wirkte abschreckend. Triumphiert....

derzeit wenig erstrebenswert. In Kombination mit durchexerziertem Neoliberalismus und einer als alternativlos bezeichneten angestrebten Überwindung des Nationalstaates als zentralem politischen Akteur wirkt so manche Position der europäischen linken Mitte für viele Menschen nicht mehr emanzipierend, sondern bedrohlich. Das Ausmaß dieser Entfremdung ist zunächst am Aufstieg populistischer Parteien abzulesen. Doch eine ebenso deutliche Sprache spricht der anhaltende Erfolg des Konservativismus in Europa.

Die jüngste Serie an Wahlschlägen der linken Mitte illustriert dabei in vielen Fällen eine wachsende Entfremdung zwischen Parteien und ihren traditionellen Stammwählern. Hinzu kommt das oft beschriebene Zerfallen traditioneller Arbeitermilieus, ein demografischer Alterungsprozess Europas, der langfristig konservative Trends stärkt und in Osteuropa die Last eines nach wie vor diskreditierten Sozialismus.

Vor diesem Hintergrund wären europäische Mitte-links-Parteien gut beraten, sich einer Debatte darüber zu stellen, wie skeptische Beobachter einer als neoliberal empfundenen ökonomischen Integration Europas und zweifelnde Augenzeugen einer auch konfliktträchtigen Einwanderungspolitik wieder erreicht werden können. Das auch und gerade, weil die großen Fragen der Zeit eben weder durch einen Rückfall in nationalstaatlichen Chauvinismus noch durch linksrevolutionäres Wunschdenken gelöst werden können.

Load-Date: December 28, 2015

Das Milliardengeschäft mit den Grenzzäunen; Europa baut immer mehr Zäune, um seine Außengrenzen zu schützen. Die Gewinner sind Hersteller von Nato-Draht und Rüstungskonzerne.

ZEIT-online

Freitag 16. Oktober 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Grenzen; Ausg. 41

Length: 1068 words

Byline: Stefan Kreitewolf

Body

Der Grenzzaun zwischen Serbien und Ungarn

© Matthias Schrader/AP/dpa

Er ist vier Meter hoch und aus einem engmaschigen Gitter, oben rollt sich Nato-Stacheldraht mit rasiermesserscharfen Klingen. 175 Kilometer misst der neue Zaun an der ungarischen Grenze zu Serbien, unüberwindbar für **Flüchtlinge**. Als nächstes plant Ungarn einen Zaun zu Rumänien.

Das Nachbarland Bulgarien hat Ähnliches vor und will an der Grenze zur Türkei seinen 35 Kilometer langen Zaun um noch einmal 130 Kilometer verlängern. Auch Griechenland hat bereits einen zwölf Kilometer Zaun zur Türkei errichten lassen.

Es ist ein Millionengeschäft für die Hersteller von Stacheldraht. Allein in den Zaun an der ungarisch-serbischen Grenze investierte die Regierung rund 20 Millionen Euro. Über eine europaweite Ausschreibung suchte die Regierung in Budapest im August nach 9.000 bis 10.000 Rollen des Spezialdrahts.

Nato-Stacheldraht gilt als besonders gefährlich. Verfährt sich ein Mensch oder ein Tier in dem Zaun, sorgen zu Widerhaken geformte Metallklingen dafür, dass das Verletzungsrisiko bei jeder Bewegung steigt. Tiefe Schnittwunden sind keine Seltenheit. In der spanischen Exklave Melilla sind sogar schon Menschen an den Folgen der Begegnung mit Nato-Draht gestorben.

Den Zuschlag für den ungarischen Grenzzaun hat am Ende laut *El País* das spanische Unternehmen European Security Fencing (ESF) erhalten. Es soll sich um ein Millionengeschäft handeln, die Firma will sich nicht dazu äußern. Das Unternehmen aus dem andalusischen Malaga beschreibt sich selbst auf der Homepage als "einziger Nato-Draht-Hersteller in Europa" und wirbt mit seinen "passiven Sicherheitssystemen". Für Grenzanlagen bietet ESF etwa das Modell "Klingendraht 22" ("Concertina 22") an: 22 Millimeter messen die scharfen Klingen der Widerhaken. EFS wirbt offensiv mit seinen Kunden: der Türkei, Griechenland, Rumänien,

Das Milliardengeschäft mit den Grenzzäunen Europa baut immer mehr Zäune, um seine Außengrenzen zu schützen. Die Gewinner sind Hersteller von Nato-Draht und Rüst....

Spanien. ESF-Draht sichert also vor allem EU-Außengrenzen. Insbesondere in den spanischen Exklaven Ceuta und Melilla in Nordafrika schottet sich Europa mit ESF-Draht ab.

Vom Drang der Politik, Europas Grenzen besser zu schützen, profitiert die Sicherheitsbranche enorm. Der Londoner Branchendienst Strategic Defence Intelligence (SDI) prognostiziert, dass die EU in den kommenden zehn Jahren zu einem der größten Absatzmärkte für Grenzverteidigung weltweit wird. Jährlich erwartet SDI ein Wachstum von knapp zwei Prozent. SDI schätzt, dass die Privatwirtschaft in diesem Jahr fast vier Milliarden Dollar mit dem Schutz der EU-Grenzen verdient.

Von 2014 und 2020 stellt die EU mehr als neun Milliarden Euro für die Sicherung der Grenzen zur Verfügung. Seit dem Jahr 2000 kostete die Sicherung der Außengrenzen 1,6 Milliarden. Dazu kommen rund 200 Millionen Euro für die Implementierung des IT-Systems Eurosur, 70 Millionen Euro für die Anschaffung von Zäunen in Spanien und Griechenland und zehn Millionen Euro für die Instandhaltung der Grenze der spanischen Enklaven.

Wie sehr Europas Grenzsicherung zu einem Milliardengeschäft wurde, zeigt das Datenprojekt *The Migrants' Files*. Ein Journalistenteam wertete monatelang zahlreiche Dokumente der EU-Kommission, der Vereinten Nationen und Zeitungsberichte aus. Am Ende bezifferte es die Kosten der EU-Einwanderungspolitik auf bis heute insgesamt 2,88 Milliarden Euro. Allein die europäische Grenzsicherungsagentur Frontex hat seit ihrer Gründung 2004 jährliche Ausgaben von rund einer Milliarde Euro.

Bei Pro Asyl stoßen diese Milliardenbeträge auf Kritik. "Betrachtet man die Summen, die von Europa in die Sicherheitsapparate fließen und vergleicht sie mit der Unterstützung zum Schutz der Menschen- oder Flüchtlingsrechte, so werden Prioritäten sichtbar", sagt der stellvertretende Geschäftsführer, Bernd Mesovic.

Zumal Unternehmen wie der Rüstungskonzern EADS sich einmischen. Wie das ARD-Magazin *Report Mainz* und der *Spiegel* im Frühjahr aufdeckten, hat die Rüstungsindustrie in den vergangenen Jahren erheblichen Einfluss auf die EU-Sicherheits- und Grenzpolitik genommen.

Im sogenannten Europäischen Sicherheitsforschungsprogramm (ESFP) beraten Sicherheitskonzerne die EU-Kommission in technischen Fragen. Die Mission des Programms ist unter anderem "die intelligente Überwachung und Grenzschutz" sowie der "Schutz der Bürgerinnen und Bürger", wie es auf der Internetseite heißt. Allein bis zum Jahr 2013 investierte die EU mehr als 50 Milliarden Euro in das ESFP. Für die Forschungsförderung im Themenbereich "Sicherheit" stellte die EU im Zeitraum von 2007 bis 2013 insgesamt 1,4 Milliarden Euro zur Verfügung.

Aufrüstung verteuert die Fluchtkosten

In verschiedenen Beratergremien zum ESFP waren Angaben des *Spiegel* zufolge Vertreter der Rüstungswirtschaft in leitenden Positionen zugegen. Federführend sind dabei Experten des europäischen Rüstungskonzerns EADS, zu dem auch Airbus gehört. Konzerne wie EADS und Thales sitzen auch in der aktuellen ESFP-Beratergruppe mit am Tisch und sichern sich Forschungsgelder für Drohnen- und Infrarottechnik und lukrative Geschäftsaufträge. Die Rüstungssparte des Airbus-Konzerns entwickelte Angaben der rumänischen Regierung zufolge für das Land komplette Grenzschutzsysteme. Im vergangenen Jahr musste der Konzern Schmiergeldzahlungen für Geschäfte in Rumänien und Saudi-Arabien zugeben.

Die Aufrüstung der Grenzen mag für Unternehmen ein gutes Geschäft sein. Auf der anderen Seite stiegen die Preise für die illegale Einreise, sagt Mesovic von Pro Asyl. Am Ende könnten sich nur noch die wirtschaftlich besser gestellten Flüchtlinge die Flucht leisten. Je höher die Zäune, je schneller die Schiffe, je besser die Überwachungstechnik, desto teurer wird der Service Schleuser. Die Vereinten Nationen schätzen das Volumen des weltweiten Menschenschmuggelgeschäfts auf mehrere Milliarden Dollar.

Die Schleuser finden immer neue Routen, um die hochgerüsteten Grenzen zu umgehen - und verlangen dafür höhere Preise. Und die Unternehmen fordern höhere Preise für ihren Grenzschutz mit der Begründung, ihre neue Technologie schrecke die immer besser werdenden Schleuser tatsächlich ab.

Das Milliardengeschäft mit den Grenzzäunen Europa baut immer mehr Zäune, um seine Außengrenzen zu schützen. Die Gewinner sind Hersteller von Nato-Draht und Rüst....

Es ist ein Wettrennen, in dem Menschen auf der Flucht nur verlieren können.

Load-Date: October 16, 2015

End of Document

Herzensgute Menschen; Sächsische CDU-Abgeordnete suchen den Kontakt zu Flüchtlingsgegnern. Auch weil sie inhaltlich manche Positionen teilen - und weil man sich persönlich kennt.

ZEIT-online

Donnerstag 17. Dezember 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: CDU Sachsen; Ausg. 50

Length: 1179 words

Byline: Susanne Kailitz

Body

Willkommene Gesprächspartner für manche in der sächsischen CDU: Teilnehmer der Pegida-Kundgebung am Montag in Dresden

© Sebastian Kahnert/dpa

Berührungängste? Die kennt Sebastian Fischer nicht, weder im direkten Kontakt noch im virtuellen Raum. Der sächsische CDU-Landtagsabgeordnete ist derzeit überall dabei, wo es um die Ängste von Bürgern vor Fremden und **Flüchtlingen** geht: auf Demonstrationen sogenannter **Asylgegner**, bei Pegida, in Facebookgruppen wie "Betroffene von Ausländerkriminalität in Sachsen".

Das, so sagt er, sei sein Job als direkt gewählter Abgeordneter, ganz egal, ob ihm das schlechte Presse bringe oder nicht. "Ich muss mit den Leuten reden; ich muss das aufnehmen, was sie umtreibt." Er gehe bewusst in diese Diskussionen, um Vorurteile Argumente gegenüber zu stellen und den Menschen das Gefühl zu geben, dass die Politik sie ernst nehme und nicht einfach nur abtue.

Dass Fischer im Frühjahr gern bei Pegida gesprochen hätte, hat vor allem außerhalb Sachsens viele irritiert. Er selbst sieht die Ablehnung seines Angebots durch die Organisatoren als Erfolg. "Damit hat Bachmann sich doch ganz klar selbst bloßgestellt und eingeräumt, dass er Angst vor der Diskussion hat." Ihm selbst blieb dadurch eine Debatte über eine Verandelung mit der rechten Bewegung erspart.

Die anderen Parteien tun sich schwer mit dem, was sich seit mehr als einem Jahr an rechten Bestrebungen entwickelt und durch die Flüchtlingskrise noch verstärkt hat. Auch die Bundes-CDU grenzt sich klar von der AfD und von Pegida ab. In der sächsischen CDU suchen aber einige bewusst den Kontakt zu denen, die das bestehende politische System ablehnen, denen Politiker als "Volksverräter" gelten und die nach Einschätzung vieler Beobachter für die parlamentarische Demokratie eigentlich verloren sind.

Für Fischer ist die Annäherung an den rechten Rand dagegen bewusste Strategie: Der 34-Jährige gehört zu denjenigen in seiner Partei, die die CDU auf patriotischeren Kurs bringen wollen und glauben, eine

Herzensgute Menschen Sächsische CDU-Abgeordnete suchen den Kontakt zu Flüchtlingsgegnern. Auch weil sie inhaltlich manche Positionen teilen - und weil man sich

Repräsentationslücke zu erkennen, weil ihre Partei zu links geworden sei und die demokratische Rechte nicht mehr ausreichend vertrete. Dass er sich so vehement denen zuwendet, die für Volksvertreter auch mal einen Galgen dabei haben, erstaunt dennoch: Immerhin regiert die CDU in Sachsen seit 1990. Sie vertritt also genau den Staat, gegen den sich die Pegida-Leute wenden.

Und nicht immer ist es nur politisches Kalkül, das sächsische CDUler an die Ränder und darüber hinaus treibt. Dass man als Volksvertreter nicht zimperlich sein dürfe, mit wem man rede, davon ist auch Fischers Fraktionskollegin Ines Saborowski-Richter überzeugt. Und wohl auch davon, dass man sich da, wo der Bürgerunmut brodelte, ganz wohl fühlen kann: Sie lief noch bis vor Kurzem bei "Schweigemärschen" im sächsischen Chemnitz mit, als Anwohner im Stadtteil Einsiedel gegen die Errichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge protestierten. Sie könne die Bedenken "meiner Einsiedler", wie sie die Anwohner nennt, verstehen, sagt sie: "In einem Stadtteil mit 2.500 Einwohnern sind 500 Flüchtlinge schon eine Hausnummer." Es gebe sehr viele Dinge, die gegen die Unterkunft sprächen: die schlechte Verkehrsanbindung, Sicherheitsbedenken, die Wasserversorgung, die wenigen Einkaufsmöglichkeiten. Und die Wut der Anwohner, deren Bauanträge immer wieder abgelehnt worden seien und die nun mit ansehen müssten, wie für die Flüchtlinge ganz schnell alles möglich gemacht werde, "die halte ich für nachvollziehbar".

Aber dass Anwohner von den Gegnern der Erstaufnahmeeinrichtung gewarnt werden, Flüchtlinge könnten bald "mit Ihren Kindern in Bus und Zug sitzen"? Das sei "natürlich Blödsinn", sagt Saborowski-Richter, man habe halt immer welche dabei, die generell keine Ausländer in ihrem Umfeld wollten. Die Mehrzahl denke aber so nicht.

Seit es in Einsiedel nicht mehr darum geht, dass keine alleinstehenden Männer kommen sollen, sondern die Demonstranten offen sagen, dass Flüchtlinge generell nicht willkommen seien, und sie immer wieder die Zufahrtswege zum Gelände blockieren, geht die CDU-Abgeordnete nicht mehr mit. Dass die Demonstrationen, an denen sie teilgenommen hat, von NDP-Leuten und bekannten Rechtsextremisten angemeldet wurden, reichte ihr für eine Distanzierung nicht aus.

Auch mit den Vorwürfen, die Behörden würden lügen, wenn es um die Flüchtlinge gehe, geht sie entspannt um. Dass bei einer Besichtigung der Unterkunft in Einsiedel nicht alle Gebäudeteile gezeigt worden und die Zimmer mit frisch gestrichenen Wänden verschlossen geblieben seien, sei eben "ein Riesenfehler" gewesen, der die Leute zu Recht erbost habe. Sie hoffe, dass es vor Ort "nicht zu Gewalt" kommt, sagt Saborowski-Richters. Dass sie den "Widerstand" aber lange Zeit durch ihre Anwesenheit legitimiert und vielleicht sogar angeheizt hat, das kommentiert sie nicht.

Wir hier unten gegen die da oben: Das ist die Strategie der Schweigemarschierer und Pegidisten. Ob die Strategie von Fischer, Saborowski-Richter und anderen sächsischen CDUlern aufgeht, dieses Reservoir durch Annäherung aufzufangen, darf bezweifelt werden. Schließlich gehören sie aus Sicht der Flüchtlingsgegner zum politischen Establishment oder zumindest zu denen, die nichts dagegen tun, dass immer mehr Migranten kommen.

Alte Bekannte

Dass es in Teilen der Sachsen-CDU so wenig Abgrenzung zu Ausländerfeinden gibt, dürfte aber nicht nur daran liegen, dass man einige Positionen teilt. Es hat auch mit einer gewachsenen Nähe zu tun. Für Daniela Kuge etwa, Meißner Landtagsabgeordnete, ist Pegida-Organisator Siegfried Däbritz einfach nur "der Sigg". Sie kenne ihn seit Jahren, privat halte sie ihn für "einen herzensguten Menschen", auch wenn ihr seine Pegida von Anfang an "suspekt" gewesen sei.

Auch Fischer und Saborowski-Richter erzählen, dass viele, die heute bei Pegida mitliefen oder gegen Ausländer demonstrierten, alte Bekannte seien. Eine deutliche Abgrenzung fällt da offenbar schwer. Wie weit die gemeinsame Geschichte geht, machte Nico Köhler, CDU-Ortsvorsitzender in Grüne-Mittelbach, jüngst in einem Interview deutlich. Mit einem der Organisatoren des Einsiedler Protests, der Kontakte zur Terrorgruppe NSU gehabt haben soll, sei er gemeinsam in einer Chemnitzer Plattenbausiedlung aufgewachsen - und überhaupt verweigere er "als Demokrat niemandem das Gespräch".

Herzensgute Menschen Sächsische CDU-Abgeordnete suchen den Kontakt zu Flüchtlingsgegnern. Auch weil sie inhaltlich manche Positionen teilen - und weil man sich

Wenn aber Abgeordnete dem System, das sie vertreten, selbst die Unterstützung entziehen, ist Sorge angebracht. Auch Daniela Kuge sorgte für Aufsehen, als sie bei einer Veranstaltung sagte, Bürger sollten sich gegen geplante Flüchtlingsunterkünfte "wehren", indem sie Briefe und Petitionen schrieben. Kuge sagt, dieser Satz sei gefallen, als Teilnehmer der Veranstaltung angekündigt hätten, sie würden die Heime anzünden. Da habe sie deeskalieren wollen. Zurück nimmt sie die Aufforderung jedoch nicht.

Load-Date: December 17, 2015

End of Document

**Müller fordert faire Preise für afrikanische Produzenten;
Entwicklungsminister Gerd Müller kündigt eine neue Afrikapolitik an.
Europas Wohlstand gründe sich noch immer auf der Ausbeutung Afrikas.**

ZEIT-online

Sonntag 26. April 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 17

Length: 417 words

Body

Gerettete **Flüchtlinge** bei ihrer Ankunft in Catania im Süden Italiens

© Alessandro Bianchi / Reuters

Bundesentwicklungsminister Gerd Müller will angesichts der **Flüchtlingskatastrophe** auf dem Mittelmeer die Hilfen für Afrika neu organisieren. Der CSU-Politiker sagte der *Welt am Sonntag*, die Wirtschaft müsse mehr in die Pflicht genommen werden. Es werde Zeit, dass afrikanischen Produzenten faire Preise gezahlt würden. "Die Marktverhältnisse müssen sich ändern", sagte Müller.

Viel zu lange habe Europa den afrikanischen Kontinent ausgebeutet. "Wir Europäer haben wertvolle Ressourcen zu Niedrigstpreisen bekommen und den Arbeitskräften Sklavenlöhne gezahlt." Auch auf dieser Ausbeutung gründe sich Europas Wohlstand, sagte Müller. Nicht zuletzt durch Europas Vergangenheit als Kolonialherren trage man große Verantwortung.

Den Kurswechsel in der Afrika-Politik begründete Müller damit, dass mit einigen zusätzlichen Milliarden für die Entwicklungshilfe die Herausforderungen nicht bewältigt werden könnten. Müller forderte die deutsche, aber auch europäische Wirtschaft dazu auf, die Chancen des Kontinents zu nutzen und dort zu investieren. Internationale Konzerne müssten unter Beweis stellen, dass sie ihr Geld von der Öl- bis zur Schokoladenproduktion nicht auf Kosten der Menschen am Anfang der Produktionskette verdienen.

Das "alte System vom reichen Europa und dem armen Afrika" habe keine Zukunft, sagte der Entwicklungsminister weiter und forderte ein Umdenken in der Entwicklungspolitik. Afrika müsse als gleichberechtigter Partner behandelt werden. Über den Markt könnten Milliardensummen in die afrikanischen Länder geleitet werden, "ohne dass es unseren Wohlstand in Europa schmälern würde", sagte Müller.

Bei dem bislang tödlichsten Flüchtlingsunglück im Mittelmeer waren vor einer Woche mehr als 800 Menschen ertrunken. Der Internationalen Organisation für Migration (IOM) zufolge ist die Zahl der Toten im Mittelmeer seit Jahresbeginn damit auf mehr als 1.750 gestiegen. Am Samstag hatte die italienische Marine vor der libyschen Küste erneut 274 Flüchtlinge aus dem Meer gerettet, am Vortag waren 334 Menschen aus Seenot gerettet worden.

Müller fordert faire Preise für afrikanische Produzenten Entwicklungsminister Gerd Müller kündigt eine neue Afrikapolitik an. Europas Wohlstand gründe sich noch....

Die Flüchtlinge kommen oftmals aus Ländern wie Eritrea, dem Niger, Nigeria oder Syrien. Sie fliehen vor Bürgerkrieg, Verfolgung und Armut, weshalb auch die Befriedung der Konflikte in den Ländern selbst sowie wirtschaftlicher Aufschwung wichtige Mittel sind, um das Massensterben im Mittelmeer einzudämmen.

Load-Date: April 26, 2015

End of Document

Endstation Flensburg; Weil Dänemark sie nicht nach Schweden passieren lässt, harren Hunderte Flüchtlinge in Flensburg aus. Helfer versorgen sie am Bahnhof. Wie es weitergeht, weiß niemand.

ZEIT-online

Freitag 6. November 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Flüchtlinge; Ausg. 45

Length: 1397 words

Byline: Andrea Jeska

Body

"Wir müssen flexibel bleiben": Ein Helfer in gelber Weste führt **Flüchtlinge** durch den Flensburger Bahnhof.

© Carsten Rehder/dpa

Um kurz nach zwölf Uhr am Mittwoch ist die Ruhe für Mahmoud El Amaar vorbei. 250 Menschen eilen aus dem Zug aus Hamburg und drängen frierend vom zugigen Bahnsteig in die wärmere Bahnhofshalle der Stadt Flensburg. Gleich bilden sich lange Schlangen vor der Essensausgabe, Kinder weinen, Männer diskutieren aufgebracht. Das Ziel der Flüchtenden lautet fast immer: Schweden. Doch schon im Zug hat sich herumgesprochen, dass Flensburg wohl Endstation sei, zumindest für diesen Tag. Warum das so ist, weiß keiner.

Der Dolmetscher El Amaar steigt auf einen Tisch und versucht, das Stimmengewirr in der Halle zu übertönen. Auf Arabisch sagt er, die dänische Polizei kontrolliere Reisende nach Schweden seit dem Vorabend wieder, hole sie teilweise aus den Bussen und zwangsregistriere sie in Dänemark. Auch wer kein **Asyl** in Dänemark beantragen wolle, könne nicht nach Schweden weiterreisen, er werde nach Deutschland zurückgeschickt oder in eine Sammelstelle nach Kopenhagen gebracht. Eine Fahrkarte bis nach Malmö zu kaufen, sei daher ein Risiko. Wer nicht mehr genügend Geld habe, solle zunächst in Flensburg bleiben und abwarten. Etwa 500 **Flüchtlinge** harren an diesem Tag schon am Bahnhof aus und warten auf eine Reisemöglichkeit, eine, die vielleicht komplizierter, aber dafür sicherer vor Kontrollen ist.

Dass die ohnehin schon schwierige Situation in Flensburg noch unübersichtlicher wird, weiß an diesem Mittwoch noch niemand: Schwedens Migrationsminister Morgan Johansson verkündet am Donnerstag, sein Land habe die Grenze des Machbaren erreicht. Neuankömmlinge hätten die Wahl entweder nach Dänemark oder Deutschland zurückzukehren, oder sich selbst eine Unterkunft zu suchen.

Noch während Mahmoud El Amaar seine Ansage macht, werden die anderen ehrenamtlichen Dolmetscher im Bahnhofsgebäude umringt. Sie alle sind Mitarbeiter des Helfernetzwerks Refugees Welcome oder der Bahn, auf ihren Westen kleben Zettel, auf denen steht, welche Sprachen sie sprechen: Englisch, Arabisch, Farsi, Urdu. Viele

Endstation Flensburg Weil Dänemark sie nicht nach Schweden passieren lässt, harren Hunderte Flüchtlinge in Flensburg aus. Helfer versorgen sie am Bahnhof. Wie e....

von ihnen haben einmal selber erlebt, was die Menschen um sie herum gerade durchmachen: die Erschöpfung einer monatelangen Flucht.

Flüchtlinge fürchten eine finanzielle Katastrophe

Flensburgs Bahnhofshalle, sonst ein stiller Ort mit einem Zeitungskiosk und einem Bistro, sechs Gleisen und Zügen, die größtenteils nach Norden gehen, ist seit Wochen Sammelpunkt für durchreisende Flüchtlinge nach Skandinavien. Täglich kommen dort bis zu tausend Menschen an. Sie gelangen über Hamburg in die Stadt an der deutsch-dänischen Grenze und besteigen Züge und Busse nach Kopenhagen, nach Fredericia. Die meisten reisen von dort weiter nach Schweden.

Refugees Welcome Flensburg wurde gegründet, um diese Menschen zu versorgen. Täglich organisieren Dutzende von ehrenamtlichen Helfern Essen und Wasser, die Stadt Flensburg hat Sporthallen zu Übernachtungsplätzen umfunktioniert, die Bahn stellt tagsüber die Bahnhofshalle als Aufenthaltsraum zur Verfügung. Dort stehen Kinderbetten und es gibt eine Spielecke, Essen, Hygieneartikel.

Das Helfernetzwerk leistet Transithilfe, es plant die Weiterreise der Flüchtlinge und finanziert sie manchmal. Jedenfalls bis zu jenem Tag Ende Oktober, als die dänische Polizei begann, die Busse zu kontrollieren und Flüchtlinge nach Deutschland zurückzuschicken. Für einige der Reisenden nicht nur eine emotionale, sondern auch eine finanzielle Katastrophe. 66 Euro kostet ein Ticket bis Malmö, für eine Sechsergruppe 234 Euro. Geld, das sie dann umsonst ausgeben. Nach einer der langen Flucht, so kurz vor dem Ziel, haben die meisten von ihnen nicht mehr viel übrig.

Die ersten Flüchtlinge dieses Tages kamen um 5.36 Uhr, die nächsten mit dem Zehn-Uhr-Zug. Mitten in der Nacht hatten die Helfer einen Anruf erhalten. Unterstützer aus Hamburg bereiteten sie darauf vor, dass am folgenden Tag besonders viele Menschen in Flensburg ankommen würden, da sich bei ihnen am Hauptbahnhof so viele versammelt hätten. Sie würden Hunderte auf die Reise schicken.

Die Geduld der Flensburger nimmt ab

Unter den 250 Flüchtlingen, die um kurz nach zwölf ankommen, sind Syrer, Afghanen, Iraker, Kosovaren, eine Familie aus Togo, etliche junge Männer aus Mali, mehrere Dutzend Kinder, Mütter mit Babys und eine 85-jährige Frau im Rollstuhl, die sich mit ihren Kindern und Enkeln vor Wochen aus einem der syrischen Flüchtlingslager im Libanon aufgemacht hat.

Es wird Essen mit Schafskäse ausgegeben, Suppe und Salat. Wer schon etwas hat, sitzt auf schmalen Holzbänken, die Mülleimer sind übertoll. Ein wenig erinnert es an eine trubelige Markthalle, doch ohne die Fröhlichkeit. Viele der Ankömmlinge sehen ausgezehrt aus, hüllen sich frierend in Decken, sitzen müde auf dem kalten Boden. Es riecht säuerlich.

Der Dolmetscher El Amaar, Kind von Eltern, die vor vielen Jahren aus dem Libanon geflohen sind, ist eigentlich Bundeswehrsoldat. Erst engagierte er sich ehrenamtlich für die Flüchtlinge, inzwischen ist er von der Bundeswehr freigestellt. Die Situation sei mit den Wochen schwieriger geworden, stellt er fest. Die Spendenbereitschaft gehe zurück, die Geduld der Flensburger auch. "Vor allem das Katz-und-Maus-Spiel der Dänen ist ein Problem. Wir können den Leuten nicht mehr helfen, ein Ticket zu kaufen, wenn wir sie ins Ungewisse schicken", sagt er. Was die Dänen als Stichproben-Kontrolle im Rahmen üblicher Terrorismusbekämpfung ansähen, sei der Versuch, Flüchtlinge von der Weiterreise abzuschrecken.

Mit dem Zug angekommen ist auch eine Familie mit drei Kindern aus Syrien. Ramia, die Mutter, und Fahed, der Vater. Ihren Nachnamen wollen sie nicht nennen. Acht Wochen sind sie unterwegs, sie kommen aus einem kleinen Dorf, das es nach einem Angriff nicht mehr gibt, und wollen zu Verwandten in Schweden. Diese haben ihnen Bilder ihrer neuen Heimat geschickt. Ein schönes Land, sagt Ramia: "So friedlich und grün alles."

Endstation Flensburg Weil Dänemark sie nicht nach Schweden passieren lässt, harren Hunderte Flüchtlinge in Flensburg aus. Helfer versorgen sie am Bahnhof. Wie e....

Als Ramia und Fahed erfahren, dass es Probleme gibt, wirken sie verzweifelt. Eigentlich wollten sie doch gleich weiterreisen, noch am Abend in Schweden sein. Sie haben nur noch 120 Euro und wissen nicht, ob das reichen wird für ein 5-Personen-Ticket. Sie haben Angst, der erzwungene Zwischenaufenthalt in Flensburg werde zusätzlich Geld kosten. Erleichterung, als sie das Essen sehen, hören, dass sie in Flensburg schlafen und duschen können.

Währenddessen ist der erste Bus des Tages nach Dänemark abgefahren. Mit großer Verspätung, weil, so sagen die Flüchtlingshelfer, der Busfahrer eine Route nehmen wolle, die jenseits der Polizeikontrollen verläuft und sich dafür erst die Genehmigung seiner Vorgesetzten eingeholt habe. In den Zug, der um kurz vor eins nach Kopenhagen fährt, und in den vergangenen Wochen meist voll besetzt war, steigt heute kaum jemand ein.

Die Stadtverwaltung bleibt gelassen

Nur eine syrische Familie will nicht warten. Der Vater zählt sein Geld, es reicht noch bis zum ersten dänischen Bahnhof Padborg. Dann beantrage er eben Asyl in Dänemark, sagt der Vater, auch dort habe er Verwandte, die würden schon helfen. Seine Frau schaut skeptisch, er zuckt mit den Schultern und sagt: "Wir wollen endlich ankommen."

Die anderen Busse des Tages stehen vor dem Bahnhof, sie bleiben leer. Später wird jemand erzählen, der Bus vom Morgen sei von der dänischen Polizei gestoppt worden, doch mit welcher Konsequenz, weiß niemand. Der Informationsmangel mache den Helfern die Koordination sehr schwer, sagt El Amaar: "Von offizieller dänischer Seite bekommen wir keine Infos. Wenn wir kein Netzwerk hätten, darin auch Anwälte, dann wüssten wir keinen Tag, was eigentlich Sache ist."

Auch in der Stadtverwaltung Flensburgs weiß man nicht, wie es weitergehen wird mit dem Flüchtlingsverkehr nach Skandinavien. Die Lage am Bahnhof könne sich jeden Tag verändern, sagt Stadtsprecher Clemens Teschenberg, die Vorgehensweise sei daher dynamisch. Man erhalte zwar von der deutschen Polizei Informationen, wisse aber nie, wie viele Flüchtlinge es zu versorgen gebe.

Die Situation, dass Schweden weniger Flüchtlinge einreisen lassen könnte und dadurch noch mehr in Flensburg ausharren müssten, bereitet Teschenberg an diesem Mittwoch keine Sorgen. Die Stadt habe für alle Fälle Pläne, sagt er. "Wir bleiben flexibel." Dass aus der Befürchtung einen Tag später Realität zu werden droht, ahnt er zu diesem Zeitpunkt noch nicht.

Load-Date: November 6, 2015

"Der deutsche Sport ist noch zu weiß"; In Sonntagsreden feiert der deutsche Sport seine Vielfalt. Doch Migranten treten selten in Vereine ein. Wie ernst ist ihm Integration wirklich? Ein Streitgespräch

ZEIT-online

Donnerstag 26. Mai 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Integration im Sport; Ausg. 22

Length: 1587 words

Byline: Oliver Fritsch

Body

Stilleben in einer deutschen Turnhalle

© SirName / photocase.de

ZEIT ONLINE: Liebe Frau Ferhad, lieber Herr Weiss, wir wollen heute über Vielfalt im Sport sprechen. Zunächst eine Frage, die das ganze Land, aber auch den Sport betrifft: Die AfD ist im Aufwind, eine Partei, in der Fremdenfeinde führende Positionen innehaben. Was heißt das für den Sport? Hält er an seinem Kurs fest, wird er weiter für Integration stehen und werben?

Ingo Weiss: Ganz klar, ja. Der deutsche Sport steht für Vielfalt. In der AfD verfolgen einige fatale Ziele, ihr Programm ist aus der Vergangenheit. Frauen sollen zurück an den Herd und Muslimen macht man das Leben schwer. Wir vom DOSB haben aber starke Abwehrkräfte. Ich bin froh, dass sowohl das Präsidium als auch der Vorstand des DOSB Fremdenfeindlichkeit keine Chance geben und gemeinsam für Weltoffenheit stehen.

Breschkai Ferhad ist in Berlin geboren, ihre Eltern stammen aus Afghanistan. Mit ihrer Arbeit für verschiedene Organisationen fördert sie seit Jahren die Themen Demokratie und Toleranz, von 2010 bis 2014 für den Berliner Fußballverband. Zurzeit leitet sie die Koordinierungsstelle der Neuen Deutschen Organisationen.

© privat

Breschkai Ferhad: Rassismus gab es in Deutschland schon immer, auch vor den Erfolgen der AfD. Davon weiß jeder zu berichten, der in Deutschland lebt und nicht weiß ist, auch ich. Zurzeit erleben wir einen bedenklichen Rechtsruck, das sind die Spätfolgen Sarrazins. Der Sport kann Vorreiter einer Gegenbewegung sein. Allerdings bin ich skeptisch. Vieles, was ich von seinen Vertretern höre, sind nur Sonntagsreden. Und der deutsche Sport ist noch zu weiß, damit meine ich vor allem: Er wird fast ausschließlich von deutschen Männern geführt.

Weiss: Das stimmt nicht. Sie müssen nur mal auf die Homepage des Hochschulsports meiner Uni Münster, einer Basisorganisation, klicken, da lesen Sie als Erstes: "Wir sind bunt!" Und wir haben viele Programme ins Leben

"Der deutsche Sport ist noch zu weiß" In Sonntagsreden feiert der deutsche Sport seine Vielfalt. Doch Migranten treten selten in Vereine ein. Wie ernst ist ihm

gerufen. Integration durch Sport, das große Projekt des DOSB, ist beispielhaft für gelungene Integrationsarbeit durch Sport, egal ob weiblich oder männlich.

ZEIT ONLINE: Kritiker sagen, der DOSB und die Deutsche Sportjugend seien vor allem erfolgreich darin, mit klugen Anträgen Steuergeld zu akquirieren.

Weiss: Wir leisten Integration aus Überzeugung und mit Erfolg. Schauen Sie nur mal zum Beispiel, wer in Deutschland Basketball spielt. Wir haben Spieler aus allen Ländern, nicht nur in den höchsten Ligen.

ZEIT ONLINE: Forscher sagen, der deutsche Vereinssport habe, von Fußball und Kampfsport abgesehen, wenig Anziehungskraft auf Kinder und Enkel von Migranten. Sie treiben zwar Sport, aber treten nicht in Vereine ein.

Weiss: Das stimmt nur zum Teil und da, wo es stimmt, gibt es Gründe, an denen wir so schnell nichts ändern können. Sportarten wie Handball oder Hockey haben in Ländern wie der Türkei oder Griechenland nun mal keine Tradition.

Ferhad: Aber das kann doch in der dritten Generation der Einwanderer nicht mehr der entscheidende Grund sein. Ich habe den Eindruck, vielen Sportarten ist das Thema nicht so wichtig.

Weiss: Ich gebe zu, es gibt noch viele Menschen, Jugendliche, Kinder mit Migrationshintergrund, um die sich der Sport intensiver bemühen muss.

Ferhad: Ich möchte etwas Generelles sagen: Ich bin hier geboren, mein Sohn auch. Ich wäre tödlich beleidigt, wenn man um ihn mit einem Programm werben müsste. Ohnehin klingt Migrationshintergrund nach Krankheit. Im Spaß sage ich immer "m.H.". Dieses sprachliche Anhängsel verrät den defizitären Blick derjenigen, die es äußern.

Ingo Weiss ist seit 2002 Vorsitzender der Deutschen Sportjugend, dadurch Mitglied im Präsidium des DOSB und seit 2006 Präsident des Deutschen Basketball Bundes.

© David Ebener/dpa

Weiss: Das will ich mir gerne zu Herzen nehmen. Verraten Sie mir bitte, wie wir sensibler mit dem Thema umgehen können?

Ferhad: Die Frage, wenn man auf jemanden Neuen zugeht, sollte jedenfalls nicht sein: Was fehlt ihr oder ihm? Sondern: Was bringt sie oder er mit, von dem wir, als Verein zum Beispiel, profitieren können?

Weiss: Glauben Sie mir, ich als Basketballpräsident will alle, den Deutschen, den Türken, den Griechen, den Syrer. Herkunft und Pass sind mir gleich. Wir brauchen Spielerinnen und Spieler, egal woher.

ZEIT ONLINE: Kommen wir noch mal zum Handball. Vertreter des Verbands, das sagen sie selbst, haben das Thema lange vernachlässigt, inzwischen aber als Problem erkannt. Weil ihnen an der Basis die Mitglieder ausgehen, gehen sie nun in Schulen, mit dem ausdrücklichen Ziel, Kinder und Enkel von Migranten zu gewinnen.

Ferhad: Das ist ein Schlüssel zum Erfolg. Verbände und Vereine sollten die Zusammenarbeit mit der Schule ausbauen, da ließe sich sehr viel verbessern. Ein Verein wie Alba Berlin macht das seit Jahren gut und erfolgreich, das weiß ich aus meiner Zeit im Berliner Sport. Daran können sich andere was abschauen.

Weiss: Ich will aber einem Eindruck entgegentreten. Nur weil in manchen Sportarten möglicherweise Kinder von Migranten unterrepräsentiert sind, heißt das doch noch lange nicht, dass Ausländerhass oder Fremdenfeindlichkeit die Ursache ist. Vielleicht hat es damit zu tun, dass Basketball mehr ein Straßensport ist. Auf Schulhöfen oder in Parks hängen eher Körbe, als dass dort Tore stehen.

ZEIT ONLINE: Auf Fremdenfeindlichkeit wollte ich auch nicht hinaus. Aber vielleicht gibt es unterschwellige Signale. Ist Handball vielleicht zu Turnvater-Jahn-haft, zu altdeutsch, uncool?

"Der deutsche Sport ist noch zu weiß" In Sonntagsreden feiert der deutsche Sport seine Vielfalt. Doch Migranten treten selten in Vereine ein. Wie ernst ist ihm

Ferhad: Würde man ein Ranking aufstellen, welcher Sport der alten Bundesrepublik am meisten ähnelt, wäre Handball sicher nicht an letzter Stelle.

ZEIT ONLINE: Sie meinen Kistenbier und Fleischsalat im Vereinsheim?

Weiss: Basketball ist jedenfalls urbaner, undeutscher, wenn Sie so wollen. Da hat es der Basketball vielleicht leichter. Ich glaube aber, dass es im Handball einfach noch ein bisschen Zeit braucht. Es gibt längst bunt zusammengewürfelte Kinder- und Jugendmannschaften dort, wo viel Handball gespielt wird. Das muss sich entwickeln. Im Basketball haben wir nun auch ein Vorbild, Dennis Schröder. Von ihm profitieren wir sportlich, aber auch von seiner Ausstrahlung. Er hat durch den Basketball einen starken sozialen Aufstieg erlebt.

ZEIT ONLINE: Er wurde aber lange von Vereinen übersehen und lernte das Spiel auf der Straße.

Weiss: Stimmt. In Deutschland spielen 700.000 Menschen Basketball, allerdings nur 200.000 im Verein. Da hätte ich tatsächlich gerne mehr. Ich hoffe, der Erfolg von Dennis zieht auch andere mit.

ZEIT ONLINE: Kommen wir zum Fußball. Der galt lange als altbacken. Inzwischen gilt das Team von Mesut, Jérôme, Sami und Leroy als Aushängeschild des Merkel-Deutschlands. Ist dieser Sport ein Vorbild für andere?

Ferhad: Der Fußball darf sich als Glücksfall betrachten. Den mögen alle, und Integration klappt dort auch im Großen und Ganzen. Aber wie sieht es in der Otto-Fleck-Schneise aus? Fast ausschließlich weiße Männer beim DFB, wie fast überall im Vereinssport.

Weiss: Bin ich ja auch, und ich heiße sogar noch so.

Ferhad: Das kann man Ihnen beides wirklich nicht vorwerfen.

Weiss: In diesem Punkt gebe ich Ihnen aber recht. Auch ich wünsche mir mehr Vielfalt bei Trainern oder Schiedsrichtern, Funktionären und Ehrenamtlichen. Und bitte auch mehr Frauen. Ich fordere alle auf, zu uns zu kommen. Hier stehen allen alle Türen offen. Ob Sportler, Trainer oder Steuerberater, ob Arzt oder Hausmeister.

ZEIT ONLINE: Vielleicht wurzelt das Problem woanders. In Deutschland ist der Sport, wie so vieles, bürokratisch organisiert. Es gibt Verbände, Unterverbände, Vereine, Sportbünde in Land, Kreis und Stadt, Ausschüsse, Unterausschüsse, Satzungen, Vorstände, Präsidenten, die sich wahnsinnig wichtig nehmen. Vielleicht stößt diese Vereinsmeierei viele ab?

Ferhad: Ich bin gar nicht gegen Organisation. Aber der deutsche Sport hat in der Tat etwas Paternalistisches. Das kann befremdlich wirken.

ZEIT ONLINE: Möchten Sie den Spieß mal umdrehen, Herr Weiss, und fragen: Warum werden so wenige Migranten Vorsitzende in Sportvereinen? Es hindert sie ja keiner. Anders gefragt: Gehören nicht immer zwei dazu?

Weiss: Abschotten ist jedenfalls von beiden Seiten nicht gut. Ich denke an das Phänomen der eigenethnischen Vereine.

Ferhad: Wer die Frage so stellt, übersieht, dass es zumindest in manchen Sportarten noch immer soziale Schranken gibt, von denen Migrantenkinder eher betroffen sind. Und dass Vereine, die Croatia oder Türkspor im Namen tragen, mit solchen, die FC oder Borussia heißen, in einer Liga spielen, kann man ja auch als Form von Integration werten.

Weiss: Ich lehne das auch nicht ab. Aber schöner ist doch, wenn alle alles gemeinsam machen.

ZEIT ONLINE: Tut der Sport in Sachen Integration genug?

Ferhad: Auch wenn ich die vielen Bemühungen im Sport nicht übersehe, sage ich: Nein. Der Sport sollte Einwanderer als Bereicherung empfinden, nicht als Last. Die ganze Gesellschaft sollte das. Ich habe generell den

"Der deutsche Sport ist noch zu weiß" In Sonntagsreden feiert der deutsche Sport seine Vielfalt. Doch Migranten treten selten in Vereine ein. Wie ernst ist ihm

Eindruck, Deutschland wiederholt die Fehler der westdeutschen Nachkriegszeit, als man glaubte, die Gastarbeiter, wie man sie nannte, später wieder loszuwerden.

Weiss: Ich sage: Ja. Der deutsche Sportverein ist und bleibt ein Träger der Zivilgesellschaft. Man muss nur sehen, wie viele Flüchtlinge zurzeit bei uns aufgenommen werden. Ich nehme die Kritik von Frau Ferhad aber gerne auf. Wir können sicher noch eine Schippe drauflegen, aber natürlich nicht alle gesellschaftlichen Probleme alleine lösen.

Ferhad: Darin sind wir uns einig.

Load-Date: May 26, 2016

**Außer Torte nichts gewesen; Abschottung oder endlose
Aufnahmebereitschaft? In Magdeburg wollte die Linke über ihre
Flüchtlingspolitik diskutieren. Doch dann wurde Sahra Wagenknecht
attackiert.**

ZEIT-online

Samstag 28. Mai 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Linken-Parteitag; Ausg. 22

Length: 949 words

Byline: Tilman Steffen

Body

In Magdeburg suchen die Delegierten der Linken nach einem neuen Kurs.

©Peter Endig/dpa

Man weiß nicht, wie viel Kritik sich Sahra Wagenknecht hätte anhören müssen auf dem Parteitag der Linken in Magdeburg. Für ihr provokantes Reden von den erreichten Kapazitätsgrenzen Deutschlands in der **Flüchtlingskrise**, von der Endlichkeit der Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung. Obergrenzen für **Flüchtlinge**, Abschottung nach außen - das ähnelt dem Vokabular der **Flüchtlingsfeinde**, dem der Rechtspopulisten der AfD. Und das stößt bei vielen Linken auf Kritik.

Unter den Delegierten rechnete man durchaus mit Parteitagsteilnehmern, die sich vorbereitet hatten, Wagenknecht am Mikrofon die Meinung zu geigen. Und mit solchen, die ihr beispringen wollten, weil sie ebenso davon überzeugt sind, dass die Linke die Politik der bedingungslos offenen Grenzen beenden sollte. Doch ein Torten-Angriff auf Sahra Wagenknecht legte die Debatte lahm.

Parteichef Riexinger musste seine Rede unterbrechen, weil ein Mann nach vorn gestürmt war, Flugblätter herum warf und Wagenknecht eine Schokoladentorte ins Gesicht schleuderte. Die Bundestags-Fraktionschefin verließ den Tagungsort, der Täter wurde festgehalten. Später bekannte sich die selbst ernannte "Antifaschistische Initiative" zu dem Angriff und begründete ihn mit Wagenknechts Kurs in der Flüchtlingspolitik.

Knapp vier Stunden nach der Torten-Attacke ist @SWagenknecht wieder da. Anhaltender Applaus.
<https://t.co/zYMw1s7qzt> pic.twitter.com/ZpxQtn7mCw

- Tilman Steffen (@tilsteff) 28. Mai 2016

Zur Diskussion am Nachmittag standen zwei Leitanträge, mit denen die Linke ihre Ziele präzisieren und so den Zulauf zur AfD eindämmen will. Der Reichtum soll umverteilt, Großverdiener stärker besteuert und die Merkelsche

Außer Torte nichts gewesen Abschottung oder endlose Aufnahmebereitschaft? In Magdeburg wollte die Linke über ihre Flüchtlingspolitik diskutieren. Doch dann wird....

Sparpolitik beendet werden. Zudem will die Partei eine "sanktionsfreie Mindestsicherung" einführen und stärker gegen Rechtsextremismus ankämpfen.

Die Delegierten schienen es dabei vermeiden zu wollen, die attackierte Fraktionschefin Wagenknecht für ihre Haltung direkt anzugreifen. Die Wortmeldungen drehten sich um die Frage, ob die SPD die Kurve kriegt und auch darum, wie die Linke für Koalitionen mit den Grünen anschlussfähig wird.

Die Berlinerin Lucy Redler positionierte sich zwar entschieden gegen Abschiebungen, wie sie die rot-rote Landesregierung in Thüringen unter dem Linken-Ministerpräsidenten Bodo Ramelow vollzieht. Es zeige sich, dass man mit der SPD nicht kooperieren dürfe, sagte sie. Dann nämlich würden "Menschen nachts aus den Betten gerissen werden", um sie abzuschieben.

Weitere Delegierte attackierten die Bundesregierung aus Union und SPD, forderten die Auseinandersetzung mit der Konkurrenz der AfD und warnten vor antieuropäischen Ressentiments. Positionen, wie es auch in den Reden und Papieren der Parteichefs Bernd Riexinger und Katja Kipping zu hören und zu lesen waren. Unstrittig im Vergleich zu dem, was Wagenknecht fordert.

Nur die Einwürfe zweier Delegierter können als indirekte Angriffe gegen Wagenknecht gewertet werden. Zunächst verurteilte der Berliner Frank Puskarev den Parteigranden Oskar Lafontaine und seine Position zur Flüchtlingskrise. Lafontaine ist der Ehemann von Wagenknecht - und steht ihr in ihren Ansichten nahe. Als SPD-Politiker hatte Lafontaine Anfang der Neunziger die Verschärfung des Asylrechts mit durchgesetzt und erst kürzlich hatte er öffentlich die Politik der offenen Grenzen für beendet erklärt. Dies sei ein "Schlag ins Gesicht aller", sagte Puskarev.

Und Freke Ove aus Mecklenburg-Vorpommern, der zweite Kritiker, sagte: Er komme aus einer Region, sagte er, in der "das Boot leer ist" - dem dünn besiedelten Ostprignitz-Ruppin. Ove warb für "Zuwanderungsbüros in Tripolis und Beirut", um den Bevölkerungsmangel durch Migration auszugleichen.

Doch Wagenknecht wird wohl von all dem nur wenig mitbekommen haben. Ihr Co-Fraktionschef Dietmar Bartsch hatte sie in ihr Quartier ins Maritim Hotel der Stadt gebracht, wo sie die Spuren der Attacke beseitigen wollte.

Geschockt waren auch viele Delegierte. Die Parteigremien verurteilten die Attacke und ein Vertreter der Linksjugend trat ans Mikrofon, um Wagenknecht die Solidarität des Parteien Nachwuchses zuzusprechen. Gewalt sei abzulehnen, "unsere Argumente sind Worte". Dabei lehnt die Linksjugend Wagenknechts Kurs radikal ab.

Zum Ende des ersten Parteitags kehrte Wagenknecht in den Saal zurück. Zu dem Zeitpunkt hatten sich die Flugblätter der Torten-Angreifer der "Antifaschistischen Initiative" bereits verteilt. Darauf erklärten die vermeintlichen Aktivisten ihre Attacke damit, dass Wagenknechts Kurs nicht von dem der AfD-Politikerin Beatrix von Storch zu unterscheiden sei. Von Storch war im Februar ebenfalls mit einer Torte angegriffen worden.

Wagenknecht bemühte sich in ihrer Reaktion um Lässigkeit. "Schlimmer als die ganze Torte finde ich die Beleidigung, mit Frau von Storch auf eine Ebene gestellt worden zu sein. Das ist echt eine Unverschämtheit", sagte sie Journalisten. Gleichzeitig machte sie ihre Meinung zu den Angreifern deutlich: Das sei eine "saudumme Aktion" gewesen, die sie nicht davon abhalte, weiter linke Politik zu machen.

Als Joschka Fischer 1999 auf dem Grünen-Parteitag in Bielefeld von Farbbeutel getroffen wurde, nutzte der damalige Außenminister den Angriff geschickt für seine Sache - anders als jetzt Wagenknecht. Fischer war damals farbverschmiert und spontan ans Rednerpult getreten, hatte seine Überzeugung von dem Bundeswehreininsatz im Kosovo verteidigt und am Ende dafür eine Stimmenmehrheit erlangt. Wagenknecht dagegen blieb selbst nach ihrer Rückkehr nur kurz im Saal, um wenig später zum Interviews hinter der Halle zu geben. Vor den Delegierten will sie erst am Sonntag sprechen.

Außer Torte nichts gewesen Abschottung oder endlose Aufnahmebereitschaft? In Magdeburg wollte die Linke über ihre Flüchtlingspolitik diskutieren. Doch dann wurd....

End of Document

Polizeigewerkschaft fordert Bannmeile für Flüchtlingsheime; Rainer Wendt will in einem Radius von einem Kilometer Demonstrationen gegen Asylbewerberheime verbieten lassen. Nur so seien Übergriffe wie in Dresden zu vermeiden.

ZEIT-online

Montag 27. Juli 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Asylbewerber; Ausg. 30

Length: 213 words

Body

Eine **Flüchtlingsunterkunft** im Berliner Bezirk Köpenick

© Fabrizio Bensch/Reuters

Die Deutsche Polizeigewerkschaft fordert wegen zunehmender Ausschreitungen und Übergriffe ein Verbot von Demonstrationen vor **Flüchtlingsheimen**. "Wir brauchen ein Bannmeile um **Flüchtlingsunterkünfte**", sagte Gewerkschaftschef Rainer Wendt der *Saarbrücker Zeitung*. In einem Radius von einem Kilometer müsse es verboten werden, zu demonstrieren. Ähnliche Regeln gelten beispielsweise für Parlamentsgebäude.

"Die Menschen, die vor Verfolgung fliehen, haben einen Anspruch darauf, dass sie nicht auch noch denen ins Gesicht schauen müssen, die sie mit Steinen bewerfen", sagte Wendt. "Wir sollten diesen Versuch unternehmen." Nur so ließen sich Angriffe wie in Dresden verhindern. Dort war am Sonntagabend ein Asylbewerberheim mit Steinen beworfen worden. Eine Bannmeile sei zudem ein wichtiges Zeichen des Staates an Flüchtlinge, dass alles versucht werde, um Übergriffe zu verhindern.

Das Bundesinnenministerium hat errechnet, dass es im ersten Halbjahr 2015 schon mehr Angriffe auf Asylbewerberheime gegeben hat als 2014. Nur etwa ein Fünftel aller Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte wird aufgeklärt.

Die Gewalt gegen Asylbewerber- und Flüchtlingsheime in Deutschland im Überblick:

Load-Date: July 27, 2015

Polens Priester des Hasses; In Polen protestieren Bürger und rechte Gruppen wütend gegen die Aufnahme muslimischer Flüchtlinge. Der Nationalist Jaroslaw Kaczynski befeuert den Streit im Wahlkampf.

ZEIT-online

Montag 5. Oktober 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlingspolitik; Ausg. 40

Length: 1011 words

Byline: Michal Kokot

Body

Rechte bei einer Demonstration gegen muslimische **Flüchtlinge** in Warschau

© JANEK SKARZYNSKI/AFP/Getty Images

Die beiden jungen Männer marschieren in der ersten Reihe der Anti-**Flüchtlingsdemonstration**. Sie heben den Arm zum Hitlergruß und schreien: "Freies Polen ohne Islam!". Der Protestzug fand in Łódź statt, wo die Nazis während des Zweiten Weltkriegs mehr als 145.000 Juden ermordeten. Angeführt wurde er von Hooligans, die sich normalerweise spinnefeind sind und prügeln.

In Wrocław (Breslau) wurde eine ähnliche Demonstration letzte Woche vom sogenannten National-Radikalen Lager veranstaltet, einer rechten Organisation die offen nationalistisch und antisemitisch auftritt. "Das weiße Europa geht den Bach runter! Wir werden von den jüdischen Imperialisten regiert. Die, die jetzt kommen schlachten uns alle ab!", sagte ein junger Mann vor den ungefähr 4.000 Teilnehmern. Eine junge Rednerin rief: "Wenn die Islamisten da sind, dann werden sie nicht zögern, uns Frauen zu vergewaltigen."

Polen ist radikalisiert wie lange nicht mehr. Es ging richtig los, als sich die Regierung in Warschau vor zwei Wochen bereiterklärte, 7.000 Flüchtlinge bis 2017 aufzunehmen. Das löste einen regelrechten Proteststurm aus, bis jetzt gab es 26 Demonstrationen gegen die Entscheidung der Regierung. Mitte September marschierten in Warschau 7.000 Nationalisten durch Warschau. Zur Gegendemo kamen nur halb so viele Teilnehmer.

Und es sind längst nicht nur Ultrarechte, die demonstrieren. Es kommen auch Familien mit Kindern, und sogar Ältere rufen antimuslimische Parolen. Noch heftiger tobt sich der Protest und Hass im Netz aus. Auf vielen Internetforen wimmelt es von Gewaltaufrufen. Die linksliberale Zeitung *Gazeta Wyborcza* hat von einem Fall berichtet, wo ein User forderte, man sollte die Flüchtlinge, die nach Polen kommen, am ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz unterbringen. Ein anderer schrieb, er kenne sich beruflich mit Gasinstallationen aus, da könne er doch "alles vorbereiten". Die meisten jedoch, die im Netz gegen die Aufnahme von Muslimen wüten, sind keine Rechtsradikalen, sondern einfache, durchschnittliche Leute: Angestellte, Väter, Unternehmer.

Polens Priester des Hasses In Polen protestieren Bürger und rechte Gruppen wütend gegen die Aufnahme muslimischer Flüchtlinge. Der Nationalist Jaroslaw Kaczynski....

"Wir sind nie eine sehr offene Gesellschaft gewesen", sagt der Sozialpsychologe Janusz Czapinski. Er beobachtet, dass sich viele Polen nicht nur von fremden Kulturen distanzieren, sondern auch von Ausländern, die in Polen leben. "Diese Einstellung ändert sich nur dann, wenn die Leute direkt davon profitieren; zum Beispiel von einer Ukrainerin, die als Putzfrau schwarz arbeitet und deshalb billiger als die anderen ist. Dann stört auch niemanden mehr, dass sie aus dem Ausland kommt", so Czapinski.

Theoretisch erklären sich die meisten Polen bereit, Flüchtlinge aufzunehmen. 56 Prozent sagten in einer Umfrage Anfang September, es sei eine Frage der Moral, den Syrern zu helfen. Doch wenn es darum geht, Unterkünfte und konkrete finanzielle Hilfen bereitzustellen, waren nur 16 Prozent dafür.

Eine bedeutende Rolle spielt dabei die Angst vor dem Islam. Offiziell sind noch immer mehr als 90 Prozent der Polen katholisch, das prägt die Gesellschaft bis heute. Und die katholische Kirche verhält sich ähnlich wie der Durchschnittsbürger: Sie ist zwar dafür, den Flüchtlingen zu helfen, wenn es aber um Konkretes geht, dann rufen die Vertreter der Kirche den Staat auf, sich mit dem Problem zu beschäftigen. So sieht das auch der Warschauer Erzbischof Henryk Hoser, der sagte, ohne die Hilfe des Staates gehe es nicht.

Es fehlt aber auch nicht an Priestern, die offen gegen die Aufnahme von Flüchtlingen aufrufen. "Wenn sie zu uns kommen, werden sie wie wir leben wollen. Sie werden Geld fordern und dass man ihnen Moscheen baut", sagte der Pfarrer Jan Gacek aus Legnica, der seit Jahren für seine Wohltätigkeitsarbeit bekannt ist und der keine Muslime in Polen haben will.

Auch die polnische Ministerpräsidentin Ewa Kopacz wollte bis vor Kurzem nichts davon wissen, Flüchtlinge ins Land zu lassen. Erst nach massivem Druck aus Berlin und Brüssel vor dem Flüchtlingsgipfel vor zwei Wochen erklärte sie sich dann doch dazu bereit.

Und nun könnte sie das politisch viel kosten. Denn in drei Wochen wird in Polen ein neues Parlament gewählt, und die Chancen für die regierende liberal-konservative Bürgerplattform, zum dritten Mal hintereinander die Wahl zu gewinnen, standen schon vorher schlecht. Durch die unpopuläre Entscheidung von Kopacz haben sie sich noch weiter verschlechtert. Als Siegerin mit mehr als zehn Prozent Vorsprung wird die national-konservative Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) von Jaroslaw Kaczynski gehandelt, die höchstwahrscheinlich nach acht Jahren wieder an die Macht kommen wird. Und die am liebsten die Grenze dicht machen würde.

Kaczynski setzt im Wahlkampf ganz auf das Thema, das den Polen gerade am meisten Angst macht: die Ankunft der Muslime. Er scheut auch nicht davor zurück, Halb- oder Unwahrheiten zu verbreiten. So stellte er im Parlament kürzlich die Aufnahme der Flüchtlinge als eine nationale Katastrophe dar. "Seht doch was in Europa los ist", sagte er: "In Italien wurden katholische Kirchen wegen den vielen muslimischen Flüchtlingen zu Toiletten umgewandelt. Und in Schweden gibt es 54 Bezirke, wo nur das Scharia-Recht gilt. Da haben die schwedischen Behörden nichts zu suchen." Die schwedische Botschaft beeilte sich daraufhin klarzustellen, dass in ganz Schweden das schwedische Recht gelte.

Die konservativen Medien folgen bereitwillig dem Ton von Kaczynski. Wie er verbreiten sie die Ansicht, es kämen nicht Flüchtlinge, sondern Migranten die sich einfach ein besseres Leben wünschten und auf Sozialhilfe lauerten. Dabei entgeht ihnen, dass Polen längst nicht das Land ist, nach dem sich Migranten sehnen. Laut Eurostat leben in Polen gerade einmal 45.000 Ausländer, was 0,1 Prozent der gesamten Bevölkerung entspricht.

Dass Polen kein gewünschtes Ziel ist, zeigt auch das Beispiel der 60 katholischen Familien aus Syrien, die von einigen Monaten angekommen sind. Mehr als die Hälfte hat das Land schnell wieder verlassen. Sie leben jetzt in Deutschland.

Load-Date: October 5, 2015

Europas neue Sklaven; Um zu überleben, arbeiten Flüchtlinge in Europa unter schlimmsten Bedingungen zum Nutzen der Agrarindustrie. Gewerkschaften warnen vor moderner Sklaverei.

ZEIT-online

Montag 26. Oktober 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Flüchtlinge; Ausg. 43

Length: 1305 words

Byline: Susanne Kaiser

Body

Auf einer Farm in der Nähe von Foggia, Süditalien, kontrolliert ein Arbeiter Tomaten (Archivbild).

© Tony Gentile/Reuters

Er hatte den Bürgerkrieg im Sudan überlebt, auch die Flucht auf dem Landweg nach Libyen und die Überfahrt mit dem Boot nach Italien. Den Lebensbedingungen dort aber war er nicht gewachsen. Abdullah Mohammed war 47 Jahre alt, als er im Juli auf einer Tomatenplantage in Apulien zusammenbrach und starb - an Hitze und Erschöpfung.

Bei 40 Grad hatte der Sudanese in der prallen Sonne auf dem Feld Tomaten gepflückt, mit seinen Händen und im Akkord, für kaum mehr als einen Euro den Zentner. In der Nacht legte er sich zum Schlafen auf eine dünne Matratze, neben 80 andere Landarbeiter, die auf dem Boden der 20 Quadratmeter großen Baracke Platz fanden. Fließend Wasser, Strom oder Toiletten gab es dort nicht. Dafür jede Menge Müll, der sich vor den Baracken auftürmte und in dem tagsüber vielleicht ein paar zurückgelassene Kinder spielten. Für die Notdurft schlug man sich nachts ins Feld.

Den Geruch, in dem die Arbeiter tagein, tagaus hausten, mag man sich kaum vorstellen, eben so wenig die Enge, das faulige Essen oder die harte Schinderei auf dem Acker. So oder so ähnlich aber muss es gewesen sein, das Leben und Sterben von Mohammed. Was wie ein unglaublicher Einzelfall von Ausbeuterei menschlichen Elends klingt, ist tatsächlich relativ gängige Praxis auf Europas Feldern: Zwölf-Stunden-Schichten, Sechs-Tage-Woche, für einen Hungerlohn ohne Arbeitsvertrag - verzweifelte Flüchtlinge akzeptieren fast alles, wenn es ums Überleben geht.

Hunderttausende schuften auf Plantage

Der Fall von Mohammeds Tod erschütterte im Sommer für kurze Zeit Italien, während alle Welt davon sprach, wie die Bewegungen der vielen Flüchtlinge zu bewältigen seien und was die Massen an Einwanderern kosten würden.

Europas neue Sklaven Um zu überleben, arbeiten Flüchtlinge in Europa unter schlimmsten Bedingungen zum Nutzen der Agrarindustrie. Gewerkschaften warnen vor mode....

Dabei gibt es sie längst, die Profiteure der Not, die gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise mit den konkurrierenden Arbeitskräften ihre Geschäfte machen. In der landwirtschaftlichen Massenproduktion europäischer Großunternehmen schufteten jeden Tag Hunderttausende, und nicht nur dort, auch in Fleischfarmen, Schlachtereien, Treibhäusern und Fabriken. Ohne Rechte, ohne Pausen, ohne Schutzbekleidung gegen Pestizide, Gestrüpp, schwere Lasten oder Tierseuchen, bei extremen Temperaturen. Sie sorgen dafür, dass wir mit günstigen Tomaten, Erdbeeren, Wein, Oliven, Spargeln oder Fleisch versorgt sind.

Was arbeitsrechtlich bei den eigenen Bürgern undenkbar wäre, ist bei Migranten ohne Aufenthaltsgenehmigung oder Arbeitspapiere an der Tagesordnung. Das Phänomen ist keineswegs neu, schon seit Jahren werden Menschen auf diese Weise ausgebeutet. Früher waren es vor allem Polen, Rumänen oder Bulgaren. Die gibt es immer noch, neu aber ist, dass durch steigende Flüchtlingszahlen noch mehr Notleidende um die miesen Jobs konkurrieren, sich Löhne und Konditionen noch weiter drücken lassen.

Gewerkschaften aus Italien, Frankreich oder Deutschland warnen inzwischen vor Formen der modernen Sklaverei. Aktuelle Untersuchungen (etwa ein 28-seitiges Supplement zu Migranten als Saisonarbeiter in der Oktoberausgabe der französischen Gewerkschaftszeitschrift *Campagnes Solidaires*) zeigen das Ausmaß der Ausbeutung: In der italienischen, französischen, britischen, deutschen, belgischen, niederländischen oder portugiesischen Agrarindustrie wird der Gewinn maximiert, indem die Kosten für die menschliche Arbeitskraft so tief gedrückt werden wie möglich. Der Lohn der Erntehelfer kann bis zu 60 Prozent der gesamten Produktionskosten ausmachen: Allein die Zahl macht klar, wie sehr sich Lohndumping und miserable Unterkünfte lohnen. Allein in Großbritannien werden dadurch jährlich umgerechnet knapp 2,5 Millionen Euro gespart (laut Gangmasters Licensing Authority, Annual Report and Accounts, 1. April 2013 bis 31. März 2014).

Mit miesen Tricks Löhne drücken

Gerissene Agrarunternehmer lassen sich dabei so einiges einfallen, um beispielsweise Mindestlöhne zu umgehen, die in einigen europäischen Ländern gelten, oder um lästige Lohnzahlungen gleich ganz zu vermeiden. Zum Beispiel, indem sie nur die Leistung honorieren oder gar nicht erst für legale Arbeitsverhältnisse sorgen. Durchschnittlich kommen Saisonarbeiter dann auf 2 bis 3,50 Euro die Stunde und müssen dafür im Akkord ackern. Überstunden werden nicht bezahlt.

Sogar an diesem Lohn lässt sich noch schrauben. Eine gängige Methode ist es, Mittelsmänner die Arbeiter organisieren und zum Einsatzort transportieren zu lassen. Hierfür werden exorbitante Gebühren fällig, genauso wie für die schäbige Unterkunft oder manchmal auch für eine "Arbeitslizenz" - in Frankreich beispielsweise gibt es die für 8.000 Euro. Auch werden Strafen vom Lohn abgezogen, etwa in den Niederlanden für ein geöffnetes Fenster im Treibhaus. Eine Matratze wie die von Mohammed schlägt in Italien mit rund 80 Euro Miete monatlich zu Buche. Essen ist da noch nicht eingerechnet. Die "Unterkünfte" können Zelte sein, wie in Frankreich, Container oder Bauruinen, wie in Portugal, oder einfach gar nichts, wie in Griechenland. Hier müssen Feldarbeiter selbst für ihre Schlafgelegenheit sorgen, mit Plastikplanen und allem, was der Acker hergibt.

In Griechenland konnte so die Erdbeerproduktion in einigen Jahren um 70 Prozent gesteigert werden. Deutschland hat sich zum größten Schlachthaus Europas entwickelt, mit jährlich knapp 60 Millionen Schweinen, 4 Millionen Rindern und einer Million Schafen. Und die Niederlande setzen auf die Art jedes Jahr Agrarexporte für 65 Milliarden Euro ab.

Durch Vermittlungs-, Transport- und Mietkosten sowie Verschuldungsverhältnisse arbeiten manche Erntehelfer umsonst. Solange die europäische Öffentlichkeit nur Schlepper als Menschenhändler ins Visier nimmt, können die kriminellen Arbeitsvermittler im Schatten der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit in aller Ruhe ihren Geschäften nachgehen.

Der hohe Preis für billige Lebensmittel

Warum schufteten Menschen, egal woher und aus welchen Motiven sie kamen, bis zur Erschöpfung in der prallen Sonne, lassen sich nachts in verdreckte Baracken einpfuschen und mit einem Hungerlohn abspeisen? Sie sind

Europas neue Sklaven Um zu überleben, arbeiten Flüchtlinge in Europa unter schlimmsten Bedingungen zum Nutzen der Agrarindustrie. Gewerkschaften warnen vor mode....

irregulär hier und haben Angst entdeckt zu werden. Vielleicht ist die Drecksarbeit auch immer noch besser als gar keine oder das, was sie zu Hause erwartet. Außerdem sorgt die Wirtschaftskrise für eine Abwärtsspirale: Immer weniger wollen oder können die Kunden für Lebensmittel bezahlen, immer härter werden Preiskämpfe und von der Industrie diktierte Rahmenbedingungen, immer billiger muss produziert werden, immer höher steigt der Druck auf die untersten Glieder der Kette, die landwirtschaftliche Erzeugung und Verarbeitung, immer mehr Menschen sind so arm, dass sie alle Arbeitsbedingungen akzeptieren.

Klamme Kassen der Kommunen und Austeritätspolitik sorgen ihrerseits dafür, dass Arbeitsschutzmaßnahmen fehlen oder nicht durchgesetzt werden; andere Probleme sind drängender. Mafiöse Unternehmer haben so eine Nische gefunden.

Doch sind es wirklich nur Kriminelle, die an solchen Praktiken Schuld sind - Mittelsmänner, Klein- und Großbauern, die Erntehelfer zu widrigsten Konditionen beschäftigen? Nicht auch Politik und Behörden, die wegschauen? Profitgierige Lebensmittelindustrie und Discounter, die mit ihrer Preispolitik wenig Spielraum für bessere Arbeitsbedingungen lassen? Oder Konsumenten, die für einen günstigen Preis alles in Kauf nehmen?

Wer auch verantwortlich sein mag, prekär beschäftigte Migranten zahlen einen hohen Preis für unseren Hunger auf billige Waren: ihre Würde, ihre Gesundheit und manchmal ihr Leben.

Load-Date: October 26, 2015

Hat der Migrationshintergrund ausgedient?; Sind Sie deutscher Staatsangehöriger durch Geburt? Sind es Ihre Eltern? So fragt es der Mikrozensus regelmäßig ab. Doch der Erkenntnisgewinn ist umstritten.

ZEIT-online

Mittwoch 10. August 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Mikrozensus; Ausg. 33

Length: 1712 words

Byline: Frida Thurm

Body

Frage 151: Sind Sie deutsche/-r Staatsangehörige/-r durch Geburt? Frage 162: Besitzt bzw. besaß Ihre Mutter die deutsche Staatsangehörigkeit?

© Candy Welz/dpa

Jedes Jahr wird durchgezählt: Wer lebt in Deutschland und unter welchen Bedingungen? Ein Prozent der Bevölkerung muss im Mikrozensus über Einkommen, Familie, Ausbildung, Staatsangehörigkeit und mehr Auskunft geben. Die Ergebnisse beeinflussen die Arbeitsmarktpolitik ebenso wie die Bildungspolitik.

Wonach gefragt werden darf, ist genau geregelt, im Mikrozensusgesetz. Seit 2005 wird auch der **Migrationshintergrund** erfasst, vorher gab es nur Ausländer und Deutsche. Mit der neuen Kategorie sollte ermittelt werden, welche spezifischen Probleme die Nachkommen von Einwanderern haben, etwa in Bildung oder Beruf, und wie sie sich sonst von der Mehrheitsgesellschaft unterscheiden. Oder, wie es das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung ausdrückt: "Hintergrund dieser Abgrenzung war die Frage nach dem Integrationsbedarf und der tatsächlichen Integration von Personen." Die Kategorie **Migrationshintergrund** spielt seitdem eine wichtige Rolle im Bildungsbericht und im Armutsbericht, die wiederum Anlass für Fördermaßnahmen und neue Gesetze sein können.

Doch ist der Migrationshintergrund tatsächlich eine sinnvolle Kategorie, um Probleme sichtbar zu machen? Joshua Kwesi Aikins glaubt das nicht. "Einige Menschen mit Migrationshintergrund erleben deutlich weniger Diskriminierung aus der deutschen Mehrheitsgesellschaft als andere", sagt er. Aikins ist Politikwissenschaftler an der Uni Kassel und Koordinator des deutschen Parallelberichts zum UN-Rassismusbericht. "Wer etwa in vierter oder fünfter Generation Deutschghaner oder Deutschtürke ist, fällt aus der Statistik raus. Trotzdem erlebt dieser Mensch Diskriminierung. Außerdem haben nach dieser Einstufung auch weiße Niederländer, die nach Deutschland einwandern, und deren Kinder einen Migrationshintergrund, obwohl sie viele Probleme nicht erleben."

Wenn der Migrationshintergrund, dieses in vielen politischen Debatten so zentrale Stichwort, möglicherweise unzureichend ist, wäre jetzt der richtige Zeitpunkt, darüber zu diskutieren: Das aktuelle Mikrozensusgesetz gilt nur

Hat der Migrationshintergrund ausgedient? Sind Sie deutscher Staatsangehöriger durch Geburt? Sind es Ihre Eltern? So fragt es der Mikrozensus regelmäßig ab. Doc....

noch bis Ende 2016, im Herbst soll ein Nachfolgegesetz verabschiedet werden, damit die Befragungen weitergehen können.

"Es gab keinen Masterplan"

Gunter Brückner vom Statistischen Bundesamt sagt, die Einführung des Migrationshintergrunds im Jahr 2005 sei nicht so durchdacht gewesen, wie man annehmen könnte: "Es gab keinen Masterplan." Den Anstoß dafür hatten die Ergebnisse des Pisa-Tests gegeben: 2001 hatte der nicht nur die Leistungen der Schüler, sondern auch die Herkunft der Eltern erhoben - und gezeigt, dass Menschen mit Migrationshintergrund im Bildungssystem benachteiligt werden.

Doch das neue Mikrozensusgesetz war bereits verabschiedet, zwar inklusive einiger neuer Fragen, aber keiner explizit zum Migrationshintergrund. Wie der erfasst wird, ist deshalb auch in Brückners Augen nicht perfekt. "Wir hatten einen Datensatz und haben daraus bestmöglich den Migrationshintergrund synthetisiert", sagt er.

Derzeit funktioniert das in den Fragebögen so: Eingebürgerte Deutsche müssen ihre frühere Staatsbürgerschaft angeben und alle Befragten die Staatsbürgerschaft ihrer Eltern nennen; und, falls diese eingebürgerte Deutsche sind, deren frühere Staatsangehörigkeit. Das bedeutet: Ein deutscher Staatsbürger, der in Deutschland von deutschen Eltern geboren wurde, kann Migrationshintergrund haben: Wenn ein Elternteil eingewandert ist - und sogar wenn die Großeltern eingewandert sind und erst deren Kinder eingebürgert wurden. Mit Migration hat diese dritte Generation dann nicht mehr viel zu tun, trotzdem fällt sie in die Kategorie.

Der Migrationshintergrund ist in mehrere Richtungen ungenau: Er schreibt einigen Menschen eine Einwanderungserfahrung zu, die diese gar nicht haben, und übersieht andere: Weil nur Einwanderung nach 1950 zählt, haben Vertriebene zum Beispiel keinen Migrationshintergrund.

In Großbritannien wird im Mikrozensus nach der Hautfarbe beziehungsweise Ethnie gefragt. Die Teilnehmer sollen sich in eine dieser Kategorien (und anschließend in Unterkategorien) einordnen: *White, Mixed/Multiple ethnic groups, Asian/Asian British, Black/African /Caribbean/Black British, Other ethnic group* - unabhängig davon, wie lange sie oder ihre Familien in Großbritannien leben.

In Deutschland ist so eine Einordnung undenkbar, aus guten Gründen. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges werden in der Bundesrepublik Deutschland generell keine bevölkerungsstatistischen und sozioökonomischen Daten auf ethnischer Basis erhoben, schreibt das Bundesinnenministerium. Das ist eine Lehre aus der Verfolgung von Minderheiten durch die Nationalsozialisten - aber auch völkerrechtliche Bedenken spielen eine Rolle: "Das Rahmenübereinkommen des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten legt fest, dass die Zugehörigkeit zu einer Minderheit die persönliche Entscheidung eines jeden Einzelnen ist, die von Staats wegen nicht registriert, überprüft oder bestritten wird", heißt es in dem Bericht des Innenministeriums.

Der Vorschlag des Politikwissenschaftlers Aikins zielt jedoch in eine andere Richtung: Ihm geht es nicht darum, unveräußerliche Eigenschaften zu erfassen, wie etwa die Hautfarbe. "Es geht um die Zuschreibungen von außen, denn sie sind es, die zu Diskriminierung führen", sagt Aikins.

Viele Kategorien sind denkbar: Afrodeutsch, Türkischdeutsch, Muslim?

Aikins schlägt deshalb vor, nicht die Herkunft und die der Eltern zu erheben. Alle Befragten sollen stattdessen die Kategorien nennen, in die sie von anderen eingeordnet und deshalb diskriminiert werden. Das könnten dann sein: Afrodeutsch, Türkischdeutsch, Arabischdeutsch, oder ganz andere. Auch Migrant könnte eine davon sein, oder Muslim. Entscheidend ist, dass sich der Befragte mit dieser Kategorie gar nicht selbst identifizieren muss, sondern dass andere ihn dort einordnen.

Der Statistiker Brückner lehnt das ab: "Ich kann das aus methodischen Bedenken nicht empfehlen." Brückner führt das Beispiel aus England und Wales an, wo die Religionszugehörigkeit im Jahr 2000 auch ein Freifeld ließ. Die viertgrößte Religionsgemeinschaft waren demnach die Jedi.

Hat der Migrationshintergrund ausgedient? Sind Sie deutscher Staatsangehöriger durch Geburt? Sind es Ihre Eltern? So fragt es der Mikrozensus regelmäßig ab. Doc....

Trotzdem hält Brückner es nicht für ausgeschlossen, neue Fragen aufzunehmen. Doch bevor Diskriminierungskategorien oder Selbstzuschreibungen in den Mikrozensus einfließen, müsse das in kleinerem Rahmen getestet werden. In jedem Falle müssten die Antworten freiwillig sein, sagt Brückner. Und in einer Nachbefragung müsste geklärt werden, ob sich die Befragten unwohl gefühlt haben. Damit Diskriminierung in neuen Kategorien erhoben werden kann, müssten aber nicht nur die Betroffenen einverstanden sein, gibt Brückner zu bedenken. "Was wäre, wenn Nicht-Betroffene die Abfrage illegetim finden und durch falsche Antworten das Ergebnis verzerren?"

Es gibt keine politische Debatte

Auch Aikins spricht sich für eine Erprobung aus. Er verweist auf eine qualitative Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, die sowohl diskriminierungsrelevante Kategorien als auch ein Freifeld angeboten hat - die Ergebnisse sollen bald veröffentlicht werden. Aikins sagt: "Es besteht dringender Handlungsbedarf. Ich will, dass der Rahmen für diese Debatte geöffnet wird. Das wäre eine große Chance, wir könnten über Diskriminierung anders nachdenken."

Doch derzeit sieht es nicht so aus, als seien viele Seiten bereit, diese Debatte zu führen. Ende 2015 hatte zwar die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung gemeinsam mit dem Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) auf der Tagung "Vermessung der Einwanderergesellschaft" darüber diskutiert - doch selbst die grüne Bundestagsfraktion hat sich mit den Vorschlägen und Alternativen offenbar noch nicht beschäftigt und sieht den Mikrozensus allein als Datenschutzproblem: "Die Frage nach dem Migrationshintergrund stellt ein besonders geschütztes Merkmal im Sinne der Datenschutzrechte dar", antwortet Konstanin von Notz, stellvertretender Fraktionssprecher, schriftlich auf die Anfrage von ZEIT ONLINE. "Doch vor dem Hintergrund des Ziels der effektiven Unterstützung der Integration der zu uns Kommenden halten wir diese Erfassung, die strafrechtlich u.a. durch das Statistikgeheimnis besonders geschützt wird, angesichts der gegenwärtigen Herausforderungen für noch verhältnismäßig."

Das Innenministerium, das für den Gesetzentwurf zuständig ist, der bis zum Herbst verabschiedet werden soll, schreibt: "Die Merkmale, die zur Bestimmung eines Migrationshintergrundes genutzt werden, wurden bei der Überprüfung des Merkmalskatalogs als sachgerecht bestätigt und daher wieder in den Gesetzentwurf übernommen."

Und weiter: "Verlässliche Schlüsse darauf, ob bei 'Personen mit Migrationshintergrund' ein tatsächlicher Integrationsbedarf besteht, lassen sich aus diesen statistischen Zuordnungen nicht herleiten. Auf die Erfassung von Diskriminierung und Integrationshürden zielt der Mikrozensus nicht ab." Was der Migrationshintergrund alles leisten oder zeigen soll, ist also sogar zwischen Innenministerium und dem ihm unterstellten Institut für Bevölkerungsforschung umstritten.

Aikins dagegen hofft nicht nur, dass detailliertere Daten zeigen können, wie beim Zugang zu Arbeit, Bildung oder Wohnraum diskriminiert wird - sondern dass daraus auch entsprechende Lösungen entstehen können: "Die Politik der Geschlechtergleichstellung muss auch auf andere Diskriminierungskategorien übertragen werden." Es gehe auch darum, dass Deutschland seine menschenrechtlichen Verpflichtungen besser erfüllt: Der UN-Antirassismusausschuss hatte in seiner letztjährigen Bewertung Deutschlands unter anderem auch das Fehlen solcher differenzierten Daten kritisiert.

Tatsächlich gibt es einen Vorstoß, der in die von Aikins geforderte Richtung geht: Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat zum zehnjährigen Bestehen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz gerade eine Studie vorgelegt die fordert, dass es nicht nur für Frauen und behinderte Menschen so genannte "positive Maßnahmen" wie eine Quote geben solle, mit denen Nachteile ausgeglichen werden. Der Plan ist allerdings, diese Maßnahmen auf "Migranten" auszuweiten.

Hat der Migrationshintergrund ausgedient? Sind Sie deutscher Staatsangehöriger durch Geburt? Sind es Ihre Eltern? So fragt es der Mikrozensus regelmäßig ab. Doc....

End of Document

Wer heißt hier eigentlich wen willkommen?; Hetze, Pegida, Attentate: Der Hass ist tief in der Mitte unserer Gesellschaft verwurzelt. Nahezu tatenlos haben wir zugesehen, wie er wuchs. Bis die Flüchtlinge kamen.

ZEIT-online

Freitag 23. Oktober 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Fremdenfeindlichkeit; Ausg. 43

Length: 1576 words

Byline: Andreas Zick

Body

2012 in Frankfurt am Main: eine Parade für eine multikulturelle Gesellschaft

© Frank Rumpenhorst/dpa

Die Deutschen sind unruhig. Das Klima ist angespannt, rau und undurchsichtig. Der Spalt zwischen jenen, die Deutschland als Einwanderungsland sehen und jenen, die nach einer homogenen Volksgemeinschaft trachten, ist gewachsen.

Was passiert da gerade, im Netz, an Bahnhöfen, vor Aufnahmeeinrichtungen und **Flüchtlingsheimen**, auf den Straßen, überall mitten unter uns? Wir sehen historische Willkommensbilder für **Flüchtlinge**, die **Asyl** suchen, neben Bildern einer neuen Abschiebekultur.

Mehr noch: Fremdenfeindliche Hasstaten sind längst überall in Deutschland angekommen. Die Verantwortung dafür lässt sich nicht mehr allein auf den Osten schieben. Unterkünfte für jene, die unsere Hilfe suchen, werden im ganzen Land angesteckt. Und während noch zu Beginn des 70. Jahrestags der Befreiung von den Konzentrationslagern die Frage nach dem Erbe von Gewalt und Befreiung aufgeworfen wurde, erinnert zum Jahrestag von Pegida ein Gastredner an die Konzentrationslager. Wo früher Bilder möglich waren, die Konflikte mindern und Menschenwürde betonen, erscheinen heute Zerrbilder.

Diese Unruhen sind nicht vom Himmel gefallen

Teile unserer Gesellschaft haben sich so radikalisiert, wie es angelegt war. Der Rechtspopulismus hatte es leicht. Die Religion des Islams bot das Feindbild, um die Nation und das Abendland zu bestimmen. Das Leitbild Volk bot die erhoffte autoritäre Integration in eine nostalgisch verklärte Kultur. Eine politische Kultur, die sich schlicht der Stimmung anpasste, verhieß Sicherheit. Menschenverachtende Vorurteile gegen Fremde, emanzipierte Frauen und eine Zivilgesellschaft, die Fremde willkommen heißt, lieferten den Stoff für Bedrohungsszenarien und die Mythen, die Bindung schaffen.

Wer heißt hier eigentlich wen willkommen? Hetze, Pegida, Attentate: Der Hass ist tief in der Mitte unserer Gesellschaft verwurzelt. Nahezu tatenlos haben wir zu....

Die Folgen sind maßlos, nicht nur gemessen am Terroranschlag auf Kölns neu gewählte Oberbürgermeisterin Henriette Reker. Am Ende des Jahres werden die Statistiken weit mehr als 500 vorurteilsbasierte Hasstaten zählen, angefangen mit Brandanschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte. Kaum bekannt sind die alltäglichen Beleidigungen, Beschimpfungen und Angriffe von Wutbürgern im Alltag von Menschen. Die Zahl würde uns erschrecken.

Der Sozialpsychologe Andreas Zick leitet das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld. Er forscht seit Jahren zu Gewalt, Diskriminierung, Rassismus, Menschenfeindlichkeit und Vorurteilen.

© privat

Diese Unruhen sind nicht vom Himmel gefallen, noch entwickelten sie sich jenseits der Mitte, und schon gar nicht sind sie der sogenannten Asyl- und Flüchtlingskrise geschuldet. Diese Stimmung erwuchs auch nicht aus Abstiegsängsten von tatsächlich oder vermeintlich zurückgelassenen Bürgern. Schon eher stammen sie von Ansprüchen, die nach Krisenzeiten ansteigen und sich von Populisten in Verteilungskämpfe überführen lassen.

Kurz vor Pegida gaben 61 Prozent der Befragten in einer repräsentativen Studie an, dass "unsere Traditionen wiederbelebt werden" müssten. Zugleich sei es wichtig, "dass wir unsere Identität, Werte und Eigenschaften wieder stärker in den Mittelpunkt rücken" (Zick & Preuß, 2014). Das alles entwickelte sich in einer Phase, in der für viele Menschen Leitbilder der Einwanderungsgesellschaft und Willkommenskultur nicht lebendig werden konnten, weil Bilder dafür fehlten. Wer heißt hier wen willkommen und was passiert nach dem Willkommen? Nein, das alles entwickelte sich in einer Zeit, in der sich nationalistische Selbstüberhöhungen mit einem marktförmigen Extremismus verbinden konnten, der Gruppen in Nützliche und Unnütze unterteilt. Und der bild- und sprachreiche Hass sowie die unverfrorene Hetze entpuppten Rechtspopulisten als erlebnis- und unterhaltungssuchende radikale Flaneure einer menschenverachtenden Spaßgesellschaft - inklusive des Spaßes an Gewalt.

Die Gefahren waren bekannt. Aus rechtspopulistischen Bewegungen entstehen extremistische Gruppen. Insbesondere dann, wenn Bewegungen oder Proteste von Beginn an Schluss- und Durchgreifparolen propagieren. Damit schicken sie Menschen in eine Vertrauenskrise gegenüber der Gesellschaft. In diesem Milieu schreitet die Radikalisierung voran, aus Vertrauenskrise kann ein Konflikt über die Legitimation von Normen werden. Dann liegt Gewalt nahe, weil Enttäuschung und Verbitterung über fehlende Effekte der Protestaktionen um sich greifen und die Konfrontation mit den Feinden gesucht wird.

Besonders gefährlich wird es, wenn alles, was der Ideologie widerspricht, als das Böse stilisiert wird und Feinde entmenschlicht werden. Das wirkungsvollste Instrument der Aufheizung und Überführung von Ungerechtigkeitsgefühlen sind menschenverachtende Vorurteile. Sie rahmen und bestimmen die Wirklichkeit. Sie können die propagierte Gefahr in eine tief empfundene Angst verwandeln. Wer sich fürchtet, sieht sich nach anderen um, die die eigene Angst teilen.

Die Gewalt des Vorurteils wird vollkommen unterschätzt. Feindselige rassistische Stereotype bieten sich für den Rechtspopulismus geradezu an. Er greift sie auf, schärft sie und redet zugleich jenen, die sie glauben, ein, dass sie ihre Meinung und die Wahrheit nicht sagen dürfen. Bei den Rechten aber darf man sich äußern, Vorurteile müssen nicht einmal diskutiert werden. In unserer repräsentativen Studie *Fragile Mitte - Feindselige Zustände* meinten 58 Prozent der befragten Bundesbürger: "In Deutschland darf man nichts Schlechtes über Ausländer und Juden sagen, ohne gleich als Rassist beschimpft zu werden." Zugleich halten sich genau diese Bürger für tolerant und weltoffen (Zick & Klein, 2014).

Im Jahr 2015 wurden bisher 500 Angriffe auf Flüchtlinge oder ihre Unterkünfte in Deutschland registriert, wie das folgende Video zeigt:

Das Netz hilft zu radikalieren, aber auch sich zu wehren

Erfolgreichem Populismus gelingt es, Menschen in den Kampf um die Toleranz zu ziehen und die Norm des Sagbaren zu verändern. Zugleich schafft er es, negative Bilder über Europa, die Kritik an Politik, Eliten und Medien

Wer heißt hier eigentlich wen willkommen? Hetze, Pegida, Attentate: Der Hass ist tief in der Mitte unserer Gesellschaft verwurzelt. Nahezu tatenlos haben wir zu....

und die hilflose Diskussion über Krisen in einen Konflikt um Wahrheit und Geschichte zu ziehen. So lässt sich schließlich die Norm des Machbaren verschieben.

Wer merkt, dass sie oder er die wahre Wahrheit endlich sagen kann, wird Hasstaten als legitim empfinden und sie direkt vollziehen oder billigen. Insbesondere noch nicht bezogene Flüchtlingsunterkünfte werden niedergebrannt und schon ist die Asylkrise behoben und dem Volk geholfen. Die Haltung ist klar: Wenn die da oben nicht liefern, wo sie sich doch selbst das Nicht-Liefern vorhalten, dann handeln wir.

Selbstverständlich hilft bei der Radikalisierung das Netz zu allen Zeiten. Online ist es leicht, eine eigene Informationswelt zu etablieren, Identifikationen und Zusammenhalt zu stiften. Hier lassen sich auch neue Anhänger rekrutieren, mobilisieren, Abweichler kontrollieren sowie Kritiker verfolgen und Gewalt gegen sie einüben.

Ebenso hilft das Netz aber auch einer Gesellschaft, die scheinbar machtlos oder ambivalent auf die Verachtung von rechts reagiert. Populismus braucht ein Milieu, in dem er Luft holen und anwerben kann. Das gelingt nur dort, wo Zivilcourage fehlt, oder Populismus als die ehrliche Variante der wahren Meinung auftreten kann.

Dem Populismus helfen auch Medien, in denen er sich inszenieren kann. Er lebt von Differenz und Konflikt, umso besser, wenn man mit einem zerknitterten Deutschlandfähnchen bei Günther Jauch in der Talkrunde Effekte erzeugen kann. Moderne Politik ist mediale Inszenierung und natürlich geht sie den Deal ein, Quote mit Konflikten zu machen.

Aber die Gratwanderung zwischen dem Anspruch, alle Meinungen anzuhören und austauschen und damit Demokratie lebendig werden zu lassen, kann zum Absturz führen. Genau dann, wenn Bilder der Mehr- oder Minderwertigkeit von Gruppen als ehrliche Meinungen, die auch zur Sprache kommen müssen, stehen bleiben.

Was stellen wir dem Populismus, dem Hass entgegen? Das Bild einer neuen Zivilgesellschaft, die inner- und außerhalb der Asylunterkünfte hilft, bietet sich an. Genau das passiert seit Monaten. Diese Menschen bezeichnen sich nicht als Bewegung, obwohl sie dabei sind, den Zustand der Gesellschaft nicht weiter zu zertrümmern und eine neue Gesellschaftsqualität zu erzeugen. Diese Masse hat auch längst eine Politik überholt, die Krisenminderung ankündigt. In unserer Studie *ZuGleich* wünschte sich im vergangenen Jahr ein gutes Drittel der Befragten eine stärkere Willkommenskultur (Zick & Preuß, Zwischenbericht, 2015). Viele haben genau diese nun gestaltet.

Die moderne Zivilgesellschaft ist eine Wissensgesellschaft. Sie weiß um die Macht der Vorurteile. Sie weiß um die Notwendigkeit der Zivilcourage und sie weiß, dass Belastungen anstrengend, aber herausfordernd sind. Sie weiß auch, dass sie sich von der Verantwortungsgemeinschaft zur Integrationsgemeinschaft entwickeln kann, weil große Teile selbst Integration erlebt haben. Moderne Gesellschaften sind Migrationsgesellschaften und diese gelingen, wenn sie Veränderungen wünschen, die Gleichwertigkeit und Teilhabe gründen.

Angesichts der Suche nach positiven Bildern wundert es, wie wenig die Gesellschaft darüber spricht, wie sehr sie von den geflüchteten Menschen aus Krieg und Elend Lob und Anerkennung erfahren. Dabei sind es eben diese Berichte, die uns eine neue Sicht ermöglichen. Sie helfen, Vorurteile zu widerlegen. Vielleicht kommt der gesellschaftliche Zusammenhalt bald dank der neuen Deutschen.

Load-Date: October 23, 2015

Legt die Daten offen!; Täglich heizen Gerüchte die Flüchtlingsdebatte an. Ein offener Umgang mit den Zahlen könnte die Diskussion versachlichen. Doch Innenministerium und Flüchtlingsamt mauern.

ZEIT-online

Dienstag 11. Oktober 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Flüchtlinge; Ausg. 42

Length: 485 words

Byline: Philip Faigle; Karsten Polke-Majewski

Body

Passkontrolle in Passau an der deutsch-österreichischen Grenze

© Armin Weigel/dpa

Wenn immer mehr Menschen in Deutschland "postfaktisch" denken, also ihrem Gefühl mehr vertrauen als amtlichen Statistiken, dann gibt es dagegen nur ein Gegengift: noch bessere Daten, noch bessere Recherche. Das gilt besonders für das **Flüchtlingsthema**, bei dem täglich neue Gerüchte durchs Land schweben und die Ängste in der Bevölkerung gewaltig sind. Die Behörden, die für Aufklärung sorgen könnten und sollten, sind das Bundesinnenministerium und das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF). Doch beide versagen gerade in ihrem Auftrag, die Öffentlichkeit genau zu informieren.

Das Innenministerium etwa verkündete unlängst, im vergangenen Jahr seien weit weniger Flüchtlinge nach Deutschland gekommen als bisher berichtet wurde, nämlich nur 890.000 statt 1,1 Millionen. Wie das Ministerium auf diese Zahl kommt, ließ es offen. Weder Wissenschaftler noch Journalisten kennen die Methodik, die hinter dieser Zahl steckt. Niemand weiß, ob das Ministerium genau nachgezählt hat oder die Zahl aus politischen Gründen größer oder kleiner rechnet - zumindest kann es niemand ernsthaft überprüfen.

Ähnlich problematisch ist die Informationspolitik des Bamf. Als Frank-Jürgen Weise im vergangenen Jahr als Chef der Behörde antrat, versprach er mehr Transparenz und Professionalität. Doch seine Statistikabteilung hält Zahlen zurück, die in die Öffentlichkeit gehören. So zeigt eine wöchentliche Aufschlüsselung der Flüchtlingszahlen in Deutschland aus dem vergangenen Jahr weit genauer, wie sich die Dynamik der Zuwanderung in den Sommermonaten 2015 entfaltete - genauer als die Monatszahlen, die das Amt bisher verbreitet. ZEIT ONLINE bekam diese Zahlen auf Anfrage nicht, mit der Begründung, sie lägen dem Bamf nicht vor. Doch schon vor der Anfrage hatte das Bamf eben diese Daten an einzelne Wissenschaftler verschickt.

© Jakob Börner Karsten Polke-Majewski

© Jakob Börner Philip Faigle

Legt die Daten offen! Täglich heizen Gerüchte die Flüchtlingsdebatte an. Ein offener Umgang mit den Zahlen könnte die Diskussion versachlichen. Doch Innenminist....

Das alles ist Gift in einer Zeit, in der das Misstrauen gegenüber den Institutionen wächst, auch gegenüber Journalisten, die über diese Zahlen berichten. Und es verhindert, dass endlich die notwendige und nüchterne Debatte darüber beginnt, was im vergangenen Jahr wirklich passierte und was daraus zu lernen ist.

Das ist schließlich nicht irgendeine Frage. Die Antwort darauf entscheidet mit, ob sich die Stimmung des Misstrauens in Deutschland weiter ausbreitet und welchen Erfolg die AfD in der Wahl des kommenden Jahres feiern wird. Sie entscheidet womöglich sogar über das politische Erbe der Kanzlerin. Deshalb gehören endlich alle Zahlen öffentlich gemacht.

Haben Sie Informationen zu diesem Thema? Oder zu anderen Vorgängen in Politik und Wirtschaft, von denen die Öffentlichkeit sie erfahren sollte? Wir sind dankbar für jeden Hinweis. Dokumente, Daten oder Fotos können Sie hier in unserem anonymen Briefkasten deponieren.

Load-Date: October 11, 2016

End of Document

"Sie hat's am Anfang halt ein bisschen verpasst"; In Baden-Württemberg macht die Kanzlerin Wahlkampf für CDU-Kandidat Guido Wolf. Doch die Parteibasis lässt vor allem eins erkennen: Zweifel an Merkels Flüchtlingspolitik.

ZEIT-online

Dienstag 16. Februar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Angela Merkel; Ausg. 7

Length: 1303 words

Byline: Rüdiger Bäßler

Body

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU)

© Florian Gaertner/Photothek/Getty Images

Die Szenerie könnte festlicher sein: Angela Merkel muss sich ihren Weg durch ein Spalier wütender Viehlandwirte bahnen, die vor dem Kongresszentrum einen Mistkarren aufgefahren haben und lautstark höhere Milchpreise fordern. Dabei soll die Stimmung doch gut sein. Guido Wolf, CDU-Spitzenkandidat der baden-württembergischen Landtagswahl, hat die Parteibasis in seine Heimatstadt Weingarten geladen. Davon verspricht er sich noch einmal Unterstützung für die entscheidende Phase des Wahlkampfs. Auf der Bühne lächelt der Herausforderer des Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann (Grüne) überlebensgroß von einem Plakat. Das Stadtorchester spielt zur Begrüßung Marschmusik.

Ginge es nach den letzten Umfragen, könnte Wolf ein schwarz-rotes Bündnis anführen - womöglich verstärkt durch eine wiederbelebte Südwest-FDP. Könnte, wohlgemerkt. Denn die Parteibasis fürchtet, dass Merkels als zu liberal empfundene **Flüchtlingspolitik** einem glänzenden Wahlerfolg am 13. März im Weg stehen könnte. "Ich hab Bedenken", sagt zum Beispiel Erwin Bieger, CDU-Ortsvorsitzender aus Ravensburg-Berg, zum möglichen Ausgang der Landtagswahl. Gegen den unreglementierten Zuzug von **Flüchtlingen** nach Deutschland seien ja "ganze Teile der Bevölkerung". Iris Herzogenrath vom CDU-Stadtverband Weingarten sagt, sie bewundere Merkel. Und dennoch: "So kann's nicht weitergehen." Die Kanzlerin müsse "Kompromisse machen", und das wohl schon beim EU-Gipfel am Donnerstag und Freitag in Brüssel.

Diskussionen über Flüchtlinge im Kloster

Auf der Bühne kommt Merkel - nach dem erwarteten Lob für den CDU-Spitzenkandidaten - direkt auf diese Ambivalenz der Gefühle zu sprechen. Sie wisse, die Flüchtlingspolitik sei das, "was Sie im Wahlkampf beschäftigt", sagt sie zu den knapp 1.000 Delegierten im Saal. Und Merkel weiß, wo sie sich befindet: nicht nur in Wolfs Heimatrevier, sondern auch in der Stadt mit dem berühmten Barockkloster, in das die katholische Kirche vor ein paar Monaten Flüchtlinge einziehen ließ. In sozialen Medien wurde gemutmaßt, Muslime könnten die

"Sie hat's am Anfang halt ein bisschen verpasst" In Baden-Württemberg macht die Kanzlerin Wahlkampf für CDU-Kandidat Guido Wolf. Doch die Parteibasis lässt vor al....

alterswürdigen Kreuzgänge der früheren mönchischen Gemeinschaft entweihen. Merkel spricht die Ängste an: "Ich weiß, dass es bei Ihnen Diskussionen gab, dass Flüchtlinge im Kloster leben, und dass man fragt, was bedeutet das?"

Guido Wolf wird später in seiner Rede sagen, er sehe "mit Sorge, dass die Sankt-Martins-Umzüge zu Sonne-Mond- und Sterne-Festen" gemacht würden. "Leben wir unsere christlichen Traditionen, dann brauchen wir uns keine Sorgen zu machen." Dafür gibt es den wohl lautesten Beifall des Spätnachmittags.

Merkel verändert ihre Akzente, nicht ihre Haltung

Merkel hat ihre Haltung zur Flüchtlingsfrage nicht geändert, aber sie spricht vor der Basis mit veränderter Akzentuierung. Diejenigen, "die keinen Schutz brauchen, die vielleicht aus wirtschaftlichen Hoffnungen kommen, denen müssen wir nach einem rechtsstaatlichen Verfahren sagen: Ihr müsst unser Land wieder verlassen", sagt sie, bevor sie auf Artikel 1 des Grundgesetzes, auf die Genfer Konvention und die Unverbrüchlichkeit eines humanitär ausgerichteten Gemeinwesens zu sprechen kommt. Und bevor sie ihre eigene Geschichte anklingen lässt: Sie habe "ganz persönlich davon profitiert", dass "über 40 Jahre lang" Christdemokraten nicht aufgehört hätten, "an etwas zu glauben, woran der Großteil der Menschen schon nicht mehr geglaubt hat: an die deutsche Einheit". Nationale Abschottung? Nicht mit Merkel.

Die Kanzlerin weiht ihre Zuhörer in ein erst wenige Stunden zuvor verabschiedetes "Strategiepapier" des CDU-Bundesvorstandes zur Integration von Flüchtlingen ein. Demnach sollen Flüchtlinge unter anderem schon in den Erstaufnahmeeinrichtungen zur Teilnahme an Deutschkursen verpflichtet werden, Deutschkenntnisse sollen überhaupt zu einer Bleibevoraussetzung werden, und Flüchtlinge sollen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen, zum Beispiel zu Ein-Euro-Jobs.

Zudem wolle die Bundesregierung Flüchtlingen in Lagern in Syrien oder Jordanien unmittelbarer helfen. "Das Beste ist, man bleibt in der Nähe seiner Heimat." In Absprache mit Finanzminister Schäuble habe sie beschlossen, im laufenden Jahr das Welternährungsprogramm mit 1,3 Milliarden Euro zu unterstützen - "damit die Menschen nicht kommen, weil sie nicht genug zu essen haben". Im vergangenen Jahr, so habe sich herausgestellt, seien beispielsweise in Jordanien die Essensrationen für Flüchtlinge drastisch gekürzt worden, was neue Massenbewegungen ausgelöst habe. "Vielleicht hätten wir da genauer hingucken müssen", räumt die Kanzlerin ein.

Sodann solle "Schmugglern und Schleppern das Handwerk gelegt werden". Dazu spreche die Regierung mit den Nato-Staaten Griechenland und Türkei, auch über finanzielle Hilfen aus EU-Mitteln. Die Türkei habe zunächst einmal zugestimmt, dass Nato-Schiffe die Seewege der Schlepperboote kappten. "Das ist ein wichtiger Schritt, die Illegalität zu begrenzen." In der nächsten Phase werde es dann um die "Lastenverteilung" zwischen den Flüchtlingsländern gehen.

Merkel betont erneut den Plan, auch Marokko und Algerien zu sicheren Herkunftsländern zu erklären. Seit mehrere Balkanstaaten auf der Liste der sicheren Länder seien, kämen von dort deutlich weniger Migranten nach Deutschland. Die Anerkennungsquote für Nordafrikaner liege in Deutschland schon jetzt nur "bei ein, zwei Prozent". Alle Maßnahmen zusammen würden dazu führen, "dass die Zahl derer, die zu uns kommen, reduziert wird".

Ob Merkel mit ihren diesen Maßnahmen die Solidarität anderer EU-Staaten zurückgewinnen kann, dürfte sich diese Woche beim Brüsseler EU-Gipfel zeigen. Für jene Kritiker, die den deutschen Weg in der Flüchtlingsfrage als Sozialromantik schmähen, hat die Kanzlerin eine trockene, strategische Überlegung parat: "Alle wollen die Außengrenzen schützen. Aber keiner kann sagen, wie man das machen soll. Wo Wasser ist, haben wir ein Problem."

Merkels Rede kann die Delegierten nicht mitreißen. Der Beifall rieselt mehr, als dass er rauscht. Im Publikum sitzen erklärte Kritiker der aktuellen Flüchtlingspolitik. Unter anderem Thomas Bareiß, Vorsitzender des 13.000 Mitglieder starken CDU-Bezirksverbands Württemberg-Hohenzollern. Im Oktober ließ er bei einer Parteiveranstaltung in Bad Saulgau den ungarischen Minister für Humanressourcen im Kabinett Orbán, Zoltán Balog, als Hauptredner auftreten.

"Sie hat's am Anfang halt ein bissle verpasst" In Baden-Württemberg macht die Kanzlerin Wahlkampf für CDU-Kandidat Guido Wolf. Doch die Parteibasis lässt vor al....

Guido Wolf will kein "Kanzlerinnenverstehrer" sein

Der CDU-Spitzenkandidat verzichtet in seiner kurzen Rede auf Forderungen oder Kritik am Berliner Regierungsstil. So wortkarg war er im bisherigen Wahlkampf keineswegs. Bei einem Parteikonvent im vergangenen September in Heilbronn hatte er noch ausführlich darüber geredet, die Deutschen befänden sich am Rand der Überforderung, eine Vielzahl von Asylbewerbern sähe in Deutschland lediglich "eine moderne Variante des Schlaraffenlandes". Als kürzlich Ministerpräsident Winfried Kretschmann Merkel für ihre Flüchtlingspolitik lobte, spottete Wolf über den amtierenden Stuttgarter Regierungschef, er habe sich ja wohl zum "Kanzlerinnenverstehrer" gewandelt.

Knappe 15 Minuten spricht Wolf, dann muss Merkel zum nächsten Termin. Und auch die Basismitglieder verlassen zügig den Saal - vielleicht auch, weil es keine Verpflegung gibt. Merkel, so viel ist klar geworden, ergeht es aktuell in Baden-Württemberg besser als bei der CSU in Bayern. Aber ob dieser Auftritt dem CDU-Spitzenkandidaten im Südwesten nun wirklich entscheidend geholfen hat, bleibt unklar. Die CDU-Spitze und ihre Haltung zu Flüchtlingen, das sei "ein zweiseitiges Schwert", resümiert Alt-CDU-Mitglied Julius Hofer vieldeutig. Und Franz Fackler aus dem Parteiverband Wangen sagt zu Merkels Flüchtlingspolitik: "Sie hat's am Anfang halt ein bissle verpasst." Übersetzt heißt das wohl so viel wie: Jetzt ist es Zeit zum Umdenken.

Load-Date: February 16, 2016

Das Geschäft mit der Not; Betten werden knapp, Sicherheitsfirmen boomen, Handyanbieter verschenken SIM-Karten: Wer profitiert von der aktuellen Flüchtlingskrise - und mit welchen Mitteln?

ZEIT-online

Dienstag 20. Oktober 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 41

Length: 1724 words

Byline: Lukas Koschnitzke

Body

Flüchtlinge vor einer Notunterkunft in Berlin, die aus einem luftgefüllten Zelt besteht (Bild vom August)

© Stefanie Loos/Reuters

Es war absehbar, dass sie kommen werden. Doch die Vielzahl der **Flüchtlinge**, die seit Monaten in Deutschland Hilfe sucht, überfordert Politik und ehrenamtliche Helfer. Alleine seit Anfang September sind 400.000 **Flüchtlinge** nach Deutschland gekommen. Wie viele noch kommen werden, weiß niemand. Während die Politik über die Grenzen der deutschen Belastbarkeit streitet, gibt es aufseiten der Wirtschaft einige, die sich über immer mehr **Flüchtlinge** freuen: Sie verdienen die Milliarden, die Staat und Hilfsorganisationen für die **Flüchtlinge** ausgeben. Die große Anzahl ankommender **Flüchtlinge** wirkt für sie wie ein warmer Geldregen. ZEIT ONLINE stellt fünf Wirtschaftszweige vor, die von der aktuellen Situation profitieren.

Unterbringung

Jürgen Wowra verdient sein Geld mit den ungewöhnlichsten **Flüchtlingsunterkünften** Deutschlands. Sein Unternehmen Paranet hat sich eigentlich auf Sporthallen und die Überdachung von Schwimmbädern spezialisiert. Doch seit einigen Monaten rufen vor allem Bürgermeister bei Wowra an, verzweifelt auf der Suche nach einer Möglichkeit, Hunderte **Flüchtlinge** innerhalb weniger Tage unterzubringen.

Wowras Hallen sind dafür perfekt: Sie bestehen nicht aus Stein oder Holz, sondern aus unzähligen gigantischen Luftkissen, die sich bei Bedarf an fast jedem Ort aufblasen lassen. Im Notfall entsteht so innerhalb von drei Tagen eine Unterkunft für Dutzende Flüchtlinge, die optisch ein wenig an die Münchner Allianz Arena erinnert. Diese Kurzfristigkeit lässt sich Paranet gut bezahlen: Bis zu 120.000 Euro kostet eine große Halle pro Monat. Zehn solcher Notunterkünfte für mehrere Tausend Flüchtlinge wurden bislang aufgestellt.

Die Lufthallen stehen exemplarisch für die Not vieler Kommunen, schnell eine geeignete Herberge für die Flüchtlinge zu finden. Ihre Verhandlungsposition ist angesichts der vielen Neuankömmlinge miserabel: Gemietet wird quasi alles, was schnell verfügbar und trocken ist - zu fast jedem Preis. "Wir mussten unsere Produktion von einer Schicht auf vier Schichten umstellen", sagt der Paranet-Chef, "sonst wären wir nicht mehr

Das Geschäft mit der Not Betten werden knapp, Sicherheitsfirmen boomen, Handyanbieter verschenken SIM-Karten: Wer profitiert von der aktuellen Flüchtlingskrise

hinterhergekommen." Ein Ende der Anfragen erwartet er so schnell nicht. "Das wird weit bis ins nächste Jahr gehen."

Im Vergleich zu vielen anderen Unterkünften sind die Lufthallen sogar noch günstig. Die Stadt Berlin baute sechs Containerdörfer für insgesamt 42,7 Millionen Euro. Drei Firmen erhielten dafür den Zuschlag. Bei 2.200 Flüchtlingen, die in den Dörfern leben können, verdienen die Firmen gut 19.000 Euro pro geschaffenem Heimplatz.

Und andere Kommunen ziehen nach - zur Freude der Unternehmen. Die meisten Anbieter von Wohn- und Sanitärcontainern sind auf Monate hinaus ausgebucht, kommen mit der Arbeit kaum hinterher. Nebenbei erteilen sie den Bürgermeistern eine kleine Lektion in Sachen Marktwirtschaft: Die gigantische Nachfrage hat - bei verhältnismäßig niedrigem Angebot - regelrechte Preissprünge ausgelöst. In Regensburg stiegen die Quadratmeterpreise für Wohncontainer innerhalb weniger Tage um ein Drittel von 1.800 auf 2.400 Euro; der Stadt blieb nichts anderes, als widerwillig zu akzeptieren. Noch gieriger wurden die Containeranbieter in einigen Orten in Niedersachsen: Der dortige Städte- und Gemeindebund berichtet von Preissteigerungen von bis zu 1.000 Prozent - dem Zehnfachen des Ursprungspreises.

Möbel und Haushaltsgeräte

Die Stadt Köln geht in den kommenden zwei Jahren auf große Shoppingtour. Auf der Einkaufsliste stehen unter anderem: 2.200 Elektroherde, 3.800 Waschmaschinen und 4.600 Kühlschränke. Die Geräte dienen der Ausstattung von Wohnungen für Asylbewerber und Hartz-IV-Empfänger. Kosten des Großeinkaufs: 3,4 Millionen Euro.

Die Anschaffungen illustrieren den Bedarf der deutschen Großstädte an Haushaltsgeräten und Möbeln. Viele Hersteller können vor allem Betten und Matratzen gar nicht so schnell produzieren, wie sie für die Flüchtlingsunterkünfte aufgekauft werden. In manchen Ikea-Filialen etwa kommt es zu Lieferengpässen für einige Produkte. Besonders beliebt laut einer Sprecherin: das metallene Etagenbett Svärta (159 Euro) und die Schaummatratze Moshult (49 Euro). Man bemühe sich, die Regale schnell wieder aufzufüllen.

Vor allem Matratzenhersteller profitieren laut dem Verband der Deutschen Möbelindustrie (VDM) bisher von den Flüchtlingszahlen: Der Umsatz stieg in diesem Jahr bereits um ein Fünftel. Der große Sprung für die Möbelindustrie steht aber wohl erst noch bevor: Ab dem nächsten Jahr rechnet der VDM mit einer "Zusatzkonjunktur" - dann nämlich, wenn Tausende Flüchtlinge die Aufnahmeeinrichtungen verlassen und in eigene Wohnungen ziehen. Die Asylbewerber müssen dann häufig einen ganzen Haushalt neu einrichten. Die Möbelindustrie freut sich schon.

Mobilfunk

Die wenigsten Deutschen kennen das britische Unternehmen Lycamobile. Kein Wunder: Lycamobile hat sich auf sogenannte Ethno-Tarife spezialisiert, mit denen Ausländer besonders günstig in ihre Heimat telefonieren können. Ein Anruf aus Deutschland auf ein syrisches Handy kostet so nur 19 Cent pro Minute - ein Bruchteil der Kosten bei anderen Anbietern.

Die Flüchtlinge, die nach Deutschland strömen, sind für Lycamobile vor allem potenzielle Kunden: Quasi jeder besitzt ein Handy; oft ist es die einzige Verbindung zu Familie und Freunden, die in der Heimat auf ein Lebenszeichen warten. Was den Flüchtlingen fehlt, wenn sie in die Aufnahmeeinrichtungen kommen: eine deutsche SIM-Karte, möglichst günstig für Anrufe ins Ausland. Hier setzt Lycamobile an.

Filmaufnahmen zeigen, wie Mitarbeiter von Lycamobile Flüchtlinge am Mailänder Bahnhof abfangen, um sie mit SIM-Karten auszustatten: Die Prepaidkarte ist umsonst, Lycamobile verdient an den Anrufen nach Hause. Mitarbeiter von Hilfsorganisationen berichten von ähnlichen Werbeaktionen auch in Deutschland. Eine Anfrage, wie und warum man in Deutschland um Flüchtlinge als Kunden wirbt, lässt Lycamobile unbeantwortet.

Das Geschäft mit der Not Betten werden knapp, Sicherheitsfirmen boomen, Handyanbieter verschenken SIM-Karten: Wer profitiert von der aktuellen Flüchtlingskrise

Der deutsche Anbieter yourfone zeigt sich auskunftsfreudiger. Ende vergangener Woche kündigte das Unternehmen an, mit der Caritas und dem Roten Kreuz 50.000 kostenlose SIM-Karten in Aufnahmeeinrichtungen zu verteilen. Für ein halbes Jahr enthalten die Tarife Freiminuten und ein Gigabyte mobiles Internet pro Monat. Gesamtwert der Geschenkkaktion: 3,5 Millionen Euro.

Ein Investment in die Zukunft: Natürlich hoffe man, die Kunden auch nach dem Ablauf der sechs Monate zu behalten, sagt yourfone-Vorstand Julian Valdenaire. Die Gratis-SIM-Karten haben außerdem einen entscheidenden Haken: Die Freiminuten gelten nur innerhalb Deutschlands; Anrufe ins Ausland, um die es den meisten Flüchtlingen vor allem gehen dürfte, müssen ab dem ersten Tag selbst bezahlt werden. Hier verdient yourfone stolze 99 Cent pro Minute.

Sicherheit

Wo immer in Deutschland eine neue Flüchtlingsunterkunft eröffnet wird, muss sie von einem Sicherheitsdienst bewacht werden. Anbieter können sich daher vor lukrativen Aufträgen kaum retten: Die Bewachung einer großen Unterkunft für mehrere Hundert Flüchtlinge bringt je nach Region hohe sechsstelligen Beträge. Über ihre aktuellen Gewinne schweigen sich die großen Anbieter wie Securitas aus.

Doch ein Blick in die Konzernbilanz von 2013 macht klar: Es ist ein Millionengeschäft. Schon damals stieg der Umsatz von Securitas um vier Prozent, der Gewinn schoss auf gut 17 Millionen Euro. Und die aktuellen Zahlen dürften noch deutlich besser aussehen: Der Bundesverband der Sicherheitswirtschaft (BDSW) schätzt, dass die Umsätze der Branche im ersten Halbjahr 2015 um knapp neun Prozent gestiegen sind. Den Flüchtlingen sei Dank.

Derzeit sind bis zu 10.000 Sicherheitskräfte in deutschen Flüchtlingsheimen im Einsatz. Allerdings: "Es wird immer schwieriger, geeignetes Sicherheitspersonal zu finden", sagt Harald Olschok, Geschäftsführer des BDSW. Er rechnet daher mit einer baldigen Preiserhöhung der Security-Firmen.

Dabei lockt das schnelle Geld der Kommunen schon heute manch schwarzes Schaf auf den Markt: Im Juni etwa wurde der Sicherheitsdienst einer Kölner Unterkunft entlassen, nachdem sich der Chef bei Facebook rassistisch über Flüchtlinge ausgelassen hatte.

Das Hauptproblem der Branche: Der Marktzugang ist quasi nicht geregelt. Für eine Gewerbeanmeldung eines Sicherheitsdienstes genügt im Wesentlichen ein 40-Stunden-Kurs bei der Industrie- und Handelskammer. In Deutschland ist es schwieriger, seinen Führerschein zu machen, als eine Firma zu gründen, die Flüchtlinge bewacht. Eine Einladung an alle, die das große Geschäft wittern.

Geldtransfers

Wenn irgendwo auf der Welt Menschen ihre Heimat verlassen müssen, profitieren davon Finanzdienstleister wie Western Union: Das US-amerikanische Unternehmen bietet Bargeldtransfers rund um den Globus an. Geld, das in Hamburg eingezahlt wurde, kann Minuten später in Ankara abgeholt werden. Viele Flüchtlinge unterstützen so ihre Familien in der Heimat finanziell: Im Jahr 2015 werden Migranten laut Weltbank schätzungsweise 440 Milliarden US-Dollar zurück in ihre Herkunftsländer schicken - einen guten Teil davon über Western Union, das Unternehmen ist Weltmarktführer.

Seinen Jahresumsatz von 5,6 Milliarden erwirtschaftet das Unternehmen mit Transfergebühren und Wechselkursen. Für viele Flüchtlinge, auch in Deutschland, ist das Filialnetz von Western Union ohne Alternative: An rund 500.000 Standorten weltweit kann man Geld bei Western Union einzahlen, selbst für Städte wie Kabul und Damaskus spuckt die Website Dutzende Ergebnisse aus. Andere Geldhäuser haben sich dort längst zurückgezogen.

Das Geschäft mit der Not Betten werden knapp, Sicherheitsfirmen boomen, Handyanbieter verschenken SIM-Karten: Wer profitiert von der aktuellen Flüchtlingskrise

Konzernchef Hikmet Ersek spricht von einem "sprunghaften Anstieg" der Transaktionen von Deutschland nach Syrien, ausgelöst durch die Flüchtlingskrise. Was das in Zahlen bedeutet, will das Unternehmen nicht sagen. Klar ist nur: An jedem Euro, den Flüchtlinge ihren Familien schicken, verdient Western Union mit.

Load-Date: October 20, 2015

End of Document

Kein "Mord wie jeder andere"; Eine Tote in Freiburg, die "Tagesschau" berichtet nicht. Die Nichtmeldung führt zum Sturm der Berichterstattung - Deutschland im kommunikativen Krisenmodus.

ZEIT-online

Dienstag 13. Dezember 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Kriminalität und Massenmedien; Ausg. 51

Length: 3944 words

Byline: Thomas Fischer

Body

Thomas Fischer ist Bundesrichter in Karlsruhe und schreibt für ZEIT und ZEIT ONLINE über Rechtsfragen. Weitere Artikel seiner Kolumne Fischer im Recht finden Sie hier - und auf seiner Website.

Das Jahr 2016 geht zu Ende, wie es angefangen hat. Wieder wird eine "Wende" diskutiert, gefordert, konstatiert oder angekündigt. Gewerkschaftsvorsitzende geißeln eine "verfehlte **Flüchtlingspolitik**", ein Generalsekretär fordert die Änderung des Pressekodex, Talkshows, Chefredaktionen, Hintergrund-Analysten und Welt-Erklärer sprechen über **migrantische** Morde, fremde Vergewaltigungen, deutsche Pressefreiheit und die Bedeutung der Wahrheit.

In Freiburg ist ein Mensch getötet worden. In Bochum sind zwei Menschen sexuell genötigt worden. In beiden Fällen wurden Tatverdächtige festgenommen. Und Deutschland befindet sich im Zustand höchster Erregung. Gerade rechtzeitig wurde von einer sich zuständig fühlenden Expertenkommission das "Wort des Jahres" gekürt: das alberne Adjektiv "postfaktisch". Das klingt gebildet, wie "postmodern" oder "präkollabierend", ist aber nur ein Schmäh, ein Gag, eine Seifenblase. Angeblich heißt es soviel wie "auf Tatsachen kommt's nicht an". Warum die (unfreiwillige) Persiflage einer Verrücktheit "Wort des Jahres" sein soll, erschließt sich mir nicht. Vorerst aber: Elf Bemerkungen zu einem ernsten Thema.

Erstens: "Was meinen Sie was los gewesen wäre, wenn ein Deutscher eine minderjährige Migrantin vergewaltigt und ermordet hätte. Wäre darüber in der Tagesschau auch nicht berichtet worden? Eben." Dies ist ein Zitat aus einem Kommentar auf ZON, der dort in der vergangenen Woche eingestellt wurde. Die Frage ist rhetorisch formuliert und gemeint. Der Leser hält die Antwort für derart selbstverständlich, dass sie sich jedem selbst erschließen müsse. Sie lautet nach seiner Ansicht: Der Teufel wäre los gewesen! Die *Tagesschau* hätte berichtet, bis ein jeder auch im letzten Zipfel Deutschlands begriffen hätte, worauf es ankommt. Darauf nämlich: "deutscher Täter" und "Migrantin das Opfer".

Ich bitte Sie, verehrte LeserInnen, über diese Behauptung kurz nachzudenken. Möglicherweise tritt dann ein gewisser Zweifel ein. Ich kann ihn nur bestärken: Von den zahlreichen Vergewaltigungs-, Tötungs-, schweren

Kein "Mord wie jeder andere" Eine Tote in Freiburg, die "Tagesschau" berichtet nicht. Die Nichtmeldung führt zum Sturm der Berichterstattung - Deutschland im ko....

Körperverletzungs- und Missbrauchsdelikten, die in steter Folge an "minderjährigen Migranten" begangen werden, ebenso übrigens wie an minderjährigen Nichtmigranten, berichtet die *Tagesschau* keine Sekunde. Prüfen Sie das auf denkbar einfachste Weise: Setzen Sie sich hin, nehmen Sie ein Blatt Papier und einen Stift zur Hand und schreiben Sie aus dem Gedächtnis alle Fälle auf, in denen im Laufe des letzten Jahres über Vergewaltigung, Sexualmord und sonstige Tötungsdelikte in Fernsehen und/oder Tagespresse berichtet wurde.

Zweitens: Es ist sehr wichtig, in dieser Woche etwas über den Fluss Dreisam, den deutschen Pressekodex und die staatlich gelenkten Lügen in den Medien zu schreiben. Denn wenn man darüber nichts schreibe, könnte der Eindruck entstehen, diese Untätigkeit beruhe auf der Ansicht, es sei darüber schon mehr als genug geschrieben worden, was aber nicht sein kann, weil bei Weitem noch nicht jeder und jede alles und zu jedem Zeitpunkt darüber gesagt hat, was er oder sie nun gut oder schlecht findet an dem, was die anderen gesagt, und wenn schon nicht nicht gesagt, dann jedenfalls nicht geschrieben haben. Sehr wichtig ist auch darüber zu sprechen, worüber die anderen nicht gesprochen haben, oder jedenfalls nicht, als sie hätten sprechen sollen, oder nicht so, wie sie hätten sprechen sollen, wenn sie denn gesprochen hätten. Da sie aber nicht gesprochen haben, also nicht dann, wann sie hätten sprechen sollen, und als sie dann sprachen, nicht so, wie sie hätten sprechen sollen, also nicht nur darüber, warum sie nicht gesprochen hatten, sondern auch darüber, warum sie jetzt sprechen würden - also zu spät sprachen - , war alles vergebens.

Drittens: Afghanen kommen aus Afghanistan. Wenn ein Afghane nach Deutschland kommt, erlebt er, so hat es Christoph Schwennicke, Chefredakteur des *Cicero* , eines Magazins, das so auszusehen versucht wie ehemals *TransAtlantik* , am 12. Dezember 2016 im Deutschlandfunk gesagt, "einen Kulturschock". Dieser tritt ein, meint Schwennicke, wenn der Afghane das Werbeplakat einer Sexmesse sehe. Denn in Kabul und Masar-i-Scharif gibt es so etwas nicht. Ist nun der geschockte Afghane obendrein in einem Alter, in dem der faktisch internationale Mann ein gesteigertes Interesse an sexuellen Fragestellungen aufweist, hat er ein Problem. So weit, so schlecht.

Mir hat sich noch nicht erschlossen, warum der Kulturschock der öffentlich angekündigten Pornografie schwerpunktmäßig bei afghanischen Jungmännern eintritt, und was er in den Gehirnen dieser Wesen für spezifische Verheerungen anrichtet. Ich kann mich nicht mehr im Einzelnen daran erinnern, welche Gefühle, Gedanken, Fantasien, Wünsche und Ängste meine eigenen ersten Konfrontationen mit Pornografie auslösten (übrigens erschien es mir unangebracht, an dieser Stelle Einzelheiten meiner pubertären Menschwerdung zu offenbaren), zugeben kann ich allerdings, dass das eine oder andere Bild - in welcher Form auch immer - mich auf Gedanken brachte, die aus mütterlicher, tantiger oder pädagogischer Sicht bestimmt als verfehlt angesehen worden wären, wären sie diesem Personenkreis je bekannt geworden.

Eine Auswahl der ZEIT-ONLINE-Kolumnen von Thomas Fischer finden Sie auch in seinem Buch "Im Recht. Einlassungen von Deutschlands bekanntestem Strafrichter". Es ist im März 2016 bei Droemer erschienen.

© Droemer

Was ich verstehe: Der Afghane als solcher hat nicht selten ein so genanntes "archaisches Frauenbild". Er kommt, sozusagen, vom Lande in die große Stadt, sieht dort Table-Dance und Sexmesse, Silikon und Glitzer-Nails, und all diesen Kram. Er ist geschockt. Aber wie? Freut er sich? Ekelt er sich? Oder will er auch so sein wie die neuen Anderen oder die anderen Neuen? Anders gefragt: Was ist das Afghanische am Afghanen in Germanistan?

Was ich nicht verstehe: Warum sollte der Afghane als solcher nun denken, die Frauen in diesem schockierenden Wunderland dürfe, müsse oder solle man vergewaltigen? Darf man das in Afghanistan? Ich glaube nicht. Welche "migrantische" Kultur soll sich hier Bahn gebrochen haben? Springen jugendliche Afghanen in Kabul Radfahrerinnen an und finden nichts dabei, weil das dort üblich oder erlaubt ist? Gibt es, allgemeiner gefragt, irgendein Flüchtlings-Herkunftsland, in dem die Vergewaltigung oder Tötung von zufällig des Wegs einher gehenden Frauen kulturell verankert ist?

Ich weiß, diese Fragen klingen seltsam. Aber sie sollten doch vielleicht beantwortet werden können, wenn und bevor man behauptet, es könne sich etwas spezifisch Migrantisches, spezifisch Afghanisches, in der Tat von Freiburg widerspiegeln.

Kein "Mord wie jeder andere" Eine Tote in Freiburg, die "Tagesschau" berichtet nicht. Die Nichtmeldung führt zum Sturm der Berichterstattung - Deutschland im ko....

Viertens: Kriminologie ist eine spannende Wissenschaft. Sie integriert Disziplinen der quantitativen empirischen Forschung und solche der qualitativen Analyse. Sie ist Sozialwissenschaft, Kulturwissenschaft, Strafrechts- und Politikwissenschaft, Pädagogik und Psychologie in einem, gebündelt zu solchen Fragen: Was ist Kriminalität? Wer definiert und bestimmt sie, und wie? Wie entsteht Kriminalität? Wie wird sie wahrgenommen? Welche Formen von Kriminalität gibt es? Wie werden sie erfasst, festgestellt, gemessen? Welche Möglichkeiten gibt es, abweichendes und kriminelles Verhalten zu erkennen, zu vermeiden, zu verhindern?

Dies sind nur einige Fragen auf der Makro-Ebene der Kriminologie. Zahllose noch interessantere Fragen gibt es auf den Mikro-Ebenen. Eine davon ist der Bereich "Ausländer- und Migrantenkriminalität". Es gibt dazu, sehr grob und sehr zurückhaltend geschätzt, hundert laufende Meter Fachliteratur aus vielen Ländern, hundert qualifizierte Untersuchungen in Deutschland, hundert Fachleute in deutschen Instituten, Fakultäten, Kommissionen und Ministerien. Nichts spricht dafür, dass der Chefredakteur des *Cicero* Erkenntnisse hätte, die besser, neuer, qualifizierter wären oder dass er die wissenschaftliche Erkenntnislage intellektuell zur Kenntnis genommen und verstanden hätte. Das gleiche gilt für den ähnlich daher redenden allgegenwärtigen Vorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt.

Fünftens: "Ein Mord wie jeder andere." Deutschland streitet, ob der - bislang unaufgeklärte - furchtbare Tod der Studentin in Freiburg "ein Mord wie jeder andere" gewesen ist oder nicht. Ich habe dazu diese Meinung: Wer immer sich in der vergangenen Woche an dem Begriff "ein Mord wie jeder andere" abgearbeitet hat auf den tatsächlichen oder imaginierten Bühnen der Kommunikation, sollte sich schämen und den Mund halten. Ich meine damit nicht einmal die oberflächlichste, sich aufdrängende Ebene, also den rechtstechnischen Begriff des "Mordes". Das nennt man im Strafrecht "Qualifikation"; Mord ist also eine besonders schwere Form der Tötung eines anderen Menschen. Sie setzt, um den Tatbestand zu erfüllen, bestimmte Merkmale objektiver (äußerer) und subjektiver (innerer) Art voraus. Niemand weiß bis heute, ob der Tod der jungen Frau in Freiburg eines dieser Merkmale erfüllt hat, also tatsächlich ein "Mord" war, oder ein "Totschlag", eine "Körperverletzung mit Todesfolge", oder eine "Vergewaltigung mit Todesfolge", oder am Ende gar ein nicht strafbares, tragisches Geschehen. Die Justiz wird das prüfen, untersuchen, entscheiden. Nichts gibt den Wichtigtuern aller Kanäle heute das Recht, über den "Mord von Freiburg" und seine "Konsequenzen" zu schwatzen.

Schlimmer noch ist aber etwas anderes: Im "Mord wie jeder andere", genauso aber im angeblichen Gegenteil, jenem Mord, der nicht "wie jeder andere" ist, also dem "berichtenswerten Mord", spiegelt sich eine Mentalität, deren Inhalt man sich einmal vergegenwärtigen sollte: Gnadenlos, abgebrüht, mitleidlos, zynisch. Wie viele "Morde wie jeder andere" kennen Sie denn, liebe Leser, liebe Chopin-Interpretinnen, liebe Ingeborg-Bachmann-Verehrer und liebe Kriminologie-Sachverständige? Was ist für Sie ein "normaler" Mord? Wie viele maltratierte, aufgeschnittene, zerschlagene, entstellte Leichen haben Sie in Ihrem Leben schon gesehen, berührt, beweint? Was ist für Sie ein "gewöhnlicher", ein berichtenswerter, ein regionaler Mord?

Muss die *Tagesschau* berichten, wenn in Leipzig ein verfaulte Obdachloser mit zertrümmertem Schädel und "Tierfraß" im Gesicht auf der Müllkippe gefunden wird? Möchten Sie zur besten Sendezeit unterrichtet werden über die Spuren, welche die "mindestens zehn Stampftritte auf den Kopf des bewusstlosen Jugendlichen" hinterließen, die täglich vor deutschen Schwurgerichten verhandelt werden? Haben Sie einmal darüber nachgedacht, wie viele Brückenvenen in den Hirnen von Säuglingen und Kleinkindern jährlich durch heftiges "Schütteln" abreißen, ausgelöst von Müttern oder Vätern, überfordert oder gestresst, besoffen oder bloß wütend, und wie diese Mütter und Väter drauf waren am Abend des "tragischen Todes" ihres Kindes oder bei jener Tat, die das Kind als Schwerbehinderten zurück ließ? Und vor allem: Wann haben Sie sich zum letzten Mal darüber beschwert, dass die *Tagesschau* Ihnen all diese Informationen vorenthielt?

Sechstens: Die Wahrheit ist ein hohes Gut. Leider ist sie zugleich Nebelwerk, Schatten, Versuch. Was Wahrheit ist, ergibt sich für den Menschen, sobald nicht der eigene Körper von ihr betroffen ist, stets und notwendig aus einem Akt der Verständigung mit anderen Lebewesen. Was die Wahrheit über Sie ist, sehr geehrte Leser und Leserinnen: Wissen Sie es? Könnten Sie es jetzt sagen oder aufschreiben: "Die ganze Wahrheit über mich"? Oder zumindest: "Die zehn wichtigsten wahren Sätze über mich"? Wenn nein: Warum nicht? Und wer sonst: Ihr Lebenspartner, Ihre Mutter, Ihr Hausarzt, Ihre Facebook-Freunde, Ihr Lehrer, Ihre Computer-Festplatte? Wie fühlt

Kein "Mord wie jeder andere" Eine Tote in Freiburg, die "Tagesschau" berichtet nicht. Die Nichtmeldung führt zum Sturm der Berichterstattung - Deutschland im ko....

sich Ihre Wahrheit an, wenn Sie im Bett liegen, kurz vor dem Einschlafen, oder allein auf dem Bahnsteig, oder im Traum?

Haben Sie schon eine Straftat begangen? (Wahrscheinlichkeit: 100 Prozent) Wenn ja: Welche? Wie fühlte sich das an? Wie sind Sie damit umgegangen? Wurden Sie erwischt? Haben Sie sie offenbart? Wenn ja: Welches waren die Reaktionen darauf? Und wenn nein: Warum nicht?

Vor einigen Wochen lief der eintausendste Tatort im 1. Programm. An wie viele in dieser Fernsehserie dargestellte Tötungsdelikte aus den letzten 30 Jahren erinnern Sie sich? Könnten Sie schildern, wie sich der/die jeweilige Täter/Täterin gefühlt hat? Ich ahne, dass manche von Ihnen diese Fragen merkwürdig finden. Sie sind es nicht, sie fragen nur ab, was nach der Behauptung einer überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung eigentlich selbstverständlich ist. Die Sprachlosigkeit, die sie bei Ihnen auslöst, ist nicht Ihre Schuld. Sie ist "normal", menschlich, überall. Sie sahen in den letzten drei Monaten bei ARD und ZDF Bilder von gequälten, verhungerten, um ihr nacktes Leben kämpfenden Kindern, und waren - vermutlich - entsetzt. Haben Sie sich bei den Sendern darüber beschwert, dass Sie über das weitere Schicksal der Betroffenen nicht informiert wurden? Wenn Nein: Warum nicht?

Siebtens: Wie viele Sexualdelikte werden in Deutschland begangen von a) Katholiken, b) Protestanten, c) Frauen, d) Personen mit Hochschulabschluss, e) Ärzten, f) partnerlosen Männern, g) Minijobbern? h) Bayern? Ich will doch hoffen, dass Sie das wissen. Denn es ist ein eingeborenes, und vor allem selbstverständliches und legitimes Grundbedürfnis der Deutschen, die Risikogruppen in der Gesellschaft präzise zu beschreiben, damit man weiß, was man zu denken und wie man sich zu verhalten hat. Vor allem auch, wie man das Risiko verringern kann.

Ich gehe also davon aus, dass Sie, liebe Leser, eine ungefähre Vorstellung davon haben, ob die Anzahl der Tötungsdelikte - selbstverständlich auf die absolute Zahl der jeweiligen Population bezogen - bei den in Deutschland aufhältigen Afghanen, den deutsch-stämmigen Sozialhilfeempfängern oder der männlichen Population zwischen 15 und 30 Jahren Lebensalter am höchsten ist.

Denn sonst würde ja die ganze Aufregung keinen Sinn machen: Man kann sich, wenn ein Vanille-Joghurt vergammelt ist, nur dann sinnvoll über die unerträgliche Schimmelquote von Vanille aufregen, wenn man weiß, annimmt oder vermutet, die Anzahl der vergammelten Erdbeeryoghurts sei geringer. Denn sonst müsste man von Vanille und Erdbeere abstrahieren und die Sache auf die nächsthöhere, also die Joghurt-Ebene heben. Wenn sich dort nun herausstellen würde, dass man gar nicht weiß, wie viele Kefir- und Dickmilch-Produkte ebenfalls vergammelt sind, kann man zwar immer noch im nächstgelegenen Skandal-Sender einen bescheuerten Notstands-Bericht mit dem Titel "Deutsche Joghurts vergiftet" platzieren, befindet sich damit aber definitiv auf der Intelligenz-Ebene jener Zuschauer, für deren Verblödung man seit Jahren arbeitet.

Anders gesagt: Ich warte darauf, dass mir irgendjemand sagt, auf welcher Abstraktionsebene er seine Erkenntnisse über die Wahrheitspflicht zum "Freiburger Mord" ansiedelt. Und vor allem: Warum.

Achtens: In Freiburg ist ein Verbrechen begangen worden. Ob ihm ein weiteres folgte, weiß man noch nicht. Ein Tatverdächtiger wurde festgenommen. Er hat sich bisher nicht geäußert. Die zuständige Polizeibehörde hat mitgeteilt, es lägen gravierende Indizien dafür vor, dass der Beschuldigte zumindest die erste Tat begangen hat.

So ist das, so geht das, so macht es Sinn. Nicht den geringsten Sinn macht es hingegen, dass ein unübersehbarer Haufen selbsternannter Experten sowie das "postende" deutsche Volk - notorisch sachverständig in jeglicher Frage vom Elfmeter bis zur Weltwirtschaftskrise, von der Bankenrettung bis zur "Ein-China-Politik" - darüber räsoniert, welche Schlussfolgerungen weltpolitischer Art aus diesem Ereignis zu ziehen sind. Ich habe auch, ehrlich gesagt, bislang noch nicht einen Talkshow-Moderator, Investigativ-Reporter und Kommentator erlebt, der mit einer vertieften Kenntnis des Falls, der Fragen und der Zusammenhänge aufgefallen wäre.

Bevor wir diese Frage zu beantworten versuchen, meint der DLF-Moderator in der zwanzigsten "Expertenrunde" am 12. Dezember, fragen wir doch lieber mal was anderes: Könnte sich die herausragende journalistische

Kein "Mord wie jeder andere" Eine Tote in Freiburg, die "Tagesschau" berichtet nicht. Die Nichtmeldung führt zum Sturm der Berichterstattung - Deutschland im ko....

Bedeutung der Meldung aus Freiburg nicht gerade dadurch ergeben, dass zwanzig Millionen uninformierte Menschen sie nicht verstehen? Damit sind wir bei:

Neuntens: Die *Tagesschau* hat über die Festnahme eines minderjährigen Beschuldigten in einer Sendung zur Primetime nicht berichtet. Unvorstellbar! Intendanten und Chefredakteure wälzen sich schweißgebadet in ihren Bettchen, eine Entschuldigung jagt die nächste, der deutsche Journalismus wähnt sich einmal mehr an einem der Gladbecker Wendepunkte.

Ich habe einen Traum: Ein Brennpunkt tut sich auf. Ein Intendant erscheint aus dem Nebel: verschwitzt, erregt, sanft angetrunken. Die Krawatte gelockert, der oberste Hemdenknopf geöffnet. Er sagt: Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Ich bin der Intendant dieses Senders. Ich verantworte die Nachrichten, die wir Ihnen Tag für Tag als Wahrheit darstellen. Viele von Ihnen meinen offenbar, sich darüber beschweren zu müssen, dass wir nicht darüber berichtet haben, dass in Freiburg ein Jugendlicher festgenommen wurde, weil er dringend verdächtig ist, ein schweres Verbrechen begangen zu haben. Dies ist im Grundsatz ein Geschehnis, das sich überall in Deutschland viele Male im Jahr ähnlich ereignet.

Der Grund, warum die Beschwerdeführer sich so über alle Maßen aufregen, ist weder Mitgefühl mit der Toten und ihrer Familie noch Interesse an der Genese dieses Falls. Es ist vielmehr ausschließlich und ganz allein der Tatsache geschuldet, dass der Beschuldigte Mitglied einer Minderheit ist, deren Aufenthalt in unserem Land auf Angst, Wut, Hass und Ablehnung stößt. Ich teile diese irrationalen, von kenntnisfreier Angst beflügelten Emotionen nicht. Ich finde sie widerlich. Ich bin nicht verantwortlich für das Wohlbefinden und den Quotencheck des Pöbels, sondern für das kleine bisschen Wahrhaftigkeit, das dieses Medium vermitteln kann. Und aus diesem Grunde sage ich Ihnen, liebe empörte Volksgenossen: Lecken Sie mich am Arsch.

Wie gesagt: Nur ein Traum. Man könnte, zur Auffüllung des emotional-postfaktischen Vakuums beim Rieslingschlürfenden *Tagesschau* -Betrachter, noch eine kleine Live-Schaltel anschließen in die kinderklinische Abteilung eines Krankenhauses in Aleppo oder eine Säuglingsstation im Sudan oder ein Waisenhaus in Kabul. Nur so halt: um der Wahrheit und des deutschen Mitgefühls willen, und zur Sicherstellung einer umfassenden Information der Zuschauer.

Zehntens: Warum nur läuft der professionelle Journalismus immer in dieselbe Falle? Warum wird aus einer Nichtmeldung eine Meldung, wenn 20 Millionen aufgehetzte Bürger meinen, es sei eine Meldung, dass nichts gemeldet wurde? Warum berichtet man nicht an vorderster Stelle über die unsäglichen Versuche der Verdrehung und Instrumentalisierung? Warum spielt man den Doppelpass mit dem reaktionären Rand, wenn man doch nach eigenen Angaben so weit darüber steht?

Der Generalsekretär einer bekannten deutschen populistischen Partei hat gefordert, der Pressekodex müsse geändert werden. Die Regelung, wonach die Nationalität eines Beschuldigten in der Berichterstattung nur dann genannt werden soll, wenn dies für das Verständnis der Tat von Bedeutung ist, müsse gestrichen beziehungsweise durch eine gegenteilige Regelung ersetzt werden. Die Nationalität von Beschuldigten soll somit stets auch dann genannt werden, wenn sie für das Verständnis der Tat keinerlei Bedeutung hat. Oder: Die Nationalität des Beschuldigten hat für das Verständnis der Tat immer eine Bedeutung.

Beide Behauptungen sind gleichermaßen einfältig, werden aber lebhaft beklatscht. Wenn ich fordern würde, es müsse bei jeder Berichterstattung über Straftaten automatisch die Konfession, die Parteizugehörigkeit oder die sexuelle Präferenz des oder der Beschuldigten genannt werden, würde ich vermutlich für geisteskrank erklärt. Das bedeutet selbstverständlich nicht, dass diese Informationen kriminologisch uninteressant wären. Sie sind für eine wissenschaftliche Analyse ebenso bedeutend wie die Schulbildung, die Anzahl der Sexualpartner oder die Kontaktpersonen von Tätern und Opfern.

Elftens: Am Ende bleiben auf der Oberfläche ein paar Fragen: 1) Begehen Ausländer mehr Straftaten als Inländer? Wenn ja: Welche, und Warum? 2) Begehen "Flüchtlinge" mehr oder andersgeartete Straftaten als andere Migranten? Wenn ja: Welche und Warum? 3) Begehen Inländer mehr Straftaten als Ausländer? Wenn ja: Welche und Warum?

Kein "Mord wie jeder andere" Eine Tote in Freiburg, die "Tagesschau" berichtet nicht. Die Nichtmeldung führt zum Sturm der Berichterstattung - Deutschland im ko....

Dahinter stehen natürlich wieder sehr viele interessante weitere Fragen. Sie sind in vielen Ländern der Welt, aber auch in Deutschland, seit langem Gegenstand interessanter Forschungen, Analysen, Beobachtungen. Das geschieht nicht aus Zufall oder Langeweile, sondern weil Migration und Integration seit vielen Generationen ein ständiges, oft konflikthaftes, immer spannendes soziales Thema sind.

Die Ansicht, die Straftaten von Freiburg und Bochum seien ein Menetekel der Flüchtlingspolitik, und Bedrohungen der Sicherheit ließen sich durch eine restriktive Zurückweisung von Flüchtlingen aus den Krisenregionen der Welt ausschließen, ist unzutreffend. Sie wird auch nicht wahr durch stete Wiederholung.

"Angst und Besorgnis" ist angeblich die Verfassung des Deutschen Ende 2016. Keine Zeitung, kein Sender, der diesem Schreckens-Phänomen nicht täglich sein Opfer bringt. Freilich: Dafür, dass Deutschland in Angst erstarrt, läuft das Weihnachtsgeschäft allerdings bisher prima! Die Aufforderungen, zur Vorbeugung der unausweichlichen Katastrophe 20 Liter Wasser sowie einige Dosen Bio-Corned-Beef plus veganes Knäckebrot einzulagern, haben, wie mir mein soziales Umfeld berichtet, etwa 98 Prozent der Deutschen souverän ignoriert: World War III und Fessenheim I scheinen postfaktisch noch keine Chance zu haben gegen Helene Fischers Weihnachtsgala und den potenziellen Mörderflüchtling von Zwickau oder Nürnberg. Womit ich natürlich nicht sagen will, dass die Chefredakteure aller großen deutschen Zeitungen sich öffentlich dafür zu entschuldigen hätten, dass sie jahrelang nicht hinreichend über die "Döner-Morde" berichtet haben, als es an der Zeit war.

Fazit: Ohne jeden Scherz folgt das Ende dieser Kolumne: Wer mit Migration nicht leben will und kann, ist vielleicht ein "besorgter", auf jeden Fall aber ein besorgniserregender, in der neuen, globalisierten Welt nicht angekommener Bürger. Er ist, nach allen kriminologischen Erkenntnissen der letzten 150 Jahre, in hohem Maß gefährdet und gefährlich, denn er ist subjektiv desintegriert, enttäuscht, frustriert, objektiv auf der Verliererseite. Er neigt in deutlich überproportionalem Maß zum sozialen Rückzug, selbstdestruktivem Verhalten und Sucht, zu irrationalen Hass auf vermeintlich Schwächere und Minderheiten, zu Gewalttaten und zum Anschluss an totalitäre Glaubensgemeinschaften religiöser und politischer Art.

Über all das gibt es wirklich vorzügliche Studien aus den USA, einer Nation mit langer und großer Erfahrung in solchen Sachen. Viele dieser Untersuchungen befassen sich übrigens mit durch deutsche Flüchtlinge verursachten Problemen. Die überwiegend alleinstehenden, unbegleiteten jungen Männer, die da als Wirtschaftsflüchtlinge auf abenteuerlichen, oft illegalen Wegen aus Berlin, Hamburg, Dresden oder München ins Land ihrer Träume strömten, wollten einfach nicht einsehen, dass sie ihre rückständige deutsche Kultur gefälligst am Hafen von New York City abzugeben hätten. Der eine oder andere soll damals sogar eine junge amerikanische Frau vergewaltigt haben.

Load-Date: December 13, 2016

When migrants turn against-migrants; "Eastern Europeans are taking our jobs!" In the wake of the Brexit referendum, this is the attitude of certain UK citizens who themselves once were migrants.

ZEIT-online

Mittwoch 6. Juli 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Brexit; Ausg. 26

Length: 696 words

Byline: Jaafar Abdul Karim

Body

\x{0647}\x{0646}\x{0627} \x{062a}\x{062c}\x{062f}\x{0648}\x{0646}
\x{0627}\x{0644}\x{0646}\x{0633}\x{062e}\x{0629} \x{0627}\x{0644}\x{0639}\x{0631}\x{0628}\x{064a}\x{0629}

Lesen Sie diesen Text auf Deutsch

What does Britain's Arab community in Britain think about Brexit? That's what I went to London to find out. I talked to as many people as possible to garner a good overall impression. I was both surprised and annoyed by my findings.

I was told over and over again by UK citizens of Arab origin that there were too many migrants and foreigners in Britain. They told me that was why they had voted for Brexit. Their response when I stated, somewhat perplexedly, that they themselves or their parents had once come to Britain as foreigners was that they were different and they were now British. Moreover, they insisted that whereas Arabs had fled their countries because of war, eastern Europeans had come despite everything being fine in their countries. This was the major difference they said.

This range of guarded to overt racism on the part of people who once shared a similar fate and came to a foreign country to find help is shocking and wrong. Migrants have turned against-migrants!

It could well be that many had such a tough time that they now fear they will lose the stability they finally secured. However, their attitude of "I'm OK and I don't care about the others" is incredibly selfish. I do not understand this lack of sympathy and empathy.

I would say that I know quite a lot about Arab migrants - as a German journalist with an Arab background it is my job to talk to them and to avoid making generalizations. However, what I experienced in London tallied with the experiences I have made in the studio and with people all over the Arab world. I already know that many people, especially migrants, will criticize this text and retaliate on Facebook saying: "Yes, but the Europeans are also racist." But this does not make it any better. Racism and intolerance are wrong, period.

When migrants turn against-migrants "Eastern Europeans are taking our jobs!" In the wake of the Brexit referendum, this is the attitude of certain UK citizens w....

I've often heard people in refugee centers in Berlin complaining about the fact that they have to live with others from Afghanistan or Mali. "We don't have to have anything with such people," they say.

"Do you think we're from Somalia?" one Syrian asked.

An Egyptian driver who had come to the UK to find a job told me in London that eastern Europeans were taking all the jobs.

In Jordan, Palestinians who were once themselves refugees told me they did not want any more Syrian refugees to come.

I've even heard Syrians in Germany who came years ago say that the country should not accept more Syrians.

It is common in Lebanon to hear people asking why there are so many Syrians. They seem to have forgotten that Lebanon had a civil war and people fled all over the world.

Classification according to religion, skin color, ethnic group or background is exactly the reason why the Arab world looks like it does! Many people have had to flee. Many Arabs ascribe themselves to a country or a religion to define their identity. But all of us are human. As soon as I start seeing others only on the basis of their nationality or ethnic group, I negate the fact that human rights are for everybody, as is the case in a constitutional state. Many Arabs are unfamiliar with this principle in their countries of origin. In 2012, the EU was awarded the Nobel Prize for its commitment to peace, reconciliation, democracy and human rights in Europe. We have an opportunity now to look differently at the world and emphasize tolerance, what people have in common and being together.

Migrants in Europe should never forget that it was important to them that when they or their ancestors arrived they encountered tolerance. I think it is completely wrong to not be open to others arriving when people still need tolerance, or their children or grandchildren do. They know what discrimination means. I am disappointed that people who now feel secure cannot sympathize with others who had to leave their homes, leaving everything behind to start a new life in difficult and dangerous circumstances.

Solidarity and acceptance are what is needed, especially from migrant to migrant.

Translated by Anne Thomas

Load-Date: July 6, 2016

Leere Wohnungen sind genug da; Viele Städte suchen Unterkünfte für Flüchtlinge. Zugleich stehen in Deutschland Millionen Wohnungen leer. Experten sagen: Da geht noch was.

ZEIT-online

Dienstag 22. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Unterbringung von Flüchtlingen; Ausg. 38

Length: 1051 words

Byline: Nadine Oberhuber

Body

Flüchtlinge in Mülheim an der Ruhr

© Ina Fassbender/Reuters

Die Turnhallen vieler deutscher Städte sind zu Feldbettenlagern geworden, nicht mehr vom Militär genutzte Kasernen sind mit **Flüchtlingen** überbelegt, und in manchen Notunterkünften müssen bis zu sieben Erwachsene in Acht-Quadratmeter-Räumen hausen. Zur gleichen Zeit aber sieht es andernorts so aus: verdammt leer. Es gibt Städte, da sind Hunderte Wohnungen mitten im Stadtgebiet unbewohnt; Dörfer, in denen ganze Straßenzüge verwaizen; Kommunen, da bekommen Wohnungsbaugesellschaften vieles nicht mehr vermietet, weil zu viele Menschen in die nächstgrößere Stadt gezogen sind.

Könnte man den Leerstand nicht nutzen, um dort **Flüchtlinge** unterzubringen, statt sie in Behelfsunterkünfte zu pferchen?

Natürlich, findet Analyst Harald Simons vom Wirtschaftsberatungsinstitut Emprica, das sich auf den Immobilienmarkt spezialisiert hat: "Genügend Wohnraum ist ja vorhanden. Wir haben unglaublich viel Leerstand in Deutschland. Ihn nutzbar zu machen, geht schneller als alles andere." Vor allem schneller als neue Wohnungen zu bauen.

1,7 Millionen Wohnungen stehen leer

Insgesamt, so ermittelte Emprica, stehen 1,7 Millionen Wohnungen hierzulande leer, davon 1,1 Millionen im Westen und 0,6 Millionen im Osten. Während in Ballungsgebieten und Wachstumsregionen der Wohnraum extrem knapp ist, sind in Schrumpfungsregionen knapp sieben Prozent aller Wohnungen nicht vermietet, etwa im Hunsrück, dem Bayerischen Wald, in vielen Städten des Ruhrgebiets ebenso wie in weiten Teilen des Saarlands und Thüringens.

In Brandenburg oder Sachsen-Anhalt melden einige Städte und Wohnungsbaugesellschaften sogar noch höhere Quoten und beziffern den Leerstand auf zwölf Prozent. Im Westhavelland zum Beispiel, sagt die

Leere Wohnungen sind genug da Viele Städte suchen Unterkünfte für Flüchtlinge. Zugleich stehen in Deutschland Millionen Wohnungen leer. Experten sagen: Da geht

Immobilien-gesellschaft WSI, seien rund 80 ihrer 670 Wohnungen derzeit nicht belegt. Die kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbaugesellschaften in Sachsen-Anhalt sprechen von 41.000 leeren Wohnungen, und Sachsen beziffert seinen landesweiten Leerstand sogar auf 230.000 Wohneinheiten.

In diesen Regionen ginge noch viel in Sachen Flüchtlingsunterbringung, finden die Immobilienmarktanalysten - übrigens genau wie viele Chefs der Wohnungsbaugesellschaften vor Ort. Der Freistaat Sachsen investiert neun Millionen Euro, um bestehenden Wohnraum herzurichten. Und Verbandsdirektor Jost Riecke vom Verband der Wohnungswirtschaft Sachsen-Anhalt sagt: "Für die Wohnungsgesellschaften ist es natürlich ein Gewinn, wenn sie auf dem Wege ihren Leerstand reduzieren und mehr Wohnungen vermieten können. Man muss aber sehr vorsichtig sein bei dem Thema."

Denn klar ist auch: Es wäre wenig sinnvoll, die Flüchtlinge einfach nach dem Wohnungsleerstand übers Land zu verteilen statt nach dem bisher gültigen Königsteiner Schlüssel, der vor allem auf das Steueraufkommen und die Einwohnerzahl der aufnehmenden Bundesländer schaut. Wo die Wirtschaftskraft ohnehin schon schwach ist, gibt es auch weniger Jobs für Flüchtlinge. Und wo Siedlungen aussterben, gibt es womöglich weniger Anreiz für Alteingesessene wie Migranten, Kontakt zueinander zu knüpfen: keine guten Voraussetzungen für eine gelungene Integration.

"Das kann nur schiefgehen", sagt Empirica-Analyst Simons. Aber er hat eine klare Vorstellung davon, wie Integration auch außerhalb der großen Zentren funktionieren könnte. Denn er hat schon häufiger Geschichten wie diese gehört: In einem Dorf, das schon seit 20 Jahren schrumpft, weil die Familien weniger Kinder bekommen und viele Junge wegziehen in die nächste Großstadt, brachte die Kommune eine syrische Familie in einem leerstehenden Einfamilienhaus unter. "Schon nach einer Woche spielte der Junge im örtlichen Fußballverein mit und der Schützenverein hat sofort ein Dorffest organisiert."

Solche Geschichten klingen zu schön, um wahr zu sein, aber es gibt sie. Jedenfalls überall dort, wo die Verantwortlichen mit Augenmaß vorgehen, wie Jost Riecke das nennt, "und wo geguckt wird, wie belastbar ein Quartier ist und wie viele Fremde man dort wohl ansiedeln kann". In erster Linie entscheiden darüber die Eigentümer der Wohnungen, also die kommunalen, freien oder genossenschaftlichen Wohnungsgesellschaften. Es gebe viele Fälle, in denen Immobilien-gesellschaften einzelne Wohnungen zur Verfügung stellten und Kommunen für deren Belegung sorgten. "Der eine hat fünf Wohnungen übrig, der andere zehn, es funktioniert. Und je geräuschloser das vor Ort passiert, desto erfolgreicher ist das", sagt Riecke.

Es gäbe im Grunde keine Wohnungen an der falschen Stelle, findet Analyst Simons. Selbst unattraktivere Städte und erst recht das platte Land seien doch viel bessere Orte als die überfüllten Großstädte, in denen sich ohnehin schon alle gegenseitig auf die Füße treten. "Eine Familie ist doch auf dem Land gut aufgehoben, wo sie einen Nachbarn hat, mit dem sie sofort in Kontakt kommt als 10.000, die sie nie kennenlernt." Vielleicht rette der Zuzug hier und da sogar eine dörfliche Struktur und belebe die Nahversorgung wieder. Die Lebenshaltungskosten in ländlicheren Gebieten seien überdies viel niedriger.

Und wie sieht es mit den Arbeitsplätzen aus? Auch da sind die Berater von Empirica optimistisch: "Wir haben gerade eine fünfjährige Boomphase in Deutschland erlebt und die Zahl der Arbeitsplätze ist gestiegen. Von den über 300 Kreisen haben alle - bis auf sechs - zusätzliche Arbeitsplätze aufgebaut." Trotzdem ziehen die Leute aus entlegenen Gebieten wie Eifel, Harz oder Oberpfalz weg, oder aus der Region zwischen Würzburg und Ulm, "obwohl da in jedem zweiten Dorf ein Weltmarktführer sitzt, der Arbeitsplätze schafft", sagt Simons. "Da finden die Unternehmen schon heute nicht genügend Arbeitskräfte. Oder suchen Sie mal in der Uckermark einen Maurer."

Zwangsansiedeln will die Asylsuchenden dort niemand. Und die wenigsten befürworten, was die Bürgermeister von Salzgitter oder Tübingen verlangen: leerstehende Wohnungen für die Flüchtlingsunterbringung zu konfiszieren und deren Besitzer eine Zwangsentschädigung zu zahlen. Aber Simons sagt: "Locken kann man sie doch. Und wir haben etwas zum Locken." Womöglich ist das Werben ja erfolgreich.

Leere Wohnungen sind genug da Viele Städte suchen Unterkünfte für Flüchtlinge. Zugleich stehen in Deutschland Millionen Wohnungen leer. Experten sagen: Da geht

Load-Date: September 22, 2015

End of Document

"Die Türkei muss jetzt liefern"; Dass die Flüchtlingszahl steigt, liege auch an der Türkei, sagt EU-Kommissar Johannes Hahn. In Nordeuropa beobachtet er ein neues Phänomen: Flüchtlinge aus Russland.

ZEIT-online

Mittwoch 24. Februar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 9

Length: 1336 words

Byline: Matthias Krupa

Body

Flüchtlinge vor der griechischen Insel Lesbos

© Aris Messinis/AFP/Getty Images

ZEIT ONLINE: In der **Flüchtlingskrise** tritt die EU anscheinend auf der Stelle. Wie geht es weiter?

Johannes Hahn: Die Koordinierung unter den Balkanländern selbst und mit der EU hat sich verbessert. Dadurch ist es möglich, den Zugang entlang der Route besser und strikter zu managen. In den vergangenen Wochen sind eine Reihe von Maßnahmen getroffen worden, die zusammen wie ein Filter wirken.

ZEIT ONLINE: Aber die Zahl der **Flüchtlinge**, die in Griechenland ankommen, ist in den vergangenen Tagen wieder gestiegen. Warum?

Hahn: Die Türkei muss jetzt liefern. Sie muss eindeutig ihre Maßnahmen zur Reduzierung der Flüchtlingsströme in Richtung Europa verbessern. Zum einen durch effizientere Grenzkontrollen - in Zusammenarbeit mit den Griechen - weiter durch harte und endlich wirksame Maßnahmen gegen die Menschenhändler. Hier ist noch viel zu tun, und das haben wir unseren türkischen Partnern auch klargemacht.

ZEIT ONLINE: Angela Merkel fordert seit Monaten eine "europäische Lösung" der Flüchtlingskrise, bislang vergeblich. Ausgerechnet Österreich, Ihr Heimatland, hat mit der Entscheidung, künftig nur noch 80 Flüchtlinge pro Tag aufzunehmen, den Eindruck verstärkt, jedes Land mache, was es wolle.

Hahn: Das Problem ist, dass bis jetzt keine europäische Lösung zustande kam und daher besonders belastete Mitgliedstaaten sich gezwungen sehen, Einzelmaßnahmen zu treffen. Das mag aus Sicht dieser Länder verständlich sein, aber ist natürlich aus europäischer Sicht langfristig nicht zielführend.

ZEIT ONLINE: Ihr Kollege Avramopolous, der innerhalb der EU-Kommission für Flüchtlingspolitik verantwortlich ist, bezweifelt, dass das österreichische Vorgehen mit EU-Recht vereinbar sei.

"Die Türkei muss jetzt liefern" Dass die Flüchtlingszahl steigt, liege auch an der Türkei, sagt EU-Kommissar Johannes Hahn. In Nordeuropa beobachtet er ein neue....

"Der Zustrom der Migranten muss reduziert werden"

Hahn: Es ist bedauerlich, dass wir in einer derartigen Krisensituation über juristische Fragen diskutieren müssen. Ich will, dass wir endlich gemeinsam handeln. Der Zustrom von Migranten muss reduziert werden. Das geht nur, indem man die Außengrenzen sichert und eine funktionierende Registrierung sofort bei der Einreise durchführt. Zu einem besseren Schutz der Außengrenzen trägt etwa auch der Nato-Einsatz in der Ägäis bei, den ich ausdrücklich begrüße. Gleichzeitig müssen wir aufpassen, dass Griechenland nicht zum Parkplatz für Hunderttausende Flüchtlinge wird. Deshalb ist der Aktionsplan mit der Türkei so wichtig.

ZEIT ONLINE: Der Eindruck bleibt, dass viele EU-Länder eher gegeneinander arbeiten als miteinander.

Hahn: Sicherlich gibt es unterschiedliche Grade der Betroffenheit, auch die Geduld und die Kapazitäten sind in den Mitgliedsländern unterschiedlich ausgeprägt. Das führt gelegentlich zu Einzelmaßnahmen. Aber auch die Mitgliedsländer wissen, dass wir diese Krise nicht mit Einzelmaßnahmen lösen können. Wir brauchen eine europäische Antwort.

ZEIT ONLINE: Diese europäische Antwort steht aus. Angela Merkel setzt auf die Türkei, andere Länder schließen nach und nach ihre Landesgrenzen.

Hahn: Entscheidend sind die Außengrenzen. Wenn es uns nicht gelingt, diese zu sichern, kann alles andere nicht funktionieren. Nur aus einer Position der Stärke heraus kann man Großzügigkeit entwickeln. Offenheit verlangt Sicherheit. Nur wenn wir die Außengrenzen sichern, können wir langfristig die Reisefreiheit innerhalb der EU, also Schengen, aufrechterhalten.

ZEIT ONLINE: Aber die Reisefreiheit wird doch gerade immer mehr eingeschränkt. Selbst am Brenner, der Hauptstrecke von Österreich nach Italien, werden wieder Kontrollen eingeführt.

Hahn: Ich verstehe manche Maßnahmen als Weckruf, auch wenn ich es bedauere, dass es zu derartigen Einzelmaßnahmen kommt.

"Wir verhandeln auf Augenhöhe mit der Türkei"

ZEIT ONLINE: Sie haben in den vergangenen Monaten oft mit der Türkei verhandelt. Wie verlässlich ist die Türkei als Partner in der Flüchtlingskrise?

Hahn: Die Türkei ist gegenwärtig in einer sehr schwierigen Lage. Sie hat das Kurdenproblem, den Syrien-Konflikt, eine schwierige Situation mit Russland. Auch das Atomabkommen der EU mit dem Iran hat Auswirkungen auf die Türkei, und die wirtschaftliche Situation ist längst nicht mehr so rosig wie vor ein paar Jahren. In dieser Situation braucht das Land stabile Partner, am stabilsten und verlässlichsten ist Europa. Ich sage das, weil bei manchen der Eindruck entsteht, die EU rutsche jetzt auf Knien nach Ankara. Nein, wir verhandeln auf Augenhöhe. Richtig ist aber, dass in der Vergangenheit beiderseits Fehler gemacht wurden und Vertrauen aufgebraucht wurde. Das müssen wir nun wieder herstellen.

ZEIT ONLINE: Welche Auswirkungen haben die jüngsten Anschläge in der Türkei?

Hahn: Wenn ein Land mit einer derartigen innenpolitischen Situation konfrontiert ist, trägt das nicht dazu bei, die Berechenbarkeit zu erhöhen. Das hat natürlich Auswirkungen auf die tägliche Zusammenarbeit. Denken Sie nur an den geplanten Besuch des türkischen Premierministers in Brüssel, der kurzfristig abgesagt werden musste. Gleichzeitig merken wir, dass gerade durch die vielfältigen Probleme die Bereitschaft der Türkei zur Zusammenarbeit steigt. Die instabile Lage ist ja nicht allein ein Sicherheitsproblem. Schauen Sie sich nur die Buchungszahlen an, gerade bricht der Tourismus in der Türkei ein, der ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor ist.

ZEIT ONLINE: Halten Sie das militärische Vorgehen der Türkei gegenüber den Kurden für angemessen?

"Die Türkei muss jetzt liefern" Dass die Flüchtlingszahl steigt, liege auch an der Türkei, sagt EU-Kommissar Johannes Hahn. In Nordeuropa beobachtet er ein neue....

Hahn: Leider sehen wir hier ein Aufschaukeln des Konflikts. Unsere Empfehlung an die türkische Regierung war immer, die politische Vertretung der Kurden, die HDP, zu nutzen, um auf eine politische Lösung hinzuarbeiten. In der Türkei leben 15 bis 18 Millionen Kurden, von denen nur ein Bruchteil militant ist. Wenn ich in die Türkei reise, treffe ich regelmäßig auch den Vorsitzenden der HDP, Selahattin Demirtas. Die EU-Position ist klar: Der politische Prozess mit den Kurden muss wieder aufgenommen werden, im Interesse des Landes und der Stabilität der gesamten Region.

ZEIT ONLINE: Ihre Appelle scheinen bislang wenig zu fruchten ...

Hahn: Das kann ich nur bedauern. Aber wir, meine Kollegin Mogherini und ich, werden unsere Bemühungen dahingehend unvermindert fortsetzen.

ZEIT ONLINE: In der Flüchtlingskrise konzentrieren sich derzeit alle Anstrengungen auf die Türkei und die Westbalkanroute. Wie groß ist Ihre Sorge, dass die Flüchtlinge sich andere Routen suchen?

Hahn: Im südlichen Mittelmeer, vor allem in Libyen, gibt es ein großes Flüchtlingspotenzial. Die Tarife der Menschenschmuggler dort haben sich drastisch reduziert, die Zahl der Menschen, die den Weg über das Mittelmeer suchen wollen, steigt. Das führt einmal mehr zu der Frage, wie nachhaltig wir unsere Außengrenzen sichern können. Darüber hinaus beobachten wir gerade in Nordeuropa ein neues Phänomen. Immer mehr Flüchtlinge aus Russland kommen nach Finnland und Norwegen.

ZEIT ONLINE: Wie viele Flüchtlinge sind das?

Hahn: Die Zahlen sind nicht so hoch. Beunruhigend ist jedoch das politische Signal, das dahintersteht. Es ist ja kein Zufall, dass das jetzt passiert.

ZEIT ONLINE: Was bedeutet das?

Hahn: Es handelt sich bei den Flüchtlingen dort um Menschen aus Zentralasien, etwa Tadschiken oder Turkmenen, die schon viele Jahre in Russland gelebt haben. Die haben sich wahrscheinlich nicht von selbst auf den Weg gemacht.

ZEIT ONLINE: Sie meinen, Russland schickt Flüchtlinge auf den Weg, um die EU weiter unter Druck zu setzen?

Hahn: Ich weiß nicht, ob sie sie bewusst schicken. Vielleicht nutzen sie auch nur eine günstige Situation aus. Auffällig ist aber, dass das in einem Moment geschieht, in dem die EU ohnehin stark unter Druck ist.

Load-Date: February 24, 2016